

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl FKZ 3715 16 102 0
UBA-FB-00 [trägt die UBA-Bibliothek ein]

Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“

von

Christa Böhme, Thomas Franke [Projektleitung], Thomas Preuß
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

Kristin Schwarze, Bärbel Winkler-Kühlken
IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH
Lützowstraße 93
10785 Berlin

Michael Schipperges
sociodimensions, Institute for Socio-cultural Research
Friedrich-Ebert-Anlage 60
69117 Heidelberg

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

September 2017

Kurzbeschreibung

In dem hier vorgestellten Forschungsprojekt wurden Synergiepotenziale zwischen Zielen des Umweltschutzes und sozialen Zielen im Rahmen von Städtebauförderprogrammen wie der „Sozialen Stadt“ identifiziert. Folgende Fragen standen im Zentrum der Untersuchung:

- ▶ Wo finden sich in Gebieten der Sozialen Stadt Ansatzpunkte für mehr Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung?
- ▶ Wie lassen sich in diesem Zusammenhang Teilhabe- und Zukunftschancen der Bewohnerinnen und Bewohner verbessern?
- ▶ Wie können nachhaltige Konsum- und Lebensstile stärker thematisiert werden?
- ▶ Welche Initiativen und Bottom-up-Ansätze können im Sinne von Synergiepotenzialen mit den Förderstrukturen verknüpft werden?

Um diesen Fragen nachzugehen, wurden Programmstrukturen analysiert, Interviews mit an der Programmumsetzung Beteiligten und Quartiersbewohner/-innen in vier Fallstudiengebieten geführt sowie good practice-Beispiele aus anderen Kommunen betrachtet.

Ein zentrales Ergebnis lautet: Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind in den meisten Handlungsfeldern der Sozialen Stadt herstellbar, indem eine Aneignung der unmittelbaren nahen Umwelt (durch Selbsttätigkeit, Selbstachtung und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit) durch die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner ermöglicht wird.

Abstract

With the research project presented here, synergies between environmental-protection goals and social goals were identified within the framework of programs for supporting urban development such as the “Socially Integrative City” program. The following questions were at the core of this investigation:

- ▶ What areas of the “Socially Integrative City” program also offer potential for improved environmental protection and sustainable development?
- ▶ How can opportunities for participation and future prospects for residents be improved in this context?
- ▶ How can attention be focused on sustainable consumption patterns and lifestyles?
- ▶ Which initiatives and bottom-up approaches could be linked to tap into the synergy potential of support structures?

In order to address these issues, program structures were analyzed, interviews with players involved in the implementation of the program as well as with neighborhood residents were conducted within four case studies, and good practices from other municipalities were considered.

One conclusion is: Synergies between environmental protection and social justice can be created in most areas of action within the “Socially Integrative City” program by facilitating the process of appropriation of immediate living environments by residents (by means of resident participation, self-regard and experiencing a sense of achievement).

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	10
Abkürzungsverzeichnis	11
Zusammenfassung.....	12
Summary.....	25
I Zur Untersuchung „Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der ‚Sozialen Stadt‘“	38
1 Ziele, Forschungsfragen, Begriffe	39
2 Hintergrund und Forschungsstand	42
2.1 Ausgangslage: Integrierte Quartiersentwicklung und Umwelt	42
2.2 Vorliegende Erkenntnisse zu Umweltbewusstsein und -verhalten von Bewohnerinnen und Bewohnern in benachteiligten Quartieren	48
3 Untersuchungsansatz und methodisches Vorgehen	55
3.1 Untersuchungsansatz.....	55
3.2 Methodeneinsatz.....	56
3.2.1 Untersuchungen auf der Makro-Ebene	56
3.2.2 Untersuchungen auf der Meso- und der Mikro-Ebene (Fallstudien).....	58
3.2.3 Untersuchungen auf der Meso-Ebene	58
3.2.4 Erörterung/Vertiefung der Untersuchungsergebnisse mit Expertinnen und Experten.....	62
II Untersuchungen auf der Makro-Ebene: Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Förderprogrammen von Bund und Ländern; gute Umsetzungsbeispiele.....	64
1 Das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“	64
2 Weitere Programme der Städtebauförderung	68
3 Partner- und Schnittstellenprogramme.....	76
4 Umweltbezogene Förderprogramme	85
5 Untersuchung von „Good Practice“-Ansätzen für die Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	91
III Untersuchungen auf der Meso- und der Mikro-Ebene: Fallstudien.....	108
1 Fallstudienübergreifende Befunde auf der Mikro-Ebene.....	108
1.1 Relevante Teilgruppen (Mikro-Milieus) in benachteiligten Stadtquartieren	109
1.2 Charakteristische Muster von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in den untersuchten Stadtquartieren	114
1.3 Ökologisch relevante Frage- und Problemstellungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner	117

1.4	Formen der Interaktion zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern benachteiligter Stadtquartiere und professionellen Akteuren.....	123
1.5	Soziale Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner.....	126
2	Berlin-Mitte: Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße	128
2.1	Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Quartiers Brunnenviertel-Brunnenstraße	130
2.2	Herausforderungen für die Quartiersentwicklung und Potenziale/Stärken des Stadtteils (aus „institutioneller“ Perspektive)	132
2.3	Programmumsetzung Soziale Stadt im Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße.....	136
2.4	Organisation und Management der Programmumsetzung.....	142
2.5	Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung.....	145
2.6	Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner.....	152
2.7	Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort.....	158
3	Kiel: Stadtteil Gaarden.....	160
3.1	Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Programmgebiets Gaarden.....	161
3.2	Herausforderungen für die Quartiersentwicklung und Potenziale/Stärken des Stadtteils (aus „institutioneller“ Perspektive)	164
3.3	Programmumsetzung Soziale Stadt in Kiel-Gaarden	167
3.4	Organisation und Management der Programmumsetzung.....	173
3.5	Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung.....	176
3.6	Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner.....	180
3.7	Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort.....	185
4	Marburg: Stadtteil Waldtal	187
4.1	Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Programmgebiets Waldtal	188
4.2	Herausforderungen für die Quartiersentwicklung (aus „institutioneller“ Perspektive)	191
4.3	Programmumsetzung Soziale Stadt in Marburg-Waldtal	197
4.4	Organisation und Management der Programmumsetzung.....	201
4.5	Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung.....	202
4.6	Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner.....	206
4.7	Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort.....	210

5	Merzig: Quartier Schalthaussiedlung.....	211
5.1	Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Gebiets „Stadtmitte und Schalthaussiedlung“	212
5.2	Herausforderungen für die Quartiersentwicklung und Potenziale/Stärken des Stadtteils (aus „institutioneller“ Perspektive)	216
5.3	Programmumsetzung Soziale Stadt in Merzig-Stadtmitte und Schalthaussiedlung	219
5.4	Organisation und Management der Programmumsetzung.....	226
5.5	Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung.....	228
5.6	Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner	232
5.7	Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort.....	237
IV	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	239
1	Schlussfolgerungen und Empfehlungen mit Blick auf Synergiepotenziale zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit.....	239
2	Schlussfolgerungen und Empfehlungen mit Blick auf verschiedene Akteursebenen und -gruppen.....	243
	Literatur	246
	Anhang.....	256
	Steckbrief: Ladies on Tour Braunschweig.....	256
	Steckbrief: BIWAQ IGEL III – Integration in Gröpelingen anhand Ernährung und Landschaftspflege	259
	Steckbrief: Dortmund Hörde – Projekt zur urbanen Landwirtschaft	263
	Steckbrief: Sparfüchsinnen Weingarten Freiburg	268
	Steckbrief: „Ideen säen – Essen ernten“ der Initiative Migranten für Agenda 21 e.V. in Hannover Hainholz	273
	Steckbrief: Stadtteilgarten Halle Glaucha.....	277
	Steckbrief: Stadtteilgarten Jena-Winzerla	282
	Steckbrief: Hallo Nachbar in Köln-Mühlheim	287
	Steckbrief: Nachbarschaftsgarten Strausberg	290
	Steckbrief: Utopiastadt Wuppertal.....	295

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Verortung von Lebenswelten benachteiligter Stadtquartiere in sozialen Milieus	113
Abbildung 2:	Positionierung der Umwelt-Muster in den sozialen Milieus:	116
Abbildung 3:	Typisierte soziale Netzwerkkarte.....	127
Abbildung 4:	Abgrenzung des Programmgebiets Brunnenviertel-Brunnenstraße	130
Abbildung 5:	Foto-Impressionen aus Berlin-Mitte: Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße	135
Abbildung 6:	Fotos zum Mitmach-Aufruf für das Repair-Café und zur Ausstellung Gleim-Oase	153
Abbildung 7:	Kiez-Werkstatt im Olof-Palme-Zentrum	154
Abbildung 8:	Die Gleim-Oase	154
Abbildung 9:	„Das viele Grün“ – positiv und negativ	155
Abbildung 10:	Von Bewohnerinnen und Bewohnern gepflegte Beete und Pflanzschalen im öffentlichen Stadtraum.....	156
Abbildung 11:	Schubkarren – Förderung von Bepflanzungsaktionen durch das Gartenamt.....	156
Abbildung 12:	Abgrenzung des Programmgebiets Kieler Ostufer (Soziale-Stadt-Fördergebiet: grün; Investitionsgebiete: rot; Sozialräume Gaarden und Ost: geteilt durch blaue Grenze; Stand 2013)	162
Abbildung 13:	Impressionen aus Kiel-Gaarden	167
Abbildung 14:	„Sozialkirche“ (links) und Stadtteilschule (rechts).....	177
Abbildung 15:	Urban Gardening in Gaarden.....	183
Abbildung 16:	Foto-Impressionen vom Sport- und Begegnungspark Gaarden	184
Abbildung 17:	Energieberatung im „Auguste“-Kiosk	185
Abbildung 18:	Programmgebiet Waldtal in Marburg	189
Abbildung 19:	Foto-Impressionen aus dem Marburger Waldtal	196
Abbildung 20:	Soziale Infrastrukturen: AKSB, ISA-Werkstatt, St. Martin-Haus, Hinweis auf Stadtteilwerkstatt (oben links bis unten rechts).....	205
Abbildung 21:	Mieterinnen und Mieter haben ihr Wohnumfeld gestaltet	207
Abbildung 22:	Sitz- und Liegebank.....	208
Abbildung 23:	Kinderspielplatz	209
Abbildung 24:	Parkplätze	210
Abbildung 25:	Lage des Programmgebiets Soziale Stadt Merzig	214
Abbildung 26:	Impressionen aus Merzig (Stadtmitte und Schalthausiedlung)	219
Abbildung 27:	Der Edi-Platz in der Schalthausiedlung	233
Abbildung 28:	Lärmquelle Eisenbahntrasse.....	234

Abbildung 29: Der Bolzplatz234

Abbildung 30: Zentrale Anlaufstelle in der Schalthaussiedlung: der Gemeinwesen-
Treffpunkt237

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Systematisierung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum	52
Tabelle 2:	Ist-Stichprobe der Teilnehmenden Beobachtungen.....	61
Tabelle 3:	Stichprobe der narrativen Interviews.....	61
Tabelle 4:	Beispiele für Maßnahme- und Projekttypen mit Umweltbezug, die in Gebieten der Sozialen Stadt zum Einsatz kommen	66
Tabelle 5:	Beispiele für Maßnahmen- und Projekttypen mit Umweltbezug, die im Rahmen von BIWAQ 2007-2013 umgesetzt wurden.....	78
Tabelle 6:	Gute Beispiele zur Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit.....	92
Tabelle 7:	Entstehungshintergrund und Ziele der identifizierten Fallbeispiele	95
Tabelle 8:	Handlungsfelder der „Good Practice“ Beispiele.....	100
Tabelle 9:	Zentrale Akteure und Kooperationspartner der „Good Practice“- Beispiele.....	101

Abkürzungsverzeichnis

AKSB	Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
GWA	Gemeinwesenarbeit
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsordnung
ISOE	Institut für sozial-ökologische Forschung
UBA	Umweltbundesamt

Zusammenfassung

Seit der Etablierung des Städtebauförderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im Jahr 1999 besteht für Kommunen die Möglichkeit, für Quartiere mit komplexen, miteinander zusammenhängenden Problemlagen in sozialer, städtebaulicher, wirtschaftlicher, kultureller und umweltbezogener Hinsicht unter Vorlage eines integrierten Entwicklungskonzepts Finanzhilfen zu erhalten, um städtebauliche Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung dieser Stadt- und Ortsteile umzusetzen. Entsprechend soll ein gebietsbezogener und ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden. Das übergeordnete Ziel des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ ist es, die Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Neben Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, der Bildungschancen und der sozialen Infrastrukturen, zur Stärkung der lokalen Wirtschaftskraft und der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen steht auch das Thema Umwelt auf der Agenda.

Vor diesem Hintergrund befasste sich das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und sociodimensions, Institute for Socio-cultural Research, mit der Frage, welche Synergiepotenziale zwischen Zielen des Umweltschutzes und sozialen Zielen im Rahmen von Städtebauförderprogrammen wie der „Sozialen Stadt“ vorhanden sind. Eine Ausgangsthese lautete, dass in der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ bislang die gebaute Umwelt (Gebäude, Wohnumfeld, Grün- und Freiflächen) und die soziale Umwelt (Nachbarschaften, Teilhabe) im Zentrum stehen, während die natürliche Umwelt keine oder allenfalls implizit Berücksichtigung findet. In diesem Zusammenhang (ebenfalls) kaum thematisiert ist bisher – so die Annahme – eine Förderung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster.

Folgende Fragen standen im Zentrum der Untersuchung (siehe Kapitel I 1):

- ▶ Wo finden sich in Gebieten der Sozialen Stadt Ansatzpunkte für mehr Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung?
- ▶ Wie lassen sich in diesem Zusammenhang Teilhabe- und Zukunftschancen der Bewohnerinnen und Bewohner – insbesondere mehrfach benachteiligter Bevölkerungsgruppen – verbessern?
- ▶ Wie können nachhaltige Konsum- und Lebensstile stärker im Rahmen von Aktivitäten der Sozialen Stadt thematisiert werden?
- ▶ Welche (neuartigen) Initiativen und Bottom-up-Ansätze gibt es bereits, welche entstehen derzeit (wie z.B. Formen der informellen Nachbarschaftshilfe oder Gärtnerprojekte) außerhalb der Programmstrukturen, können aber im Sinne von Synergiepotenzialen mit den Förderstrukturen verknüpft werden?

Methodologisch wurde zwischen zwei Handlungs- bzw. Erlebnissphären unterschieden: einerseits die „professionelle Sphäre“ von Programmen, beteiligten Institutionen und ihren Akteuren und andererseits die Sphäre der alltäglichen Lebenswelten der betroffenen Quartiersbewohner/innen. Die übergeordneten Fragestellungen wurden diesen beiden „Welten“ zugeordnet bzw. vor ihrem jeweiligen Hintergrund weiter operationalisiert. Insgesamt wurde auf dieser Basis mit einem Mehrebenen-Ansatz gearbeitet (siehe Kapitel I 3):

- ▶ **Makro-Ebene:** übergeordnete Programmansätze und -ziele sowie entsprechende Strategien und Konzepte
- ▶ **Meso-Ebene/„professionelle Sphäre“** von Institutionen und „professionellen“ Akteuren auf der kommunalen Verwaltungs- sowie der Quartiersebene
- ▶ **Mikro-Ebene der alltäglichen Lebenswelten** der betroffenen Quartiersbewohnerinnen und -bewohner und ihrer Organisationen.

Auf der Makro-Ebene (siehe Kapitel I 3.2.1) wurde mittels Dokumentenanalyse herausgearbeitet, wie die Themen Umweltschutz und ökologische Gerechtigkeit in den übergeordneten Strukturen des Programms „Soziale Stadt“ und ähnlichen Programmen sowie in den integrierten Stadtentwicklungskonzepten verankert wurden und welche Erfahrungen es in diesem Zusammenhang gibt. Ergänzend wurden mittels einer weiter gefassten Recherche zehn kommunale Good Practice-Beispiele, bei denen innovative Ansätze zur Nutzung von Synergiepotenzialen zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen der Städtebauförderung erschlossen wurden, identifiziert und vertieft untersucht.

Die Erkenntnisse der Analysen auf der Makro-Ebene und von Good Practice-Beispielen wurden durch Untersuchungen auf der Meso- und der Mikro-Ebene vertieft (siehe Kapitel I 3.2.2). Dazu wurden folgende vier Fallstudienquartiere ausgewählt, in denen Ansätze zur Nutzung von Synergiepotenzialen zwischen Zielen des Umweltschutzes und sozialen Zielen erkennbar waren: Berlin Mitte-Brunnenviertel, Marburg-Waldtal, Merzig-Stadtmitte und Schalthaussiedlung sowie Kiel-Gaarden.

Zu diesen vier Fallstudienquartieren wurden zunächst ausführliche Gebietsprofile erstellt, die einen Überblick über die spezifischen Charakteristika des jeweiligen Quartiers sowie die Herausforderungen und Ziele hinsichtlich der Quartiersentwicklung geben. Im Anschluss wurden auf der Meso-Ebene leitfadengestützte Einzel- und Gruppeninterviews mit „professionellen“ Akteuren geführt, die mit der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ betraut sind, um mehr über deren Erfahrungen mit Chancen und Hemmnissen zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit bei der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ auf kommunaler Ebene zu erfahren. Die Forschung auf der Mikro-Ebene zielte schließlich darauf ab, die Wahrnehmungen, Deutungs- und Handlungsmuster von Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner in den ausgewählten Fallstudiengebieten mittels unterschiedlicher qualitativer Forschungsmethoden besser kennenzulernen (siehe Kapitel III).

Ergebnisse der Dokumentenanalyse übergeordneter Programmansätze und -ziele

Die Untersuchungsergebnisse der Dokumentenanalyse auf der Makro-Ebene (siehe Kapitel II und IV) zeigen, dass das Programm „Soziale Stadt“ und weitere Programme der Städtebauförderung aufgrund ihres integrierten Stadtentwicklungsansatzes einerseits eine Reihe von Anknüpfungspunkten bieten, um städtebauliche und soziale Maßnahmen mit Aktivitäten zum Umweltschutz oder zur ökologischen Gerechtigkeit zu verbinden. Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse aber auch, dass in der Regel im Rahmen der Programmumsetzung andere Themen im Vordergrund stehen und insbesondere Strategien und Maßnahmen, die im Sinne der ökologischen Gerechtigkeit auf eine Exploration neuartiger Konsum- und Lebensstile abzielen, nur vereinzelt umgesetzt werden.

Die stärksten Bezüge zur Verbesserung von Umweltschutz und Umweltgerechtigkeit sind im Bereich der Verbesserung der regionalen Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit zu finden. Wie die Ergebnisse von Zwischenevaluierungen und der Begleitforschung zu den Programmen zeigen, werden oftmals Maßnahmen zur Anpassung der Infrastruktur und Verbesserung des Wohnumfelds ergriffen. Hierunter fallen u.a. auch Maßnahmen zur Entwicklung und Aufwertung von Grünflächen, zur Neugestaltung des Verkehrsraums zugunsten von Fuß- und Radwegen und/oder zur Verbesserung des Klimaschutzes, wodurch Umweltressourcen erhöht und/oder Umweltbelastungen reduziert werden können.

An den Ergebnissen wird außerdem deutlich, dass es von den beteiligten lokalen Akteuren und Kooperationsstrukturen in den Kommunen abhängt, inwiefern in den integrierten Strategien und Fördermaßnahmen Umweltthemen aufgegriffen werden. Da die Programme der Städtebauförderung auf Grundlage von integrierten Konzepten umgesetzt werden, ist es für die Verankerung von Zielen und Maßnahmen zum Umweltschutz und zur ökologischen Gerechtigkeit von Bedeutung, dass Akteure, die fachliche Kompetenz zu diesem Themenfeld mitbringen, frühzeitig an der Strategieentwicklung und -umsetzung beteiligt werden. Dies betrifft insbesondere die kommunalen Umweltverwaltungen, Umweltverbände und -vereine oder weitere Initiativen im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich. Die Er-

gebnisse der Zwischenevaluierung und Begleitforschung zum Programm „Soziale Stadt“ zeigen, dass diese Akteure im Zuge der bisherigen Programmumsetzung oftmals nicht im besonderen Fokus der Programmverantwortlichen standen.

Die Programme der Städtebauförderung und insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ bieten mit ihren Beteiligungsinstrumenten zudem das Potenzial, die Teilhabechancen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen an Informations-, Anhörungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen zu verbessern und hierdurch einen Beitrag zur Verbesserung der Verfahrensgerechtigkeit zu leisten. Allerdings hängt es auch hier wieder von den lokalen Akteuren und Kooperationsstrukturen ab, inwiefern im Rahmen der programmbezogenen Beteiligungsprozesse auch Themen der Umweltgerechtigkeit aufgegriffen und behandelt werden.

Strategien und Maßnahmen, die auf eine Stärkung von nachhaltigen Konsum- und Lebensstilen abzielen, bedürfen einer Bündelung der Städtebauförderung mit Mitteln für nicht-investive Maßnahmen aus anderen Förderprogrammen. Dazu gibt es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eine Vielzahl entsprechender Förderprogramme, die ergänzend in benachteiligten Quartieren zum Einsatz kommen können. So wird beispielsweise im Kontext des Partnerprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ deutlich, dass insbesondere durch die Verknüpfung von nicht-investiven Maßnahmen zur Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung mit quartiers- oder sozialraumbezogenen Maßnahmen Synergien entstehen können, die Beiträge zur ökologischen Gerechtigkeit beinhalten. Neben Maßnahmen zur Wohnumfeld- und Grünflächengestaltung, wie z.B. die Anlage und Pflege eines Gemeinschaftsgartens, oder Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung kommt dabei auch eine Vielzahl an Maßnahmen zum Einsatz, die auf Bildung für nachhaltige Entwicklung abzielen oder eine Stärkung des nachhaltigen Konsums (durch Recycling, Tausch oder Reparatur) intendieren. Das ESF-Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier – JUSTiQ“, das ebenfalls als Partnerprogramm zum Programm „Soziale Stadt“ entwickelt wurde, enthält ähnliche Bezüge zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit in der Programmausrichtung.

Weitere Anknüpfungspunkte zur Verbesserung der ökologischen Gerechtigkeit bieten ergänzende Programme zur nachhaltigen Stadtentwicklung auf Länderebene sowie weitere Schnittstellenprogramme und Initiativen zur Stärkung der Prävention, Teilhabe und Gesundheit. Es liegen keine übergreifenden Erkenntnisse dazu vor, in welchem Umfang Themen der ökologischen Gerechtigkeit in den einzelnen Programmen behandelt werden. Anhand von Ergebnissen zu ausgewählten Programmen und Maßnahmen wird aber deutlich, dass insbesondere mit Hilfe von niedrigschwelligen Angeboten im Bereich der Familienförderung und Frühen Hilfen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen gut erreicht und alltagsnah beraten werden können. Wenn in diesem Zusammenhang eine Verknüpfung mit Bildungs- und Beratungsmaßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung gelingt, wie es beispielsweise in Bezug auf eine gesundheitsbewusste Ernährung häufig der Fall ist, können durch eine integrierte Herangehensweise Synergien zur Stärkung gesunder Lebensstile und Lebenswelten von sozial benachteiligten Zielgruppen entstehen. Bewährt haben sich in diesem Zusammenhang insbesondere Angebote, die sich gut im Alltag implementieren lassen, ein hohes Maß an Partizipation aufweisen und die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der jeweiligen Zielgruppe einbinden.

In Bezug auf die umweltbezogenen Förderprogramme ergab die Sekundäranalyse, dass die großen investiven Förderprogramme von Bund und Ländern oftmals kaum Bezüge zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit aufweisen. Allerdings gibt es insbesondere auf kommunaler Ebene eine Vielzahl an Modellprogrammen oder Projekten, die Maßnahmen zum Umweltschutz und zur sozialen Gerechtigkeit zusammenführen und hierdurch einen Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit leisten. Besonders erwähnenswert sind hier Ansätze zur energetischen Beratung von sozial benachteiligten Haushalten und die vielfältigen Aktivitäten im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung. Auf Länderebene gibt es zudem im Rahmen der Strukturfondsförderung einzelne Ansätze, die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Grünanlagen und der Biodiversität sowie zur Reduzierung von gesund-

heitsrelevanten Umweltbelastungen mit der Förderung von sozial benachteiligten Quartieren zusammenführen.

Ergebnisse der Analyse guter Beispiele

Auf verschiedenen Zugangswegen identifizierte das Forschungsvorhaben zehn Projekte und Initiativen, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ oder anderer (Städtebau-)Förderprogramme erfolgreich Synergien zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung erschließen bzw. erschlossen haben (siehe Kapitel II 5 und Anhang). Dazu wurden zum einen vorhandene Projektmaterialien ausgewertet. Zum anderen wurden zu jedem Projekt ein bis zwei leitfadengestützte Telefoninterviews mit Vertreter/innen der jeweiligen Kommune und/oder Projektträgern bzw. Initiativen durchgeführt.

Im Ergebnis zeigen die zehn untersuchten guten Beispiele auf, in welchen Bereichen die Projekte und Initiativen einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren leisten. Dabei fällt auf, dass die Mehrzahl der identifizierten Projekte Maßnahmen im Bereich Stadtgrün (Stadtteilgärten, urbane Landwirtschaft etc.) umfassen. Konkret haben die untersuchten Projekte bzw. Initiativen in der bisherigen Umsetzung u.a. folgende Veränderungen angestoßen:

- ▶ Mit Projekten zur Entwicklung von bewohnergetragenen Stadtteilgärten und zur urbanen Landwirtschaft wurden Möglichkeiten zur kostengünstigen Selbstversorgung mit gesunden Lebensmitteln verbessert. Zudem sind durch die Projekte neue Orte für nachbarschaftliche Begegnungen, Veranstaltungen und Aktivitäten entstanden, was sich auf den Zusammenhalt in der Nachbarschaft positiv auswirken kann (inklusive Integration von Geflüchteten).
- ▶ Auch andere Projekte, die auf eine Aktivierung der Bevölkerung abzielen, können dazu beitragen, dass Austausch und Begegnungen im Stadtteil zunehmen und sich die Lebensverhältnisse im Quartier verbessern (z.B. Wiederbelebung eines Teegartens als Ort der nachbarschaftlichen interkulturellen Begegnung, allgemein: Verbesserung von Engagement und Wohlfühlfaktor im Quartier).
- ▶ Empowerment insbesondere von Frauen mit Migrationshintergrund, die sich nach der Beteiligung an Projektaktivitäten selbstbewusster und freier im Quartier bewegen und mehr Angebote wahrnehmen (z.B. durch Sprachkurse, Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt etc.).
- ▶ Qualifizierung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern durch Projektbeteiligungen und/oder die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen.
- ▶ Sensibilisierung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern für mögliche Kosteneinsparungen durch Beratung zu ökologischen Themen (z.B. Einsparungsmöglichkeiten beim Energie- und Wärmeverbrauch).

Um die erreichten Ziele zu verstetigen, sind bestimmte Rahmenbedingungen Voraussetzung – auch dies hat die Good Practice-Analyse deutlich gemacht:

- ▶ Um Anstöße zur Veränderung von Verhalten im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsumverhalten geben zu können, bedarf es einer Begleitung vor Ort über einen langen Zeitraum (mehrere Jahre). Hierzu ist entweder eine entsprechende langfristige Förderung notwendig oder es bedarf über einen längeren Zeitraum mehrerer kleiner Projekte, die aufeinander aufbauen.
- ▶ Unabhängig von Fördermöglichkeiten sind Räume notwendig, in denen sich Initiativen und Menschen aus dem Stadtteil für gemeinsame Aktivitäten treffen können.
- ▶ Zudem bedarf es für eine Verstetigung Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort, die auch nach dem Auslaufen von Förderungen Aktivitäten im Quartier begleiten und bei Bedarf Anstöße geben.

Die aus der Analyse guter Beispiele abgeleiteten Erkenntnisse konnten zum Großteil in den Fallstudienstädten bzw. -gebieten bestätigt werden.

Ergebnisse der Untersuchungen in vier Fallstudienstädten

Ein zentrales Kriterium bei der Identifizierung der Fallstudienstädte bzw. -quartiere war, dass dort bereits Ansätze zur Nutzung von Synergiepotenzialen zwischen sozialen und ökologischen Zielen erkennbar waren. Weiterhin konnten letztlich nur solche Fallstudienstädte ausgewählt und beforscht werden, in denen eine Bereitschaft zur Mitwirkung im Rahmen des Forschungsvorhabens (und die damit verbundenen Kapazitäten) vorhanden waren. Zudem wurde darauf geachtet, dass einerseits Städte unterschiedlicher Größe (qua Einwohnerzahl) und andererseits sowohl kreisfreie als auch kreisangehörige Städte in der Auswahl vertreten waren.

Die vier Fallstudiengebiete Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße, Kiel-Gaarden, Marburg-Waldtal sowie Merzig-Stadtmitte und Schalthaussiedlung sind allesamt Programmgebiete der Sozialen Stadt mit besonderen Herausforderungen insbesondere im (städte)baulichen bzw. wohnumfeldbezogenen Bereich, und vor allem in sozialstruktureller und sozio-ökonomischer Hinsicht (siehe Kapitel III).

Herausforderungen der Quartiersentwicklung: Sozialstruktur, soziale Lage und Umweltsituation

Analog zur gesamtstädtischen Entwicklung zeigen zwei der Quartiere Bevölkerungswachstumstendenzen (Berlin-Brunnenviertel und Kiel-Gaarden), das Merziger Untersuchungsgebiet eher einen tendenziellen Bevölkerungsrückgang. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist in den Fallstudiengebieten (stark) überdurchschnittlich. Außer im Merziger Programmgebiet weisen die Quartiere einen überdurchschnittlichen Anteil von Menschen unter 18 Jahre auf – es sind also „junge“ Gebiete, und nur im untersuchten Bereich des Berliner Brunnenviertels finden sich überdurchschnittliche Anteile auch von älteren Menschen über 65 Jahre. Für das Marburger Waldtal wird eine Binnensegregation nach sozio-ökonomischen und/oder Status-Kriterien problematisiert. In allen vier Programmgebieten leben überdurchschnittlich viele Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen. Auch der Anteil von insbesondere Jugend- und Langzeitarbeitslosen an der Quartiersbevölkerung ist in den betrachteten Programmgebieten Berlins, Kiels und Marburgs stark überdurchschnittlich.

Beim Blick auf die *Ausstattung mit sozialer Infrastruktur* – Kitas, Schulen, andere soziale Infrastrukturen wie Nachbarschaftshäuser i.w.S. – fällt auf, dass die Situation in Kiel und Marburg als sehr gut eingeschätzt wird, während das Berliner Brunnenviertel unter einer Unterversorgung mit Kitaplätzen und dem Rückgang sozialer Infrastrukturen (Schließungen etc.) leidet. Ein unzureichendes Angebot an Freizeit- und Begegnungsräumen wird für das Berliner und das Marburger Programmgebiet beklagt.

Die *Umwelt- und Wohnumfeldsituation* in den Fallstudiengebieten wurde im Vergleich mit anderen Herausforderungen der Quartiersentwicklung überwiegend wenig problematisiert. So weisen die untersuchten Quartiere in Berlin, Marburg und Kiel eine gute Ausstattung mit Grünflächen unmittelbar im Programmgebiet und/oder im angrenzenden Nahbereich auf, wobei jedoch im Berliner Brunnenviertel und in Marburg-Waldtal auf eine teilweise unzureichende Gestaltung und Pflege dieser Flächen hingewiesen wird. Außerdem problematisierten Akteure in Marburg und Kiel Erreichbarkeitsbarrieren zwischen Wohngebiet und umgebenden Grünanlagen (Hauptverkehrsstraßen). Lärm- und Schadstoffemissionen im Bereich von Hauptverkehrsstraßen wurden für die betrachteten Programmgebiete in Kiel, Marburg und Merzig ins Feld geführt. In Kiel-Gaarden und Marburg-Waldtal wurde außerdem auf unzureichende Fuß- und Radwegeverbindungen bzw. deren geringe Qualität sowie auf eine unattraktive Eingangssituation in den Stadtteil hingewiesen. Die Schalthaussiedlung in Merzig ist ebenso durch eine unzureichende ÖPNV-Anbindung an die Innenstadt sowie weite Wege zu Versorgungseinrichtungen u.a. des täglichen Bedarfs gekennzeichnet.

Das *Umwelt- und Gesundheitsverhalten* (von Teilen) der jeweiligen Quartiersbevölkerung wurde für alle vier Fallstudiengebiete thematisiert: Bei einigen Bevölkerungsgruppen gebe es ein eher problema-

tisches Umweltverhalten, was sich vor allem in einer „wilden“ Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum und einer nur unzureichenden Mülltrennung äußere. Auch das Thema ungesunde Ernährung und unzureichendes Gesundheitsverhalten spielt in allen Quartieren eine mehr oder weniger starke Rolle. In allen vier Programmgebieten wird über eine mehr oder weniger ausgeprägte Drogen-/Alkoholproblematik berichtet, teilweise verbunden mit deutlich in Erscheinung tretenden „Szenen“ wie in Kiel-Gaarden.

Potenziale der Quartiersentwicklung

Neben unterschiedlich ausgeprägten siedlungsstrukturellen (stadträumliche Lage), wohnungsmarkt-bezogenen (günstige Mieten), infrastrukturellen (Kitas, Schulen, Begegnungsorte) und nachbarschaftlichen Potenzialen (Engagement und Mitwirkungsbereitschaft von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern) können vor Ort auch umweltbezogene Potenziale identifiziert werden, die an der Schnittstelle zum Thema soziale Lage liegen. Dazu gehören Freiflächen, die qualifiziert werden können, Hofbereiche, die sich für eine Begrünung eignen, Urban Gardening-Projekte, die weiter ausgebaut bzw. qualifiziert werden können, sowie umweltpädagogische Angebote in Kitas, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen.

Programmumsetzung Soziale Stadt

Alle vier Fallstudiengebiete sind oder waren Programmgebiete der Sozialen Stadt. Entsprechend liegen für sie Integrierte Quartiersentwicklungskonzepte vor bzw. befinden sich – wie im Falle Marburg-Waldtal – in Arbeit. Während darin das Thema Verbesserung der jeweiligen sozialen Lage inklusive Empowerment, Aktivierung und Beteiligung in allen vier Fällen deutlich präsent ist, finden sich umweltbezogene Themen zum Teil eher vermittelt, beispielsweise als Maßnahmen der Grünflächenentwicklung in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld.

Die konkrete Projektlandschaft umfasst in allen vier Fallstudiengebieten neben baulichen und wohnumfeldbezogenen Maßnahmen ein breites Spektrum an Projekten zur Stärkung von Selbsthilfe (u.a. in den Bereichen Konsum, Mobilität, Gesundheit, Ernährung), Sozialkapital und Teilhabe sowie zur (potenziellen) Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation. Im Umweltbereich werden teils umfangreiche Projekte zur energetischen Sanierung und zur Klimaanpassung, zur Qualifizierung von Grün-, Frei-, Sport- und Spielflächen und ihrer Erreichbarkeit sowie aus dem Bereich Urban Gardening/Nachbarschaftsgärten durchgeführt. Auch Maßnahmen zum besseren Umgang mit Müll spielen in allen vier Gebieten eine mehr oder weniger starke Rolle.

Empowerment, Aktivierung und Beteiligung

Der Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern sowie von anderen lokalen Akteuren wird in allen vier Fallstudiengebieten ein großer Stellenwert beigemessen. Dabei spielen „klassische“ Formate wie Beteiligungsveranstaltungen oder Workshops zwar nach wie vor eine wichtige Rolle. Hinzu kommen jedoch immer mehr flexible Formate im Sinne einer zugehenden Kommunikation „auf Augenhöhe“ – auf dem Marktplatz, auf der Straße und/oder im Rahmen von Angeboten sozialer Einrichtungen etc. Auch Stadtteilrundgänge oder Mitmachaktionen gehören in das Portfolio dieser Gemeinwesenarbeit i.w.S.

In Berlin und Merzig, zukünftig auch (wieder) in Kiel steht ein dezentraler Verfügungsfonds als Aktivierungs- und Beteiligungsinstrument zur Verfügung, aus dem kleinere Projekte und Aktionen finanziert werden können.

Einschätzungen professioneller Akteure der Programmumsetzung

Generell wurde von den befragten institutionellen Akteuren der Programmumsetzung in allen vier Fallstudienstädten bzw. -gebieten konstatiert, durch die Umsetzung des Programms Soziale Stadt positive Effekte einer ganzheitlichen Quartiersentwicklung generiert zu haben (Verbesserung von Wohnsituation und Wohnumfeld etc.). Gleichzeitig bleiben jedoch Herausforderungen insbesondere im sozialen und sozio-ökonomischen Bereich weiter bestehen, was insbesondere auf die nach wie vor große Bedeutung von Empowerment, Aktivierung und Beteiligung hinweist.

Die Einschätzungen von *Angebotsqualität und Erfolg von Empowerment, Aktivierung und Beteiligung* waren in den vier Fallstudienkommunen/-gebieten nicht einheitlich bzw. die professionellen Akteure der Programmumsetzung setzten dabei unterschiedliche Schwerpunkte:

- ▶ Im Berliner Brunnenviertel wurde u.a. die zum Teil schwierige Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen hervorgehoben: Die Aktivierung und Beteiligung (besonders) benachteiligter Menschen und/oder solcher mit Migrationshintergrund gelinge hier kaum. Ebenfalls teilweise schwierig sei die erfolgreiche Ansprache von Seniorinnen und Senioren, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. U.a. wurde hier ein größerer Bedarf an Gemeinwesenarbeit konstatiert.
- ▶ In Kiel und Berlin wurde auf zentrale Erfolgsfaktoren für Aktivierung und Beteiligung hingewiesen: „Prinzip Augenhöhe“, Notwendigkeit persönlicher Ansprache und zielgruppenspezifischer Zugänge sowie Orientierung an unmittelbarer Betroffenheit. Umwelt- und Gesundheitsthemen seien für viele Bewohnerinnen und Bewohner aus ihrer eigenen Perspektive heraus allenfalls mittelbar, d.h. im Zusammenhang mit anderen Themen, interessant.
- ▶ In und für Marburg-Waldtal wurde einhellig konstatiert, vor Ort nicht nur intensive Gemeinwesenarbeit zu betreiben, sondern auch breite Beteiligungsmöglichkeiten im Zuge der Quartiersentwicklung angeboten zu haben. Kritisiert wurde jedoch ein Missverhältnis zwischen Beteiligungsintensität und bislang nur in geringem Maße erfolgter Projektumsetzungen, was von Verwaltungsseite u.a. auf die erst im Laufe des Prozesses verhängte kommunale Haushaltssperre in Marburg zurückgeführt wird.
- ▶ Wie auch in Marburg wurde in Merzig u.a. auf eine intensive, bereits vor rund 20 Jahren eingeführte Gemeinwesenarbeit vor Ort als Schlüsselfaktor für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung hingewiesen.

Mit Blick auf (*potenzielle*) *Schnittstellen zwischen sozialer und umweltbezogener Quartiersentwicklung* wurde vor allem in Berlin und auch in Kiel auf „grüne“ Maßnahmen als ein Kristallisationspunkt für das Zusammenleben vor Ort hingewiesen (Qualität von Treffpunkten, Aufenthalts- und Projektorten wie Nachbarschaftsgärten). In organisatorischer Hinsicht wurde vor allem die Rolle von Fachkräften sozialer Infrastrukturen und des Quartiersmanagements als „Mittelnde“ oder „Schnittstellenorganisierende“ für die Qualifizierung von Schnittstellen zwischen sozialer und umweltbezogener Quartiersentwicklung betont. Faktisch weisen die umwelt- und gesundheitspädagogischen Angebote von Kitas und Schulen sowie anderer sozialer Einrichtungen in der Regel (potenziell) starke Synergien zwischen Umweltschutz i.w.S. und Verbesserung der sozialen Lage auf, wie in allen vier Fallstudiengebieten mehr oder weniger deutlich hervorgehoben wurde.

Welche *Rahmenbedingungen der Quartiersentwicklung* sind – auch mit Blick auf das Zusammenspiel von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage – eher förderlich, welche eher hinderlich? Auch dazu äußerten sich die professionellen Akteure der Programmumsetzung in den untersuchten Fallstudiengebieten. Neben kommunal- bzw. gebietspezifischen Rahmenbedingungen (z.B. die kommunale Haushaltssperre in Marburg oder ein großes Wohnungsunternehmen als wichtiger Partner in Berlin) lassen sich dabei auch übergreifende Bedingungen identifizieren:

- ▶ Mit Blick auf die Binnenstrukturen der Städte wurden *eingespielte, gut funktionierende integrative Organisations- und Managementstrukturen in Verwaltung und Quartier sowie zwischen diesen beiden Ebenen* als wichtige förderliche Rahmenbedingung hervorgehoben.
- ▶ Unter den übergeordneten Rahmenbedingungen stach in den Interviewaussagen vor allem das *Programm „Soziale Stadt“* heraus – und zwar sowohl im positiven als auch im negativen Sinne. Das Gros der in die Untersuchung einbezogenen professionellen Akteure der Programmumsetzung bewertete die Soziale Stadt nicht nur als förderlich, sondern sogar als notwendig für die Entwicklung vor Ort – insbesondere als Anreiz für und Finanzierungsmöglichkeit von Aktivierung und Beteiligung i.w.S. Auf der anderen Seite wurde in Kiel, Marburg und Merzig die weitgehend fehlende Möglichkeit, aus dem Programm „Soziale Stadt“ nicht nur investive, sondern auch sozial-integrative Maßnahmen und Projekte fördern zu können, als hemmende Rahmenbedingung genannt – das Fehlen eines „Globaltopfes“ mache sich negativ bemerkbar, wolle man Quartiersentwicklung tatsächlich integrativ vorantreiben. Daher sei die Bündelung unterschiedlicher Fördermittel notwendig, wofür allerdings Personalressourcen in starkem Maße gebunden würden. Außerdem – dies wurde in Kiel problematisiert – führe eine starke Mittelbündelung insbesondere im sozial-integrativen Bereich aufgrund unterschiedlicher, nicht aufeinander abgestimmter Förderlogiken mancherorts zu einer Vielzahl paralleler kleinteiliger Maßnahmen und Projekte in diesem Bereich („Projektitis“), was einem abgestimmten, ganzheitlichen Vorgehen vor Ort entgegenstehe. In allen vier Fallstudienstädten wurde darauf hingewiesen, dass die teilweise fehlende Flexibilität integrierter Handlungskonzepte und des Fördermitteleinsatzes Soziale Stadt sowie generell die begrenzten Laufzeiten von Programmen nicht mit der langfristigen Aufgabe integrierter Quartiersentwicklung benachteiligter Stadtteile, innerhalb derer sich Ziele an wandelnde Alltagsanforderungen anpassen müssen, korrespondierten.
- ▶ Zu weiteren hemmenden Rahmenbedingungen zählt aus Sicht der befragten Akteure – insbesondere in Berlin und Kiel – die als *unzureichend bewertete personelle Ausstattung von Einrichtungen und Projekten vor Ort*: Hier gebe es regelmäßig zu wenig Personal (quantitativer Aspekt), das aufgrund von Stellenbefristungen zudem kaum langfristig planen und Vertrauen vor Ort aufbauen könne (qualitativer Aspekt). Letztlich leide darunter die (sozial-integrative) „Beispielung“ von (baulichen und Grün-)Strukturen, die jedoch gerade im Hinblick auf Empowerment und Verbesserung der sozialen Lage für unabdingbar gehalten wird. Diese Defizite könnten und sollten nicht durch Ehrenamt kompensiert werden, wie in mehreren Fallstudienstädten betont wurde.
- ▶ Schließlich wurde auf *fehlende Finanzmittel für stärkere Investitionen in den Umweltschutz vor Ort (Kiel) und für (materielle) Anreize zur Stärkung des Umweltbewusstseins* in der Quartiersbevölkerung (Marburg) hingewiesen.

Die Sicht von Bewohnerinnen und Bewohnern der vier Fallstudiengebiete (Mikro-Ebene)

Die untersuchten Fallstudiengebiete weisen durchweg eine große Vielfalt an Lebenswelten auf. Das Spektrum reicht von traditionellen Milieus, deren Werthaltungen von Sparsamkeit und Bescheidenheit geprägt sind und denen die Bewahrung bestehender Strukturen am Herzen liegt, über Personen in prekären Verhältnissen, bei denen vor allem materielle Notwendigkeiten im Lebensmittelpunkt stehen, bis hin zu höher Gebildeten, oft mit gesellschaftskritischen und postmateriellen Orientierungen. Diese Vielfalt an Grundorientierungen ist bei der deutsch-stämmigen wie bei der migrantischen Bevölkerung gleichermaßen anzutreffen. Eine soziale Durchmischung ist also gegeben. In der Vernetzung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Ressourcen liegt ein zu großen Teilen bisher noch nicht ausgeschöpftes Potenzial – gerade auch für die Verankerung ökologisch relevanter Themen und nachhaltiger Lebensstile.

Fast alle Bewohnerinnen und Bewohner lassen eine hohe Identifikation mit ihrem Wohngebiet erkennen. Es stellt für die meisten eine Art geschützten Raum dar, in dem man sich unter Seinesgleichen bewegt und auskennt. Der soziale Zusammenhalt ist oft ausgesprochen hoch. Allerdings sind die untersuchten Gebiete auch mit Image-Problemen behaftet, was dazu führt, dass für viele schon allein die Nennung des Wohnorts (mit) Abwertung und Diskriminierung (z.B. bei der Suche nach einer Arbeitsstelle oder Ausbildungsplatz) nach sich zieht/verbunden ist.

Umweltschutz wird im Sinne einer sozialen Norm weitgehend akzeptiert und für notwendig gehalten. Bewusst umweltschützendes Handeln ist dagegen kaum anzutreffen. Die tatsächliche Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und ökosystemarer Dienstleistungen durch die Bewohnerschaft der untersuchten Fallstudiengebiete liegt aber deutlich unter dem in Deutschland insgesamt Üblichen. Relevante Problemthemen mit Umweltbezug sind: Abfall und Müll, die Pflege und Nutzung von Grünflächen sowie – teilweise – Verkehr und Mobilität. Das Thema Energie(-Sparen) ist wichtig, wird jedoch kaum unter der ökologischen Perspektive betrachtet. Lärm und Luftverschmutzung – obwohl objektiv meist überdurchschnittlich gegeben – werden von den Betroffenen in ihrer Bedeutung oftmals unterschätzt bzw. nicht explizit als Problem benannt; hierzu trägt zum einen eine hohe Identifikation mit dem eigenen Wohnquartier bei und zum anderen die Überzeugung, an der gegebenen Situation (kurzfristig) ohnehin nichts ändern zu können.¹ Gesundheitsthemen, insbesondere ausgewogene Ernährung und ausreichende Bewegung, sind aus der Außenperspektive bedeutsam, werden von der Mehrzahl der Bewohnerschaft aber kaum problematisiert. Initiativen zur Nutzungsdauerverlängerung von Produkten existieren in den untersuchten Fallstudiengebiete als Nischenphänomene, an denen sich vor allem diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner beteiligen, die über höhere Bildung und postmaterielle Orientierungen verfügen.

Explizit ökologische Themen spielen bei den Interaktionen zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern und professionellen Akteuren nur selten eine Rolle. Im Vordergrund steht meist die Planung und der Fortgang von baulichen Maßnahmen; aber auch Themen wie Sauberkeit im Quartier, die Pflege von Grünanlagen und Verkehrsprobleme werden erörtert. Eine wiederkehrende Problematik ist die Wahrnehmung der administrativen Ebene als bremsender, verzögernder Faktor, was auf Seiten der (engagierten) Bewohnerschaft als frustrierend erlebt wird. Umweltverbände sind – im Rahmen des Beobachteten – weder bei den Interaktionen noch bei den Aktivitäten vor Ort präsent.

Die Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Stadtquartiere verfügen in der Regel über geringeres Sozialkapital als Menschen, die in weniger benachteiligten Stadtteilen leben. In diesem Zusammenhang spielen Gemeinwohlakteure und das Quartiersmanagement eine zentrale Rolle. Sie sind Anzusprechende, Ratgebende und Helfende in (fast) allen Lebenslagen; sie aktivieren und moderieren Prozesse, die auf die Verbesserung der Lebensqualität im Quartier hinwirken; sie fungieren als Schnittstelle und „Übersetzer“ zwischen den Handlungslogiken der professionellen Akteure auf der Verwaltungsebene und den Aktionsmodi der Bewohnerinnen und Bewohner; nicht zuletzt gelingt es Gemeinwesenarbeit und/oder Quartiersmanagements durch eine Vielzahl entsprechender Initiativen, ein Interesse für über die unmittelbaren materiellen Lebensnotwendigkeiten hinausgehende Tätigkeiten – wie Kultur und Natur – zu fördern, wodurch Identität und „Würde“ gestärkt werden.

1 Die Umweltbewusstseinsstudie 2017 kam diesbezüglich zu dem Ergebnis, dass Lärm und Luftverschmutzung von Personen mit niedrigem sozialen Status deutlich überdurchschnittlich als gesundheitsbelastende Faktoren genannt werden (BMUB/UBA 2017: 48). Die Daten dieser Studie wurden anhand von Vorgaben („gestützt“, d.h. mit konkreten Hinweisen auf mögliche Belastungen) erhoben und sind im Kontext eines allgemeinen Benachteiligungsgefühls zu interpretieren. Im vorliegenden Projekt wurden dagegen offene Interviews ohne Vorgaben („ungestützt“) geführt. Vor dem Hintergrund einer überwiegend hohen, positiven Identifikation der Befragten dieser (kleineren, qualitativen) Stichprobe mit ihrem Wohnquartier war eher ein gegenteiliger Effekt festzustellen: Es wurden die Vorzüge des Wohnens in diesen spezifischen Quartieren hervorgehoben und mögliche Belastungen eher ausgeblendet („verdrängt“).

Ein zentraler Faktor für das Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier ist der Wunsch, sich die eigene nahe Umwelt anzueignen und sie z.B. schöner, sauberer, angenehmer zu machen. Handlungsrelevant wird dieses Motiv meistens, wenn sich die Möglichkeit ergibt, dies mit weiteren Bedürfnissen zu kombinieren: Gemeinschaft zu erleben, eine sinnvolle Beschäftigung zu haben und sich wertgeschätzt zu fühlen. Bei geförderten Maßnahmen nicht unbedeutend ist auch die Chance, etwas hinzuverdienen und somit das eigene finanzielle Budget etwas aufbessern zu können. Bevorzugt werden selbstorganisierte Formen, bei denen es unkompliziert, eher improvisiert, aber schnell und spontan vorangeht. Die Präsenz „intellektueller“ Quartiersbewohnerinnen und -bewohner hilft oft, derartige Prozesse zu realisieren. Gemeinwesenarbeit (GWA) und Quartiersmanagement (QM) sind dabei wichtige Anlaufstationen sowie Koordinierende und Unterstützende; sie sind außerdem unverzichtbar, wenn es um den Zugang zu und die Verteilung von Fördermitteln geht.

„Umwelt“ ist für die interviewten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zunächst immer die sie unmittelbar umgebende Um-Welt. Die ökologische Konnotation wird dabei nicht losgelöst von lokalen und individuellen, d.h. sozialen und psychologischen, Faktoren gesehen, steht aber meist eher im Hintergrund. Für die Hebung von Synergiepotenzialen ist insofern ein ganzheitlicher Ansatz zu wählen, der ökologische Aspekte vermittelt mit anderen Anliegen aufgreift, d.h. durch jede Art von Gelegenheit, sich aktiv mit der nahen Umwelt zu beschäftigen, diese zu gestalten und sich diese anzueignen. Die – vorhandene – Identifikation mit dem eigenen Quartier und ein – durch jegliche Art der Verbesserung von Lebensqualität im Viertel förderbares – Gefühl des hier Zuhause-Seins sind dabei hilfreich. Dabei sind Motivallianzen wichtig: der Wunsch nach Kontakt und Gemeinschaft, nach sinnvoller Betätigung, nach der Erfahrung von Selbstachtung und Selbstwirksamkeit, aber auch Motive wie Spaß haben und Geld verdienen. Die Entwicklung eines lebendigen, resonanten Bezugs zur eigenen nahen Umwelt offenbart sich als notwendige Voraussetzung für die Ausbildung eines Bewusstseins für den Wert von und den pfleglichen Umgang mit den ökologischen Ressourcen. Dies mag als Umweg erscheinen, dürfte sich aber letztlich nachhaltiger auswirken als eine kurzfristige Implementierung beispielsweise von umweltpädagogischen oder anderen auf Verhaltenssteuerung abzielenden Konzepten. Eine intensivere Vernetzung der vielfältigen, milieuspezifischen Kompetenzen vor Ort kann zu dieser ganzheitlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt beitragen. Die Unterstützung und Moderation derartiger Prozesse durch die Gemeinwohllakteure und das Quartiersmanagement bilden dabei – insbesondere mit Blick auf deren Verstetigung – einen unverzichtbaren Bestandteil.

Mit Blick auf die Förderung nachhaltigen Handelns der Bewohnerinnen und Bewohner von benachteiligten Stadtquartieren kann festgehalten werden, dass dieses vor allem dann attraktiv ist und praktiziert wird, wenn sich Zusammenhänge mit sozialer Inklusion, verbesserten Teilhabe- (und Selbstentfaltung-)Chancen sowie mehr materieller und sozialräumlicher Sicherheit herstellen lassen. Insbesondere durch Naturerfahrungsgelegenheiten oder Sport- und Bewegungsmöglichkeiten können ein erlebbarer Bezug zur unmittelbaren Umwelt geschaffen und gleichzeitig Gesundheit und Wohlbefinden gefördert werden. Daneben sind praktische Maßnahmen einer (präventiven) Umweltpolitik (z.B. Lärmschutz, Verbesserung der Luftqualität) relevant, weil sie aufzeigen, dass Umweltschutz unmittelbar mit der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu tun hat (und nicht nur etwas für „besser gestellte Milieus“ oder abstrakt „zur Rettung des Planeten“ ist). Dabei ist eine insgesamt stark auf den unmittelbaren Nahraum ausgerichtete Wahrnehmung von Problemen wie von Chancen zu berücksichtigen.

Insgesamt wird deutlich, dass das Umweltbewusstsein und -verhalten der Bewohnerinnen und Bewohnern benachteiligter Stadtquartiere sehr stark durch ihre soziale Lage bestimmt wird, was dazu führt, dass andere Probleme als Umweltprobleme im Alltag im Vordergrund stehen, dass weniger umweltbewusster („grüner“) Konsum praktiziert wird, gleichzeitig aber auch natürliche Ressourcen durch ein insgesamt unterdurchschnittliches Konsumniveau der Benachteiligten weniger als von anderen Bevölkerungsgruppen in Anspruch genommen werden – und dass die Bewohnerinnen und Bewohner entsprechender Stadtquartiere sich dieser Tatsache, wie die empirische Feldforschung zeigt

hat, durchaus auch bewusst sind. Insofern wird nachvollziehbar, dass die Bereitschaft zu Eigenaktivität und Engagement im Quartier (fast) immer aus einer Mischung von Motiven resultiert, bei denen einerseits Wünsche nach Aneignung der eigenen nahen Umwelt, nach dem Erfahren von Selbstwirksamkeit, Selbstachtung und „Würde“ eine Rolle spielen, andererseits aber eben auch Bestrebungen wirksam bzw. wichtig sind, die darauf abzielen, die eigene oder gemeinschaftliche materielle/soziale Lage (im Haushalt, im Wohnquartier) zu verbessern und sicherer, verlässlicher, resilienter zu gestalten (Stichwort: Motivallianzen).

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Untersuchungsergebnisse zeigen: Es lassen sich bereits Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in der Städtebauförderung feststellen – noch mehr jedoch gibt es Potenziale dafür, die entwickelt werden können. Aus den Untersuchungsergebnissen wurden dazu zentrale Themen abgeleitet, die im Rahmen zweier Experten-Workshops und einer Fachtagung diskutiert, vertieft und modifiziert wurden (siehe Kapitel IV):

Thematische Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

- ▶ Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit lassen sich nur durch den Dreiklang (1) Förderprogramme, (2) ressort-/fachübergreifende Zusammenarbeit (auch auf Bundes- und Landesebene) und (3) dauerhaft abgesicherte Gemeinwesenarbeit vor Ort erreichen.
- ▶ Fördermaßnahmen des (investiv ausgerichteten) Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ fokussieren auf soziale, teils auch auf Umweltverhältnisse. Letztere können Potenziale für innovative Praktiken im gesellschaftlichen Miteinander aufweisen, die entwickelt und genutzt werden sollten.
- ▶ Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind in den meisten Handlungsfeldern der Sozialen Stadt herstellbar, indem eine Aneignung der unmittelbaren nahen Umwelt (durch Selbsttätigkeit, Selbstachtung und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit) durch die Bewohnerinnen und Bewohner ermöglicht wird. Gesunde und nachhaltige Lebensstile entstehen aus Motivallianzen mit anderen sozialen Bedürfnissen (Gemeinschaft, Status etc.). In der Vielfalt unterschiedlicher lokaler Milieus finden sich Potenziale für neue Formen von Konsum und Lebensstilen.
- ▶ Damit Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere sich generell (wieder) als handelnde und gestaltende Akteure begreifen, sind Empowerment, niedrigschwellige Angebote, Kommunikation auf „Augenhöhe“ (Sprache, kulturelle Gepflogenheiten etc.) notwendig.
- ▶ Darauf aufbauend sind eine zugehende Aktivierung und Beteiligung wichtig für eine koproductive Nachbarschaftsentwicklung. Um Ideen aus der Bewohnerschaft zu unterstützen, bedarf es flexibler und möglichst wenig bürokratischer Fördermöglichkeiten (z.B. Verfügungsfonds).
- ▶ Insgesamt können Umweltthemen als „Übersetzer“ zwischen verschiedenen Milieus bzw. als „Vehikel“ für Empowerment dienen, wenngleich sich die Aneignung der unmittelbaren Nahwelt vor Ort nicht automatisch auf Umwelt-/Naturschutzziele richtet. „Umweltnutzung“ sollte in erster Linie als Ressource für eine sozial-räumliche Quartiersentwicklung gesehen werden. Dafür braucht es Gelegenheiten und Räume.
- ▶ Aneignungs- und Empowerment-Prozesse sollten bzw. müssen professionell begleitet werden. Dafür bedarf es einer (durch Städtebauförderungsprogramme wie die „Soziale Stadt“ allein kaum förderbaren) Sozial- bzw. Gemeinwesenarbeit i.w.S. – auch bspw. Sportvereine oder Umweltverbände können hier ebenso einen wichtigen Beitrag leisten wie Träger von Repair-Cafés, Urban Gardening- und anderen Mitmachprojekten. Insgesamt wird jedoch deutlich: Ergänzend zur Städtebauförderung ist die ebenso intensive Förderung von Sozial- bzw. Gemein-

wesenarbeit notwendig – (Infra-)Strukturen und „Räume“ müssen „sozial bespielt“ werden, damit sie sozial-integrativ wirken können.

- ▶ Umweltakteure – insbesondere kommunale Umweltverwaltungen und Umweltverbände – sind gefordert, sich im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ stärker einzubringen. Dazu müssen ihre potenziellen „Andockmöglichkeiten“ im Quartier identifiziert werden – mit lokalen Quartiersmanagements können Umweltakteure beispielsweise „lernende Tandems“ bilden, in denen die Erfahrungen aus Umwelt- und Quartiersentwicklungsarbeit zusammenkommen.
- ▶ Die Menschen in benachteiligten Quartieren finden sich häufig in den Sichtweisen bzw. dem Problemverständnis von Politik, Verwaltung und Wissenschaft nicht wieder. Von besonderer Bedeutung ist hier die Moderation durch lokale Quartiersmanagements in ihrer Anwaltsrolle für die Quartiersbevölkerung und als Mittlerinstanz zwischen Verwaltung und Quartier.
- ▶ Ein Schritt zur konsequenteren Umsetzung von Umweltschutzbelangen in der Städtebauförderung kann eine stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards im Design dieser Programme sein.
- ▶ Hilfreich kann (auch) ein Partnerprogramm „Quartiersbezogener Umweltschutz“ sein, das dazu beiträgt, „Umwelt“ als Andockpunkt für sozial-integratives Handeln einen größeren Stellenwert nicht nur im Rahmen der integrierten Quartiersentwicklung beizumessen. Ein solches Programm sollte durchaus einen weiteren räumlichen Umgriff als die Quartiersebene erhalten, um tatsächlich auch umweltwirksam werden zu können (Gesamtstadt, Stadt und Region).
- ▶ Unabhängig von Programmausgestaltungen scheint eine intensivere Vernetzung aller relevanten Akteure auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene für eine Stärkung des Umweltschutzes notwendig zu sein. Mit Blick speziell auf die kommunale Ebene gilt: Umweltfachplanungen und integrierte Quartiersentwicklung sollten stärker gebündelt und das Handeln der Umweltämter stärker sozialräumlich ausgerichtet werden.

Akteursorientierte Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Aus den thematischen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen lassen sich bezogen auf einzelne Akteursgruppen und Handlungsebenen folgende Empfehlungen ableiten:

Bund und Länder

- ▶ Verstärkung der ressort- bzw. fachübergreifenden Zusammenarbeit, um Förderstrategien und -instrumente besser aufeinander abzustimmen;
- ▶ Prüfung, inwiefern die bereits bestehenden Förderinstrumente der Städtebau- und der Umweltförderung besser aufeinander abgestimmt, weiter entwickelt oder ggf. ergänzt werden sollten und können (beispielsweise durch Bezugnahme auf die Gebietskulisse des Programms „Soziale Stadt“ in Umweltprogrammen);
- ▶ Analyse, welche Umweltschutzbelange (Lärm, Luftbelastung etc.) die Quartiersebene betreffen und durch kleinräumige Maßnahmen verbessert werden können (Basis: Konzept „Umweltgerechtigkeit“);
- ▶ dauerhafte Absicherung von Gemeinwesenarbeit in sozial benachteiligten Gebieten durch sozial-integrative Komplementärprogramme (insbesondere in den Ressorts Soziales, Familie, Bildung, Jugend, Gesundheit und Sport) ergänzend zur Städtebauförderung;
- ▶ Prüfung, inwiefern ergänzend zur Städtebauförderung weitere flexible Förderinstrumente zum Einsatz kommen können (vgl. Verfügungsfonds der Sozialen Stadt).

Kommunen und Quartiere

- ▶ stärkere Sozialraumorientierung kommunaler Amtsbereiche (z. B. Umwelt- und Verkehrsämter), um „harte“ Umweltprobleme (Lärm, Luft), die sozial benachteiligte Quartiere betreffen,

anzugehen; dabei stärkere Bündelung von kommunalen Umweltfachplanungen und integrierter Quartiersentwicklung;

- ▶ Einbeziehung eines breiten Spektrums an Akteursgruppen (Verwaltungs-, Quartiers-, Umweltakteure) in die Entwicklung und Umsetzung der integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte;
- ▶ Sicherstellung eines lokalen Quartiersmanagements in benachteiligten Quartieren („Anwalts“-, Mittler-, „Kümmerer“-Funktion), ggf. über den bewilligten Förderzeitraum hinaus;
- ▶ Schaffung von Gelegenheiten zur Begegnung und Beteiligung unterschiedlicher lokaler Milieus in benachteiligten Quartieren;
- ▶ Begleitung der Bewohnerinnen und Bewohner bei ihrer Aneignung und Nutzung öffentlicher und privater Räume durch lokale Akteure, wie GWA oder lokale Institutionen, Initiativen oder Vereine.

Umweltverbände und -vereine

- ▶ stärkeres Einbringen von Umweltverbänden und -vereinen in die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“;
- ▶ stärkere Kooperation mit anderen Beteiligten auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, Quartier): ressortübergreifender Abstimmungsprozesse auf Bundes- und Länderebene zur Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums (Einbringen von Fachwissen), Beteiligung an der integrierten Quartiersentwicklung auf kommunaler Ebene, Identifizierung von Andockmöglichkeiten für die Arbeit von Umweltverbänden und -vereinen gemeinsam mit den Stadtteilakteuren, Entwicklung von „lernenden Tandems“ aus Umweltakteuren und Quartiersmanagements;
- ▶ Unterstützung von lokalen Akteuren, Initiativen, Bewohnerinnen und Bewohnern bei ihrer Aneignung der unmittelbaren Nah-Welt im Quartier im Sinne einer Verbindung von sozialen, kulturellen, Umwelt- und Naturschutzbelangen.

Weiterer Forschungsbedarf

Mit Blick auf weiteren Forschungsbedarf stehen aus Sicht der Verfasserinnen und Verfasser dieses Berichts zwei Aspekte im Vordergrund:

Im Sinne einer inhaltlich-thematischen „Draufsicht“ sollte stärker herausgearbeitet werden, welche Faktoren für die Beteiligung von und eine Kooperation mit Umweltakteuren im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ oder weiterer Programme der Städtebauförderung förderlich oder hinderlich sind und ob es diesbezüglich einer Weiterentwicklung oder Ergänzung der bestehenden Instrumente bedarf.

Aus der wissenschaftlichen „Binnenperspektive“ erscheint es sinnvoll, in stärkerem Maße innovative Forschungsmethoden wie Aktions- und partizipative Forschung einzusetzen, um nicht nur über Empowerment, Aktivierung und Beteiligung zu sprechen, sondern durch die Forschung selbst womöglich einen eigenen Beitrag dazu zu leisten. Damit sind sowohl potenzielle Auftraggebende (Ausschreibungsinhalte, bereitgestellte Ressourcen) als auch Forschende bzw. Auftragnehmende angesprochen (Forschungsziele, Forschungsdesign).

Summary

Since the establishment of the “Urban Districts With Special Development Needs - the Socially Integrative City (Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt)” program for supporting urban development in 1999, local authorities have had the opportunity to obtain financial assistance in order to implement urban-development measures to stabilize and improve parts of cities with complex, interrelated problems as regards social, urban-development, economic, cultural or environmental issues, if these local authorities prepare an integrated development concept. A location-specific, holistic approach is to be followed here. The overriding goal of the “Socially Integrative City” program for supporting urban development is to improve the quality of life in the districts concerned. Environmental issues are also on the agenda, alongside measures to improve living conditions, residential environments and public space, educational opportunities and social infrastructures, to strengthen local economic activity and to advance the integration of disadvantaged segments of the population.

Against this background, the German Institute of Urban Affairs (Difu) has worked together with the IfS Institute for Urban Research and Structural Policy (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH) and the “sociodimensions” Institute for Socio-cultural Research to investigate the potential that exists for synergies between environmental-protection goals and social goals within the framework of programs for supporting urban development such as the “Socially Integrative City” program. One initial thesis here was the fact that the built environment (buildings, living environments, areas of greenery and other open areas) and the social environment (neighborhoods, participation) have been the focus of the implementation of the “Socially Integrative City” program so far, whereas the natural environment has been considered either not at all or else only implicitly. It was also assumed that another area that has (also) received little attention in this context so far is support for sustainable lifestyles and patterns of consumption.

The following questions were at the core of this investigation (see chapter I 1):

- ▶ What areas of the “Socially Integrative City” program also offer potential for improved environmental protection and sustainable development?
- ▶ How can opportunities for participation and future prospects for residents – and, in particular, for segments of the population that are disadvantaged in a number of regards – be improved in this context?
- ▶ How can attention be focused on sustainable consumption patterns and lifestyles within the framework of “Socially Integrative City” activities?
- ▶ Which (innovative) initiatives and bottom-up approaches already exist, and which approaches that could be linked to tap into the synergy potential of support structures are currently emerging (e.g. forms of informal neighborhood support or gardening projects) outside of program structures?

In terms of methodologies, one can differentiate between two spheres of action and experience: on the one hand, there is the “professional sphere” of programs, participating institutions and their actors, and, on the other hand, there is the sphere of the everyday living situations of the residents of the relevant districts. The higher-level issues have been assigned to these two “spheres” and have been operationalized in the relevant context in each case. On this basis, a multi-level approach was employed here (see chapter I 3):

- ▶ **Macro level:** higher-level program approaches and goals, and corresponding strategies and concepts
- ▶ **Meso level/“professional sphere”** of institutions and “professional” actors at municipal administration level and district level

- ▶ **Micro level of everyday living situations** of the residents of the relevant districts and of their organizations

On the macro level (see chapter I 3.2.1), document analysis was used to identify how the issues of environmental protection and ecological justice have been anchored in the higher-level structures of the “Socially Integrative City” program and similar programs and in integrated urban-development concepts, and also to identify the experience that has been obtained in this regard. In addition, more broadly scoped research identified and studied in detail ten municipal good practice examples where innovative approaches have been employed to make use of synergy potentials between environmental protection and social justice within the framework of support for urban development.

The findings of the analyses at the macro level and from the good practice examples were investigated in further detail at the meso and micro levels (see chapter I 3.2.2). The following four case studies of relevant districts were selected where approaches for harnessing synergy potentials between the goals of environmental protection and social goals could be identified: the “Mitte-Brunnenviertel” district in Berlin, the “Waldtal” district in Marburg, the “Stadtmitte” and “Schalthausiedlung” areas in Merzig, and “Gaarden” in Kiel.

For each of these case-study districts, a detailed profile of the district was first produced that provided an overview of the specific characteristics of each district and of the challenges and goals with regard to development of these neighborhoods. Following on from this, guideline-based individual and group interviews with “professional” actors who work on the implementation of the “Socially Integrative City” program were conducted at the meso level; the aim of these interviews was to find out more about the experiences of these actors as regards the opportunities and difficulties associated with social and ecological justice in the implementation of the “Socially Integrative City” program at a municipal level.

Finally, research at the micro level was aimed at improving knowledge of the patterns of perception, interpretation and action of residents of the districts in the selected case studies by employing various qualitative research methods (see chapter III).

Results of the document analysis of higher-level program approaches and goals

The results of the document analysis investigation at the macro level (see chapter II and IV) show that as a result of their integrated urban-development approaches, the “Socially Integrative City” program and other urban-development programs offer a range of possible common areas for linking urban-development and social measures with activities in the fields of environmental protection and ecological justice. However, the results also show that the focus is generally on other issues during program implementation and, in particular, strategies and measures that aim to explore new types of consumption patterns and lifestyles are only being implemented in isolated cases.

The strongest links to improving environmental protection and ecological justice can be found in the area of improving justice in terms of regional distribution and access. As the results of intermediate evaluations and of accompanying research on these programs have shown, measures to adapt infrastructure and improve living environments are often implemented – these include measures for the development and improvement of areas of greenery, for the redesign of traffic infrastructure in favour of sidewalks and cycle paths and/or the improvement of climate protection, which can increase environmental resources and/or reduce environmental impacts.

The results also demonstrate the extent to which environmental issues are dealt with in integrated strategies and support measures depends on the participating local actors and cooperation structures in local authorities. As programs for supporting urban development are implemented on the basis of integrated concepts, it is important when it comes to anchoring goals and measures for environmental protection and ecological justice that actors with specialist expertise in the relevant field are involved

in strategy development and implementation at an early stage. This is particularly applicable to municipal environmental administrative bodies, environmental associations and societies, and other initiatives in the areas of the environment and sustainability. The results of the intermediate evaluation and of accompanying research on the “Socially Integrative City” program show that those responsible for the program often did not focus on these actors to a great extent in the implementation of the program so far.

With their participation instruments, programs for supporting urban development and, in particular, the “Socially Integrative City” program also offer the potential to improve opportunities for disadvantaged segments of the population to participate in processes relating to information, hearings, planning and decision-making and, as a result, to contribute to better procedural justice. However, the extent to which issues relating to environmental justice are considered and dealt with as part of program-related participation processes is also dependent on local actors and cooperation structures.

Strategies and measures that aim to strengthen sustainable consumption patterns and lifestyles need support for urban development to be bundled with funds for non-expenditure measures from other support programs. A range of corresponding support programs is available at federal, state and municipal level that can be employed in a supplementary manner in disadvantaged districts. For example, it is evident in the context of the “Education, Economic Activity, Work in Neighborhoods (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) – BIWAQ” partner program that synergies can be created that also contribute to ecological justice as a result of the linking of non-expenditure measures for education, training and employment with measures targeted at specific neighborhoods or social spaces in particular. Alongside measures for shaping living environments and green spaces – such as the establishment and maintenance of shared gardens – or activation and participation measures, a range of measures is also employed here that aim to provide education on sustainable development or to strengthen sustainable consumption (by means of recycling, swapping or repair). The ESF’s “Encouraging Youth in the Neighbourhood (JUGEND STÄRKEN im Quartier) – JUSTiQ” program, which was also developed as a partner program of the “Socially Integrative City” program”, makes similar reference to issues of ecological justice in its focal areas.

Additional common areas for improving ecological justice are offered by complementary programs on sustainable urban development at state level and by other interface programs and initiatives for the strengthening of prevention, participation and health. There are no broadly applicable findings available on the extent to which issues of ecological justice are being dealt with in individual programs; however, it is evident from the results of selected programs and measures that it is possible to connect with socially disadvantaged segments of the population and to provide advice to them on everyday matters with the aid of low-threshold services in the area of family support and “early support” programs in particular. An integrated approach can result in synergies to strengthen healthy lifestyles and living environments for socially disadvantaged target groups if educational and advice measures on sustainable development can be successfully linked in this context – as is often the case with regard to healthy nutrition, for example. In particular, services that can be implemented in everyday practice, demonstrate a high degree of participation and make use of multipliers in the relevant target groups have proven to be very effective in this context.

With regard to environment-related support programs, secondary analysis showed that major cost-intensive support programs by the German Federal Government and individual states often make little reference to issues of ecological justice. However, there is a range of model programs and projects – at municipal level in particular – that bundle measures aimed at environmental protection and social justice and that contribute to ecological justice as a result. Especially noteworthy here are approaches to provide advice on energy-related matters to socially disadvantaged households and the diverse range of activities in the area of education on sustainable development. At the state level, there are also individual approaches within the framework of structural funds that combine measures to im-

prove the quality of green spaces, foster biodiversity and reduce health-related environmental pollution with support for socially disadvantaged target districts.

Results of the analysis of good practice

This research project has employed various approaches to identify ten projects and initiatives that successfully tap into synergies between social and ecological justice and also involve local populations within the framework of the “Socially Integrative City” program or other (urban-development) support programs (see chapter II 5 and appendix). Existing project material was evaluated for this purpose, and one or two guideline-based telephone interviews were conducted for each project with representatives of relevant municipalities, project-implementation bodies and/or initiatives.

Ultimately, the ten good practice examples that were investigated demonstrate the areas where projects and initiatives have contributed to the improvement of people’s prospects and living conditions in socially disadvantaged districts. It is apparent here that most of the projects that were identified include measures in the area of urban green spaces (neighborhood gardens, urban agriculture etc.). Implementation of the projects and initiatives that were investigated has resulted in the following specific changes up to now:

- ▶ Opportunities for low-cost self-sufficiency with healthy foodstuffs have been improved by means of projects for the development of neighborhood gardens maintained by residents and for urban agriculture. In addition, these projects have resulted in new locations for neighborhood interactions, events and activities; this should have a positive effect on the sense of community in these areas (including improved integration of refugees).
- ▶ Other projects that aim to increase the level of involvement of local residents could also help to foster exchange processes and interactions in the relevant districts and to improve living conditions in these neighborhoods (e.g. revitalization of a tea garden as a place for intercultural interaction in the neighborhood, general improvement of residents’ participation and quality of life in the area).
- ▶ Empowerment of women – particularly those with a migrant background – who, after participating in project activities, become freer and more self-confident in the neighborhood and make greater use of the services available (e.g. language courses, services relating to integration into the employment market etc.).
- ▶ Qualification for district residents by taking part in projects and/or participating in training measures.
- ▶ Creating awareness of potential cost savings among district residents by means of advice on ecological issues (e.g. possible savings with regard to energy and heat consumption).

Certain framework conditions are a prerequisite in order to consolidate the goals that have been achieved – this too was made evident by the good practice analysis:

- ▶ Accompaniment on the ground over a longer period (several years) is necessary in order to provide impetus for changes in behavior with regard to sustainable lifestyles and patterns of consumption. To achieve this, either appropriate long-term support or a number of smaller projects over a longer period that build on one another are necessary.
- ▶ Regardless of the support available, spaces are necessary where initiatives and people from the district can meet for joint activities.
- ▶ Also necessary if achievements are to be consolidated are contact persons on the ground who accompany activities in the relevant districts even after support programs have finished and provide impetus if required.

The knowledge derived from the good practice analysis was confirmed to a significant extent in the cities and districts in the case studies.

Result of the investigations in four cities with case studies

An important criterion in the identification of the cities and districts for the case studies was that approaches for harnessing potential synergies between social and ecological goals should already be recognizable. In addition, only those case-study cities where there was a willingness to participate in this research project (and where the associated capacities were available) could be selected and studied in the first place. Attention was also paid to ensuring that cities of various sizes (in terms of population numbers) and both autonomous cities and cities within county-like municipalities were represented.

The four locations for the case studies – Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstrasse, Kiel-Gaarden, Marburg-Waldtal and Merzig-Stadtmitte and Schalthaussiedlung – are all part of the “Socially Integrative City” program and face challenges, particularly in the areas of (urban) built environments and living environments – especially from the viewpoints of social structure and socio-economics (see chapter III).

Challenges for district development: Social structure, social situation and environmental situation

In an analogous manner to the trends in the cities as a whole, two of the districts are experiencing increasing population numbers (Berlin-Brunnenviertel and Kiel-Gaarden), while the area studied in Merzig has falling population numbers. The proportion of people with a migrant background is (significantly) above average in the areas in the case studies. With the exception of the area in Merzig, the districts have an above-average proportion of people younger than 18 years old – thus these are “young” districts; only in Berlin-Brunnenviertel was there also an above-average proportion of people over 65. Marburg-Waldtal exhibits problematic internal segregation according to socio-economic and/or status criteria. All four program areas have above-average percentages of recipients of social welfare payments. The share of youth and long-term unemployment in particular is also significantly above average in the districts covered by the program in Berlin, Kiel and Marburg.

As regards *social infrastructure* – kindergartens, schools and other social facilities such as community centers in a broader sense – it is evident that the situation in Kiel and Marburg can be regarded as very good, while Berlin’s Brunnenviertel district suffers from a lack of kindergarten places and worsening social infrastructures (due to closures etc.). There is criticism of the insufficient availability of facilities for leisure and social interaction in the program districts in Berlin and Marburg.

The *situation with regard to ecology and the general living environment* in the case-study areas is generally not regarded as problematic relative to the other challenges in terms of district development. The districts studied in Berlin, Marburg and Kiel have good facilities in terms of areas of greenery in the districts themselves and/or in their adjacent vicinities, although poor layout and insufficient maintenance of these green areas has been highlighted in certain cases in Berlin-Brunnenviertel and Marburg-Waldtal. Actors in Marburg and Kiel have also identified barriers to accessibility (main roads) between residential areas and the surrounding areas of greenery as problematic. Noise and pollutant emissions near main roads have also been mentioned for the program areas that were considered in Kiel, Marburg and Merzig. In addition, insufficient pedestrian and cycle-path links, the low quality of these, and the unattractive entry route into the district have also been highlighted for Kiel-Gaarden and Marburg-Waldtal. The “Schalthaussiedlung” housing development in Merzig is characterized both by insufficient public transportation links to the town center and by long distances to facilities that residents have to visit for their everyday needs.

The *environmental and health behavior* (of parts) of the populations of the relevant districts was considered for all four case-study areas: a tendency towards problematic environmental behavior could be identified among certain sections of the population, which manifested itself mainly in illegal dumping of bulky waste items in public spaces and in poor separation of waste. The issue of unhealthy nutri-

tion and poor behavior with regard to health also plays a role in all of the districts to various extents. Drug and alcohol problems of varying extents are reported in all four program areas, combined in certain cases with visible “scenes” – such as in Kiel-Gaarden.

Potentials offered by district development

Alongside various potentials from the viewpoints of residential structures (urban-space situation), the housing market (affordable rents), infrastructure (kindergartens, schools, places for social interaction) and community life (willingness of district residents to participate), environment-related potentials can also be identified on the ground that are situated on the interface with the issue of social situation. These include open areas that could be upgraded, courtyards that could be planted with vegetation, urban gardening projects that could be expanded or improved, and educational offerings relating to the environment in kindergartens, schools and other social facilities.

Implementation of the “Socially Integrative City” program

All four case-study areas are or were areas that were the focus of the “Socially Integrative City” program. As a result, integrated district development concepts are available for these areas or – in the case of Marburg-Waldtal – are currently being prepared. The issue of improving the social situation in each district – including empowerment, activation and participation – is very much present in all four cases, while environment-related issues tend to be contained more indirectly – for example, as measures for development of areas of greenery in the categories of housing and residential environments.

In all four case-study areas, the specific project landscape includes a broad spectrum of projects for strengthening self-help (for example, in the areas of consumption, mobility, health, nutrition), social capital and participation, and for the (potential) improvement of the socio-economic situation – alongside measures involving construction and measures relating to residential environments. In the area of the environment, comprehensive projects have been carried out in certain cases for energy-oriented refurbishment and climate adaptation, for upgrading areas of greenery, open areas, sports grounds and play areas and the accessibility of these, and also in the area of urban gardening/community gardens. Measures for handling waste in a better manner are also included to varying extents in all four areas.

Empowerment, activation and participation

Great importance is attached to the activation and participation of district residents and of other local actors in all four case-study areas. “Conventional” tools such as participation events and workshops continue to play an important role here; however, flexible approaches in line with a philosophy of speaking directly to residents “as equals” – at the local market square, on the street or as part of services offered by social institutions etc. – are also increasingly being employed. Tours of districts and participation campaigns also form part of the portfolio of this type of community work in a broader sense.

In Berlin and Merzig and, in the future, in Kiel (again) too, a decentralized budget is available as an activation and participation instrument; this can be used to finance smaller projects and activities.

Opinions of professional actors involved in program implementation

Institutional actors involved in program implementation in all four case-study cities and areas who have been surveyed have generally stated that the implementation of the “Socially Integrative City” program has resulted in positive impacts on overall district development (improvement of living situa-

tions and environments etc.). At the same time, however, challenges remain in the social and socio-economic areas; these challenges emphasize the ongoing major importance of empowerment, activation and participation in particular.

Opinions regarding *the quality of services and success of empowerment, activation and participation* were not uniform across the four case-study municipalities/areas and the professional actors involved in program implementation identified different priorities:

- ▶ For Berlin-Brunnenviertel, the difficulty of reaching certain target groups in certain cases was highlighted: there has been little success here in activating and involving (particularly) disadvantaged people and/or those with migrant backgrounds. Successfully communicating with older people, young people and young adults was also difficult in some cases. A need for more community work was identified here, for example.
- ▶ Key factors for success of activation and participation were identified in Kiel and Berlin: “the principle of speaking to residents as equals”, the necessity for personal contact, points of access that are specifically matched to target groups, and a focus on those directly affected. Environmental and health issues were indirect concerns at most for many residents from their own perspective, i.e. they were only of interest in combination with other issues.
- ▶ All respondents in and for Marburg-Waldtal stated that they were involved in intensive community work on the ground and also offered opportunities for broad participation as part of district development. However, there was criticism of the mismatch between the intensity of participation and the relative lack of project implementation so far, which the administrators state was partially due to the budget freeze in Marburg that was imposed in the course of the process.
- ▶ In both Marburg and Merzig, intensive community work on the ground that had been started around 20 years ago was identified as a key factor in successful activation and participation.

With regard to *(potential) interfaces between social and environment-related district development*, mention was made of “green” measures as a crystallization point for community life in the relevant areas (quality of meeting points, places for leisure and projects such as community gardens) in Berlin primarily and also in Kiel. From an organizational viewpoint, particular emphasis was placed on the role of specialists in the areas of social infrastructure and neighborhood management as “multipliers” or “interface organizers” for the upgrading of interfaces between social and environment-related district development. In reality, the educational offerings of kindergartens, schools and other social institutions with regard to environmental and health issues generally have (potentially) strong synergies between environmental protection in the broad sense and the improvement of social situations – as has been emphasized to varying extents in all four case-study areas.

Which *framework conditions for district development* are beneficial and which are more of a hindrance – also taking into account the interplay between environmental protection and the improvement of social situations? The professional actors involved in program implementation in the case-study areas that were investigated also gave their opinion on this question. Alongside municipal and/or area-specific framework conditions (e.g. the municipal budget freeze in Marburg, or a large housing association as an important partner in Berlin), more broadly applicable conditions can also be identified here:

- ▶ With regard to internal structures within the relevant cities, *established, well-functioning integrated organizational and management structures in administration, in the district and between these two levels too* were identified as an important, beneficial framework condition.
- ▶ The “*Socially Integrative City*” program was particularly prominent among the higher-level framework conditions – in both the positive and negative senses. Most of the professional actors involved in program implementation who were included in this study regarded “Socially Integrative City” as not just beneficial, but also necessary for development on the ground – par-

ticularly as an incentive and financing tool for activation and participation in the broader sense. On the other hand, the general lack of an opportunity to fund not just investment-related projects, but also social-integration measures and projects from the “Socially Integrative City” program was identified as a hindering framework condition in Kiel, Marburg and Merzig; the lack of a “global fund” had negative consequences if one actually wanted to achieve progress in district development in an inclusive manner. For this reason, the bundling of various forms of funding is necessary, although this would take up significant personnel resources. In addition, the significant bundling of funding, particularly in the social-integration area, led to a range of parallel, small-scale measures and projects in this area (“projectitis”) as a result of the various types of uncoordinated funding systems, and this was hindering a coordinated, holistic approach on the ground; this issue was regarded as problematic in Kiel. In all four case-study cities, it was pointed out that the lack of flexibility in certain cases of integrated action concepts and of the use of funding from the “Socially Integrative City” program and the generally limited durations of programs were not compatible with the long-term task of integrated district development of disadvantaged areas of cities, where goals need to be adjusted based on changing everyday needs.

- ▶ As regards additional framework conditions with negative impacts, the actors who were surveyed – particularly those in Berlin and Kiel – mentioned the *insufficient level of personnel provided at facilities and for projects on the ground*: in their opinion, there was often not enough personnel (quantitative aspect), and the personnel was often unable to plan for the long term due to limited employment durations and was also unable to build up trust on the ground (qualitative aspect). Ultimately, the (socially integrative) “activation” of (built and green) structures suffered as a result, even though this is seen as essential with regard to empowerment and the improvement of social situations. These deficits cannot and should not be compensated for by voluntary work, as has been emphasized in a number of case-study cities.
- ▶ Finally, *the lack of finance for greater investments in environmental protection on the ground (Kiel) and for (material) incentives for strengthening environmental awareness among the district population (Marburg)* were also identified.

The viewpoints of residents of the four case-study areas (micro level)

The areas investigated in the case studies exhibit great diversity in terms of living environments. This spectrum ranges from traditional milieus whose values are shaped by frugality and modesty and which wish to preserve existing structures, and people in precarious living situations whose lives mainly revolve around meeting material needs, right through to those with higher levels of education who are critical of society and have post-materialistic viewpoints. This diversity of personal standpoints can be observed to the same extent among those with German roots and those with migrant backgrounds. Thus social mixing is very much in evidence. There is a large degree of potential that remains untapped with regard to the networking of various segments of the population with differing social and cultural resources – particularly for the anchoring of ecologically relevant issues and sustainable lifestyles.

Almost all residents exhibit a high degree of identification with their living environments. For most of them, their living environment represents a protected space where they can live among people like themselves and where things are familiar. The sense of social solidarity is often very high. However, the areas investigated also have image problems, which means that even saying where they live brings with it devaluation and discrimination (e.g. when looking for a job or apprenticeship) for many people.

Environmental protection in the sense of a social norm is broadly accepted and considered necessary. On the other hand, conscious action to protect the environment is difficult to find. However, actual use of natural resources and services relating to the ecosystem is significantly below the level that is usual

in Germany as a whole. Relevant problem issues that relate to the environment include: Waste, the maintenance and use of areas of greenery and – in certain cases – transportation and mobility. The issue of (saving) energy is important, but is rarely considered from an ecological viewpoint. Noise and air pollution – although generally present to an above-average extent from an objective viewpoint – are often underestimated in terms of their impact by those affected or are not explicitly identified as a problem; contributing factors to this situation include a high degree of identification with one’s own residential district and a belief that one can do nothing about the existing situation (in the short term) anyway.² Health issues – particularly a balanced diet and sufficient exercise – are important from an external perspective, but are not regarded as problematic to a significant extent by a majority of the residents. Initiatives to extend the useful life of products are a niche phenomenon in the areas investigated in the case studies where primarily residents with higher levels of education and post-materialistic viewpoints are involved.

Explicitly ecological issues only seldom play a role in interactions between residents and professional actors. The focus was generally on the planning and progress of building measures; issues such as cleanliness in the district, maintenance of areas of greenery and traffic problems were also discussed. One problem that comes up again and again is the perception of the administrative level as a slowing, delaying factor that is regarded as frustrating on the part of (participating) residents. Within the scope of observations, environmental associations were not present on the ground as part of interactions or activities.

Residents of disadvantaged urban districts generally have less social capital than those who live in less disadvantaged parts of cities. In this context, community welfare actors and neighborhood management play an important role. They act as contact persons and sources of advice and assistance in (almost) all life situations; they activate and guide processes that aim to improve quality of life in their districts; they act as interfaces and “interpreters” between the logic behind the actions of professional actors on the administrative level and the modes of action of residents; last but not least, community welfare work and neighborhood management employ a range of appropriate initiatives to successfully promote interest in activities – such as the arts and nature – that go beyond people’s immediate material needs, which in turn strengthens identity and “dignity”.

An important factor in the degree of involvement of residents in their districts is their wish to appropriate their own immediate environment for themselves and to make it more attractive, cleaner and more pleasant, for example. This motive generally becomes relevant to actual involvement when it is possible to combine this opportunity with other needs: experiencing a sense of community, doing something worthwhile and feeling valued. Also significant in the case of publicly funded measures is the opportunity to earn some extra money and to improve one’s own financial budget a little in this way. Preference is given to self-organized forms where things are done in an uncomplicated, somewhat improvised, quick and spontaneous manner. The presence of “intellectual” district residents often aids the implementation of these types of processes. Community welfare work and neighborhood management are useful points of contact here, alongside persons responsible for coordination and support; these people are also essential with regard to access to and distribution of funds.

2 In this regard, the 2017 Environmental Awareness Study (Umweltbewusstseinsstudie) found that noise and air pollution are identified as factors that are hazardous to health by people with low social status to a significantly above-average extent (BMUB/UBA 2017: 48). The data for this study was collected based on particular specified situations (in a “supported” manner, i.e. making concrete reference to possible impacts) and are to be interpreted in the context of a general sense of feeling disadvantaged. In contrast, open interviews without specified situations (“unsupported”) were conducted in the present project. Against the background of a generally high degree of positive identification with their residential district among those surveyed in this (smaller, qualitative) sample, the opposite tendency was identified: the advantages of living in these specific districts was emphasized and possible nuisances tended to be ignored (“suppressed”).

For the persons interviewed, the “environment” always primarily refers to their immediate surroundings. The ecological connotation is not viewed separately from local and individual factors – i.e. social and psychological factors – here, but generally tends to play a background role. Thus when making use of synergy potentials, a holistic approach should be selected that deals with ecological aspects in a combined manner with other issues, i.e. by means of every type of opportunity to actively consider and work with one’s immediate environment, and to shape it and to take ownership of it. Identification with residents’ own neighborhoods – which is indeed present – and a sense of feeling at home, which can be promoted by any type of improvement in quality of life in a given district, are both helpful in this regard. Alliances in terms of motivation are important here: a desire for contact with others and community and for worthwhile activity, a sense of self-esteem and achievement, and also motivations such as having fun and earning money. The development of a lively, resonant relationship with one’s own immediate environment can be seen to be a necessary prerequisite for establishing an awareness of both the value and careful use of ecological resources. This may appear to be an indirect approach, but it should prove more sustainable in the long run than short-term implementation of environmental education measures or other concepts that aim to influence people’s behavior. More intense networking of the diverse, milieu-specific skills available on the ground can contribute to this type of holistic consideration of residents’ own environments. Support for and guidance of this type of process by community welfare actors and neighborhood management are an essential component here, particularly if long-term embedding of these processes is to be achieved.

With regard to the encouragement of sustainable practices among the residents of disadvantaged urban districts, it can be stated that this is particularly attractive and is actually put into practice when interdependencies between social inclusion, improved opportunities for participation (and personal development) and improved material security and security in social spaces can be created. Opportunities to experience nature and participate in sport and exercise can be particularly effective in creating a direct relationship with residents’ immediate environments and, at the same time, promoting health and well-being. In addition, practical measures for (preventive) environmental policy (e.g. noise abatement, improvement of air quality) are relevant as they demonstrate that environmental protection has a direct influence on the quality of life of residents (and is not just something for “better-situated milieus” or for “saving the planet” in some abstract sense). A perception of problems and opportunities that is strongly focused on immediate surroundings is to be taken into account here.

All in all, it is evident that the environmental awareness and behavior of residents of disadvantaged urban districts is determined by their social situation to a very strong extent, which has the consequence that problems other than environmental problems receive more attention in everyday life, that less environmentally conscious (“green”) consumption is practised – although, at the same time, less use is made of natural resources due to the below-average level of consumption overall by disadvantaged people – and that residents of these neighborhoods are indeed aware of this situation, as demonstrated by empirical field research. It thus becomes clear that the willingness of residents to act themselves and get involved in their neighborhoods is (almost) always the result of a mix of motivations; on the one hand, desires to take ownership of their immediate environments for themselves, to feel that they are achieving something worthwhile, and to enjoy self-regard and “dignity” play a role here, while on the other hand efforts that aim to improve their own or the community’s material/social situation (in the domestic household, in the residential district) and to make it safer, more reliable and more resilient are also effective and important (the key concept here is alliances of motivations).

Conclusions and recommendations

The results of this investigation show that synergies between environmental protection and social justice can already be identified in the area of support for urban development – however there is even more potential that could still be developed. Central theses in this regard have been derived from the

results of this investigation; these have been discussed, expanded and modified over the course of two expert workshops and a specialist conference (see chapter IV):

Thematic conclusions and recommendations for action for increased use of synergies between environmental protection and social justice

- ▶ Synergies between environmental protection and social justice can only be achieved by means of the following three components: (1) support programs, (2) interdepartmental/interdisciplinary cooperation (at the federal and state levels too) and (3) the guarantee of permanent community work on the ground.
- ▶ The support measures within the (investment-oriented) “Socially Integrative City” program for supporting urban development are focused on social conditions and, to a certain extent, also on environmental conditions. The latter can offer potential for innovative practices in societal interaction; this potential should be developed and harnessed.
- ▶ Synergies between environmental protection and social justice can be created in most areas of action within the “Socially Integrative City” program by facilitating the process of appropriation of immediate living environments by residents (by means of resident participation, self-regard and experiencing a sense of achievement). Healthy and sustainable lifestyles result from alliances of motivations with other social needs (community, status etc.). Potentials for new forms of consumption and new lifestyles can be found in the diversity of differing local milieus.
- ▶ Empowerment, low-threshold offerings and communication “between equals” (in terms of language, cultural customs etc.) are necessary if residents of disadvantaged districts are to generally think of themselves (again) as actors who are able to shape their living environments.
- ▶ Building upon this, activation and participation that actively addresses residents is important within the context of achieving co-productive neighborhood development. To support ideas that come from the residents themselves, funding opportunities (e.g. decentralized budgets for smaller projects) that are flexible and as unbureaucratic as possible are necessary.
- ▶ All in all, environmental issues can act as “interpreters” between various milieus and/or as a “vehicle” for empowerment, even if the appropriation of their immediate surroundings by residents is not automatically targeted at environmental-protection and nature-conservation goals. “Use of the environment” should be regarded primarily as a resource for socio-spatial district development. Opportunities and spaces are required in order for this to happen.
- ▶ Processes of appropriation and empowerment should and/or must have professional accompaniment. To achieve this, social and community work in the broad sense is necessary (which cannot be supported by programs for supporting urban development such as the “Socially Integrative City” program alone). Sports clubs and environmental associations have an equally important contribution to make here as the organizers of repair cafés, urban gardening projects and other participation projects. On the whole, it is evident that equally intensive support for social and/or community work is necessary alongside support for urban development – (infra)structures and “spaces” have to be “socially activated” if they are to have an impact in terms of social integration.
- ▶ Actors in the area of the environment – in particular, municipal environmental administrative bodies and environmental associations – are called upon to get involved more strongly within the framework of the implementation of the “Socially Integrative City” program for supporting urban development. To this end, potential “points of approach” in the relevant districts must be identified – for example, environmental actors could team up with local neighborhood management to form “learning tandems” that bring together experience from environmental work and work in district development.
- ▶ People in disadvantaged districts often do not see themselves reflected in the opinions and priorities of politicians, administrative bodies and science. Particularly important here is mod-

eration by local neighborhood management in their role as representatives for the neighborhood population and as intermediaries between administrative bodies and the district.

- ▶ One possible step towards more systematic implementation of environmental considerations in support for urban development is the increased consideration of environmental and social standards in the design of these programs.
- ▶ Also potentially helpful is a “Neighborhood-specific environmental protection (Quartiersbezogener Umweltschutz)” partner program that helps to increase the importance attached to the “environment” as a point of approach for activities aimed at social integration within the framework of integrated district development and outside of this framework too. This type of program should have a broader spatial scope than the mere district level so that can actually have an effect on the environment (city as a whole, city and region).
- ▶ Regardless of program structures, more intensive networking of all relevant actors at federal, state and municipal level appears to be necessary in order to strengthen environmental protection. With particular regard to the municipal level, specialist environmental planning and integrated district development should be combined more strongly and the activities of environmental authorities should have a stronger socio-spatial focus.

Conclusions and recommendations for action for stakeholders

The following recommendations with regard to individual groups of actors and levels of action can be derived from the thematic conclusions and recommendations for action:

Federal Government and states

- ▶ Strengthening of interdepartmental and/or interdisciplinary cooperation in order to better coordinate support strategies and instruments;
- ▶ Examination of the extent to which the existing support instruments for urban development and the environment can and should be better coordinated, refined or – if necessary – added to (by making reference to the target areas for the “Socially Integrative City” program in environmental programs);
- ▶ Analysis of which environmental issues (noise, air pollution etc.) affect the district level and which could be improved by measures for small areas (basis: concept of “environmental justice”);
- ▶ Guaranteeing permanent community work in socially disadvantaged areas by means of complementary social-integration programs (particularly in the areas of Social Affairs, Family Affairs, Education, Youth, Health and Sport) to supplement support for urban development;
- ▶ Examination of the extent to which other flexible support instruments could be used to supplement support for urban development (cf. budgets for smaller projects in the “Socially Integrative City” program).

Municipalities and districts

- ▶ Stronger socio-spatial focus of municipal offices (e.g. Environmental Offices and Transport Offices) to tackle “hard” environmental problems (noise, air) that affect socially disadvantaged districts; stronger bundling of municipal specialist environmental planning and integrated district development;
- ▶ Involvement of a broad spectrum of groups of actors (administrative, district and environmental actors) in the development and implementation of concepts for action and development;
- ▶ Ensuring there is local neighborhood management in disadvantaged districts (“representation”, “intermediary” and “problem-solving” functions) – even after the approved period of support, if necessary;

- ▶ Creation of opportunities for interaction and participation among various local milieus in disadvantaged districts;
- ▶ Accompaniment of residents in their appropriation and use of public and private spaces by local actors such as community welfare workers or local institutions, initiatives or societies.

Environmental associations and societies

- ▶ Stronger involvement of environmental associations and societies in the implementation of the “Socially Integrative City” program;
- ▶ Stronger cooperation with other participants at all levels (federal, state, municipal and district): interdepartmental coordination processes at federal and state levels for the refinement of the range of support instruments (inclusion of specialist knowledge), participation in integrated district development at municipal level, identification of points of approach for the work of environmental associations and societies together with district actors, development of “learning tandems” consisting of environmental actors and neighborhood management;
- ▶ Support for local actors, initiatives and residents in their appropriation of immediate living environments in their district with the aim of combining social, cultural, environmental and nature-conservation issues.

Needs for further research

With regard to needs for further research, the authors of this report regard two aspects as being of primary importance:

To obtain a content-related, thematic “overview”, more work should be focused on identifying the factors that are beneficial or detrimental for participation by and cooperation with environmental actors within the framework of the “Socially Integrative City” program or other support programs for urban development, and on establishing whether there is a need for refinement of or adding to existing instruments in this regard.

It appears to be beneficial from an academic “internal perspective” to employ innovative research methods such as action research and participative research to a greater extent in order not just to consider empowerment, activation and participation, but to possibly also make a contribution to these elements with the research itself. This is addressed at both potential commission-awarding bodies (tender contents, available resources) and researchers and/or commission-executing bodies (research goals, research design).

I Zur Untersuchung „Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der ‚Sozialen Stadt‘“

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) befasste sich in Kooperation mit dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und sociodimensions, Institute for Socio-cultural Research, von Ende 2014 bis zum Sommer 2017 im Rahmen eines mit Mitteln des Umweltforschungsplans (UBA/BMUB) geförderten Forschungsprojektes mit der Frage, welche Synergiepotenziale zwischen Zielen des Umweltschutzes und sozialen Zielen im Rahmen von Städtebauförderprogrammen wie der „Soziale Stadt“ vorhanden sind. Die Ergebnisse der Untersuchung werden mit diesem Bericht vorgelegt.

Zur Ausgangslage: Angesichts mehrfach benachteiligter Quartiere mit komplexen, miteinander zusammenhängenden Problemlagen in sozialer, städtebaulicher, wirtschaftlicher, kultureller und umweltbezogener Hinsicht wurde im Jahr 1999 das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ gestartet. Damit sollen einzelsektorale Versuche singulärer Problemlösungen zugunsten einer gebietsbezogenen, ganzheitlichen Entwicklung benachteiligter Quartiere hinter sich gelassen werden, womit explizit ein integrierter Ansatz im Vordergrund steht. Das übergeordnete Ziel des Programms ist es, die Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Prinzipiell sollen Maßnahmen und Projekte bedarfsgerecht – also orientiert an den Gegebenheiten vor Ort – unter intensiver Beteiligung der lokalen Akteure (vor allem der Quartiersbevölkerung) in einem integrierten Handlungsrahmen entwickelt und umgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Sozialen Stadt stehen daher die vier strategischen Handlungsfelder:

- ▶ Raum-/Gebietsorientierung (dezidierte Ausrichtung der Programmumsetzung an den betroffenen Stadtteilen/Quartieren),
- ▶ Bündelung materieller Ressourcen und von Know-how,
- ▶ Aktivierung und intensive Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren sowie
- ▶ vernetzungsorientiertes Management (ressortübergreifende Zusammenarbeit auf den Verwaltungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen, Vernetzung von kommunaler Verwaltungs- und lokaler Umsetzungsebene, Quartiersmanagement).

Neben Zielen wie Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, der Bildungschancen und der sozialen Infrastrukturen, Stärkung der lokalen Wirtschaftskraft, Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen steht auch das Thema Umwelt auf der Agenda. Eine Ausgangsthese dieser Untersuchung lautete jedoch, dass in der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ bislang die gebaute Umwelt (Wohnungen, Wohnumfeld, Grün- und Freiflächen) und die soziale Umwelt (Nachbarschaften, Teilhabe) im Zentrum standen, während die natürliche Umwelt und Aspekte umweltbezogener Gerechtigkeit keine oder allenfalls implizit Berücksichtigung fanden. In diesem Zusammenhang (ebenfalls) kaum thematisiert wurde bislang die Förderung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster.

Dabei scheinen die untersuchten Synergiepotenziale zwischen Zielen des Umweltschutzes und sozialen Zielen eigentlich auf der Hand zu liegen: Verbesserungen der lokalen Umweltqualität, z.B. die Aufwertung von urbanen Grünflächen, bringen vielfältige positive Effekte für die Bevölkerung mit sich – insbesondere, wenn sie aktiv in die Gestaltung und Pflege eingebunden wird. Mit einer partizipativen Grünflächengestaltung können u.a. die Gemeinschaft und die Quartiersidentität gestärkt und die Integration sowie die Lebensqualität vor Ort verbessert werden. Durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für nachhaltige Mobilitätsformen wie Fuß- und Radverkehr können nicht nur das Klima entlastet, sondern auch Bewegung und Gesundheit gefördert werden.

1 Ziele, Forschungsfragen, Begriffe

Für eine wissenschaftliche Annäherung an Möglichkeiten der Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“ sowie die Befassung mit der Frage, wie der Ansatz der ökologischen Gerechtigkeit mit dem Ziel der Stabilisierung und Entwicklung benachteiligter Quartiere zusammengeführt werden kann, ergaben sich folgende Betrachtungsebenen für die Untersuchung:

- a) Im Hinblick auf die **regionale Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit** stellt sich die Frage, inwiefern mit Hilfe von integrierten Stadtentwicklungsstrategien und -programmen Maßnahmen ergriffen werden (können), die die Umweltbelastungen und -risiken in benachteiligten Quartieren reduzieren und die Umweltressourcen sowie die Lebensqualität und -chancen in diesen Gebieten erhöhen.
- b) Vor dem Hintergrund der **Verfahrensgerechtigkeit** ist von Interesse, inwiefern mit Hilfe der integrierten Strategien und Programme die Teilhabechancen der Bewohnerinnen und Bewohner – insbesondere mehrfach benachteiligter Bevölkerungsgruppen – an Informations-, Anhörungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen verbessert werden können.
- c) Mit Blick auf die **Bewohnerschaft als gegenüber der Umwelt verantwortlich handelnde Akteure** ist das Untersuchungsinteresse auf die Frage ausgerichtet, inwiefern Strategien und Programme der integrierten Stadtentwicklung Anknüpfungspunkte dafür bieten, nachhaltige Konsum- und Lebensstile im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit zu stärken.
- d) Darüber hinaus soll untersucht werden, inwiefern im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungsprogramme **Bottom-up-Initiativen** unterstützt werden können, die neue Lösungsansätze zur Verbesserung der Umwelt- und der Lebensqualität in den benachteiligten Gebieten entwickeln. Dabei ist es auch denkbar, dass in den benachteiligten Quartieren Initiativen aufgegriffen werden, die in anderen Stadtteilen entstanden sind.

Bei der Untersuchung sind ferner verschiedene Handlungsfelder zu berücksichtigen, auf die sich integrierte Programme oder Strategien beziehen können. Im Hinblick auf das Themenfeld „Umweltschutz“ sind folgende Handlungsfelder im Hinblick auf die Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit von besonderer Relevanz:

- ▶ Klimaschutz und Klimaanpassung (einschließlich Energie/Wohnen),
- ▶ Stadtgrün, Biodiversität und Naturschutz,
- ▶ Mobilität, Umweltverbund und Verknüpfung von Grünflächen oder grünen Rad- und Fußwegen,
- ▶ Verkehr, Lärmreduzierung, Schadstoffreduzierung,
- ▶ Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) (einschließlich Gesundheits- und Ernährungsbildung sowie Bildung zu Konsummustern und Freizeitverhalten),
- ▶ Mülltrennung, -reduzierung und Wiedernutzung.

In Bezug auf das Themenfeld „Soziale Gerechtigkeit“ sind insbesondere folgende Handlungsfelder einzubeziehen:

- ▶ Kita, Schule und Ausbildung sowie informelle Bildung,
- ▶ Arbeit und Beschäftigung(sförderung), Qualifizierung,
- ▶ soziale Teilhabe/Partizipation, Zusammenleben und Nachbarschaft (einschließlich Netzwerk- und Sozialkapitalbildung),
- ▶ Integration von Menschen mit Migrationshintergrund,
- ▶ Gesundheit.

Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind insbesondere dann zu erwarten, wenn im Rahmen eines Programmes mehrere Handlungsfelder angesprochen werden, die sich auf beide Themenfelder beziehen.

Vor diesem Hintergrund basiert die Zielstellung der Untersuchung auf drei Grundannahmen:

- ▶ Durch den integrativen Ansatz im Rahmen der Städtebauförderung – und hier insbesondere durch das Programm „Soziale Stadt“ – werden nicht nur verschiedene Akteure, Institutionen und Organisationen miteinander vernetzt, sondern es entstehen auch Synergien zwischen Belangen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit, die für die Entwicklung benachteiligter Quartiere erschlossen und genutzt werden können.
- ▶ Auf der Quartiersebene selbst entstehen Initiativen „von unten“ („bottom up“) für sozial-ökologische Neuerungen im Quartier und die Entwicklung nachhaltiger(er) Lebensstile bzw. gibt es dort Potenziale für solche Initiativen.
- ▶ Diese Potenziale sind in benachteiligten Bevölkerungsgruppen allerdings geringer ausgeprägt als in eher mittelschichtszugehörigen Gruppen.

Davon ausgehend sollen mit dem Forschungsvorhaben am Beispiel des Programms „Soziale Stadt“ und seiner Umsetzung in Programmquartieren drei übergeordnete Fragen beantwortet werden:

- ▶ Wie lassen sich umweltpolitische Herausforderungen durch quartiersbezogene Förderprogramme zukünftig besser bewältigen bzw. entsprechende Zielsetzungen (vor allem die Förderung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster sowie insgesamt von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit; vgl. u.a. Wehrspau/Schack 2013) besser verfolgen?
- ▶ Über welche Möglichkeiten verfügen Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Quartieren (hier: Programmgebiete der Sozialen Stadt), sich aktiv für eine sozial und ökologisch gerechte Gestaltung ihres Wohn- und Lebensumfeldes zu engagieren – bis hin zu Aspekten sozialer Innovation (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014b; Noack 2015; UBA 2014b)? Über welche Möglichkeiten (Rahmenbedingungen, Know-how, soziale Ressourcen) verfügen sie, auch ihren Lebensstil sowie ihr dadurch geprägtes Freizeit- und Konsumverhalten in diese Richtung zu verändern?
- ▶ Wie lässt sich für diese Zielsetzung die Kooperation von „professionellen“ Akteuren der Programmumsetzung (Verwaltung, Träger, Organisationen etc.) und „lebens-“ bzw. „alltagsweltlicher“ Bewohnerschaft verbessern?

Dies führt zu folgenden zentralen Untersuchungsfragen:

- ▶ Wo finden sich in Gebieten der Sozialen Stadt Ansatzpunkte für mehr Umweltschutz, ökologische Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung?
- ▶ Wie lassen sich in diesem Zusammenhang Teilhabe- und Zukunftschancen der Bewohnerschaft – insbesondere mehrfach benachteiligter Bevölkerungsgruppen – verbessern?
- ▶ Wie können nachhaltige Konsum- und Lebensstile stärker im Rahmen von Aktivitäten der Sozialen Stadt thematisiert werden?
- ▶ Welche (neuartigen) Initiativen und Bottom-up-Ansätze gibt es bereits, welche entstehen derzeit (wie z.B. Formen der informellen Nachbarschaftshilfe oder Gärtnerprojekte) außerhalb der Programmstrukturen, können aber im Sinne von Synergiepotenzialen mit den Förderstrukturen verknüpft werden?

Dabei wird im Kontext dieser Untersuchung unter den Begriffen „Umwelt“, „Umweltgerechtigkeit“, „ökologische Gerechtigkeit“ und „soziale Gerechtigkeit“ Folgendes verstanden:

Umwelt

Unter Umwelt im weiteren Sinne wird allgemein die „Umgebung eines Systems oder einer Lebensinheit, welche(s) mit dieser in wechselseitigen Beziehungen steht“ (Springer Gabler Verlag o.J.) verstanden. Der Begriff Umwelt umfasst also neben der physischen Umwelt (natürliche und gebaute Umwelt) auch die soziale Umwelt (Individuen, Gruppen, soziale Beziehungsgeflechte). Im Rahmen des hier vorgestellten Forschungsprojektes wird der Begriff Umwelt – ähnlich wie beim Begriff des Umweltschutzes – in erster Linie reduziert auf die physische, und dabei vor allem die natürliche, Umwelt verwendet.

Umweltgerechtigkeit

Untersuchungen zur Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum befassen sich mit sozialen und räumlichen Ungleichverteilungen von Umweltbelastungen und -ressourcen. Dabei werden Themen und Fragestellungen zur Umwelt, Gesundheit und sozialen Lage zusammengeführt und unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten betrachtet (vgl. Hornberg u.a. 2011). Zwar liegt für Deutschland noch keine allgemein verbindliche Definition des Begriffs Umweltgerechtigkeit vor (Difu 2015: 15), in den letzten 15 Jahren ist aber eine Reihe von Studien zu diesem Thema entstanden, die in diesem Zusammenhang herangezogen werden können.

Erstmals wurde der Begriff der Umweltgerechtigkeit in Deutschland von Maschewsky (2001) in seiner Publikation „Umweltgerechtigkeit, Public Health und Soziale Stadt“ aufgegriffen (Hornberg u.a. 2011: 25). Nach Maschewsky können in Bezug auf die Umweltgerechtigkeit vier Gerechtigkeitsaspekte unterschieden werden (Maschewsky 2001):

- ▶ Chancen- oder Zugangsgerechtigkeit: gleichberechtigter Zugang zu Umweltressourcen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene,
- ▶ Verfahrensgerechtigkeit: adäquate Beteiligung an Informations-, Anhörungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen für alle unmittelbar von umweltbezogenen Interventionen Betroffenen,
- ▶ Verteilungsgerechtigkeit: „gerechte“ bzw. angemessene Verteilung von Umweltbelastungen, aber auch von Umweltressourcen,
- ▶ Vorsorgegerechtigkeit: vorsorgendes Handeln zur Reduzierung von Umwelteingriffen und -belastungen und zur Förderung von Umweltressourcen für nachfolgende Generationen.

Das Difu hat im Jahr 2014, gefördert vom UBA, eine Studie zur Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum erstellt. Ziel des Forschungsvorhabens war es, Grundlagen zu liefern, um das Thema Umweltgerechtigkeit im kommunalen Handeln zu etablieren. In der Untersuchung wird „Umweltgerechtigkeit als ein normatives Leitbild verstanden, das auf die Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen orientiert“ (Difu 2015: 46).

Ökologische Gerechtigkeit

Untersuchungen zur „ökologischen Gerechtigkeit“ nehmen Mensch-Umwelt-Beziehungen und die Verantwortung des Menschen gegenüber der natürlichen Umwelt in den Blick (Klostermeyer/Inden-Heinrich 2014). Aspekte des Umwelthandelns (einschließlich nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile) und des Umweltzustands werden dabei miteinander in Bezug gesetzt und unter normativen Gerechtigkeitsaspekten betrachtet. Einer Studie des ISOE und IÖW zur verbesserten Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik zufolge beinhaltet das Konzept der ökologischen Gerechtigkeit einen doppelten Fokus (ISOE/IÖW 2012: 17):

1. Die (sozial ungleiche) Verteilung von Umweltbelastungen und -risiken sowie deren (sozial ungleiche) Verursachung und

2. die (sozial ungleiche) Verteilung von Chancen zur Nutzung von Umweltgütern einschließlich der Aushandlungs- und Diskursprozesse über die Anerkennung von Kollektivgütern und den gesellschaftlichen Umgang damit.

Ähnlich wie bei der Umweltgerechtigkeit werden auch bei der ökologischen Gerechtigkeit Aspekte der Verteilungs-, Zugangs-, Verfahrens- und Vorsorgegerechtigkeit behandelt. Dabei geht es neben der Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen sowie den damit zusammenhängenden Zugängen und Verfahren auch um die Frage der Verursachung. Da Hauptverursacher von ökologischen Problemen in der Regel nicht die Hauptbetroffenen sind, stellt die „Divergenz von Verursachern und Betroffenen“ in diesem Zusammenhang eine weitere Dimension dar, die es zu betrachten gilt (Fest u.a. 2014: 16). Doch nicht nur die Verursachung von ökologischen Problemen ist ein Betrachtungsgegenstand der ökologischen Gerechtigkeit, sondern auch das Handeln und Verhalten der Individuen und Akteure, das zu einer Verbesserung der Umwelt- und der Lebensqualität beiträgt. Dieses Handeln kann sich sowohl in nachhaltigen bzw. suffizienten Lebensstilen und Konsummustern widerspiegeln als auch in der Entwicklung neuer und innovativer Lösungsansätze und der Übernahme von Zukunftsverantwortung.

Soziale Gerechtigkeit

Der stark normative und moralisch aufgeladene Begriff einer „sozialen Gerechtigkeit“ kennt keine einfache Definition. Er kann nur aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Im Kontext des hier vorgestellten Forschungsprojektes geht es vor allem um Fragen des Verhältnisses zwischen Möglichkeiten individueller Autonomie, staatlicher Regulation und Marktprozessen. Konkreter steht der Blick auf Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit im Fokus – bezogen auf Handlungsmöglichkeiten (Teilhabechancen, Gestaltungsressourcen, Empowerment und Bildung) und bestimmte Güter (z.B. Arbeitsplätze, Wohnraum, „Umwelt“) als Ressourcen. Gefragt werden kann in diesem Zusammenhang nach der Rolle von (Lokal-)Staat, Wirtschaft, Institutionen, Gemeinschaften und Individuen (vgl. Franke/Schnur 2016: 298f.).

2 Hintergrund und Forschungsstand

Das Thema „Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit“ ist in mehrfacher Hinsicht komplex: Es adressiert sozial-räumliche Zusammenhänge im Rahmen integrierter Quartiersentwicklung, die in Deutschland in dieser Form noch nicht untersucht worden sind.

2.1 Ausgangslage: Integrierte Quartiersentwicklung und Umwelt

Seit mehr als 20 Jahren stehen integrierte Ansätze der Stadt- und Quartiersentwicklung (wieder) auf der Agenda. Wesentlicher Auslöser war die Herausbildung mehrfach benachteiligter Stadtteile, die den gesellschaftlichen und räumlichen Anschluss an die Gesamtstadt zu verlieren drohten. Angesichts der Herausforderung, (hier) soziale und sozio-ökonomische Ungleichheit abmildern zu wollen und zu müssen (Stichworte: soziale Gerechtigkeit und soziale Kohärenz), stellten und stellen sich noch immer nicht nur Fragen nach dem Zusammenspiel von sozialen und städtebaulichen, wohnungspolitischen und infrastrukturellen Zielen, Strategien, Konzepten, Maßnahmen und Projekten, sondern auch nach dem Zusammenhang von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit bzw. von Umweltbelangen. Basis oder sogar „Motor“ des integrativen Paradigmas sind die Vernetzung unterschiedlicher Akteure innerhalb und außerhalb von Politik und Verwaltung (samt „ihrer“ Themen), die intensive Einbeziehung insbesondere der jeweiligen Quartiersbewohnerschaft (Aktivierung und Beteiligung) sowie die Befähigung Einzelner zum Aufbau und zur Nutzung sozialen, kulturellen und materiellen Kapitals für die eigene und die gemeinschaftsbezogene Lebensgestaltung. Hier kann die Frage gestellt werden, welche

Rolle Umweltbewusstsein und umweltrelevantes Handeln spielen bzw. unter welchen Bedingungen sie eine stärkere Rolle spielen können.

Entstehung benachteiligter Stadtquartiere

Spätestens seit Mitte der 1980er- Jahre verändern sich (nicht nur) in Deutschland die quantitativen und qualitativen Aspekte sozialer Ungleichheit (im Folgenden – wenn nicht anders angegeben: Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014). Zunehmende kleinräumliche Segregation führte und führt in vielen Städten zu einer Verschärfung sozialer und räumlicher Gegensätze. Insgesamt lassen sich gesellschaftliche Polarisierungstendenzen in Bezug auf Arbeitsmarktzugang, Beschäftigung, Einkommen, Konsummuster und Lebensstile feststellen. Diese Entwicklungen spiegeln sich u.a. in ausdifferenzierten Präferenzen und vor allem auch materiellen Möglichkeiten, sich auf einem mittlerweile stark segmentierten Wohnungsmarkt bewegen zu können. In der Folge differenzieren sich die räumlichen Zusammenhänge unserer Städte weiter aus; u.a. kann vielerorts – stark generalisiert – ein zunehmendes Gegenüber von „wohlhabenden“ und „benachteiligten“ Quartieren bei sozialen Homogenisierungstendenzen „nach oben“ und „nach unten“ festgestellt werden.

Benachteiligte Quartiere sind vor allem durch den Zuzug einkommensschwacher bzw. unter anderen Aspekten benachteiligter Bevölkerungsgruppen (beispielsweise mit Migrationshintergrund) bei gleichzeitigem Fortzug sozioökonomisch bessergestellter Haushalte gekennzeichnet. Diese Prozesse führen zu einer Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen überwiegend in denjenigen städtischen Teilräumen, die ohnehin durch ein im Vergleich zur Gesamtstadt erhöhtes Maß an komplexen, miteinander zusammenhängenden Herausforderungen und Problemen charakterisiert sind; dazu können gehören:

- ▶ *Stadtentwicklung und Stadterneuerung*: Sanierungs- und Modernisierungsrückstände, Wohnumfeldmängel, Wohnungsleerstand etc.;
- ▶ *Umwelt*: Mangel an bzw. unzureichende Qualität von Grün- und Freiflächen, Lärmbelastungen, Belastungen mit Luftschadstoffen etc. (vgl. UBA 2015a);
- ▶ *infrastrukturelle Ausstattung*: unzureichende bzw. nicht erneuerte soziale und technische Infrastruktur, ungenügende Freizeitmöglichkeiten und Aufenthaltsräume im öffentlichen Raum, unzureichende Öffnung von Kitas, Schulen und sozialen Einrichtungen in das Quartier etc.;
- ▶ *Lokale Ökonomie*: quantitative und qualitative Verschlechterung des Einzelhandels- und Dienstleistungsangebotes, unzureichendes Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot vor Ort etc.;
- ▶ *sozioökonomische Situation*: (Langzeit- und/oder Jugend-)Arbeitslosigkeit, überdurchschnittliche Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, geringe Kaufkraft, Armut in Verbindung mit niedrigem Bildungsstatus und gesundheitlichen Beeinträchtigungen etc.;
- ▶ *individuelle Probleme*: Alkoholmissbrauch, Überforderung mit Erziehungsaufgaben, Perspektivlosigkeit etc.;
- ▶ *nachbarschaftliches Zusammenleben*: fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl, Spannungen im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen, soziale Konflikte, Kriminalität und subjektives Unsicherheitsgefühl etc.;
- ▶ *Imageprobleme*.

Integrative Handlungsansätze als eine „Antwort“

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Problemlagen, die stellenweise zu massiven Einbußen der lokalen Lebensqualität geführt haben, wurde im Jahr 1999 das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (heute kurz: Soziale Stadt) gestartet. Dabei sollen einzelsektorale Versuche singulärer Problemlösungen zugunsten einer gebietsbezogenen, ganzheitlichen Entwicklung benachteiligter Quartiere hinter sich gelassen werden, womit explizit ein integrier-

ter Ansatz im Vordergrund steht. Das übergeordnete Ziel des Programms ist es, „durch integrierte Ansätze unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen die Stadt- und Ortsteile zu stabilisieren, aufzuwerten und dort die Lebensqualität zu verbessern“ (BMVBS 2012a) bzw. einer weiteren Verschlechterung der Situation vor Ort entgegenzuwirken. Zu den Detailzielen, die vor allem in den jeweiligen Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung der einzelnen Programmjahre formuliert wurden, gehören:

- ▶ Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes,
- ▶ Verbesserung der Bildungschancen,
- ▶ Stärkung der lokalen Wirtschaftskraft,
- ▶ Verbesserung der sozialen Infrastrukturen,
- ▶ Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund,
- ▶ Stärkung von Beteiligung und Mitwirkung der Quartiersbewohnerschaft sowie
- ▶ Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements in den betroffenen Quartieren.

Auch das Thema Umwelt steht auf der Agenda.

Der grundlegende Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ besteht darin, Maßnahmen und Projekte bedarfsgerecht – also orientiert an den Gegebenheiten vor Ort – unter intensiver Beteiligung der lokalen Akteure (vor allem der Quartiersbevölkerung) in einem integrierten Handlungsrahmen zu entwickeln und umzusetzen, um zugleich städtebauliche, wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Missstände zu beheben. Im Mittelpunkt der Sozialen Stadt stehen daher die vier strategischen Handlungsfelder:

- ▶ Raum-/Gebietsorientierung (dezidierte Ausrichtung der Programmumsetzung an den betroffenen Stadtteilen/Quartieren),
- ▶ Bündelung materieller Ressourcen und von Know-how,
- ▶ Aktivierung und intensive Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren sowie
- ▶ vernetzungsorientiertes Management (ressortübergreifende Zusammenarbeit auf den Verwaltungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen, Vernetzung von kommunaler Verwaltungs- und lokaler Umsetzungsebene, Quartiersmanagement).

Als maßgebliches Steuerungs- und Koordinierungsinstrument für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ vor Ort dienen integrierte Handlungskonzepte, die unter Mitwirkung und Zusammenarbeit von örtlichen Akteuren wie Bewohnerschaft, Gewerbetreibenden, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern, örtlichen Institutionen, städtischen Dienststellen, Trägern öffentlicher Belange, dem Quartiersmanagement und Fachplanerinnen und Fachplanern erarbeitet werden.

Das Programm ist seit 2004 in § 171e Baugesetzbuch (BauGB) verankert („Maßnahmen der Sozialen Stadt“). Hier finden sich Definitionen von „sozialen Missständen“ und „besonderem Entwicklungsbedarf“ sowie die Mindestanforderungen einer begründeten Programmgebietsausweisung durch die jeweilige Kommune (Sozial-Raumorientierung) sowie eines partizipativ zu erarbeiteten Entwicklungskonzeptes als Grundlagen für die Programmumsetzung. Generell ist die Soziale Stadt ein Programm der Städtebauförderung und damit ein Investitionsprogramm, das Artikel 104b Grundgesetz (GG) unterliegt, wonach „der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen“ auf Landes- und Gemeindeebene gewähren kann – dies gilt auch für andere Städtebauförderungsprogramme, die mit ihrem integrativen Ansatz einen Beitrag zur Entwicklung benachteiligter Quartiere leisten können (insbesondere die Stadtumbauprogramme „West“ und „Ost“ sowie „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“). Für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im nicht-investiven, sozial-integrativen Bereich ist die Bündelung mit weiteren Ressourcen notwendig – dies gehört damit zum

Kernansatz der Sozialen Stadt –, wozu insbesondere EFRE- und ESF-Interventionen sowie Landesprogramme der Städtebau- und Wohnungsbauförderung gehören.

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit konnte bisher insbesondere mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erzielt werden, in deren Rahmen verschiedene Programme vor allem zur Stärkung der Chancen von Kindern und Jugendlichen aufgelegt wurden. In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales konnten das ESF-Teilprogramm „Bildung, Wirtschaft und Teilhabe vor Ort“ (2006-2008) und die Nachfolgeprogramme „Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier (BIWAQ I bis III“) erfolgreich eingeführt werden. Diese Programme werden auf Grundlage der integrierten Handlungskonzepte und in Verbindung mit investiven städtebaulichen Programmen zur Stärkung lokaler Ökonomie und Beschäftigung in den Fördergebieten eingesetzt. Mit Blick auf die hier interessierenden Fragestellungen wird auch das Präventionsgesetz von besonderer Bedeutung sein, denn es wird die Gesundheitsförderung direkt im Lebensumfeld in Kitas, Schulen, am Arbeitsplatz und im Pflegeheim stärken und damit der sozialen Infrastruktur in den Fördergebieten zugutekommen.

In seiner inzwischen rund 17-jährigen Programmumsetzung durchlebte das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ verschiedene Phasen. Nachdem die Bundesmittel für das Programm im Jahr 2011 von der damaligen, in einer Koalition von CDU/CSU und FDP geführten Bundesregierung drastisch gekürzt wurden (von 94,9 auf 28,5 Mio. Euro), erfuhr das Programm unter der neuen Regierung von CDU/CSU und SPD eine deutliche Aufwertung, indem es im Koalitionsvertrag zum Leitprogramm der sozialen Integration im Rahmen der Städtebauförderung deklariert wurde und die Bundesmittel im Jahr 2014 auf 150 Mio. Euro aufgestockt wurden. Es bildet die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt“, die vom BMUB in Abstimmung mit anderen Ressorts und den Ländern erarbeitet wurde und mit der Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit erhöhten Integrationsanforderungen gebündelt werden sollen.

Insgesamt bietet das Programm „Soziale Stadt“ durch seine raumbezogene Ausrichtung auf das Quartier sowie die Möglichkeit der Ressourcenbündelung und eines vernetzungsorientierten Managements vor Ort zumindest potenziell sehr gute Voraussetzungen für die Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit bzw. die Integration neuer nachhaltiger Aspekte in die Soziale Stadt, und zwar im Sinne von Verteilungs-, Verfahrens-, Vorsorge- und Chancengerechtigkeit. Damit ist eine „ökologische Gerechtigkeit“ angesprochen, die sowohl Aspekte des Umwelthandelns als auch des Umweltzustandes im Verhältnis zu den normativen Grundlagen der Gesellschaft umfasst. Ökologische Gerechtigkeit ist eng mit dem Zugang von Individuen, Akteursgruppen und Kommunen zu Lösungen verbunden, die eine Verbesserung der Umweltqualität und der Lebensqualität ermöglichen. Der Begriff schließt bewusste Suffizienzstrategien u.a. in Form nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile ein. In Bezug auf Verteilungsaspekte bezieht sich der Gerechtigkeitsbegriff in diesem Zusammenhang sowohl auf die heutige als auch auf zukünftige Generationen. Der Begriff der „ökologischen Gerechtigkeit“ steht daher in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen, die Ziele der ökologischen Tragfähigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe der Zivilgesellschaft miteinander kombinieren (vgl. UBA 2014a: 14-17, 38).

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass bezogen auf ökologische Aspekte in der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ bislang die gebaute Umwelt (insbesondere Wohnungen, Wohnumfeld, Grün- und Freiflächen) sowie die soziale Umwelt (insbesondere Nachbarschaften, Teilhabe, Sicherheitsempfinden) im Zentrum standen, während die natürliche Umwelt mit ihren Naturressourcen (Boden, Wasser, Luft und Klima, Flora und Fauna) und ökologischen Systemen eher implizit Berücksichtigung fanden (vgl. u.a. ARL 2014; Franke u.a. 2013: 191-238). In diesem Zusammenhang kaum thematisiert wurde bislang die Förderung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster.

In vielen Programmgebieten der Sozialen Stadt konzentrieren sich im gesamtstädtischen Vergleich Umweltbeeinträchtigungen wie Lärm, Luftschadstoffe, bioklimatische Belastungen. Nicht selten kumu-

lieren diese Beeinträchtigungen, so dass die Bewohnerschaft umweltbedingten Mehrfachbelastungen mit gesundheitsrelevanten Auswirkungen ausgesetzt ist (Klimeczek 2011). Trotz dieser Belastungssituation in vielen Gebieten spielt das Handlungsfeld „Umweltschutz“ bei der Programmumsetzung noch eine eher untergeordnete Rolle. Dabei umfasst es ein breites Spektrum möglicher gebietsbezogener Maßnahmen und Projekte, die stärker in Bezug zum Programm „Soziale Stadt“ gesetzt werden können. Hierzu gehören u.a.:

- ▶ *Reduzierung der Belastung durch Verkehrslärm:* u.a. Einsatz lärmoptimierter Fahrbahnbeläge, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Einbau von Schallschutzfenstern,
- ▶ *Luftreinhaltung und Klimaschutz:* u.a. Durchfahrtsverbote für Lkw, Lenkung des Pkw-Verkehrs, Reduzierung von Überwärmung durch Förderung von Grünstrukturen,
- ▶ *umweltfreundliche Mobilität:* u.a. Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, Förderung von Fußgänger- und Fahrradverkehr, Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, Förderung von Elektromobilität,
- ▶ *energetische Sanierung:* u.a. sozialverträgliche energetische Wohnungssanierungen,
- ▶ *Umweltbildung:* u.a. Schaffung von Umwelt- und Naturerfahrungsräumen, Maßnahmen zum Empowerment der Bewohnerschaft in Richtung sparsamer Energieverbrauch und verändertes Konsumverhalten.

So gehen Impulse einer stärkeren Berücksichtigung des Handlungsfeldes Umweltschutz im Programm „Soziale Stadt“ in jüngerer Zeit von der seit einigen Jahren vermehrten Aufmerksamkeit für die Frage nach dem Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Umweltqualität und den damit verbundenen Folgen für die menschliche Gesundheit aus. Ein Hintergrund ist, dass die Herausforderungen einer Verbesserung der Lebenssituation in benachteiligten Quartieren durch Trends wie Klimawandel, demografischer Wandel und Zuwanderung in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden. Die ökologische Transformation in Räumen der Sozialen Stadt erfordert also insgesamt eine nachhaltige Stadtentwicklung hin zu mehr Ressourceneffizienz, Lebensqualität und Resilienz. In diesem Zusammenhang ist der zu konstatierende Entwicklungsbedarf von Soziale-Stadt-Gebieten eng mit der Frage verbunden, wie bestehende Mehrfachbelastungen der sozialen und ökologischen Lage abgebaut bzw. die Verstärkung solcher Mehrfachbelastungen vermieden werden können. Hierbei können die Ressourcen der Quartiere und ihrer Bewohnerschaft eine wichtige Rolle spielen – allerdings zeigt sich, dass hierbei noch weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, die in der „institutionellen Welt“ von „professionellen“ Akteuren der Programmumsetzung wie auch in der „Alltagswelt“ der Quartiersbewohnerschaft ansetzen können.

Im Kern bedeutet dies einen Dreiklang aus Verschneiden (Ziele, Themen), Vernetzen (Institutionen, Organisationen, professionelle Akteure, lokale Initiativen) und Befähigen (mit Blick auf benachteiligte Bewohnerinnen- und Bewohner-Gruppen, aber auch auf Fachleute im Zusammenhang mit der Entwicklung und Erprobung neuer Handlungsansätze). Damit ist wiederum ein Kernbereich des Programms „Soziale Stadt“ angesprochen, bei dem es um eben jene Vernetzung unterschiedlicher Themenfelder und damit auch der Akteure, die in diesen Bereichen jeweils agieren, geht: Auf der Verwaltungsebene der Kommunen sind dies die unterschiedlichen Fachressorts bzw. Dezernate und Amtsbereiche (Stadtentwicklung, Stadtplanung, Wohnen, Jugend, Soziales, Gesundheit, Wirtschaft, Grünflächen, Umwelt/Naturschutz/Klimaschutz, Ordnungsamt etc.). Auf der Quartiersebene werden nicht nur institutionelle Akteure wie Kitas und Schulen, Jugend- und Pflegeeinrichtungen – bzw. deren Träger – miteinander vernetzt, sondern auch Initiativen wie Bürgervereine oder Engagementgruppen, die u.a. aus AGENDA-21-Prozessen hervorgegangen sein können. Schließlich spielt auch die Vernetzung einzelner Bewohnerinnen und Bewohner eine große Rolle, um nicht nur nachbarschaftliche Bezüge sowie Möglichkeiten der Eigeninitiative „von unten“ zu stärken, sondern diese auch in den Kontext der Quartiersentwicklung einzubeziehen – Empowerment, Aktivierung und Beteiligung werden daher groß geschrieben.

Mit Blick auf die Bewohnerschaft benachteiligter Stadtteile besteht jedoch die Herausforderung, dass hier Zugänge zu einer aktiven Auseinandersetzung mit Umwelt- und Naturschutzbelangen weniger stark ausgeprägt sind als bei anderen Bevölkerungsgruppen (BMUB/UBA 2015a). Dafür können drei miteinander zusammenhängende Erklärungsansätze angeführt werden:

- ▶ *Habitus und Lebensstil*: Mit dem Habitusansatz Bourdieus kann angenommen werden, dass Menschen in ihren Wahrnehmungen, ihrem Denken und Handeln nicht frei sind, sondern spezifischen Dispositionen unterliegen, die gesellschaftlich prädeterniert, also nicht angeboren sind: „Von der frühesten Kindheit an, vermittelt über die sozialisatorische Praxis, bestimmen die objektiv vorgegebenen materiellen und kulturellen Existenzbedingungen eines Akteurs, mithin die Lebensbedingungen seiner Familie und sozialen Klasse, die Grenzen seines Denkens, Wahrnehmens und Handelns“ (Schwingel 1995: 64). Nach Löw (2001: 189) spielen dabei auch Einflüsse von Geschlecht bzw. geschlechtlicher Identifikation, Alter, Lebensform, physischen und geistigen Möglichkeiten sowie die Zugehörigkeit zu ethnischen oder religiösen Gruppen eine Rolle. Allerdings sind – so die weitere Annahme – diese Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata nicht festgeschrieben, sondern je nach Verfügbarkeit ökonomischer, sozialer und kultureller Kapitalressourcen wandelbar (Schwingel 1995: 61ff.; vgl. auch Franke 2011).
- ▶ *Nachbarschaft, Community*: Das konzentrierte Zusammenleben benachteiligter Bevölkerungsgruppen mit nur geringen ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitalressourcen in bestimmten Stadtquartieren kann dazu führen, dass diese Quartiere in ihrer Gänze selbst „benachteiligend“ wirken (Häußermann 2000: 13-21). Hier werden das Fehlen sozialer Netzwerke, nachbarschaftlicher Beziehungen, einer positiven Gebietsbindung (und damit auch einer Basis für sozialinnovative Prozesse) als Teil des Problems beschrieben.
- ▶ *Sozialkapital*: Der Sozialkapital-Ansatz bezieht sich auf „sozialstrukturelle Ressourcen“ (Schnur 2001), die als „Kapitalvermögen für das Individuum“ eingesetzt werden können; sie sind also „funktionale Aspekte einer Sozialstruktur“. Sozialkapital kann durch soziales Vertrauen, das beispielsweise durch „ein hohes Maß an gegenseitigen Verpflichtungen und Erwartungen der ‚Community‘-Mitglieder beispielsweise im Rahmen informeller Nachbarschaftshilfe“ bzw. generell im Kontext sozialer Netzwerke inklusive dort verhandelter Sanktionen gebildet werden. Mit Blick auf die Quartiersentwicklung kann hier zwischen allgemeinen und lokalen Ressourcen unterschieden werden. Konkret kann Sozialkapital in Familien, in lokalen Gruppenzusammenhängen (Freunde, Verwandte), in der engeren Nachbarschaft oder im Rahmen sozialer Organisationen generiert werden und wirken. Im Ergebnis kann sowohl ein individueller als auch ein gruppen- bzw. gemeinschaftsorientierter Nutzen entstehen – beispielsweise mit Blick auf Lebensstile oder den Umgang mit dem öffentlichen Raum unter Umweltgesichtspunkten. „Der strategische Handlungsspielraum und die Erfolgsquote von lokalen Planungsinstanzen nimmt damit ebenfalls zu, denn sie treffen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine aktivere und verantwortungsbewusstere Bewohnerschaft“ (ebd.).

Die Betroffenheit der Bewohnerschaft von problematischen Wohn- und Lebensumfeldern bzw. prekären sozialen Lagen ist in Soziale-Stadt-Gebieten tatsächlich eng mit Aspekten ethnischer Zugehörigkeit, individueller Lebensstile sowie einem dadurch geprägten Freizeit- und Konsumverhalten verknüpft. Dabei sind die Lebensstile als Verhaltensweisen und Ausdrucksform sozialer Milieus und der dahinter stehenden Wertvorstellungen in der Stadtgesellschaft wie auch in der Bewohnerschaft von Soziale-Stadt-Gebieten sehr vielfältig. Diesbezüglich bestimmende Faktoren sind u.a. Generation, Gender/Geschlecht, kultureller Hintergrund, Bildungsgrad und Einkommen, also „habitusrelevante“ Aspekte (vgl. auch SINUS-Milieus [UBA 2011] sowie Modell der sozialen Milieus von sociodimensions [BMUB/UBA 2015a]).

Stark zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass in benachteiligten Quartieren sowohl auf der individuellen (Habitus) als auch auf der gemeinschaftlichen Ebene (Nachbarschaft) weniger umweltbezogenes Sozialkapital gebildet wird als in eher mittelschichtorientierten Quartieren. Empowerment, Aktivierung und Beteiligung können hier als potenzielle „Kapitalbildungskatalysatoren“ ansetzen – vorausgesetzt, die Zielgruppen lassen sich „erreichen“ bzw. die gewählten Kommunikationsangebote werden angenommen. Ansatzpunkte sind z.B. Bottom-up-Initiativen, die entweder gänzlich aus sich selbst heraus oder mit Hilfe externer Unterstützung durch Quartiersmanagements oder Projektträger entstanden sind und neuartige Antworten bzw. Lösungswege für gesellschaftliche Fragen und Problemlagen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu finden versuchen (Repair-Cafés, Nachbarschaftshilfe, alternative Mobilitätsformen etc.).

2.2 Vorliegende Erkenntnisse zu Umweltbewusstsein und -verhalten von Bewohnerinnen und Bewohnern in benachteiligten Quartieren

Zum Umweltbewusstsein und -verhalten der Bewohnerschaft in benachteiligten Quartieren liegt eine Reihe von zentralen Erkenntnissen aus verschiedenen Studien vor, die im Folgenden vorgestellt werden. Eine zentrale Quelle hierzu sind die vom BMUB und UBA in zweijährigem Rhythmus durchgeführten Repräsentativbefragungen zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland. Den Befragungen liegt seit 2008 auch eine differenzierte Analyse nach sozialen Milieus zugrunde, wodurch eine fokussierte Betrachtung benachteiligter Bevölkerungsgruppen (z.B. Prekäre Milieus) möglich wird.

Die Studie von 2016 konstatiert, dass in den prekären Milieus³ meist andere Themen wie kurzfristige persönliche Sorgen und nicht Umweltprobleme im Vordergrund stehen (BMUB/UBA 2017: 12). In Bezug auf aktuell wichtige Probleme wird von den Angehörigen dieser Milieus „Umwelt- und Klimaschutz“ deutlich seltener genannt als vom Bevölkerungsdurchschnitt, „soziale Gerechtigkeit“, „Arbeitslosigkeit“, aber auch „Kriminalität“ und „Zuwanderung“ häufiger. Dabei wird eine wachsende soziale Ungleichheit wahrgenommen; gut zwei Drittel der Milieugehörigen fühlen sich davon unmittelbar persönlich betroffen (ebd.: 28). Vier Fünftel in diesen Milieus sehen sich darüber hinaus von steigenden Energiekosten betroffen (ebd.: 28). Insgesamt werden aber auch in diesen Milieus die sozialen Normen des umweltgerechten Verhaltens grundsätzlich anerkannt und Mülltrennung oder Energiesparverhalten praktiziert. Was die eigene Lebensweise betrifft, sehen sie ansonsten nur wenige Veränderungsmöglichkeiten. Sie sehen vor allem den Staat in der Pflicht, dass dieser regulierend in die Wirtschaft eingreift und dafür sorgt, dass Umweltbelastungen soweit wie möglich vermieden werden. Dabei sind allerdings überdurchschnittlich viele Prekäre der Ansicht, dass bei Zielen wie soziale Gerechtigkeit oder der Schaffung von Arbeitsplätzen eine Abwägung zwischen diesen und ökologischen Zielsetzungen geben müsse („Kompromisse machen: der Umweltschutz muss auch mal zurückstehen“); nicht wenige meinen auch, dass es erst einmal Fortschritte bei diesen Themen geben müsse, bevor die Gesellschaft sich Umwelt- und Klimaschutz „leistet“ (ebd.: 76). Insofern werden Synergiepotenziale zwischen Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen und anderen Politikbereichen kaum gesehen. Bezüglich der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels finden sich in den prekären Milieus überdurchschnittlich viele Pessimisten (ebd.: 38). Staatliche Maßnahmen für den Klimaschutz (wie z.B. Förderung von energetischer Sanierung von Wohngebäuden oder der Elektromobilität) finden hier unterdurchschnittliche Zustimmung (ebd.: 39). Gleichzeitig sind die prekären Milieus überdurch-

3 „Prekäre Milieus“ werden dabei folgendermaßen beschrieben: Alle Altersgruppen. Niedrige Formalbildung, meist sehr geringe Einkommen. Teilhabe an Konsum und sozialem Leben stark eingeschränkt. Lebensmotto: Über die Runden kommen, nicht negativ auffallen (BMUB/UBA 2017: 9). Grundlage ist das Milieumodell von sociodimensions, das sechs gesellschaftliche Segmente unterscheidet (vgl. ebd.: 13).

schnittlich vielfältigen Umweltbelastungen wie Lärm oder Luftschadstoffen ausgesetzt und sehen sich auch subjektiv in dieser Hinsicht benachteiligt (ebd.: 47).⁴

Bei der Ernährung zeigen sich Angehörige der prekären Milieus überdurchschnittlich preisorientiert, während biologische Produkte, aber auch regionale und saisonale Lebensmittel eine untergeordnete Rolle spielen (ebd.: 54). In Bezug auf die Autonutzung liegen die Milieugehörigen im Bevölkerungsdurchschnitt (ebd.: 62). Gleichzeitig ist festzustellen, dass diese Milieus im Vergleich mit anderen sozialen Gruppen in Deutschland (vermutlich unfreiwillig) den geringsten Umweltverbrauch aufweisen (vgl. Kleinhüchelkotten et al. 2016).

In Bezug auf die Nachhaltigkeitskommunikation und Förderung nachhaltigen Verhaltens in prekären Milieus kommt die Umweltbewusstseinsstudie zu dem Schluss: „Nachhaltigkeitsansätze, die mit mehr sozialer Sicherheit und verbesserten Teilhabemöglichkeiten einhergehen, sind hier attraktiv“ (BMUB/UBA 2017:12). Für die Kommunikation mit den prekären Milieus zum sozial-ökologischen Wandel ergeben sich daraus folgende Empfehlungen (ebd.: 76):

- ▶ Die mit den beabsichtigten Umgestaltungen verbundenen Potenziale für soziale Verbesserungen sollten stärker herausgestellt werden. Für diese Zielgruppe spielen sowohl Themen wie eine ausreichende Grundsicherung und verbesserte Teilhabemöglichkeiten als auch Aspekte wie Selbstwirksamkeit, Selbstachtung und „Würde“ eine Rolle.
- ▶ Durch verbesserte Naturerfahrungsgelegenheiten oder Sport- und Bewegungsmöglichkeiten kann ein erlebbarer Bezug zur unmittelbaren Umwelt geschaffen und gleichzeitig Gesundheit und Wohlbefinden gefördert werden.
- ▶ In der Kommunikation zu konkret geplanten Maßnahmen und strengeren Umweltgesetzen kann aufgezeigt werden, wie eine präventive Umweltpolitik darauf abzielt, die für diese Milieus oft besonders schwerwiegenden Umweltbelastungen (Lärm, Feinstaub) zu reduzieren.

In der Vorgängerstudie 2014 (BMUB/UBA 2015) wurde zudem nach zentralen Aspekten des guten Lebens gefragt. Insgesamt wurden an erster und zweiter Stelle Aspekte genannt, die sich den Stichwörtern „gesund sein“ sowie „Erfüllung existenzieller Grundbedürfnisse/keine Not leiden“ zuordnen lassen. Hierauf entfielen jeweils fast 60 Prozent der Angaben. Nennungen wie z.B. „ausreichend Essen“, „ein Dach überm Kopf“, „ein fester Arbeitsplatz“ oder „bezahlbare Miete“ wurden vor allem von Angehörigen der einfachen, prekären Milieus, aber auch von Menschen aus dem bürgerlichen Mainstream überdurchschnittlich häufig angegeben (ebd.: 25). Hieran wird wiederum deutlich, dass insbesondere für sozial schwache Bevölkerungsgruppen andere Themen und Herausforderungen als Umweltschutz im Vordergrund stehen.

Insgesamt wird deutlich, dass das Umweltbewusstsein und -verhalten der prekären Milieus sehr stark durch ihre soziale Lage bestimmt wird, die dazu führt, dass andere Probleme als Umweltprobleme im Alltag zu bewältigen sind und weniger grüner Konsum, aber auch weniger umweltschädlicher Konsum möglich ist (Kleinhüchelkotten et al. 2016). Ähnliche Ergebnisse finden sich auch in anderen Untersuchungen wieder. Aus einem Vertiefungsbericht zum Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 geht hervor, dass das Umweltbewusstsein in prekären Milieus niedriger ausgeprägt ist als bei den durch Einkommen und Bildung privilegierten Milieus. Gleichzeitig führt die prekäre soziale Lage aber auch dazu, dass der Umweltverbrauch in sozial schwachen Milieus geringer ausfällt als in anderen Milieus,

4 In Bezug auf Fragen der Umweltgerechtigkeit deuten diese Befunde darauf hin, dass auch in der subjektiven Wahrnehmung der Betroffenen Umweltbelastungen ungleich verteilt sind. Bei früheren Erhebungen wurde oftmals thematisiert, dass Bevölkerungsgruppen mit niedrigem sozialen Status zwar objektiv unter schlechteren Umweltbedingungen leben, dies aber selbst oft nicht entsprechend problematisieren (Borgstedt u.a. 2011: 25, Kuckartz/Rheingans-Heintze 2007: 23). Dieses Bewusstsein um die höheren Belastungen hat sich inzwischen offenbar verändert: Diejenigen, die sich ohnehin in ihrer gesamten Lebenssituation benachteiligt fühlen, sehen sich auch durch Umweltfaktoren verstärkt belastet.

da aufgrund der geringeren finanziellen Ressourcen beispielsweise weniger Flugreisen vorgenommen werden oder weniger Auto gefahren wird. Einige Autorinnen und Autoren sehen in einer Aufwertung dieses – unfreiwilligen – Verzichtverhaltens Chancen, insgesamt nachhaltiges Handeln in der Gesellschaft zu fördern (z.B. Borgstedt et al. 2011: 12, 15).⁵

In den Ergebnissen zum Forschungsprojekt „Analyse bestehender Maßnahmen und Entwurf innovativer Strategien zur verbesserten Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik“ wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass das Handeln von Gruppen mit geringem Einkommen weniger durch Lebensstilorientierungen geprägt wird, sondern in erster Linie durch „die sozioökonomischen Restriktionen der eigenen prekären Lebenssituation“ (ISOE/IÖW 2012: 66). Den Ergebnissen der Untersuchung zufolge müssen Maßnahmen und Angebote daher auf die besonderen Bedürfnisse der Adressaten in ihrer je spezifischen sozialen Situation abgestimmt sein, was in Bezug auf die Erreichbarkeit von Geringverdienenden bedeutet, passende zielgruppenspezifische Strategien im Sinne eines Empowerments zu entwickeln:

„Eine grundsätzliche Grenze aller Kommunikationsmaßnahmen ist in deren Zurückgeworfensein auf ihre unmittelbaren sozialen Lebensbedingungen zu sehen. In der Konsequenz führt dies zu einer stark auf sich und den direkten Nahraum ausgerichteten Wahrnehmung, die schon das Interesse an Information über Umweltaspekte kaum aufkommen lässt. Statt allein auf Aufklärung und ‚Wissenstransfer‘ zu vertrauen ist daher für diese Zielgruppe eine Förderung im Sinne eines Empowerments jeder Person zu entwickeln. Das heißt, weg von einer auf Ausgleich von Mängeln ausgerichteten Politik (wie Ausgleich von ‚Unter‘-Privilegierung) hin auf eine Unterstützung zur kreativen Lebensbewältigung, zur individuellen Entfaltung, zum Ausprobieren von Neuem“ (ebd.: 5).

Ergebnissen der Studie zum Naturbewusstsein in Deutschland (2013) zufolge hat das soziale Milieu auch einen Einfluss auf die Naturverbundenheit und die Art und Weise, wie man sich zu naturschutzrelevanten Themen positioniert. So wird in der Studie darauf verwiesen, dass die Natur in den Milieus der Hedonisten und vor allem der Prekären, die der modernen, sozialen Unterschicht zugeordnet werden, eine geringere Bedeutung hat als in anderen Milieus (BMUB/BfN 2014: 39). Im Prekären Milieu wird den Ergebnissen der Studie zufolge die Natur zudem häufiger als eine Gefahrenquelle wahrgenommen, was u. a. darin zum Ausdruck kommt, dass in diesem Milieu die Bedenken hinsichtlich herabfallender Äste und morscher Bäume am stärksten ausgeprägt sind (ebd.: 35). Ähnlich wie bei den Ergebnissen zum Umweltbewusstsein zeigt sich auch an den Ergebnissen zum Naturbewusstsein in Deutschland, dass das Prekäre Milieu die nachhaltige Nutzung von Natur weniger wichtig findet, da sein Aufmerksamkeitsfokus stärker auf aktuelle Herausforderungen im eigenen Nahumfeld ausgerichtet ist (ebd.: 45). „In Anbetracht von schwierigen familiären Verhältnissen, prekären Beschäftigungssituationen und existenziellen Zukunftsängsten erscheinen Fragen nach der Art der Naturnutzung und den daraus resultierenden komplexen Folgen sekundär“ (ebd.).

Weitere Einflussfaktoren sind das Geschlecht, die Bildung und das Alter. So weisen Frauen, Ältere und formal Gebildete den Ergebnissen der Untersuchung zufolge eine höhere Verbundenheit mit Natur und Landschaft auf (ebd.: 39). Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen zum naturverträglichen Konsum wider. So kaufen Männer, Jüngere (unter 29 Jahren), formal einfach Gebildete und Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro seltener naturverträgliche Produkte (ebd.: 55).

5 „So ist davon auszugehen, dass umweltorientiertes Engagement unter sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen gefördert werden kann, wenn ihre Lebensstile nicht grundsätzlich mit dem Makel der „Loser“ behaftet werden. „Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, eingeschränkte oder sogar sozial prekäre Lebensverhältnisse und unfreiwilligen Konsumverzicht als gesellschaftliches Leitbild zu propagieren. [...] Allemal aber gilt: Gäbe es einen wirkmächtigen gesellschaftlichen Umweltdiskurs, der einen kleineren Umwelt-Fußabdruck gegenüber einem größeren ökologisch-ethisch auszeichnen und zur nachahmenswerten gesellschaftlichen Norm erklären würde, dann würden die (unfreiwilligen) Umweltschützer (auch unter den Angehörigen des Prekären Milieus) nicht mehr als gesellschaftliche Versager dastehen, sondern als Vorreiter der ‚grünen Moderne‘“ (Borgstedt u.a. 2011: 17).

Etwas anders verhält es sich beim Thema Energiewende, das von Männern und Frauen gleich bewertet wird. Eher für die Energiewende sind vor allem Jüngere (unter 29), formal Gebildete und Personen mit einem höheren Haushaltseinkommen (ebd.: 51). In Bezug auf das „Bewusstsein für biologische Vielfalt“ wird in der Studie zum Naturbewusstsein 2013 herausgearbeitet, dass soziale Milieus in einer einfachen sozialen Lage erheblich seltener wissen, was der Begriff „Biologische Vielfalt“ bedeutet und formal Gutgebildete und Frauen eher bereit sind, persönlich zum Schutz der Biodiversität beizutragen (ebd.: 70ff.).

Im Ergebnis der Studie wird in Bezug auf die Ansprache von Milieus in einfacherer sozialer Lage (Präkäres Milieu, Traditionelles Milieu und Hedonistisches Milieu) eine Kommunikation empfohlen, welche Entlastungen in den Vordergrund stellt. Zudem sollten Bildungseinrichtungen einbezogen werden, um auch Kinder und Jugendliche an Naturbildung teilhaben zu lassen und damit gleichzeitig einen wichtigen Baustein für die soziale Integration zu leisten (ebd.: 13).

Die Ergebnisse einer Untersuchung im Auftrag des UBA zu Möglichkeiten und Grenzen nachhaltigen Konsumverhaltens weisen in eine ähnliche Richtung (Empacher et al. 2002). Auf Grundlage einer qualitativen Haushaltsbefragung wurden im Rahmen der Studie anhand von Mustern aus Orientierung, Verhalten und sozialer Lage verschiedene Typologien von Konsumstilen gebildet. In einer dieser Typologien zeichnete sich eine „schlecht gestellte Überforderte“ genannte Gruppe durch eine starke Abwehrhaltung und ein Desinteresse gegenüber Umweltthemen aus. Das Erreichen dieser Zielgruppe für Themen der ökologischen Gerechtigkeit ist den Ergebnissen der Studie zufolge am ehesten über Angebote, die Einsparungen und Umweltfreundlichkeit zusammenbringen, oder Themen, die für die Zielgruppe von Relevanz sind, wie z.B. Kindergesundheit, möglich (ebd.: 109f.). Hemmende Faktoren stellen bei diesem Typ dagegen eine starke Autoorientierung und eine Orientierung an kurzlebigen Konsum dar (ebd.). Ein weiterer Ansatzpunkt stellt insbesondere für die Angehörigen dieses Typs in Ostdeutschland die Regionalität dar, durch die neue Identifikationsmöglichkeiten geschaffen werden können (ebd.).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch ein Forschungsprojekt im Auftrag des BMBF, das der Frage nachging, wie Bürgerinnen und Bürger im Alltag klimafreundlich handeln können und welche Möglichkeiten Kommunen haben, sie dabei zu unterstützen. Den Ergebnissen der Untersuchung zufolge sollten insbesondere solche Ansätze verfolgt werden, die eine langfristige Verbindung von persönlichen Vorteilen (etwa in den Bereichen Gesundheit, Sparsamkeit oder Qualität) mit der Verringerung der CO₂-Emissionen herstellen, was als Mobilisierung von „Motivallianzen“ bezeichnet wird (ISOE u. a. 2013: 16). Zudem würden Umbruchsituationen, wie z.B. die Geburt eines Kindes, Gestaltungsmöglichkeiten bieten (ebd.). Weitere mögliche Ansatzpunkte für „Motivallianzen“ stellen je nach Zielgruppe Traditions- oder Nahraumorientierung und Technikfaszination dar (ISOE/IÖW 2012: 71).

Zum Umweltbewusstsein und -verhalten von Migrantinnen und Migranten in Deutschland gibt es bisher nur vereinzelte Untersuchungen (Smidt 2012). Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien hat in Bezug auf das Umweltbewusstsein und -verhalten von türkischen Migrantinnen und Migranten aufgezeigt, dass diese mehrheitlich über eine ausgeprägte Sensibilität gegenüber dem Thema Umweltschutz verfügen (Kizilocak/Sauer 2003). Allerdings würden viele Migrantinnen und Migranten Wissens- und Informationsdefizite bezüglich komplexer Sachverhalte und Ursachen von Umweltproblemen aufweisen, was dazu führe, dass nachhaltige Konsumptionsweisen oder die präventive Vermeidung von Abfall oder von Verschmutzung nicht in deren Blickfeld liege (ebd.). Neben sozialen Faktoren, wie ein schlechterer Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe, von denen Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich betroffen sind, können sich darüber hinaus weitere spezifische Problematiken, die im direkten Zusammenhang mit ihrer Migrationsgeschichte stehen, negativ auf die Bereitschaft zur Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen auswirken. Beispiele für migrationspezifische Problematiken sind Sorgen um das Aufenthalts- und Arbeitsrecht oder Probleme beim Spracherwerb

(Smidt 2012: 297). Auch hier zeigt sich, dass bei existenziellen Problemen Fragen der Ökologie und des Klimas in den Hintergrund treten (ebd.: 298).

Eine repräsentative Untersuchung im Rahmen des ENIGMA-Projekts (Hunecke/Toprak 2014, Nies et al. 2015) zeigt, dass Migrantinnen und Migranten⁶ zwar weniger „umweltbewusst“ sind als (autochthone⁷) Deutsche, jedoch gleichzeitig durch ihr Verhalten einen insgesamt geringeren CO₂-Fußabdruck verursachen. Die Verwendung von Bio-Produkten oder der Bezug von Ökostrom ist unter Migrantinnen und Migranten jedoch wenig verbreitet. Insbesondere für türkischstämmige Migrantinnen und Migranten wird eine starke Bindung an das (eigene) Auto, sowohl als Transportmittel als auch als Statussymbol, konstatiert. Das Umwelt- und Klimaschutzengagement in Organisationen ist gering. Betont wird allerdings, dass Migrantinnen und Migranten hinsichtlich des Umwelt- und Klimaschutzes keine homogene Gruppe darstellen, sondern zur Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen unterschiedliche Zielgruppen differenziert werden sollten und dass dies nur mit entsprechendem Wissen über den spezifischen soziokulturellen Hintergrund gelingen kann.⁸ Der Grad der Integration, die Höhe des verfügbaren Einkommens, Einstellungen und kulturelle Werte, aber auch psychische Dispositionen sind dabei zu berücksichtigen (Hunecke/Toprak 2015: 4).

Innovative Ansätze von lokalen Initiativen zur verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

Im Kontext der Themenschwerpunkte der vorliegenden Untersuchung spielen innovative Ansätze von „Bottom-up“-Initiativen vor Ort, die neue Lösungsansätze zur Verbesserung der Umwelt- und der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen bieten, eine wichtige Rolle. Darauf aufbauend stellt sich dann im zweiten Schritt die Frage, wie Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung an diesen Initiativen anknüpfen können bzw. welcher Unterstützung diese Initiativen bedürfen.

In dem Forschungsprojekt „Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen – Konzepte und Praxis“ wurde eine Systematisierung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum vorgenommen (UBA 2014b). Dabei wurden fünf verschiedene Innovationstypen herausgearbeitet (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Systematisierung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum

Innovationstyp	Beschreibung	Zentrale Merkmale	Praxisbeispiele
„Do-it-together“ – die Selbstorganisation nachhaltigkeitsorientierter Konsumräume	„Bottom-up-Initiativen“, in denen Menschen selbst die Rahmenbedingungen für Konsum gestalten und organisieren	Hohe Gemeinschaftlichkeit, hohe Eigeninitiative, hohe Innovativität, hohe Formalität	Bioenergiedörfer, Bürgerenergiegenossenschaften, Gemeinschaften der solidarischen Landwirtschaft, Urban Gardening-Projekte, nachbarschaftliches Wohnen

6 In der Untersuchung wurden türkischstämmige und russischstämmige Migrantinnen und Migranten befragt.

7 Mit „autochthonen Deutschen“ sind alle Bewohner Deutschlands gemeint, die keinen Migrationshintergrund haben. Für diese Menschen ist weder der Begriff „Deutschstämmige“ geeignet, weil beispielsweise auch Migrantinnen und Migranten mit deutschen Vorfahren aus Osteuropa und Ländern der ehemaligen Sowjetunion deutschstämmig sind, noch der (alleinstehende) Begriff „Deutsche“, da ja viele Personen mit Migrationshintergrund über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.

8 Eine entsprechend differenzierende Betrachtung der migrantischen Bevölkerung in Deutschland zeigt beispielsweise das Sinus-Modell der „Migrantenmilieus“ (Wippermann/Flaig 2009); eine Differenzierung unterschiedlicher Migrantinnen- und Migranten-Gruppen wurde auch im vorliegenden Projekt bei den Untersuchungen auf der Mikro-Ebene vorgenommen (siehe Kapitel III, Abschnitt 1.1, S. 108 ff.)

Innovationstyp	Beschreibung	Zentrale Merkmale	Praxisbeispiele
„Strategischer Konsum“ – die Aktivierung von Konsumentinnen und Konsumenten zur Mitgestaltung von Konsumangeboten	Kurzfristige Aktionen oder Kampagnen, um den eigenen Konsum bewusster zu gestalten und durch gemeinschaftliches Handeln eine größere Wirkung zu entfalten	Hohe Gemeinschaftlichkeit, mittlere Eigeninitiative, hohe Innovativität, niedrige Formalität, Stabilisierung in der Nische	Carrotmob, ⁹ Clubmob, Energienachbarschaften, Nutzerintegration
„Konsumgemeinschaften“ – Neue Ermöglichungsstrukturen für gemeinschaftsbasierte Konsumformen	Gemeinschaften zum Teilen und Tauschen und zur gemeinsamen Inanspruchnahme von Dienstleistungen	Mittlere Gemeinschaftlichkeit, mittlere Eigeninitiative, mittlere Innovativität, mittlere Formalität	Tauschbörsen und Teilnetzwerke, Food- und Meal-Sharing, Kleidertausch, Leihladen, privates Autoteilen, gemeinsamer Bus-Charter
„Do-it-yourself“ – Neue Ermöglichungsräume und Sinnangebote für Eigenarbeit	Unterstützt durch neue Angebote an sozialen Treffpunkten, eignen sich Konsumentinnen und Konsumenten Kompetenzen des Selbermachens an, um Konsumgüter in Eigenarbeit herzustellen, zu verarbeiten und zu reparieren	Mittlere Gemeinschaftlichkeit, hohe Eigeninitiative, mittlere Innovativität, niedrige Formalität	Werkstätten der Eigenarbeit, Nähcafé, Eigenerte, Nutzung von Allmende-Obst, Upcycling-Workshops (z.B. zum Möbel-Recycling), Fablab (offene Werkstatt)
„Nutzen intensivierender Konsum“ – Neue Angebote für eine effizientere Produktnutzung	Veränderte Konsumangebote, z.B. Angebot von durch Nachnutzung aufgewerteten Produkten, die sonst als Abfall entsorgt werden, oder Formen des Mietens und Leihens als Alternative zum Kauf	Geringe Gemeinschaftlichkeit, geringe Eigeninitiative, geringe Innovativität, hohe Formalität	Carsharing, Fahrradleihsysteme, Werkzeug-/Geräteverleih, Upcycling, ReUse, Nachnutzung von Produktionsresten

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von UBA 2014b

Aus Tabelle 1 wird deutlich, dass es eine große Bandbreite an innovativen Maßnahmen von lokalen Initiativen geben kann. Diese erfordern jeweils ein unterschiedlich hohes Maß an Eigeninitiative und Formalität, was die Zugänge für sozial prekäre Milieus beeinflussen dürfte. So dürften in Bezug auf die Erreichung und Beteiligung von sozial schwachen Zielgruppen insbesondere Ansätze von Bedeutung sein, die eine niedrige Formalität beinhalten und neue Ermöglichungsräume für Eigenarbeit bieten („Do-it-yourself“) oder die eine geringe Eigeninitiative erfordern und neue Angebote für eine effizientere Produktnutzung ermöglichen („Nutzen intensivierender Konsum“). Diese oder andere Formen

9 Bei Carrotmobs schließen sich Konsumentinnen und Konsumenten zu kurzfristig bestehenden Gruppen zusammen, um Ladenbesitzerinnen und -besitzern durch gemeinsame, kreative Kaufaktionen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu motivieren. Ladenbesitzerinnen und -besitzer verpflichten sich im Vorfeld, einen Teil der durch die Aktion zustande kommenden Einnahmen in Energiesparmaßnahmen zu investieren.

von Innovationen können entweder durch Teile der Bevölkerung oder im Rahmen von Förderprogrammen oder Wettbewerben angestoßen werden. Dabei ist es auch denkbar, dass die Initiatorinnen und Initiatoren (teilweise) in anderen Quartieren leben, die Idee (wie z.B. ein Urban Gardening Projekt) aber in einem benachteiligten Quartier zum Einsatz kommt.

Ergebnisse von verschiedenen Studien machen deutlich, dass Angehörige von sozial prekären Milieus ohne eine Ansprache oder Unterstützung von außen eher selten an sozialen Innovationen für nachhaltigen Konsum beteiligt sind. Das IÖW hat verschiedene Untersuchungen zur Nutzung von Formen des eigentumslosen Konsums, wie z.B. Peer-to-peer Carsharing, das Mieten von Handwerksgeräten oder das Ausleihen von Gegenständen im privaten Bereich, erstellt. Den Ergebnissen der Studien zufolge werden Formen des eigentumslosen Konsums vor allem von Personen genutzt, die tendenziell jünger sind und ein höheres Formalbildungsniveau als der Durchschnitt haben, wohingegen Angehörige von sozial prekären Milieus bei diesen Konsumformen meist unterrepräsentiert sind (vgl. IÖW 2012; IÖW 2004). Die höhere Eigentumsorientierung von Personen mit geringerem Einkommen und einer geringeren Formalbildung wird u. a. damit begründet, dass der Besitz, wie z.B. eines Autos, in sozial prekären Milieus oftmals „ein wichtiges soziales Mittel der Sozialintegration“ (IÖW 2012: 36) bzw. einen „Kompensationsversuch sozialer Benachteiligung“ (IÖW 2004: 34) darstellt.

Eine Untersuchung von guten Beispielen nachhaltigen Handelns der Europa-Universität Flensburg kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass Formen des nachhaltigen Konsums am stärksten von jungen und nachhaltigkeitsorientierten Bevölkerungsgruppen initiiert und genutzt werden (UBA 2015: 92). Allerdings seien ökologische Motive in der Regel nur sekundär für die Nutzung nachhaltigkeitsorientierter Praktiken. Vielmehr seien Gelegenheits- und Infrastrukturen sowie monetäre Aspekte und andere Motive ausschlaggebend, weshalb es vor allem auf infrastrukturelle und preisliche Angebotsveränderungen ankomme (ebd.: 114 f.). Auf der lokalen Ebene gebe es die Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger von vornherein in Planungsprozesse einzubinden oder ihnen Gehör und Unterstützung für ihre Belange zu gewähren. „Dazu zählen das Quartiersmanagement oder partizipative Bebauungsplanungen ebenso wie das Stellen von Räumlichkeiten oder Flächen für nachhaltigkeitsorientierte Nischenaktivitäten“ (ebd.). Zudem geht aus der Studie hervor, dass die untersuchten nachhaltigen Praktiken, wie z.B. Carsharing, Radfahren und Gemeinschaftsgärten, im städtischen Umfeld häufiger und eher den Mainstream erreichen. Ob jemand die Angebote, wie z.B. Bibliotheken nutze, hänge aber neben der Erreichbarkeit auch von der eigenen Sozialisation ab, also davon, ob beispielsweise jemand mit dem Besuch von Bibliotheken aufgewachsen ist (ebd.: 92). Hieran wird deutlich, dass neben der Bereitstellung von Gelegenheiten und Infrastruktur auch Maßnahmen zur Heranführung von Zielgruppen an konkrete Angebote von Bedeutung sein können.

Eine Untersuchung von sozialen Innovationen und förderlichen Governance-Formen kommt zu dem Ergebnis, dass durch innovative Ansätze bei nachhaltigkeitsorientierten Projekten niedrighschwellige Angebote, wie z.B. Tauschringe oder Gartenprojekte, entstehen können, die es ermöglichen, dass Menschen sich ohne große Schwierigkeiten an der Transformation von Alltagspraxen bis hin zur Veränderung städtischer Prozesse beteiligen können (ZTG/Institut für Sozialinnovation 2014: 74). Damit mehr Synergiepotenziale mit anderen Bereichen genutzt werden können, seien eine bessere Verknüpfung bisher nebeneinander laufender Aktivitäten und der Akteure auf Landes- und Bundesebene sowie ein systematischer Einbezug der Bevölkerung in städtische Klima- und Energiekonzepte erforderlich (ebd.: 78). Ein weiteres noch nicht ausreichend erkanntes Potenzial bestünde in der Nutzung von Stadtentwicklungskonzepten, um diese mit umweltbezogenen und nachhaltigkeitsorientierten Strategien zu verknüpfen. Hemmende Faktoren stellen den Ergebnissen der Untersuchung zufolge u. a. ein mangelndes Problembewusstsein der städtischen Akteure, die Priorisierung von Wirtschaftsthemen gegenüber Umweltthemen, Ressortegoismen, Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Schwierigkeiten und Unsicherheiten von Politik und Verwaltung in Bezug auf den Umgang mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern bzw. mit Beteiligungsprozessen (ebd.: 79ff.).

3 Untersuchungsansatz und methodisches Vorgehen

3.1 Untersuchungsansatz

Für die Untersuchung waren zwei Handlungs- bzw. Erlebnissphären bedeutsam: Einerseits die „professionelle Sphäre“ von Programmen, beteiligten Institutionen und ihren Akteuren und andererseits die Sphäre der alltäglichen Lebenswelten der betroffenen Quartiersbewohnerinnen und -bewohner. Die übergeordneten Fragestellungen lassen sich – zumindest teilweise – auf diese beiden „Welten“ aufteilen bzw. vor ihrem Hintergrund weiter operationalisieren:

„Institutionelle Welt“:

- ▶ Zwischen welchen gebietsbezogenen integrierten, aber auch sektoralen Programmen, die auf eine Entwicklung benachteiligter Quartiere zielen, lassen sich (potenzielle) Synergien mit Blick auf Ziele und Handlungsfelder wie Verbesserung der sozialen Lage und der Umweltsituation identifizieren?
- ▶ Welche Institutionen und „professionellen“ Akteure („Thementräger“) insbesondere aus dem sozialen und umweltbezogenen Bereich (Kommunalverwaltungen, Stiftungen, Träger der Freien Wohlfahrtspflege etc.) sind wie stark miteinander vernetzt bzw. wo lassen sich hier weitere Vernetzungspotenziale (für Institutionen, Akteure und Themen) identifizieren? Wie bildet sich dies auch in Integrierten Handlungskonzepten ab?

„Alltagswelt“ der Quartiersbewohnerschaft:

- ▶ Welchen Stellenwert hat welches Umweltverhalten (Konsummuster, Energieverbrauch, Mobilitäts- und Freizeitverhalten etc.) in der alltäglichen Lebensgestaltung bei welchen benachteiligten Bevölkerungsgruppen vor Ort?
- ▶ Welches Problembewusstsein und welche Engagementbereitschaft gehen damit einher? Wer bewertet dies wie? An welcher Stelle werden hier Veränderungsbedarfe durch wen identifiziert? Wie können solche Veränderungen bis hin zu sozialen Innovationen angestoßen/gefördert/begleitet werden?
- ▶ Inwieweit bestehen bereits welche Initiativen und Ansätze „von unten“ (mit und ohne Unterstützung durch Externe wie Quartiersmanagements) zu Verbesserungen auf der Schnittstelle Soziales und (ökologische) Umwelt bzw. wo wären sie in stärkerem Maße möglich? Hier sind sowohl die Projektperspektive in den Quartieren (interkulturelle Gärten, Begrünungsaktionen etc.) als auch die individuelle Ebene angesprochen (Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster; siehe oben). Wo finden sich hier potenzielle Andockpunkte für Kooperationen bzw. Vernetzungen mit „professionellen“ Akteuren?

Die „institutionelle Welt“ kann in Bezug auf die Strategieentwicklung, Programmerstellung und ressortübergreifende Zusammenarbeit sowohl in eine übergeordnete Steuerungsebene auf Bundes- und Länderebene als auch die kommunale Verwaltungsebene unterteilt werden. Somit sind insgesamt drei Untersuchungsebenen zu unterscheiden:

- ▶ **Makro-Ebene:** übergeordnete Programmansätze und -ziele sowie entsprechende Strategien und Konzepte (Konzeptebene)
- ▶ **Meso-Ebene/„professionelle Sphäre“** von Institutionen und „professionellen“ Akteure (Expertinnen und Experten) auf der kommunalen Verwaltungs- sowie der Quartiersebene – beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalverwaltungen (u.a. Stadtentwicklung, Soziales, Umwelt/Grün, Verkehr), Wohnungsunternehmen, Umwelt- und Naturschutzverbänden, Maßnahmen- und Projektträgern, von Infrastruktureinrichtungen mit vorhabenrelevanten

ten Multiplikatorfunktionen (z.B. Kitaleitungen, Lehrerinnen und Lehrer), aber auch lokale Quartiersmanagements; kommunale Steuerungsebene konkreter Maßnahmen- und Projektumsetzungen in Programmkommunen/-gebieten der Sozialen Stadt (kommunale Ebene I)

- ▶ **Mikro-Ebene der alltäglichen Lebenswelten** der betroffenen Quartiersbewohnerinnen und -bewohner und ihrer Organisationen (subjektive Betroffenheit von Benachteiligung, Interaktion mit „professionellen“ Akteuren der Programmumsetzung, Formen der Selbstorganisation und Eigeninitiative; kommunale Ebene II).

3.2 Methodeneinsatz

Abhängig vom jeweiligen Erkenntnisinteresse auf den verschiedenen Betrachtungsebenen sind verschiedene Untersuchungsmethoden zum Einsatz gekommen. Dazu gehören Dokumentenanalysen, leitfadengestützte Experteninterviews (Einzel- und Gruppeninterviews) sowie verschiedene Methoden der ethnografisch-qualitativen Sozialforschung.

3.2.1 Untersuchungen auf der Makro-Ebene

Auf der Makro-Ebene wurde mittels Dokumentenanalyse zum einen herausgearbeitet, wie die Themen Umweltschutz und ökologische Gerechtigkeit in den übergeordneten Strukturen des Programms „Soziale Stadt“ und ähnlichen Programmen sowie in den integrierten Stadtentwicklungskonzepten verankert wurden und welche Erfahrungen es in diesem Zusammenhang gibt. Hier stellte sich beispielsweise die Frage nach Möglichkeiten, Aspekte ökologischer Gerechtigkeit stärker als bisher zu integrieren. Dabei wurden auch übergreifende Erkenntnisse zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit und den Kooperations- und Beteiligungsstrukturen in den Quartieren in den Blick genommen. Zum anderen wurde herausgearbeitet, inwiefern es außerhalb der Förderprogrammstrukturen neuartige innovative Ansätze zur Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit gibt, die auch im Rahmen der Förderprogramme genutzt werden können. Es ging in diesem Teil der Untersuchung also um Rahmenbedingungen, die das Programm „Soziale Stadt“ für eine Integration der in den Forschungsfragen formulierten Aspekte in den Programmgebieten bietet.

Im Rahmen der Sekundäranalyse wurden insbesondere folgende Quellen einbezogen:

- ▶ Studien aus der Umweltbewusstseins- und Lebensstilforschung, die den Synergiepotenzialen von Umwelt- und Sozialpolitik nachgehen und Themen der ökologischen Gerechtigkeit behandeln,
- ▶ Analysen zur Umweltgerechtigkeit, die sich mit der (sozial-)räumlichen Verteilung von Umweltressourcen und Umweltbelastungen befassen,
- ▶ Evaluierungen und Studien aus der Stadtentwicklungsforschung, die Themen der sozialen Gerechtigkeit und/oder umwelt- und klimagerechten Stadtentwicklung zum Gegenstand haben und diesbezüglich Synergiepotenziale aufzeigen,
- ▶ Studien, Evaluationen und Berichte, die Erkenntnisse dazu liefern, welche Erfahrungen in Bezug auf eine präventive Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik im Programm „Soziale Stadt“ und weiteren Förderprogrammen (bzw. deren Kopplung) gemacht wurden.
- ▶ Materialien und Forschungsergebnisse zu Bottom-up-Initiativen und innovativen Ansätzen auf lokaler Ebene zu Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit.

Ergänzend zu den Auswertungen vorliegender Materialien wurden in einer weiter gefassten Recherche Good Practices im hier in Interesse stehenden Themenzusammenhang identifiziert und tiefer untersucht. Ziel war es, einen möglichst umfassenden Überblick praktischer Erfahrungen bei der Erzielung von Synergien zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zu erhalten. Die guten Beispiele beziehen sich auf das Programm „Soziale Stadt“, andere Programme der Städtebauförderung oder weitere Förderprogramme. Es wurden Modell- und Pilotprojekte oder Initiativen identifiziert, die erfolg-

reich Synergien zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung erschließen. Die Ermittlung von gelungenen Praxisbeispielen in weiteren Programmen der Städtebauförderung und darüber hinaus erfolgte durch verschiedene Zugangswege:

1. Auswertung von Projektdatenbanken und Broschüren von öffentlichen oder privaten Institutionen, die Übersichten zu Projektbeispielen im Bereich der integrierten oder nachhaltigen Stadtentwicklung bieten;
2. Befragung von kommunalen Akteuren im Rahmen des Tags der Städtebauförderung in Kooperation mit der Begleitagentur (Schulten Stadt- und Raumentwicklung), die zur Evaluierung des Tages der Städtebauförderung eine Befragung der beteiligten Akteure vornahm.;
3. Austausch mit laufenden Forschungsprojekten im Geschäftsbereich des BMUB/UBA/BfN;
4. Projektauftrag (über die Difu-Newsletter und Internetseiten des BMUB, Difu und IfS).

Auf Grundlage der Recherche wurden insgesamt zehn Ansätze identifiziert. Für die Auswahl der Projektbeispiele wurden u. a. folgende Kriterien herangezogen:

- ▶ Das Projekt beinhaltet einen innovativen Ansatz, um Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes/der ökologischen Gerechtigkeit mit der Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden.
- ▶ In dem Projekt werden Maßnahmen ergriffen, um die Menschen vor Ort zur positiven Veränderung ihrer Lebensstile und Konsummuster (im Sinne ökologischer Gerechtigkeit) zu aktivieren.
- ▶ Mit dem Projekt werden sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreicht.
- ▶ Das Projekt ist in Kooperation mit Initiativen oder in Eigeninitiative der lokalen Bevölkerung entstanden und/oder es findet eine Beteiligung der Bevölkerung im Rahmen der Umsetzung statt.
- ▶ Es liegen schon erste Ergebnisse/Erfahrungswerte zur Projektumsetzung vor.

Zur Aufbereitung und Auswertung der Ergebnisse zu den Projekten wurde zum einen eine Auswertung der vorhandenen Projektmaterialien vorgenommen. Zum anderen wurden zu jedem Projekt ein bis zwei leitfadengestützte Telefoninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Kommune und/oder Projektträger bzw. Initiativen durchgeführt. Dabei wurde insbesondere folgenden Fragen nachgegangen:

- ▶ In welchen Programmen oder durch welche weiteren Finanzierungsquellen wird das Projekt gefördert?
- ▶ Inwiefern ist das Projekt in Konzepte oder Strategien der integrierten Stadtentwicklung eingebettet?
- ▶ Welche Akteure waren bzw. sind an der Planung und Umsetzung des Projekts beteiligt? Inwiefern wurden durch das Vorhaben neue Kooperationen angestoßen?
- ▶ Welche Ergebnisse wurden im Rahmen des Projekts hinsichtlich von Synergien zwischen Umweltschutz/ökologischer Gerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit erzielt?
- ▶ Welche Maßnahmen wurden zur Aktivierung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung ergriffen? Inwiefern wurden sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreicht und beteiligt?
- ▶ Inwiefern wurden im Projekt Anstöße für Verhaltensveränderungen der Zielgruppen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster gegeben?
- ▶ In welchen Zusammenhängen ist es gelungen, innovative Ansätze von lokalen Initiativen in die Umsetzung einzubinden?
- ▶ Welche Faktoren haben sich im Rahmen der Projektumsetzung als besonders förderlich oder hemmend erwiesen?

3.2.2 Untersuchungen auf der Meso- und der Mikro-Ebene (Fallstudien)

Die Erkenntnisse der Analysen auf der Makro-Ebene und von Good-Practice-Beispielen wurden durch Untersuchungen von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in vier Fallstudienstädten bzw. -quartieren vertieft. Dafür wurden folgende Fallstudienstädte bzw. Programmgebiete der Sozialen Stadt ausgewählt:

- ▶ Berlin – Mitte-Brunnenviertel
- ▶ Marburg-Waldtal
- ▶ Merzig – Stadtmitte und Schalthausiedlung
- ▶ Kiel-Gaarden

Zu den Auswahlkriterien gehörten folgende Punkte:

- ▶ unterschiedliche Größe der Fallstudienstädte (Einwohnerzahl),
- ▶ unterschiedlicher Status der Fallstudienstädte (kreisfrei/kreisangehörig),
- ▶ Mitwirkungsbereitschaft der Kommune,
- ▶ Durchführung untersuchungsrelevanter Maßnahmen und Projekte in den Bereichen
 - Entwicklung von Grün-, Frei- und Spielflächen,
 - Begrünung, Vernetzung von Grünzügen, Renaturierung,
 - umwelt- und klimafreundliche Mobilität,
 - Müllreduzierung/-trennung,
 - Reduzierung der Verkehrslärm- und Luftbelastung,
 - energetische Sanierung im Gebäudebestand,
 - Umwelt- und Gesundheitsbildung,
 - Förderung eines ressourcenschonenden Konsumverhaltens,
 - Beratung zu Gesundheit und Ernährung, Energieeinsparung, Konsumverhalten,
 - Förderung von Selbsthilfe/Empowerment (Repair-Cafés, Selbsthilfewerkstätten, Einkaufsgemeinschaften),
 - Vernetzung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern sowohl untereinander als auch mit „professionellen“ Akteuren.

3.2.3 Untersuchungen auf der Meso-Ebene

Auf der Meso-Ebene der „professionellen“ Akteure, die mit der Umsetzung von Programmen zur Entwicklung benachteiligter Quartiere – insbesondere der Sozialen Stadt – bzw. dem kommunalem Umweltschutz betraut sind oder dabei zumindest eine maßgebliche Rolle spielen, ging es vor allem darum, vorhabenrelevante Erfahrungen oder „Betriebswissen“ sowie Einschätzungen dieser Akteure zu erfragen. Hier standen also leitfadengestützte Einzel- und Gruppeninterviews im Vordergrund. Folgende Fragestellungen flossen in die Frageleitfäden (siehe Anhang) ein:

- ▶ Inwieweit sind umweltpolitische Themen (direkt und indirekt) in das jeweilige integrierte Entwicklungs-/Handlungskonzept eingebettet? Sind hier Schnittstellen zu stadtentwicklungspolitischen und sozialintegrativen Themen angelegt?
- ▶ Wie wirken welche umwelt- und stadtentwicklungspolitischen Themen bei der Programmumsetzung im jeweiligen Quartier zusammen?
- ▶ Kooperieren verschiedene sektorale kommunale Fachbereiche, die diese Themen „verantworten“? Wenn ja: In welcher Form mit welchen Zielen? Wie werden die Ergebnisse dieser Koope-

rationen eingeschätzt? An welchen Stellen werden Hemmnisse, wo Verbesserungsbedarfe gesehen?

- ▶ Welche Institutionen und „professionellen“ Akteure („Thementräger“) insbesondere aus dem sozialen und umweltbezogenen Bereich sind wie stark miteinander vernetzt
- ▶ Wie werden insgesamt Bündelungs-/Kooperations-/Synergieeffekte (und -potenziale) bewertet: Ziele, Themen, Konzepte, Projekte, Akteure, Finanzierungsmöglichkeiten?
- ▶ Welche Möglichkeiten der Befähigung und Aktivierung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern für ökologisch und sozial nachhaltiges Handeln werden im Kontext der Programmumsetzung a) potenziell gesehen und b) bereits genutzt? Wie wird der Erfolg bisheriger Aktivitäten eingeschätzt? Welche „Reichweiten“ von Befähigung, Aktivierung und Beteiligung werden hier gesehen? An welchen Stellen zeigen sich Hemmnisse, wo Verbesserungsbedarfe?
- ▶ Welches Problembewusstsein und welche Engagementbereitschaft mit Blick auf Umweltthemen gibt es bei welchen (benachteiligten) Bevölkerungsgruppen vor Ort? Wer bewertet dies wie? An welcher Stelle werden hier Veränderungsbedarfe durch wen identifiziert? Wie können solche Veränderungen bis hin zu sozialen Innovationen angestoßen/gefördert/begleitet werden?
- ▶ Inwieweit bestehen bereits welche Initiativen und Ansätze „von unten“ (mit und ohne Unterstützung durch Externe wie Quartiersmanagements) zu Verbesserungen auf der Schnittstelle „Soziales“ und „(Ökologische) Umwelt“ bzw. wo wären sie in stärkerem Maße möglich? Wo finden sich hier potenzielle Andockpunkte für Kooperationen bzw. Vernetzungen mit „professionellen“ Akteuren?
- ▶ Wie werden die jeweiligen Gebietsentwicklungen und Programmeffekte vor allem aus der Perspektive ökologischer Gerechtigkeit generell eingeschätzt?

Einschätzungen der Rahmenbedingungen und „Reichweiten“ von Programmen wie der „Sozialen Stadt“ bzw. des raumorientierten integrativen Ansatzes im Hinblick auf die vorhabenrelevanten Fragestellungen spielten ebenfalls eine Rolle:

- ▶ Inwiefern wird die Reichweite lokaler Handlungsansätze für ökologische Gerechtigkeit, die im Rahmen der Sozialen Stadt unterstützt werden oder unterstützt werden könnten, durch gesellschaftliche Problemlagen wie z.B. Arbeitslosigkeit begrenzt?
- ▶ Inwieweit wird die Reichweite des Programms „Soziale Stadt“ im Hinblick auf die vorhabenrelevanten Fragestellungen durch zugrunde liegende Förderrichtlinien bzw. die Förderpraxen begrenzt?
- ▶ Inwieweit bedarf es einer Flankierung des Programm „Soziale Stadt“ durch umweltbezogene Partnerprogramme?
- ▶ Welche zielkongruenten Programme unterstützen eine Veränderung von individuellen Konsummustern und Lebensstilen in Soziale-Stadt-Gebieten (z.B. Programme der Energieberatung, Stromspar-Check, Abfallberatung)? (Wie) können benachbarte Programmdesigns systematisch in Enabling-Ansätze der Sozialen Stadt integriert werden?

Gleiches galt für Einschätzungen zu Möglichkeiten der Partizipation an der Erstellung integrierte Entwicklungs-/Handlungskonzepte:

- ▶ Welche Möglichkeiten der Partizipation an der Erstellung, Umsetzung und Fortschreibung von Integrierten Entwicklungs-/Handlungskonzepten werden für welche Akteursgruppen (kommunale Verwaltung, „professionellen“ Akteure außerhalb der Verwaltung, Quartiersbewohnerschaft) a) potenziell gesehen und b) bereits genutzt?
- ▶ Wie wird der Erfolg bisheriger Aktivitäten eingeschätzt? Welche „Reichweiten“ von Partizipation werden hier gesehen? An welchen Stellen zeigen sich Hemmnisse, wo Verbesserungsbedarfe?

- ▶ Bedarf es besonderer Zugangsmöglichkeiten zu benachteiligten Zielgruppen (Aktivierung, Beteiligung)?

Untersuchungen auf der Mikro-Ebene

Bei der Feldforschung in der Sphäre der alltäglichen Lebenswelt der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner ging es darum, die Wahrnehmungen, Deutungs- und Handlungsmuster der Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner selbst besser kennenzulernen. Dabei ging es insbesondere um Fragen wie

- ▶ Wie verlaufen Interaktionen und Vermittlungsprozesse zwischen der professionellen Sphäre und der Alltagswelt der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner?
- ▶ Welche Rolle spielen welche Vermittlungsinstanzen und Multiplikatoren?
- ▶ Welches Umweltbewusstsein und welches Umweltverhalten sind anzutreffen? Wie sind sie in das allgemeine Alltagsbewusstsein und Alltagsverhalten eingebettet? Welche Bezüge bestehen zum eigenen Wohnumfeld? Welche Bedürfnisse und Motive stehen dahinter?
- ▶ Welche Veränderungswünsche und welche Engagement-Bereitschaften sind vorzufinden?
- ▶ Welche Kompetenzen und Ressourcen sind vorhanden?
- ▶ Inwieweit bestehen Initiativen und Ansätze „von unten“ (mit und ohne Unterstützung durch Externe) zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Situation vor Ort?

Um hier zu aussagekräftige Befunde zu bekommen, wurde mit einer Kombination unterschiedlicher ethnografisch-qualitativer Forschungsmethoden gearbeitet. Eingesetzt wurden:

- ▶ Teilnehmende Beobachtungen von Begegnungen zwischen professionellen Akteuren (Verwaltung, GWA), um die unterschiedlichen Ebenen der Interaktion (z.B. „offizielle“ und „inoffizielle“ Agenden) sowie nonverbale Kommunikationsformen (Habitus, Gestus etc.) besser zu verstehen (Goffman 1977 und 1986)
- ▶ Narrative Interviews mit Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern, um deren subjektive Wahrnehmung der Alltagswelt und die Bedeutung ökologischer Themen darin unverfälscht zu erfassen (Girtler 2001 und Lamnek 2005)
- ▶ Soziale Netzwerkkarten, um die verfügbaren und mobilisierbaren sozialen Ressourcen der einzelnen Quartiersbewohnerinnen und -bewohner erkennbar werden zu lassen (Schnegg/Lang 2002)
- ▶ Gebietsbegehungen mit ausführlichen Erläuterungen durch Akteure der Meso-Ebene, kurzen Gesprächen mit Bewohnerinnen und -bewohnern und fotografischer Dokumentation relevanter Einzelheiten.

Der Feldzugang erfolgte zunächst vermittelt über die professionellen Akteure (Meso-Ebene). Mit ihrer Hilfe wurden erste Kontakte zu Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern, die für ein Interview bereit waren, angebahnt und relevante zu beobachtende Interaktionen genannt. Im weiteren Verlauf der Feldarbeit konnten dann – sozusagen im Schneeballsystem – zusätzliche Kontakte generiert und Interviews durchgeführt werden. Außerdem konnten einige sogenannte Peer-Interviews realisiert werden. Hierbei haben Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern, die zuvor von professionellen Interviewerinnen und Interviewern aus dem Projektteam befragt worden waren und eine kurze Einführung in Interviewtechnik und -ziele erhalten hatten, ihrerseits andere Menschen im Stadtgebiet interviewt. Immer wieder war es während der Feldforschung notwendig, Schritt für Schritt sich an die Gegebenheiten vor Ort anpassend vorzugehen. Insbesondere das Konzept der Peer-Interviews hat sich dabei für den Zugang zu Zielgruppen ohne ausreichende Deutschkenntnisse als ertragreich erwiesen.

Die teilnehmenden Beobachtungen wurden anhand eines zuvor mit den Auftraggebenden abgestimmten Beobachtungsprotokolls vorgenommen. Die Interviews wurden anhand eines zuvor mit den Auf-

traggebenden abgestimmten Themenkatalogs geführt; dieser wurde zunächst anhand einiger Test-Interviews erprobt und anschließend – genauer auf die Zielgruppe abgestimmt – überarbeitet.

Stichprobe

Die realisierte Ist-Stichprobe zeigen die Tabellen 2 und 3.

Tabelle 2: Ist-Stichprobe der Teilnehmenden Beobachtungen

Ort	Anlass / Gelegenheit
Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zwei Sitzungen des Quartiersrats ▶ Projektmesse ▶ Gestaltung der Gleim-Oase (Fußgängerinsel im Straßenbereich) durch Bewohnerinnen und Bewohner
Kiel-Gaarden	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sitzung des Kultur- und Kreativbeirats ▶ Sitzung des Ortsbeirats ▶ Energieberatung ▶ Besichtigung des Interkulturellen Gartens – Teilnahme an gemeinsamem Kochen ▶ Aktivitäten im Repair-Café
Marburg-Waldtal	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sitzung des Stadtteilarbeitskreises ▶ Teilnahme an einer Crowdfunding-Aktion ▶ Teilnahme an einem Kochkurs für Jugendliche
Merzig-Schalthaussiedlung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sommerfest Schalthaus ▶ Vereinsmesse ▶ Bewohnervertretung Schalthaus

Insgesamt wurden 15 Teilnehmende Beobachtungen realisiert.

Die Interviews wurden als digitale Audiodateien aufgezeichnet und anschließend schriftlich protokolliert. (Für nicht-deutschsprachige Interviews wurden zweisprachige Auswertende eingesetzt, die aufgrund der fremdsprachigen Audiodateien ein deutschsprachiges Protokoll anfertigten.) Die Auswertung erfolgte nach den Prinzipien der ganzheitlich-verstehenden, qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2000, Mayring/Gläser-Zikuda 2005). Hierfür wurden die Beobachtungs- und Interview-Protokolle in die eigens für die Analyse qualitativer Daten entwickelte Software MaxQDA (Kuckartz 2010) eingepflegt, kodiert und anhand eines Kategoriengerüsts analysiert. Die Netzwerkkarten wurden entsprechend den Prinzipien der sozialen Netzwerkanalyse (Schnegg/Lang 2002) ausgewertet.

Tabelle 3: Stichprobe der narrativen Interviews

Nach Fallstudiengebieten	n=
Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstrasse	8
Kiel-Gaarden	14
Marburg-Waldtal	15
Merzig-Schalthaussiedlung	8
Nach Alter	n=
Unter 20 Jahre	3
20 bis 29 Jahre	4
30 bis 44 Jahre	10

Nach Fallstudiengebieten	n=
45 bis 59 Jahre	10
60 bis 69 Jahre	9
Über 70 Jahre	9
Nach Geschlecht	n=
Männlich	19
Weiblich	26
Nach Bildung	n=
Kein Schulabschluss	5
Hauptschulabschluss	11
Mittlere Reife o.Ä.	6
(Fach-) Abitur oder höher	23
Nach Migrationshintergrund	n=
Selbst aus dem Ausland zugezogen	15
Ein Elternteil a. d. Ausl. zugezogen	4
Beide Elternteile a. d. Ausl. zugezogen	3
Nichts davon	23
Nach Staatsangehörigkeit	n=
Deutsch	39
Nicht deutsch	6

Insgesamt wurden 45 narrative Interviews realisiert. Neun Interviews davon waren Peer-Interviews (d.h. wurden durch Bewohnerinnen oder Bewohner selbst durchgeführt; vgl. Kap. I 3.2.3: Methodisches Vorgehen) Die Erhebung der sozialen Netzwerkkarten fand im Rahmen der Interviews statt. Herkunftsländer der Interviewten waren: Russland, Ukraine, Usbekistan, Kirgistan, Türkei, Syrien, Irak, USA, Griechenland und Brasilien.

Die Interviews wurden als digitale Audiodateien aufgezeichnet und anschließend schriftlich protokolliert. (Für nicht-deutschsprachige Interviews wurden zweisprachige Auswertende eingesetzt, die aufgrund der fremdsprachigen Audiodateien ein deutschsprachiges Protokoll anfertigten.) Die Auswertung erfolgte nach den Prinzipien der ganzheitlich-verstehenden, qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2000, Mayring/Gläser-Zikuda 2005). Hierfür wurden die Beobachtungs- und Interview-Protokolle in die eigens für die Analyse qualitativer Daten entwickelte Software MaxQDA (Kuckartz 2010) eingepflegt, kodiert und anhand eines Kategoriengerüsts analysiert. Die Netzwerkkarten wurden entsprechend den Prinzipien der sozialen Netzwerkanalyse (Schnegg/Lang 2002) ausgewertet.

3.2.4 Erörterung/Vertiefung der Untersuchungsergebnisse mit Expertinnen und Experten

Die Ergebnisse der Untersuchung auf der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene wurden vom Projektteam thesenartig zusammengefasst und im Rahmen zweier Fachgespräche sowie einer fachöffentlichen Tagung diskutiert und modifiziert.

Die beiden Fachgespräche fanden am 9. Februar und am 8. März 2017 mit jeweils rund 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt (erstes Fachgespräch: Umsetzungsebene [QM etc.]; zweites Fachgespräch: übergeordnete Ebenen [v.a. Verwaltung, auch Wissenschaft]). Die rund 35 Teilnehmenden der fachöffentlichen Tagung am 17. Mai gaben letzte Impulse für Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen.

Das Projektteam von Difu, IfS und sociodimensions dankt an dieser Stelle allen Beteiligten ausdrücklich für ihr Engagement!

II Untersuchungen auf der Makro-Ebene: Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Förderprogrammen von Bund und Ländern; gute Umsetzungsbeispiele

Mit Hilfe der Sekundäranalyse und der Auswertung guter Beispiele sollte untersucht werden, welche Erkenntnisse dazu vorliegen, inwiefern das Programm „Soziale Stadt“ und weitere Programme der Städtebauförderung Potenziale für Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit bieten. Dabei standen insbesondere folgende Fragen im Vordergrund:

- ▶ Inwieweit bieten die integrierten Programme der Städtebauförderung Anknüpfungspunkte, um Verbesserungen in Bezug auf die Umweltgerechtigkeit (im Sinne des gesundheitlichen Umweltschutzes) zu erzielen?
- ▶ Inwieweit sind Umweltakteure (Verwaltung und Umweltverbände) auf den verschiedenen Ebenen in die Umsetzung von integrierten Stadtentwicklungsprogrammen eingebunden?
- ▶ Inwiefern fördert das Programm „Soziale Stadt“ im Zusammenspiel mit weiteren Förderprogrammen Maßnahmen, die darauf abzielen, dass sich Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Quartieren aktiv für eine sozial und ökologisch gerechte Gestaltung ihres Wohn- und Lebensumfeldes engagieren?
- ▶ Welche Faktoren haben sich diesbezüglich als förderlich oder hemmend erwiesen?
- ▶ Inwieweit lösen Aktivitäten zur sozialen und ökologischen Gerechtigkeit und Erfahrungen (der Selbstwirksamkeit) bei den beteiligten Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern Veränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster aus?

1 Das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“

Wie bereits weiter vorne beschrieben zielt das Programm „Soziale Stadt“ darauf ab, mit Hilfe von integrierten und partizipativen Ansätzen benachteiligte Stadtteile zu stabilisieren und aufzuwerten sowie die Integration und Teilhabechancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Zu den Detailzielen, die vor allem im Leitfaden der ARGEBAU und in den jeweiligen Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung der einzelnen Programmjahre formuliert wurden, gehören:

- ▶ Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes,
- ▶ Verbesserung der Bildungschancen,
- ▶ Stärkung der lokalen Wirtschaftskraft,
- ▶ Verbesserung der sozialen Infrastrukturen,
- ▶ Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund,
- ▶ Stärkung von Beteiligung und Mitwirkung der Quartiersbewohnerschaft sowie
- ▶ Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements in den betroffenen Quartieren.

Zur Erreichung dieser Ziele können auch Umweltschutzmaßnahmen gefördert werden. Im Leitfaden der ARGEBAU wird für das Handlungsfeld „Öffentlicher Raum, Wohnumfeld und Ökologie“ u. a. eine „bewusstere Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse“ als Zielsetzung formuliert (ARGEBAU 2005: 11). Weitere Hinweise finden sich in den Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 1999-2016). So werden in der VV Städtebauförderung 2016 u. a. städtebauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Umweltgerechtigkeit sowie die Umsetzung von Grün- und Freiräumen als förderfähige Investitionen angegeben (VV 2016: 9).

Für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im nicht-investiven, sozial-integrativen Bereich ist die Bündelung mit weiteren Ressourcen notwendig – dies gehört damit zum Kernansatz der Sozialen Stadt –, wozu insbesondere EFRE- und ESF-Interventionen sowie Landesprogramme der Städtebau- und Wohnungsbauförderung gehören.

Der Bündelungscharakter des Programms wird auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die aktuelle Legislaturperiode der Bundesregierung betont: „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ werden wir im Rahmen der Städtebauförderung als Leitprogramm der sozialen Integration weiterführen. Es bildet die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie ‚Soziale Stadt‘, mit der wir additiv Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit erhöhten Integrationsanforderungen bündeln“ (CDU/CSU/SPD 2013: 117). Im Jahr 2016 wurde vom Bundeskabinett die „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt“ verabschiedet, die den Auftakt für eine kontinuierliche Zusammenarbeit der betroffenen Bundesressorts für Quartiere mit besonderen sozialen Integrationsanforderungen darstellen soll.¹⁰ Darüber hinaus soll die Strategie auch eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren (Wirtschaft, Verbände, Stiftungen, Zivilgesellschaft, Kirchen etc.) schaffen. In der ressortübergreifenden Strategie enthalten ist ein Kapitel zum Thema „Mobilität und Umwelt“. Darin wird u.a. das Ziel formuliert, in sozial benachteiligten Quartieren gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu reduzieren. Hierfür seien die Sicherung der Mobilität und Umweltschutz (einschließlich ihrer vielfältigen Wechselwirkungen) als elementare Themen bei der Entwicklung integrierter Handlungskonzepte zu berücksichtigen (Bundeskabinett 2016: 62f.). Zudem wird in der Strategie die Förderung von „Modellvorhaben Miteinander im Quartier – Förderung ressortübergreifender Maßnahmen in der Sozialen Stadt“ angekündigt, die bauliche Maßnahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ ergänzen soll (ebd.: 82).

An den Zielsetzungen des Programms „Soziale Stadt“ wird deutlich, dass mit dem Programm in erster Linie städtebauliche und soziale Ziele verfolgt werden und umweltbezogene Zielsetzungen eine eher untergeordnete Rolle spielen. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Begleitforschung und der aktuell laufenden Zwischenevaluierung zum Bund-Länder-Programm wider:

- ▶ In den Begleitinformationen 2014 wurde Umweltfreundlichkeit/-schutz lediglich für fünf Prozent der Projekte als Handlungsschwerpunkt angegeben (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2015).
- ▶ Bei einer im Jahr 2012 im Rahmen des ExWoSt-Forschungsprojekts „Gewalt und Kriminalprävention in der sozialen Stadt“ durchgeführten internetgestützten Befragung wurde lediglich für 17 Prozent der Soziale-Stadt-Gebiete angegeben, dass Maßnahmen und Projekte zur Umweltentlastung durchgeführt werden (BMVBS 2013b: 46).
- ▶ In der Kommunalbefragung 2015, die im Rahmen des Grundlagenprojekts zur Vorbereitung der Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ durchgeführt wurde, wurde nur für 20 Prozent der Fördergebiete angegeben, dass es sich bei dem Themenfeld „Umweltschutz, Klimaschutz und Energie“ um ein wichtiges Handlungsfeld handele. Im Vergleich zu den anderen Themenfeldern rangiert Umweltschutz hier vor „Gesundheit“ auf dem vorletzten Platz (BBSR 2017: 76).
- ▶ Wie der Zwischenevaluierung des Programms ebenfalls zu entnehmen ist, war in knapp der Hälfte der Fälle die kommunale Umweltverwaltung an der Erarbeitung und Aufstellung der integrierten Entwicklungskonzepte beteiligt (ebd.). Eine stärkere Sozialraum- oder Gebietsorientierung des Verwaltungshandelns wird der Umweltverwaltung allerdings in nur 23 Prozent der Fälle bescheinigt (ebd.).

10 Vgl. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Aktuelles/Meldungen/2016_09_05-Ressortuebergreifende_Strategie_Soziale_Stadt.html

- ▶ Zur Beteiligung von weiteren Umweltakteuren, wie z.B. Umweltverbänden, liegen keine quantitativen Ergebnisse vor. Diese Akteursgruppe wurde in den Kommunalbefragungen nicht gesondert abgefragt. Im Rahmen des BMUB-Forschungsprojekts „Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt“ wurde eine Befragung von Ländern und Kommunen zu den wichtigsten Handlungsfeldern im Rahmen der Sozialen Stadt zur Umweltgerechtigkeit vorgenommen. Nach Einschätzung der Länder sind in Bezug auf die Umweltgerechtigkeit insbesondere die Handlungsfelder Grünflächenverbesserung, Wohnen und Verkehrsberuhigung/-lenkung von Bedeutung. Die Kommunen stuften die Handlungsfelder Grünflächenverbesserung, Verkehrsberuhigung/-lenkung und Bildung als wichtigste Handlungsfelder zur Umweltgerechtigkeit ein (BMUB 2016a: 11).

Die Ergebnisse und Wirkungen der bisherigen Förderung werden auf Grundlage der Ergebnisse von Kommunalbefragungen und Fallstudien in Bezug auf die Verbesserung des Umweltschutzes als insgesamt eher gering eingestuft (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014a; BBSR 2017). Den Ergebnissen der Zwischenevaluierung zufolge wurden im Handlungsfeld Umwelt die größten Ergebnisse im Bereich der baulichen Infrastruktur erzielt (Grünanlagen, Parks, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, energetische Sanierung) (BBSR 2017). Somit konnte das Programm bisher vor allem einen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit leisten.

Doch auch wenn die Themenfelder Umweltschutz und ökologische Gerechtigkeit als eigenständige Handlungsfelder nur eine untergeordnete Bedeutung in der Programmumsetzung haben, machen die Ergebnisse von Fallstudien und der Begleitforschung deutlich, dass das Bund-Länder-Programm grundsätzlich ein breites Spektrum möglicher inhaltlicher Schwerpunkte und Ansatzpunkte bietet. So lassen sich zu allen vier in Kap. 1.1 skizzierten Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit Beispiele für Maßnahme- oder Projekttypen finden, die in einzelnen oder mehreren Gebieten umgesetzt werden (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Beispiele für Maßnahme- und Projekttypen mit Umweltbezug, die in Gebieten der Sozialen Stadt zum Einsatz kommen

Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Beispiele für Maßnahme- und Projekttypen mit Umweltbezug, die in Gebieten der Sozialen Stadt zum Einsatz kommen (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014; BBSR 2017; BMUB 2016a)	Zentrale Zielsetzungen des Programms „Soziale Stadt“
Regionale Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit	Anlage und/oder Qualifizierung von Grün- und Parkflächen im Wohnumfeld (<i>Dortmund-Scharnhorst; Bremen; Hof Bahnhofsviertel; Kiel-Gaarden; Langquaid; Leipzig-Grünau; Mainz-Mombach; Neuruppin; Nürnberg; Potsdam-Drewitz, Schwerin; Sömmerda; Stendal, Stuttgart-Halltschlag</i>) Energetische Sanierung und Modernisierung des Gebäudebestands (<i>Darmstadt; Neuruppin; Schwerin; Stendal</i>) Entwicklung von Klimaanpassungsmaßnahmen im Quartier (<i>Berlin-Mitte/Brunnenviertel-Brunnenstraße, Kiel-Gaarden</i>) Maßnahmen zur Beruhigung des Verkehrs, zur	Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld

Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Beispiele für Maßnahme- und Projekttypen mit Umweltbezug, die in Gebieten der Sozialen Stadt zum Einsatz kommen (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014; BBSR 2017; BMUB 2016a)	Zentrale Zielsetzungen des Programms „Soziale Stadt“
	<p>Reduzierung der Belastung durch Verkehrslärm und zur Verbesserung der umweltfreundlichen Mobilität (<i>Barsinghausen, Berlin Wrangelkiez; Bremen; Dresden; Hamburg; Hof Bahnhofsviertel; Leipzig; Markt Langquaid; München Innsbrucker Ring; Nürnberg; Offenbach; Offenburg; Sömmerda; Stendal</i>)</p> <p>Maßnahmen zur ökologischen Erneuerung, wie z.B. das Modellprojekt „Neuer Umgang mit Regenwasser“ (<i>Dortmund-Scharnhorst</i>) oder „<i>Unser Hahnenbach & Zauberwelt Wasser</i>“ (<i>Emschertal Gladbeck Brauck</i>)</p>	
Verfahrensgerechtigkeit	<p>Maßnahmen zur Beteiligung der Bewohnerschaft an der Planung und Umsetzung von einzelnen Projekten, wie z.B. Grünflächen- oder Begrünungsmaßnahmen (<i>Berlin Wrangelkiez; Bremen Osterholz-Tenever; Dortmund-Scharnhorst; Kassel-Wesertor; Leipziger Osten; Offenburg; Sömmerda</i>)</p> <p>Unterstützung von Initiativen der Bewohnerschaft (<i>Merzig Naturbad</i>)</p>	Aktivierung, Beteiligung und Empowerment der Bevölkerung
Stärkung von nachhaltigen Konsum- und Lebensstilen	<p>Information, Beratung und Bildung der Bevölkerung zu Themen der nachhaltigen Entwicklung, wie z.B. zu ökologischen Verhaltensweisen oder zu Themen der Ernährung, Gesundheit oder Abfallverwertung (<i>Braunschweig; Berlin Heerstraße Nord, Markt Langquaid; Neuruppin; Offenburg, Sömmerda</i>)</p> <p>Einrichtung einer Umweltlernwerkstatt (<i>Bremen Osterholz-Tenever</i>)</p> <p>Niedrigschwellige Integrationsprojekte, wie z.B. das Erlernen von Radfahren und Vermittlung des Zugangs zu Gesundheitsangeboten (<i>Hamburg-Langenhorn/Essener Straße</i>)</p> <p>Errichtung eines Kinderbauernhofs, der die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit näher bringen soll (<i>Kassel-Wesertor</i>)</p> <p>Entwicklung von (interkulturellen) Gärten als Lern- und Erfahrungsorte für biologischen Anbau, gesunde Ernährung etc. (<i>Bremen-Gröpelingen, Hamburg Essener Straße, Marburg-Richtsberg</i>)</p> <p>Aufbau eines Gesundheitsnetzwerks und eines Verfügungsfonds für Gesundheitsprojekte (<i>Nürn-</i></p>	Verbesserung der Lebenschancen der Bevölkerung (insbesondere durch bessere Bildung und Gesundheit)

Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Beispiele für Maßnahme- und Projekttypen mit Umweltbezug, die in Gebieten der Sozialen Stadt zum Einsatz kommen (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014; BBSR 2017; BMUB 2016a)	Zentrale Zielsetzungen des Programms „Soziale Stadt“
Unterstützung von lokalen Initiativen	<i>berg-St. Leonhard)</i> Errichtung eines interkulturellen Stadtteilgartens, der durch einen Stadtteilverein bzw. eine private Initiative übernommen wird (<i>Hamburg-Langenhorn/Essener Straße, Marburg-Richtsberg</i>) Entwicklung eines Modellprojekts (zum Umgang mit Regenwasser) ausgehend von den Erfahrungen einer Bewohnerinitiative (<i>Dortmund-Scharnhorst</i>)	Stärkung der Netzwerke und der Eigeninitiativen im Stadtteil

Quelle: Eigene Darstellung

2 Weitere Programme der Städtebauförderung

Neben dem Programm „Soziale Stadt“ gibt es noch weitere Programme der Städtebauförderung des Bundes und der Länder, in denen städtebauliche Maßnahmen mit Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit verknüpft werden können. Im Folgenden werden die Programme „Stadtumbau“ (Zusammenführung der Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“), „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Kleinere Städte und Gemeinden“ sowie die im Jahr 2017 neu eingeführten Bund-Länder-Programme „Zukunft Stadtgrün“ und „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Hinblick auf mögliche Synergien zwischen programmspezifischen Strategien und Handlungsansätzen und ökologischer Gerechtigkeit in den Blick genommen¹¹.

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“

In dem Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“ wurden im Jahr 2017 die beiden Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ zusammengeführt. In der VV Städtebauförderung 2016 wird ausgeführt, dass mit den Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des Stadtumbaus Gemeinden mit Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffen sind, dabei unterstützt werden sollen, sich frühzeitig auf Strukturveränderungen vor allem in Demografie und Wirtschaft und die damit verbundenen städtebaulichen Auswirkungen einzustellen. Die Fördervoraussetzung ist ein unter Beteiligung der Bürgerschaft erstelltes integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept, in dem Ziele und Maßnahmen im Fördergebiet dargestellt sind (VV 2016: 9). Als förderfähige Maßnahmen werden u.a. die Wieder- und Zwischennutzung freigelegter Flächen, die Umsetzung von Grün- und Freiräumen und die Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerschaft aufgeführt. Im folgenden

¹¹ In die Auswertung nicht einbezogen wurde das Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“, da bei dem Förderansatz des Programms nur sehr geringe Bezüge zu Themen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit erkennbar sind. Das Programm zielt auf die Sicherung, Erhaltung, Modernisierung und Weiterentwicklung von Gebäuden, Ensembles und sonstigen baulichen Anlagen sowie die Erhaltung und Umgestaltung von Straßen und Plätzen mit geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung in historischen Stadtkernen ab.

Teil wird noch einmal auf die bisherigen Schwerpunkte und Ergebnisse der Teilprogramme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ näher eingegangen.

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau Ost“

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ wurde im Jahr 2002 auf Empfehlung der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ eingeführt. Es reagiert auf den anhaltenden Bevölkerungsrückgang in vielen Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer, der zu stadtstrukturellen Problemen, hohen Wohnungsleerständen und einer Existenzgefährdung der Wohnungswirtschaft geführt hat. Auf der Grundlage von Stadtentwicklungskonzepten sollen Stadtteile stabilisiert werden, die durch physischen Verfall und soziale Erosion bedroht sind. Dabei sollen zu sanierende und aus städtebaulicher Sicht besonders wertvolle innerstädtische Altbaubestände erhalten und dauerhaft nicht mehr benötigte Wohnungen rückgebaut sowie städtische Infrastrukturen rückgeführt werden. Zudem sollen die Stadtquartiere durch bauliche Maßnahmen aufgewertet werden. Auf diese Weise wird ein Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandort geleistet (VV 2002: 5). In Folge der Evaluierung im Jahr 2008 ist das Programm bis zum Jahr 2016 verlängert worden (BMVBS 2008: 317)¹².

Die mit dem Programm angesprochenen von Schrumpfung betroffenen innerstädtischen wie peripheren Stadtquartiere weisen häufig gleichzeitig Tendenzen sozialer Segregation auf. So gesehen sind die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse bereits ein kleiner Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit. In den Großsiedlungen werden die Aufwertungsmaßnahmen zur Verbesserung der städtebaulichen Qualität zusätzlich im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ unterstützt, in innerstädtischen Quartieren kommen die Förderprogramme „Städtebaulicher Denkmalschutz“ oder „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zum Einsatz (BMVBS 2008: 286).

Im Programmbereich Aufwertung waren Maßnahmen im öffentlichen Raum förderfähig, z.B. Vorhaben zur Vernetzung von Grünzügen sowie Aufwertung von Straßen- und Platzräumen (BMVBS 2012b: 20), worunter auch Grünflächen und Parks fallen. Seit 2015 ist die Umsetzung von Grün- und Freiräumen explizit als Fördergegenstand ausgewiesen (VV 2015). Bereits im Jahr 2004 betrafen 85 Prozent der beantragten Aufwertungsmaßnahmen die Verbesserung des Wohnumfeldes (BMVBS 2006: 41). Zunehmende Bedeutung erfuhren Aufwertungsmaßnahmen zur Gestaltung und Nachnutzung von Abrissflächen. Aufwertungsmaßnahmen konzentrierten sich zwar schwerpunktmäßig in innerstädtischen Quartieren, dabei wurde die Freiflächenentwicklung zunehmend zu einem zentralen Thema des Stadtumbaus. 85 Prozent der Nachnutzungen von Rückbauflächen in Neubau- und Altbaubeständen waren keine baulichen Nutzungen (BMVBS 2007: 48). Die einfache Flächenaufbereitung durch Raseneinsaat stellte bei dieser Freiflächenentwicklung allerdings den Schwerpunkt aller Maßnahmen dar. Aufwändigere Flächenentwicklungen haben überwiegend in der Anfangszeit des Programms in Folge flächenhaften Rückbaus großer Neubausiedlungen an den Stadträndern durch Renaturierung, Aufforstungen oder Agroflächen stattgefunden. Beispiele dafür sind Halle Silberhöhe, wo durch Aufforstung auf Abrissflächen sowohl neue Erholungsflächen geschaffen wurden als auch eine Verflechtung mit dem angrenzenden Landschaftsraum gelang, aber auch Weißwasser – Wiederherstellung der Landschaft –, Schwedt – Waldquartiere statt Wohnquartier – oder Patchwork-Landschaft in Hoyerswerda (BMVBS 2009a).

¹² Im Juni 2017 wurden die Ergebnisse einer weiteren gemeinsamen Zwischenevaluierung der Programme Stadtumbau Ost und West veröffentlicht (BBSR/BMUB 2017). Die Ergebnisse der Evaluierung führten dazu, dass die beiden Programme im Jahr 2017 vom Bund zu einem gemeinsamen Programm zusammengeführt und aufgestockt wurden. Die folgende Analyse bezieht sich aber noch auf die alte Programmstruktur.

Der Programmbereich Rückbau zielte auf die Reduzierung der Wohnungsleerstände und damit auf die Minimierung der Angebotsüberhänge und die Stabilisierung der Wohnungsmärkte. Zwischen 2001 und 2011 wurden rd. 300.000 Wohnungen rückgebaut (BMVBS 2012b: 24), der Schwerpunkt lag in den großen Neubausiedlungen. Durch die Kombination mit gezielten Aufwertungsmaßnahmen konnten neue städtische Qualitäten geschaffen werden. Auch wenn die Zahl der dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungen um ca. 250.000 Wohnungen weiter nach oben korrigiert wurde (BMVBS 2008: VI), sind die Abrisszahlen seit 2007 rückläufig (BMVBS 2012b: 24). Dagegen hat die Sanierung und Sicherung von Altbauten in den Zentren in den meisten Ländern eine zunehmende Bedeutung erfahren. In Verbindung mit der Wohnraumförderung der Länder wurde dadurch nicht nur ein Beitrag zur Aufwertung der Quartiere geleistet, sondern durch generationen- und altengerechten Umbau sowie der energetischen Sanierung auch zur angemessenen Wohnraumversorgung einkommensschwächerer Haushalte. Im Programmbereich Rückführung städtischer Infrastrukturen dominierten Vorhaben zu Rückbau/Umnutzung sozialer Infrastruktur, i. d. R. Abriss, vor dem Rückbau technischer Infrastruktur.

Als Fazit kann festgestellt werden, dass auch im Programm „Stadtumbau Ost“ insbesondere durch die unterschiedlichen Aufwertungsmaßnahmen Beiträge zur Dimension „regionale Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit“ der ökologischen Gerechtigkeit geleistet werden konnten. Durch die geforderten grundlegenden integrierten Entwicklungskonzepte, die unter Mitwirkung der Bewohnerschaft sowie von Nutzerinnen und Nutzer der Programmgebiete erarbeitet werden, ist auch von einer grundsätzlichen Verfahrensgerechtigkeit auszugehen.

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“

In den westdeutschen Bundesländern stellten sich die Herausforderungen etwas anders dar. Hier zeigten sich weniger die Folgen des demografischen Wandels durch starken Bevölkerungsrückgang als durch Alterung im Verbund mit den Auswirkungen des wirtschaftsstrukturellen Wandels. Der durch den Übergang von der Produktionsgesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft als auch Umstrukturierungsprozesse von Industrie, Gewerbe, Militär, Bahn und Handel geprägt war. Ein Überangebot baulicher Anlagen und teilweise nicht mehr zeitgemäßer Wohnungen begründen Handlungsbedarf. Dazu kamen unterausgelastete kinderbezogene soziale Infrastruktur sowie großflächige innerstädtische Industrie-, Gewerbe- und Militärbrachen. Stadtentwicklung ohne Wachstum war das übergreifende Thema. Zur Vorbereitung des Städtebauförderprogramms Stadtumbau West wurde 2002 ein ExWoSt-Forschungsfeld gleichen Namens mit insgesamt 16 Pilotstädten gestartet. Erste Erkenntnisse flossen in den 2005 vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen der Bauministerkonferenz beschlossenen Leitfaden zur Ausgestaltung des Städtebauförderprogramms Stadtumbau West ein (BMVBS 2008). Stadtumbau West war ein präventiv angelegtes Programm, das Rückbau und Aufwertung konzeptionell und systematisch miteinander verknüpfte. Es hatte zum Ziel, die Zukunft von Stadtquartieren, Städten und Regionen nachhaltig zu sichern (Leitfaden 2005: 6). Vor allem wurden die Chancen gesehen, dass:

- ▶ durch den Rückbau von Gebäuden neue Freiräume für qualitativere Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse gewonnen und neue Nutzungen ermöglicht werden,
- ▶ rückläufige Mieten und Bodenpreise Wohnen in Innenstädten wieder ermöglicht und größere Chancen für Selbstständigkeit eröffnet werden und
- ▶ aufgrund rückläufiger Gewerbe- und Wohnflächennachfrage aus Brachflächen wieder innerstädtische Freiflächen entstehen können.

Das breit ausgelegte Programm „Stadtumbau West“ ermöglichte es laut Zwischenevaluierung, den Ländern auf die sich immer stärker ausdifferenzierenden Schrumpfs- und Wachstumsregionen mit landespolitisch angepassten Strategien und Schwerpunktsetzungen zu reagieren. Basis aller Stadtumbau-West-Interventionen war ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept, das unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln ist und zentrale Grundlage des abgestimmten planerischen

Handelns und der politischen Entscheidungen darstellt (BMVBS 2012c: 23). Stadtentwicklung ohne Wachstum erfordert auch neue Kooperations- und Steuerungsformen, private Eigentümerinnen und Eigentümer sollten einbezogen und eine Vielzahl von Fachämtern beteiligt werden. Dienstleister, Wohnungsunternehmen und bei größeren Revitalisierungsmaßnahmen auch Projektentwicklungsgesellschaften oder Sanierungsträger wurden zu Partnern der Stadtverwaltung. Auch in diesem Programm kam der Bündelung mit weiteren öffentlichen wie privaten Mitteln große Bedeutung zu, da Mittelausstattung und festgelegte Fördergegenstände den Rahmen für die Interventionen ziehen und angesichts der Handlungsbedarfe vor allem Impulse und Leitinvestitionen ermöglichen. Neben Länder- und Strukturfondsprogrammen hebt die Zwischenevaluierung explizit das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in diesem Zusammenhang hervor.

Drei Handlungsschwerpunkte zeichneten sich im Stadtumbau West ab: Innenstädte und Ortskerne, Brachen sowie Wohnstandorte und Stadtteile. Gegen Funktionsverluste und mangelnde städtebauliche Qualität der Innenstädte wirkte die Stärkung der Kernbereiche. 75 Prozent aller Maßnahmen zielten zum Zeitpunkt der Zwischenevaluierung auf diese Bereiche. Dabei wurden Umweltschutz- wie auch Gesundheitsziele verfolgt: negative Auswirkungen von Mobilität und Verkehr sollten begrenzt, das Flächenwachstum der Städte reduziert und Kosten durch Neuausweisung von Siedlungsflächen am Stadtrand verhindert werden (BMVBS 2012c: 25). Die Stadtumbaumaßnahmen haben zur Attraktivitätssteigerung vieler Innenstädte beigetragen, durch Neugestaltung von Plätzen und Freiräumen wurde nach Einschätzung der Nutzerinnen und Nutzer auch die Sicherheit erhöht.

Den zweiten Schwerpunkt stellte die Brachenentwicklung dar, 40 Prozent der Stadtumbaumaßnahmen betrafen diesen Handlungsschwerpunkt. Das Erzielen der Flächenverfügbarkeit zu angemessenen Preisen, die Beseitigung von Umweltschäden/Altlasten und die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten stellten den Beginn dar. Häufig war familiengerechter, aber auch altersgerechter Wohnungsbau ein Bestandteil der Nachnutzungskonzepte, um den demografischen Erfordernissen einer alternden Gesellschaft gerecht zu werden. Die Nachnutzung von Brachflächen eröffnete zudem die Möglichkeit, mehr und attraktivere Freiräume mit entsprechenden Aufenthaltsqualitäten zu schaffen. Dadurch stieg die Ausstattung mit wohnungsnahen Grünflächen und die häufig als terra incognita abgeschotteten Bereiche wurden in die umgebende Stadt vernetzt (BMVBS 2012c: 26).

In den Wohngebieten gingen die Rückbauaktivitäten immer mit der Aufwertung des Wohnumfelds sowie der Verbesserung der angrenzenden Freiflächen zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerschaft, der sozialen Stabilität als auch Standortstärkung (place making) einher. Die Zwischenevaluierung kam zum Ergebnis, dass die Neuordnung des öffentlichen Raums und die Aufwertung des Wohnumfelds im Stadtumbau West eine hervorgehobene Bedeutung hatten. In keinem anderen Handlungsfeld, so die Ergebnisse von Kommunalbefragung und Evaluierung, wurden mehr geförderte Maßnahmen umgesetzt (BMVBS 2009b:40). Laut Leitfaden zielten die Maßnahmen dabei gleichermaßen auf die Steigerung der städtebaulichen Qualität, der Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums für alle Gruppen, der Qualifizierung von Wegebeziehungen und der Verbesserung der ökologischen Situation der Stadtumbaugebiete. Sozial stabilisierend wirkten diese Maßnahmen durch Beteiligungsmöglichkeiten für Bewohnerinnen und Bewohner und Qualifizierungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen, die in Verbindung mit Investitionsmaßnahmen umgesetzt werden konnten (BMVBS 2012c: 231).

Maßnahmen zum Klimaschutz ebenso wie zur Milderung von Auswirkungen des Klimawandels und damit zur energetischen Sanierung sind laut Zwischenevaluierung im Stadtumbau West bis 2011 eher nicht dezidiert ergriffen worden. Rd. 50 Prozent der Beteiligten einer Kurzbefragung sahen hierfür allerdings Bedarf und unterstrichen damit die Bedeutung dieses Handlungsfeldes auch für den Stadtumbau (BMVBS 2012c: 262). Welche Bedeutung dieses Themenfeld inzwischen im Stadtumbau entfaltet hat, untersuchte die Evaluierungsergänzungsstudie Klimaschutz und Klimaanpassung im Stadtumbau im Auftrag des BMUB/BBSR. Im Ergebnis der Studie zeigte sich, dass Klimaschutz und Klima-

anpassung in der Stadtentwicklungspolitik der Länder zwar eine sehr hohe bzw. zunehmende Bedeutung einnehmen, das Vorgehen der Länder in der Praxis jedoch sehr unterschiedlich ist. Während einige Länder (z.B. Hessen oder Sachsen) einen eigenen Programm- oder Förderschwerpunkt zu diesem Themenfeld haben, machen andere Länder (wie z.B. Bayern und Baden-Württemberg) den Kommunen hierzu keine Vorgaben (BBSR 2016: 6). Zudem lässt sich der Studie entnehmen, dass in den Kommunen die strategischen und inhaltlichen Bezüge zwischen den städtebaulichen und klimabezogenen Konzepten eher gering ausfallen und die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung innerhalb der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte für die Gebietskulissen des Stadtumbaus bislang noch einen geringen bzw. indirekten Stellenwert einnehmen (ebd.: 7). Zusammenfassend kann auch für das Programm „Stadtumbau West“ festgehalten werden, dass mit den Interventionsmöglichkeiten des Programms im Sinne der ökologischen Gerechtigkeit die Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit angesprochen wird. Als Handlungsfelder in Richtung Umweltschutz bedeutend sind im Wesentlichen Stadtgrün/urbane Landschaften, Verkehrslösungen zur Lärm- und Schadstoffreduzierung als auch Mobilität. Im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit sind Teilhabe und Partizipation und teilweise auch Arbeits- und Beschäftigungsförderung zu nennen.

Das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

Das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wurde mit der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2008 eingeführt. Es zielt auf die Bewältigung der Herausforderungen von Innenstädten, Stadtteilzentren und Ortskernen, die durch Funktionsverluste, Gebäudeleerstände und abnehmende Nutzungsintensitäten bedroht sind. Zentrales Ziel des Zentrenprogramms ist es, die Multifunktionalität der Zentren zu stärken und weiteren Abwertungstendenzen entgegenzuwirken. Es baut u. a. auf den Erfahrungen des Programms „Stadtumbau West“ mit dem Handlungsschwerpunkt Innenstädte auf und zeichnet sich durch die besonderen Merkmale (1) Stärkung der zentralen Versorgungsbereiche und die Ausrichtung auf Funktionsvielfalt, (2) integriertes Vorgehen sowie (3) die Beteiligung und Mitwirkung aller für die Zentrenentwicklung relevanten Akteure unter Nutzung der Instrumente integrierte Handlungs- und Entwicklungsansätze, Zentrenmanagement und Verfügungsfonds aus. Das Zentrenprogramm wurde auf zunächst acht Jahre befristet und im Ergebnis der Zwischenevaluierung um weitere acht Jahre verlängert. Erstmalig in der Bund-Länder-Städtebauförderung wurden die Ziele in einer Programmstrategie zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden vereinbart.

In der Programmstrategie werden sechs Zielbereiche formuliert (BMVBS 2009c: 11):

1. Funktionsvielfalt und Versorgungssicherheit („Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche“ sowie „Nutzungsvielfalt durch Stärkung der Wohnfunktion, kultureller und öffentlicher Einrichtungen“),
2. Soziale Kohäsion („Vielfältige Wohnformen für alle gesellschaftlichen Gruppen“ und „Sozialer Zusammenhalt durch Gemeinschaftseinrichtungen für gruppenübergreifende Begegnung und Austausch“),
3. Aufwertung des öffentlichen Raumes („Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der öffentlichen Räume für alle gesellschaftlichen Gruppen“ und „Belebung der Zentren durch Raum für Aktivitäten und Orte zum Verweilen“),
4. Stadtbaukultur („Räumliche Vielfalt durch Erhalt und behutsame Anpassung kleinteiliger Raumstrukturen sowie durch Aktivierung und stadtverträgliche Integration freier Räume und Flächen“ und „Pfleger des Stadtbildes durch Erhalt und Schaffung stadtbaukultureller Qualitäten“),
5. Stadtverträgliche Mobilität („Integration und Optimierung von Bahn-, Bus-, Kfz-, Rad- und Fußverkehr“ und „Barrierefreie und qualitätsvolle Gestaltung der Verkehrsräume“),
6. Partnerschaftliche Zusammenarbeit („Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Zentrenentwicklung“ sowie „Aktivierung, effektive Mitwirkung und partnerschaftliche Kooperation aller Akteursgruppen der Zentrenentwicklung und Verstetigung kooperativer Prozesse“)

Die Auswertung der Begleitinformationen zu insgesamt vier aus der Verwaltungsvereinbarung abgeleiteten Schwerpunkten der Maßnahmenumsetzung bestätigt die mit Abstand größte Bedeutung der Aufwertung des öffentlichen Raums – Straßen, Wege und Plätze. In 88 Prozent der Programmgebiete kommen diese Maßnahmen zum Einsatz (BMUB 2015c). Mit Ausnahme der Querschnittaufgabe Partnerschaftliche Zusammenarbeit ist dieser Maßnahmentyp neben dem expliziten Zielbereich Aufwertung des öffentlichen Raums in fast allen vier weiteren Zielbereichen vorzufinden.

In allen 18 im Rahmen der Zwischenevaluierung untersuchten Fallstudien wurden entsprechende Maßnahmen umgesetzt: Die Umgestaltung von Straßen, Plätzen und Entreesituationen sowie von öffentlichen Grünflächen und Parkanlagen für verschiedene Nutzergruppen stellt den zentralen Ansatz dar. Dabei geht es um die gestalterische und funktionale Aufwertung von Geschäftsstraßen in den Zentren. Häufig werden dabei durch Verkehrsberuhigung und Bevorzugung des Umweltverbundes Einfluss auf eine erhöhte Aufenthaltsqualität genommen (Fallstudien Berlin, Bamberg, Wolfhagen), Fußgängerzonen mit Grün und Möblierung ausgestattet oder neue teils barrierefreie Wegebeziehungen hergestellt. Eine bessere Einbindung der Zentren in die Stadtstruktur durch wird durch Aufwertung von Übergangszonen/Eingangsbereiche (Scharniere) angestrebt, die Identifikation zentraler Geschäftsstraßen durch besondere Entreesituationen. Mehrfach werden durch Öffnung der Städte zu ihren Flüssen neue funktionale Verbindungen und Qualitäten für die Zentren geschaffen, die durch Rückbau von Industrieflächen beziehungsweise Infrastruktur eröffnet wurden (Siegen auf zu neuen Ufern, Witten an der Ruhr, Geisa) und/oder den Naturraum durch Aufwertungsmaßnahmen wieder erlebbar machen (Fallstudien Bamberg, Lebach, Luckenwalde), wobei die Freizeit- und Erholungsfunktion im Vordergrund steht (BMUB 2015: 59). Auch innerstädtisch werden Grün- und Spielanlagen aufgewertet oder neu angelegt (BMUB 2015: 70). Im Zielbereich Mobilität steht ebenfalls die Neugestaltung des Verkehrsraums an erster Stelle. Dabei werden Flächen für den motorisierten Verkehr zugunsten von Fuß- und Radwegen begrenzt, die Verkehrsführung geändert, um die Lärm- und Schadstoffbelastung zu reduzieren. Abbau von Barrieren und Schaffung von Querungsmöglichkeiten sind weitere Maßnahmen, die zur Förderung der Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen und des Umweltverbunds eingesetzt werden (BMUB 2015: 82).

Den Zentren kommt für die soziale Kohäsion und die gesellschaftliche Integrationskraft einer Stadt zentrale Bedeutung zu. Konzeptionell findet sich dies in einem Teil der Programmgebiete wieder. Konkrete Maßnahmen sind vor allem die Schaffung oder Erneuerung von Gemeinschaftseinrichtungen für gruppenübergreifende Begegnung, Austausch und kulturelle (Bildungs-)Angebote (BMUB 2015: 121).

Im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ findet wiederum eine Bündelung mit anderen Förderprogrammen und insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern auch aus anderen Städtebauförderprogrammen statt: 89 Prozent der ostdeutschen Fördergebiete profitieren nach den Begleitinformationen nicht nur vom Zentrenprogramm, sondern auch von anderen Städtebauförderprogrammen. Bei diesen Programmen handelt es sich vor allem um die Programme „Stadtumbau Ost“ (59 Prozent der ostdeutschen Fördergebiete), „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ (52 Prozent) und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ (34 Prozent). In westdeutschen Programmgebieten erhielten dagegen nur 15 Prozent der Gebiete Mittel aus anderen Städtebauförderprogrammen. Dabei handelte es sich vor allem um Mittel aus dem Programm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ (9 Prozent der westdeutschen Gebiete) und dem Investitionspakt (4 Prozent) (BMUB 2015: 40f).

Als Zwischenfazit kann für das Programm festgehalten werden, dass es programmatisch bereits weitgehend Aspekte der ökologischen Gerechtigkeit – Funktionsvielfalt und Versorgungssicherheit, Aufwertung öffentlicher Räume, Zugänglichkeit, soziale Kohäsion, Mobilität und Baukultur – beinhaltet. In der Programmumsetzung nimmt die Aufwertung öffentlicher Räume eine herausragende Bedeutung ein. Mit der expliziten Zielsetzung Angebote und Nutzungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten

unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie weiterer Akteure zu entwickeln sind damit die Aspekte Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit der ökologischen Gerechtigkeit adressiert. Eine entsprechende Aktualisierung der Programmstrategie aus dem Jahr 2017 stellt denn auch explizit auf die Bedeutung der Zentren für den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Verträglichkeit, die ökonomische Tragfähigkeit und kulturelle Innovation ab (BMUB 2017a: 6).

Das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“

Als weiteres thematisches Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung wurde 2010 das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ aufgelegt. Hintergrund ist die besondere Betroffenheit kleinerer Städte und Gemeinden in ländlich geprägten Räumen von den demografischen und wirtschaftlichen Veränderungen. Infolge von starkem Bevölkerungsrückgang, Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und dem Wegfall von Arbeitsplätzen können diese Zentren oder Ankerorte die Infrastrukturangebote und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge kaum noch anbieten. Den Anpassungsbedarf und die oftmals daraus resultierenden städtebaulichen Probleme können viele Kommunen nicht alleine bewältigen. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund die Sicherung der Daseinsvorsorge in den dünn besiedelten bzw. ländlichen Räumen zum besonderen Schwerpunkt gemacht. In diesem Zusammenhang steht auch das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ (BMVBS 2014: 4).

Zentrales Ziel ist es laut Programmstrategie, kleinere Städte und Gemeinden in vor allem dünn besiedelten, ländlich geprägten Räumen als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge nachhaltig handlungsfähig zu machen und ihre zentralörtliche Versorgungsfunktion dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der gesamten Region zu sichern und zu stärken. Die Bündelung der Kräfte und Ressourcen der Kommunen, die gemeinsame Festlegung von Entwicklungszielen sowie die weitgehende Kooperation bei Infrastrukturangeboten und Zusammenarbeit in Netzwerken spielen hier eine entscheidende Rolle. Die Folgen des gesellschaftlichen Wandels sowie des Klimawandels sind dabei besonders zu berücksichtigen (ebd.: 5).

Unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen und der beiden Leitbilder der Raumordnung „Wachstum und Innovation“ sowie „Sicherung der Daseinsvorsorge“ formuliert die Programmstrategie die drei Strategien und Leitziele „Kräfte bündeln, überörtlich kooperieren“, „Infrastruktur anpassen – Daseinsvorsorge langfristig sichern“ und „Integriert handeln, finanzieren und fördern“ (BMVBS 2013: 15). Inhaltlich wird das Programm durch die drei Handlungsbereiche 1) Interkommunale Aufgabe Daseinsvorsorge, 2) Lebenswerte Stadt- und Ortskerne und 3) Aktivierung, Beteiligung und überörtliche Kommunikation umgesetzt. Grundlage ist in jedem Fall das überörtliche entwickelte integrierte Entwicklungskonzept.

Im Gegensatz zu den anderen hier angesprochenen Städtebauförderprogrammen richtet sich das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ explizit an Gemeinden mit starkem Bevölkerungsrückgang in dünn besiedelten ländlichen Regionen, auch wenn die Ausrichtung in einzelnen Ländern etwas ausgeweitet wurde. In Regionen also, in denen die Lebensqualität aufgrund der Naturnähe, guter Nachbarschaft und stärkeren sozialen Zusammenhalts von den Bewohnerinnen und Bewohnern trotz des Rückzugs von Infrastruktureinrichtungen, Nahversorgungsangeboten, ÖPNV und Arbeitsplätzen Wert geschätzt wird, die allgemeine Lebenszufriedenheit ist hoch (BBSR 2011: 15). Im Fokus des Programms stehen neue kommunen- und ressortübergreifende Kooperationsmodelle zur zukunftsfähigen Umstrukturierung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Konzentrationen von Daseinsvorsorgeeinrichtungen finden dabei nicht nur in Kommunen, sondern auch auf Gebäudeebene statt und sind nicht selten mit bürgerschaftlichem Engagement verbunden. Diese Bündelungen führen zu besseren Ausnutzungen vorhandener Einrichtungen – etwa Schulen und Sporteinrichtungen – oder stellen neue Nutzungen leerstehender Gebäude dar. Hier sind es vor allem Beratungsangebote, Bürgertreffs u.Ä.,

die im Interesse des Forschungsprojekts einen Ansatzpunkt im Sinne sozialer Partizipation und Teilhabe bieten.

Im Handlungsbereich Lebenswerte Stadt- und Ortskerne werden von den Programmgebieten Strategien der Innenentwicklung, des Flächenmanagements mit denen der interkommunalen Kooperation und Abstimmung angesprochen. Das Zusammenspiel aus Innenentwicklung und der Anpassung städtebaulicher Infrastruktur durch Bündelung soll zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Steigerung der Lebens- und Wohnqualität führen (Neuland – Gemeinsam innen stark) (BMVBS 2014: 55).

Ferner finden sich Maßnahmen zum Klimaschutz und -wandel in einigen Programmgebieten. In Colditz werden z.B. die Erfordernisse des Klimaschutzes durch energetische Sanierungen von Gemeinbedarfseinrichtungen und durch Schaffung eines Nahwärmenetzes auf Basis regenerativer Energien besonders berücksichtigt. (BMVBS 2014: 60). Im Programmgebiet Niesky-Zentrum West werden gesamtstädtische Maßnahmen zur Klimaanpassung umgesetzt, was durch Zusammenführung von Vorarbeiten in den Förderschwerpunkten ILE Östliche Oberlausitz, Moro Oberlausitz-Niederschlesien und dem ISEK möglich ist (BMVBS 2014: 63).

Landschaftspflegerische Maßnahmen sind häufig eingebunden in Tourismuskonzepte, die wirtschaftliche Potenziale erschließen und Arbeitsplätze sichern sollen. Ein Beispiel ist das Programmgebiet Südliches Paderborner Land, hier konnten auf Basis von Vorarbeiten im Rahmen von LEADER und der Agenda21 investive Maßnahmen zur Ufergestaltung am Paddelteich im Naherholungsgebiet Aatal umgesetzt werden oder ein Mehrgenerationenpark an der Sauer i. Lichtenau (BMVBS 2014: 70). Insgesamt stellt der Statusbericht heraus, dass es sich um ein junges und anspruchsvolles Programm handelt. Interkommunale Zusammenarbeit benötigt Zeit für Etablierung und Abstimmungen der Entwicklungskonzepte ebenso wie die Entwicklung überörtlicher Kommunikationsstrukturen. (BMVBS 2014: 74f). Investive Maßnahmen sind vor allem dort zu finden, wo auf umfangreiche Abstimmungs- und Vorarbeiten zurückgegriffen werden konnte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ die Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit zu Angeboten der Daseinsvorsorge und Nahversorgung angesprochen werden. Damit verbunden sind häufig die Schaffung neuer Treffpunkte und Beratungsangebote, die auch Ansatzpunkte für Themen der ökologischen Gerechtigkeit bieten könnten. Weitere Ansatzpunkte können in den Handlungsfeldern Mobilität und Gesundheit gesehen werden, die in den Zielregionen von besonderer Bedeutung sind.

Das Bund-Länder-Programm „Zukunft Stadtgrün“

Im Jahr 2017 startete das neue Programm „Zukunft Stadtgrün“. Das Programm dient der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der urbanen grünen Infrastruktur. Vom Bund werden hierfür im Jahr 2017 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hierzu wurde von Bund und Ländern eine Ergänzungsvereinbarung Zukunft Stadtgrün zur VV Städtebauförderung beschlossen, die im Herbst 2017 in Kraft tritt. In einigen Ländern, wie z.B. Sachsen und Baden-Württemberg, wurde das Förderprogramm auf Grundlage der Vorlage bereits ausgeschrieben. Gefördert werden insbesondere folgende Maßnahmen (ErgVV Städtebauförderung 2017):¹³

- ▶ die Vorbereitung der Gesamtmaßnahme wie die Erarbeitung und Fortschreibung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte,
- ▶ die Aufwertung und Qualifizierung des öffentlichen Raumes, des Wohnumfeldes sowie von Grün- und Freiflächen sowie die Instandsetzung, Erweiterung und Modernisierung von Gebäuden und öffentlicher Infrastruktur des Quartiers im Rahmen von quartiersbezogenen Stadtgrünmaßnahmen,

13 <http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/staedtebau-foerderung/zukunft-stadtgruen/>

- ▶ die Herstellung multifunktionaler Grün- und Freiflächen von ökologischer, sozialer und städtebaulicher Bedeutung,
- ▶ die Vernetzung von Grün- und Freiräumen,
- ▶ Bau- und Ordnungsmaßnahmen auf Grundstücken mit leerstehenden, fehl- oder mindergenutzten Gebäuden und von Brachflächen einschließlich Nachnutzung beziehungsweise Zwischennutzung durch Grün- und Freiflächen,
- ▶ Maßnahmen der Barrierearmut beziehungsweise -freiheit,
- ▶ die Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern, hier auch im Rahmen des „Tags der Städtebauförderung“, Quartiersmanagement und Leistungen von Beauftragten.

Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“

Im Jahr 2017 startete zudem der neue Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, für den das BMUB in den Jahren 2017 bis 2020 jährlich 200 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Der Investitionspakt ist zwar kein Städtebauförderungsprogramm, kommt aber insbesondere in den Gebieten der Städtebauförderung zum Einsatz und weist große Bezüge zu Themen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit auf. Der Bund beteiligt sich an der Förderung zu 75 Prozent der förderfähigen Kosten. Ziel des Investitionspakts ist die Erhaltung und der Ausbau der sozialen Infrastruktur und deren Weiterqualifizierung zu Orten des sozialen Zusammenhalts und der Integration in Städten und Gemeinden.¹⁴ Im Einzelfall können auch Infrastrukturen außerhalb der Gebietskulisse gefördert werden. In diesen Fällen erfolgt die Förderung im Rahmen einer städtebaulichen Gesamtstrategie oder vergleichbaren integrierten Planungen. Förderfähig sind auch Maßnahmen zum Ausbau und zur Qualifizierung von Grün- und Freiflächen. Die konkreten Förderschwerpunkte werden auf Länderebene festgelegt.

3 Partner- und Schnittstellenprogramme

Auf Bundesebene und teilweise auch auf Länderebene wurden verschiedene Initiativen und (Partner-)Programme zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ins Leben gerufen, die sich direkt auf das Programm beziehen und ergänzend hierzu in den Fördergebieten zum Einsatz kommen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von weiteren Förderprogrammen und Initiativen, die zwar nicht explizit auf Soziale-Stadt-Gebiete ausgerichtet sind, aufgrund ihrer inhaltlichen Zielsetzung und Ausrichtung aber Schnittstellen¹⁵ zum Programm „Soziale Stadt“ aufweisen und auf lokaler Ebene mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ gebündelt werden können.

Auf Grundlage von Dokumenten zu den Programmstrategien und der vorliegenden Programmberichte und Evaluationen wurde eine Auswertung dazu vorgenommen, inwiefern Themen der ökologischen Gerechtigkeit in den aufgeführten Programmen bzw. Maßnahmentypen verankert sind und welche Erfahrungen mit Maßnahmen zum Umweltschutz und zur ökologischen Gerechtigkeit im Rahmen der Programmumsetzung gemacht wurden. Übergreifend über die verschiedenen Programmansätze lässt sich sagen, dass Themen der ökologischen Gerechtigkeit in den Förderansätzen bisher, wenn überhaupt, meist nur eine untergeordnete Rolle spielen und andere Ziele, wie z.B. die Verbesserung der

14 <http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/staedtebau-foerderung/investitionspakt-soziale-integration-im-quartier/>

15 Den Ergebnissen des Forschungsprojekts zu „Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung“ zufolge können dabei zwei Typen von sogenannten „Schnittstellenprogrammen“ unterschieden werden (IfS 2010a: 94): 1) Förderprogramme einzelner Fachressorts, die zwar sozialräumlich ausgerichtet sind, sich aber nicht ausschließlich an benachteiligte Zielgruppen/Quartiere richten; 2) Förderprogramme einzelner Fachressorts, die auf eine Verbesserung der sozialen Inklusion von benachteiligten Zielgruppen abzielen und – aufgrund der räumlichen Konzentration benachteiligter Zielgruppen in bestimmten Gebieten – implizit sozialräumlich wirken.

sozialen Teilhabe oder der Bildungs- und Berufschancen von sozial benachteiligten Zielgruppen, im Vordergrund stehen. In einigen Fällen sind aber auch direkte Bezüge zur Thematik erkennbar, auf die im folgenden Teil näher eingegangen wird.

„Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier (BIWAQ)“

Mit dem ESF-Bundesprogramm „BIWAQ“, das seit 2008 vom BMUB als Partnerprogramm zum Programm „Soziale Stadt“ umgesetzt wird, werden Maßnahmen zur Beschäftigung, Bildung und Integration in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen gefördert. In der Förderperiode 2014 bis 2020 sind die nachhaltige Integration von (langzeit)arbeitslosen Frauen und Männern in Beschäftigung sowie die Stärkung der lokalen Ökonomie zentrale Schwerpunkte der Förderung. Über die Verknüpfung mit anderen Handlungsfeldern der integrierten Stadtentwicklung soll das Programm darüber hinaus einen zusätzlichen Quartiersmehrwert bewirken und die innerstädtische Kohäsion verbessern. Die Förderrichtlinie zum ESF-Bundesprogramm „BIWAQ“ sieht hierzu handlungsfeldübergreifende Maßnahmen vor (BMUB 2014: 6). Unter den Handlungsfeldern, die gemäß Richtlinie für eine Verknüpfung mit BIWAQ geeignet sind, befindet sich auch die Handlungsfelder „Umwelt, Klima und Energie“ und „Gesundheit“.

Beispiele für eine mögliche Verknüpfung der Handlungsfelder von BIWAQ mit Umweltschutzmaßnahmen oder Themen der ökologischen Gerechtigkeit finden sich in der Abschlussdokumentation zu BIWAQ 2007-2013 (BMUB 2015a). Aus der Dokumentation geht hervor, dass insbesondere die Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Übergang von der Schule in den Beruf“ und „Integration langzeitarbeitsloser Frauen und Männer in Arbeit“ oftmals direkte oder indirekte Bezüge zu Umweltschutzthemen aufweisen. In den beiden Handlungsfeldern verknüpften 70 Prozent bzw. drei Viertel der Projekte ihre Aktivitäten zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigung mit Maßnahmen für den Stadtteil, wie z.B. dem Bau von Jugendsportanlagen, der Begrünung von Baumscheiben, der Anlage von Nachbarschafts- oder Kitagärten und der Mitarbeit in Mitmach-Werkstätten oder Sozialkaufhäusern (ebd.: 7; 32 und 56). Darüber hinaus fanden in 20 Prozent der Projekte zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen flankierende Aktivitäten zur Gesundheitsförderung statt, wie z.B. Sportangebote oder Angebote zur gesunden Ernährung und Lebensführung (ebd.: 56).

Tabelle 5 enthält eine Übersicht über Projektbeispiele mit einem Bezug zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit, die im Rahmen der Programmumsetzung zum Einsatz kamen. Insgesamt wird eine recht große Bandbreite an Beispielen für Maßnahmentypen deutlich. Allerdings stehen ähnlich wie bei dem Programm „Soziale Stadt“ in der Regel andere Themen und Zielsetzungen im Vordergrund. So zeigt eine Auswertung des BBSR zur Verknüpfung der BIWAQ-Aktivitäten mit anderen Handlungsfeldern im Rahmen der Integrierten Entwicklungskonzepte, dass in lediglich 2,5 Prozent der Fälle eine direkte Verknüpfung mit Maßnahmen zur Förderung von Umweltschutz und Ökologie vorgenommen wurde (ebd.: 95). Sehr viel häufiger (in 40 Prozent der Fälle) bezogen sich die Aktivitäten von BIWAQ dagegen auf Maßnahmen zur Verbesserung von Wohnsituation und Wohnumfeld, bei denen der Umweltbezug, wenn überhaupt, eher indirekt zum Tragen kommt, beispielsweise wenn Grünflächen im Wohnumfeld gestaltet werden. Darüber hinaus fand in acht Prozent der Fälle eine Verknüpfung mit Maßnahmen zur Förderung von Gesundheit und Ernährung statt, worunter beispielsweise Kursangebote für gesunde Ernährung von Kindern fallen (ebd.).

Tabelle 5: Beispiele für Maßnahmen- und Projekttypen mit Umweltbezug, die im Rahmen von BIWAQ 2007-2013 umgesetzt wurden

Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Beispiele für Maßnahmen- und Projekttypen mit Umweltbezug, die im Rahmen von BIWAQ 2007-2013 umgesetzt wurden (BMUB 2015a)	Zentrale Zielsetzungen des Programms „BIWAQ“
Regionale Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit	Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten im Bereich Garten- und Landschaftsbaubau in Verknüpfung mit Aktivitäten für den Stadtteil, wie z.B. der Anlage von Nachbarschaftsgärten, Begrünung von Baumscheiben oder Gestaltungsmaßnahmen auf Freiflächen von sozialen Einrichtungen (Bremen-Ohlendorf; Coburg-Wüstenahorn; Jena-Winzerla; Köthen; Ludwigsburg-Grünbühl-Sonnenberg; Osnabrück Rosenplatz; Potsdam Stern/Drewitz, Schlaatz; Schwerin-Neu Zippendorf/Mueßer Holz)	Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und/oder Ausbildungsreife von benachteiligten Zielgruppen Verbesserung der Lebensqualität und der sozialen Kohäsion im Wohnumfeld
Verfahrensgerechtigkeit	Beteiligung von Jugendlichen sowie von Bürgerinnen und Bürgern an der Anlage und Pflege eines Bürgergartens (<i>Berlin Hellersdorfer Promenade</i>) Konzeption, Aufbau und Angebotsgestaltung eines Bewohnertreffs (<i>Bremen-Ohlendorf</i>) Gründung eines Bürgergartenvereins (<i>Osnabrück Rosenplatz</i>)	Aktivierung und Beteiligung von sozial benachteiligten Jugendlichen und langzeitarbeitslosen Frauen und Männern
Stärkung von nachhaltigen Konsum- und Lebensstilen	Qualifizierungen u.a. in den Bereichen Schneiderhandwerk, mobile Tauschzentrale für Kinderkleidung, Garten- und Landschaftsbau sowie niedrigschwellige Ansätze wie z.B. eine Eltern-AG, Radfaherkurse und Gesundheitsförderung (<i>Bremen-Ohlendorf</i>) Ausbildungsplätze und Arbeitsgelegenheiten rund um das Fahrrad sowie eine Mitmachwerkstatt und ein Fahrradverleihsystem für Kitas und Schulen im Quartier (<i>Kassel-Rothenditmold</i>) Sozialraumorientierte Gesundheitsförderung, z.B. durch niedrigschwellige Sport- und Bewe-	Entwicklung von Berufs- und Lebensperspektiven von arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit den üblichen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik nicht erreicht werden konnten Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern in Arbeit und Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe Generierung von quartiersbezogenen Mehrwerten

Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Beispiele für Maßnahmen- und Projekttypen mit Umweltbezug, die im Rahmen von BIWAQ 2007-2013 umgesetzt wurden (BMUB 2015a)	Zentrale Zielsetzungen des Programms „BIWAQ“
	<p>gungsangebote oder Information und Beratung zur gesunden Ernährung (<i>Coburg-Wüstenahorn; Schwerin-Neu Zippendorf/Mueßer Holz; Wuppertal-Oberbarmen/Wichlinghausen</i>)</p> <p>Anlage und Pflege eines Bürgergartens als ökologischen Lernort (<i>Berlin Hellersdorfer Promenade</i>)</p> <p>Ökologische Landwirtschaft im Quartier, Entwicklung eines landwirtschaftlichen Anbaugebiets, einer Hobbyimkerei, eines Lehrgartens und einer naturnahen Tierhaltung in Verbindung mit der Qualifizierung von ehemaligen Strafgefangenen (<i>Bremen-Ohlendorf/Gröpelingen/Lindenhof</i>)</p> <p>Anleitung von Quartiersbewohnerschaft durch die Teilnehmenden in kleinen Reparatur- und Holzarbeiten in einer offenen Wohngebietstischlerei (<i>Halle/Saale-Neustadt</i>)</p> <p>Bau eines Insektenhotels im Rahmen von Qualifizierungsangeboten für Jugendliche (<i>Kiel Ostufer/Gaarden</i>)</p> <p>Umbau einer leerstehenden Gewerbefläche zu einem Sozialkaufhaus und praxisnahe Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Sozialkaufhaus (<i>Sulzbach-Mitte und Altenwald</i>)</p> <p>Aufbau eines Gebrauchtbau markts in Verknüpfung mit der Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und offenen Kursen und Workshops für die Quartiersbewohnerschaft (<i>Saarbrücken-Burbach</i>)</p>	

Dimensionen zur Untersuchung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Beispiele für Maßnahmen- und Projekttypen mit Umweltbezug, die im Rahmen von BIWAQ 2007-2013 umgesetzt wurden (BMUB 2015a)	Zentrale Zielsetzungen des Programms „BIWAQ“
Unterstützung von lokalen Initiativen	Bau eines Gerätehaus für Werkzeuge für ehrenamtliche Mitarbeitende von ANKER (Ambulant Betreutes Wohnen für Menschen mit Suchterkrankungen) (<i>Halle/Saale</i>) Aufbau eines niedrigschwelligen, offenen und informellen Lernorts im Gebiet als „Raum für Entwicklungen von unten“, das „LernLokal“ wurde u.a. von der Transition-Town-Bewegung mit dem Thema „Klima im Quartier“ genutzt (<i>Erfurt Magdeburger Allee</i>)	Stärkung der Netzwerke und der Eigeninitiativen im Stadtteil

Quelle: Eigene Darstellung

„JUGEND STÄRKEN im Quartier (JUSTiQ)“

Mit dem ESF-Modellprogramm „JUSTiQ“ bündeln erstmalig zwei Bundesministerien (das BMFSFJ und das BMUB) ESF-Mittel in einem gemeinsamen Programm. Das Programm baut auf den Erfahrungen der ESF-Programme „Stärken vor Ort“ und „BIWAQ“ I und II auf, die in der Förderperiode 2007 bis 2013 umgesetzt wurden. Es zielt darauf ab, junge Menschen (im Alter von 12 bis 26 Jahren) mit besonderem individuellem Unterstützungsbedarf auf die (Wieder-)Aufnahme von schulischer und beruflicher Bildung sowie berufsvorbereitenden Maßnahmen bzw. Arbeit vorzubereiten. Zudem sollen die Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, freien Trägern im Bereich Jugendsozialarbeit, Agenturen für Arbeit, Jobcentern, (Berufs-)Schulen, Quartiersmanagement und Wirtschaftsakteuren (z.B. Unternehmen und Kammern) verbessert und ein konkret, sichtbarer Mehrwert für das Wohnumfeld geschaffen werden. Das Programm wird seit 2015 in Soziale-Stadt-Gebieten und vergleichbaren Stadt- und Ortsteilen umgesetzt. Fördergegenstand sind Maßnahmen zu den vier methodischen Bausteinen Case Management, Aufsuchende Jugendsozialarbeit, Niedrigschwellige Beratung/Clearing und Mikroprojekte.

Auch wenn mit dem Programm keine expliziten Umweltschutzziele verfolgt werden, sind in der Förderrichtlinie einige Bezüge zu Dimensionen der ökologischen Gerechtigkeit zu finden (BMFSFJ/BMUB 2014). So wird in Bezug auf die Mikroprojekte in der Richtlinie ausgeführt, dass durch diese ein Mehrwert für das benachteiligte Quartier geschaffen werden soll. Hierzu sollen beispielsweise das Wohnumfeld und der öffentliche Raum aufgewertet oder das soziale Miteinander und die Integration von Migrantinnen und Migranten im Quartier gestärkt werden. Als Beispiele für mögliche Maßnahmen werden eine Reihe von Maßnahmen genannt, die einen Bezug zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit aufweisen, wie z.B. das Pflanzen von Bäumen, die Anlage eines Umweltpfades, die Zwischennutzung von Brachen, die Anlage eines Gemeinschaftsgartens oder die Bildung von Fahrgemeinschaften im ländlichen Raum. Die Entwicklung und Umsetzung der Mikroprojekte soll unter Beteiligung der jungen Menschen erfolgen. Zudem können zivilgesellschaftliche Akteure aus dem Quartier in die Umsetzung eingebunden werden.

In der ersten Förderrunde 2015-2018 wird das Programm in über 180 Modellkommunen umgesetzt. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Projekte liegen noch keine übergreifenden Informationen vor.

In der Evaluation zum Vorgängerprogramm „Stärken vor Ort“ spielten Umweltschutz oder Themen der ökologischen Gerechtigkeit keine Rolle (INBAS/InterVal 2012). Zwar wurden in diesem Programm auch schon Mikroprojekte gefördert, auf die konkreten Inhalte der Mikroprojekte wird in der Evaluation aber nicht näher eingegangen.

Weitere Partnerprogramme zum Programm „Soziale Stadt“ und „EFRE- und ESF-Programme“ zur nachhaltigen Stadtentwicklung auf Länderebene

Auf Länderebene wurden vereinzelt ebenfalls Programme oder Instrumente entwickelt, die sich direkt auf Soziale-Stadt-Gebiete beziehen und an den Strategien der integrierten Stadtentwicklung anknüpfen. In Bremen wird bereits seit 1998 das kommunale Handlungsprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) von der Sozialverwaltung umgesetzt, das ebenfalls ressortübergreifend angelegt ist und in sozial benachteiligten Quartieren sowohl investive als auch konsumtive Maßnahmen fördert. Zielsetzungen des Programms sind die Verbesserung alltäglicher Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren, die Entwicklung von Engagement und Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Zusammenarbeit lokaler Akteure. Das Programm wurde im Jahr 2004 evaluiert und im Jahr 2010 in Bezug auf die künftige Ausrichtung erneut untersucht. Aus den Ergebnissen der Untersuchung geht hervor, dass das Programm sehr stark auf bewohnergetragene Entscheidungsprozesse ausgerichtet ist. So wurden in den Gebieten beispielsweise „WiN-Foren“ eingerichtet, in den Projektträger zusammen mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie lokalen Akteuren über das jährliche Projektportfolio entscheiden (IfS 2010b: II). Die inhaltlichen Bezüge zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit fallen dagegen eher gering aus. So ergab eine Auswertung der Integrierten Handlungskonzepte im Jahr 2006, dass die Handlungsfelder „Gesundheit“, „Umwelt“ und „Verkehr“ keine wichtige Rolle in den Konzepten spielen (ebd.: 17).

In Hessen wurde vom Ministerium für Soziales und Integration im Jahr 2015 ein Programm zur „Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen“ ins Leben gerufen, das ebenfalls auf eine Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe, Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und Vernetzung sowie eine Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen, Integration, Bildung und Beschäftigung abzielt. In der Richtlinie wird in Bezug auf die Herausforderungen auch auf den ökologischen Umbau eingegangen, weitere direkte Bezüge zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit sind in der Richtlinie aber nicht enthalten (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2015).

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fördert seit April 2017 im Rahmen eines Wettbewerbs Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in Quartieren, die in besonderem Maße vor Integrationsherausforderungen stehen: „Mit der neuen Landesförderung in der Stadtentwicklung sollen innovative Projekte zur Förderung der Integration und der Teilhabe finanziell unterstützt werden. Dafür stehen 2017 und 2018 jeweils 1,5 Millionen Euro bereit. (...) Mit dem Wettbewerb sollen Gebiete mit besonderen sozialen, demografischen und integrativen Herausforderungen, mit ökonomischen, sprachlichen, kulturellen, gesundheitlichen und sozialen Benachteiligungen erreicht werden“. Gefördert werden unter anderem die Aktivierung und Unterstützung von Selbstorganisation und Beteiligung, nachbarschaftliches Zusammenleben, Maßnahmen zur Verbesserung der quartiersbezogenen Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit und anderen Akteuren (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).

Darüber hinaus wurden in einigen Ländern mit Mitteln aus Programmen der Europäischen Strukturfonds (EFRE und ESF) Programme zur nachhaltigen Stadtentwicklung entwickelt, die ebenfalls integrierte quartiersbezogene Strategien beinhalten und Förderansätze des Programms Soziale Stadt

verstärken und durch weitere Instrumente ergänzen. Zu nennen sind hier insbesondere Förderansätze zur präventiven Quartiersentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen und das Förderprogramm „Zukunftsinitiative Stadtteil“ des Landes Berlin. In beiden Ländern wurde in der Förderperiode 2014 bis 2020 jeweils eine Mischachse zur nachhaltigen Stadtentwicklung aufgenommen, die einen integrierten Förderansatz beinhaltet und Förderansätze zur sozial-präventiven Quartiersentwicklung und zur grünen Infrastruktur zusammenführt. Voraussetzung für die Förderung ist jeweils ein schlüssiges integriertes Konzept, das insbesondere auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen Bezug nimmt.

Das Berliner EFRE-Programm „Zukunftsinitiative Stadtteil (ZIS)“ zielt auf eine nachhaltige Entwicklung und Stabilisierung von Stadtteilen ab. Hierzu werden u.a. Maßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der sozialen Infrastruktur und der Bildungsinfrastruktur, Maßnahmen zur Qualifizierung des öffentlich zugänglichen Stadtraums, die Entwicklung quartiersbezogener Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung, Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie sozio-integrative Angebote zur Verbesserung des Zugangs zu Bildungsangeboten und Unterstützungsangebote für von Armut betroffenen Personen gefördert.

In Nordrhein-Westfalen stellt der Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten einen Förderschwerpunkt der Landesinitiative „Kein Kind zurücklassen!“ dar, die auch mit Strukturfondsmitteln unterstützt wird.¹⁶ Im Rahmen der Initiative werden in den beteiligten Städten und Gemeinden Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Soziales miteinander verknüpft, um Kinder und ihre Familien von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben lückenlos zu unterstützen. In dem gemeinsamen Aufruf der Programme des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen werden die einzelnen Fördergegenstände aufgeführt. Darunter befinden sich auch Förderbereiche, die einen direkten Bezug zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit aufweisen, wie z.B. grüne Infrastruktur, Naturerlebnisgebiete und Naturschutzbildungsangebote, Schutz und Wiederherstellung von Freiräumen sowie Entwicklung und Aufbereitung von Brach- und Konversionsflächen zu stadtentwicklungspolitischen bzw. ökologischen Zwecken (MBWSV 2015).

In Nordrhein-Westfalen gibt es zudem seit 1996 das Programm „Initiative ergreifen“ mit dem Vorläufer bei der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park.¹⁷ Mit dem Programm des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) werden städtebauliche Projekte, die durch bürgerschaftliche Initiativen und Vereine initiiert und realisiert werden, unterstützt. Die Kommunen sind Antragsteller für die Fördermittel und dem Land gegenüber für deren Verwendung verantwortlich. Sie reichen bewilligte Fördergelder an die Projektinitiative weiter. Der Eigenanteil kann bis auf einen kommunalen Pflichtanteil in Höhe von 10 v.H. von der Projektinitiative übernommen werden. Bisher wurden landesweit über 80 Projekte realisiert. Inhaltliche Förderschwerpunkte sind:¹⁸

- ▶ „Bürgerzentren und Kultur(wirtschafts)zentren, die neue Infrastrukturen in den Städten aufbauen sowie wichtige gemeinnützige Beiträge leisten für lebendige städtische Gemeinwesen,
- ▶ Gemeinschaftshäuser, kleine Bürgerhäuser oder Stadtteilzentren für örtliche soziale Infrastrukturen in Stadtteilen oder Nachbarschaften,
- ▶ Projekte zur Bewahrung des kulturellen Erbes mit hohen Potenzialen des Engagements insbesondere in den Bereichen des industriellen Erbes und historisch begründeter Ortsidentitäten,
- ▶ Projekte in Stadt und Freiraum, bei denen sich Projektinitiatoren für die Sicherung von besonderen Freiraumqualitäten an der Schnittstelle von Stadt und (Frei)Raum einsetzen.“

16 <http://www.kein-kind-zuruecklassen.de/>

17 <http://www.initiative-ergreifen.de/Home.7.0.html>

18 http://www.initiative-ergreifen.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Infobroschu_776_re04_2016.pdf

Projektbeispiele sind die Reaktivierung und Gestaltung eines Kurparks durch einen Verein in Moers, der Umbau eines heruntergekommenen Bauernhofs als Jugendbauernhof, Landgaststätte und Bürgertreff in Hertent, der Bau einer Basis-Station für Vereine zur Wiederbelebung einer innerstädtischen Parkanlage in Erkrath und die Umnutzung einer denkmalgeschützten Freibadanlage aus den 20er-Jahren im Stadtgarten von Castrop.¹⁹

Weitere Schnittstellenprogramme und Initiativen zur Stärkung der Prävention, Teilhabe und Gesundheit im Stadtteil

Neben den Programmen, die sich direkt auf das Programm „Soziale Stadt“ beziehen oder die ähnliche integrierte Förderstrategien beinhalten, kommt in den sozial benachteiligten Quartieren eine Reihe von weiteren Programmen und Initiativen zum Einsatz, die Förderansätze zur Stärkung der Prävention, Teilhabe und Gesundheit beinhalten und in Bezug auf Themen der ökologischen Gerechtigkeit mögliche weitere Synergiepotenziale bieten. Bezüge zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit sind hier insbesondere im Zusammenhang mit niedrigschwelligen Bildungsangeboten zu Gesundheits- und Ernährungsfragen finden. Exemplarisch kann hier auf folgende Ergebnisse verwiesen werden:

Mit der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ werden die Bundesländer, Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, regionale Netzwerke im Bereich der Frühen Hilfen zu stärken und den Einsatz von Familienhebammen bzw. vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich zu fördern. In Sachsen-Anhalt werden beispielsweise Familienhebammen gefördert, die werdende Eltern in schwierigen sozialen Lagen zu gesundheitsrelevanten Themen fachlich beraten und an weiterführende Hilfen und Angebote im sozialen Bereich vermitteln. Evaluationsergebnisse zeigen, dass der Aufbau des Vertrauens zwischen Mutter/Eltern und Familienhebamme eine wichtige Bedingung für die Wirksamkeit der Beratungstätigkeit einer Familienhebamme darstellt. Indem die Familienhebammen die Familien über einen langen Zeitraum regelmäßig besuchen, werden sie in die Lage versetzt, „den Unterstützungsbedarf der Familien alltagsnah einzuschätzen und entsprechende beratende, informative und unterstützende Maßnahmen zu ergreifen“ (NZFH 2012: 22).

Ebenfalls im Bereich Frühe Hilfen sind Landesprogramme zur Förderung von Familienzentren angesiedelt, die in mehreren Bundesländern umgesetzt werden (wie z.B. in Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein). Ziel solcher Programme ist es, Kindertagesstätten als Anlaufstellen für Familien zu entwickeln und gemeinsam mit Kooperationspartnern aus dem Sozialraum die bestehenden Bildungs-, Betreuungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien stärker miteinander zu verzahnen und durch eine niedrigschwellige sozialräumliche Ausrichtung zu verbessern. Auch wenn sich die Angebote der Familienzentren grundsätzlich an alle Familien richten, stellen von Armut oder Integrationsherausforderungen betroffene Familien oftmals eine besondere Zielgruppe dar. Im Rahmen der Informations- und Beratungsangebote, die meist mit offenen Angeboten verknüpft werden, können auch Themen der ökologischen Gerechtigkeit, wie z.B. Information und Beratung zu gesunder Ernährung, die Anlage eines Kita-Gartens, gemeinsame Naturerfahrungen oder die Organisation von Kleidertauschbörsen eine Rolle spielen. Die konkreten Angebote und Aktivitäten in den Familienzentren hängen von einer Reihe von Faktoren ab, wie z.B. den räumlichen und personellen Kapazitäten der Kita und des Familienzentrums, der Einbindung von weiteren Kooperationspartnern aus dem Stadtteil und deren Expertise und Ressourcen sowie von den Bedarfen und Interessen der Familien (vgl. u. a. DESI/IFS 2015; BSGV 2009; IKJ 2015; pädquis 2008).

Um sozial schwache Familien (mit Migrationshintergrund) besser zu erreichen und an die bestehenden Bildungs- und Beratungsangebote heranzuführen, arbeiten soziale Einrichtungen und Stadtteilakteure oftmals mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der jeweiligen Zielgruppe zusammen. In

19 <http://www.initiative-ergreifen.de/Projektliste.8.0.html>

den Ländern und Kommunen ist in diesem Zusammenhang eine Vielzahl an unterschiedlichen Lotsen- und Stadtteilmütterprojekten entstanden. Diese zielen darauf ab, den Zugang zu schwer zu erreichenden Familien (mit Migrationshintergrund) über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren herzustellen, denen die Lebenswelt und das soziokulturelle Umfeld und/oder die Sprache der jeweiligen Zielgruppe vertraut ist. Hierzu werden in der Regel zuvor erwerbslose Personen aus dem Stadtteil qualifiziert. Anschließend nehmen diese über ihr persönliches Umfeld oder soziale Einrichtungen im Stadtteil Kontakt zu Eltern auf, um sie zu Erziehungs- und Gesundheitsthemen zu beraten und ggf. an weiterführende professionelle Beratungs- und Förderangebote heranzuführen. Bezüglich der Art und Höhe der Finanzierung sowie des Professionalisierungsgrads besteht eine große Heterogenität unter den bestehenden Programmen und Projekten mit Fokus auf Lotsinnen und Lotsen sowie auf Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (DESI 2015). Wichtige Gelingensbedingungen für die Wirksamkeit dieser Projekte sind einer übergreifenden Expertise zufolge neben der Ressourcenausstattung und konzeptionellen Qualität der Projekte das Engagement und die Mitwirkung der Kommune, die Verknüpfung der Projekte mit den bestehenden Strukturen der Integrationsarbeit sowie die Implementierung effektiver und nachhaltiger Unterstützungsstrukturen (ebd.: 49).

Weitere Initiativen und Programme sind im Gesundheitsbereich zu finden. In den Jahren 2003 bis 2005 wurden im Rahmen des ressortübergreifenden Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ vom Bundesgesundheitsministerium fünf Modellprojekte in verschiedenen deutschen Städten umgesetzt, die die Herstellung und Stärkung gesundheitsfördernder Lebensverhältnisse von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zum Ziel hatten. Die Projekte waren sozialraumbezogen und partizipativ angelegt und konnten hierdurch ihre Wirkung entfalten. So ist den Ergebnissen zum Modellprojekt „Moving Kids“ im Hamburger Stadtteil Lurup beispielsweise zu entnehmen, dass durch erlebnispädagogische Spielforscheraktionen im Stadtteil eine neue Sichtweise auf das unmittelbare Wohnumfeld gewonnen wurde. Kinder und Jugendliche hätten die Erkenntnis erlangt, dass „viel Spannendes vor der eigenen Haustür liege“, und auf Seiten der Verantwortlichen im Stadtteil und der Eltern sei das Verständnis für das Bewegungsbedürfnis von Kindern gewachsen (Dietrich 2005: 35).

Im Rahmen der bundesweiten Initiative „In FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ wurden vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zwischen 2008 und 2011 rund 100 Projekte unterstützt. Unter den geförderten Projekten befanden sich auch elf Aktionsbündnisse für gesunde Lebensstile und Lebenswelten. In den Aktionsbündnissen schlossen sich lokale oder regionale Akteure mit dem Ziel zusammen, Transparenz über bestehende Strukturen und Angebote zur Stärkung gesunder Lebensstile und Lebenswelten zu schaffen, die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln und Angebotslücken zu schließen und niederschwellige Methoden und Zugänge zu sozial benachteiligten Zielgruppen zu erproben (Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. 2012). Im Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation der Aktionsbündnisse zeigte sich, dass alle befragten Akteure durch die Arbeit im Bündnis Synergieeffekte wahrnehmen. Diese bestünden insbesondere in einer stärkeren Vernetzung, einer höheren Transparenz, der gegenseitigen Nutzung fachlicher Kompetenzen, der inhaltlichen Weiterentwicklung von Angeboten sowie einem verbesserten Zugang zur Zielgruppe (ebd.: 77). Aus Sicht der Aktionsbündnisse haben sich den Ergebnissen der Evaluation zufolge insbesondere solche Angebote bewährt, die sich gut im Alltag implementieren lassen, ein hohes Maß an Partizipation aufweisen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Zielgruppe einbinden und/oder Hausbesuche zur Erreichung von Eltern mit Migrationshintergrund beinhalten (ebd.: 72). Derzeit arbeitet die Initiative an einer Konsolidierung und Verbreitung der gewonnen Erkenntnisse und Maßnahmen.

Im Jahr 2015 wurde vom Bundestag ein neues Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention (Präventionsgesetz – PräVg) beschlossen. Mit dem Präventionsgesetz soll die Gesundheits-

förderung in den Lebenswelten wie Kita, Schule, Kommunen, Betrieben und Pflegeeinrichtungen gestärkt werden.²⁰ Die Nationale Präventionskonferenz als Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger und weiterer beratender Mitglieder des Bundes, der Länder, kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Akteuren haben darauf aufbauend im Jahr 2016 Bundesrahmenempfehlungen zur Umsetzung der Präventionsstrategie in den Ländern beschlossen. In den Rahmenempfehlungen wird u.a. auf die Bedeutung von lebensweltbezogener Prävention sowie Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung in Fördergebieten des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ und anderen sozial benachteiligten Gebieten für die Verbesserung gesundheitlicher Chancengleichheit verwiesen (Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz: 6).

4 Umweltbezogene Förderprogramme

Neben dem Programm „Soziale Stadt“ und den dargestellten Partner- und Schnittstellenprogrammen zu Themen der sozialen Gerechtigkeit wurden in die Sekundäranalyse auch noch weitere umweltbezogene Förderprogramme einbezogen und hinsichtlich ihrer Synergiepotenziale zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit beleuchtet. Übergreifend über die verschiedenen Handlungsfelder lässt sich sagen, dass die großen Förderprogramme des Bundes und der Länder im Umweltbereich oftmals kaum Bezüge zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit aufweisen. Daher wurden in die Auswertung und Analyse auch beispielhaft Programme und Initiativen auf kommunaler Ebene einbezogen, die meist eine höhere Relevanz für die Thematik haben. Im folgenden Teil werden die zentralen Ergebnisse der Sekundäranalyse entlang der zentralen Handlungsfelder zum Umweltschutz dargestellt.

Klimaschutz und Klimaanpassung (einschließlich Energie und Wohnen)

Der Bereich „Klimaschutz/Klimaanpassung“ umfasst eine Vielzahl an Programmen, von denen mehrere explizit auf Kommunen als Zielgruppe adressiert sind. Die Ziele dieser Programme reichen von der Investitionsförderung über die Anregung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bis hin zur Schaffung von kommunalen Strategien zur Beeinflussung des klimarelevanten Verhaltens der lokalen Akteure. Besondere Erwähnung verdient die Richtlinie zur Förderung von kommunalen Projekten (Kommunalrichtlinie) innerhalb der Nationalen Klimaschutzinitiative. Sie zielt darauf, die Kommunen bei der Zielerreichung, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent – im Vergleich zu 1990 – zu senken, zu unterstützen und bietet günstige Förderbedingungen für Kommunen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden. Die Förderrichtlinie adressiert neben Kommunen auch öffentliche, gemeinnützige und religionsgemeinschaftliche Kitas und Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Sportvereine mit Gemeinnützigkeitsstatus bei der Entwicklung von Energiesparmodellen und bei investiven Klimaschutzmaßnahmen. Daher besteht aufgrund des potenziell breiten Antragstellerspektrums ein Potenzial für die Förderung quartierbezogener Aktivitäten (BMUB 2016b). Einen sehr engen Quartierbezug weist der Förderaufruf „Kurze Wege für den Klimaschutz“ auf, mit dem das Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative Projekte unterstützt, die Angebote zur Realisierung klimaschonender Alltagshandlungen auf Nachbarschaftsebene bieten. Hierzu zählen:

- ▶ Maßnahmen zur Bildung, Information und Aufklärung im Klimaschutz, die einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Nachbarschaft beinhalten,
- ▶ Maßnahmen, die Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, ihren Alltag klimaschonend und ressourceneffizient zu gestalten und zum konkreten Handeln aktivieren,

20 <http://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/praeventionsgesetz.html>

- ▶ die Einrichtung und der Betrieb von Begegnungsstätten/-flächen sowie deren Weiterentwicklung mit Klimaschutzbezogenen Aktivitäten auf Nachbarschaftsebene, innovative Ideen mit oben genanntem Ziel.

Ziel des Förderaufrufs ist die Einbindung aller relevanten lokalen Akteure sowie der breite Austausch inklusive Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit zwischen einzelnen Initiativen. Antrags- bzw. teilnahmeberechtigt sind Kommunen, eingetragene Vereine, Genossenschaften und Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus (BMUB 2017b).

Ein übergreifender quartiersbezogener Förderansatz ist im KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung – Zuschüsse für integrierte Quartierskonzepte“ enthalten. Mit dem Programm werden die Erstellung von Konzepten sowie die Einstellung von Energiemanagerinnen und -manager zum Zweck einer effizienten und integrierten Energienutzung in ausgewählten Quartieren bezuschusst.²¹ Wie die Ergebnisse zu bundesweit 63 Pilotprojekten zeigen, werden diese teilweise auch in sozial benachteiligten Quartieren in Verknüpfung mit Programmen der Städtebauförderung umgesetzt. Inwiefern sich aus dem Programm Synergiepotenziale zu integrierten Strategien in sozial benachteiligten Quartieren ergeben, hängt somit insbesondere von der Auswahl der Fördergebiete ab. Auch in einem Bericht der Begleitforschung wird darauf verwiesen, dass mit der Auswahl des Quartiers entscheidende Weichen für die Konzeptentwicklung und die Umsetzung gestellt werden (Begleitforschung Energetische Stadtsanierung 2015: 21). In Fördergebieten der Sozialen Stadt oder des Stadtumbaus könnten energetische Quartierskonzepte u. a. dazu beitragen, sinnvolle gebäudebezogene Schritte und energieeffiziente Wärmeversorgungs-lösungen aufzuzeigen (ebd.: 17).

Ein kleinteiliger, aber für diese Studie interessanter Baustein der Energiepolitik sind weiterhin diverse energiebezogene Beratungsangebote für sozial benachteiligte Zielgruppen, die teilweise auch in sozial benachteiligten Quartieren zum Einsatz kommen. Im Rahmen der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ wird seit 2008 das Projekt „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“ vom BMUB gefördert. In den Jahren 2008 bis 2011 wurden für die zielgruppenspezifische Beratung über 13 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt. Der Förderansatz beinhaltet zum einen die Installation von Soforthilfen, wie z.B. Energiesparlampen, Wassersparartikel oder Thermostopps. Zum anderen zielt die Beratung der einkommensschwachen Haushalte darauf ab, induzierte Verhaltensänderungen bei der Nutzung elektrischer Geräten und dem Heizverhalten sowie bei Investitionsentscheidungen zum Kauf effizienterer Geräte zu bewirken. Im Ergebnis einer Evaluierung zeigte sich, dass vor allem durch die installierten Soforthilfen Stromeinsparungen und Heizenergieeinsparungen erzielt werden konnten, wohingegen die Einsparungen durch Verhaltensänderungen deutlich geringer ausfielen (FFU Berlin 2012).

Neben der bundesweiten Förderung wurde insbesondere auf kommunaler Ebene eine Reihe von zielgruppenspezifischen Energiesparberatungsprojekten entwickelt, die ähnliche Förderansätze beinhalten, wie z.B. die „EnergieSchulenPrävention“ der Stadt Nürnberg, das Programm „Klimaschutz. In unserer Hand. (KLIMIG)“ des ECOLOG-Instituts für sozial-ökologische Forschung und Bildung, welches eine auf migrantische Gruppen fokussierte Verbrauchsberatung anbietet, oder die Sozialorientierte Energieberatung der Verbraucherzentrale Bonn, die von der Stadt und den Stadtwerken unterstützt wird.

In Frankfurt wurde im Jahr 2005 von der Caritas ein integratives Projekt entwickelt, das arbeitsmarkt-, sozial- und klimapolitische Ziele miteinander verknüpft. In dem Projekt werden langzeitarbeitslose Menschen im Rahmen einer Beschäftigungsfördermaßnahme zu qualifizierten Energiesparberaterinnen und -beratern geschult, die anschließend eine kostenlose Vor-Ort-

21 <http://www.energetische-stadtsanierung.info/energetische-stadtsanierung/foerderung/>

Energiesparberatung in Haushalten mit niedrigem Einkommen durchführen. Darüber hinaus erhalten die einkommensschwachen Haushalte kostenlose Energiesparstarterpakete mit Energiesparlampen, schaltbaren Steckdosenleisten, Zeitschaltuhren und Wassersparteknik. Kooperationspartner sind das Rhein-Main-Job-Center (Arge), das Sozialdezernat sowie das Umweltdezernat der Stadt Frankfurt, die die notwendige Finanzierung übernehmen, sowie das Frankfurter Energieversorgungsunternehmen Mainova. Bis Ende 2008 wurden mehr als 400 Haushalte beraten, die im Durchschnitt jährlich Energie- und Wasserkosten in Höhe von rund 174 Euro einsparen konnten. Davon entfallen jeweils rund 90 Euro auf Stromkosteneinsparungen, die den Haushalten zugutekommen, und 84 Euro auf Kosten für Wasser- und Heizenergie, die bei Beziehern von ALG-II- oder Sozialhilfe die Kommunen entlasten (IFEU/ISOE 2009: 44). Den Ergebnissen einer Evaluation zufolge gelingt es dem Cariteam-Energiesparservice erfolgreich, Haushalte mit geringem Einkommen für das Thema Energiesparen zu sensibilisieren und für eine sparsamere Nutzung von Energie zu motivieren. Als Erfolgsfaktoren werden u.a. die kostenlose Abgabe erster Energiespargeräte, das Aufgreifen einer zielgruppenspezifischen Motivlage (die Einsparung von Kosten), die Ansprache über alltagsnahe Kommunikationswege und die hohe soziale und kommunikative Kompetenz der Serviceberatungen genannt (ebd.: 51f.). Zudem zeigten die Evaluationsergebnisse, dass mit dem Beratungsangebot auch Personen mit Migrationshintergrund gut erreicht werden konnten und diese die Empfehlungen zum Einsparen von Heizenergie überdurchschnittlich häufig umsetzten. Als Erklärung wird in diesem Zusammenhang angeführt, dass in dieser Gruppe bisher weniger Personen über das Thema Energiesparen im Haushalt informiert und dafür sensibilisiert seien (ebd. 53f.).

In Nordrhein Westfalen wurde anknüpfend an ein Modellvorhaben der Stadt Wuppertal ein landesweites Modellprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ hervorgegangen, das Bürgerinnen und Bürger, die ihre Energierechnungen nicht bezahlen können, denen eine Gas- oder Stromsperre droht oder deren Versorgung bereits unterbrochen worden ist, eine kostenfreie Budget- und Rechtsberatung bietet. Das Landesmodellprojekt wird seit 2012 in den Städten Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Köln, Krefeld, Mönchengladbach und Wuppertal umgesetzt und durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und die örtlichen Energieversorgungsunternehmen finanziert.

Auf Landesebene kann zudem das Berliner Projekt „Fifty-fifty Energie sparen an Schulen“ erwähnt werden. Im Rahmen dieses Projektes werden Energie-, Wasserverbrauch und Abfallerzeugung der teilnehmenden Schulen gemessen und anschließend im Rahmen von durch alle Akteure zusammen durchgeführten Handlungen nachhaltig reduziert. Damit hat das Programm einen breiten umweltbezogenen Ansatz, der über den Energiebereich hinausgeht. Die eingesparten Energie-, Wasser- und Müllabfuhrkosten werden als Anreiz zur Hälfte in den Schulhaushalt zurücküberführt. Über die Schulen werden sowohl Lehrkräfte als auch Kinder erreicht. Durch das Programm wird auch ein Beitrag zur Bildung zur nachhaltigen Entwicklung geleistet.

Maßnahmen zur Verbesserung der Natur und Umwelt in der Stadt und Reduzierung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen

In diesem Handlungsfeld existieren auf Länderebene verschiedene Ansätze, die entweder allgemeine Umweltprogramme darstellen oder spezifisch auf einzelne Themen, wie z.B. Stadtgrün oder Brachflächenanierung fokussiert sind. Oftmals kommen hier auch EFRE-Mittel zum Einsatz. Inwiefern von der Förderung sozial benachteiligte Quartiere profitieren, hängt von der Auswahl der Gebiete und der konkreten konzeptionellen Ausgestaltung der Maßnahmen in den einzelnen Ländern und Kommunen ab.

Ein Beispiel ist das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE), das u.a. die Verbesserung der Natur und Umwelt und die Verringerung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen in sozial benachteiligten Quartieren zum Ziel hat. Das Programm wird mit Mitteln des Europäischen Fonds für

Regionalentwicklung (EFRE) gefördert. Im Operationellen Programmen für den EFRE wurde es in einer Prioritätsachse zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit dem Stadtentwicklungsprogramm „Zukunftsinitiative Stadtteil II“ zusammengeführt, das die Entwicklung und Stabilisierung von sozial benachteiligten Quartieren zum Ziel hat. Im Rahmen des Programms sollen u. a. folgende Maßnahmentypen gefördert werden:²²

- ▶ Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl oder zur Verbesserung der Qualität der Grünanlagen und Erholungsgebiete sowie der grünen Infrastruktur (wie z.B. Umbau/Vernetzung bezirklicher Grünanlagen, Etablierung eines innovativen Wassermanagements, Schaffung oder Neugestaltung naturnaher Spiel- und Bewegungsflächen, Kombination von Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung mit der Gestaltung von Parkanlagen, Schaffung von begrünten Verbindungswegen zwischen bestehenden Grünanlagen).
- ▶ Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der ökologischen Qualität im Stadtgebiet (wie z.B. Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung zur Hofbegrünung, Pocket-Parks, Fassaden- bzw. Dachbegrünung, grüne Klassenzimmer, Entsiegelung von Brachflächen und Anlage begrünter naturnaher Lebens- und Erholungsräume, öffentliche Dachgärten für urban farming).
- ▶ Maßnahmen zur Reduzierung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen durch technische und nichttechnische Vorhaben, die der Reduzierung von Lärm oder Luftverunreinigungen dienen (wie z.B. die Umgestaltung von Straßen, so dass weniger Verkehrslärm entsteht, straßenräumliche Maßnahmen zur Förderung des Fahrrad-, Fußgängerverkehrs sowie des ÖPNV, Lärmschutzwände oder Lärminderungsmaßnahmen im Straßenverkehr und des ÖPNV).

Inwiefern die Maßnahmen in der Umsetzung mit den Konzepten und Strategien der integrierten Stadtentwicklung verknüpft werden und ob sich hierdurch neue Synergiepotenziale entfalten, wird sich erst im Zuge der Umsetzung zeigen.

In Nordrhein-Westfalen wird im Rahmen der EFRE-Förderung vom Umweltministerium derzeit eine Förderrichtlinie erarbeitet, die ebenfalls auf die integrierten Konzepte Bezug nimmt. Die geplante Förderung umfasst u. a. Maßnahmen zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, Wasserwirtschaft und Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung und zur Klimaresilienz, Sicherung und Sanierung von Altlasten im Hinblick auf die Optimierung von grünen Infrastrukturen, Urban Gardening und urbane Land- und Forstwirtschaft, Bildung für nachhaltige Entwicklung/Umweltbildung sowie Freiflächenschutz und -entwicklung.²³ Inwiefern die Umsetzung der Maßnahmen mit Maßnahmen der präventiven Quartiersentwicklung verknüpft wird, lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Informationen noch nicht sagen.

Von besonderer Relevanz sind in diesem Handlungsfeld weiterhin urbane Gemeinschaftsgärten, die in vielen Städten insbesondere von lokalen Initiativen und Vereinen entwickelt wurden und die unterschiedlich unterstützt werden. Beispielsweise werden von der „Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis“ seit 1996 bundesweit Gartenprojekte von gemeinnützigen Einrichtungen gefördert. Die Anzahl urbaner Gartenprojekte wurde in Deutschland im Jahr 2013 auf etwa 500 geschätzt, wobei sich die einzelnen Projekte u.a. hinsichtlich ihrer Lagen und Kontexte, ihrer Größe, ihrer Zielsetzungen und Nutzergruppen und ihrer zeitlichen Perspektiven unterscheiden (BBSR 2015: 4). Beispiele sind interkulturelle Gärten, Nachbarschafts- oder Quartiersgärten, Generationengärten, Schulgärten oder Frauengärten. Neben ihren stadtbild- und klimabezogenen Auswirkungen haben urbane Gemeinschaftsgärten wichtige Beteiligungs- und Sensibilisierungseffekte auf die lokale Bevölkerung sowie positive Effekte auf den sozialen Zusammenhalt. Ergebnisse einer Fallstudienuntersuchung zeigen, dass Gemein-

22 <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/foerderprogramme/bene/foederschwerpunkte/fs6/>

23 <https://www.umwelt.nrw.de/natur-wald/natur/foerderprogramme/efre/>

schaftsgärten vielfältige sozialräumliche Ausstrahlungseffekte haben können: „Die Gärtner entwickeln häufig ein bisher nicht gekanntes Gemeinschaftsgefühl und Perspektiven für die Gestaltung des eigenen Lebens. Mit der aktiven Betätigung im Garten sinkt die Hemmschwelle für weiteres Engagement. Die Gärtnerinnen und Gärtner engagieren sich nicht nur für ihren Garten, sondern darüber hinaus auch für das Quartier“ (ebd.: 49). Abhängig von ihrer Lage und Ausrichtung können die Gärten zudem unterschiedliche Wirkungen entfalten, wie z.B. soziale, integrative, kommunikative, bildungsrelevante, gesundheitliche, ökologische oder klimatische Wirkungen (ebd.: 14).

Schließlich muss das Grünbuch des Bundes „Grün in der Stadt“ erwähnt werden, das auf einem Kongress im Herbst 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Es fasst erstmalig ressortübergreifend den aktuellen Wissensstand zum urbanen Grün zusammen. Angestoßen werden soll im jetzt begonnenen Weißbuchprozess ein breiter Dialog über den zukünftigen Stellenwert von Grün- und Freiflächen in unseren Städten. Damit wird der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeiten Handlungsempfehlungen und Möglichkeiten der Umsetzung entwickeln. Die Erstellung erfolgt in Abstimmung mit Ländern, Kommunen, Verbänden, Zivilgesellschaft, Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis und weiteren Akteuren.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ein weiterer Förderbereich betrifft Programme, Initiativen und Projekten der Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung (BNE). Diese zielen darauf ab, das Umweltverhalten von Bürgerinnen und Bürgern oder spezifischen Zielgruppen zu beeinflussen. Dabei können unterschiedliche Themen im Vordergrund stehen, wie z.B. Gesundheit, Ernährung, Konsummuster und Freizeitverhalten, umweltfreundliche Mobilität oder Mülltrennung, -reduzierung und Wiedernutzung).

Die Bildung zu Umwelt- und Gesundheitsthemen und Ernährung berührt zahlreiche Politikbereiche. Dabei sind große Überschneidungen mit Programmen und Maßnahmen zur Stärkung der Prävention, Teilhabe und Gesundheit zu finden, die bereits unter 2.1.3 behandelt wurden. Auf Bundesebene sind hier insbesondere die Initiative „In FORM“ und das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ erneut zu nennen. Eine Veröffentlichung des UBA verweist darüber hinaus auf verschiedene Programme zur Umwelt und Gesundheit auf Länderebene, wie z.B. das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit Nordrhein-Westfalen (APUG NRW) (UBA 2011). Zielgruppe des APUG NRW sind Entscheidungstragende, Kommunen (insb. Umwelt- und Stadtplanungämter), aber auch die gesamte Bevölkerung im Rahmen von direkten Sensibilisierungsmaßnahmen. Die wesentlichen Themenfelder des Programmes sind Verkehr, gesundes Wohnen, Dialogstrukturen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz, Ernährung und Umweltgerechtigkeit. Zudem wird in neun Bundesländern das EU-Schulobst- und Gemüseprogramm umgesetzt, das die Verbesserung der Ernährungsbildung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel hat.

Darüber hinaus werden auch vom UBA und vom BMUB Modellprojekte gefördert, die sich mit Themen der Umwelt- und Gesundheitsbildung befassen. Beispielsweise ist hier das Projekt „Umweltgerechtigkeit von Geburt an“ zu nennen, das von 2009 bis 2010 in Berlin und München durchgeführt wurde. Das Projekt beinhaltete u.a. ein Beratungsangebot für Familien mit Neugeborenen zur Prävention von möglichen Umweltbelastungen im Haushalt sowie Workshops und Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Zielgruppe waren insbesondere sozial schwache Bevölkerungsgruppen.²⁴ Dabei fand eine enge Zusammenarbeit mit Quartiersmanagements sowie Familien- und Sozialeinrichtungen in benachteiligten Quartieren statt, wodurch die Zielgruppe gut erreicht werden konnte (Hausmann 2011). Zudem werden vom UBA und BMUB Modellprojekte von Umweltverbänden gefördert, die dazu

24 <http://www.wecf.eu/german/projekte/umweltgerechtigkeit.php>

dienen, das Bewusstsein und das Engagement für Umweltschutz und Naturschutz stärken.²⁵ Unter den Modellprojekten befinden sich auch Projekte, die Naturschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. So wird beispielsweise ein Kooperationsprojekt zur Teilhabe sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen an nachhaltigen Konsum- und Lebensstilen gefördert, das seit 2014 gemeinsam von Verbänden der AWO und der NaturFreunde an drei Standorten umgesetzt wird. Im Rahmen der lokalen Kooperationen wurden u.a. für sozial benachteiligte Familien Ausflüge in NaturFreunde Häuser organisiert oder Workshops zur gesunden Ernährung veranstaltet.

Im Bereich Konsummuster, Freizeitverhalten werden ebenfalls überwiegend Projekte, Maßnahmen, Initiativen und Kampagnen gefördert, die in der Regel von Verbänden oder öffentlichen Einrichtungen organisiert werden. Auf Bundesebene soll die Umweltschutzförderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt sowie die Verbändeförderung des UBA besonders erwähnt werden. Darüber hinaus gibt es aber auch eine Reihe an Vorhaben, die von lokalen Initiativen entwickelt werden und von verschiedenen Fördermittelgebern unterstützt werden. Neben Förderprogrammen des Bundes und der Länder sind hier insbesondere Stiftungen und Unternehmen als weitere Finanzierungsquellen zu nennen. Das Portal „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bietet einen guten Überblick über ausgewählte Akteure und Projekte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland.²⁶ Von den 54 dargestellten Projektbeispielen befassen sich 25 mit den Themen Armutsbekämpfung oder Reduzierung von sozialen Ungleichheiten. Weitere Inhalte der Projekte sind u. a. Biodiversitätsbildung, Abfallwirtschaft, Ernährung, nachhaltiger Konsum und Produktion, Energie, Klima, Wasser und Lokale Agenda 21.

Weitere Projektbeispiele sind u.a. die bundesweiten Jugend-Aktionswochen zur Abfallvermeidung oder „Kenne deinen Rucksack – Nachhaltiger Konsum im Alltag“ (ein Projekt des NABU). Auf Länderebene ist die Förderung gemeinnütziger Umwelt- und Naturschutzprojekte in Bremen zu erwähnen. Durch das Bremer Programm können „Maßnahmen und Kampagnen [...] zur Verbreitung einer nachhaltigen Mobilität und eines umwelt- und ressourcenschonenden Konsums“ unterstützt werden. Ein Beispiel für eine private Initiative ist das Programm „Ich kann was!“ der Deutschen Telekom, die jährlich rund 200 Projekte zur Weiterentwicklung von Schlüsselkompetenzen bei Kindern und Jugendlichen in sozial benachteiligten Quartieren fördert. Ein Teil der Projekte widmet sich konkret den Themen Natur und Umwelt, Gesundheit, Ernährung und Kochen, alltagspraktische Fertigkeiten und Handwerk oder Nachhaltigkeit und Gestaltungskompetenz.²⁷

Zur Stärkung der umweltfreundlichen Mobilität werden sowohl investive (im Infrastrukturbereich) als auch nicht-investive Maßnahmen gefördert. Von großer Bedeutung ist das Förderprogramm „Nationaler Radverkehrsplan 2020“ des Bundes. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) fördert auf dieser Grundlage seit 2013 nicht-investive innovative Projekte zur Stärkung des Radverkehrs mit ca. 3,2 Mio. Euro pro Jahr. Jährlich werden unterschiedliche Themenschwerpunkte aufgerufen. Im Jahr 2015 waren es die Themen „Elektromobilität“ und „Rad und Raum“. Die Handlungsfelder der Modellprojekte sind breit gefächert. Darunter sind auch Themen, die unmittelbare Bezüge zur ökologischen Gerechtigkeit aufweisen, wie z.B. die Unterstützung von speziellen Zielgruppen, Gesundheit oder Beteiligung.²⁸ Beispielsweise wird in Tübingen das Projekt „Für jedes Kind ein Rad“ umgesetzt, das zum Ziel hat, Kindern und Jugendlichen aus finanzschwachen Haushalten den Zugang zur Rad-Mobilität zu ermöglichen. So können Familien mit geringem Einkommen die Räder ihrer Kinder kostenlos checken und reparieren lassen. Darüber hinaus werden ungenutzte Räder aus der Bevölkerung gesammelt und an die Zielgruppe weitergegeben.

25 <https://www.umweltbundesamt.de/das-uba/was-wir-tun/foerdern-beraten/verbaendefoerderung>

26 <https://akteure.bne-portal.de/>

27 <http://www.initiative-ich-kann-was.de/index.php?id=projekte>

28 <http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/praxisbeispiele/>

Neben weiteren investiven Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung unterstützen auch die Bundesländer den Fahrradverkehr durch nicht-investive Maßnahmen, z.B. in Form von Kampagnen. Besonders erwähnenswert ist hier das Hamburger Programm „Unabhängige Mobilität - aber sicher! Integration erfahren“, welches von der Türkischen Gemeinde Hamburg getragen wurde und Fahrradkurse für Frauen mit Migrationshintergrund anbot. Damit sollte neben der umweltfreundlichen Mobilität an sich insbesondere die allgemeine soziale Teilhabe dieser Gruppe gestärkt werden.

Im Bereich Mülltrennung, -reduzierung und Wiedernutzung wird eine Reihe von Kampagnen zur Information über Abfallverwertung, zur Sanierung von Altablagerungen aber auch Programme zur Schonung von Ressourcen und zur Sensibilisierung von Verbrauchern gefördert. Der Naturschutzbund (NABU) führt zahlreiche vom UBA geförderte Projekte der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Abfallvermeidung ist Ressourcenschonung“ durch; dabei ist die Zielgruppe die „interessierte Öffentlichkeit“. Zwischen 2010 und 2013 wurden vom NABU Aktionsideen zum Thema Abfallvermeidung gesammelt und diese anschließend Kommunen und Bildungseinrichtungen sowie weiteren „Multiplikatorinnen und Multiplikatoren“ zur Verfügung gestellt. In der Projektgruppe „Bildungsangebote im Bereich Abfallvermeidung“ führte der NABU im Auftrag des BMUB zudem verschiedene Projekte durch. Zu dieser letzten Gruppe zählen bspw. die Aktion „Stopp – bevor alles im Eimer ist!“ oder die Projektwoche des Wissenschaftsladens Bonn e. V. zum Thema „Ressourcenschutz – nicht aller Schrott muss weg“.

An den Ergebnissen der Sekundäranalyse ist auf der einen Seite deutlich geworden, dass das Programm „Soziale Stadt“ und weitere Programme der Städtebauförderung aufgrund ihres integrierten Stadtentwicklungsansatzes eine Reihe von Anknüpfungspunkten bieten, um städtebauliche und soziale Maßnahmen mit Aktivitäten zum Umweltschutz oder zur ökologischen Gerechtigkeit zu verbinden. Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse aber auch, dass in der Regel im Rahmen der Programmumsetzung andere Themen im Vordergrund stehen und insbesondere Strategien und Maßnahmen der ökologischen Gerechtigkeit, die auf eine Veränderung der Konsum- und Lebensstile abzielen, nur einzeln umgesetzt werden.

5 Untersuchung von „Good Practice“-Ansätzen für die Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

Im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens wurden zehn Beispiele guter Praxis zur Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit identifiziert, deren Ergebnisse im folgenden Teil dargestellt werden. Bei der Auswahl der guten Beispiele wurde neben den bereits aufgeführten Auswahlkriterien (siehe Kap. 3.2.2) zum einen darauf geachtet, dass möglichst unterschiedliche Projektansätze in die Auswahl einbezogen wurden, was die Region, Handlungsfelder, Akteure und Förderprogramme betrifft. Zum anderen sollten möglichst Beispiele ausgewählt werden, die noch weniger bekannt sind und die somit nicht bereits Gegenstand ähnlich gelagerter Forschungsprojekte oder Wettbewerbe waren.²⁹

Bei der Recherche nach guten Praxisbeispielen wurden einige erste übergreifende Erkenntnisse deutlich, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

- ▶ Die Mehrheit der Projekte, die Aktivitäten zum Umweltschutz und zur sozialen Gerechtigkeit miteinander verknüpfen, beinhalten Maßnahmen zum Thema Grün in der Stadt (Stadtteilgärten, urbane Landwirtschaft etc.).

29 Zu nennen sind hier beispielweise die Veröffentlichung des BMUB (2016): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt – Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage oder die Bekanntmachung der Deutschen Umwelthilfe von guten Praxisbeispielen zu Grünflächen in der Sozialen Stadt.

- ▶ Die Maßnahmen zum Thema Grün in der Stadt werden dabei mit ganz unterschiedlichen Themen verknüpft und können hierdurch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen beinhalten (wie z.B. gesunde Ernährung, Produktion von Nahrungsmitteln und Selbstversorgung, Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, Ermöglichung von Naturerfahrung).
- ▶ Andere häufige Maßnahmen sind Repair-Cafés, Fahrradwerkstätten, Projekte zur Müllreduzierung/-trennung, (Qualifizierung zur) Wärme- und Energiesparberatung und Projekte zur nachhaltigen Bildung in Kitas, Familienzentren oder Schulen.
- ▶ Es gibt eine Vielzahl von Projekten, in denen andere Themen im Vordergrund stehen, die Themen Umweltschutz oder ökologische Gerechtigkeit aber im Rahmen der Umsetzung mitbehandelt werden oder es deutliche Bezüge zu diesen Themen gibt (zu nennen sind hier beispielsweise Maßnahmen in den Bereichen Kochen/Ernährung, Familienbildung/-beratung, Gesundheit oder Sport).
- ▶ Sozial schwache Haushalte sind häufig eine Zielgruppe, aber selten die Initiatoren der Projekte/Initiativen.
- ▶ Oftmals dienen Förderprogramme als Initiator für die Maßnahmen, insbesondere das Programm „Soziale Stadt“.

Tabelle 6 enthält eine Übersicht über die ausgewählten Praxisbeispiele, deren Ansätze und ersten Ergebnisse in diesem Kapitel ausführlicher dargestellt werden. Wie der letzten Spalte zu entnehmen ist, befinden sich die Projekte unterschiedlich lang in der Umsetzung. Oftmals gibt es Vorläufer- und Nachfolgeprojekte, wodurch die thematischen Inhalte der Projekte oder Initiativen meist über einen längeren Zeitraum hinweg in dem jeweiligen Stadtteil bearbeitet werden.

Alle Projekte werden aus Mitteln der Städtebauförderung (insbesondere Soziale Stadt und Stadtumbau Ost/West) gefördert, wobei aber einige der untersuchten Ansätze zunächst unabhängig von den Förderprogrammen mit Hilfe privater Spenden (Stiftungen, Unternehmen und Privatpersonen) entstanden sind (Utopiastadt Wuppertal; Ideen säen, Essen ernten Hannover) und auch das Ausmaß der Förderung variierte. Ergänzend dazu kamen in den meisten Fällen weitere Förderprogramme zum Einsatz (insbesondere BIWAQ oder andere ESF-Programme), die die Förderung von nicht-investiven Maßnahmen ermöglichten.

Tabelle 6: Gute Beispiele zur Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

Projekt / Initiative	Stadt, Stadtteil	Inhalt	Verantwortliche Akteure	Förderprogramm / Finanzierung	Zeitraum
Ladies on Tour	Braunschweig, Westliches Ringgebiet	Frauen (mit Migrationshintergrund) erhalten in einem zehnwöchigen Kurs die Möglichkeit, Fahrradfahren zu lernen	Quartiersmanagement; Sozialreferat der Stadt Braunschweig	Soziale Stadt, ergänzt durch EFRE und ESF	seit 2003
Integration in Gröpelingen anhand Ernährung und Landschaftspflege (IGEL)	Bremen, Gröpelingen	Qualifizierung von ehemaligen Strafgefangenen und Langzeitarbeitslosen im Bereich ökologischer Landwirtschaft	Förderwerk Bremen	BIWAQ (Soziale Stadt-Gebiet), ergänzt durch Beschäftigungsmaßnahmen	seit 2012

Projekt / Initiative	Stadt, Stadtteil	Inhalt	Verantwortliche Akteure	Förderprogramm / Finanzierung	Zeitraum
Projekt zur urbanen Landwirtschaft	Dortmund, Hörde	Entwicklung von vielfältigen Formen urbaner Landwirtschaft unter Einbeziehung sozial Benachteiligter und Langzeitarbeitsloser	Stadt Dortmund	Soziale Stadt, Stadtbau West	seit 2015
Sparfüchsinen	Freiburg, Weingarten	Qualifizierung von Anwohnerinnen und Anwohnern mit Migrationshintergrund zu Energiesparberaterinnen und -beratern, die in Haushalten niedrigschwellige Beratungen durchführen	Stadtteilbüro (Forum Weingarten e.V.)	ESF-Programm Stärken vor Ort, Soziale Stadt	seit 2006
Ideen säen, Essen ernten	Hannover, Hainholz	Durchführung von Veranstaltungen und Information und Beratung zum bewussten Umgang mit Ressourcen und ökologischer und nachhaltiger Ernährung	Migranten für Agenda 21. e.V.	Soziale Stadt; Umweltstiftung Niedersachsen BINGO, zusätzliches Sponsoring durch Gilde AB InBev	seit 2013
Stadtgarten	Halle, Glaucha	Entwicklung eines Stadt- und Bürgergartens auf einer Brachfläche unter Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern	Postkult e.V., Eigentümermoderator	Stadtbau Ost, ergänzt durch EFRE und IBA ExWoSt Jugend belebt Leerstand und Jugend.Stadt. Labor	seit 2008
Stadtteilgarten	Jena, Winzerla	Entwicklung eines Stadtteilgartens zur Gesundheitsförderung im Quartier unter Beteiligung von Menschen aus Beschäftigungsmaßnahmen und der Quartiersbewohnerschaft.	Stadtteilbüro	Soziale Stadt, BI-WAQ, ESF-Programm Tizian, Fortbildungsakademie der Wirtschaft, private Spenden	seit 2011
Hallo Nachbar	Köln, Mühlheim	Verbesserung der Sauberkeit im Quartier, indem die Menschen für ihre Umgebung aktiviert und interessiert werden.	Umweltamt	Soziale Stadt Kommunale Mittel, Mittel der Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB)	2009-2015
Nachbarschaftsgarten	Strausberg, Hegermühle	Schaffung einer naturnahen Fläche zur Erholung und Begegnung und zur Aktivierung unterschiedlicher Bewohnergruppen	Quartiersmanagement, Landschaftsarchitektin	Soziale Stadt	seit 2014

Projekt / Initiative	Stadt, Stadtteil	Inhalt	Verantwortliche Akteure	Förderprogramm / Finanzierung	Zeitraum
Utopia-stadt	Wuppertal, Mirker Quartier	Auf dem Gelände des ehemaligen Bahnhofs Mirke ist eine Werkstatt für Utopien entstanden mit Initiativen zum „Urban Gardening“, einem kostenlosen Fahrradverleih, offenen Werkstätten und einem Repair-Café.	Utopiastadt gGmbH	NRW-Programm Initiative ergreifen (Stadtumbau West/Soziale Stadt); Spenden von Stiftungen und Unternehmen (NRW-Stiftung und Jackstädt-Stiftung)	seit 2011

Quelle: Eigene Darstellung

Herausforderungen und Potenziale in den Quartieren

Alle ausgewählten Fallbeispiele werden in oder angrenzend an sozial benachteiligte/n Stadtteile/n umgesetzt. In den meisten Fällen handelt es sich um Fördergebiete des Programms „Soziale Stadt“, wobei aber nicht alle Projekte bzw. Initiativen unmittelbar über das Programm gefördert werden.

Von den befragten projektverantwortlichen und kommunalen Akteuren wurden in Bezug auf die Situation in den Quartieren insbesondere folgende Herausforderungen genannt, die abhängig vom Stand der Umsetzung der Städtebauförderung und weiterer Programme in den Gebieten bereits mehr oder weniger stark angegangen wurden:

- ▶ hohe Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit,
- ▶ hoher Anteil von Transferleistungsbeziehenden und -beziehern,
- ▶ teilweise ein sehr hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund aus vielen unterschiedlichen Nationen,
- ▶ teilweise ein überdurchschnittlicher Anteil an älteren Menschen,
- ▶ fehlende Begegnungsräume,
- ▶ Leerstand und Sanierungsstau,
- ▶ Vandalismus und Vernachlässigung des öffentlichen Raums,
- ▶ mangelnde Freiraumplanung,
- ▶ hohe Umweltbelastungen,
- ▶ schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr,
- ▶ unattraktive Fuß- und Radwege.

An den aufgeführten Punkten wird bereits deutlich, dass sich hieraus eine ganze Reihe an Anknüpfungspunkten zu Themen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit ergibt. Neben den Herausforderungen wurde von den Akteuren auch eine Reihe an Potenzialen genannt, die für die Entstehung der Projekte und Initiativen ebenfalls von Relevanz waren:

- ▶ das Vorhandensein von (großen) Grün- und Freiflächen oder Brachflächen,
- ▶ bereits erfolgte städtebauliche Aufwertungsprozesse,
- ▶ gute oder verbesserte Anbindung an den ÖPNV oder an größere Radwege,
- ▶ Anwohnerinnen und Anwohner mit Wunsch nach Betätigung und sozialen Kontakten (diesbezüglich traten insbesondere ältere Menschen, Frauen mit Migrationshintergrund oder Flüchtlinge in Erscheinung),
- ▶ Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich ein sauberes und sicheres Wohnumfeld,

- ▶ lebendige Struktur durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen,
- ▶ Engagement von Künstlerinnen und Künstlern, Studierenden oder Nachbarschaftsvereinen,
- ▶ es ist eine positive Entwicklung im Gebiet sichtbar.

Entstehungshintergrund und Ziele

Die meisten identifizierten Beispiele zur Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind als Projekte im Rahmen der Umsetzung von Förderprogrammen entstanden, wobei dem Programm „Soziale Stadt“ und seinen Partnerprogrammen „BIWAQ“ und „Jugend Stärken im Quartier“ eine besondere Bedeutung zukommt. Oftmals knüpften die Projekte an vorangegangene Aktivitäten im Quartier oder in der Stadt an. Die Initiative für die Projekte ging dabei von unterschiedlichen Akteuren aus (Stadt, QM, lokaler Verein/Eigeninitiative, einzelne Bewohnerinnen und Bewohner etc.). Abhängig von den Akteuren fand dabei eher eine Top-down- als eine Bottom-up-Planung statt, wobei die Umsetzung in den meisten Fällen unter Einbindung lokaler Initiativen erfolgte.

Wie Tabelle 7 zu den Entstehungshintergründen der Projekte und Initiativen zeigt, sind die Ideen für die Projekte oftmals im Rahmen von (interdisziplinären) Vernetzungen oder lokalen Veranstaltungen entstanden. Neben den kommunalen Akteuren und den Quartiersmanagements stellen dabei Studierende eine wichtige Akteursgruppe dar. Diese müssen nicht zwangsläufig in den sozial benachteiligten Stadtteilen leben, scheinen aber eine große Bereitschaft mitzubringen, sich in Diskussionen und Projekte zur sozialen/kreativen/nachhaltigen Stadtentwicklung einzubringen.

Anhand der Zielsetzungen der guten Beispiele wird deutlich, dass die Aktivitäten zur Erhöhung der ökologischen Gerechtigkeit jeweils mit Maßnahmen einhergehen, die unmittelbar auf soziale Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner in den Quartieren reagieren (wie z.B. die Schaffung von neuen Begegnungsmöglichkeiten, Schaffung von Möglichkeiten zur Eigenversorgung, Aufzeigen von Einsparpotenzialen).

Tabelle 7: Entstehungshintergrund und Ziele der identifizierten Fallbeispiele

Projekt / Initiative (Stadt, Stadtteil)	Entstehungshintergrund	Ziele
Ladies on Tour (Braunschweig, Westliches Ringgebiet)	Die Idee zu dem Projekt ist im Jahr 2003 im Rahmen eines Stadtteilfestes entstanden, bei dem Frauen mit Migrationshintergrund den Wunsch äußerten, Fahrrad fahren zu lernen.	Ziel der Kurse ist es, Frauen (mit Migrationshintergrund) Fahrrad fahren zu lehren und sie mit Angeboten im Stadtteil vertraut zu machen.
Integration in Gröpelingen anhand Ernährung und Landschaftspflege (IGEL), Vorläuferprojekt: „Knastgewächse“ (Bremen, Gröpelingen)	Eine Gruppe von Studierenden hatte im Jahr 2012 im Zusammenhang mit Überlegungen zur sozialen Stadtentwicklung in Gröpelingen die Idee, ehemaligen Strafgefangenen, Freigängern und Langzeitarbeitslosen in der brachgefallenen JVA Oslebshausen Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten.	Ziel ist es, den Teilnehmenden wieder eine Perspektive und eine Integration in den Arbeitsmarkt zu bieten. Hierzu erlernen sie grundlegende Fähigkeiten aus dem Biogemüseanbau, der Hobbyimkerei sowie in den Bereichen Landwirtschaftshelfer/in und Tierwirtschaft/-pflege. Weitere Ziele sind die Schaffung einer funktionierenden Vermarktungskette der hergestellten Produkte; der Aufbau eines Lehrbienenstandes für das Quartier und die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil Gröpelingen.

Projekt / Initiative (Stadt, Stadtteil)	Entstehungshintergrund	Ziele
Projekt zur urbanen Landwirtschaft (Dortmund, Hörde)	Im Rahmen der Umsetzung eines Klimafolgenanpassungskonzepts für den Stadtteil ist das Soziale Stadt Projekt in Anknüpfung an das Vorgängerprojekt „Querbeet Hörde. Ernte deine Stadt“ entstanden. In dem Projekt geht es darum, vielfältige Formen der urbanen Landwirtschaft, darunter einen Gemeinschaftsgarten, unter explizitem Einbezug von sozial Benachteiligten weiterzuentwickeln und hierdurch den Stadtteil nachhaltiger und sozial gerechter zu gestalten.	Ziele sind der Aufbau einer breit getragenen Kultur der Eigenversorgung mit frischen Lebensmitteln, die Verbesserung der ökologischen und stadtklimatischen Funktionen im Stadtteil sowie die Verbesserung der Ernährung und der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Langfristig sollen der Aufbau eines rentierlichen Systems zur Subsistenzwirtschaft und die Schaffung von neuen dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten für SGB-II-Beziehende ermöglicht werden.
Sparfüchsinnen (Freiburg, Weingarten)	In der Bugginer Straße wurde ein Hochhaus mit 139 Wohnungen 2009-2010 als Passivhochhaus saniert, das mit einem breiten Beteiligungsverfahren gekoppelt wurde. Nach der Sanierung war eine Einweisung der Bewohnerinnen und Bewohner in ein ganz neues Lüftungs- und Heizverhalten von Nöten. Für die Beratungstätigkeit wurden Anwohnerinnen mit Migrationshintergrund qualifiziert, die dann in einfacher Sprache und mehrsprachig grundlegende Informationen vermitteln sollten. Die Kosten der Qualifizierung und Beratung wurden vom Eigentümer (Freiburger Stadtbau GmbH) getragen.	Ziel des Projekts ist eine bessere Vermittlung der Inhalte im Bereich Energiesparen und Umweltschutz im Rahmen der Sanierung eines Hochhauses als Passivhochhaus.
Ideen säen, Essen ernten (Hannover, Hainholz)	Die Initiative Migranten für Agenda 21 e. V. entstand vor ca. 14 Jahren im Rahmen eines Projekts der Stadt Hannover, bei dem es darum ging, Migrantinnen und Migranten für den Umweltschutz zu aktivieren. Seitdem hat der Verein verschiedene Projekte durchgeführt, die thematisch aufeinander aufbauen. Das Projekt Ideen säen, Essen ernten wird durch die Umweltstiftung Niedersachsen BINGO gefördert und in Kooperation mit den Quartiersmanagements in verschiedenen sozial benachteiligten Stadtteilen Hannovers umgesetzt.	Ziel der Initiative ist es, machbare Möglichkeiten dafür aufzuzeigen, dass finanzschwache Haushalte nachhaltige Lebensstile – d.h. ein ökologisch bewusstes, gesundes und gesellschaftlich integriertes Leben – leisten können.

Projekt / Initiative (Stadt, Stadtteil)	Entstehungshintergrund	Ziele
Stadtgarten (Halle, Glaucha)	Im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 fand im Jahr 2008 erstmals der Entdeckertag in Glaucha statt, der Bürgerinnen und Bürgere in leerstehende Häuser und Läden einlud. Dies stellte den Auftakt der Vernetzung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Initiativen sowie Eigentümerinnen und Eigentümern dar. Der Stadtgarten entstand im Jahr 2009 im Rahmen eines internationalen Workcamps unter dem Titel „Ein Garten für Glaucha“ und wird von der studentisch geprägten Initiative Postkult e.V. umgesetzt.	Ziel ist die Erhaltung des gründerzeitlichen Wohnungsbestands mit relativ großen Grundstücksflächen. Der Stadtgarten wurde mit dem Anliegen errichtet, einen Raum zur Aneignung, zum kulturellen Austausch, zur Vernetzung und zur Betätigung in der Natur zu schaffen. Zudem soll der Garten die Information zu Gesundheits- und Ernährungsthemen ermöglichen.
Stadtteilgarten (Jena, Winzerla)	Nachdem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtteilbüros Jena sowie Studierende der Ernst Abbe Fachhochschule Jena (EAH) an einer Veranstaltung der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung und der AOK Plus zum Thema Gesundheitsförderung im Quartier teilgenommen hatten, entstand die Idee eines Praxisprojekts an der EAH zur Erprobung eines Stadtteilgartens. Mit Mitteln der Sozialen Stadt wurden die Grundlagen für den Stadtteilgarten geschaffen.	Neben der Ausgangsidee, Gesundheitsförderung im Quartier zu betreiben, werden vorrangig soziale Ziele verfolgt. So sollen ein Treffpunkt für Jung und Alt entstehen, der Anbau von Obst und Gemüse zum Verzehr ermöglicht werden und eine Verbesserung des Wohnumfelds und des Gebietsimages erzielt werden.
Hallo Nachbar (Köln, Mühlheim)	Die Idee zu dem Projekt entstand im Jahr 2006 als der damalige Bürgermeister den Schwerpunkt auf den Bereich Sauberkeit in der Stadt legte. Das Umweltamt wollte dabei dem Zusammenhang von auffälliger Sozialstruktur und hoher Vermüllung auf den Grund gehen und wählte hierfür das Gebiet Mühlheim Nord in Abstimmung mit dem Stadtentwicklungsamt aus.	Ziel des Projekts ist es, die Sauberkeit im Quartier zu verbessern und dabei den Ursachen auf den Grund zu gehen, indem die Menschen im Quartier für ihre Umgebung interessiert und aktiviert werden. Die Nachbarschaft soll gestärkt und die Gleichgültigkeit abgebaut werden.

Projekt / Initiative (Stadt, Stadtteil)	Entstehungshintergrund	Ziele
Nachbarschaftsgärten (Strausberg, Hegermühle)	Die Idee für den Nachbarschaftsgarten ist aus einer Kooperation des Landesamts und der Stadt Strausberg entstanden. Die Umsetzung erfolgte dann durch das Quartiersmanagement in einem Beteiligungsprozess. Da viele Bewohnerinnen und Bewohner in näherer Umgebung keinen eigenen Garten besitzen, wurde die Idee eines Nachbarschaftsgartens sehr positiv aufgenommen.	Ziele sind die Schaffung von naturnahen Flächen zur Erholung und Begegnung, die Aktivierung unterschiedlicher Bewohnergruppen und die Ermöglichung von nachbarschaftlichem Austausch. Zudem soll der Garten als Ausgangspunkt weiterer gemeinschaftlicher Aktivitäten dienen und zur Förderung der psychischen und physischen Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen. Weiterhin soll der Garten einen Beitrag zur Inklusion von sozial Benachteiligten leisten und „Natur und Bildung“ anschaulicher gestalten.
Utopiastadt (Wuppertal, Mirker Quartier)	Die Idee für Utopiastadt ist im Rahmen einer studentischen Initiative entstanden, die zunächst das interdisziplinäre Magazin Clownfish entwickelt hat. Ziel war es, Querverweise und Interaktionen zwischen verschiedenen Milieus zu interdisziplinären Themen zu schaffen. Nachdem die Initiative über 1,5 Jahre in leer stehenden Hallen Veranstaltungen zum Thema Schöpfung durchgeführt hatte, suchte sie für ein solches interdisziplinäres Format einen festen Standort. Der leer stehende Bahnhof Mirke bot sich damals als Ort an, da er über eine zentrale Lage und gute Anbindungen (A46 und Nordbahntrasse) verfügte. Über ein „Moratorium“ konnte die Stadtparkasse Wuppertal, die den Bahnhof aus einer Zwangsversteigerung heraus erworben hatte, im Jahr 2011 für ein Experiment gewonnen werden.	Ziel der Initiative ist es, einen Ort für kreative Stadtentwicklung aus der breite des bürgerschaftlichen Engagements heraus zu schaffen, in dem Utopien, visionäre Ideen und gesellschaftliche Grundüberlegungen konkretisiert und realisiert werden. Dabei soll mit möglichst offenen Nutzungskonzepten ein Austausch zwischen Milieus ermöglicht werden. Durch gemeinsame Aktivitäten sollen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und die Übernahme von Verantwortung (z.B. für ein Fleckchen Erde) ermöglicht werden. Zudem geht es der Initiative darum, zu diskutieren, was global gemacht werden muss, um eine Transformation zu vollziehen, die bewusst gestaltet werden kann.

Quelle: Eigene Darstellung

Handlungsfelder und Maßnahmen

Tabelle 8 enthält eine Zuordnung der untersuchten Ansätze zu den Handlungsfeldern der sozialen Gerechtigkeit und des Umweltschutzes. Anhand der Übersicht wird deutlich, dass im Rahmen der Projekte/Initiativen oftmals eine Kombination von Maßnahmen zu den Handlungsfeldern „Soziale Teilhabe, Partizipation, Zusammenleben und Nachbarschaft“, „Gesundheit“, „Stadtgrün, Biodiversität und Naturschutz“ sowie „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ erfolgt. Beispiele für Aktivitäten sind:

- ▶ Entwicklung eines Stadtteil-, Quartiers- oder Nachbarschaftsgartens unter Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern,
- ▶ Qualifizierung von (Langzeit-)Arbeitslosen in den Bereichen urbane Landwirtschaft/Gartenbau,
- ▶ gemeinsames Gärtnern und Kochen mit Anwohnerinnen und Anwohnern in Verknüpfung mit der Weitergabe von Informationen zu den Themen Selbstversorgung, Umgang mit Ressourcen sowie gesunde und ökologische Ernährung.

In Bezug auf die soziale Gerechtigkeit sind darüber hinaus vor allem die Handlungsfelder „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Arbeit, Beschäftigung(sförderung), Qualifizierung“ von Relevanz. Der Bereich „Kita, Schule, Ausbildung, informelle Bildung“ taucht bei den hier untersuchten Beispielen weniger prominent auf, im Rahmen der weitergehenden Recherchen wurde aber eine ganze Reihe von Projektbeispielen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung identifiziert, die sich an Kitas, Familienzentren oder Schulen bzw. an Familien richten oder in Kooperation mit diesen umgesetzt werden (wie z.B. Kinderbauernhöfe, Grüne Klassenzimmer oder gemeinsames Kochen mit Eltern und Kindern), so dass auch dieses Handlungsfeld als relevant bezeichnet werden kann.

Im Bereich des Umweltschutzes bieten neben den Themen Stadtgrün und BNE noch die Handlungsfelder „Klimaschutz und Klimaanpassung“, „Mobilität, Umweltverbund, Verknüpfung von Grünflächen oder grünen Rad- und Fußwegen“ sowie „Mülltrennung, -reduzierung und Wiedernutzung“ Anknüpfungspunkte für Maßnahmen zur sozialen Gerechtigkeit. Diese Themen tauchen in fast allen Fördergebieten der Sozialen Stadt bzw. sozial benachteiligten Stadtgebieten in irgendeiner Form als Themen auf, scheinen aber, wie auch die Fallstudienresultate zeigen, schwieriger zu bearbeitende Handlungsfelder zu sein. Beispiele für erfolgreich durchgeführte Aktivitäten in diesen Handlungsfeldern sind:

- ▶ Qualifizierung von Frauen mit Migrationshintergrund zu Energiesparberaterinnen, die anschließend in (sozial benachteiligten) Haushalten kostenlose Beratungen zu Möglichkeiten der Wärme- und Energieeinsparung sowie Mülltrennung/-recycling durchführen,
- ▶ Repair-Cafés, Fahrradwerkstätten, offene Werkstätten oder Tauschbörsen, die in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Initiativen/Akteuren umgesetzt werden und kostengünstige Angebote bieten,
- ▶ Fahrradkurse und kostenloser oder kostengünstiger Fahrradverleih (unter Nutzung neuer oder ausgebauter Fahrradwege),
- ▶ Einrichtung eines Kontaktbüros und Einsatz von Ansprechpartnerinnen vor Ort zum Anstoßen von Aktivitäten zur Müllreduzierung und -vermeidung im Stadtteil.

Für das Handlungsfeld „Verkehr, Lärmreduzierung und Schadstoffreduzierung“ konnten trotz gezielter Recherchen in diesem Handlungsfeld keine guten Beispiele identifiziert werden, die auf Quartiersebene Maßnahmen in diesem Bereich mit Maßnahmen zur sozialen Gerechtigkeit verbinden. Dies scheint ein Themenbereich zu sein, der in der sozialen Stadt- und Quartiersentwicklung bisher nur eine untergeordnete Rolle spielt, und auf Quartiersebene schwer zu bearbeiten ist.

Tabelle 8: Handlungsfelder der „Good Practice“ Beispiele

Projekt/Initiative (Stadt, Stadtteil)	Handlungsfelder Soziale Gerechtigkeit					Handlungsfelder Umweltschutz					
	Soziale Teilhabe, Partizipation, Zusammenleben und Nachbarschaft	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	Kita, Schule, Ausbildung, informelle Bildung	Arbeit, Beschäftigung(sförderung), Qualifizierung	Gesundheit	Klimaschutz, Klimaanpassung	Stadtgrün, Biodiversität und Naturschutz	Mobilität, Umweltverbund, Verknüpfung von Grünflächen oder grünen Rad- und Fußwegen	Verkehr, Lärmreduzierung, Schadstoffreduzierung	Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	Mülltrennung, -reduzierung und Wiedernutzung
Ladies on Tour (Braunschweig,)	X	X						X			
IGEL (Bremen)	X		(X)	X	(X)		X			X	
Projekt zur urbanen Landwirtschaft (Dortmund)	X	X		X	(X)	X	X			X	
Sparfüchsinnen (Freiburg)	X	X		X		X				X	X
Ideen säen, Essen ernten (Hannover)	X	X			X					X	
Stadtgarten (Halle)	X				(X)		X			X	
Stadtteilgarten (Jena)	X		(X)		X		X			X	
Hallo Nachbar (Köln)	X						X				X
Nachbarschaftsgarten (Strausberg)	X	X			X		X			X	
Utopiastadt (Wuppertal)	X		(X)		(X)		X	X		X	

Quelle: Eigene Darstellung

Kooperationen im Stadtteil und Einbettung in Konzepte/Programme der integrierten Stadtentwicklung

Die untersuchten Beispiele zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Rahmen handlungsfeldübergreifender Vernetzungen entstanden sind oder neue Kooperationen angestoßen haben. Wie Tabelle 9 zu den zentralen Akteuren und Kooperationspartnern zeigt, gibt es insgesamt ein vielfältiges Spektrum an beteiligten Akteuren.

Tabelle 9: Zentrale Akteure und Kooperationspartner der „Good Practice“-Beispiele

Projekt/Initiative (Stadt, Stadtteil)	Verantwortliche Akteure	Kooperationspartner
Ladies on Tour (Braunschweig, Westliches Ringgebiet)	Quartiersmanagement; Sozialreferat der Stadt Braunschweig	Verkehrswacht und Verkehrspolizei Braunschweig; Seniorenverein „AntiRost“
Integration in Gröpelingen anhand Ernährung und Landschaftspflege (IGEL), Vorläuferprojekt: „Knastgewächse“ (Bremen, Gröpelingen)	Förderwerk Bremen	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; Senator für Justiz und Verfassung; Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Jobcenter Bremen; Hoppenbank e. V.; Imkerverein
Projekt zur urbanen Landwirtschaft (Dortmund, Hörde)	Stadt Dortmund	TU Dortmund; Jobcenter; Beschäftigungsträger GrünBau GmbH; Organisations- und Unternehmensberatung ORG.BERATUNG; Hörder Stadtteilagentur; Die Urbanisten e.V.; Prof. Dr. Michael Roth (Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen); Wohnungsbaugesellschaften; Stadtwerke; Eigentümer
Sparfüchsinnen (Freiburg, Weingarten)	Stadtteilbüro (Forum Weingarten e.V.)	Freiburger Stadtbau GmbH (Hausverwaltung, Eigentümer); Bewohnerinnen und Bewohner
Ideen säen, Essen ernten (Hannover, Hainholz)	Migranten für Agenda 21. e.V.	Quartiersmanagement; Biobauernhof; Recyclingwerkstatt
Stadtgarten (Halle, Glaucha)	Postkult e.V., Eigentümermoderator	Stadtverwaltung; Quartiersmanagement; Umsonstladen; Bauhof; weitere kulturelle Vereine und Initiativen
Stadtteilgarten (Jena, Winzerla)	Stadtteilbüro	Dezernat für Stadtentwicklung Jena; Bildungsträger; Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW), Stadtwerke, Kommunalservice Jena als Eigentümer der Fläche; Kommunale Immobilien Jena als Träger einer benachbarten Baumaßnahme; Initiative Essbare Stadt; Volkssolidarität; Waldkindergarten; Initiative „urban gardening“; Ernst Abbe Hochschule
Hallo Nachbar (Köln, Mühlheim)	Umweltamt	Stadtentwicklungsamt; Quartiersmanagement; Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB); Sozialraumkoordinatorin des Bezirks; Grünflächenamt; Ordnungsamt; Verkehrsamt; Bauaufsicht; Nachbarschaftsverein Köln Mühlheim Nord e.V.; weitere Einrichtungen und Initiativen aus dem Stadtteil

Projekt/Initiative (Stadt, Stadtteil)	Verantwortliche Akteure	Kooperationspartner
Nachbarschaftsgarten (Strausberg, Hegermühle)	Quartiersmanagement, Landschaftsarchitektin	Strausberger Wohnungsbaugesellschaft mbH (SWG)(Hausverwaltung, Eigentümer); NABU Strausberg; Bewohnerinnen und Bewohner
Utopiastadt (Wuppertal, Mirker Quartier)	Utopiastadt gGmbH	Stadt Wuppertal; Stiftungen; Unternehmen; Einrichtungen aus dem Quartier (die Initiative hat im Stadtteil das Forum Mirke initiiert)

Quelle: Eigene Darstellung

Anhand der Gespräche und der Auswertungen zu den untersuchten Beispielen wurden in Bezug auf die Kooperationsstrukturen insbesondere folgende Punkte deutlich:

- ▶ Die identifizierten Projekte bzw. Initiativen werden oftmals vom oder in enger Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement oder dem Stadtteilbüro umgesetzt, dem hinsichtlich der gebietsbezogenen Vernetzung und Unterstützung von lokalen Prozessen eine wichtige Funktion zukommt.
- ▶ Zudem ist es in mehreren Fällen gelungen, neue Kooperationen mit Akteuren anzustoßen, die für Aktivitäten zur Verbesserung der ökologischen Gerechtigkeit relevant sind, wie z.B. mit der Verkehrswacht in Braunschweig, einem Recyclinghof und einem Biobauernhof in Hannover oder die Abfallwirtschaftsbetriebe und das Ordnungsamt in Köln.
- ▶ Die Landschafts- oder Gartenprojekte werden meist unter Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren umgesetzt. Damit Synergien zur Förderung von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit entstehen können, ist ein Zusammenspiel von verschiedenen Akteursgruppen von Bedeutung: 1) Akteure aus den Bereichen Naturschutz, Garten- und Landwirtschaft, die die Entwicklung und Pflege anleiten und begleiten können, 2) Stadtteilakteure, soziale Einrichtungen und lokale Initiativen, die einen Zugang zu den Anwohnerinnen und Anwohnern haben sowie 3) Beschäftigungsträger und Bildungseinrichtungen, die Qualifizierungsmaßnahmen begleiten können.
- ▶ In einem Fall (Nachbarschaftsgarten Strausberg) fand eine informelle Beteiligung von Mitgliedern eines Umweltverbands (NABU Strausberg) statt, ansonsten waren in den untersuchten Beispielen keine Umweltverbände als zentrale Kooperationspartner beteiligt. Auch weitergehende Recherchen ergaben, dass Umweltverbände zwar vereinzelt an Projekten in sozial benachteiligten Stadtteilen beteiligt sind, in der Breite aber bisher nicht als beteiligte Akteure im Kontext der Städtebauförderung identifiziert werden konnten.
- ▶ Umweltämter wurden auch kaum als zentrale Akteure oder Kooperationspartner genannt. Eine Ausnahme stellt das Kölner Projektbeispiel „Hallo Nachbar“ dar, das vom Umweltamt angestoßen und umgesetzt wurde. In diesem Fall ist das Engagement des Umweltamts in einem sozial benachteiligten Gebiet insbesondere auf das Interesse der zuständigen Mitarbeiterin zurückzuführen, dem Zusammenhang von sozialer Segregation und Verwahrlosung des öffentlichen Raums auf den Grund zu gehen.
- ▶ Für die Projekte, die auf eine Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen oder ehemaligen Straffälligen abzielen, hat sich das Jobcenter als ein wichtiger Kooperationspartner für die Gewinnung von Teilnehmenden erwiesen.
- ▶ Im Fall der Eigeninitiative Utopiastadt gGmbH wurde in dem angrenzenden Quartier Mirke ein Quartiersforum zur Vernetzung der lokalen Einrichtungen und Initiativen initiiert, auf dem das Programm Soziale Stadt bei seinem Start in dem Gebiet aufbauen konnte.

Die Einbettung der Vorhaben in die Konzepte der integrierten Stadtentwicklung ist unterschiedlich intensiv erfolgt, was auch davon abhängt, ob die Konzepte zu Beginn der Entwicklung des Ansatzes bereits vorlagen oder ob diese hinterher erstellt oder aktualisiert wurden. In den meisten Fällen knüpfen die Ansätze an Zielen und Handlungsfeldern der integrierten Konzepte an. Teilweise werden in den Konzepten auch die verantwortlichen Akteure und/oder die konkreten Ansätze im Rahmen der Handlungsansätze benannt. Zudem wurden in einigen Fällen zusätzliche themenspezifische Konzepte entwickelt, auf die sich die Projekte beziehen, wie z.B. ein Konzept zur sozialraumorientierten Gesundheitsförderung in Jena, das in Zusammenarbeit von Jugendamt, AOK und Stadtteilbüro entstanden ist.

Aktivierung, Beteiligung und Empowerment von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen

Die Form der Aktivierung, Beteiligung und des Empowerments von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen hängt sehr stark von der Art der Projektentstehung und -umsetzung ab. Auf Grundlage der untersuchten Beispiele lassen sich hierzu insbesondere folgende Ergebnisse festhalten:

- ▶ Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stellen zwar in allen Fällen eine Zielgruppe der untersuchten Projekte und Initiativen dar, aber sie sind selten direkt an der Initiierung und Entwicklung der Projektideen beteiligt.
- ▶ Allerdings bietet insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem beteiligungsorientierten Ansatz Potenziale, um Ideen und Bedarfe von sozial benachteiligten Zielgruppen aufzugreifen. Im Fall von „Ladies on Tour“ in Braunschweig kam die Idee für das Projekt von Frauen mit Migrationshintergrund aus dem Quartier, die bei einem Stadtteilstfest den Wunsch äußerten, Fahrradfahren zu lernen. Indem diese Idee vom Quartiersmanagement aufgegriffen wurde, fand eine erste Form der Beteiligung und des Empowerments der Zielgruppe statt. Durch die Beteiligung an den Kursen haben diese und weitere Frauen zudem eine weitere Stärkung erfahren, die sich nach Auskunft des Quartiersmanagements u.a. darin zeigte, dass die Frauen selbstbewusster und aktiver wurden und sich anschließend freier im Stadtteil bewegten.
- ▶ Einen sehr beteiligungsorientierten Ansatz bietet die Initiative Utopiastadt gGmbH, die keine klassischen Angebote entwickelt, sondern den ehemaligen Bahnhof Mirke als Ort versteht, um vor Ort gemeinsam mit den Menschen, die kommen, Aktivitäten zu Themen, die sie beschäftigen, umzusetzen. Nach Auskunft der Initiative findet auf dem Gelände eine Durchmischung sozialer Milieus statt, indem u.a. Gemüsegärtnerinnen und -gärtner, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erwerbslose, Jugendliche sowie Rentnerinnen und Rentner an Projekten vor Ort beteiligt sind.
- ▶ In den Fällen von Freiburg und Hannover wurde eine Qualifizierung von Personen (mit Migrationshintergrund) aus der Zielgruppe vorgenommen, die anschließend Beratungen zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit und/oder Veranstaltungen im Quartier durchführen. Dabei wurden insbesondere Frauen erreicht. Durch die Aktivitäten konnte zum einen ein Empowerment der qualifizierten Frauen erreicht werden, was u. a. in einem größerem Engagement und selbstsichererem Auftreten im Stadtteil zum Ausdruck kam. Zum anderen konnte über die qualifizierten Frauen eine bessere Ansprache und Beteiligung der Bevölkerung (mit Migrationshintergrund) aus dem Quartier erzielt werden.
- ▶ In Köln wurden aus einem ähnlichen Grund zwei Frauen mit Migrationshintergrund bzw. aus dem Quartier als Ansprechpartnerinnen vor Ort eingesetzt, um einen besseren Zugang zur Bevölkerung und eine Ansprache der Zielgruppe auf Augenhöhe zu ermöglichen. Zudem wurde nach der Regel verfahren, dass nur dann Aktivitäten im Quartier umgesetzt werden, wenn Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Quartier mitmachen.
- ▶ Eine weitere Form der Beteiligung besteht in der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen von Projekten zur urbanen Landwirtschaft. Dieser Ansatz wurde bzw. wird in Bremen, Dortmund und Jena verfolgt. In Jena, wo die Maßnahme bereits abgeschlossen ist, ist von den

ca. 12-16 ehemaligen Teilnehmenden noch immer ein Kern von ca. fünf Personen im Stadtteilgarten aktiv, von denen auch einige im dazugehörigen Wohngebiet wohnen.

- ▶ In den Gartenprojekten sind in der Regel unterschiedliche Zielgruppen aktiv. Teilweise wurden spezifische Zielgruppen gezielt angesprochen und für eine Beteiligung gewonnen. So wurden beispielsweise in Straußberg Flüchtlinge angesprochen, von denen sich einige Familien im Garten beteiligen. In Halle Glaucha wurde das an den Garten angrenzenden Vereinsgebäude mit Jugendlichen und weiteren Interessierten entwickelt und beherbergt nun auch einen Umsonstladen, der aus der Initiative von vier älteren Frauen entstanden ist. Durch das Zusammenspiel von unterschiedlichen Akteuren und Angeboten ergeben sich hier vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten auf engem Raum.

Beiträge zur Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren

Aus den Gesprächen und Auswertungen zu den „Good Practice“ Beispielen lassen sich erste Ergebnisse dazu ableiten, in welchen Bereichen die Projekte und Initiativen einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren leisten. In diesem Zusammenhang kann zwischen gebietsbezogenen und personenbezogenen Veränderungen unterschieden werden. Bezogen auf das Gebiet haben die untersuchten Projekte bzw. Initiativen in der bisherigen Umsetzung u.a. folgende Veränderungen angestoßen:

- ▶ Mit den Projekten zur Entwicklung von Stadtteilgärten und zur urbanen Landwirtschaft wurden die Möglichkeiten zur kostengünstigen Selbstversorgung mit gesunden Lebensmitteln verbessert. Zudem sind in den Quartieren durch die Projekte neue Orte für nachbarschaftliche Begegnungen, Veranstaltungen und Aktivitäten entstanden, was sich auf den Zusammenhalt in der Nachbarschaft positiv auswirken kann. In Jena ist es z.B. gelungen, Geflüchtete in die Betreuung der Hochbeete einzubeziehen.
- ▶ Auch andere Projekte, die auf eine Aktivierung der Bevölkerung abzielten, trugen dazu bei, dass der Austausch und Begegnungen im Stadtteil zunahm und sich die Lebensverhältnisse im Quartier verbesserten. So ist beispielsweise in Hannover von den am Projekt beteiligten Frauen mit Migrationshintergrund ein Teegarten als Ort der nachbarschaftlichen interkulturellen Begegnung wiederbelebt worden. In Köln zeigten Befragungen der Bevölkerung nach Projektende, dass sich die Bereitschaft für ein Engagement und der Wohlfühlfaktor im Quartier im Vergleich zum Projektbeginn erhöht hatten.

Daneben wurden den Gesprächen und Projektberichten zufolge folgende personenbezogene Veränderungen im Projektverlauf sichtbar:

- ▶ In einigen Fällen, wie z.B. in Braunschweig oder in Hannover, trugen die Maßnahmen dazu bei, dass sich Frauen mit Migrationshintergrund, die eine zentrale Zielgruppe darstellten, nach der Beteiligung an den Projektaktivitäten selbstbewusster und freier im Quartier bewegten. Dies wirkte sich teilweise auch auf andere Bereiche aus, indem Frauen z.B. anfangen, weitere Angebote wahrzunehmen und hierdurch insgesamt ihre Lebenssituation zu verbessern (z.B. durch Sprachkurse, den Austausch mit anderen Frauen, den Erwerb des Führerscheins, Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt etc.).
- ▶ Im Fall von Freiburg haben die Frauen, die zu Sparfüchsinen qualifiziert wurden, durch den Zuverdienst eine direkte Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erfahren. Einige konnten sich zudem in den Arbeitsmarkt eingliedern.
- ▶ Bei den Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose hat die Projektaktivität bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern teilweise dazu geführt, dass sie mehr Selbstbewusstsein und Kreativität entwickeln.

- ▶ Durch die Beratung zu Themen der ökologischen Gerechtigkeit, wie z.B. Einsparungsmöglichkeiten beim Energie- und Wärmeverbrauch, Umgang mit natürlichen Ressourcen und Obst- und Gemüseanbau, haben Anwohnerinnen und Anwohner, die diese Beratung erfahren haben, Informationen und Anstöße für mögliche Kosteneinsparungen erhalten, die einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Lebenssituation leisten können.
- ▶ Mit der „Utopiastadt“ in Wuppertal hat die Anwohnerschaft aus dem angrenzenden sozial benachteiligten Quartier einen leicht zugänglichen Ort erhalten, an dem sie sich abhängig von ihren Interessen und Bedarfen einbringen und Selbstwirksamkeit erfahren können.

Entstandene Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster

Inwiefern die Projekte und Initiativen Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster bewirkt haben, lässt sich auf Grundlage der geführten Gespräche und ausgewerteten Materialien nur schwer bestimmen, da die Veränderungen oftmals nur sehr langsam und kleinteilig sichtbar werden. In einigen Fällen wiesen die befragten Akteure aber auf kleine Veränderungen hin, die sie beobachtet hatten:

- ▶ In Braunschweig konnte das Quartiersmanagement beobachten, dass sich einige Frauen nach Teilnahme an dem Fahrradkurs hin und wieder Fahrräder ausleihen. Auf der anderen Seite führte das Empowerment der Frauen in einigen Fällen auch dazu, dass diese anschließend noch einen Autoführerschein machten, weshalb die umweltbezogenen Wirkungen nicht automatisch als positiv zu bewerten sind.
- ▶ In Bremen haben einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer inzwischen in der nahe gelegenen Kleingartenkolonie einen Kleingarten, den sie in ihrer Freizeit eigenständig bewirtschaften. Große Bedeutung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat die Wieder- und Weiterverwertung von Lebensmitteln und Reparatur von sachlichen Dingen. Auch Fragen nach gesunder Ernährung und richtiger Bewegung sind für sie von Interesse.
- ▶ In Freiburg hat das breitere Beteiligungsverfahren im Rahmen der Sanierung bei den Bewohnerinnen und Bewohnern im Haus dazu geführt, dass die Mülltrennung besser funktioniert. Zudem habe sich ein Sperrmüllraum bewährt, in dem jeder etwas abgeben und bei Bedarf auch Dinge daraus nutzen kann.
- ▶ In Hannover hat die begleitende Beratung zum Thema gesunde Ernährung und Ressourcenverbrauch im Rahmen von Kochveranstaltungen dazu geführt, dass weniger Fleisch konsumiert wird.
- ▶ In Köln haben Messungen der Abfallwirtschaftsbetriebe gezeigt, dass sich das Müllaufkommen messbar reduziert hat. Auch ein Jahr nach Projektende ist es zunächst weiter gesunken, danach war wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. In der abschließenden Befragung gaben Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers an, ihr Abfallverhalten geändert zu haben. Dies betrifft beispielsweise die Abfalltrennung, Vermeidung von Plastik, das Fegen vor der Haustür und die Nutzung von Hundekotbeuteln.
- ▶ In Wuppertal werden durch die „Utopiastadt“ Themen der Nachhaltigkeit erfahrbar gemacht. Inwiefern hierdurch Anstöße für Verhaltensänderungen gegeben werden, lässt sich auf Grundlage der geführten Gespräche nicht sagen.

Verstetigung der Ansätze

In Bezug auf eine Verstetigung der Ansätze lässt sich sagen, dass die Initiativen und Projekte oftmals aus verschiedenen Fördertöpfen (Programme, Stiftungen und private Initiativen) unterstützt werden. Wenn sie über einen längeren Zeitraum bestehen, müssen sie sich in der Regel immer wieder neue Finanzierungsmöglichkeiten suchen, was die Umsetzung und Verstetigung der Ansätze erschwert. In

den Fällen, in denen Qualifizierungen stattgefunden haben, konnte eine gewisse Verstetigung in dem Sinne erzielt werden, dass die qualifizierten Personen auch nach Auslaufen einer Projektförderung als Multiplikatoren agieren können. In den Gesprächen mit den lokalen Akteuren wurde aber auch deutlich, dass es bestimmter Rahmenbedingungen bedarf, damit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, engagierte Einzelpersonen oder Initiativen auch nach Förderende im Quartier aktiv bleiben. Dabei wurden insbesondere folgende Faktoren genannt:

- ▶ Um Anstöße zur Veränderung von Verhalten im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsumverhalten geben zu können, bedarf es einer Begleitung vor Ort über einen langen Zeitraum (mindestens fünf Jahre). Hierzu ist entweder eine entsprechende langfristige Förderung notwendig oder es bedarf über einen längeren Zeitraum mehrerer kleiner Projekte, die aufeinander aufbauen.
- ▶ Unabhängig von der Förderung bedarf eines Raumes bzw. Ortes, an dem sich die Initiativen und Menschen aus dem Stadtteil für gemeinsame Aktivitäten treffen können.
- ▶ Zudem bedarf es für die Umsetzung und Verstetigung der Maßnahmen eines/r Ansprechpartners/in vor Ort, der/die die Aktivitäten im Quartier begleitet und bei Bedarf Anstöße gibt. Bei Gebieten, die aus dem Förderprogramm Soziale Stadt entlassen werden, besteht die Gefahr, dass zuvor aufgebaute Strukturen (Netzwerke, Angebote) wegbrechen. Hier kommt es darauf an, rechtzeitig entsprechende Nachsorgestrukturen in den bestehenden Einrichtungen des Quartiers zu verankern.

Förderliche und hemmende Faktoren für die Schaffung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

Im Rahmen der Umsetzung der Projekte und Initiativen haben sich eine Reihe von Faktoren als förderlich oder hemmend für die Schaffung von Synergien zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz erwiesen.

Hemmende Faktoren waren:

- ▶ Von den Eigeninitiativen wurden insbesondere die Finanzierung bzw. fehlende Eigenmittel als hemmende Faktoren genannt. Besondere Hürden stellten in den untersuchten Fällen die Aufbringung des erforderlichen Eigenanteils und fehlende Erfahrungen mit der Akquise von Fördermitteln dar.
- ▶ Anhand des Beispiels von Utopiastadt wurde deutlich, dass die Ideen und das Engagement von Eigeninitiativen und die Förderwelt nicht immer zusammen passen, da insbesondere für größere Vorhaben die Mittel oftmals frühzeitig gebunden sind und die einzelnen Förderprogramme aus Perspektive der Eigeninitiativen nicht immer flexibel genug sind, was die konkreten Förderinhalte angeht. Im Fall von Utopiastadt hat sich das NRW-Landesprogramm „Initiative ergreifen“ als hilfreich erwiesen, das ergänzend zur Städtebauförderung genutzt werden kann, um Projektideen von Eigeninitiativen zu fördern.
- ▶ Im Stadtteilgarten Halle-Glauchau wurden Herausforderungen durch Umnutzungen in vorge nutzten Bestandsgebieten deutlich. So stellten Bodenkontaminationen für die Realisierung des Stadtteilgartens aufgrund fehlender finanzieller Mittel für eine Bodensanierung oder -deponierung zunächst ein Hemmnis dar, das durch Aufbringen einer ausreichend dicken Schicht unkontaminierten Mutterbodens überwunden werden konnte. Ferner erforderten bauordnungsrechtliche Festlegungen einer zwei Meter breiten Abstandsfläche von der benachbarten Giebelwand eine entsprechende Reduzierung der zu nutzenden Fläche.
- ▶ Am Beispiel des Stadtteilgartens Winzerla in Jena wurden die aufwändigen Abstimmungen und Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft für die Nutzung des Gartens mit der kommunalen Verwaltung und einer Servicegesellschaft als Hemmnis bzw. bürokratisches Verhalten empfunden.

- ▶ Als ein weiterer hemmender Faktor hat sich eine zu geringe Unterstützung durch andere Akteure, wie z.B. des Ordnungsamts, erwiesen, um Sanktionen konsequent durchzusetzen (Thema: Müll).
- ▶ Am Bremer Beispiel BIWAQ IGEL stellte und stellt bis heute die durch eine Eisenbahnstrecke und die BAB 27 vom Quartier isolierte Lage und schlechte Erreichbarkeit des Blocklandgartens ein Hemmnis für eine stärkere Einbindung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern sowie sozialer Einrichtungen dar.

Förderliche Faktoren waren:

- ▶ Als eine wichtige Voraussetzung für die Aktivierung und Beteiligung von sozial benachteiligten Zielgruppen hat sich die zielgruppenspezifische Ansprache auf Augenhöhe erwiesen, z.B. durch den Einsatz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Quartier bzw. mit Migrationshintergrund. Oftmals bildeten kleine gesellige Anlässe, wie z.B. Gespräche auf dem Marktplatz/bei einem Teestand oder gemeinsames Kochen und Essen, den Ausgangspunkt für weitergehende erfolgreiche Beteiligungsprozesse.
- ▶ Auf die zentrale Wirkung einer Anschubfinanzierung durch das Programm „Soziale Stadt“ wurde im Beispiel Jena hingewiesen.
- ▶ In einigen Fällen wurde darauf verwiesen, dass die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter hilfreich gewesen sei, um langzeitarbeitslose Teilnehmende zu akquirieren.

III Untersuchungen auf der Meso- und der Mikro-Ebene: Fallstudien

Die Ergebnisse von verschiedenen Untersuchungen haben gezeigt, dass es in Bezug auf die Ansprache und Beratung von sozial benachteiligten Zielgruppen zu nachhaltigen Lebensstilen und Konsummustern darauf ankommt, dass diese alltagsnah erfolgt und Bedarfe und Motive der Zielgruppen aufgreift (vgl. u.a. BMUB/BfN 2014; ISOE/IÖW 2012; UBA 2002). Da Menschen in schwieriger sozialer Lage oftmals mit einer Vielzahl an Herausforderungen im Alltag konfrontiert sind, ist es wichtig, den Menschen in sozial benachteiligten Quartieren mit Angeboten zu begegnen, die die Bedarfe und Interessen der jeweiligen Zielgruppe aufgreifen und Themen, die für die Alltagsbewältigung von Bedeutung sind, in den Vordergrund stellen. Das Programm „Soziale Stadt“ bietet hier mit seinem integrierten und partizipativen Ansatz gute Anknüpfungspunkte. Insbesondere in Verbindung mit weiteren Partner- und Schnittstellenprogrammen aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, (frühkindliche) Bildung und Familienförderung besteht das Potenzial, sozial schwache Bevölkerungsgruppen zu erreichen und zu beteiligen, die ansonsten nur schwer erreicht werden können.

Damit es dabei auch zu einer Verankerung von Themen des Umweltschutzes und der ökologischen Gerechtigkeit kommt, ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und Einbindung weiterer relevanter Akteure aus dem Umweltbereich von großer Bedeutung. Somit kommt der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in den Städten und den quartiersbezogenen Kooperationsstrukturen und Netzwerken eine große Bedeutung zu. Dieser können jedoch eine Vielzahl von Hemmnissen im Wege stehen, wie z.B. die Komplexität und Vielzahl an unterschiedlichen Förderstrukturen, andere politische Priorisierungen, fehlende personelle Ressourcen oder fachliche Kompetenzen der beteiligten Akteure, Ressortegoismen oder Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

Ob und in welcher Form sich diese Erkenntnisse in der kommunalen Praxis der Programmumsetzung Soziale Stadt wiederfinden, zeigt nachfolgende Darstellung der Untersuchungsergebnisse aus den vier Fallstudienkommunen bzw. -quartieren. Dazu werden zunächst fallstudienübergreifende Befunde aufgezeigt, zu denen vor allem Erkenntnisse zu den unterschiedlichen sozialen Milieus und verschiedenen Formen von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten innerhalb der Bewohnerschaft der untersuchten benachteiligten Quartiere gehören. Im Anschluss folgt eine detailliertere Einzeldarstellung der vier Fallstudiengebiete.

1 Fallstudienübergreifende Befunde auf der Mikro-Ebene

Die vier Fallstudiengebiete Berlin–Brunnenviertel–Brunnenstraße, Kiel-Gaarden, Marburg-Waldtal sowie Merzig-Stadtmitte und Schalthaussiedlung sind allesamt Programmgebiete der Sozialen Stadt:

- ▶ Beim Berliner Gebiet Brunnenviertel–Brunnenstraße im zentral gelegenen Bezirk Mitte handelt es sich um ein nahezu reines Wohngebiet aus den 1960er- bis 1980er-Jahren, dessen Bestand sich zu einem Großteil im Besitz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo befindet.
- ▶ Das östlich der Innenstadt gelegene Kiel-Gaarden ist ein überwiegend gründerzeitliches Arbeiterquartier, das in starkem Maße vom wirtschaftlichen Strukturwandel (Werftindustrie) betroffen war und ist. Die lokale Wirtschaftsstruktur wird vom Einzelhandel für den täglichen

Bedarf dominiert (u.a. ethnische Ökonomie³⁰). Der Wohnungsbestand befindet sich in Händen einer Vielzahl von Einzeleigentümerinnen und -eigentümern.

- ▶ Marburg-Waldtal im Nordosten der Kernstadt lässt sich grob in drei Siedlungsbereiche unterteilen: Gewerbe- und Mischnutzungen, Wohnbebauung im Kernbereich sowie ein großes Sondergebiet für studentisches Wohnen. Innerhalb der Wohnbebauung lassen sich deutlich Geschossbauten des sozialen Wohnungsbaus der 1950er-Jahre und Betonbauten der 1970er-Jahre im Besitz von fünf Wohnungsgesellschaften, ein Einfamilienhausareal der Nachkriegszeit sowie eine Obdachlosenunterkunft unterscheiden. Im Gebiet selbst gibt es keine Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote.
- ▶ Das Gebiet Merzig-Stadtmitte und Schalthaussiedlung muss ebenfalls differenziert betrachtet werden: Während die Merziger Innenstadt mit City durch eine Mischnutzung kleinstädtischer Prägung sowie teils durch Ein- und Zweifamilienhausgebiete geprägt ist, sind mehrgeschossige Wohngebäude aus der Zeit nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg prägend für die Schalthaussiedlung. Letztere stellt zugleich den Kernbereich des Programmgebiets Soziale Stadt dar.

Mit Blick auf die Bevölkerungs- und Sozialstruktur sowie vor allem die soziale Lage in den betrachteten Programmgebieten zeigen sich vereinzelt Unterschiede, vor allem jedoch Gemeinsamkeiten. Insbesondere waren in allen vier Fallgebieten ähnliche Grundorientierungen und Umwelteinstellungen sowie gleichartige Problemwahrnehmungen in Bezug auf die Umweltsituation vor Ort (die in den narrativen Interviews diskutiert wurden) festzustellen. Ebenso zeigten sich in den Interaktionen zwischen professionellen Akteuren und Vertreterinnen und Vertretern der Bewohnerschaft (die in den Teilnehmenden Beobachtungen untersucht wurden) fallgebietsübergreifend typische Muster. Auch hinsichtlich der sozialen Ressourcen der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner (die mit Hilfe der sozialen Netzwerkkarten erfasst wurden) ergaben sich in allen vier untersuchten Stadtquartieren ähnliche Befunde.

Daher sollen zunächst einige zentrale Gemeinsamkeiten übergreifend für die vier Fallstudiengebiete dargestellt werden – im Einzelnen sind dies:

- ▶ Die Sozial- und Milieustruktur mit ihren relevanten Teilgruppen (Mikro-Milieus) und ihren jeweiligen Sozialprofilen, Alltagseinstellungen und Wertorientierungen (in Kap. 1.1)
- ▶ Typische Muster von Umwelteinstellungen und Umweltverhalten, die in allen untersuchten Stadtquartieren zu beobachten waren (in Kap. 1.2)
- ▶ Charakteristische umweltrelevante Frage- und Problemstellungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner (in Kap. 1.3)
- ▶ Typische Muster von Interaktionen zwischen professionellen Akteuren und den Bewohnerschaften (in Kap. 1.4)
- ▶ Soziale Ressourcen, über die die Bewohnerschaften der vier Fallstudiengebiete in der Regel verfügen (in Kap. 1.5)

1.1 Relevante Teilgruppen (Mikro-Milieus) in benachteiligten Stadtquartieren

Moderne Stadtgesellschaften sind vielfältig und bunt. Dies gilt auch für sozial benachteiligte Stadtquartiere – für großstädtische (wie die untersuchten Fallgebiete in Berlin und Kiel) in besonderem Maße, für die mittelstädtischen (wie Marburg und Merzig) aber kaum weniger.

30 „Unter ethnischer Ökonomie wird (...) selbständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland und abhängige Beschäftigung von Migranten in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben verstanden, die in einem spezifischen Migrantenmilieu verwurzelt sind“ (Floeting u.a. 2005: 1).

Ein Ziel des Projekts war es, diese Vielfalt vor allem mit Bezug auf umweltrelevante Haltungen und Handlungsmuster näher kennenzulernen und zu systematisieren. Insofern ging es um eine lebensstilistisch und milieuspezifische Differenzierung der gewonnenen Befunde. Für eine zielgruppenspezifische Konkretisierung künftiger Förderprogramme sowie die Aktivierung von und die Kommunikation mit den Betroffenen sind derartige Informationen unverzichtbar. Dabei geht es darum, nicht nur formale, soziodemografische Merkmale (wie Einkommen, Bildung, Alter und Geschlecht), sondern auch psychografische Aspekte (wie Mentalitäten, Identitäten, Welt- und Menschenbild, Werte und Lebensziele) in den Blick zu nehmen. Das hier gewählte Vorgehen ist daher von der Lebenswelt- und Milieuforschung abgeleitet (Schipperges 2000). In der Milieuforschung werden Bevölkerungsgruppen betrachtet, die sich nicht nur objektiv (z.B. in Bezug auf Alter, Einkommen, Bildungsabschlüsse), sondern auch in ihrer subjektiven Lebensauffassung und in den Prinzipien, nach denen sie ihr alltägliches Leben gestalten, voneinander unterscheiden. Kurz gesagt: Es werden „Gruppen Gleichgesinnter“ und „Ähnlich-Lebender“ beschrieben (Flaig 2000).

Die hierzu in diesem Projekt für benachteiligte Stadtgebiete erhobenen Befunde beruhen – entsprechend dem gewählten qualitativen Ansatz – nur auf einer kleinen und nicht repräsentativen Stichprobe. Sie beanspruchen daher keinesfalls, das gesamte Spektrum von Lebenswelten und Teilgruppen in derartigen Quartieren in Deutschland insgesamt abzubilden; auch können aufgrund der qualitativen Stichprobe keine Aussagen zu Größenanteilen einzelner Gruppen gemacht werden. Dadurch aber, dass das qualitative Vorgehen sehr reichhaltige und in die Tiefe gehende Einsichten ermöglicht, ist es sehr wohl gelungen, einen aussagefähigen Einblick in die lebensweltliche Vielfalt von benachteiligten Stadtgebieten zu gewinnen sowie unterschiedliche Teilgruppen (im Sinne von „Mikro-Milieus“) zu identifizieren und zu beschreiben. Dabei kann auf Befunde der Lebenswelt-, Milieu- und Umweltbewusstseinsforschung auf repräsentativer Basis zurückgegriffen werden (BMUB/UBA 2017 und Schipperges 2010a, b; bezüglich der Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund auch Schipperges 2010b, Staatskanzlei NRW 2010, Wippermann/Flaig 2009, Beck 2008a, b und Hallenberg 2008).

Folgende Teilgruppen konnten aufgrund der Interviews, der Teilnehmenden Beobachtungen sowie der Gebietsbegehungen identifiziert werden:

- ▶ **„Deutschstämmiges Prekariat“:** Niedrige Formalbildung, geringe berufliche Qualifikation und meist sehr geringe Einkommen; viele Empfänger von Transferleistungen. Alle Altersgruppen. Teilhabe an Konsum und sozialem Leben stark eingeschränkt. Die Alltagsbewältigung („über die Runden kommen“)³¹ steht im Vordergrund; Umweltschutz wird als soziale Norm anerkannt, spielt im Alltag aber kaum eine Rolle. Nachhaltigkeitsansätze, die mit mehr sozialer Sicherheit, verbesserten Teilhabemöglichkeiten und Chancen zur Aneignung der nahen Umwelt einhergehen, können jedoch attraktiv sein. Relevant in allen untersuchten Fallstudiengebieten (vergleichbar den „prekären Milieus“ im Milieumodell von sociodimensions, z.B. BMUB/UBA 2017: 75f.).
- ▶ **„Traditionelles Arbeiter- und Kleinbürgermilieu“:** Meist ältere Menschen (über 70 Jahre), d.h. Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre. Vergleichsweise gute und vor allem sichere Einkommen; teilweise Wohnungs- oder Hauseigentum. In der alten kleinbürgerlichen Welt bzw. traditionellen Arbeiterkultur verwurzelt. Leben in der Regel seit vielen Jahrzehnten im betreffenden Stadtgebiet („Urbevölkerung“). Wunsch nach Stabilität, Si-

31 Hier und im Folgenden werden typisierte, d.h. wiederholt vorkommende, durch die Forschenden zusammengefasste und sinngemäß wiedergegebene und Zitate in Anführungszeichen und Normalschrift gesetzt, Zitate im Originalton der Interviews werden in Anführungszeichen und Kursivschrift gesetzt. Aus Gründen des Datenschutzes, d.h. um die Anonymität der an der Untersuchung teilnehmenden Personen zu wahren, werden keine weiteren Angaben zu den jeweiligen Interviewten gemacht.

cherheit und Ordnung. Bescheidenheit in den persönlichen Ansprüchen. Beim Konsum Orientierung an Funktionalität und Langlebigkeit von Produkten. Bereitschaft, etwas für die Nachnutzung gebrauchter oder beschädigter Dinge zu tun; hohe Affinität zum DIY; dafür erforderliche Kompetenzen (z.B. handwerkliche und hauswirtschaftliche Kenntnisse) sind vorhanden. Interesse am Energiesparen; soweit Haus- oder Wohnungseigentum vorhanden ist: Offenheit für energetische Sanierung, jedoch sorgfältiges Abwägen des Kosten-Nutzen-Verhältnisses (finanzielle Förderung als überzeugendes Argument). Aktivierbar für Maßnahmen zu mehr Sauberkeit im Quartier. Relevant in Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße, Kiel-Gaarden und Marburg-Waldtal (vergleichbar dem entsprechenden Milieu im differenzierteren Milieumodell von sociodimensions: Schipperges 2010a, b).

- ▶ **„Traditionelles Gastarbeitermilieu“:** Migrantinnen und Migranten der ersten Generation; meist Ältere (über 60 Jahre); einfache Formalbildung, kleine, aber sichere Einkommen. Ursprünglich als „Gastarbeiter“ nach Deutschland gekommen; leben seit langer Zeit im Stadtquartier dort fest verwurzelt, aber auch der Heimatkultur verbunden. Bezüglich Werte und Umwelteinstellungen dem „Traditionellen Arbeiter- und Kleinbürger-Milieu“ vergleichbar (siehe dort); explizite Anerkennung „deutscher Tugenden“ (Disziplin, Ordnung, Rechtsstaatlichkeit), besonders stark ausgeprägte Sauberkeitsorientierung (vor allem, wenn türkischer Herkunft). Relevant in den großstädtischen Quartieren Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße und Kiel-Gaarden (vergleichbar dem Sinus-Migrantenmilieu der „Traditionellen Arbeiter“: Wippermann/Flaig 2009).
- ▶ **„Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“:** Zugewanderte aus Osteuropa, in der Regel mit deutschen Vorfahren; unterschiedliche Altersgruppen, mittlere bis gute Formalbildung, geringe Einkommen, viele Empfänger von Transferleistungen. Eher bescheidene Konsumansprüche, aber hohes Interesse an kultureller Teilhabe (Lesen, Theater, Oper, auch Reisen) und Bedauern, dass dies aufgrund geringer finanzieller Spielräume nur eingeschränkt möglich ist. Umweltschutz als soziale Norm, aber jenseits von Mülltrennen und Energiesparen kaum alltagsrelevant. Vertreten in den Fallgebieten Marburg-Waldtal und Merzig-Schalthaussiedlung.
- ▶ **„Statusorientiertes Migrantenmilieu“:** Mittlere und jüngere Altersgruppen: 30 bis 60 Jahre; teils in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund (Türkei, Ex-Jugoslawien, Italien, Spanien, Griechenland, Nordafrika), teils selbst aus dem Ausland zugezogen, aber in Deutschland gut integriert. Leistungsorientiert und ambitioniert („es im Leben zu etwas bringen“). Hohe Bedeutung von Statussymbolen: Auto, Markenkleidung, Möbel, IT-Produkte etc. Ausgeprägter Familienzusammenhalt (moderne Clans). Insbesondere für Frauen dabei oft Dreifachbelastung: Beruf, Kinder und Haushalt. Prestige, Komfort und Convenience sind wichtiger als Umweltschutz; Mülltrennung und Energiesparen sind anerkannte, aber oft wenig konsequent beachtete Praktiken. Relevant in den großstädtischen Quartieren Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße und Kiel-Gaarden (vergleichbar den Sinus-Migranten-Milieu der „Statusorientierten“ und der „Adaptiv-Bürgerlichen“: Wippermann/Flaig 2009).
- ▶ **„Prekäre deutschstämmige Jugendliche“:** Jüngere Menschen (unter 25 Jahren) aus prekären Familien. Suchen ihren Platz in der Gesellschaft (Ausbildung, Job – wenn erreichbar), verfügen jedoch über wenig Kompetenz und Struktur, dies zielstrebig zu verfolgen. Teilweise Escape-Fantasien (auswandern, „durch irgendeinen Coup groß rauskommen“), auch Tendenz zu unangepasst-provokativem Verhalten. Ökologische Themen spielen im Alltag keine Rolle. Relevant in allen untersuchten Fallgebieten (vergleichbar dem Milieu der „Hedomaterialisten“ im differenzierten Milieumodell von sociodimensions: Schipperges 2010a, b).
- ▶ **„Migrantische Jugendliche“:** Jüngere Menschen (unter 30 Jahren) mit Migrationshintergrund, aber in der Regel in Deutschland geboren und aufgewachsen. Suche nach Spaß, Abwechslung und Unterhaltung, aber auch Wunsch, in die deutsche Gesellschaft voll integriert zu sein. Flexibel und adaptiv leistungsbereit („wenn es sich lohnt“), aber auch demonstrative Unangepasstheit und Verweigerungshaltung; häufig Gefühl von Benachteiligung aufgrund der Herkunft.

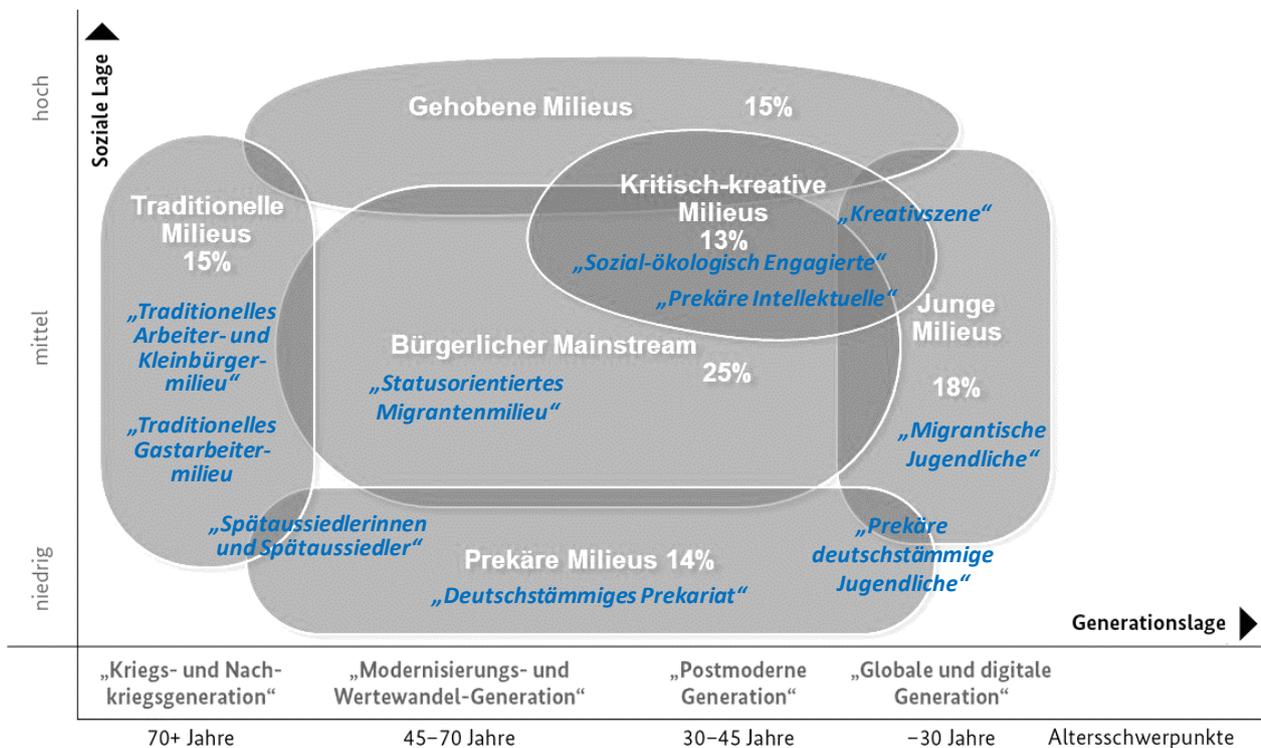
Umweltschutz ist kein relevantes Thema. Relevant in Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße, Kiel-Gaarden und Marburg-Waldtal (vergleichbar dem Sinus-Migrantenmilieu der „Hedonistisch-Subkulturellen“: Wippermann/Flaig 2009).

- ▶ **„Neu-Migrantische“:** Geflüchtete und sich um Asyl bewerbende, meist aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika; eher jüngere Altersgruppen; unterschiedliche Bildungsniveaus. Hohe Fluktuation und geringe Bleibechancen. Umweltschutz spielt im derzeitigen Alltag kaum eine Rolle; teilweise jedoch eigene Erfahrung mit massiven Umweltzerstörungen in den Herkunftsländern und dadurch sensibilisiert für hiesige umweltpolitische Diskurse. Soziale und ökologische Initiativen vor Ort sind vor allem interessant, um dort Kontakt zu anderen Geflüchteten oder Einheimischen zu bekommen. Relevant vor allem in Kiel-Gaarden.
- ▶ **„Prekäre Intellektuelle“:** Menschen mit hohem Formalbildungsniveau (meist Hochschulabschluss), die aufgrund individueller biografischer Schicksale keine der „üblichen Akademikerkarrieren“ gemacht haben oder aus einer solchen herausgefallen sind und insofern nur über geringe, oft unregelmäßige oder aus Transferleistungen stammende Einkommen verfügen; meist mittlere und höhere Altersgruppen, oft Alleinlebende. Engagiert für soziale und ökologische Anliegen, sowohl im Stadtquartier als auch darüber hinaus; hohe organisatorische und analytische Kompetenzen; ausgeprägte Bereitschaft, sich mit anderen zu vernetzen. Kritische Sensibilität gegenüber Gentrifizierungstendenzen; in Bezug auf Stadt- und Quartiersentwicklung eher Status-quo-orientiert. Relevant in Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße und Kiel-Gaarden (Entsprechung in den kritisch-kreativen Milieus im Modell von sociodimensions: BMUB/UBA 2017: 76f., jedoch von der Mehrheit dieser Milieus abweichendes Berufs- und Einkommensprofil).
- ▶ **„Sozial-ökologisch Engagierte“:** Meist Akademikerinnen und Akademiker in Sozialberufen, mittlere bis höhere Altersgruppen, mittlere Einkommen; meist mit Partnerin oder Partner und Kindern zusammenlebend. Hohe Identifikation mit dem Stadtquartier, das sie aufgrund eines Arbeitsplatzes oder durch zivilgesellschaftliches Engagement motiviert als Wohnort gewählt haben. Bewusst umwelt- und sozial verantwortliches Alltagshandeln. Hinsichtlich Engagement und diesbezügliche Kompetenzen vergleichbar mit den „Prekären Intellektuellen“, jedoch aufgrund beruflicher und familiärer Verpflichtungen dafür weniger zeitliche Freiräume. Betrachten eine behutsame Aufwertung „ihrer“ Stadtviertel als Chance. Relevant in Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße und Kiel-Gaarden (vergleichbar den kritisch-kreativen Milieus im Modell von sociodimensions: BMUB/UBA 2017: 76f).
- ▶ **„Kreativszene“:** Menschen jüngeren und mittleren Alters (bis 50 Jahre), die als Start-ups oder Kulturschaffende in Gebieten der Sozialen Stadt arbeiten und auch wohnen. Unkonventionell-leistungsorientiert und beruflich engagiert. Angezogen durch günstige (Büro-)Mieten und Nutzungsmöglichkeiten für ehemalige Industrieanlagen. Hohe Affinität zu „hippem“ Öko-Lifestyle (Bioläden, Veganismus etc.) Teilweise auch soziales Engagement für das Stadtquartier. Ihre Anwesenheit kann dazu beitragen, das Stadtquartier durch höherwertige Produktion und Dienstleistungen (statt Imbissbuden und Spielhallen) aufzuwerten, aber auch Gentrifizierung vorzubereiten. Relevant in Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße und Kiel-Gaarden.
- ▶ **„Studierende“:** Wohnen im Quartier wegen günstiger Mieten, auch in eigens dafür gebauten Studentenwohnheimen oder -zentren. Hohe Fluktuation und kaum Berührungspunkte mit anderen Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohnern. Meist hohes Umweltbewusstsein vorhanden, wenn man sich diesbezüglich engagiert, dann meist nicht im Stadtviertel. Relevant in Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße, Kiel-Gaarden und Marburg-Waldtal.
- ▶ **„Hermetische Subkulturen“:** Unterschiedliche, für sich abgeschlossen lebende Bevölkerungsgruppen auf einer Subkultur-typischen Lebensgrundlage. Beispiele sind die Altmittel- und Schrotthändler und ihre Familien in Marburg-Waldtal (von den Quartiersbewohnerschaft oft als „Schrottlern“ bezeichnet), Roma-Familien in Kiel-Gaarden oder russische Clans im Berliner Brunnenviertel-Brunnenstraße. (In der empirischen Feldphase dieser Studie konnte kein Zu-

gang zu diesen Gruppen gewonnen werden. Deswegen – und weil es sich um je verschiedenen Gruppen handelt, die untereinander keine Gemeinsamkeiten aufweisen, werden sie hier nicht näher beschrieben.)

Eine Verortung der in den Fallstudiengebieten identifizierten Teilgruppen im Modell der sozialen Milieus zeigt die Abbildung 1.

Abbildung 1: Verortung von Lebenswelten benachteiligter Stadtquartiere in sozialen Milieus



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Prozentanteile der sozialen Milieus beziehen sich auf die Grundgesamtheit der deutschsprachigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahre; Basis: n=2.067 Befragte, August 2016, Quelle hierfür: BMUB/UBA 2017: 71.

Für die auf der Mikro-Ebene identifizierten Teilgruppen der Bewohnerschaft der untersuchten benachteiligten Stadtquartiere können keine Prozentanteile ausgewiesen werden, da diese ausschließlich auf Grundlage einer qualitativen Untersuchung ermittelt wurden.

„Studierende“, „Neu-Migrantische“ und „Hermetische Subkulturen“ können wegen ihrer lebensweltlichen Heterogenität nicht in bestimmten Milieus verortet werden.

Diese Darstellung verdeutlicht nochmals die Vielfalt und Heterogenität der Bewohnerinnen und Bewohner in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Mit Blick auf das „Statusorientierte Migrantenmilieu“ und die „Migrantischen Jugendlichen“ fällt auf, dass – vor allem in den großstädtischen Fallstudiengebieten: Berlin-Brunnenviertel-Brunnenstraße und Kiel-Gaarden – relativ viele Menschen leben, die von ihrer Grundorientierung und ihrer sozialen Lage dem gesellschaftlichen Mainstream bzw. der (unteren) Mittelschicht zuzuordnen sind und offensichtlich allein aufgrund ihres Migrationshintergrunds in einem benachteiligten Stadtquartier wohnen. Die Interviews haben gezeigt, dass diese Personen oft eine sehr ambivalente Haltung gegenüber ihrem Wohnumfeld haben: Einerseits fühlt man sich dort verwurzelt und unter Landleuten gut aufgehoben; andererseits besteht die Tendenz, aus derartigen Stadtgebieten fortzuziehen, um sich von dem negativen Image, das mit einem entsprechenden Wohnsitz verbunden ist, zu befreien.

1.2 Charakteristische Muster von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in den untersuchten Stadtquartieren

Ein zentrales Erkenntnisinteresse der qualitativen Feldforschung waren die Formen und Muster des Umweltbewusstseins und Umweltverhaltens bei den Bewohnerinnen und Bewohnern sozial benachteiligter Stadtquartiere. So wenig, wie die Lebenswelten in diesen Gebieten einheitlich sind, so wenig sind es ihre Einstellungen und Handlungsmuster bezüglich der ökologischen Problematik. Es konnten jedoch einige charakteristische Muster identifiziert und – schwerpunktmäßig – unterschiedlichen Teilgruppen zugeordnet werden:

- ▶ **Umweltschutz als soziale Norm** – dieses Muster ist vor allem bei Angehörigen des „Deutschstämmigen Prekariats“ teilweise auch bei „Prekären deutschstämmigen Jugendlichen“ anzutreffen: Die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen wird grundsätzlich anerkannt und befürwortet im Sinne einer sozialen Norm, nach der sich alle zu richten haben. Das Wissen um Umweltprobleme stammt vor allem aus medial vermittelten, oft mit eingängigen Bildern verbundenen Berichten (Bilder von Plastikmüll in den Meeren, von abgeholzten Urwäldern, von Eisbären auf schmelzender Scholle etc.). Diese Einsichten werden im Alltag jedoch kaum handlungsrelevant. Die Umweltqualität am eigenen Wohnort (wie auch in Deutschland allgemein) wird überwiegend als gut und unproblematisch betrachtet. Individuelle Belastungen durch Lärm, Feinstaub und andere Schadstoffe – denen objektiv gesehen gerade die Bewohnerinnen und Bewohner von benachteiligten Stadtquartieren in besonderem Maße ausgesetzt sind – werden subjektiv verdrängt oder verharmlost. Die medial vermittelten Umweltprobleme hingegen sind zunehmend globaler Natur, so dass für die Befragten zwar oft ein allgemeines Bedrohungsgefühl zurückbleibt, aber nicht erkennbar wird, was sie selbst dafür bzw. dagegen tun können.

So werden im Alltagshandeln einige gelernte Regeln – mehr oder weniger konsequent – beachtet: im Wesentlichen sind dies Müll-Trennen und Energie-Sparen. Weitere umweltfreundliche Praktiken, wie die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder Zu-Fuß-Gehen, eine geringe Wohnfläche, wenige bis keine Urlaubsreisen und vergleichsweise wenige Neuanschaffungen bei hochwertigen Konsumgütern und bei der Haushaltsausstattung erfolgen unfreiwillig, d.h. (nur) aufgrund der begrenzten verfügbaren finanziellen Mittel. Dinge des täglichen Bedarfs ebenso wie gelegentliche Neuanschaffungen werden vor allem über Discounter getätigt; die damit u.U. verbundenen hohen externalisierten (Umwelt- und sozialen) Kosten sind den einzelnen kaum bewusst. Der Ernährungs- und Lebensstil ist insgesamt wenig gesundheitsbewusst, sondern an Preis (günstige Lebensmittel) und Bequemlichkeit (wenig Sport und Bewegung) ausgerichtet. Regelmäßiger Fleischverzehr gehört für sie zu den Selbstverständlichkeiten eines (einigermaßen) akzeptablen Lebensniveaus.

Eine Bereitschaft zum Engagement besteht vor allem bei niedrigschwelligen Aktivitäten (Abfall beseitigen, Pflanzen pflegen, Vogelhäuschen aufstellen etc.). Zentrale Motive sind dabei weniger ökologische Überlegungen, als vielmehr der Wunsch, die nahe Umwelt schöner zu machen, sie zu gestalten und sie sich anzueignen. Begleitend ist dabei fast immer auch der Wunsch, „aus den eigenen vier Wänden rauszukommen“, d.h. Gemeinschaftlichkeit und Geselligkeit zu erfahren, vorhanden. Bedürfnisse – oft unausgesprochen – wie Selbstwirksamkeit zu erfahren, etwas Sinnvolles tun zu können und somit sich auch unter prekären Verhältnisse ein Stück „Würde“ zu bewahren oder zurückzugewinnen spielen ebenfalls eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Aber auch – bei geförderten Initiativen – die Möglichkeit des Hinzuverdiensts ist ein weiterer motivierender Faktor – der insbesondere für die Verstetigung von Aktivitäten förderlich sein kann.

- ▶ **Bewahren des Bestehenden** – besonders verbreitet ist dieses Muster im „Traditionellen Arbeiter- und Kleinbürgermilieu“, im „Traditionellen Gastarbeitermilieu“ und bei „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern“: Bei diesem Muster geht es ganz grundsätzlich darum, Gewachsenes, Bestehendes, Natürliches und Erworbenes möglichst sorgsam zu behandeln und zu erhalten. Dies bezieht sich zunächst auf die eigene nahe Umwelt – und umfasst den eigenen Besitz (Haus, Wohnung, Automobil etc.) genauso, wie die bekannte, gewohnte Struktur des Stadtquartiers – und im weiteren Sinne, soweit alltagsrelevant, auch die Natur und die natürlichen Ressourcen. Bestimmend ist eine Orientierung an Sparsamkeit, Bescheidenheit, aber auch Sauberkeit und Ordnung. In Bezug auf Produkte achtet man auf Haltbarkeit und Langlebigkeit sowie ein gutes Preis-Leistungsverhältnis. Gesichtspunkte wie Stil und Mode sind dem gegenüber untergeordnet. Vorhandene Dinge sollen möglichst nicht weggeworfen, sondern, wo immer möglich, repariert, weitergegeben und weitergenutzt werden. Langlebige Konsumgüter werden häufig auch gebraucht angeschafft (Auto, Haushaltsgroßgeräte) – hierbei kann sich Gebrauchtkauf mitunter allerdings ökologisch negativ auswirken (z.B. aufgrund eines hohen Energieverbrauchs bei der Nutzung). Ein unordentliches, verschmutztes Wohnumfeld wird genauso als Ärgernis empfunden, wie Menschen mit ungepflegter Kleidung o.Ä. Teilweise neigen die Menschen mit diesem Einstellungsmuster daher auch dazu, das Verhalten anderer in ihrem Umfeld, z.B. in Bezug auf den Umgang mit Abfall oder Energie, kritisch zu beobachten und mitunter rigide zu kontrollieren. An genuin ökologischen Themen besteht dabei jedoch wenig Interesse.

Die Bereitschaft zu Verhaltensänderung und Engagement außerhalb des Privaten ist gering. Dabei spielen auch Berührungspunkte eine Rolle. Oft herrschen nostalgische Ansichten gegenüber früheren Zeiten vor (in denen noch alles besser war).

- ▶ **Konsumorientierung und Verantwortungsdelegation** – dieses Muster ist vor allem für das „Statusorientierte Migrantenmilieu“ und für „Migrantische Jugendliche“ charakteristisch: Im Vordergrund steht der Wunsch nach einem angenehmen, den Standards einer Wohlstandsgesellschaft entsprechendem Leben. Komfort und Genuss, aber auch der Wunsch, der Außenwelt zu zeigen, was man sich leisten kann, sind dabei wichtige Motive. Es bestehen noch viele Konsumwünsche, die man sich erfüllen will und auf die man hinarbeitet. Bei der Ernährung ist regelmäßiger Fleischverzehr selbstverständlich; Fertiggerichte und Convenience-Produkte werden gerne genutzt, jedoch werden auch frische Lebensmittel von lokalen (migrantisch geprägten) Märkten im Rahmen einer noch stark an traditionellen Rezepten orientierten Küche häufig verwendet.

Eine besondere Rolle spielt das Auto. Hierbei ist jedoch ein bemerkenswerter Generationenunterschied festzustellen: Während das Auto für die älteren Vertreter dieses Musters das Statussymbol schlechthin ist und insofern einen extrem hohen, auch emotionalen Stellenwert hat („unverzichtbar“), so ist bei den Jüngeren eine Abkehr vom eigenen Auto erkennbar, das sich, vor allem in Großstädten, eher als Belastung denn als Alltagserleichterung erweist, und dem gegenüber andere Statussymbole wie ein Smartphone, aber auch ein „cooles“ Fahrrad oder andere Sportgeräte wichtiger sind. Auch hierin zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen migrantischer und autochthoner Bevölkerung bei vergleichbarer Milieuzugehörigkeit eher gering sind (Wippermann/Flaig 2009). Sauberkeit im Stadtquartier – und damit verbunden: das Image des eigenen Wohnviertels – sind ein wichtiges Anliegen. Ebenso spielen gepflegte Grünanlagen und Sportmöglichkeiten eine Rolle.

Die Notwendigkeit des Umweltschutzes wird auch hier – als soziale Norm – anerkannt, hat aber wenig Handlungsrelevanz für das eigene Leben. Mülltrennung gilt als selbstverständlich,

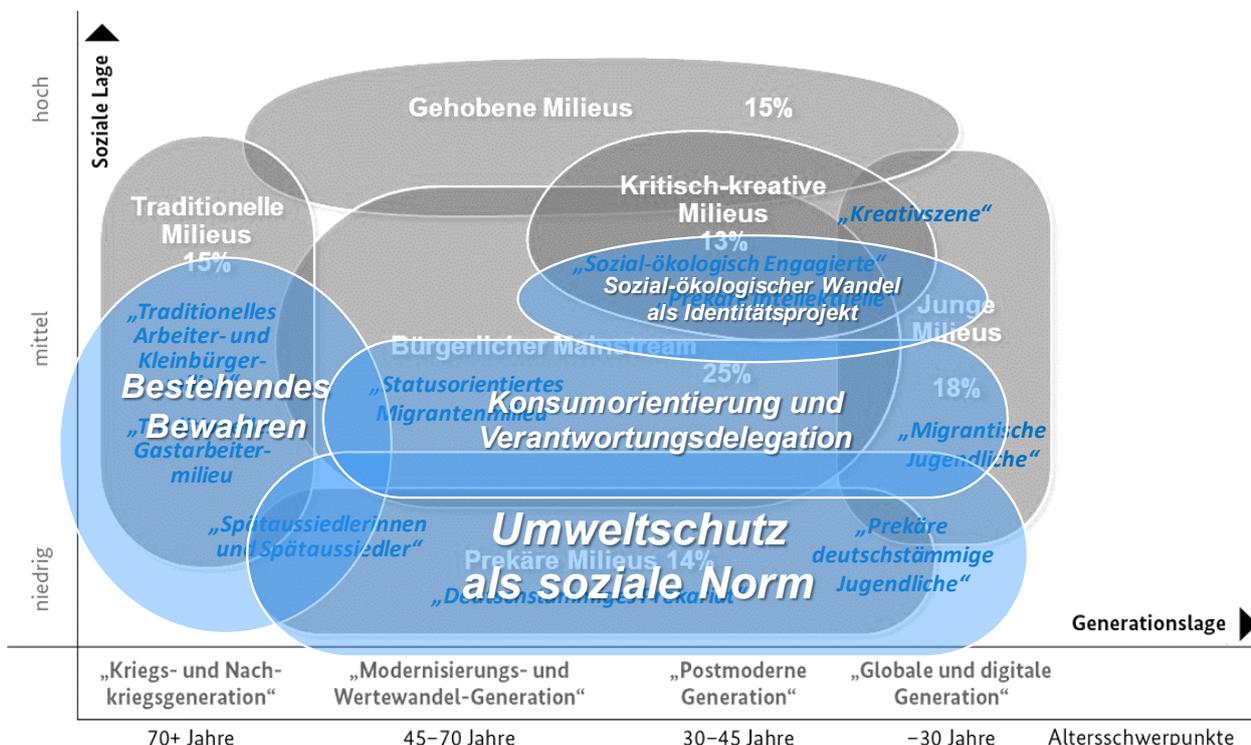
wird aber im Alltag aus Bequemlichkeit oft nicht allzu genau beachtet. Ansonsten sieht man für Umweltprobleme die staatlichen Institutionen und die lokale Administration zuständig.

- **Sozial-ökologischer Wandel als Identitätsprojekt** – dieses Muster findet sich bei „Prekären Intellektuellen“ und „Sozial-ökologisch Engagierten“: Umwelt- und Naturschutz hat ebenso wie sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert im Wertesystem. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die nahe Umwelt im Stadtquartier wie auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung. Es werden vielfältige Probleme wahrgenommen, die ein Engagement erfordern und für die man bereit ist, sich selbst zu engagieren.

Im privaten Leben achten die die befragten Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner, die dieses Muster zeigen, sorgsam auf einen ökologisch korrekten Lebensstil. Das Fahrrad oder der ÖPNV wird für die Alltagsmobilität strikt bevorzugt. Regionale und saisonale Lebensmittel, bevorzugt in Bio-Qualität werden für die Ernährung konsequent verwendet. Für abweichendes Verhalten anderer in der Nachbarschaft bringt man jedoch meist viel Verständnis auf. Um diesbezüglich aber zu einer allmählichen Veränderung beizutragen, beteiligt man sich an örtlichen Initiativen wie Repair-Cafés, Fahrradstationen, Tauschbörsen u.Ä. Dafür bringen die Vertreterinnen und Vertreter dieses Musters oft viel Zeit und Energie auf; sie verfügen dabei über die erforderlichen Kompetenzen und Fähigkeiten, um sich mit anderem im Quartier zu vernetzen, um lokale Initiativen zu gründen oder voranzutreiben, auf Gemeinwohlakteure und Quartiersmanagement zuzugehen und sich mit der lokalen Verwaltung auseinanderzusetzen.

Eine Verortung der Umwelteinstellungs- und -verhaltensmuster in den sozialen Milieus und soziokulturellen Teilgruppen der untersuchten Stadtquartiere zeigt Abbildung 2.

Abbildung 2: Positionierung der Umwelt-Muster in den sozialen Milieus:



Quelle: Eigene Darstellung.

1.3 Ökologisch relevante Frage- und Problemstellungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner

Verkehr

Obwohl etliche der untersuchten Quartiere von Umgehungsstraßen mit hoher Lärm- und Schadstoffbelastung umgeben sind, wird dies von den Bewohnerinnen und Bewohnern kaum wahrgenommen oder verdrängt. Wer als direkte Anwohnerin oder direkter Anwohner massiven Belastungen ausgesetzt ist, empfindet diese als störend, aber nimmt sie weitgehend hin. Als entscheidend gilt der Verkehr innerhalb des Quartiers: hier wird oft ein rücksichtsloses Verkehrsverhalten der Auto- und Lkw-Fahrenden (in Berlin auch der Fahrrad-fahrenden) beklagt, die die Straße als „rechtsfreien Raum mit eigenen Regeln“ betrachten: Es wird mit überhöhter Geschwindigkeit durch beruhigte Zonen „gebrettert“ und damit vor allem spielende Kinder gefährdet.

Ein eigener Pkw gilt vielen als unabdingbar bei der Alltagsbewältigung: für die Fahrt zur Arbeit, zum wöchentlichen Großeinkauf oder zur Kinderbeförderung. Vor allem von migrantischen Bevölkerungsgruppen wird dieser – mitunter durchaus selbstkritisch – als wichtiges Statussymbol betrachtet, das für Erfolg und Integration in Deutschland steht. Bei der jungen Migrantengeneration deutet sich dagegen ein Bedeutungsverlust des Autos als Statussymbol und eine stärkere Hinwendung zum Fahrradfahren an – insbesondere wenn das Fahrrad als „cooles“ Sportgerät vorzeigbar ist. Soweit ein Auto vorhanden ist, wird der ÖPNV aber trotz guter Anbindung deswegen nicht genutzt, weil die Tickets – z.B. wenn mehrere Familienmitglieder gemeinsam unterwegs sind – teurer kommen als die Autokosten.

Die Parkplatz-Situation wird in den großstädtischen Fallstudiengebieten (Berlin, Kiel) meist entspannt gesehen. Gelegentliche Schwierigkeiten, einen Parkplatz zu finden werden in diesem Zusammenhang als „normal“ betrachtet; gleichzeitig sieht man die diesbezüglichen Verhältnisse im eigenen Wohnumfeld als besser an, als in anderen Innenstadtlagen. In den kleineren Quartieren Marburg (Waldtal) und Merzig (Schalthausiedlung) dagegen sind fehlende Parkmöglichkeiten unter den Pkw-Besitzerinnen und -besitzern ein häufiger Grund zur Klage. Obwohl de facto ein klares Parkplatz-Überangebot vorhanden ist, wird dieses subjektiv als nicht ausreichend betrachtet. Der Grund dafür liegt in dem Wunsch, das eigene Fahrzeug immer in unmittelbarer Nähe zur eigenen Wohnung abstellen zu können. Hier sind offensichtlich Normen, die man aus mittelschichtsgeprägten Klein- und Vorstädten kennt (wie z.B. der Carport vor dem Hauseingang), für ein gewisses Anspruchsniveau prägend, über das sich Würde und Status definieren.

Das Fahrrad wird von einigen, soweit sie dessen Benutzung gewohnt sind, körperlich fit sind und keine großen Entfernungen zu bewältigen haben, ganz selbstverständlich als praktisches und preiswertes Verkehrsmittel im Alltag genutzt. Andere – vor allem, wenn ein Auto vorhanden ist – zeigen sich schlichtweg ignorant gegenüber dieser Mobilitätsmöglichkeit. Oft wird auch die schlechte Qualität fahrradgeeigneter Wege als Hinderungsgrund angeführt (Kopfsteinpflaster, Schlaglöcher, Gefahr durch den Autoverkehr etc.). Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (insbesondere im „Traditionellen Gastarbeitermilieu“ und bei „Neu-Migrantischen“) bestehen zusätzliche Barrieren gegenüber dem Fahrradfahren: Da man dies bisher oft nicht gelernt hat, besteht ein hohes Gefühl von Unsicherheit und Unkontrollierbarkeit gegenüber einem zweirädrigen Gefährt. Darüber hinaus sind vielen die Verkehrsregeln insbesondere des Stadtverkehrs nicht bekannt oder sie fühlen sich damit zumindest sehr unsicher. Ältere Migrantinnen und Migranten, die über keinen Pkw verfügen, gehen lieber zu Fuß, auch über längere Strecken. Für viele, vor allem „Neu-Migrantische“, aber auch „Migrantische Jugendliche“ aus ärmeren Elternhäusern stellt außerdem die Anschaffung eines Fahrrads eine relevante finanzielle Belastung dar: Ein neues Fahrrad gilt als teuer; bei einem gebrauchten Fahrrad werden erhebliche Folgekosten erwartet, da „ständig“ Wartung und Reparaturen anstehen. Insgesamt aber

zeigt sich die junge Migrantengeneration (in Deutschland aufgewachsene Kinder und Jugendliche) dem Fahrradfahren genauso aufgeschlossen, wie ihre autochthonen Altersgenossen: Sie lernen ganz selbstverständlich Fahrradfahren, nehmen an Verkehrstrainings in der Schule teil, und nutzen es gerne, weil konvenient im Alltag. Wichtig ist allerdings, dass ein Fahrrad auch „vorzeigbar“ ist: stylisch, cool, Ausweis einer sportlichen Haltung – gebrauchte und reine Nutzfahrräder können bei ihnen nicht punkten.

Natur und Grünflächen

Der Zugang zur Natur gilt prinzipiell als Grundbedürfnis: Die Freude an überdurchschnittlich vorhandenen Grünflächen in allen untersuchten Stadtquartieren wird von vielen artikuliert und gilt Pluspunkt des eigenen Wohnviertels. Dadurch entwickelt sich auch bei Prekären, Kindern und Jugendlichen Freude am Eigenleben der Natur. Es bieten sich Chancen für Entdeckungen, auch für kleine Abenteuer (Baumhaus bauen, Kaulquappen fangen) und die Förderung des Bewusstseins für biologische Vielfalt. Bemängelt wird jedoch vielfach die geringe Pflege der örtlichen Grünanlagen. Von vielen wird eine sich ungehindert ausbreitende Natur in der Stadt mit Vernachlässigung gleichgesetzt. Lediglich eine Minderheit (meist aus den „Prekären Intellektuellen“ und „Sozial-ökologisch Engagierten“) empfindet Freude angesichts einer „üppig wuchernden Natur“. Insgesamt ist aber eine große Bereitschaft festzustellen, sich für Pflanzen und Grünflächen im eigenen Quartier einzusetzen. Ziele und Motive sind zum einen, die Verschönerung des Quartiers, die Beobachtung von Pflanzen und ihrem Wachstum sowie die Freude an der Pflege von Pflanzen, die als sinnstiftende Betätigung aufgefasst wird. Darüber hinaus bieten sich dabei Möglichkeiten zum Aufbau sozialer Kontakte. Implizit können somit Klimaziele erreicht werden: Luft verbessern, Schatten spenden, Hitze im Sommer entgegenwirken, Essbares produzieren.

Müll und Abfall

Auf „Umweltprobleme“ angesprochen, werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern der untersuchten Fallstudiengebiete immer an erster Stelle Probleme mit Müll und Abfall genannt. Beschrieben wird zum einen fehlende oder falsche Mülltrennung (der anderen) im eigenen Wohnumfeld, und zum anderen herumliegende Abfälle, Unrat oder wilde Sperrmüllecken; außerdem Hundekot im öffentlichen Raum. Diesbezüglich werden verschiedene Ursachen wahrgenommen – vor allem aber bestehen abgestufte Schuldzuweisungen: Deutschstämmige Bewohnerinnen und Bewohner beschuldigen die migrantische Bevölkerung; alteingesessene Migrantinnen und Migranten machen Neu-Zugezogene und Geflüchtete dafür verantwortlich; alle gemeinsam verurteilen das Verhalten bestimmter subkultureller Gruppen, wie Sinti und Roma (in Kiel) oder „Schrottler“ (in Marburg).

Oft wird dabei die Verwahrlosung der Umgebung als ein passender Spiegel der eigenen prekären Lage interpretiert. Ein weiterer Punkt ist die fehlende positive Identifikation mit dem eigenen Stadtteil: Wie es dort im öffentlichen Raum aussieht, gehört nicht in den Verantwortungsbereich des oder der Einzelnen. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kommt hinzu: Während im privaten Raum auf Sauberkeit großen Wert gelegt wird, liegt der öffentliche Raum außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs – und man sieht keine Veranlassung, das zu ändern. Festzuhalten ist außerdem: Die Prinzipien der Mülltrennung beim Haushaltsabfällen sind für Menschen, die sich noch nicht lange in Deutschland aufhalten (insbesondere für „Neu-Migrantische“) ohne ausreichende Anleitung nicht einfach zu verstehen. Dies wird von entsprechenden Interviewten auch freimütig eingestanden: „Wenn ich familiäre Probleme und Sorgen habe, wie ich meinen Alltag überstehen soll, dann, ehrlich gesagt, ist die Mülltrennung für mich das geringste Problem“ – KI18). In den Herkunftskulturen vieler Migrantinnen und Migranten ist Mülltrennung unbekannt; es wird dort aber auch sehr viel weniger Müll produziert, z.B., weil es noch Subsistenzwirtschaft gibt oder die Lebensmittel offen und ohne Umverpackungen gekauft werden.

Es spielen jedoch auch Kostengesichtspunkte eine Rolle: Vor dem Hintergrund, dass gerade Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs bei Discountern – den fast ausschließlichen Einkaufsstätten der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner – überdurchschnittlich aufwändig verpackt sind, ist das Abfallaufkommen hier besonders hoch. Insoweit der Hausmüll nach dem Verursacherprinzip abgerechnet wird, sind die Müllgebühren ein relevanter Faktor im individuellen Budget. In allen untersuchten Fallgebieten zeigte sich, dass kaum ein Bereich so geschützt wird, wie Mülltonnen und Müllcontainer: Die Möglichkeit, Abfall zu entsorgen ist ein kostbares privates Gut, von dem andere ferngehalten werden müssen. Gleichzeitig animiert dieses Prinzip aber zu einem subversivem Umgehungsverhalten: Anstatt den Müll – kostenpflichtig – sorgfältig getrennt in die eigenen Abfallbehälter zu entsorgen, sucht man nach Gelegenheiten, ihn im öffentlichen Raum oder bei anderen Leuten – heimlich und kostenfrei – loszuwerden.

Energie

Energie, sowohl Heizung als auch Strom, gilt als sehr teuer. Deshalb ist Kosten zu sparen ein „natürliches“ Motiv von sozial Benachteiligten. Das Bemühen um einen sparsamen Umgang mit Energie gehört daher zu den am häufigsten genannten „Umweltschutzpraktiken“. Die gängigen Stromsparmöglichkeiten (kein Standby, Licht ausmachen, Stromsparlampen/LED) sind weitgehend bekannt und werden inzwischen breit praktiziert. Viele Befragte haben inzwischen an Energiesparberatungen teilgenommen. Hiervon ist kein großes Einsparpotenzial mehr zu erwarten.

Bei der Neuanschaffung von Stromsparlampen, insbesondere LEDs, wartet man gerne auf Sonderangebote bei Discountern, um dann größere Mengen einzukaufen. Die Energieverbrauchslabes (A+++ bis E) sind weitgehend bekannt. Für die Anschaffung entsprechender Geräte fehlt es aber meist an Kaufkraft. Eher werden Haushaltsgroßgeräte gebraucht gekauft und auch alte Geräte an andere (noch Ärmere) weiterverkauft. Wegen des hohen Stromverbrauchs der älteren Modelle sind hier negative Umweltauswirkungen anzunehmen.

Vor allem Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund sind gegenüber ihrem Energieverbrauch besonders sensibel. In den Herkunftsländern von Migrierten oder Geflüchteten sind die Energie-, insbesondere die Strompreise meist sehr viel höher als in Deutschland. Das Bemühen um einen sparsamen Umgang mit Strom ist für diese Menschen daher nichts Neues.

Viele der Befragten berichteten, dass sie den Anbieter gewechselt haben, um ihre Stromkosten zu senken. Dabei werden Preisvorteile – auch Neukunden-Lockangebote – gern wahrgenommen. (Da die meisten Billigstrom-Anbieter – noch – nicht zu den Ökostrom-Anbietern gehören, ist anzunehmen, dass es sich bei diesen Anbieterwechseln in der Regel nicht um einen Wechsel zu einem ökologisch günstigen Anbieter handelt.)

Vereinzelt wird von extremen Strom- und Heizungs-Sparverhalten berichtet: Im Winter nur einen Raum beheizen, sich warm anziehen, auf den Kühlschrank verzichten, nur die notwendigsten Elektrogeräte verwenden. Steigende Strompreise und überraschende, für die Betroffenen nicht nachvollziehbare Nachforderungen der Energieversorger sind oft dafür die Ursache. Bei anderen ist ein überaus sorgloser Umgang mit Energie festzustellen: Man gönnt sich üppige Beleuchtung, eine im Winter sehr warme Wohnung und dennoch dauerhaft in Kippstellung geöffnete Fenster. Vor allem, wenn die Betroffenen als Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger die Energiekosten nicht selbst tragen oder an ein Fernwärmenetz angeschlossen sind, bei dem der individuelle Verbrauch nicht transparent wird, ist dieses Verhalten zu beobachten.

Die eigenen Heizkosten werden sehr unterschiedlich wahrgenommen: Während die einen zufrieden sind mit den geringen Kosten und hohen Rückzahlungen (kaum Außenwände, Dämmung, entsprechendes Heizverhalten), klagen andere über die übermäßigen Kosten und die jährlich steigenden Strompreise. Für sie sind die Faktoren beim Heizen intransparent, sie glauben, wenig individuellen

Einfluss auf die Heizkosten zu haben. Oftmals wird von einem falschen Lüftungsverhalten berichtet, weitverbreitet ist die Kippstellung der Fenster. Der energetische Status der eigenen Wohnung kann von den allermeisten nicht eingeschätzt werden. Hier dominieren subjektive Wahrnehmungen, die oft von Zufälligkeiten (wenige Außenwände, wohnen in oberen Stockwerken) beeinflusst sind.

Beratung für energetische Sanierung wird sehr zögerlich wahrgenommen. Relevant ist diese ohnehin nur für den kleinen Teil von Haus- oder Wohnungsbesitzerinnen bzw. -besitzern (aus dem „Traditionellen Arbeiter- und Kleinbürgermilieu“). Aber auch diese interessieren sich allenfalls dann dafür, wenn ohnehin Umbaumaßnahmen geplant wird. Entscheidend für die Umsetzung ist die finanzielle Förderung. KfW-Kredite dafür gelten bei den aktuell herrschenden Niedrigzinsen jedoch als wenig attraktiv.

Einkaufen

Beim Kauf von Produkten des täglichen Bedarfs gibt es bei allen Gruppen die Preisorientierung sehr ausgeprägt. Überwiegend wird bei Discountern, meist einmal wöchentlich als Großeinkauf, eingekauft. Soweit verfügbar, wird dafür ein Auto benutzt. Oft werden Sonderangebote aus Wurfsendungen gesichtet und dann entsprechen eingekauft.

Ein Ärgernis, das oft genannt wird, sind die aufwändigen Verpackungen von Lebensmitteln. Dabei scheint minderwertige Ware oft am aufwändigsten verpackt. Auch die zunehmende Verbreitung von Coffee-to-go Bechern, die auch ein Müllproblem darstellen, wird genannt. Dass inzwischen Gemüse und Obst auch bei Discountern unverpackt angeboten wird, sehen viele als positive Entwicklung.

Das Aufkommen von Lebensmittelabfällen stellt sich sehr unterschiedlich dar: Während die einen so gut wie nichts wegwerfen, weil sie ihre Einkäufe sorgfältig planen, geben die anderen zu, dass sie sehr viel wegwerfen, sei es, weil „unversehens“ das (Mindest-)Haltbarkeitsdatum überschritten oder einfach zu große Mengen (insbesondere bei einem verlockenden Sonderangebot) eingekauft wurden.

Ernährung

Das Thema Ernährung ist stark von sozialen Normen geprägt. Nach Selbstauskunft fast aller Befragten wird im Haushalt regelmäßig selbst gekocht, und man bemüht sich um eine gesunde Ernährung mit viel frischen Zutaten. Bei genauerer Nachfrage zeigt sich, dass es im tatsächlichen Verhalten ein breites Spektrum unterschiedlicher Ernährungsweisen gibt: Während einzelne zwei bis dreimal am Tag warm kochen (z.B. „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“), kochen alleinlebende Jüngere kaum bis gar nicht. Eine Tendenz zur Verwendung von Fertiggerichten und Fast-Food ist grundsätzlich ausgeprägt; oft jedoch führen finanzielle Überlegungen dazu, diese Angebote nur eingeschränkt zu nutzen.

Frauen aus migrantischen Familien (sowohl aus dem „Traditionellen Gastarbeitermilieu“ wie aus dem „Statusorientierten Migrantmilieu“) orientieren sich häufig am traditionellen Speiseplan ihrer Heimatländer – was mit dem Einkauf frischer Produkte in Wochen- und Supermärkten der lokalen ethnischen Ökonomie, regelmäßigem Selbst-Kochen und gemeinsamen Mahlzeiten im Familienkreis einhergeht. Junge Männer („Prekäre deutschstämmige Jugendliche“, „Migrantische Jugendliche“) bevorzugen oft eine proteinreiche, fleischlastige Ernährung. Diese wird oft mit der Notwendigkeit, Kraft und Fitness zu erhalten, begründet. Einige jüngere Frauen geben an, sich vegetarisch oder fleischarm zu ernähren: Dabei gelten beispielsweise Nudelgerichte als leicht zuzubereiten und gegenüber Fleischgerichten als deutlich preiswerten. Daneben sind Diäten zum Abnehmen bei jüngeren und mittelalten Frauen ein großes Thema. Übergewicht ist ein häufiges Problem. Bevor man jedoch den Lebenswandel und die Ernährung grundsätzlich umstellt, orientiert man sich an vielversprechenden Diätvorschlägen, die in den Print- und Internet-Medien aufmerksam wahrgenommen werden.

Im „Traditionellen Gastarbeitermilieu“, teilweise aber auch im „Statusorientierten Migrantenumilieu“ (vor allem wenn türkischer Herkunft) erfreut sich der Eigenanbau von Lebensmitteln großer Beliebtheit. Gerne werden hierzu frei werdende Schrebergärten übernommen. Für „Neu-Migrantische“, d.h. Geflüchtete, sind darüber hinaus Interkulturelle Gärten o.Ä. attraktiv, weil sie darüber einerseits neue Kontakte (zu Einheimischen wie zu anderen Geflüchteten) anbahnen können, andererseits darin die einzige Möglichkeit sehen, von Zeit zu Zeit frische, hochwertige Nahrungsmittel zu Essen zu bekommen, die dem, was sie aus ihren Heimatländern kennen, vergleichbar sind.

Sport- und Spielflächen, Bewegung

Spielplätze und Spielflächen für Kleinkinder werden in der Regel als ausreichend vorhanden und relativ gepflegt eingeschätzt. Beklagt wird vereinzelt Hundekot auf Spielplätzen. Schwieriger stellen sich die Angebote für größere Kinder und Heranwachsende dar: Fußballplätze sind dabei das Hauptthema. Zwar sind meist irgendwo „Bolzplätze“ vorhanden, sie werden aber als ungepflegt und nicht den Ansprüchen genügend, d.h. nicht für richtige Spiele und Turniere geeignet („wie anderswo auch“) betrachtet. Andere Angebote, wie Trimm-Dich- und Jogging-Pfade, finden wenig Interesse. Wieder andere, wie Tischtennisplatten, sind ungünstig positioniert oder in einem Zustand, der eine Benutzung unattraktiv macht.

Bei den Erwachsenen (beiderlei Geschlechts) besteht in der Regel wenig Interesse an Sport- und Bewegungsangeboten. Dies ist oft mit einem schlechten Gewissen verbunden („Ich weiß, ich sollte mehr tun“), führt aber kaum zu praktischen Konsequenzen. Einige junge Männer (vor allem „Migrantische Jugendliche“) trainieren dagegen exzessiv. Einige ältere Frauen (vor allem „Spätaussiedlerinnen“) haben die Angewohnheit, regelmäßig längere Spaziergänge zu unternehmen. „Neu-Migrantische“ schildern das Problem, dass sie die potenziellen Angebote (auch der Sportvereine) nicht mitbekommen – obwohl viele davon über Nachwuchsprobleme klagen und für die Aufnahme von Geflüchteten offen sind. („Man sieht das nicht auf der Straße: Komm, wir haben einen Platz für Dich!“).

Insgesamt bestehen recht viele Angebote, die Sport und Bewegung für unterschiedliche Gruppen ermöglichen – von einem relativ großen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner werden sie jedoch kaum wahrgenommen.

Lärm und Luftverschmutzung

Verkehrslärm und Luftschadstoffe werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern der untersuchten Fallstudiengebiete so gut wie gar nicht thematisiert. (Eine Ausnahme bilden einige wenige Befragte, die unmittelbar an einer vielbefahrenen Bahnlinie oder Schnellstraße wohnen.) Obwohl die Belastungen in vielen Fällen offensichtlich hoch sind, wird diese Problematik im Alltagsbewusstsein ignoriert oder verdrängt. Das Vorhandensein vieler Grünanlagen wird vielmehr dahingehend interpretiert, in Stadtteilen zu wohnen, in denen die Luft besonders gut sei („Die Luft hier ist hervorragend. Wir wohnen wie im Wald, in einem Luftkurort!“).

Von Lärm durch Nachbarn, Kinder, Feiernde, auf belebten Straßen und Plätzen wird zwar berichtet, er wird aber in den meisten Fällen als „normal“ toleriert und gilt eher als Zeichen für ein lebendiges Quartier.

Nutzungsdauerverlängerung und Nutzungsintensivierung von Produkten

Gebraucht-Kauf und -Verkauf, vor allem von Kleidung und Möbeln, ist weit verbreitet. eBay spielt dabei eine zentrale Rolle, aber auch Second-Hand-Läden werden mitunter genutzt. Flohmärkte, Gebrauchtwarenbörsen und Tauschbörsen gelten aber als wenig attraktiv: Aus Sicht der Befragten sind dort weder interessante Produkte (für die Nachfragenden) zu finden noch angemessene Preise (für die

Anbietenden) zu erzielen. Für die meisten aber ist – öffentlich sichtbarer – Gebrauchtkauf mit einem Stigma behaftet und mit Schamgefühlen verbunden („Das hat einen negativen Beigeschmack“). Dagegen finden Internet-Geschäfte im Privaten statt – und gelten zudem als modernes, „cleveres“ Verhalten. Hinzu kommt der bei den meisten stark ausgeprägte Wunsch, sich hin und wieder etwas Neues leisten zu können, sich etwas zu gönnen. Dabei werden die niedrigen Preise bestimmter Discounter als rationale Argumente ins Feld geführt: „Statt dass ich für ein Teil fünf Euro im Second-Hand-Laden zahle, kann ich dasselbe zu dem Preis auch neu bei KiK kriegen“).

Mieten und Leihen ist so gut wie ungebräuchlich, außer als informelle Nachbarschaftshilfe; diese ist insbesondere in kleineren Quartieren mit gutem sozialen Zusammenhalt (Marburg-Waldtal, Merzig-Schalthaussiedlung) weit verbreitet („Nachbarschaftshilfe wird bei uns ganz großgeschrieben, was der eine nicht hat, hat der andere, und umgekehrt.“)

Auch Reparieren ist überwiegend kein Thema: Zum einen sind keine Möglichkeiten bekannt, wo Geräte (günstig) repariert werden könnten; zum anderen erscheint es attraktiver, neue Geräte zu kaufen, die immer wieder günstig zu haben sind, indem man Sonderangebote abwartet. Zudem wird argumentiert, dass viele Geräte (wie z.B. Smartphones) in kurzer Zeit technisch veralten („Die meisten Geräte kann man ja heutzutage gar nicht mehr reparieren – und wozu sollte ich, wenn es neue Geräte immer wieder günstig zu kaufen gibt?“).

Ältere handwerklich versierte Männer („Spätaussiedler“, „Traditionelles Arbeiter- und Kleinbürgermilieu“) würden gern beispielsweise im Zuge von Nachbarschaftshilfe einiges reparieren – als Betätigungsmöglichkeit und aus wertorientierter Abneigung gegenüber dem Wegwerfen –, finden dafür aber nur sporadisch Gelegenheit. Einige Migrantinnen bieten Schneiderarbeiten zur Umarbeitung oder Reparatur von Kleidung an, die auf eine etwas stärkere Nachfrage stößt. Größeren Zuspruch findet die Reparatur von Fahrrädern, wenn sie preisgünstig (oder umsonst) angeboten wird (insbesondere bei „Prekären Jugendlichen“). Entsprechende Angebote gibt es jedoch nur selten – oder wurden nach kurzer Zeit wieder eingestellt.

Selbermach-Werkstätten

Selbermach-Werkstätten (organisiert und getragen von GWA) werden vor allem von Beschäftigung und Gemeinschaft suchenden angenommen. Mitunter können dabei nachhaltig wirksame Erfahrungen von Selbstwirksamkeit in Gang gesetzt und Kreativitätspotenziale aktiviert werden.

Repair-Cafés bleiben ein Nischen-Angebot. Sie werden meist von Ehrenamtlichen betrieben und finden nur in größeren zeitlichen Abständen statt. Für alltägliche Reparatur-Angelegenheiten kommen sie daher meist nicht in Frage. Bezüglich der reparierten Gegenstände zeigen sich zwei klare Schwerpunkte: Einerseits Liebhaber- und Nostalgie-Gegenstände (eine alte Standuhr, eine besondere Kaffeemühle etc.) oder IT-Geräte. Aktiv sind dem entsprechend einerseits einige ältere Handwerker (aus traditionellen Milieus) und junge Nerds (die meist nicht in den benachteiligten Stadtquartieren wohnen). Migrantinnen und Migranten sind hier sowohl als Anbietende wie Nachfragende fast vollständig außen vor. Insbesondere in Bezug auf IT-Equipment ist aber von einem hohen Synergie-Potenzial zwischen kompetenten und engagierten jungen Leuten (von außerhalb der Quartiere) und Bewohnerinnen und Bewohner (für die IT als Teilhabemöglichkeit wichtig ist, Neuanschaffungen dazu jedoch oft außerhalb des verfügbaren Budgets liegen) auszugehen.

1.4 Formen der Interaktion zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern benachteiligter Stadtquartiere und professionellen Akteuren

Bei den beobachteten Interaktionen sind insgesamt drei Akteursebenen zu unterscheiden:

1. Professionelle Akteure aus kommunalen Verwaltungen und öffentlichen Institutionen (z.B. Kirchen, Sozialverbände etc.)
2. Vor Ort tätige Gemeinwohllakteure und Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanager (GWA und QM)
3. Bewohnerinnen und Bewohner der untersuchten Fallstudiengebiete

Regelmäßig wiederkehrende Themen sind:

- ▶ Der Fortgang laufender Projekte und Fördermaßnahmen
- ▶ Mietsteigerungen und steigende Preise bei Heizenergie
- ▶ Sauberkeit im Quartier, insbesondere Probleme mit Müll und Abfall, auch Hundekot
- ▶ Parkplätze
- ▶ Pflege und Rückschnitt von Grünanlagen durch die kommunalen Verantwortlichen
- ▶ Nutzung von Grünanlagen und Pflanz-Aktionen durch die Bewohnerinnen und Bewohner
- ▶ Nutzung von leerstehenden Gebäuden und Flächen
- ▶ Renovierungsvorhaben von Sozialwohnungen und öffentlichen Gebäuden
- ▶ Interkulturelles und Fragen bezüglich der Integration von Geflüchteten
- ▶ Einkaufsgelegenheiten
- ▶ Kinderbetreuung
- ▶ Verkehr, insbesondere das Miteinander verschiedener Mobilitäts-Modi
- ▶ Möglichkeiten für Sport und Bewegung, insbesondere für Jugendliche
- ▶ Stadtteilstefte
- ▶ Flohmärkte und Weiterverwertung gebrauchter Gegenstände
- ▶ Do-it-yourself-Aktivitäten

Daneben sind einzelne Sonderformen von Aktionen und Interaktionen zu verzeichnen, die nur für bestimmte Teilgruppen relevant sind. Zu nennen sind hier beispielsweise:

- ▶ Energieberatung – die sich vor allem an Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer richtet
- ▶ Repair-Cafés – in denen sich eine ungewöhnliche Mischung von (alten) handwerklich Versierten mit (jungen) Nerds auf der Anbieterseite trifft und auf der Nachfrageseite vor allem Angehörige von Mittelschichten (von außerhalb der Quartiere) bedient werden
- ▶ Fahrrad-Initiativen – in denen vor allem (prekäre und sozial-ökologisch engagierte) Intellektuelle ein Hobby pflegen
- ▶ Interkulturelle Gärten – die entweder eine Kontaktbörse für Geflüchtete oder eine Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche bieten
- ▶ Tafeln – die der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken, indem sie Obdachlose mit Nahrung versorgen und vor allem von caritativ und religiös orientierten Angehörigen von Mittel- und Oberschichten (von außerhalb der Quartiere) getragen werden

Eine weitere relevante Form der Interaktion sind Vereins- oder Projektmesen, auf denen sich eine beeindruckende Vielzahl von Initiativen, Projekten, Vereinen und Institutionen präsentiert, die mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum suchen und an neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern interessiert sind. Wichtige Tätigkeitsbereiche sind hier:

- ▶ Verschiedene Sportarten (von Jogging und Walken bis Motorsport)
- ▶ Musik und Tanz (auch Folklore von Zugewanderten)

- ▶ Hilfsorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz, ASB, Johanniter, Malteser etc.
- ▶ Schrebergärtnerinnen und Schrebergärtner, Kleintierzüchterinnen und Kleintierzüchter, Imkerinnen und Imker etc.
- ▶ Eltern- und Kinderbetreuungs-Initiativen, auch von Migrantinnen und Männern getragen
- ▶ Mietervereine und Mieterinitiativen
- ▶ Automobilclubs (ADAC, ACD)

Bei all diesen beobachteten Interaktionen standen Fragen des Umweltschutzes nie explizit im *Vordergrund*. Wie die Auflistung der diskutierten Themen aber auch zeigt, sind zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Verbesserung von sozialer Lage *und* Umweltschutz/Umweltgerechtigkeit vorhanden. Gerade die Interaktionen machen daher deutlich, wo Synergiepotenziale zwischen den beiden Handlungsfeldern vorhanden sind. Diese können teilweise unmittelbar genutzt werden (z.B. bei Themen wie Energie, Verkehr, Grünflächen); es zeigen sich aber auch mittelbare (über „Umwege“ erreichbare) Anknüpfungspunkte, die vor allem darin liegen, dass postmaterielle Orientierungen, Möglichkeiten der Erfahrung von Selbstwirksamkeit und eine positive Identifikation mit dem eigenen Quartier und seinen Chancen wie Problemen bewirkt wird.

Die beobachteten Interaktionen fanden alle in einer konstruktiven und friedlichen Atmosphäre statt. Dazu trägt bei, dass einerseits die professionellen Akteure mit einer sehr verständnisvollen bis empathischen Haltung auf die Bewohnerinnen und Bewohner zugehen, und andererseits die (teilnehmenden) Bewohnerinnen und Bewohner mit einer eher geringen Erwartungshaltung in derartige Treffen hineingehen. Dadurch, dass die Interaktionen vor Ort, d.h. im betroffenen Stadtviertel stattfinden, ergibt sich ein Vertrautheits- und „Heimvorteil“ für die Bewohnerinnen und Bewohner, die in ihrer gewohnten Umgebung agieren können. Festzuhalten ist, dass jeweils nur ein kleiner Teil und ein besonderer Ausschnitt der Quartiersbevölkerung an derartigen Interaktionen beteiligt ist, nämlich besonders engagierte und interessierte Bewohnerinnen und Bewohner.

Klassische Habitus-Unterschiede – wie Kleidung, Sprachstil, Auftreten – ließen sich kaum ausmachen; vielmehr gehen die professionellen Akteure eher betont leger, die Bewohnerinnen und Bewohner dagegen demonstrativ gepflegt in derartige Veranstaltungen. Jedoch lassen beide Seiten einen bemerkenswerten, asymmetrischen „Informiertheits-Habitus“ erkennen: Die professionellen Akteure aus den Kommunalverwaltungen haben einen Informationsvorsprung bezüglich administrativ geplanter Maßnahmen und finanzieller Spielräume – und lassen dezent erkennen, dass sie ihn haben. Die (teilnehmenden) Bewohnerinnen und Bewohner verfügen über konkrete Alltagserfahrungen bezüglich der Realität und der Stimmungen im Quartier – und lassen, wenn nötig, deutlich erkennen, dass sie hier einen Informationsvorsprung besitzen. Die GWA haben dabei eine Scharnier-Funktion: Sie sind sowohl mit den administrativen Vorgängen als auch der Realität vor Ort bestens vertraut.

Typischerweise werden die Interaktionen von professionellen Akteuren aus der Verwaltungsebene moderiert – und von GWA und QM ko-moderiert. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind – nach der offiziellen Regie – eher Zuhörende und Fragen-Stellende. Das Setting der Interaktionen reicht von freundschaftlich-familiär (in kleineren Runden) bis formal-offiziell (bei größeren Veranstaltungen). Im Vordergrund stehen Informationen und Berichterstattung der professionellen Akteure zum „Stand der Dinge“ bezüglich laufender Maßnahmen und Projekte. Diese bedienen sich dabei der gängigen technischen Hilfsmittel (Laptop, Pult, Beamer, Leinwand), wodurch es ihnen gelingt, sowohl relativ viel Raum als auch Zeit einzunehmen. Doch auch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Quartiersbewohnerschaft sind oft auffallend gut mit Material ausgerüstet (Unterlagen aus der Verwaltung, Protokolle früherer Sitzungen, Flyer etc.) und können damit auch optisch-räumlich punkten.

Jenseits der offiziellen Verhandlungen ergibt sich dabei fast durchgängig ein typisches Muster: Ein zentrales Anliegen der professionellen Akteure der Verwaltungsebene ist es, um Verständnis zu werben, das Projekte und Maßnahmen nicht schnell genug, nicht im angekündigten Umfang oder nicht im

erwarteten Umfang realisiert werden können. Dafür werden viele Gründe angeführt: Haushaltssperren, begrenzte Personalkapazitäten, langwierige verwaltungstechnische Prozeduren etc. („Zurzeit ist das Budget dafür leider noch nicht freigegeben“; „das sind langwierige Prozeduren“: „da sind noch X und Y involviert“; „unser Bauamt ist zurzeit sehr gebeutelt“; „wir haben im Moment viele Krankheitsfälle“; „wegen der Stellenstreichungen können wir nicht ...“; es gibt da ein Hickhack zwischen dem X- und dem Y-Amt“; „ich bitte um Verständnis, dass bürokratische Prozesse manchmal länger dauern“; „es handelt sich dabei um eine sehr langfristige Strategie“.) Insbesondere die Anforderungen eines IEKs werden – mitunter explizit – als Handlungshemmnisse genannt. Dabei wird erkennbar, dass die professionellen Akteure durchaus Verständnis für die Erwartungen der Bewohnerinnen und Bewohner aufbringen, jedoch eingestehen müssen, dass auch ihre Kompetenzen beschränkt sind. („Im Moment kann ich dazu nicht mehr sagen“; „ich werde da gerne nochmal nachfragen“.) Eine schwierige Gratwanderung ist es in diesen Fällen, dem professionellen Auftrag gerecht zu werden und gleichzeitig als Person das Gesicht zu wahren. (Sie würden als Individuen gerne mehr tun, in ihrer Rolle können sie es jedoch nicht.) Seitens der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Bewohnerschaft wird auf derartige Ausführungen einerseits mit Verständnis, andererseits aber oft mit Enttäuschung reagiert. Die engagierteren Bewohnerinnen und Bewohner wissen nur zu gut, dass aufgrund ihrer eigenen Auffassung von Vorhaben, besonders aber, wenn sie auch noch andere Bewohnerinnen und Bewohner mitziehen wollen, in sehr viel kürzeren, spontaneren Abläufen gedacht wird. Angesichts einer Information, wie beispielsweise, dass der nächste Schritt „erst in 15 Monaten möglich“ ist, erkennen sie, dass dann hinsichtlich eines Engagements der Bewohnerinnen und Bewohner „die Luft raus“ ist.

Die Vertreterinnen und Vertreter der GWA und QM nehmen in diesen Zusammenhängen meist eine vermittelnde Position ein. Einerseits geben sie zu verstehen, dass die Argumente der Kommunalverwaltungen unabweisbar richtig sind; andererseits suchen sie nach kreativen Lösungen. Diese können beispielsweise darin bestehen, statt Personalkosten zunächst nur das benötigte Material (für die Verbesserung eines Fußballplatzes, für eine DIY-Werkstatt) zu beschaffen. Oder sie geben Hinweise, wie sich ein bestimmtes Projekt bottom-up, d.h. ohne institutionelle Förderung, realisieren lässt. Eine wichtige Rolle, um vorhandene Engagementbereitschaften aufrecht zu erhalten, spielt dabei, dass sie den Bewohnerinnen und Bewohnern grundsätzlich zu verstehen geben, dass sie auf deren Seite stehen. Seitens der (engagierten) Bewohnerinnen und Bewohner fällt auf, dass es ihnen immer wieder gelingt, eigenen Anliegen während der Interaktion nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Beispiele hierfür reichen von einer gewünschten Kooperation mit dem lokalen Mieterrat bis zum Wunsch nach der Anlage eines neuen Fußballplatzes. Oftmals (im Hintergrund) unterstützt von den GWA und QM, werden diese Anliegen so repetitiv vorgebracht, dass letztlich auch informelle und kreative Lösungen ins Auge gefasst – und von Verwaltungsseite gebilligt werden.

Fazit: Aus der Mikro-Perspektive, d.h. der Sicht der Bewohnerschaft, ergibt sich, dass den professionellen Akteuren auf der Verwaltungsebene zunächst die Funktion zukommt, Projekte und Maßnahmen langfristig zu planen, administrativ einzuleiten und finanzielle Mittel dafür bereit zu stellen. In der Umsetzungsphase nehmen diese dann oft aber eine bremsende, die Prozesse verlangsamende Rolle ein – und stehen vor der Notwendigkeit, gegenüber den Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern „Untätigkeit“ zu rechtfertigen. Die GWA und QM haben eine moderierende Rolle, die erstens beinhaltet, die Bewohnerinnen und Bewohner zum Mitmachen zu aktivieren, zweitens aber bei ihnen für Verständnis hinsichtlich der Zwänge, unter denen die administrative Seite steht, zu werben. Seitens der Bewohnerinnen und Bewohner selbst ist immer nur ein (kleiner?) Teil fürs Mitmachen und eigenes Engagement zu gewinnen. Wenn Engagement vorhanden ist, dann geht es darum, ein vorhandenes Momentum zu nutzen und zügig Ergebnisse sichtbar zu machen. Hier ist es wiederum Aufgabe der GWA und QM, die einzelnen Aktionen zu organisieren und zu koordinieren – wie auch, unrealistische Vorstellungen seitens der Bewohnerschaft zurechtzurücken. In Einzelfällen ist auch zu beobachten, dass Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohner über das von GWA und QM (sowie im Hintergrund: der administrativen Ebene) angestrebte hinausgehen und die GWA / QM von Aktivierenden zu Getrie-

benen werden. Die Vernetzung mit Mieterinitiativen oder die Aneignung von leerstehenden Flächen sind hierfür Beispiele.

Bei den meisten beobachteten Interaktionen spielten ökologische Themen *explizit* keine oder nur eine marginale Rolle. Es zeigte sich aber, dass die Auseinandersetzung mit Themen, die die eigene Nahwelt betreffen dadurch intensiviert und die Identifikation sowie ein Verantwortungsgefühl bezüglich des eigenen Wohnumfelds bestärkt wird. Indem so eine lebendige, resonante Beziehung zur nahen Umwelt hergestellt wird, dürfte dies daher einem Bewusstsein für sozial-ökologische Fragestellungen insgesamt förderlich sein.

Auffällig ist jedoch auch, dass bei derartigen Interaktionen Umweltorganisationen (wie BUND, Greenpeace, NaBu, Naturfreunde, WWF etc.) vollständig abwesend waren. Ob dies eher der überlokalen Organisation dieser Verbände oder einem Desinteresse an benachteiligten Stadtquartieren geschuldet ist, kann aufgrund der (nicht) vorliegenden Befunde in diesem Projekt natürlich nicht beurteilt werden.

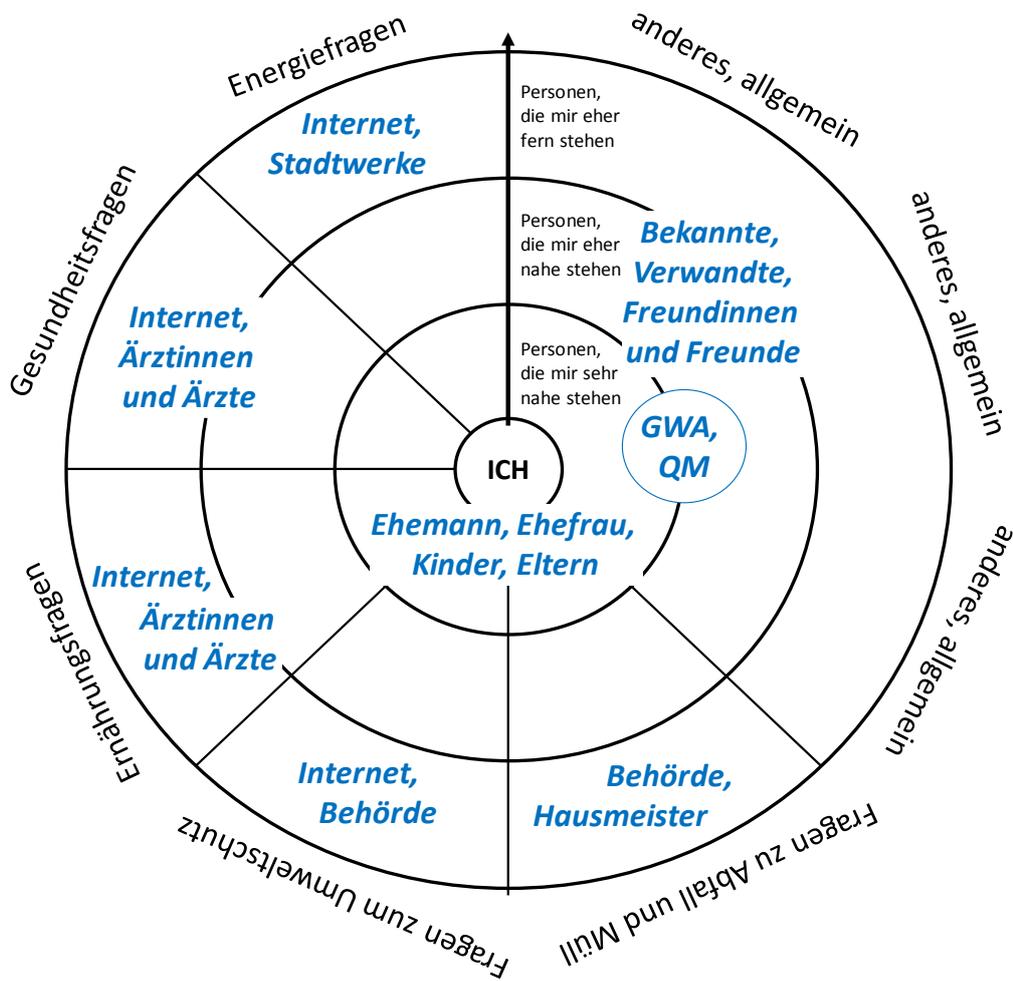
1.5 Soziale Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner

Eine Auswertung der erfassten sozialen Netzwerkkarten zeigt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner sozial benachteiligter Stadtquartiere insgesamt über eher eingeschränkte soziale Ressourcen verfügen. Auf die Frage, wen man bei Problemen in bestimmten Lebensbereichen um Rat fragen kann oder an wen man sich wendet, wenn man Unterstützung braucht, werden meist nur wenige, abstrakte und allgemeine Ressourcen genannt: Im näheren Umfeld sind dies enge Verwandte, im weiteren persönlichen Umkreis wissen die meisten kaum etwas zu nennen, und im fernerem Radius fast ausschließlich die einschlägigen Fachleute und Verantwortlichen – außerdem das Internet. Bezüglich der Internet-Informationen ist davon auszugehen, dass diese aufgrund der für dieses Medium typischen Beliebbarkeit und Widersprüchlichkeit kaum alltagsrelevant sein dürften. Hinsichtlich der einschlägigen Fachleute wurde im Zusammenhang mit den geführten Interviews klar, dass diese aufgrund von Berührungängsten und zeitaufwändigen Kontakt-Anbahnungen im Alltag *de facto* eher selten zu Rate gezogen werden.

Umso wichtiger erscheint die Rolle der Gemeinwohllakteure und des Quartiersmanagement (GWA und QM). Diese dienen für die Befragten als Anlaufstätte und Ratgeber in fast allen Fragen der Alltagsbewältigung. Im Vordergrund stehen dabei finanzielle Angelegenheiten, insbesondere Probleme im Zusammenhang mit der Beanspruchung, Beantragung und Zahlung von Transferleistungen. Auch die Regelung von Mietangelegenheiten und die Auseinandersetzung mit Vermieterinnen und Vermietern sowie Wohnungsbaugesellschaften spielen eine große Rolle. Hinzukommen Ausbildungsfragen für Kinder und Jugendliche sowie Fragen der Kinderbetreuung und bezüglich Freizeitangeboten. Energiefragen und Probleme mit Strom- und Heizkostenabrechnungen sind gelegentlich relevant. Themen des Umweltschutzes im engeren Sinne spielten bei dem, was im Rahmen dieser Studie festgestellt werden konnte, keine Rolle.

Eine typisierte Verdichtung der erfassten sozialen Netzwerkkarten zeigt die Abbildung 3.

Abbildung 3: Typisierte soziale Netzwerkkarte



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Tatsache, dass die befragten Bewohnerinnen und Bewohner ihre Beziehung zu den GWA und QM sehr häufig auf der Ebene von ihnen „sehr nah“ oder zumindest „eher nahestehenden“ Personen ansiedeln, zeugt von einem engen Vertrauensverhältnis, das oft zwischen GWA/QM und (wenigstens einem Teil) der Bewohnerschaft der betreffenden Stadtquartiere aufgebaut werden konnte. Angesichts der insgesamt beschränkten sozialen Ressourcen, über die die Bürgerinnen und Bürger in sozial benachteiligten Stadtgebieten verfügen, ist davon auszugehen, dass die GWA und QM in diesem Kontext eine wichtige und – im gegebenen Kontext – durch nichts zu ersetzende soziale Ressource für die Bevölkerung dieser Quartiere darstellen.

Viele der Initiativen, die von den GWA oder QM ausgehen, fördern das Interesse oder die Beschäftigung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner mit nicht-materiellen Angelegenheiten. Zu nennen sind:

- ▶ die Aktivierung von Jugendlichen für sportliche Betätigung
- ▶ Stadtteilstefte, an deren Organisation und Ausgestaltung die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner beteiligt werden
- ▶ Pflanzaktionen und Naturbeobachtung
- ▶ Beschäftigung mit Musik oder Tanz und entsprechende Performances vor Ort
- ▶ gemeinsames Kochen, insbesondere auch mit männlichen Jugendlichen

- ▶ Handwerkliches Tun, wie z.B. die Herstellung von Sitzbänken, die dann an verschiedenen Stellen im Quartier aufgestellt werden
- ▶ Graffiti-Kunst
- ▶ Sensibilisierung für die Probleme behinderter Mitbewohnerinnen und Mitbewohner durch spielerische Selbstversuche
- ▶ Interkulturelles Verständnis und Begegnung, z.B. durch Initiierung eines Interkulturellen Gartens
- ▶ Geschichtswerkstatt, die sich mit der Vergangenheit und der historischen Entwicklung des Quartiers auseinandersetzt

All diesen Initiativen ist gemeinsam, dass hierdurch der Interessen-Horizont der Bewohnerinnen und Bewohner erweitert und weitere, lohnende Ziele – über die Befriedigung von Konsumwünschen und das Erringen von materiellem Besitz – aufgezeigt werden. Vielmehr wird eine Perspektive postmaterieller Lebensstile aufgezeigt und attraktiv(er) gemacht. Dabei entstehen Lernprozesse sowie Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Hierdurch wiederum können das Selbstwertgefühl und das Selbstbewusstsein der Beteiligten (oft deutlich) gestärkt werden. Außerdem wird die Verbundenheit der Quartiersbewohnerinnen -bewohner untereinander und ihre Identifikation mit dem eigenen Quartier gefördert. Auch wenn die meisten dieser Aktivitäten keinen direkten Bezug zu ökologischen Themen aufweisen, so fördern sie doch eine lebendige, achtsame Auseinandersetzung mit der eigenen Nahwelt. Indem sie also bewusstere, resonante Beziehungen zur unmittelbaren Um-Welt aufbauen, ist davon auszugehen, dass sie vermittelt und mittelfristig auch einen bewussteren Umgang mit der ökologischen Umwelt fördern.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Untersuchungen auf der Meso- und Makro-Ebene in den vier Fallstudienstädten bzw.-quartieren dargestellt.

2 Berlin-Mitte: Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße

Grunddaten zu Kommune und Gebiet

Kommune, Bundesland	Bundeshauptstadt Berlin, Berlin
Programmgebiet	Brunnenviertel-Brunnenstraße (Bezirk Mitte)
Aufnahme in das Programm Soziale Stadt	2005
Einsatz weiterer Programme (der Städtebauförderung)	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
Einwohnerzahl Gesamtstadt	3.610.156 (Stand: 31.12.2015) ³²
Einwohnerzahl Programmgebiet	12.985 (Stand: 31.12.2015) ³³

32 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

33 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Kommune, Bundesland	Bundeshauptstadt Berlin, Berlin
Fläche des Programmgebiets	57,29 Hektar
Bau-, Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ nahezu reines Wohngebiet aus den 1960er- bis 1980er-Jahren ▪ Wohnungsbestand zum Großteil im Besitz der landeseigenen Wohnungsgesellschaft degewo ▪ gute Ausstattung mit Grünflächen
Sozialstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ tendenzielles Bevölkerungswachstum ▪ überdurchschnittliche Anteile von <ul style="list-style-type: none"> – Menschen mit Migrationshintergrund – Menschen unter 18 Jahren – älteren Menschen über 65 Jahre – Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen – (Jugend- bzw. Langzeit-) Arbeitslosigkeit
(themenrelevante) Herausforderungen für die Quartiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „problematisches“ Umweltverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung („wilde“ Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum, unzureichende Mülltrennung) ▪ unzureichendes/riskantes Ernährungs- und Gesundheitsverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung (u.a. Drogen- bzw. Alkoholproblematik) ▪ Unterversorgung mit Kitaplätzen ▪ Rückgang sozialer Infrastrukturen (Schließungen etc.) ▪ unzureichendes Angebot an Freizeit- und Begegnungsräumen ▪ teilweise unzureichende Gestaltung und Pflege der lokalen Grünflächen
(themenrelevante) Potenziale der Quartiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ günstige stadträumliche Lage ▪ Flächen mit Qualifizierungspotenzialen (Begrünung etc.) ▪ günstige Mieten ▪ (Infra-)Strukturen als potenzielle Andockpunkte für eine sozialarbeiterische „Bespielung“ ▪ umweltpädagogische Angebote in Kitas, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen ▪ Engagement und Mitwirkungsbereitschaft von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern
Kontakt	<p>Michael Schenk Bezirksamt Mitte von Berlin Rathaus Tiergarten Mathilde-Jacob-Platz 1 10551 Berlin Telefon: 030/9018-45411 Fax: 030/9018-8845411 E-Mail: michael.schenk@ba-mitte.berlin.de</p>

2.1 Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Quartiers Brunnenviertel-Brunnenstraße

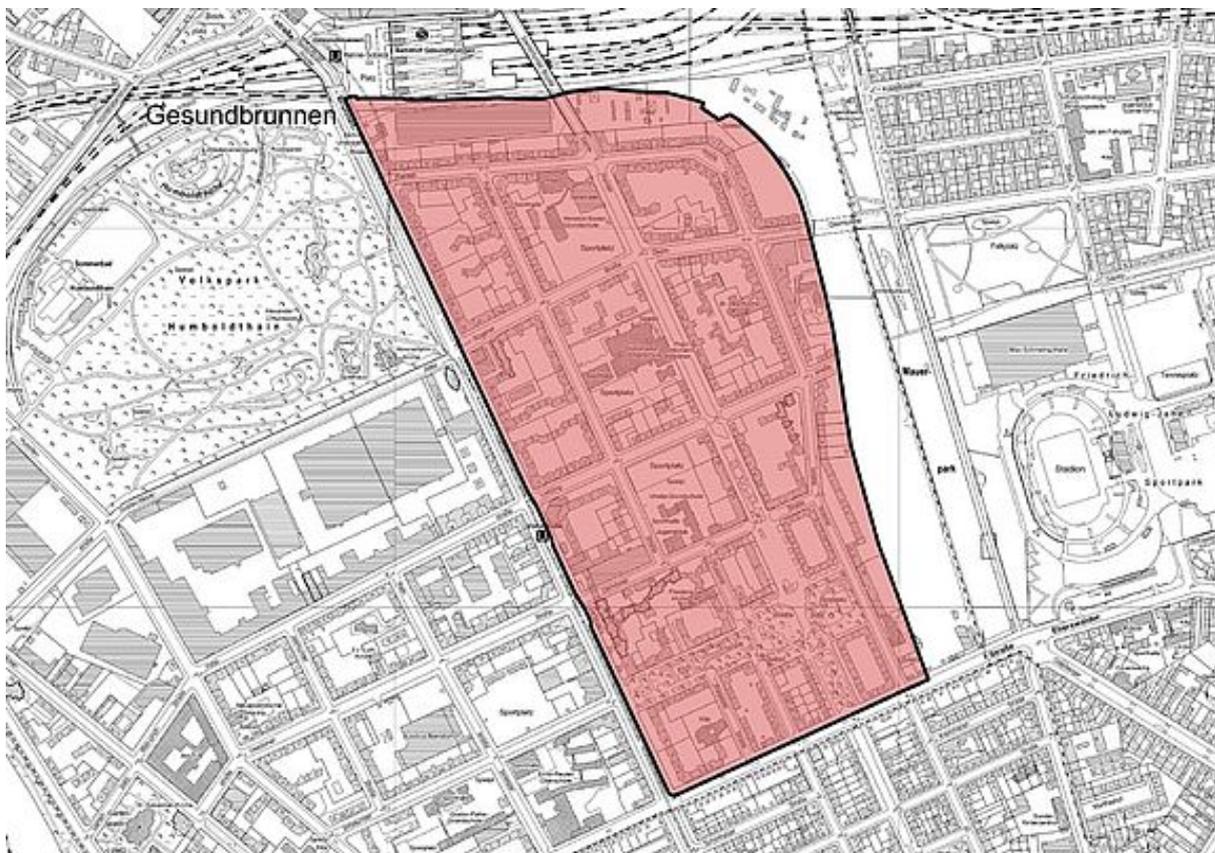
Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, Umweltsituation

Das im Berliner Bezirk Mitte im Ortsteil Gesundbrunnen gelegene Quartiersmanagement-Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße ist Teil des Brunnenviertels, zu dem noch ein weiteres Quartiersmanagement-Gebiet, das Brunnenviertel Ackerstraße, gehört.

Das Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße wird im Süden und Westen jeweils durch Verkehrsstraßen (Bernauer Straße, Brunnenstraße), nördlich durch Bahntrassen und im Osten durch eine Parkanlage (Mauerpark) begrenzt. Durch das Wohnquartier verläuft die Swinemünder Straße, die aufgrund ihrer Breite, Begrünung und Verkehrsberuhigung eine markante Nord-Südachse darstellt.

Das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße ist nahezu ein reines Wohngebiet. Neben wenigen Gründerzeitbauten weist das Gebiet hauptsächlich in den 1960er bis 1980er Jahren im Rahmen der Flächenanierung errichtete fünf- bis mehrstöckige Wohnblöcke des Sozialwohnungsbaus mit teils attraktiven, begrünten Innenhöfen auf (L.I.S.T. 2015: 2). Der Berliner Mietspiegel 2015 stuft den gesamten Wohnungsbestand im Quartier als einfache Wohnlage ein (L.I.S.T. 2015: 2). Über rund 80 Prozent des Wohnungsbestands verfügt die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo (L.I.S.T. 2015: 4). Im nördlichen Teil des Programmgebietes entsteht in Trägerschaft eines privaten Investors ein neues Wohngebiet. Auch die degewo errichtet im Quartier über 100 neue Wohnungen inklusive Gewerbeeinheiten (degewo 2016).

Abbildung 4: Abgrenzung des Programmgebiets Brunnenviertel-Brunnenstraße



Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017b

Die Gewerbestruktur im Brunnenviertel-Brunnenstraße ist nur schwach ausgeprägt. Gewerbe- und gastronomische Betriebe gibt es im Programmgebiet außer in der Brunnenstraße kaum (L.I.S.T. 2015: 4).

Nach dem Entwurf des Basisberichtes „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016b: 165 ff.) ist der Planungsraum Brunnenstraße, der mit dem Programmgebiet Brunnenviertel–Brunnenstraße identisch ist, folgendermaßen umweltbelastet:

- ▶ Lärmbelastung: mittel
- ▶ Luftbelastung: mittel
- ▶ Grünversorgung: mittel
- ▶ thermische Belastung: hoch.

Der Planungsraum wird bezüglich der Mehrfachbelastung durch die Umweltfaktoren Lärm, Luftbelastung, Grünversorgung und thermische Belastung als „einfach belastet“ (hohe thermische Belastung) eingestuft. Das Programmgebiet stellt damit mit Blick auf die Umwelt einen vergleichsweise wenig stark belasteten Teilraum des Bezirks Mitte sowie der Gesamtstadt Berlin dar.

Demografische und Sozialstruktur

Insgesamt verzeichnet Berlin ein deutliches Bevölkerungswachstum: zwischen 2011 und 2014 nahm die Bevölkerung von 3.326.002 auf 3.469.849 Personen zu (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016). Dies ist ein Zuwachs von 143.847 Einwohnerinnen und Einwohnern bzw. 4,3 Prozent. Ein weiterer deutlicher Anstieg der Einwohnerzahl wird prognostiziert: Für das Jahr 2030 rechnet Berlin in einer mittleren Prognosevariante mit einer Einwohnerzahl von rund 3,8 Mio. (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016a). Auch das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße wächst: im Integrierten Handlungskonzept (IHK) von 2007 wird für den Stadtteil noch eine Bevölkerungszahl von 12.159 angegeben, im IHEK von 2015 bereits von 12.800 (6.399 Männer und 6.401 Frauen). Dies entspricht einer Zunahme von rund 5,3 Prozent. Für den Bezirk Mitte, dem das Quartier angehört, wird bei der mittleren Prognosevariante von einem weiteren Wachstum um 6,8 Prozent von 357.000 Personen in 2014 auf 381.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner in 2030 ausgegangen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016a).

Der Anteil von Menschen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, beträgt im Brunnenviertel-Brunnenstraße 30,2 Prozent. Einen Migrationshintergrund bei gleichzeitig deutscher Staatsbürgerschaft weisen 34,8 Prozent der Bewohnerschaft auf. Insgesamt haben damit rund zwei Drittel (65,0 Prozent) der Quartiersbevölkerung einen Migrationshintergrund. Ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe stammt aus Nicht-EU-Ländern – überwiegend aus der Türkei (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; alle Daten Stand: 31.12.2015).

Das Quartier weist mit 23 Prozent gegenüber gesamtstädtischen 15,4 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Anteil von unter 18-Jährigen auf. Der Anteil von Menschen über 65 Jahre an der Quartiersbevölkerung beträgt 12,6 Prozent und ist dagegen unterdurchschnittlich (Gesamtstadt: 19,1 Prozent) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; alle Daten Stand: 31.12.2015).

Der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen beträgt im Brunnenviertel-Brunnenstraße 38,6 Prozent und ist damit mehr als doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt (17,7 Prozent). 60 Prozent der Kinder im Quartier sind arm (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; alle Daten Stand: 31.12.2015).

Nach dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung für das Land Berlin 2015 zählt der Planungsraum Brunnenstraße, der mit dem Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße identisch ist, zu den 43 der ins-

gesamt 435 Berliner Planungsräumen mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015: 8). Für diese Planungsräume gibt das Monitoring Hinweise auf kumulierte soziale Problemlagen (Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Transferbezug nach SGB II und XII, Kinderarmut).

Soziale Infrastruktur

Im Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße befinden sich u.a. folgende soziale Infrastruktureinrichtungen:

- ▶ *Kinderbetreuungseinrichtungen*: Im Gebiet Brunnenstraße gibt es zwölf Kindertagesstätten und kleinere Kinderläden, von denen bis auf zwei alle im KitaVerbund Brunnenviertel miteinander vernetzt sind. Dieser von den beiden Quartiersmanagements Brunnenviertel-Ackerstraße und Brunnenviertel-Brunnenstraße initiierte und koordinierte Verbund trifft sich etwa alle sechs Wochen. „Durch gegenseitigen Austausch, gemeinsame Projekte und vereinte Kräfte bei politischen Forderungen will der Kitaverbund eine bessere Bildungssituation für die Kinder des Brunnenviertels erreichen und die Kita zu einem attraktiven Lern-, Begegnungs- und Lebensstandort entwickeln“ (S.T.E.R.N. 2016).
- ▶ *Schulen*: Im Quartier befinden sich zwei Grundschulen.
- ▶ *Olof-Palme-Zentrum*: Nachdem das ehemalige Olof-Palme-Kinder- und Jugendzentrum 2012 wegen erheblicher Baumängel abgerissen wurde, ist 2015 am selben Ort ein Neubau in Betrieb genommen worden. Die Neueröffnung ist mit dem Ziel verbunden, das vormalige Kinder- und Jugendzentrum zu einem integrierten Zentrum für Kinder, Jugendliche und Nachbarschaft weiter zu entwickeln. Auf zwei Etagen bietet das neue Olof-Palme-Zentrum räumlich vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche, Initiativen und Projekte (u.a. Café- und Aufenthaltsraum, Werkstatt, Bewegungs- und Medienraum, Veranstaltungssaal) (Pfefferwerk GmbH 2015).
- ▶ *Beratungsladen MachBar*: Die Einrichtung bietet der Bewohnerschaft des Quartiers Brunnenviertel-Brunnenstraße seit 2006 Sozialberatung und Beratung rund um das Thema Arbeit. Der Beratungsladen wird aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ und durch die degewo finanziert. Die degewo stellt auch die Räumlichkeiten für den Beratungsladen zur Verfügung.

2.2 Herausforderungen für die Quartiersentwicklung und Potenziale/Stärken des Stadtteils (aus „institutioneller“ Perspektive)

Im Entwurf zum IHEK 2015 (L.I.S.T 2015) werden folgende städtebaulichen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Herausforderungen der Quartiersentwicklung im Programmgebiet benannt:

Herausforderungen

- ▶ stadträumliche Situation (fehlender Kiezcharakter) verbunden mit psychologischen und städtebaulichen Barrieren – insbesondere zu den angrenzenden Ortsteilen Prenzlauer Berg und Alt-Mitte,
- ▶ negatives Wanderungssaldo bei Familien mit Kindern unter 6 Jahren (-2,3 Prozent pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern),
- ▶ dringender Bedarf an Einrichtung weiterer Kitaplätze infolge des Wohnungsneubaus im Gebiet und – verbunden mit dem Mangel an Betreuungsplätzen – zunehmend Verdrängungsbefürchtungen bezüglich der Kitaplätze mit Blick auf die bisherige Bewohnerschaft: es findet – so eine Gesprächspartnerin – eine Verdrängung zulasten der benachteiligter Bewohnergruppen durch

die eloquenteren und bessergestellten Zugezogenen statt, die ihre Bedarfe besser zu decken wissen“,

- ▶ Sanierungsbedarf an Schulen,
- ▶ Mängel in der Nahversorgung durch Schließung zweier Supermärkte,
- ▶ ausstehende (Weiter-)Entwicklung des Geländes Putbusser Straße (ehemaliger Standort des Diesterweg-Gymnasiums),
- ▶ fehlende Freizeitangebote – insbesondere mit Blick auf Kinder ab drei Jahren, Jugendliche und ältere Menschen,
- ▶ fehlende Orte der Begegnung ohne Konsumzwang,
- ▶ ausstehender Bau einer Turnhalle,
- ▶ Schließung der Bibliothek im Quartier in 2015,
- ▶ zu wenige öffentlich zugängliche Sportplätze, vor allem Bolzplätze,
- ▶ Drogenszene/-kriminalität,
- ▶ Hinterlassenschaften von Drogenkonsum auf Schulsportplätzen,
- ▶ mangelnde Pflege der Grünflächen,
- ▶ Fehlen interkultureller Brücken und Plattformen sowie von originärem Migrant*innenorganisationen,
- ▶ Mobilisierungsschwäche/Aktivierung von Bewohner*innen und Bewohnern nichtdeutscher Herkunftssprache.

In den Experteninterviews mit institutionellen Akteuren auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene wurden diese Herausforderungen weitgehend bestätigt und gleichzeitig einige Aspekte für den sozialen und den Umweltbereich besonders hervorgehoben bzw. ergänzt:

Sozialer Bereich

- ▶ multikulturelle Bewohnerschaft mit je spezifischem kulturellem Hintergrund und der Tendenz „unter sich bleiben zu wollen“ (5)³⁴,
- ▶ hoher Anteil sozial benachteiligter Familien und von Kinderarmut in Verbindung mit einem ebenfalls hohen Anteil von Transferleistungsempfänger*innen und -empfängern (2),
- ▶ Verdrängung sozial benachteiligter Bewohner*innen und Bewohner durch zuziehende, besser situierte Haushalte (1).

Umweltbereich

Übereinstimmend stellten die Interviewpartner*innen fest, dass mit Blick auf die *Umweltverhältnisse* das Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße im Vergleich zu anderen Berliner Quartiersmanagementgebieten von Beginn der Programmumsetzung Soziale Stadt an „gut aufgestellt gewesen sei“: viel Grün, wenig Lärm, weite Teile verkehrsberuhigt, sehr gute verkehrliche Anbindung. Einige der Gesprächspartner*innen weisen jedoch auf einen schlechten Pflegezustand der Grünflächen (2) sowie die Notwendigkeit einer quartiersbezogenen Anpassung an den Klimawandel (3) hin.

Herausforderungen werden aber von den Gesprächspartner*innen vor allem bezogen auf das *Umweltverhalten* der Bewohnerschaft gesehen:

- ▶ Bei großen Teilen der Quartiersbewohner*innen und -bewohnern fehle weitgehend ein Umweltbewusstsein. So bräuchten viele Eltern – obwohl sie „ums Eck“ wohnten – ihre Kinder mit dem Auto zur Kita und zur Schule („Eltern-Taxis“), Auch ansonsten werde „für jeden Meter“

34 Die Zahl in Klammern gibt die Anzahl der Interviewpartner*innen und -partner an, die den jeweiligen Aspekt thematisiert haben.

der Pkw genommen. Für viele sei das Auto ein Statussymbol. Dabei sei das mangelnde Umweltbewusstsein weniger am sozialen Status und am Einkommen als am kulturellen Hintergrund festzumachen (2).

- ▶ Auch wenn das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße vergleichsweise „sauber und gepflegt“ sei, komme es immer wieder vor, dass Bewohnerinnen und Bewohner Sperrmüll im öffentlichen Raum entsorgten (1). Ein „Dauerthema“ sei aber vor allem die mangelnde Mülltrennung (2). Das Bewusstsein für die Trennung des Mülls sei sehr gering. Dies werde durch den hohen Anteil von Transferleistungsbeziehenden und -bezieher im Gebiet befördert. Da diese Mieterhaushalte nicht selbst für die in Folge der schlechten Mülltrennung höheren Abfallgebühren (Betriebskosten) aufkommen müssten, hätten sie keinen finanziellen Anreiz für eine bessere Mülltrennung. Eine Gesprächspartnerin wies zudem auf kulturelle Gründe hin: „Wir haben auch eine recht vielfältige Anwohnerstruktur, und manche kommen halt aus Regionen, wo Mülltrennung nicht zwingend erforderlich ist“.

Potenziale/Stärken des Stadtteils

Neben diesen städtebaulichen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Herausforderungen verfügt das Brunnenviertel-Brunnenstraße auch über eine Reihe von Potenzialen und Stärken.

Im Entwurf zum IHK 2015 (L.I.S.T 2015) und von den institutionellen Akteuren auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene werden insbesondere folgende benannt:

- ▶ vielfach vergleichsweise geringe Mieten aufgrund des hohen Anteils an Wohnungen im Besitz von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften,
- ▶ Zuzug neuer Bewohnerinnen und Bewohner infolge des Wohnungsneubaus (überwiegend hochwertige Eigentumswohnungen) – potenziell verbunden mit sozialer Durchmischung, kulturellen Impulsen, mehr Engagement von Eltern in Bildungseinrichtungen,
- ▶ ausbaufähige Profile der Grundschulen im Gebiet,
- ▶ ausbaufähige Kooperation zwischen Schulen, Schulen und Kitas sowie Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen,
- ▶ „Mauergarten“ als zentraler „grüner Lernort“,
- ▶ Beratungsladen Machbar (siehe Punkt 1.1: Soziale Infrastruktur),
- ▶ ‚Kiezläufer‘ (siehe Punkt 1.3: Maßnahmen und Projekte),
- ▶ Begegnungsstätten im Quartier: Olof-Palme-Zentrum (siehe Punkt 1.1: Soziale Infrastruktur),
- ▶ (Weiter-)Entwicklung des Geländes Putbusser Straße (ehemaliger Standort des Diesterweg-Gymnasiums): Wohnen, soziokulturelle Einrichtungen, Nachbarschaftsgärten,
- ▶ bauliche Struktur des Quartiers mit vielen Hofbereichen, die sich für eine Begrünung und gemeinschaftliches Gärtnern/Kümmern eignen,
- ▶ anwohnergetragene Initiativen zur Bepflanzung von Höfen, Baumscheiben und anderen Freiflächen
- ▶ große Mitwirkungsbereitschaft/großes Engagement bei Einzelnen,
- ▶ nachbarschaftliches Miteinander,
- ▶ Netzwerke im Stadtteil: selbstorganisiertes nachbarschaftliches Netzwerk BV kompakt, Kita-Verbund (siehe Punkt 1.1: Soziale Infrastruktur), Regional-AG Brunnenstraße Nord, AG Beteiligung,
- ▶ landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo als finanzstarker und wichtiger Akteur der Stadtteilentwicklung.

Abbildung 5: Foto-Impressionen aus Berlin-Mitte: Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße



Fotos: oben links sowie unten: Thomas Preuß; Fotos oben rechts und Mitte: Christa Böhme

2.3 Programmumsetzung Soziale Stadt im Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße

Meilensteine der Programmumsetzung

- ▶ 2005 (November): Festlegung als Gebiet der Sozialen Stadt gemäß § 171e Baugesetzbuch
- ▶ 2006: Integriertes Handlungskonzept 2006
- ▶ 2007: Entwicklung eines Leitbilds („Vision für das Brunnenviertel“) durch die Quartiersmanagements Brunnenviertel-Brunnenstraße und Brunnenviertel-Ackerstraße gemeinsam mit der degewo
- ▶ 2007 (Dezember): Integriertes Handlungskonzept 2008
- ▶ 2008 (Dezember): Integriertes Handlungskonzept 2009
- ▶ 2010 (Januar): Integriertes Handlungskonzept 2010
- ▶ 2010 (November): Integriertes Handlungskonzept 2011
- ▶ 2011 (Oktober): Integriertes Handlungskonzept 2012
- ▶ 2012: Aktualisierung und Ergänzung des Leitbilds mit Bewohnerschaft und lokalen Akteuren
- ▶ 2013: Ergänzung und Abstimmung des Leitbilds mit den Quartiersräten der Gebiete Brunnenviertel-Brunnenstraße und Brunnenviertel-Ackerstraße unter Beteiligung der Stadtteilmanagerin der degewo
- ▶ 2013 (Mai): Integriertes Handlungskonzept 2013
- ▶ 2015 (April): Integriertes Handlungskonzept 2015
- ▶ 2016/2017: Erarbeitung Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2017/2018

Integriertes Handlungskonzept

Das Berliner Quartiersmanagement-Verfahren wird im Brunnenviertel-Brunnenstraße wie in allen anderen Berliner Programmgebieten im Rahmen der Sozialen Stadt auf der Grundlage eines Integrierten Handlungskonzeptes umgesetzt. Dieses 2006 erstmals für das Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße erstellte Konzept wird jährlich mit vergleichbarer Struktur neu fortgeschrieben: Kurzcharakteristik des Gebiets, Stärken-/Schwächen-Analyse, Bilanz und Analyse des Vorjahres, Konzept für das aktuelle Jahr (Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2016a). Seit 2013 ist zudem das von den beiden Quartiersmanagements Brunnenviertel-Brunnenstraße und Brunnenviertel-Ackerstraße gemeinsam mit der degewo 2007 entwickelte und 2012 mit Bewohnerschaft und lokalen Akteuren erstmals aktualisierte und ergänzte Leitbild („Vision für das Brunnenviertel“) Teil des Integrierten Handlungskonzeptes. Das Handlungskonzept und seine Fortschreibungen werden im Quartiersrat diskutiert und mit Bezirk und Senat abgestimmt.

Das Integrierte Handlungskonzept 2015 für das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße (L.I.S.T. 2015) besteht in einem ersten Teil aus einer Gebietsbeschreibung und einer Darstellung des Standes der bisherigen Gebietsentwicklung. Im zweiten Teil wird das Leitbild in Form einer Vision für das Brunnenviertel-Brunnenstraße beschrieben und im dritten Teil wird der Handlungsbedarf im Gebiet dargelegt. Sowohl das Leitbild als auch der Handlungsbedarf beziehen sich auf folgende Handlungsfelder

- ▶ Bildung, Ausbildung, Jugend,
- ▶ Arbeit und Wirtschaft,
- ▶ Nachbarschaft (Gemeinwesen, Gesundheit, Kultur),
- ▶ Öffentlicher Raum,
- ▶ Beteiligung, Vernetzung, Partner.

Entwicklungsziele, Maßnahmen und Projekte im Kontext von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit

Entwicklungsziele

Im Folgenden ist dargestellt, welche der im Integrierten Handlungskonzept 2015 und im Leitbild für die einzelnen Handlungsfelder festgelegten Ziele der Programmumsetzung Soziale Stadt im Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße insbesondere zu einer größeren sozialen und ökologischen Gerechtigkeit im Gebiet beitragen (können).

Reduzierung sozialer Benachteiligung

- ▶ Entwicklung eines attraktiven und vielfältigen Bildungsangebotes für alle Generationen,
- ▶ Schaffung eines ausreichenden, bedarfsgerechten und sich durch Qualität und Vielfalt auszeichnenden Angebots an Kindertagesbetreuung,
- ▶ Verbesserung der Ausbildungssituation für Jugendliche,
- ▶ Stärkung der Erwachsenenbildung,
- ▶ Ausbau der Möglichkeiten und Kapazitäten der Beschäftigungsförderung für arbeitssuchende Erwachsene,
- ▶ Stärkung der Rolle der ‚Kiezläufer‘ (siehe unten: Maßnahmen und Projekte) und anderer für das Gemeinwesen über Arbeitsfördermaßnahmen tätige Menschen durch längerfristige Verträge über mindesten zwei Jahre,
- ▶ Ansiedelung von Gastronomie-, Freizeit- und Aktivierungsangeboten im Quartier, die der Schaffung von Anlässen für nachbarschaftlichen Austausch dienen und kleinere Existenzgründungen und die Qualifizierung der Bewohnerschaft befördern,
- ▶ Wahrung der Interessen der Altmieterrinnen und -mieter im Quartier und Abbau von Verdrängungsängsten gegenüber neuen Mieterinnen und Mietern,
- ▶ Sicherung von Wohnungen im unteren Mietsegment.

Reduzierung von Umweltbelastungen

- ▶ Umsetzung der im Rahmen des im Oktober 2014 gestarteten dreijährigen Forschungsprojektes „Kiezklima“ (siehe unten: Maßnahmen und Projekte) identifizierten Handlungsbedarfe.

Zugang zu Umweltressourcen

- ▶ Umgestaltung des südlichen Mauerparks zur Grünfläche (Fachplan Grün, Bebauungsplan Mauerpark),
- ▶ Schaffung bezirklicher Grünverbindungen zwischen Parkanlagen Nordbahnhof, Humboldthain und Mauerpark (Fachplan Grün),
- ▶ Schaffung vielfältiger Bewegungsangebote für Jung und Alt im öffentlichen Raum, u.a. Bewegungsparcours,
- ▶ Herstellung eines barrierefreien Brunnenviertels (im Sinne einer inklusiven Nachbarschaft) auf Basis der Erhebung von Daten zu Mobilitätsbedürfnissen und Mobilitätsbarrieren,
- ▶ Gestaltung der Außenanlagen des Olof-Palme-Zentrums,
- ▶ Unterstützung von nachbarschaftlich organisierten Garteninitiativen,
- ▶ Unterstützung des Mauergarten e.V. (siehe unten: Maßnahmen und Projekte) als Bildungseinrichtung.

Empowerment, Bildung von Sozialkapital

- ▶ Unterstützung der Bewohnerschaft und Akteure für ein selbstbewusstes und selbstorganisiertes Engagement für das Gemeinwesen vor Ort,

- ▶ Stärkung der Bewohnerschaft in der Bildung bzw. Weiterentwicklung nachbarschaftlicher Strukturen,
- ▶ Initiierung eines selbstorganisierten Engagements der Bewohnerschaft für die Pflege öffentlicher Grünflächen und Unterstützung der Bewohnerschaft hierbei durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Straßen- und Grünflächenamts,
- ▶ Unterstützung des bewohnergetragenen Netzwerks „BV kompakt“,
- ▶ langfristige Erhaltung des Beratungsladens MachBar als zentrale Struktur in der Nachbarschaft,
- ▶ Unterstützung der quartiersbezogenen Einrichtungen und Netzwerke in ihrer Bemühungen, die Bewohnerschaft zu stärken,
- ▶ Entwicklung einer Bildungspartnerschaft zwischen Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft und einer unterstützenden Zusammenarbeit mit der offenen Kinder-, Jugend- und Elternarbeit,
- ▶ Ausbau der Kontakte zwischen den verschiedenen Communities im Stadtteil.

Aktivierung und Beteiligung

- ▶ Aktivierung der Bewohnerschaft zu einer zunehmend selbstbewussten Beteiligung an der Diskussion und Lösung von Problemen im Quartier,
- ▶ Entwicklung von Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche,
- ▶ Eröffnung weiterer, möglichst barrierefreier Teilhabemöglichkeiten.

Maßnahmen und Projekte

Seit Beginn der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Brunnenviertel-Brunnenstraße ist eine Reihe von Projekten und Maßnahmen im Umweltbereich und mit Blick auf ein nachhaltiges Konsumverhalten umgesetzt worden. Die folgende Zusammenstellung an Aktivitäten basiert auf den jährlichen Fortschreibungen des integrierten Handlungskonzeptes (siehe Kapitel 5.1) sowie auf den Experteninterviews mit institutionellen Akteuren auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene.

Klimaanpassung

Im Oktober 2014 startete das dreijährige Forschungsprojekt „KiezKlima“ – „Partizipative Entwicklung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen am Beispiel des Berliner Brunnenviertels als innovative Strategie in der Stadtteilentwicklung“. Das Projekt wird im Rahmen der „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ (DAS) durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert und durch den Projektträger Jülich begleitet. „KiezKlima“ wird von L.I.S.T Stadtentwicklungsgesellschaft (Projektleitung) gemeinsam mit der TU Berlin-Fachgebiet Klimatologie und der CQ Beratung+Bildung GmbH und den Unterauftragnehmern Bureau Baubotanik und EPC durchgeführt. Finanziell und personell wird das Projekt durch die degewo, die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie das Bezirksamt Berlin-Mitte unterstützt (vgl. hierzu und im Folgenden L.I.S.T. GmbH 2016a; Leifert/Wiesemann/Fenner 2016; BMUB 2016: 26f.).

Im Rahmen dieses Projektes werden gemeinsam mit der Bewohnerschaft und Akteuren im Pilotgebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße Klimaanpassungsmaßnahmen entwickelt sowie erste Maßnahmen umgesetzt. Die Prozesse und Ergebnisse des Projektes werden evaluiert, um daraus übertragbare Handlungsempfehlungen für andere Stadtquartiere abzuleiten. Zu den bereits durchgeführten und den geplanten Maßnahmen gehören:

- ▶ *Brachfläche Stralsunder Straße* (Umsetzung für 2017/2018 geplant): Abbau des vorhandenen „Angstraumes“ durch eine gezielte Grünpflege, Erhöhung der Aufenthaltsqualität als Grundlage für eine erneute Belebung des Ortes etwa durch die Etablierung eines Urban Gardening-Projekts und von Gießpatenschaften;

- ▶ *klimaangepasste Hofumgestaltungen* (Umsetzung für 2017/2018 geplant): u.a. Nachpflanzung und Pflege von Bäumen, Fassadenbegrünungen, Begrünung von Müllplätzen, Entsiegelungen, Verschattungen, barrierefreie Gestaltung, Bereitstellung von Gießwasser für Gießpatenschaften;
- ▶ *Vinetaplatz* (Umsetzung für 2017/2018 geplant): Nachpflanzung von klimaangepassten Bäumen oder Sträuchern, Entsiegelung der Fläche unter den bestehenden Bäumen, Erweiterung der Baumscheiben, Ausbau der Gießpatenschaften.

Im Jahr 2016 wurde das Projekt „KiezKlima“ als eines der vier besten lokalen und regionalen Lösungen aus, mit denen klimawandelbedingte Risiken verringert und Chancen des Klimawandels genutzt werden können, vom Umweltbundesamt im Wettbewerb „Blauer Kompass“ ausgezeichnet. „Die Jury des UBA begründete ihre Entscheidung damit, dass das Projekt ‚KiezKlima‘ etwas wirklich Neues sei, denn hier gehe es nicht nur um Anpassung an den Klimawandel. Vielmehr werde das Thema genutzt, um Quartiersmanagement zu gestalten und das eher abstrakte Thema Klimaanpassung positiv zu besetzen. Hervorzuheben sei der partizipative Ansatz, in dem unterschiedlichste Formate der Bürgerbeteiligung innovativ eingesetzt werden. Das Projekt habe virales Potential, da es im Alltag von Bürgerinnen und Bürgern verankert ist und sich Erkenntnisse daraus leicht übertragen und breit anwendbar machen lassen“ (L.I.S.T. GmbH 2016a).

Entwicklung von Grün-, Frei- und Spielflächen

- ▶ *Projekt „Grünräume nachbarschaftlich stärken!“*: Ziel dieses Projektes ist es, gemeinschaftliches Gärtnern im Quartier zu ermöglichen sowie bereits bestehende Initiativen zusammenzuführen und zu vernetzen; das Projekt dient als Anlaufstelle für alle interessierten Gärtnerinnen und Gärtner, die Wohnungsbaugesellschaft degewo und die zuständigen Behörden, insbesondere das Straßen- und Grünflächenamt; zu den Angeboten des Projektes zählen u.a.:
 - kostenfreie Beratung zum (klimaangepassten) Gärtnern,
 - Identifizierung geeigneter Flächen,
 - Aufbau von Mietergartenvereinen,
 - Bereitstellung von Bewässerungsmöglichkeiten, Geräten und Werkzeug;
- ▶ Um- und Neugestaltung des Spielplatzes Graunstraße (mit Beteiligungsverfahren);
- ▶ Begrünungsmaßnahmen und Anlage von Mietergärten im degewo-Gebäudebestand;
- ▶ Errichtung eines Bewegungsparcours auf insgesamt 12 Höfen und Plätzen (initiiert vom Verein „bwgt e.V.“ und finanziert durch degewo sowie Mittel aus dem Programm Soziale Stadt);
- ▶ kleinere Bepflanzungsprojekte/-aktionen in Kitas – gemeinsam mit Kindern und Eltern;
- ▶ ‚Mauergarten‘: Träger dieses interkulturelleren Gemeinschaftsgarten und „grünen Lernortes“ im Mauerpark ist ein 2012 gegründeter gemeinnütziger Verein, der mittlerweile 50 Mitglieder hat; der Garten umfasst mehr als 100 Hochbeete, die von mehr als 100 Beetpatinnen und -paten betreut werden (mauergarten e.V. 2016);
- ▶ Gleim-Oase: Bei der „Gleimoase“ handelt es sich um einen kleinen Skulpturenpark auf einer Verkehrsinsel, der 1985 zu Mauerzeiten im Kontext der Umstrukturierung der Gleimstraßen-Sackgasse von der degewo realisiert wurde. Als die Gleimstraße 1993 für den KFZ-Verkehr wieder zugänglich gemacht wurde, ist die Anlage „vergessen“ worden und zugewuchert. 2010 übernahmen zwei engagierte Bürger die Patenschaft für die Insel. Sie legten die Grünanlage wieder frei, gaben ihr den Namen Gleim-Oase und pflegten das Areal seitdem. Auf der Gleim-Oase finden regelmäßig kleinere Veranstaltungen statt.

Müllreduzierung, -entsorgung und -trennung

- ▶ Broschüren zur Mülltrennung werden von der degewo bei Abschluss eines Mietvertrages an die Mieterinnen und Mieter ausgehändigt;

- ▶ Mülltrennungsspiele werden auf Kiezfesten angeboten, um über Mülltrennung aufzuklären;
- ▶ „Kiezläuferinnen und Kiezläufer“: die im Rahmen von Arbeitsfördermaßnahmen tätigen „Kiezläuferinnen und Kiezläufer“ führen Gebietsrundgänge durch und melden u.a. „wildes“ Sperrmüll an das Ordnungsamt,
- ▶ „Spielplatzkümmerer“: die ebenfalls ehemals im Rahmen von Arbeitsfördermaßnahmen tätigen „Spielplatzkümmerer“ haben u.a. Müll (inkl. Drogenspritzen) von Spielplätzen aufgesammelt und die Anwohnerschaft über Müllentsorgung aufgeklärt; die Maßnahme liegt bereits länger zurück und ist ausgelaufen.

Energetische Sanierung im Gebäudebestand

- ▶ schrittweise flächendeckende energetische Sanierung des Gebäudebestandes der degewo.

Umwelt- und Gesundheitsbildung/-beratung

- ▶ verschiedene Projekte zu Umwelt- und Gesundheitsbildung in Kitas, Schulen und im Olof-Palme-Zentrum: u.a. NAZ Natur als zweite Sprache, Aufbau von Naturlernwerkstätten, Club der internationalen Raumforscher, Wetterstationspaten in Kitas;
- ▶ energetische Beratung (u.a. durch degewo).

Angebote für ein verändertes ressourcenschonendes Konsumverhalten

- ▶ Floh- und Tauschmärkte im Quartier (u.a. in Kitas);
- ▶ Tausch-Bücherkiste im Beratungsladen MachBar;
- ▶ Möbel-Recycling-Tour ‚Aus alt mach Kunst‘: gemeinsam mit der Bewohnerschaft wurden aus Sperrmüll Kunstobjekte hergestellt.

Selbsthilfe- bzw. befähigungsorientierte Angebote

- ▶ *Repair-Café*: ehrenamtliche Reparatur von Elektrokleingeräten bis zu Fahrrädern mit finanzieller Unterstützung der degewo und des Programms „Soziale Stadt“;
- ▶ *KiezWerkstatt der Eigenarbeit*: für die Anwohnerschaft im Sinne der Eigenarbeit nutzbare Werkstatt mit Beratung, fachlicher Anleitung und Angeboten zur Qualifizierung (Kurse) – gefördert durch Soziale Stadt;
- ▶ *ehemalige Fahrradwerkstatt*: bis vor einiger Zeit gab es im Beratungsladen MachBar eine Fahrradwerkstatt, in der ein ehrenamtlich tätiger Fahrradmonteur „herrenlose“ Fahrräder, die von der degewo (Räumung von Fahrradkellern) und der Polizei zur Verfügung gestellt wurden, wiederaufgearbeitet hat; die Fahrräder wurden anschließend „Bedürftigen“, Kindertagesstätten und Schulen zur Verfügung gestellt; viele Arbeiten wurden mit Anwohnerinnen und Anwohnern, auch Kindern und Jugendlichen, zusammen durchgeführt; gemeinsam mit einer Väter-Gruppe wurde zudem ein Lastenfahrrad für das Quartier gebaut, das von Anwohnerinnen und Anwohnern ausgeliehen werden konnte.

Vernetzung von Quartiersbewohnerschaft sowohl untereinander als auch mit „professionellen“ Akteuren

- ▶ *BV kompakt*: BV-kompakt ist ein quartierweites Netzwerk, in dem engagierte Bewohnerinnen und Bewohner zusammenkommen, um gemeinsam an der Gestaltung des Quartiers zu arbeiten und „auf Augenhöhe auch mit Entscheidungsträger*innen in Politik, Wohnbaugesellschaften und Verwaltung“ (Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2016e) zu diskutieren und mitzugestalten, seit 2011 unterhält das Netzwerk einen bewohnergetragenen Stadtteiltreff für die Nachbarschaft des Quartiers (z.B. Wissensbörse, Anwohnerfrühstück),

- ▶ *Brunnenviertel e.V.*: im Stadtteilverein treffen sich aktive Bewohnerinnen und Bewohner des Brunnenviertels, um gemeinsam an der Verbesserung des Wohnumfeldes mitzuwirken, im Vordergrund „steht das Fördern und Verbessern des Gemeinschaftsgefühls der Bürger*innen sowie der Nachbarschaftshilfe und die Entwicklung eines Verantwortungsgefühls gegenüber dem Kiez“ (ebd). Der u.a. von der degewo unterstützte Verein bietet Rentenberatung, Beratung zur selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Lebensführung sowie Energieberatung an. Zudem hat der Brunnenviertel e.V. das Netzwerk „bv kompakt“ in seine Strukturen mit aufgenommen.

Untersuchungsrelevante ergänzende Konzepte der Quartiersentwicklung

Neben dem integrierten Handlungskonzept und seinen Fortschreibungen sowie dem Leitbild „Vision für das Brunnenviertel“ sind insbesondere folgende Konzepte für eine sozial und ökologisch gerechte Quartiersentwicklung im Brunnenviertel-Brunnenstraße relevant:

- ▶ Berlin Strategie/Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030: mit Blick auf den Transformationsraum Wedding (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2014a),
- ▶ Berliner Konzept zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2016a),
- ▶ Bezirksregionenprofil Brunnenstraße Nord (Bezirksamt Mitte von Berlin, Sozialraumorientierte Planungscoordination o.J.),
- ▶ Wohnbaupotenzialstudie für den Bezirk Mitte, 2014,
- ▶ Schulentwicklungsplan für den Bezirk Mitte, Stand 4/2014 (Bezirksamt Mitte von Berlin, Schulamt 2014),
- ▶ Ziele für einen „Gesunden Bezirk“ Berlin-Mitte (Berlin Mitte, Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk 2010),
- ▶ Empfehlungen des Frauenbeirates des Bezirksamtes Mitte von Berlin an die Politik in Auswertung des Reportes zur Lebenssituation von Frauen in Berlin (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. 2015).

Untersuchungsrelevanter Einsatz weiterer Förderprogramme

Als ein Teilprogramm der „Zukunftsinitiative Stadtteil (ZIS)“ wird das Berliner Quartiersmanagement aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ im Rahmen der Prioritätsachse „Nachhaltige Stadtentwicklung“ mitfinanziert (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017c).

Monitoring und Evaluierung

Als Grundlage für die Beobachtung von Entwicklungen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt wurde in Berlin im Jahr 1998 das Monitoring Soziale Stadtentwicklung als kontinuierliches Stadtbeobachtungssystem der sozialräumlichen Entwicklung auf Gebietsebene eingerichtet. Dabei wird seit 2007 zwischen Indikatoren zur Beschreibung der sozialen Lage in den Quartieren („Statusindikatoren“) sowie Indikatoren unterschieden, mit denen sich sozialstrukturelle und -ökonomische Veränderungen (im Sinne von Zeitreihenvergleichen) aufzeigen lassen („Dynamikindikatoren“). Im Jahr 2009 wurde die räumliche Grundlage des Monitoringsystems geändert: Bildeten bis dahin 338 Verkehrszellen die Basis, sind es nun 447 „lebensweltlich orientierte Planungsräume“ (LOR).

Über diesen rein quantitativen Ansatz hinaus wurde und wird die Kulisse der Programmumsetzung Soziale Stadt in Berlin zu verschiedenen Zeitpunkten und mit unterschiedlichen Fragestellungen teilweise oder in Gänze evaluiert bzw. auch in qualitativer Hinsicht beurteilt. So wurde im Jahr 2003 eine „Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002“ vorgelegt (empirica

2003). Eine Untersuchung von 2013 geht der Frage nach, für welche der 13 Quartiersmanagementgebiete, die bereits seit 1999 oder 2001 am Programm „Soziale Stadt“ teilnehmen, Möglichkeiten einer Verstetigung gesehen werden (Franke u.a. 2013).

2.4 Organisation und Management der Programmumsetzung

Landes- und Bezirksverwaltung

Auf der Berliner Landesebene liegt die Programmverantwortung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Die jährlich fortgeschriebenen Integrierten Entwicklungskonzepte für das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße werden von der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Mitte beschlossen. Die zuständigen Ressorts des Bezirks Mitte arbeiten in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung (AG SRO) zusammen.

Die Zusammenarbeit von Senatsebene und Bezirken wird über Kooperationsvereinbarungen geregelt, wonach den Bezirken eine hohe Verantwortung für die Durchführung der Quartiersmanagement-Verfahren zukommt. Sie sollen im Rahmen ihrer fachübergreifenden Kooperation „sicherstellen, dass die Entwicklung des Stadtteils aus den unterschiedlichen Fachbereichen heraus (...) gemeinschaftlich organisiert wird“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a) und die bezirklichen Regelleistungen im Sinne der Vorbereitung auf eine Gebietsverstetigung auf die jeweiligen Programmgebiete fokussieren.

Lokales Quartiersmanagement

Im Zentrum der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Berlin stehen die lokalen Quartiersmanagements. Sie initiieren Entwicklungsprozesse vor Ort und sind u.a. für die Erarbeitung und Fortschreibung der integrierten Handlungskonzepte zuständig.

Im Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße befindet sich das Quartiersmanagement seit dem Jahr 2005 in Trägerschaft der L.I.S.T Stadtentwicklungsgesellschaft mbH; zurzeit besteht das Team aus drei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern. Konkrete Aufgaben des Quartiersmanagements im Gebiet sind (Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2016a):

- ▶ Unterstützung von Bewohnerschaft und Akteuren vor Ort bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten,
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit,
- ▶ Begleitung von Quartiersrat und Vergaberat (siehe Kapitel 6.4),
- ▶ Fördermittelmanagement der Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“,
- ▶ Gremienarbeit im Quartier und darüber hinaus.

Kooperation zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene

Zwischen der federführenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Bezirksamtskoordinatorinnen und -koordinatoren und Quartiersmanagement finden im Rahmen von Steuerungsrunten regelmäßige Erfahrungsaustausche zu strategischen Fragen und Einzelprojekten statt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a). Im Bezirk Mitte nehmen an diesen Runten auch die Sprecherinnen und Sprecher des Quartiersrates und – wenn vorhanden – die sogenannten „Starken Partner“ teil.

Empowerment, Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbewohnerschaft und anderer lokaler Akteure

Im Rahmen der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße wird der Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und anderen lokalen Akteuren ein besonderer Stellenwert beigemessen. „Beteiligung/Teilhabe und Vernetzung werden von den Akteuren vor Ort ausdrücklich als Schwerpunkt- und Querschnittshandlungsfelder verstanden. (...) Der Zugang zur Teilhabe sollte dabei bestenfalls barrierefrei sein (z.B. Zugänge zu Räumen, Sprache, Vorkenntnisse, Geschlechtergerechtigkeit).“ (L.I.S.T. 2015: 15). Im Folgenden sind einige der wesentlichen Aktivierungs- und Beteiligungsformate für das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße dargestellt.

Quartiers- und Vergaberat

Wie in jedem Berliner Quartiersmanagementgebiet der Sozialen Stadt wurde auch im Programmgebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße ein Quartiersrat etabliert, der sich zu mindestens 51 Prozent aus Gebietsbewohnerschaft und höchstens 49 Prozent aus anderen lokalen Akteuren (u.a. Vertreterinnen und Vertretern der Schulen, der Kindertagesstätten, des Gewerbes) im Sinne einer Interessenvertretung der lokalen Bewohnerschaft zusammensetzt. Der Rat tagt in der Regel alle ein bis zwei Monate und diskutiert über Entwicklungsschwerpunkte für seinen Kiez, berät über Projektideen und bringt auch eigene Vorschläge ein (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a). Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie des jeweiligen Bezirks und des zuständigen Quartiersmanagements entscheidet der Quartiersrat über die Frage, welche Projekte durch Fördermittel unterstützt werden sollen. Gefördert werden in der Regel Projekte mit mehrjähriger Laufzeit und einem Finanzvolumen ab 5.000 Euro. Die Höhe der Mittel des Projektfonds wird jährlich durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vorab bekannt gegeben (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2014b: 3).

Neben dem Quartiersrat gibt es in jedem Programmgebiet der Sozialen Stadt einen von der Bewohnerschaft getragenen Vergabebeirat, der über jeweils bis zu 1.500 Euro für eher kurzfristige Maßnahmen und Projekte entscheidet. Insgesamt werden im Rahmen dieses Aktionsfonds jährlich 10.000 Euro zur Verfügung gestellt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2014b: 1). Ebenso wie der Quartiersrat wird auch der Vergaberat alle zwei Jahre neu gewählt (Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2016b).

Aktivierungs- und Beteiligungsangebote im Projekt KiezKlima

Im Rahmen des Projektes KiezKlima (siehe Kapitel 5.3) kommen vielfältige Formen von Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und sonstigen lokalen Akteuren zum Einsatz (vgl. im Folgenden Leifert/Wiesemann/Fenner 2016; L.I.S.T 2016b):

- ▶ *Leitfadengestützte Akteursinterviews:* Zwischen Januar und März 2015 wurden in einer ersten Runde insgesamt neun leitfadengestützte Akteursinterviews durchgeführt. Zentral waren dabei die folgenden Fragestellungen:
 - „Welche Akteure und Netzwerke gibt es im Quartier Brunnenviertel?“
 - „Was sind die Zielgruppen für KiezKlima?“
 - „Welche Partizipationsmethoden sind erfolgreich?“

Aufbauend auf diesen Fragen wurden Anknüpfungspunkte für KiezKlima erarbeitet: sowohl organisatorisch als auch hinsichtlich der Ausgestaltung der Partizipationsmaßnahmen. Im Zeitraum Oktober bis Dezember 2015 wurden weitere 15 Leitfadeninterviews mit insgesamt 25 weiteren Akteuren durchgeführt. Im Rahmen der zweiten Welle wurden Ideen und Tendenzen für Klimaanpassungsmaßnahmen gesammelt. Zudem ging es darum, das Verständnis der Akteure über Inhalte, Ziele und den weiteren Ablauf des Projekts zu verbessern und hierdurch zu versuchen, Interesse für die weitere Teilnahme zu wecken.

- ▶ *Bürgersteiggespräche*: Auf Kiezflohmärkten wurden im Sommer 2015 in einer ersten Welle insgesamt 32 Bürgersteiggespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern geführt. Dabei ging es u.a. um

- die Einschätzung von Aufenthaltsqualitäten von Orten im Quartier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Jahreszeiten und Wetterlagen (aus den Ergebnissen wurde eine „Subjektive Klimakarte“ erstellt),
- die persönliche Relevanz von Wetterereignissen (Stürme, Starkregen, Hitze, Trockenperioden, Kälte),
- bisheriges ehrenamtliches Engagement und Kontakt/Austausch mit Nachbarn,
- Interesse an weiteren Informationen zum Projekt KiezKlima.

In einer zweiten Welle wurden im September 2015 39 Interviews vor Ort in Höfen geführt, bei denen die Einschätzungen der Bewohnerschaft zur Aufenthaltsqualität und zum Nutzungsverhalten in den einzelnen Höfen erfasst und darauf aufbauend erste Ideen und Anregungen für Maßnahmen gesammelt wurden. Mehrere leicht gekürzte Bürgersteiggespräche fanden zudem im Frühjahr 2016 gezielt mit Mieterinnen und Mietern statt, deren Höfe für Klimaanpassungsmaßnahmen ausgewählt wurden

- ▶ *Klimarundgänge*: Bis Herbst 2016 wurden drei offene Klimarundgänge (insgesamt 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) sowie zwei Schülerrundgänge (insgesamt 28 Schülerinnen und Schüler) durchgeführt. Bei den öffentlichen Touren nahmen sowohl Aktive als auch interessierte Bewohnerinnen und Bewohner teil. Es wurden erste Maßnahmenideen gesammelt (erster und zweiter Rundgang) und geplante Maßnahmen vor Ort im konkreten Handlungsraum diskutiert. Im Anschluss an einen der Schülerrundgänge wurde eine jahrgangsstufenübergreifende Kooperation initiiert, deren Ergebnis die klimaangepasste Umgestaltung des eigenen Schulhofs war. Für dieses Engagement erhielt die Schule später den ersten Preis des Berliner Klimaschulen-Wettbewerbs.
- ▶ *Workshops*: Rund 45 Personen nahmen im April 2016 am ersten KiezKlima-Workshop teil, um gemeinsam Ideen für ein klimaangepasstes Brunnenviertel zu entwickeln. Im Fokus standen dabei die auf Basis der klimatologischen Bewertungen und der Vorgespräche mit der degewo und dem Bezirk ausgewählten Handlungsräume im Quartier. Vertreten waren die Bewohnerschaft, Quartiersräte, Politiker, soziale Träger, Kiez-Initiativen, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, das Bezirksamt Mitte und die Wohnungsbaugesellschaft degewo sowie das Projektteam. Zum zweiten Workshop im Juni 2016 kamen rund 35 Teilnehmende, um sich über den Stand des Projekts zu informieren und gemeinsam Entwürfe für die festgelegten Handlungsräume im Brunnenviertel zu erstellen und Maßnahmen zu priorisieren. Zudem ging es darum, Unterstützerinnen und Unterstützer für die Umsetzung der Maßnahmen zu gewinnen. Auch beim zweiten öffentlichen Workshop waren Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft vertreten.
- ▶ *Online-Plattform*: Die insgesamt 54 verschiedenen Vorschläge des ersten Workshops wurden digitalisiert und zwischen den beiden Workshops auf kiezklima.crowdmap.com veröffentlicht, zudem konnten sie dort kommentiert und ergänzt werden.
- ▶ *Tafel/Wunschbox an ausgewählten Einrichtungen und Höfen*: Zwischen Ende April und Ende Mai 2016 wurden in insgesamt zwölf Einrichtungen im Brunnenviertel und drei degewo-Höfen Ideenboxen und -pinnwände zusammen mit entsprechenden Postkarten und einer kurzen Information zum Projekt und der Weiterverwendung der Ideen angebracht. Ziel war eine möglichst niedrigschwellige Ansprache der Besucherinnen und Besucher dieser Einrichtungen und damit eine breite Beteiligung verschiedener Zielgruppen – auch solcher, die nicht zu den Workshops kommen wollen oder können. Die zusätzlich gesammelten Ideen und Vorschläge flossen in den zweiten Workshop ein.
- ▶ *Wetterstationspaten*: In mehreren Kitas wurden Messstationen aufgestellt. An jedem dieser Standorte werden minutengenau Temperatur, Luftfeuchtigkeit und Luftdruck erfasst und die

resultierenden Messdaten ins Internet sowie an die TU Berlin übertragen. Im Innenraum der Kitas werden zudem Lufttemperatur, Luftfeuchte, CO₂-Konzentration und Lautstärke/Schalldruckpegel erfasst. Neben dem Vergleich untereinander dienen die Daten den Kitas vor allem zur Bestätigung bereits zuvor subjektiv wahrgenommener Belastungen.

- ▶ *Trinkpatenschaften*: Mit 12 Restaurants, Cafés, Einrichtungen, Gewerbetreibenden und anderen Akteuren wurden Trinkpatenschaften aufgebaut. Durch das Bekleben der eigenen Fensterscheibe mit einem „Trinkpaten“-Aufkleber erklären sich die teilnehmenden Institutionen dazu bereit, an heißen Tagen kostenlos Trinkwasser an Passanten auszuschenken. So sollen Barrieren für ein angemessenes Trinkverhalten an heißen Tagen abgebaut werden.

2.5 Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung

Von den institutionellen Akteuren auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene wird generell zur Entwicklung des Quartiers Brunnenviertel-Brunnenstraße übereinstimmend festgestellt, dass sich das Gebiet in den letzten zehn Jahren – seit des Startes des Programms „Soziale Stadt“ – positiv entwickelt und an Attraktivität gewonnen habe. So gebe es im Quartier keinen Wohnungsleerstand mehr und nur noch eine sehr geringe Fluktuation. Ein Interviewpartner führte hierzu aus: „Das Ansehen vom Brunnenviertel ist innerhalb der letzten zehn Jahre rapide nach oben gegangen, es ist mittlerweile ein ganz normal angesehener Wohnbezirk, der als attraktiv gilt, weil er zentral liegt. Es gab vor zehn Jahren deutlich mehr Probleme im Brunnenviertel, als es jetzt gibt. Die Leute sind mittlerweile sehr gerne Bewohner des Brunnenviertels und identifizieren sich auch mit diesem Gebiet und wohnen, ja, wie gesagt, wirklich gerne hier.“

Die zunehmende Attraktivität des Quartiers wird aber nicht allein positiv beurteilt. Einige der Interviewpartnerinnen und -partner sehen mit dieser Entwicklung durchaus die Gefahr verbunden, dass die bisherige Bewohnerschaft zunehmend verdrängt werde. Solche Prozesse könnten durch Maßnahmen der energetischen Sanierung – so ein Interviewpartner – noch verstärkt werden, da die Möglichkeit der Kostenumlage zur Erhöhung der Mieten führe.

Unisono wird zudem konstatiert, dass es im Quartier weiterhin gravierende soziale Probleme gebe. Genannt wird in diesem Zusammenhang der hohe Anteil an Bezieherinnen und Beziehern von Transferleistungen (überwiegend mit Migrationshintergrund), Kinder- und Jugendarmut sowie die Drogenszene im Brunnenviertel.

Schnittstellen zwischen sozialer und umweltbezogener Quartiersentwicklung

Die Interviewpartnerinnen und -partner weisen insbesondere auf zwei Schnittstellenbereiche zwischen sozialer und umweltbezogener Quartiersentwicklung hin:

- ▶ *Schnittstelle „Grün im Quartier“*: Begrünte Innenhöfe sowie Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten könnten zum gesellschaftlichen Treffpunkt werden und damit soziale Kontakte unter der Bewohnerschaft befördern. Auch „grüne“ Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel würden häufig Aufenthalts- und Treffpunktqualitäten verbessern. Dies sei in der Kommunikation mit der Bewohnerschaft in der Regel sogar das wichtigere und überzeugendere Argument für Klimaanpassungsmaßnahmen. Einer der Gesprächspartner wies zudem darauf hin, dass die lärmindernde Wirkung von Fassadenbegrünungen zu einer Minimierung lärmbedingter Konflikte zwischen Nachbarinnen und Nachbarn führen könne.
- ▶ *Schnittstelle „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Quartierseinrichtungen“*: Für das Projekt KiezKlima seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Einrichtungen des Quartiers (Kitas, Schulen, Vereine, Familienzentrum, Jugend-/Nachbarschaftszentrum) in ihrer Rolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine wichtige Schnittstelle, um die Bewohnerschaft zu

erreichen. Auch das Quartiersmanagement wird von einer Gesprächspartnerin als eine zentrale koordinierende Schnittstelle zwischen dem sozialen und dem Umweltbereich angesehen.

Qualität von Akteursnetzungen/-kooperationen

Innerhalb der Bezirksverwaltung kooperiert das für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ federführende Stadtentwicklungsamt insbesondere mit dem Straßen- und Grünflächenamt, dem Schulamt, dem Jugendamt und dem Sportamt sowie der Serviceeinheit Facility Management. In die Serviceeinheit wurde vor einigen Jahren im Rahmen einer Umstrukturierung das frühere Baumanagement der einzelnen Fachvermögen des Bezirkes eingegliedert. Die Zusammenarbeit mit den anderen Verwaltungsbereichen wird seitens des Stadtentwicklungsamtes als gut eingeschätzt. Wenn es einmal Probleme gebe, seien diese meist personenbedingt.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene wird von den Interviewpartnerinnen und -partnern überwiegend positiv bewertet. Allerdings seien bei Kleinstmaßnahmen wie im KiezKlima-Projekt häufig zeitaufwändige bilaterale Abstimmungen mit einzelnen Fachämtern erforderlich, mit denen das Bezirksamt aber personell überfordert sei. „Also die dürfen mittlerweile nicht mehr zu Abendveranstaltungen, die können an der Bürgerbeteiligung letztlich nicht teilnehmen, weil sie das in ihr zeitliches Budget nicht mehr reinkriegen. Das heißt, wir stehen mit denen ab und an vor Ort, und das macht das ganze Verfahren unglaublich mühsam. Also die Idealvorstellung: (...) Nämlich alle kommen zusammen an einen Tisch, entscheiden und dann geht es in die Umsetzung, funktioniert mit der Personaldecke der Berliner Bezirke nicht mehr.“

Die Vernetzung der Akteure im Quartier wird von den Gesprächspartnerinnen und -partnern durchweg als sehr gut beschrieben. „Ich habe das Gefühl, dass wir durch die verschiedenen Runden gut vernetzt sind“. Die Kooperation könne hier und da – so eine Interviewpartnerin – sicher verstärkt und ausgebaut werden; allerdings sei irgendwann auch die persönliche Belastungsgrenze erreicht. „Man kann sich eben nicht überall mit einbringen.“ Mehrfach wurde in den Interviews der Kita-Verbund des Brunnenviertels (siehe Punkt 1.1: Soziale Infrastruktur) als gelungene Vernetzungsstruktur herausgestellt. An diesem Verbund wirken neben den Kitaleitungen auch die degewo sowie das Quartiersmanagement (Koordinierung des Verbundes) mit. Ein vor mehreren Jahren durch die degewo finanziert Versuch, einen Bildungsverbund zu initiieren, sei dagegen gescheitert. Derzeit gebe es aber seitens des Quartiersmanagements Bemühungen, den Bildungsverbund mit Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Bildung „wieder zum Leben zu erwecken“.

Alle Interviewpartnerinnen und -partner berichten darüber, dass sie mit dem Quartiersmanagement zusammenarbeiten – sei es projekt- und/oder netzwerkbezogen. Speziell für die Kooperation und Abstimmung zwischen dem KiezKlima-Projekt und dem Quartiersmanagement wird die einheitliche Trägerschaft als förderlich benannt. „Klar haben wir sicher auch den Vorteil, dass durch die einheitliche Trägerschaft einfach im Austausch ganz viel zwischen den Türen laufen kann, was vielleicht mit einem anderen Träger nicht ganz so eng wäre.“

Als ein wichtiger und finanzstarker Partner wird zudem sowohl von der Verwaltung als auch von den lokalen Akteuren im Quartier die degewo benannt. Dies treffe insbesondere auch mit Blick auf Projekte und Maßnahmen zur Klimaanpassung (Hofbegrünungen, Fassadenbegrünungen, energetische Sanierung) zu. Die Kooperation mit der degewo wird von allen Gesprächspartnerinnen und -partnern als sehr gut eingeschätzt.

Angebotsqualität und Erfolg von Empowerment, Aktivierung und Beteiligung

Übereinstimmend werden von den Interviewpartnerinnen und -partnern Empowerment, Aktivierung und Beteiligung als nach wie vor notwendige Basisarbeit im Brunnenviertel-Brunnenstraße angesehen. Ein Gesprächspartner führte zu Effekten dieser Arbeit aus: „Ich habe die feste Überzeugung, dass

die Bewohnerschaft sich, wenn sie ‚mit ins Boot geholt werden‘, im und mit dem Quartier wohlfühlen, dem Quartier zugehörig empfinden und damit auch der Bezug zum Wohnhaus größer wird“.

Erfolg und Reichweite von Aktivierung und Beteiligung

Die Gesprächspartnerinnen und -partner wiesen auf verschiedene Faktoren hin, die aus ihrer Sicht für den Erfolg von Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit wichtig sind:

- ▶ Die Erfolgsaussichten von Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit würden steigen, wenn ganz unterschiedliche und auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtete Angebote und Maßnahmen aufgesetzt werden.
- ▶ Aktivierung und Beteiligung – auch mit Blick auf Umweltthemen – gelinge am besten über direkte persönliche Ansprache.
- ▶ Umweltthemen müssten zielgruppengerecht kommuniziert werden. Das Statement einer Interviewpartnerin hierzu lautete: „Also im Bereich der „Sozialen Stadt“ mussten wir lernen, wie man Klimaanpassung so formuliert, dass es niedrigschwellig zu verstehen ist.“
- ▶ Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit zum Thema Klimaschutz/Klimawandel benötige sehr viel Zeit. Unter dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ brauche es immer wieder Impulse von außen, um das Interesse der Bewohnerschaft an diesem Thema zu wecken.
- ▶ Aktivierung mit Blick auf Engagementförderung der Bewohnerschaft muss möglichst konkret sein. Eine befragte Akteurin erläuterte dies an einem Beispiel: „ Es sollte nicht allgemein gefragt werden ‚Könnten Sie sich vorstellen, sich für das Thema zu engagieren?‘, sondern konkret ‚Wollen Sie Baumpate werden? Hier, dieser Baum könnte von Ihnen gegossen werden und dort ist der Wasseranschluss‘.“

Mit Blick auf den Quartiers- bzw. Vergabebeirat als ein zentrales Aktivierungs- und Beteiligungsinstrument der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Berlin (siehe Punkt 1.4) sei es allerdings – so die Vertreterinnen des Quartiersmanagements – trotz zahlreicher unterschiedlicher Aktivierungsverfahren bislang eher schwierig geblieben, Bewohnerinnen und Bewohner für eine Mitarbeit im zu gewinnen und auch zu halten. Der Aktivierungseffekt über die Vergabe von Fördermitteln wird eher als gering eingeschätzt („Geld schweißt nicht zusammen“). Ferner binde das Fördermittelmanagement einen Großteil der Arbeitskapazitäten des Quartiersmanagements, da die Bewohnerschaft bei der Antragstellung sehr viel Einzelunterstützung bräuchten. Dadurch fehle Zeit für andere Aktivierungsaktivitäten. Häufig seien die Anträge gleichwohl unzureichend ausgestaltet und müssten vom Quartiersmanagement zurückgewiesen werden, was „Frustration auslöse“. Auch würden die Treffen des Quartiersrates produktiver und konstruktiver sein, wenn kein Geld zu vergeben wäre. So würde im Quartiersrat sehr viel über die Einhaltung von Formalien gesprochen, statt eine projektorientierte inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Wichtiger sei es, dass das Quartiersmanagement-Team „die Leute zusammenbringe“, einen Rahmen für Aktivitäten schaffe und damit auch eine demokratische Grundhaltung fördere. Dabei sei der „Termindruck Geld“ nicht hilfreich.

Hinsichtlich der Frage, welche Zielgruppen mit der Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit bislang erreicht werden, ergibt sich aus den Interviews folgendes Bild: Eine erfolgreiche Ansprache gelingt am ehesten bei jungen Familien, Frauen und Erwerbstätigen. Die Aktivierung und Beteiligung von sozial Benachteiligten und Migrantinnen bzw. Migranten funktioniert dagegen kaum. Mit Blick auf den Zugang zu Migrantinnen und Migranten stellte eine Interviewpartnerin fest: „Ich glaube, man wird es hier nicht hinbekommen, dass man zu allen gleichermaßen einen Zugang hat oder jede Institution, jeder Akteur vor Ort zu allen einen Zugang findet. Also das wäre ein Wunder. Wir haben einfach eine viel zu bunte Mischung. Wir haben Araber, Türken, Russlanddeutsche, wir haben Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien, wir haben Kosovo-Albaner hier, mittlerweile haben wir auch jüdische Familien, die sich hier ansiedeln. Und die Gruppen sind in sich sehr geschlossen. (...) Aber das ist halt schwierig und da müsste irgendjemand noch mal einen klugen Gedanken haben, um da gut heranzukommen.“

Auch Senioreninnen und Senioren zu erreichen, sei schwierig, da diese viel Zeit in den eigenen „vier Wänden“ verbringen und es dadurch nicht einfach sei, direkten Kontakt mit ihnen aufzunehmen. Hier bedürfe es besonderer Zugänge und gleichzeitig einer differenzierten Betrachtung. Eine Gesprächspartnerin führte hierzu aus: „Also die Älteren sind ja jetzt wirklich keine homogene Gruppe. Da gibt es die, die total aktiv sind, und von denen gibt es auch im Brunnenviertel ganz viele. Und dann gibt es natürlich die Leute, die wir auch gerne erreichen würden, nämlich die z.B. in Seniorenwohnhäusern wohnen, die mobil eingeschränkt sind. (...) Deren Ansprache muss halt in irgendeiner Form aufsuchend passieren. (...) Man erreicht die schon, aber man muss halt auch hingehen.“

Ebenso sei die Ansprache Jugendlicher und junger Erwachsene nicht einfach. Dies liege teils auch an der Art der Angebotsstrukturen. So würden mit der typischen „Komm-Struktur“ der Jugendarbeit des Olof-Palme-Zentrums eher die selbstbewussten und in Peergruppen verankerten Jugendlichen erreicht. Die Jugendlichen, die eher schüchtern und zurückhaltend sind und keiner Peergruppe angehören, suchten dagegen das Olof-Palme-Zentrum in der Regel nicht auf. Um diese zu erreichen wäre eine stärker aufsuchende Gemeinwesenarbeit („Geh-Struktur“) erforderlich. Hinzu kämen Sprachbarrieren, da der Jugendsozialarbeiter lediglich Deutsch und Englisch spreche.

Eine Interviewpartnerin sieht bei der Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit noch „brachliegendes“ Potenzial hinsichtlich der zahlreich neu zugezogenen jungen Wohngemeinschaften. In der Regel hätten die Wohngemeinschaften allerdings nur ihren Wohnstandort im Quartier, für die Freizeit verließen sie das Quartier in Richtung der „hippen Stadtteile“ wie Prenzlauer Berg und Alt-Mitte. „Es wäre irgendwie total schön, wenn man sie mit einbinden könnte“.

Bewusstsein und Engagementbereitschaft mit Blick auf Umweltthemen

Bei großen Teilen der Bewohnerschaft fehle ein Umweltbewusstsein – so konstatierten die Interviewpartnerinnen und -partner mehrheitlich. Als eine Ausnahme hiervon stellen sich für eine Gesprächspartnerin die neuzugezogenen Familien und Wohngemeinschaften dar, die vielfach ein Problembewusstsein für Umweltthemen aufwiesen. Unterschiede im Umweltbewusstsein seien ihrer Ansicht nach aber prinzipiell weniger am Einkommen und der sozialen Schichtzugehörigkeit als am kulturellen Hintergrund festzumachen. Bei vielen Bewohnerinnen und Bewohner sei – so diese Gesprächspartnerin weiter – insbesondere das Problembewusstsein für die Themen Mülltrennung sowie Sparen von Energie und Wasser sehr gering. Ursache hierfür sei nicht zuletzt, dass Transfermittelempfängerinnen und -empfänger, die entsprechenden Betriebskosten nicht selbst zahlen müssten. „Manchmal kommen also wirklich Klienten zu mir, die haben Nachzahlungen von bis zu 1.000 Euro, und wenn man dann hinterfragt, ja, da wird die Heizung auf fünf gelassen und die Fenster sind auf zum Lüften oder es wird dreimal am Tag geduscht.“ Das fehlende Umweltbewusstsein der Eltern – so eine andere Interviewpartnerin – mache sich auch bei den Kindern bemerkbar: „Also hier in der Kita merkt man schon, wie die Kinder mit Dingen umgehen. Bücher werden oft wenig pfleglich behandelt oder Dinge kaputt gemacht. Und da merkt man schon, dass zu Hause, wenn was kaputt ist, es eben einfach weggeschmissen wird und es etwas Neues gibt.“ Auch die vielfach in der Kita zurückgelassene Kleidung sei ein Hinweis für ein fehlendes Umweltbewusstsein in Richtung nachhaltiger Konsum. „Also Kleidung bleibt hier immer und überall liegen. Wir haben wirklich säckeweise Gummistiefel. Die Kinder wachsen aus den Stiefeln raus und dann bleibt das hier stehen, und auch mit den Klamotten ist es meistens so.“ Teils bestehe seitens der Eltern auch die Überzeugung, dass es sich nicht schicke, gebrauchte Dinge (insbesondere Kleidung) zu kaufen oder zu tauschen. Ein wichtiger Weg zur Änderung des Umweltbewusstseins der Eltern führe über die Kinder (Kitas, Schulen). Dabei müssten aber die Familien und in migrantischen Familien insbesondere die Väter „mit ins Boot geholt werden“.

Trotz des konstatierten mehrheitlich geringen Umweltbewusstseins der Bewohnerschaft, können die Gesprächspartnerinnen und -partner über bewohnergetragene Initiativen und Ansätze für Verbesserungen auf der Schnittstelle „Soziales“ und „(Ökologische) Umwelt“ im Quartier berichten. Hierzu zählt

neben der „Gleim-Oase“ und dem „Mauergarten e.V.“ (siehe Punkt 1.3: Maßnahmen und Projekte) die Initiative „Vineta-Platz-Kümmerner“. Hierbei handelt es sich um eine lose, sich zweimal im Jahr treffende Anwohnergruppe, der „rund 30 Männer, Frauen und Kinder zwischen fünf und 85 Jahren aus mehr als acht Nationen“ angehören (Burger 2017: 22). Sie haben die Gestaltung und Pflege des lange verwilderten Platzes, selbst in die Hand genommen. Dazu gehört neben dem Anlegen von Blumenbeeten und der Bepflanzung von Kübeln auch das Aufsammeln von Müll. Im Juni 2016 wurde die Initiative mit dem Umweltpreis des Berliner Bezirks Mitte ausgezeichnet. Eine weitere bewohnergetragener Initiative ist das Projekt „Bewegungsfreiräume“ des Verein Rollers e.V. Der Verein will für das Brunnenviertel eine Datenbank erstellen, die Ort benennt, wo sich im Kiez mit einfachen Mitteln Verbesserungen für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer erreichen lassen (Schnell 2016).

Es gebe also durchaus – so die Interviewpartnerinnen und -partner unisono – einige sehr engagierte Anwohnerinnen und Anwohner im Brunnenviertel-Brunnenstraße, die meist ohne Aufwandsentschädigung und ohne Unterstützung für Sachmittel kleinteilige Umweltprojekte durchführen. Dabei handelt es sich in der Regel um Bepflanzungsaktionen, neben dem Vinetaplatz auch in Wohnhöfen, auf Baumscheiben und in Kitas. Generell bestehe eine hohe Bereitschaft der Bewohnerschaft zum Engagement für Grünflächen. „Es gibt viele, die tapfer aus dem 4. Stock die Gießkanne runtertragen“. Für das Engagement für das „Grün vor der Haustür“ müssten die Leute nicht erst aktiviert und gesucht werden. Vor allem Frauen mit Kindern, aber auch ältere Frauen und damit weniger mobile und auf ihre Nachbarschaft stark angewiesenen Bewohnerinnen würden sich hier gerne einbringen. Für Bewohnerinnen und Bewohner, die arbeiten und sich daher tagsüber wenig im Quartier aufhalten, sei das Wohnumfeld nicht so wichtig.

Teils scheitere die Engagementbereitschaft von Bewohnerinnen und Bewohner jedoch an vermeintlichen Kleinigkeiten. So benannte eine Interviewpartnerin des KiezKlima-Projektes fehlende bzw. abgeschaltete Wasseranschlüsse im Außenraum als „unseren allergrößten Stolperstein in dem Projekt“, da ein Zugang zu Wasser notwendige Voraussetzung für die Übernahme von Baumpatenschaften durch Anwohnerinnen und Anwohner sei. Es gebe aber auch, führte eine Gesprächspartnerin aus, viele Anwohnerinnen und Anwohner, „die gar keine Lust haben, vor ihrer Haustür zu gärtnern. Insbesondere die Migrantenfamilien hätten teilweise ganz andere Prioritäten. „Die haben z.B. Lust auf das Thema ‚Essen‘, Essen zubereiten usw. (...) Aber dieses ‚in der Erde buddeln‘ ist eigentlich nicht so ein Resonanzthema. Und wenn sie gärtnern, dann wollen sie schon was ganz Abgegrenztes, etwas, wo sie ein Stück Privatheit haben, und nicht unbedingt den öffentlichen Raum.“ Generell stellte einer der befragten Akteure fest: „Es sind eh die Leute, die sich sowieso engagieren, die da sehr umweltbewusst herangehen, und die anderen zu bekommen, ist halt immer noch mal eine andere Sache, eine schwierigere.“

Möglichkeiten der Befähigung und Aktivierung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern für ökologisch und sozial nachhaltiges Handeln

Folgende Möglichkeiten zur Befähigung und Aktivierung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern für ökologisch und sozial nachhaltiges Handeln wurden von den befragten Akteuren genannt:

- ▶ Anbieten von Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern/Nachbarschaftsgärten,
- ▶ Anbieten von Baumpatenschaften,
- ▶ Einrichtung eines/r „Kümmerner/in“, der/die anwohnergetragene Bepflanzungsaktionen oder Nachbarschaftsgärten für einzelne Hofbereiche anstößt, koordiniert und Ansprechpartner für die Bewohnerschaft ist,
- ▶ mit Blick auf Mülltrennung und sparsamen Energie- und Wasserkonsum Übersetzen von Hausordnungen und Illustrierung mit Piktogrammen,
- ▶ Verknüpfen des Themas „Nachhaltiger Konsum“ mit „Geldspar-Argument“,

- ▶ Umweltthemen über interkulturelle/interreligiöse Aktionen/Veranstaltungen/Feste (interkulturelles Kochen, gemeinsam Musik machen, u.a.) transportieren,

Kritisch wurde mit Blick auf die Erschließung zusätzlichen Potenzials von einer Interviewpartnerin ausgeführt, dass Befähigung und Aktivierung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern für ökologisch und sozial nachhaltiges Handeln auch eine Frage der Nachbarschaft und der gegenseitigen Hilfe sei. Diese Aspekte wären im Quartier aber wenig ausgeprägt; zudem fehle im Quartier eine politische Haltung im Sinne von „wir können mit wenigen Mitteln leben“. Eine solche Haltung könnte dazu führen, nach Projekten zu suchen, die diese Haltung unterstützen können. Der Status der sozial Schwächeren werde im Brunnenviertel – anders als im nahegelegenen Soldiner Kiez – aber nicht als politisches Moment formuliert. Grund hierfür könne eine befürchtete soziale Stigmatisierung sein.

Fördernde und hemmende Rahmenbedingungen

Fördernde Rahmenbedingungen

Als Rahmenbedingungen, die förderlich auf die Entwicklung des Brunnenviertels-Brunnenstraße unter den Aspekten Soziales und Umwelt wirken, werden von den Interviewpartnerinnen und -partnern folgende benannt:

- ▶ *Finanzstarke und engagierte Kooperationspartner:* Insbesondere bei Projekten wie dem KiezKlima-Projekt, die nicht mit eigenen investiven Mitteln ausgestattet sind, seien finanzstarke und engagierte Partner wie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Förderkulisse Soziale Stadt) und die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo von großem Vorteil. Ohne diese Partner könnten die partizipativ mit der Quartiersbevölkerung entwickelten Maßnahmen wie Hofbegrünungen, Umgestaltungen von Plätzen nicht finanziert und umgesetzt werden. Zudem könnten diese Akteure auch zur Verstetigung der angestoßenen Entwicklungen nach Auslaufen des befristeten Projektes beitragen.
- ▶ *Wohnungsbaugesellschaft degewo als Großeigentümer im Quartier:* Mit Blick auf Maßnahmen zur Klimaanpassung im unmittelbaren Wohnumfeld – so die Gesprächspartnerinnen des KiezKlima-Projektes – sei die Zusammenarbeit mit einem Großeigentümer wie der degewo wesentlich effizienter und effektiver als wenn zahlreiche Einzeleigentümerinnen und -eigentümer je individuell für eine Zusammenarbeit angesprochen und gewonnen werden müssten.
- ▶ *Einheitliche Trägerschaft von Kiez-Klima-Projekt und Quartiersmanagement:* Mit der einheitlichen Trägerschaft sind nach Ansicht der befragten Mitarbeiterinnen von KiezKlima verschiedene Vorteile verbunden. So hätten sie bereits zu Projektbeginn eingehende Kenntnisse über das Quartier gehabt. „Das war natürlich ein großer Vorteil für das Projekt und für uns, dass wir ganz viel Wissen über das Brunnenviertel haben, weil wir dort als Quartiersmanagementträger bereits tätig sind.“ Zudem empfinden es die Mitarbeiterinnen als Vorteil, an die Netzwerkstrukturen des Quartiersmanagements anknüpfen zu können: „Wo man nicht schon die Netzwerke ein Stück weit kennt, ist es kaum machbar, innerhalb von drei Jahren ein ernsthaftes Beteiligungsprojekt aufzusetzen.“ Die gemeinsame Trägerschaft erhöhe zudem die Chance, im KiezKlima-Projekt zusätzlich initiierte Netzwerke zu verstetigen. „Da, wo es uns gelungen ist, Netzwerke zu schaffen, braucht es zunächst weiterhin den Impuls von außen, bis das alleine weiter läuft. Selbsttragende Strukturen zu schaffen, das ist in drei Jahren nicht leistbar. Aber da haben wir mit dem Quartiersmanagement natürlich einen guten Partner, der das mit in die Verstetigung reinnehmen kann.“ Umgekehrt profitiere aber auch das Quartiersmanagement vom KiezKlima-Projekt: „Das Quartiersmanagement-Team sieht es als Gewinn an, das Projekt, weil es einfach neue Impulse bringt, die das Team selber nicht in der Lage ist, aufgrund seines Stundenbudgets und seiner Alltagsarbeit zu entwickeln.“

Hemmende Rahmenbedingungen

Als hemmend auf die Entwicklung des Brunnenviertels-Brunnenstraße unter den Aspekten Soziales und Umwelt wirken sich nach Einschätzung der Interviewpartnerinnen und -partner folgende Rahmenbedingungen aus:

- ▶ *Ungenügende personelle und finanzielle Situation des Bezirks:* Im Bezirksamt Mitte sei nicht genügend Personal vorhanden, um Förderanträge zu stellen. „Die Bezirksverwaltungen in Berlin sind in den letzten Jahren personell kaputt gespart worden.“ Aufgrund der personellen Engpässe und der gleichzeitig sehr hohen Anforderungen an die Antragstellung, könne das Bezirksamt die Anträge nicht selbst bearbeiten, sondern müsse diese Aufgabe an Dritte vergeben. Die Kosten hierfür habe der Bezirk erst einmal vorzustrecken. Aufgrund des „Windhundverfahrens“ bei der Vergabe der Mittel sowohl des Baufonds Soziale Stadt³⁵ als auch des Netzwerkfonds Soziale Stadt³⁶, könne der Bezirk aber nicht sicher sein, einen Zuschlag zu erhalten und damit die Antragskosten refinanzieren zu können. Das sei aufgrund der schlechten Finanzsituation des Bezirks ein „Riesenproblem“. Seien die Mittel vom Senat bewilligt, fehle zudem im Bezirksamt häufig das Personal, um die beantragten Maßnahmen umsetzen zu können. Auch reiche das Finanzbudget des Bezirkes nicht aus, um zusätzliche Grünflächen im Quartier ausreichend zu pflegen und zu unterhalten. Zusammenfassend – so eine Interviewpartnerin – sei zu konstatieren: „Die Personaldecke des Bezirks ist seit einigen Jahren so dünn, dass sie Aufgaben der Projektsteuerung nicht ausreichend wahrnehmen können und daher nicht mehr in der Lage sind, die Sozial-Stadt-Mittel auszugeben.“
- ▶ *Ungenügende personelle Situation in Einrichtungen und Projekten im Quartier:* Zum einen wird von den Gesprächspartnerinnen und -partnern beklagt, dass die Personalausstattung vom Umfang vielfach nicht ausreichend sei. Im KlimaKiez-Projekt stehe nur eine Mitarbeiterin für die Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit zur Verfügung; dies sei viel zu wenig. In den Kitas sei aufgrund des schlechten Betreuungsschlüssels oft keine Zeit, mit den Kindern Umweltprojekte durchzuführen. Zum anderen wird die Befristung von Stellen kritisiert. Es fehle vor allem eine langfristige Finanzierung des Personals in den für das Quartier wichtigen sozialen Einrichtungen. „Hemmend auf die Beziehungsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen wirken sich die aufgrund der Förderrichtlinien jährlich wieder neu zu schließenden Arbeitsverträge aus. Zum Ende der Laufzeit des Arbeitsvertrages sinkt verständlicher Weise die Motivation der Beschäftigten. Zudem kommt es wegen der befristeten Vertragssituationen immer wieder zu Wechseln bei den Beschäftigten, was für den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen sehr hinderlich ist.“
- ▶ *Befristete Förderung von Quartiersmanagement und KiezKlima-Projekt:* Befristete Förderzeiträume mit unklarer Perspektive seien insbesondere für Quartiers- und sozialräumliche Projekte sehr schädlich, da es hier sehr viel um Aufbau von Vertrauen gehe und das brauche „einen langen Atem“.

35 Der Baufonds (in der alten Förderperiode Quartiersfonds 4) dient der Finanzierung der zur nachhaltigen Stabilisierung und Entwicklung erforderlichen Baumaßnahmen in den festgelegten Quartiersmanagement-Gebieten (<http://www.pdl-berlin.eu/programme-zis-ii/soziale-stadt/baufonds.html>).

36 Der Netzwerkfonds ersetzt in der neuen Förderperiode die bisherigen Modellprojekte (Quartiersfonds 5) und die Initiative Aktionsräume-plus. Der Netzwerkfonds ist eine strategische Ergänzung der quartiersbezogenen Förderangebote der Sozialen Stadt (Aktionsfonds, Projektfonds und Baufonds). Er dient dazu, insbesondere bewährte und strukturfördernde Maßnahmen aus den Fördergebieten „Zukunftsinitiative Stadtteil (ZIS)“ von der Quartiersebene auf eine größere Maßstabsebene (quartiers- und/ oder bezirksübergreifend) zu übertragen und durch innovative Ansätze zudem kurzfristige Reaktionen auf gesamtstädtische Entwicklungen zu ermöglichen. Ziel ist die nachhaltige Stabilisierung und Entwicklung der Fördergebiete (Aktionsräume einschließlich der außerhalb dieser Aktionsräume liegenden Quartiersmanagement-Gebiete) (<http://www.pdl-berlin.eu/programme-zis-ii/soziale-stadt/netzwerkfonds.html>).

- ▶ *Aufwändige und unflexible Förderbedingungen:* Das jährliche Stellen von Förderanträgen binde sehr viel Zeit, die nicht für die Arbeit mit der Zielgruppe zur Verfügung stehe. Besser wäre es, wenn es einen „Globaltopf“ geben würde, über den der Bezirk bedarfsgerecht und unbürokratisch entscheiden könnte. Beklagt wird zudem eine fehlende Flexibilität mit Blick auf das Verschieben von Mitteln, beispielsweise zwischen Sach- und Honorarkosten. Oft stelle sich erst im laufenden Prozess heraus, wofür die Mittel tatsächlich benötigt werden. Umschichtungen könnten aber aufgrund der Zuwendungsbestimmungen kaum vorgenommen werden.

2.6 Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner

Typisch für ein großstädtisches Quartier ist im Brunnenviertel-Brunnenstraße eine Vielzahl unterschiedlicher Lebenswelten und Milieus vertreten. Wichtig sind insbesondere (vgl. Kapitel IV 1.1):

- ▶ „Deutschstämmiges Prekariat“,
- ▶ „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“,
- ▶ „Traditionelles Gastarbeitermilieu“,
- ▶ „Statusorientiertes Migrantenmilieu“,
- ▶ „Migrantische Jugendliche“,
- ▶ „Neu-Migrantische“,
- ▶ „Prekäre Intellektuelle“,
- ▶ „Kreativszene“,
- ▶ „Studierende“.

Entsprechend vielfältig sind die anzutreffenden Formen des Umweltbewusstseins und Umweltverhaltens; dieses reicht von in einem traditionellen Konservatismus verwurzeltem Wunsch, Bestehendes zu bewahren, über die abstrakte Anerkennung von Umweltschutz als sozialer Norm oder die Abweisung individueller Verantwortung bis hin zu ausgeprägt ökologischen Einstellungen. Besonders auffällig im Brunnenviertel-Brunnenstraße ist darüber hinaus ein großes Interesse und eine spezifische Wachheit die lokale gebaute, historisch gewachsene Umwelt, die mit einer hohen Identifikation mit dem Viertel sowie dem Wunsch, dieses lebenswert zu sehen, einhergeht.

Das Brunnenviertel-Brunnenstraße wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern übereinstimmend als ein **Stadtteil im Wandel** beschrieben. Bedingt seien die Veränderungen durch die seit dem Mauerfall zentrale Lage, die aber erst in den letzten Jahren so richtig ins Blickfeld gerückt sei. Diese neue Lage wird auch von den befragten Bewohnerinnen und Bewohner sehr geschätzt: *„Es ist fast Berlin-Mitte, alles ist per U- und S-Bahn schnell erreichbar; wir haben drei Parks, daher ist es sehr grün hier – und die Mieten sind noch billig“*. Konstatiert wird ein Zuzug unterschiedlicher neuer Bevölkerungsgruppen: von Kreativen, Start-ups, Studenten, Bohemiens wie auch von Geflüchteten. Meist wird dabei eine Verbesserung des Umfelds und der Atmosphäre im Viertel verbunden. Insbesondere wird festgestellt, dass viele der Neu-Zugezogenen eine Bereitschaft mitbringen, sich im und für das Viertel zu engagieren: *„Es kommen ja nicht nur Leute, die mit sich selbst beschäftigt sind, sondern auch welche, die gewöhnt sind, was anzupacken. Da kommen dann wirklich welche, die sagen, wir möchten gern ehrenamtlich helfen. In jedem Umbruch liegt auch eine Chance“*. Gleichzeitig werden aber auch deutliche Ängste vor „Gentrifizierung“ geäußert. Ein Anziehen des Mietniveaus meint man jetzt schon beobachten zu können: *„Es ziehen immer mehr Leute mit Geld hierher. Die Garagen sind voll und es stehen jetzt auch ganz andere Autos vor der Tür. Und es sieht so aus, als würde das von der Stadt auch gefördert“*. Rückblickend wird fast einhellig eine positive Entwicklung im Quartier beobachtet: *„Früher, das sind selbst die Ausländer von hier weggezogen, wenn die wollten, dass ihre Kinder was Ordentliches lernen – das ist heute nicht mehr so“*. Gleichzeitig wird eine vermehrte Anwesenheit von Geflüchteten beobachtet: *„Und inzwischen sieht man natürlich auch die Flüchtlinge, die sitzen hier auf den Bänken und die*

Kinder spielen hier. Das war vorher nicht so“. Darüber, welche Auswirkungen dies für das Stadtviertel haben wird, sind sich die Bewohnerinnen und Bewohner derzeit noch nicht im Klaren: *„Das muss sich erst noch einspielen“.* *„Ich habe schon Sorgen, dass hier das ganze soziale Gefüge ins Rutschen kommt“.*

Die zukünftige Entwicklung ist daher für viele mit Unsicherheit und Sorgen verbunden: *„Wir haben als Mieter und Bewohner ja auch keinen Einblick in die Entscheidungen: Was kommt hier noch alles hin? [...] Ich empfinde das schon als Nachteil, dass ich nicht weiß, ob ich in zehn Jahren hier noch wohnen kann“.*

Immer wieder hervorgehoben wird die **Vielzahl von Projekten und Initiativen**, die im Brunnenviertel-Brunnenstraße bestehe; genannt werden u.a.: der Verein Brunnenviertel e.V., der viele Projekte selbst durchgeführt habe und seine Räume immer wieder auch für andere zur Verfügung stelle, ein Repair-Café, verschiedene Bildungseinrichtungen, das integrierte Kinder-, Jugend und Nachbarschaftszentrum „Olof-Palme“, das Projekt Kiez-Klima, die Gleim-Oase sowie verschiedene andere gärtnerische und Pflanz-Aktionen. Auch die Kiezläuferinnen und Kiezläufer, die immer wieder auf entstehende Probleme mit Müll und andere Ansätze zur Verwahrlosung hinwiesen, leisteten einen wichtigen Beitrag, damit Probleme rasch erkannt und angegangen werden könnten.

Abbildung 6: Fotos zum Mitmach-Aufruf für das Repair-Café und zur Ausstellung Gleim-Oase



Fotos: Michael Schipperges

Abbildung 7: Kiez-Werkstatt im Olof-Palme-Zentrum



Foto: Michael Schipperges

Abbildung 8: Die Gleim-Oase



Foto: Michael Schipperges

Ein zentrales Thema für die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner ist der Zustand der **Grünanlagen**. Einerseits wird „das viele Grün“ im Brunnenviertel-Brunnenstraße von durchaus geschätzt: „Also in der Großstadt ist das doch ein Privileg“. „Natur ist für mich immer etwas Glückbringendes“. „Und wenn nachts die Füchse über die Straße laufen, dann ist das doch einfach schön“. Andererseits wird ein unkontrolliertes Wuchern der Natur aber als unpassend und als Zeichen von Vernachlässigung angesehen:

Durch eine zu starke Verschattung entstehen Angsträume und ein ungepflegter Gesamteindruck. Dies wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern durchaus auch dahingehend interpretiert, dass sie als weniger wohlhabende Mitbürgerinnen und Mitbürger auch für die Stadtverwaltung weniger wichtig seien. Teilweise werden konkrete Gefahren, die durch mangelnde Grünflächenpflege entstanden sind, angeführt: Dies betrifft insbesondere die für das Viertel zentrale, verkehrsberuhigte Swinemünder Straße: *„Das wurde schon gefährlich; da hingen große tote Äste und alles drin. Jetzt haben sie endlich – zum ersten Mal seit 2003! – die Bäume mal wieder geschnitten“*. Als Erklärung dafür wird angeführt, dass sich die Stadtverwaltung nur für die Baumpflege in Straßen mit Autoverkehr verantwortlich sehe: *„Die haben uns gesagt, Bäume müssen da, wo nur Fußgänger und Radfahrer sind, nicht geschnitten werden!“*. Dabei wird deutlich spürbar, dass die Verkehrsberuhigung für viele Bewohnerinnen und Bewohner als eine in Bezug auf die Umwelt- und Lebensqualität im Quartier zweischneidige Maßnahme empfunden wird. *„Also die Stadt legt Sachen an, um die hier die Orte zu beleben – und hat das hier alles wirklich wunderbar gemacht, auch schön bepflanzt und so – und dann haben sie kein Geld, um das zu pflegen?!“*.

Abbildung 9: „Das viele Grün“ – positiv und negativ



Fotos: Michael Schipperges

Gleichzeitig besteht eine hohe Bereitschaft (einiger) der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, sich selbst für Pflanzen und Grünanlagen einzusetzen. An vielen Stellen finden sich von einzelnen oder Gruppen angebrachte **Pflanzschalen** und kleinere Beete. *„Jeder hat zwei bis drei Schalen und kann darin anpflanzen, was er will: Forsythien, aber auch Schnittlauch, Kresse oder Basilikum. Manche haben sogar Kartoffeln und Tomaten gezüchtet. Wir tauschen die Pflanzen auch untereinander aus“*. Als Motive wird vor allem der Wunsch nach Verschönerung der eigenen nahen Umgebung und die dabei entstehende Kommunikation in der Nachbarschaft angeführt. *„Wir machen das, weil es einfach schön aussieht. Und der Aufwand ist übersehbar“*. *„Die Russlanddeutschen haben da auch mitgemacht – die haben das zuerst sogar aus eigener Tasche bezahlt, mittlerweile kriegen sie Geld vom Quartiersmanagement – und die haben das so zauberhaft gemacht und es ist so schön geworden! Und dann haben die organisiert, dass da Bänke hinkommen, und jetzt sitzt man da abends zusammen; also, da ist schon so eine Gemeinschaft entstanden“*.

Abbildung 10: Von Bewohnerinnen und Bewohnern gepflegte Beete und Pflanzschalen im öffentlichen Stadtraum



Foto: Michael Schipperges

Allerdings entstehen mitunter auch Konflikte. Einerseits scheint der Anbau von Essbarem (seitens der Stadtverwaltung?) nicht erwünscht zu sein; andererseits entsteht bereits Konkurrenz um bepflanzbare Flächen: *„Also ich hatte da Zucchini und Kürbisse drin; und dann kam jemand, der hat noch Bohnen in mein Beet gepflanzt. Also der soll sich doch selber ein Fleckchen suchen!“*. Jedoch wird auch Förderung anerkannt: *„Ich kriege dafür Handschuhe und Werkzeug vom Gartenamt; ich muss da nicht mein eigenes Geld reinstecken – das würde ich auch nie machen. Ich gebe ja schon meine Arbeit“*.

Abbildung 11: Schubkarren – Förderung von Bepflanzungsaktionen durch das Gartenamt



Foto: Michael Schipperges

Ein weiteres Problem aus Bewohnersicht ist die **Bewässerung** sowohl von Pflanzschalen und Beeten als auch von Straßenbäumen, für die einige Bewohnerinnen und Bewohner „Baumpatenschaften“ übernommen haben. Es fehlt an nutzbaren Wasseranschlüssen: früher existierende Pumpen seien abgebaut oder abgestellt worden, Außenanschlüsse von Wohngebäuden werden vermietetseitig nicht freigegeben oder sind nur in großer Entfernung zu den zu bewässernden Stellen vorhanden.

Vielfach erwähnt wird das Projekt **Kiez-Klima**. Durch gemeinsame Quartiersbegehungen wird die Aufmerksamkeit für zahlreiche Einzelheiten im Stadtviertel geschärft. Gleichzeitig wird praktisches Engagement angestoßen. Überdies scheint für manche Bewohnerinnen und Bewohner dadurch die Problematik des Klimawandels überhaupt erst in Bewusstsein zu rücken: *„Also ich denke, dieses Kiez-Klima hat mich da erstmal wachgerüttelt“*. *„Also mir ist dabei bewusst geworden, dass man etwas verändern muss, damit die Stadt trotz der Klimaveränderung lebenswert bleibt und dass es wichtig ist, dass es genügend Oasen gibt und Bäume da sind, und dass das schützenswert ist“*. *„Wir haben uns dann Gedanken gemacht, was können wir tun, um das Kiezklima sozial oder im Sinne von Klima [sic!] zu verbessern, z.B. mehr schattige Plätze schaffen“*. *„Und dann bin ich dadurch also ein bisschen auf dieses Quartiersmanagement aufmerksam geworden und seit einem halben Jahr auch da aktiv dabei“*. *„Es gibt da auch diverse geförderte Aktivitäten, die mit irgendwelchen Zuschüssen auch Arbeitsplätze schaffen. Das ist schon ganz gut so“*.

Ein Dauer-Problem-Thema sind **Müll und Abfälle**. Einerseits gibt es zahlreiche Klagen über unkorrektes und undiszipliniertes Verhalten von Mitbürgerinnen und Mitbürgern – und damit unterschiedliche, jedoch keineswegs einheitliche Schuldzuweisungen: *„Also die Mülltrennung, das kriegt man in die Köpfe [der Türken] nicht rein, die kapieren das einfach nicht“*. *„Das geht ja bis in die höheren Ränge – neulich, da standen vornehme Leute neben der Kirche, und die schmeißen einfach ihre Becher auf die Straße!“*. Gelegentlich wird auch die eigene Gleichgültigkeit eingestanden, die mit unzureichender Recycling-Praxis insgesamt gerechtfertigt wird: *„Wenn ich höre, es wird eh nur ein Drittel des eingesammelten Mülls recycelt, dann frage ich mich: warum soll ich mir da Mühe machen?“*. Andererseits wird auf ein zunehmendes Verpackungsaufkommen im Handel und die steigende Verbreitung von Einweg-Bechern und -Geschirr in der Schnell-Gastronomie festgestellt: *„Also die ganzen Kaffee-to-go-Becher und diese fertigen Espresso-Dinger: das sollte eigentlich gar nicht hergestellt werden ...“*.

In letzter Zeit ist diesbezüglich aber eine interessante Dynamik im Viertel zu beobachten. Offensichtlich angestoßen von der Initiative Einzelner, engagieren sich inzwischen viele Bewohnerinnen und Bewohner für die Sauberkeit kleinerer, abgegrenzter Außenbereiche. *„Und jetzt halten wir sauber, nicht um anderen Leuten am Fell zu flicken, sondern weil wir selber es hier schön haben wollen“*. Die Kiez-Melderinnen und Kiez-Melder tragen ihrerseits dazu bei, auf Missstände hinzuweisen – so dass von den Bewohnerinnen und Bewohner heute mit Genugtuung eine deutlich verbesserte Sauberkeit im Quartier erkannt wird. Doch ergeben sich auch hier Konflikte: Zum einen beklagen sich Anwohnende, wenn auf der Straße eingesammelter Müll im Hausmüll entsorgt wird (dessen Kosten auf die Hausgemeinschaft umgelegt werden); zum anderen sind auch schon Konkurrenzen entstanden, wer nun für welchen Straßenabschnitt als Müllsammlerin oder Müllsammler tätig sein darf.

Verkehrsthemen wurden von den befragten Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern vergleichsweise selten problematisiert. Der Autoverkehr wird als akzeptabel gesehen. Thematisiert wird vor allem das Radfahren. Dabei gelten die Radfahrerinnen und Radfahrer – je nach individueller Sichtweise und Erfahrung – zum einen als gefährdet, zum anderen aber auch als Gefährdende. Vor allem in der Swinemünder Straße, die sich aufgrund der zentralen Lage und der (Auto-)Verkehrsberuhigung zu einem regelrechten Radschnellweg für den zweirädrigen Durchgangsverkehr entwickelt hat, fühlen sich Anwohnende zunehmend von Fahrradfahrerinnen und -fahrern gestört und belästigt. Auch für spielende Kleinkinder wird darin eine Gefahr gesehen.

Über **Lärmbelästigung** klagen ebenfalls nur einige wenige, die an besonders exponierten Stellen wohnen: *„Das liegt wohl an den tiefgezogenen Balkonen gegenüber“* (B3). Andere betonen dagegen die

für eine Innenstadtlage besondere Ruhe im Brunnenviertel-Brunnenstraße. („Hier wird man morgens von der Amsel geweckt“ – B6).

Sport- und Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden als ausreichend vorhanden beschrieben, auch wenn ihr Zustand nicht immer dem entspricht, was sich Bewohnerinnen und Bewohner wünschen. Problematisiert werden dabei gelegentlich die Nutzungszeiten, wie etwa, dass viele Stätten abends nicht mehr zugänglich seien. Kritik wird auch an den Öffnungs- und Betreuungszeiten des lokalen Jugendzentrums (Olaf-Palme-Zentrum) geäußert.

Bemerkenswert ist das Interesse, dass viele der Bewohnerinnen und Bewohner an der **Geschichte** des Brunnenviertels – sowie der umliegenden Quartiere – zu erkennen geben. „Das ist hier eine Ecke, an die man nicht so häufig denkt, aber es gibt hier viele interessante Geschichten“; „die Sanierungsgeschichte hier ist etwas ganz Spezielles“; „das war hier ein altes Arbeiterviertel“; „Geschichte hat mich immer schon interessiert, einfach weil ich neugierig bin und mehr von dem Ort erfahren möchte, an dem ich lebe“. So wurde etwa dem Vorschlag für die Einrichtung einer „Geschichtswerkstatt“ unter verschiedenen, während einer Quartiersratssitzung entwickelten neuen Projektideen eindeutig die höchste Priorität gegeben. Bei diesem speziellen Geschichtsinteresse spielen sicherlich die dramatischen Veränderungen vor Ort seit dem Mauerfall mit hinein; es wird darin aber auch allgemein eine Suche nach Verankerung und (mentaler) Aneignung der eigenen nahen Umwelt erkennbar, die für ein steigendes Verantwortungsgefühl und eine verstärkte Engagementbereitschaft der Bewohnerschaft förderlich sein kann.

2.7 Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort

Das Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße ist wie viele Programmgebiete der Sozialen Stadt durch eine Vielzahl von sozialen, infrastrukturellen, städtebaulichen und lokalökonomischen Herausforderungen geprägt. Hierzu gehören unter anderem auch Ängste der Bewohnerschaft vor Gentrifizierung und Verdrängung, die durch den Zuzug neuer, teils besser gestellter Bevölkerungsgruppen in den seit dem Mauerfall zentral gelegenen Stadtteil ausgelöst sind. Diese Gefahr wird teils auch von den professionellen Akteuren der Programmumsetzung Soziale Stadt so gesehen.

Die Umweltsituation und Umweltverhältnisse stellen sich dagegen sowohl aus Sicht der „professionellen“ Akteure als auch der in die Untersuchung einbezogenen Bewohnerschaft des Brunnenviertels-Brunnenstraße im Quartier vergleichsweise gut dar: viel Grün, wenig Lärm- und Schadstoffemissionen von Hauptverkehrsstraßen, weite Teile des Gebiets verkehrsberuhigt, sehr gute ÖPNV-Anbindung. Beklagt wird jedoch ebenfalls übereinstimmend der vielfach schlechte Pflegezustand von Grün- und Spielflächen. Zudem wird von beiden Akteursgruppen – wohl nicht zuletzt ausgelöst durch das Kiezklima-Projekt – Handlungsbedarf mit Blick auf eine quartiersbezogene Anpassung an den Klimawandel konstatiert.

Herausforderungen im Umweltbereich werden vielmehr bezogen auf das Umweltverhalten benannt. Die professionellen Akteure heben insbesondere folgende Punkte als problematisch hervor:

- ▶ fehlendes Umweltbewusstsein beim Großteil der Quartiersbewohnerschaft,
- ▶ einhergehend mit einer hohen Wertschätzung des Autos – auch als Statussymbol – fehlende Akzeptanz von umweltschonenden Fortbewegungsmitteln (Fahrrad) bei einigen Bevölkerungsgruppen,
- ▶ Vermüllung des öffentlichen Raumes (insbesondere Sperrmüll) und häufig nicht funktionierende Mülltrennung.

Die Sicht der befragten Bewohnerschaft entspricht in Teilen diesen Einschätzungen. Müll und Abfälle werden hier ebenso als Dauer-Problem beschrieben. Auch das Radfahren wird thematisiert. Anders als aus der „Draufsicht“ der professionellen Akteuren wird jedoch nicht auf die mangelnde Akzeptanz des

Fahrrades als umweltschonende Alternative zum Auto abgestellt (der Autoverkehr wird nicht problematisiert), sondern auf die Doppelrolle der Rad-fahrenden – zum einen als Gefährdete im Straßenverkehr, zum anderen als Gefährder selbst.

Die seit Beginn des Programms Soziale Stadt im Umweltbereich und mit Blick auf ein nach-haltiges Konsumverhalten in vielfältiger Weise umgesetzten Projekte und Maßnahmen fokussier(t)en unter anderem auf quartiersbezogene Anpassung an den Klimawandel, Qualifizierung von (Spiel)Plätzen, Anlage von Mieter- und Gemeinschaftsgärten, Reduzierung des Mülls im öffentlichen Raum und bessere Mülltrennung, energetische Sanierung im Gebäudebestand, Umwelt- und Gesundheitsbildung (insbesondere in Kitas und Schulen), energetische Beratung, Floh- und Tauschmärkte, Möbel-Recycling sowie die Einrichtung eines Repair-Cafés, einer KiezWerkstatt und einer Fahrradwerkstatt.

In den Gesprächen mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Gebietes Brunnenviertel-Brunnenstraße wurde deutlich, dass die umgesetzten Projekte und Maßnahmen überwiegend großen Anklang finden. Gleichzeitig besteht eine hohe Bereitschaft (einiger) Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern, sich selbst zu engagieren. Dies findet seinen Ausdruck in einer Reihe bewohnergetragener Initiativen, die von der Bepflanzung von Baumscheiben, Schalen und Beeten über das Sauberhalten kleinerer, abgegrenzter Außenbereiche bis hin zu selbstorganisierten nachbarschaftlichen Netzwerken zur Verbesserung des Quartiers und des Wohnumfeldes reichen. Teils scheitert das Engagement jedoch an vermeintlichen Kleinigkeiten wie beispielsweise fehlende nutzbare Wasseranschlüsse.

Die Vernetzung professioneller und nicht-professioneller Akteure der Quartiersentwicklung – inklusive Quartiersbewohnerschaft – stellt sich für das Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße sehr ausgeprägt dar. So haben sich innerhalb der Bezirksverwaltung Berlin-Mitte sowohl institutionalisierte als auch informelle und anlassbezogene Kooperationsstrukturen verschiedener Amtsbereiche etabliert. Im Quartier ist eine Vielzahl verschiedener Institutionen und Organisationen gut miteinander vernetzt; das lokale Quartiersmanagement leistet hier eine intensive Koordinierungsarbeit. Der Austausch zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene wird überwiegend als gut, aufgrund häufig notwendiger bilateraler Abstimmungen mit einzelnen Fachämtern aber auch als zeitaufwändig eingeschätzt. Insbesondere für Projekte und Maßnahmen zur Klimaanpassung ist die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo als größter Wohnungseigentümer im Quartier ein wichtiger Partner. Umwelt- und Naturschutzverbände spielen bei der Quartiersentwicklung im Brunnenviertel-Brunnenstraße dagegen keine Rolle.

Trotz des vorhandenen Engagements von Teilen der Bewohnerschaft wird von den „professionellen“ Akteuren Empowerment, Aktivierung und Beteiligung als nach wie vor notwendige Basisarbeit im Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße angesehen. Mit Blick auf den Umweltbereich kommen vor allem im Projekt KiezKlima hierfür vielfältige und zielgruppenbezogene Formate erfolgreich zum Einsatz: Bürgersteiggespräche, Klimarundgänge, Workshops, Online-Plattform, Wetterstations- und Trinkpaten. Deutlich wird dabei, dass Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit zum Thema Klimaschutz/Klimawandel und Umweltschutz generell sehr viel Zeit benötigt und es über zeitlich befristete Projekte hinaus kontinuierlich Impulse von außen braucht, um – über einzelne von sich aus engagierte Personen hinaus – das Interesse der Bewohnerschaft an Umwelthemen zu wecken. Auch der/die von professionellen Akteuren für wichtig gehaltene „Kümmer oder Kümmerin“, der/die anwohnergetragene Bepflanzungsaktionen oder Nachbarschaftsgärten im Quartier anstößt, koordiniert und Ansprechperson für die Bewohnerschaft ist, zielt in diese Richtung. An dieser Stelle kann überlegt werden, inwieweit Akteure aus Umwelt- und Naturschutzverbänden – eingebettet in die gut ausgebauten Vernetzungs- und Koordinierungsstrukturen im Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße insbesondere mit Blick auf Verstärkung eine aktive(re) Rolle einnehmen können.

3 Kiel: Stadtteil Gaarden

Grunddaten zu Kommune und Gebiet

Kommune, Bundesland	Landeshauptstadt Kiel, Schleswig-Holstein
Programmgebiet	Ostufer (Gaarden), seit 2001
Einsatz weiterer Programme (der Städtebauförderung)	URBAN I und II (1996 – 2006) Energetische Stadtsanierung
Einwohnerzahl Gesamtstadt	246.269 (Stand: 12/2015)
Einwohnerzahl Programmgebiet (Gaarden)	28.901 (Stand: 12/2015)
Bau-, Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ überwiegend gründerzeitliches Arbeiterquartier ▪ Wohnungsbestand: Vielzahl von Einzeleigentümerinnen und -eigentümern ▪ gute Ausstattung mit Grünflächen (im angrenzenden Nahbereich) ▪ sehr gute Ausstattung mit sozialer Infrastruktur ▪ lokale Wirtschaftsstruktur: v.a. Einzelhandel für den täglichen Bedarf (u.a. ethnische Ökonomie) ▪ von wirtschaftlichem Strukturwandel stark betroffen (→ Werftindustrie)
Sozialstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ tendenzielles Bevölkerungswachstum ▪ überdurchschnittliche Anteile von <ul style="list-style-type: none"> – Menschen mit Migrationshintergrund – Menschen unter 18 Jahren – Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen – (Jugend- bzw. Langzeit-) Arbeitslosigkeit
(themenrelevante) Herausforderungen für die Quartiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „problematisches“ Umweltverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung („wilde“ Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum, unzureichende Mülltrennung) ▪ unzureichendes/riskantes Ernährungs- und Gesundheitsverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung (u.a. Drogen- bzw. Alkoholproblematik; Karies, Übergewicht, Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern) ▪ Erreichbarkeitsbarrieren zwischen Wohngebiet und umgebenden Grünanlagen (Hauptverkehrsstraßen) ▪ Lärm- und Schadstoffemissionen im Bereich von Hauptverkehrsstraßen ▪ (qualitativ) unzureichende Fuß- und Radwegeverbindungen ▪ unattraktive Eingangssituation in den Stadtteil

Kommune, Bundesland	Landeshauptstadt Kiel, Schleswig-Holstein
(themenrelevante) Potenziale der Quartiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ günstige stadträumliche Lage ▪ Flächen mit Qualifizierungspotenzialen (Hinterhofbegrünungen, Urban Gardening etc.) ▪ günstige Mieten ▪ gute Ausstattung mit Kitas, Schulen, Begegnungsorten; umweltpädagogische Angebote in Kitas, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen ▪ (Infra-)Strukturen als Andockpunkte für eine sozialarbeiterische „Bespiegelung“ ▪ Engagement und Mitwirkungsbereitschaft von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern
Kontakt	Yvonne von der Recke Landeshauptstadt Kiel Amt für Wohnen und Grundsicherung Soziale Stadt Neues Rathaus 24103 Kiel Telefon: 0431/901-2338 Fax: 0431/901-62350 E-Mail: yvonne.vonderrecke@kiel.de

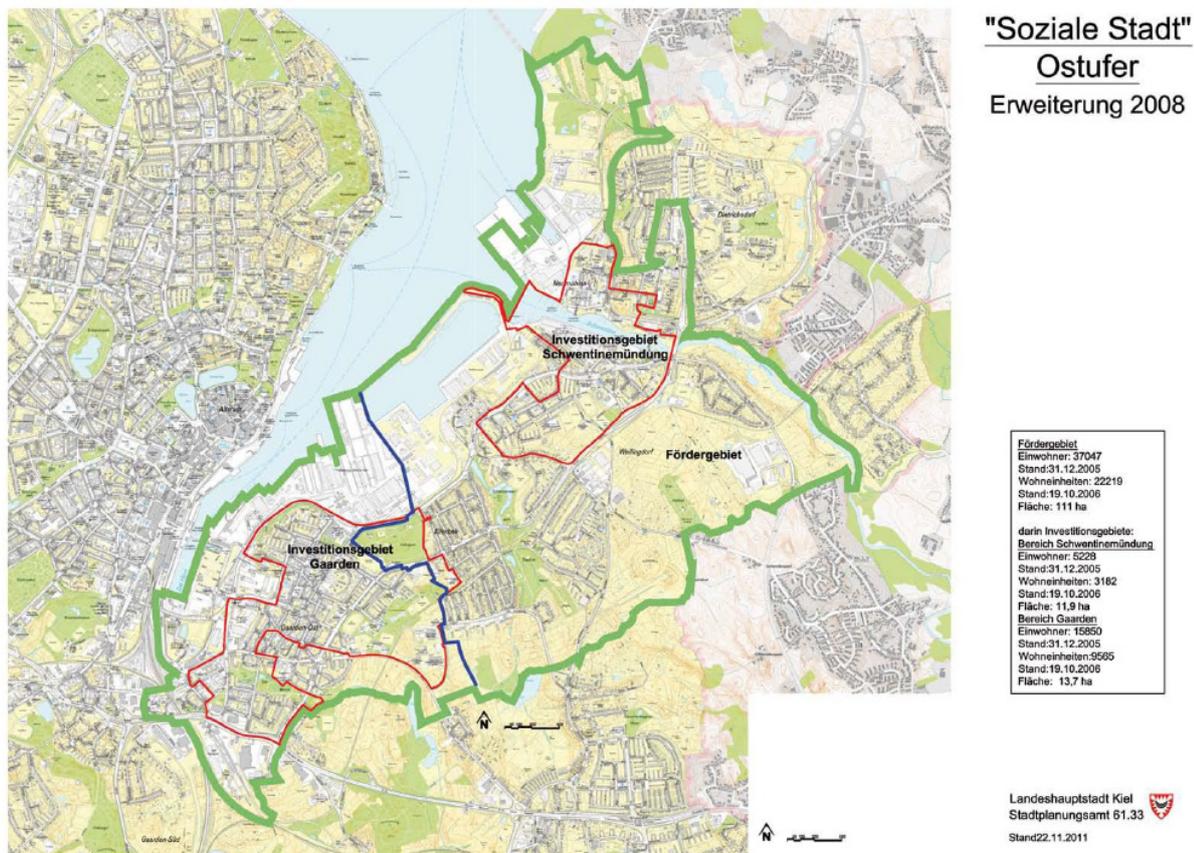
3.1 Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Programmgebiets Gaarden

Das Programmgebiet der Sozialen Stadt „Ostufer“ mit dem Stadtteil Gaarden, liegt – wie der Name schon sagt – am Ostufer der Kieler Förde (vgl. Karte 1). Es erstreckt sich über knapp 13 Quadratkilometer mit insgesamt rund 47.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner (Stand 2013) – einem Fünftel der Einwohnerschaft Kiels (LHK 2014: 22). Ein weiteres Fördergebiet liegt im Stadtteil Neumühlen-Dietrichsdorf.

Das bislang vergleichsweise wenig nachgefragte Ostufer bildet neben dem urbanen Westufer und einem heute teilweise untergenutzten Gewerbe- und Werftareal ebenfalls im Osten der Stadt eines der drei aus der historischen Stadtgenese hervorgegangenen Kieler Großräume (LHK 2014: 91). Ursprünglich ländlich geprägt, wurden die vier Stadtteile des Kieler Ostufers zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingemeindet. An dieser Stelle entstanden Werft- und Marineanlagen sowie Arbeitersiedlungen für die hier Beschäftigten. Nach starken Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg erfolgte ein Wiederaufbau nicht nur der Wohngebiete. Auch der Schiffbau und die Werftindustrie wurden wieder aufgebaut, gerieten jedoch angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels seit Ende des letzten Jahrhunderts zunehmend in die Krise (ebd.: 22).

Das Programmgebiet umfasst den administrativen Sozialraum Gaarden (vgl. Abbildung 5). In der Binnenbetrachtung unterscheidet sich Gaarden in vielerlei Hinsicht von den drei anderen Stadtteilen des Programmgebietes (Sozialraum Ost) – dazu gehören seine in weiten Teilen erhaltene gründerzeitliche Baustruktur, seine Bedeutung als Nebenzentrum und seine vergleichsweise große Einwohnerzahl. Außerdem ist es der am stärksten von wirtschaftlichem Strukturwandel und damit verbundenen Herausforderungen im sozialen Bereich betroffen. Daher liegt der Fokus der Betrachtungen im Rahmen des Forschungsprojektes „Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der ‚Sozialen Stadt‘“ auf Gaarden.

Abbildung 12: Abgrenzung des Programmgebiets Kieler Ostufer (Soziale-Stadt-Fördergebiet: grün; Investitionsgebiete: rot; Sozialräume Gaarden und Ost: geteilt durch blaue Grenze; Stand 2013)



Quelle: LHK 2014: 13.

Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, Umweltsituation

Kiel-Gaarden ist ein klassischer Arbeiterstadtteil mit einer gewachsenen Struktur. Seine Bausubstanz wird dominiert durch eine gründerzeitliche Blockrandbebauung mit fünf- bis sechsgeschossigen Mehrfamilienhäusern sowie Zeilenbauten des Wiederaufbaus aus den 1950er- und 1960er-Jahren. Fast alle Wohngebäude sind Mehrfamilienhäuser mit überwiegend kleinen Wohnungen (durchschnittlich rund 50 Quadratmeter; Gesamtstadt: ca. 65 Quadratmeter). Dies korrespondiert mit der hohen Anzahl von Einpersonenhaushalten im Stadtteil (gut 64 Prozent gegenüber knapp 57 im gesamtstädtischen Durchschnitt (vgl. LHK 2016: 21f.)). Ein weiterer Zusammenhang besteht zwischen hoher Bebauungs- und vergleichsweise großer Bevölkerungsdichte: Mit gut 4.700 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern pro Quadratkilometer ist sie annähernd doppelt so hoch wie im Sozialraum Ost (rund 2.460 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern pro Quadratkilometer).

Mit Blick auf die lokalwirtschaftlichen Strukturen hält die Stadt fest, dass Gaarden „eines der größten und wichtigsten Nebeneinkaufszentren in Kiel“ ist (LHK 2014: 70). Der Großteil der hier ansässigen Unternehmen ist dem Einzelhandel zuzuordnen. Bestand dieser in früheren Zeiten zu einem erheblichen Teil aus inhabergeführten Fachgeschäften, beschränkt sich das Angebot im Zuge des Strukturwandels bzw. aufgrund des Weggangs solcher „Traditionsunternehmen“ heute eher auf Unternehmen zur Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs im Niedrigpreissegment, vielfach im Bereich der ethnischen Ökonomie. Ergänzt werden diese Angebote durch Wettbüros, Spielhallen und ähnliche Einrichtungen (ebd.).

Demografische und Sozialstruktur

Kiel wächst – seit dem Jahr 2005 nahm die Einwohnerzahl vor allem wanderungsbedingt um knapp 7 Prozent zu und beläuft sich heute auf gut 246.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner, dem höchsten Stand seit 1983 (LHK 2016: 10ff.).

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund nimmt im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bevölkerungswachstum ebenfalls zu. Ende des Jahres 2015 betrug er in der Gesamtstadt 22,5 Prozent, in Gaarden sind es überdurchschnittliche 50,3 Prozent, womit dieser Stadtteil den höchsten Zuwandereranteil Kiels aufweist (LHK 2016: 15). Diese Relationen bilden sich besonders stark bei den Anteilen von Kindern mit Migrationshintergrund im Alter von 0 bis unter 15 Jahren ab: In Gaarden lag ihr Anteil in 2012 bei 64,5 Prozent (Kiel: 33 Prozent)(LHK 2014: 25). Neue Integrationsherausforderungen ergeben sich vor allem durch den Zuzug von Roma-Familien sowie (seit 2015) von Geflüchteten nach Gaarden.

Insgesamt weist Gaarden mit 7 Prozent überdurchschnittliche Anteile von Kindern zwischen 0 und unter 7 Jahren (Kiel: 5,7 Prozent) sowie von Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren auf. Der Anteil von Menschen über 65 Jahre an der Stadtteilbevölkerung Gaardens ist dagegen unterdurchschnittlich (12,4 Prozent gegenüber 18,5 Prozent in Kiel)(LHK 2014: 26).

Der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der Gaardener Wohnbevölkerung liegt mit knapp 36 Prozent deutlich unter dem gesamtstädtischen Mittel. Gleichzeitig bzw. damit zusammenhängend ist in Gaarden die Arbeitslosigkeit stadtweit am höchsten: Sie stieg hier bis Ende 2015 auf einen Wert von knapp 19,4 Prozent (Kiel: 7,8 Prozent). Auch die Jugendarbeitslosigkeit weist in Gaarden den höchsten gesamtstädtischen Wert – 8,4 Prozent – auf (Kiel: 3,6 Prozent)(LHK 2016: 25ff.).

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II erhalten in Gaarden knapp 42 Prozent der 0- bis unter 65-Jährigen (Kiel: gut 20 Prozent). Ebenfalls auffällig ist der Anteil von Menschen über 65 Jahre, die in Gaarden von Altersarmut betroffen sind: Er liegt bei gut 25 Prozent im Gegensatz zu gut 6 Prozent in der Gesamtstadt. Auch mit Blick auf Kinderarmut führt Gaarden die Negativliste an: Die entsprechende Quote liegt hier bei 65 Prozent (2015) im Vergleich zu gesamtstädtischen gut 30 Prozent (LHK 2016: 29ff.).

Soziale Infrastruktur

Die Versorgungsquote bei Betreuungsplätzen für Kinder bis zu 3 Jahren liegt in Gaarden bei lediglich 20 Prozent (Kiel: 36 Prozent; Stand 2012)(LHK 2014: 33). Dies führt die Stadt jedoch nicht auf strukturelle Gründe zurück, sondern vielmehr auf eine vergleichsweise geringe Nachfrage: „Dass die Quote (...) für unter 3-Jährige in Gaarden (...) nicht höher (...) [ausfällt], liegt wahrscheinlich an der fehlenden Bereitschaft der Eltern, solche Angebote für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen. Dies hängt auch mit dem Anteil der Migrantenfamilien zusammen, die häufig im U3-Bereich sehr zurückhaltend gegenüber öffentlicher Erziehung sind“ (LHK 2014: 34). Ein ähnliches Bild zeigt die Versorgungsquote bei der Betreuung von 3- bis unter 6,5-Jährigen: Sie liegt in Gaarden bei 89 Prozent (2012), im gesamtstädtischen Durchschnitt bei 98 Prozent (LHK 2014: 34).

Mit Blick auf die Schulbildung zeigen die Daten für Gaarden ebenfalls größere Benachteiligungen als in der Gesamtstadt – so ist beispielsweise die Übergangsquote auf weiterführenden Schulen geringer als im Kieler Durchschnitt: In Gaarden wechselt nur rund ein Viertel der Schulkinder nach der vierten Klasse auf das Gymnasium (Kiel: 46 Prozent).

Einblicke in die Gesundheitssituation insbesondere von Kindern bieten die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen: Danach wurden bei knapp 41 Prozent der untersuchten Gaardener Schulkinder Verhaltensauffälligkeiten festgestellt (Kiel: rund 25 Prozent)(LHK 2014: 35). Übergewicht weisen gut 12 Prozent der untersuchten Schülerinnen und Schüler auf (Kiel: rund 10 Prozent); außerdem wurde

bei Kindern aus Gaarden der stadtweit vergleichsweise schlechteste Zahnstatus festgestellt: Hier verfügen lediglich gut 30 Prozent der untersuchten Kinder über naturgesunde Zähne (LHK 2016: 43).

Insgesamt zeigt sich also: Das altindustrialisierte Gaarden weist im Vergleich zu anderen Stadtteilen Kiels neben Herausforderungen im städtebaulichen, wohnungs- und wohnumfeldbezogenen Bereich starke Defizite vor allem mit Blick auf die sozioökonomische und gesundheitsbezogene Situation auf. Dazu heißt es im Integrierten Entwicklungskonzept: „Es gibt eine zunehmende Einkommensungleichheit in Kiel, die oft auch begleitet wird von weiteren (individuellen) Benachteiligungen, wie z.B. in der Bildung, in der persönlichen Gesundheitsversorgung, in der Wohnungsart und Wohnlage oder in den persönlichen und beruflichen Verwirklichungschancen“, was für den Stadtteil Gaarden in besonderem Maße zutrefte (LHK 2014: 40).

3.2 Herausforderungen für die Quartiersentwicklung und Potenziale/Stärken des Stadtteils (aus „institutioneller“ Perspektive)

Herausforderungen

Die vielfältigen sozial-räumlichen Benachteiligungen von Kiel-Gaarden im städtebaulichen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Bereich können wie folgt zusammengefasst werden (vgl. LHK 2014: 51ff.; 75ff.; 91 sowie Interviewergebnisse aus Gesprächen mit professionellen Vertreterinnen und Vertretern der Meso-Ebene):

Städtebau und Wohnen

- ▶ hohe bauliche Dichte,
- ▶ Vielzahl privater Einzeleigentümerinnen und Eigentümer von Wohngebäuden und damit verbundene Schwierigkeiten konzertierter Maßnahmen (z.B. Begrünung),
- ▶ Desinvestition, Modernisierungstau,
- ▶ unterdurchschnittliche Wohnungsgrößen, Fehlen größerer Wohnungen,
- ▶ zunehmender Bedarf an familien- und altersgerechten Wohnungen,
- ▶ geringer kommunaler Wohnungsbestand,
- ▶ Mangel an (potenziellen) Wohnbauflächen in Gaarden.

Umwelt und Wohnumfeld

- ▶ Lärm- und Schadstoffemissionen von Hauptverkehrsstraßen, die den Stadtteil Gaarden durchschneiden (B 502, Werftstraße etc.),
- ▶ unzureichende Wegeverbindungen zwischen Gaarden und Innenstadt,
- ▶ unattraktive Eingangssituationen in den Stadtteil,
- ▶ Unterausstattung mit Grün- und Frei(zeit)flächen im Kern Gaardens; Grünflächen liegen wie ein „U“ um Gaarden herum, getrennt durch stark befahrene Verkehrsachsen (West- und Ostring mit Barrierewirkung); unzureichende Vernetzung der Grünflächen,
- ▶ teilweise fehlende oder qualitativ mangelhafte Fuß- und Radwege; Mangel an durchgängigen (barrierefreien) Fuß- und Radwegeachsen; Kopfsteinpflaster in weiten Teilen Gaardens erschwert Fahrradnutzung;
- ▶ starke Verkehrsbelastung durch West- und Ostring,
- ▶ enge Straßenquerschnitte erschweren Anlage/Ausweitung attraktiver Fahrradwege und von Begrünungen.

Lokalökonomie

- ▶ geringe Ausbildungsmöglichkeiten aufgrund kleinteiliger lokaler Wirtschaftsstrukturen,

- ▶ Mangel an Expansionsflächen für lokale Betriebe,
- ▶ Gewerbeleerstand,
- ▶ wenig diversifiziertes Einzelhandelsangebot,
- ▶ geringes gastronomisches Angebot,
- ▶ Schwierigkeiten, neue Unternehmen anzusiedeln,

Soziales und Zusammenleben

- ▶ vielfältige Herausforderungen im sozialen/sozialstrukturellen/gesundheitlichen Bereich,
- ▶ Zurückbleiben/Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen,
- ▶ überproportional großer Anteil allein stehender Männer im erwerbsfähigen Alter an der Quartiersbevölkerung,
- ▶ vergleichsweise starke Fluktuation; Gaarden als „Durchgangsort“ für viele (temporäre) Bewohnerinnen und Bewohner, Fortzug von Haushalten in der Familiengründungsphase aufgrund mangelnden Angebotes größerer, familiengerechter Wohnungen,
- ▶ zunehmende Integrationserfordernisse,
- ▶ überdurchschnittliche Kriminalität,
- ▶ subjektives Unsicherheitsgefühl, Existenz von „Angsträumen“,
- ▶ Negativimage/Stigmatisierung; Negativberichterstattung in überregionalen Medien.

Darüber hinaus schilderten professionelle Akteure der Meso-Ebene im Interview Herausforderungen, die weniger im strukturellen „Verhältnis“-Bereich als vielmehr im Kontext von (individuellem) Verhalten angesiedelt sind.

So sei in Kiel-Gaarden der Umgang mit **Müll und Sperrmüll** „ein ganz großes Thema“ – nicht nur als Folge von Fluktuation und hoher Belegungsdichte im Stadtteil. Einige Bevölkerungsgruppen hielten sich nicht daran, dass Sperrmüll nach Voranmeldung zweimal jährlich (umsonst) abgeholt wird. „Das funktioniert in Gaarden gar nicht“, und entsprechend finde sich Sperrmüll auf der Straße – wenngleich mit dem Positvaspekt, dass viele Gegenstände von anderen mitgenommen und weitergenutzt würden. Generell fehle jedoch soziale Kontrolle, teilweise werde auch in Unkenntnis gehandelt, und zum Teil hätten die Leute „andere Probleme oder denken: ‚Ist ja Gaarden, wir dürfen das hier‘“. Insgesamt werde vor Ort also mehr Müll im öffentlichen Raum und auch in Hinterhöfen entsorgt als in anderen Stadtteilen. „Wir haben Hinterhöfe gesehen, die so vermüllt waren, dass wir das Ordnungsamt da reingeschickt haben. Ich war vorgestern im Straßenraum unterwegs – so viel Sperrmüll habe ich noch nie gesehen“, schilderte ein Gesprächspartner seine Erfahrungen. „Das Problem ist älter, und man hat sich immer schon in Arbeitskreisen darum bemüht, aber nie eine richtige Lösung gefunden“, wurde dazu ebenfalls im Interview konstatiert und zudem die Befürchtung geäußert, dass sich die Problematik gegebenenfalls noch verschärfen könnte, da Gaarden in Kiel der Nukleus für die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten sei: „Aus der Heimat bringen die Menschen das mit, was sie da gewohnt sind“. Dies treffe auch auf die Bevölkerungsgruppe der Roma in Gaarden zu, die „ein ganz anderes kulturelles Verständnis hat, was das betrifft. Die haben das gar nicht anders gelernt ...“, lautete eine Beobachtung. Für diese, aber auch andere Gruppen in Gaarden treffe außerdem die Aussage zu: „Das mit der Mülltrennung funktioniert mal hier, mal da, aber meistens auch nicht“.

Ein weiteres „ganz großes“ Thema in Gaarden sei das **Ernährungsverhalten** einiger Bevölkerungsgruppen – insbesondere ihrer Kinder –, was sich auch in den statistischen Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen zeige (Übergewicht und Karies etc.). Im migrantischen Bereich falle hier z.B. der vergleichsweise hohe Konsum von Weißmehl und Zucker auf, teilweise aus kulturellen Gründen, teilweise aus Unwissenheit.

Mit Blick auf weitere Konsummuster wurden eine verbreitete **Drogenproblematik** (verbunden mit Beschaffungskriminalität) und eine „sehr vielfältige **Trinkerlandschaft**“ in Gaarden problematisiert,

die aus anderen Bereichen Kiels vertrieben worden seien. In Gaarden konzentrierten sich die Infrastrukturen für die „Szene“ aus Alkohol- und Drogenabhängigen: „Es gibt drei Spritzenautomaten in Kiel, und zwei davon sind in Gaarden. Hier sind natürlich bis auf eine Ausnahme auch die Ausgabestellen für Methadon“, schilderte ein Interviewpartner die Situation. Dafür gebe es in Kiel zwar generell einen Bedarf, allerdings stelle sich die Frage, warum solche Einrichtungen nicht auch in anderen Stadtteilen angesiedelt werden. Durch die Konzentration dieser Infrastrukturen werde die Szene nach Gaarden gezogen. Auch sei der Stadtteil „gut bestückt mit ‚Anlaufstellen‘“ für Alkoholikerinnen und Alkoholiker.

Schließlich wiesen mehrere Interviewpartnerinnen und -partner im Zusammenhang mit **Mobilitätsverhalten** i.w.S. in Gaarden auf die Bedeutung des eigenen, zum Teil hochwertigen Automobils als Statussymbol vor allem in Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund hin, resultierend in einer gewissen „Autofixiertheit“ bzw. der intensiven Nutzung des eigenen Wagens nach dem Motto: „Ich habe einen guten Wagen – den möchte ich auch zeigen!“. Gleichzeitig falle es Angehörigen beispielsweise der türkischen Community schwer, auf umweltschonendere und „gesündere“ Fortbewegungsmittel umzusteigen: „Ich glaube, es ist für eine bestimmte Gruppe einfach uncool, sich [so] zu bewegen. Warum fahren Türken z.B. kein Fahrrad? Das passt einfach nicht (...), die fahren einfach kulturbedingt kein Fahrrad“. Auch unabhängig von ethnisch-kulturellen Hintergründen gebe es in Gaarden zudem „Familienkarrieren, in denen niemals Sport vorgelebt wurde – klassisch: Morgens Fernseher an ...“ Zusätzlich zeige sich hier das Problem der Barrierewirkungen von Hauptverkehrsstraßen zwischen Wohngebieten und Grünanlagen, die Eltern davon abhielten, insbesondere kleinere Kinder alleine zum Spielen ins Grün gehen zu lassen. „Das heißt, da müssen die Eltern mit, und wenn die das nicht tun, bleiben die Kinder zu Hause hängen“, konstatierte ein Gesprächspartner im Interview.

Demgegenüber zeichnet sich die Gaardener Bevölkerung durch ein **positives Konsumverhalten mit Blick auf Energieverbrauch** aus: „Wir haben interessanterweise festgestellt, dass die Leute vergleichsweise respektvoll mit der Energie umgehen. Wir haben nicht das typische Verhalten: ‚Du kriegst den Strom und die Energie von der Stadt bezahlt, also kannst du das Fenster aufmachen‘,“. Im Gegenteil habe das Energiesparverhalten sogar leicht über dem Kieler Durchschnitt gelegen, wurde in verschiedenen Gesprächen erläutert. „Dass Leute Energie verpulvern, nur weil sie Versorgungsempfänger sind, ist [also] scheinbar nicht gegeben“.

Potenziale/Stärken des Stadtteils

Neben den genannten Herausforderungen weisen Gebietsstruktur und Einwohnerschaft von Gaarden auch eine Reihe von (Entwicklungs-)Potenzialen auf (vgl. LHK 2014: 63ff.):

- ▶ Innenstadtnähe, fußläufige Entfernung vom Zentrum Gaardens zum Kieler Hauptbahnhof: „Gaarden, das etwas abgeschottete Dorf, aber mitten im Leben ...“ (aus einem Interview),
- ▶ kompakte Siedlungsstruktur ermöglicht Fußläufigkeit auch für Erledigungen innerhalb Gaardens,
- ▶ urbaner, nutzungsgemischter Wohnstandort,
- ▶ große Anteile gründerzeitlicher Wohnbebauung,
- ▶ Gaarden als potenzieller studentischer Wohnstandort (Wohnungsdruck in anderen Kieler Stadtteilen),
- ▶ gute, schnell erreichbare Grün- und Frei(zeit)flächenausstattung rund um das Gaardener Zentrum: Volkspark, Sport- und Begegnungspark Kieler Ostufer, Grünzug Zum Brook, Ida-Hinz-Park, Schwarzlandwiese sowie Kleingartengebiete und Seen am Rand von Gaarden,
- ▶ (neu) gestalteter öffentlicher Raum inklusive (Fuß-)Wegenetz,
- ▶ Standorte der größten Werft in Deutschland sowie der Technischen Fakultät der CAU Kiel, Standortkonzentration von Medien- und IuK-Unternehmen,
- ▶ ethnische Ökonomie, diversifiziertes Nahversorgungsangebot,

- ▶ viele Akteure, die sich engagieren; aktive Vereinslandschaft (u.a. Förderverein Gaarden e.V., Stadtteilkonferenz Gaarden, IG Sportpark, Gaardener Runde),
- ▶ dichtes Netz sozialer Angebote,
- ▶ Kreativ- und Künstlerszene, diverse Kulturangebote.

Abbildung 13: Impressionen aus Kiel-Gaarden



Fotos: Thomas Franke

3.3 Programmumsetzung Soziale Stadt in Kiel-Gaarden

Um den Stadtteil weiterzuentwickeln bzw. Benachteiligungen abzumildern und Potenziale zu nutzen, werden in Gaarden seit 1996 Programme zur integrierten Quartiersentwicklung umgesetzt.

Meilensteine der Programmumsetzung (vgl. LHK 2014: 3ff.)

- ▶ 1996: Aufnahme der auf dem Kieler Ostufer gelegenen Stadtteile Wellingdorf, Ellerbek, Gaarden-Ost sowie Teile von Gaarden-Süd und Neumühlen-Dietrichsdorf in die EU-Gemeinschaftsinitiativen URBAN I sowie
- ▶ 2000 in URBAN II.
- ▶ 2001: Aufnahme des Stadtteils Gaarden in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Gebietsfestlegung mit Ratsbeschluss vom 27.04.2000).
- ▶ 2000/2001: Städtebauliches Entwicklungskonzept mit Beteiligungsverfahren im Zuge der Antragstellungen auf Programmaufnahmen URBAN II und Soziale Stadt; seitdem Fortschreibungen des Maßnahmenkataloges des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes.
- ▶ 2004: Ausweitung der Programmkulisse Soziale Stadt auf das URBAN II-Gebiet (Stadtteile Gaarden, Ellerbek, Wellingdorf und Neumühlen-Dietrichsdorf), um Förderungen aus beiden

Programmen gleichzeitig zu ermöglichen (Mittelbündelung); URBAN-Gebiet als „Mantelgebiet“ für die Umsetzung der Sozialen Stadt; Festlegung von Gaarden und dem Schwentinemündungsbereich als Schwerpunkte für investive Maßnahmen (der Sozialen Stadt).

- ▶ 2008: Beauftragung der Verwaltung durch den Rat, „für Sozialräume, die im gesamtstädtischen Vergleich Entwicklungsbedarf und -potential aufweisen, eine fachübergreifende Konzeption vorzulegen. Es soll untersucht werden, wie die Ressourcen dieser Stadtteile besser genutzt und Nachteile ausgeglichen werden können“ (LHK 2014: 10): integrierte Sozialraumplanung als Verknüpfung von Sozialplanung, Stadtentwicklungs- und Stadtplanung, „um so gemeinsam Strategien gegen soziale Ungleichheit und räumliche Polarisierung zu entwickeln“ (ebd.).
- ▶ Fördergebietsneuzuschnitt 2015.

Integriertes Entwicklungskonzept

Die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ basiert auf dem Integrierten Entwicklungskonzept Kieler Ostufer 2014 – 2018. Es besteht im Wesentlichen aus einer Bestandsaufnahme von Maßnahmen und Projekte, die bisher im Rahmen der Programme „URBAN I/II“ und „Soziale Stadt“ im Programmgebiet durchgeführt wurden, inklusive ihrer Erfolgsbewertung. Der Hauptteil umfasst die Darstellung von Zielen und noch zu realisierenden Maßnahmen in den acht Handlungsfeldern Städtebau und Infrastruktur, Wirtschaft und Beschäftigung, Wohnen, Wohnumfeld und Sicherheit, Stadtteilbelebung und Stadtteilkultur, Image und Identifikation, Soziale Integration und Gesundheit, Bildung und Fortbildung sowie Bürgerbeteiligung (LHK 2014: 12).

In dem Bilanzierungsteil wird aus der Perspektive der Stadt Kiel u.a. festgehalten, dass im Zuge der bisherigen Programmumsetzung in Gaarden und im Sozialraum Ost seit 1996 bereits einige städtebauliche und sozialorientierte Schwierigkeiten abgemildert bzw. Probleme behoben werden konnten. Positive Veränderungen werden vor allem für folgende Bereiche festgestellt (LHK 2014: 43):

- ▶ Aufwertung des Wohnumfeldes,
- ▶ Ausbau der soziokulturellen Infrastruktur und Aufwertung der Stadtteilzentren,
- ▶ Zusammenleben und Integration im Stadtteil,
- ▶ Beteiligung, Eigeninitiative und Qualifizierung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie
- ▶ Stärkung von Vernetzungs- und Handlungsstrukturen.

Speziell für Gaarden werden vor allem die Errichtung, Umgestaltung und Attraktivitätssteigerung mehrerer Parkanlagen, Grünflächen und Plätzen als städtebauliche Entwicklungserfolge konstatiert (Sport- und Begegnungspark Kieler Ostufer, Ida-Hinz-Park, Brook, Schwarzlandwiese, Volkspark, Jugendpark, Vinetaplatz, mehrere Kinderspielflächen; vgl. LHK 2014: 45f.).

Zu den noch ausstehenden städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen gehört vor allem die Neugestaltung der Umgebung eines Parkhauses in Gaarden (Abbau von Barrieren, Verbesserung der Wegeverbindung zum zentralen Vinetaplatz und zum Übergang in die Kieler Innenstadt [Gaardener Brücke], insgesamt Standortbelebung des Parkhausumfeldes sowie Verbesserung der Aufenthaltsqualität in diesem Bereich (Qualifizierung eines ehemaligen „Angstraumes“)(LHK 2014: 46). Ebenfalls bedeutsam sind die Aufwertung der städtebaulichen Eingangsbereiche nach Gaarden (u.a. Anbindung der Gaardener Brücke an die Innenstadt) sowie die Entwicklung des wassernahen Bereichs zwischen Innenstadt und Gaarden (Hörn; ebd.).

Die bereits erfolgten städtebaulichen Maßnahmen haben neben der allgemeinen Quartiersaufwertung auch einen gewissen sozialen Stabilisierungseffekt – ihre Erfolge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt eine „soziale Aufwärtsentwicklung über den Förderzeitraum nicht erfolgt ist“, wie die Stadt Kiel feststellt (LHK 2014: 46): „Der hohe Grad an sozialer Benachteiligung in Gaarden und das negative Image ist für viele Entwicklungen (...) weiterhin ein großes Hindernis“ – u.a.

handeln private Investoren im Immobilien- und Wirtschaftsbereich am Standort Gaarden nur sehr zögerlich (LHK 2014: 46).

Dennoch lassen sich im Einzelnen auch im sozial-integrativen Bereich positive Entwicklungen wahrnehmen: „Vielfältige Netzwerke und Arbeitskreise (...) haben sich seit Beginn der Förderung entwickelt und bereits existierende wurden unterstützt“, u.a. der Förderverein Gaarden e.V. als „lokaler Zusammenschluss der Wohnungswirtschaft, des Einzelhandels und von Privatpersonen zur Förderung lokaler Projekte und Aktionen im Stadtteil (z.B. Träger des Modellvorhabens der Sozialen Stadt ‚Stadtteilfonds Gaarden‘, Projekt Kulturpate Gaarden, Auslober des Integrationspreises ‚Buntes Gaarden‘)“ (LHK 2014: 47).

Im Integrierten Entwicklungskonzept sind die anvisierten Entwicklungsziele systematischer und detaillierter beschrieben. Nachfolgende Darstellung enthält solche Ziele, Maßnahmen und Projekte, die (potenziell) einen Bezug zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und damit zum Kernthema der vorliegenden Untersuchung aufweisen.

Entwicklungsziele, Maßnahmen und Projekte im Kontext von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit

Entwicklungsziele

Im Integrierten Entwicklungskonzept Soziale Stadt und auch im Zusammenhang mit der energetischen Stadtsanierung Zentrales Gaarden werden Ziele und geplante Maßnahmen formuliert, die sich den Themenbereichen „Reduzierung sozialer Benachteiligung“, „Reduzierung von Umweltbelastungen“, „Klimaanpassung“, „Zugang zu Umweltressourcen“, „Empowerment, Bildung von Sozialkapital“ sowie „Aktivierung und Beteiligung“ zuordnen lassen (vgl. LHK 2014: 52.ff.; complan 2013: 7ff.):

Reduzierung sozialer Benachteiligung

- ▶ Förderung der sozialen Durchmischung: Ankauf von Immobilien und Belegungsrechten, Stärkung Gaardens als Wohnstandort für Studierende, Diversifizierung des Wohnungsbestandes u.a. durch neue Wohnungsbauprojekte;
- ▶ Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch Stärkung der lokalen Wirtschaftsstruktur, Sicherung der Nahversorgung durch Stärkung des lokalen Einzelhandels u.a. mit Mikrokrediten und Unterstützungsleistungen des Wirtschaftsbüros Gaarden;
- ▶ Förderung des Handwerks, der Kreativwirtschaft vor Ort und der lokalen ethnischen Ökonomie;
- ▶ Förderung der sozialen Ökonomie in Kooperation mit dem Jobcenter (Entwicklung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten etc.);
- ▶ Verbesserung der Sicherheit im Stadtteil Gaarden u.a. durch die Präsenz von Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort.

Reduzierung von Umweltbelastungen, Klimaanpassung

- ▶ Angepasste energetische Stadtteilsanierung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Bestandsmieterinnen und -mieter in Gaarden.
- ▶ Entlastung von Hauptverkehrsstraßen und damit Verringerung von Lärm- und Schadstoffemissionen;
- ▶ Straßensanierung im Wohngebiet, u.a. mit den Zielen Verkehrslärmreduzierung und Erhöhung der Fußgängersicherheit (Einrichtung von Straßenquerungen, Veränderung von Straßenbelägen [Kopfsteinpflaster] etc.)
- ▶ Verbesserung der Bus- und Fährverbindungen zwischen Innenstadt und Kieler Ostufer/Gaarden; Überlegungen zur Einrichtung/Reaktivierung einer Schienenverbindung zwischen Kieler Ostufer und Innenstadt;

Zugang zu Umweltressourcen

- ▶ Öffnung Gaardens zum Wasser: Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen Gaarden und Uferzonen; Einrichtung eines zusammenhängenden Förderundwanderweges entlang des Ostufers; Schaffung von Bewegungsräumen u.a. für den Lauf-, Roll- und Radsport; Einrichtung von Blickachsen und Aussichtspunkten zum Wasser;
- ▶ Weiterentwicklung von Grünflächen- bzw. Grünzugvernetzungen, die sich um das Siedlungsgebiet Gaardens ziehen („grünes C“); bessere Ausstattung mit attraktiven, sicheren und spielbaren Grün- und Freizeitflächen;
- ▶ weiterer Ausbau des im Jahr 2010 eröffneten „Sport- und Begegnungsparks“ Gaarden;
- ▶ Verbesserung/Einrichtung eines qualitätsvollen, durchgängigen, barrierefreien Fuß- und Radwegenetzes.

Empowerment, Bildung von Sozialkapital

- ▶ Öffnung von Bildungseinrichtungen in den Stadtteil; Vernetzung der lokalen Bildungseinrichtungen sowie ihrer Angebote; Kooperationsvorhaben „Gaarden Campus“ zwischen den Schulen und dem Sport- und Begegnungspark Gaarden;
- ▶ Unterstützung von Schülerinnen und Schülern (mit Migrationshintergrund), Verbesserung von Ausbildungschancen, Berufsorientierung, Elternbildung;
- ▶ Verbesserung der Sauberkeit im öffentlichen Raum;
- ▶ Heranführung an eine stärkere Fahrradnutzung;
- ▶ Stärkung/Ausweitung von Urban Gardening;
- ▶ Beratung und seelsorgerische Betreuung;
- ▶ sozialpädagogische Betreuung für Menschen mit Alkohol- und Drogenproblemen.

Aktivierung und Beteiligung

- ▶ kontinuierlicher Austausch, z.B. in der Gremien- und Netzwerkarbeit;
- ▶ gezielte Bevölkerungsbeteiligung;
- ▶ stärkere Einbeziehung schwer erreichbarer Zielgruppen über Multiplikatoren.

Maßnahmen und Projekte

(Städte-)Bau, Wohnumfeldverbesserung, Qualifizierung des öffentlichen Raumes, energetische Sanierung im Gebäudebestand

Zentral ist hier die umfassende Maßnahme „Energetische Stadtteilsanierung Zentrales Gaarden“, mit der in Kiel ein erstes Klimaschutzquartier geschaffen wurde: Entwicklung von Ansätzen zur Erhöhung der gebäude- und quartiersbezogenen Energieeffizienz, die nicht nur wirksamer und praxistauglich sind, sondern auch der wirtschaftlichen Situation von Mieterinnen und Mietern entsprechen (Ausweitung der Fernwärmeversorgung, angepasste energetische Gebäudesanierung); Ziel: Verknüpfung der sozialen und wirtschaftlichen Stärkung des Quartiers;

Daneben wurde ein Stadtteil-Kiosk aus den 1950er-Jahren energetisch saniert und steht heute u.a. als Anlaufpunkt sowie als Beratungsstelle für Klimainteressierte zur Verfügung.

Anlage und Entwicklung von Grün-, Frei- und Spielflächen, Vernetzung von Grünzügen, Renaturierung

Schlüsselprojekt in diesem Bereich ist der im Jahr 2010 eingeweihte „Sport- und Begegnungspark“, der zudem eine Sonderstellung in der Maßnahmen- und Projektlandschaft Gaardens einnimmt. Bis zum Jahr 2008 war das Areal des heutigen Parks, bestehend u.a. aus verschiedenen Sportanlagen und einem Schwimmbad, nie als Gesamtheit überplant bzw. aufeinander abgestimmt worden. Außerdem zeigte es verschiedene Defizite wie mangelnde Beleuchtung, unübersichtliche Wege und unklare We-

gebeziehungen oder eine Verinselung einzelner abgesperrter, abgeäunter Bereiche. Insgesamt hatte sich ein „Eindruck der Verwahrlosung“ eingestellt, und das Areal wurde – insbesondere im Winter und mit Blick auf Kinder – von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern Gaardens als „Angstraum“ wahrgenommen. Zwischen 2008 und 2010 wurden umfangreiche Sanierungs- und Umgestaltungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt: u.a. wurden eine neue Wegestruktur angelegt, ein Fußballplatz mit Naturrasen sowie ein Skatepark eingerichtet, senioren- bzw. generationsübergreifende Spielgeräte installiert sowie verschiedene soziale Infrastrukturen integriert (Jugendtreff, Servicestation mit Info, WC und Spielzeugausleihe, Fahrradwerkstatt mit Reparatur und Verleih von Fahrrädern etc.).

Außerdem wurden und werden folgende grünbezogene Maßnahmen und Projekte in Gaarden durchgeführt; dazu gehören:

- ▶ Umgestaltung und Qualifizierung der beiden Parkanlagen „Werftpark“ und „Ida-Hinz-Park“: u.a. Verbesserung der Aufenthaltsqualität, Sanierung/Erneuerung von Spielplätzen, Installation von Infrastruktureinrichtungen, Anlage von Grünverbindungen,
- ▶ Begrünung von Innenhöfen, initiiert und begleitet von sozialen Trägern,
- ▶ Urban Gardening:
 - Interkultureller Garten,
 - „Szenegarten“ für Drogenabhängige, betreut von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern,
 - Urban Gardening für und mit Roma-Kindern/-Jugendlichen auf einer ehemaligen Brachfläche (in städtischem Eigentum) (Initiative der Fachhochschule),
 - Anbau von Gemüse und Obst in der Kleingartenkolonie Gaarden-Süd durch Migrantinnen und Migranten; Verkauf der Produkte auf dem Gaardener Wochenmarkt,
- ▶ Rücknahme und Qualifizierung vermüllter/verschmutzter Kleingärten durch die Stadt

Förderung umwelt- und klimafreundlicher Mobilität

- ▶ Ausbau des Fahrradwegenetzes im Bereich Gaarden,
- ▶ geplant: Umsetzung des Kieler Kinderwege-Fußwege-Achsenkonzeptes auch in Gaarden,
- ▶ Einrichtung verschiedener Fahrradwerkstätten u.a. in Anbindung an Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete und das JobCenter, geplant: Anknüpfung einer Lastenradverleihstation an einem Bioladen, der sich in 2014 in Gaarden angesiedelt hat,
- ▶ Angebot von Fahrradkursen für Migrantinnen,
- ▶ Einrichtung von Car-Sharing-Stationen in Gaarden,
- ▶ Wiederbelebung des schienengebundenen ÖPNV zwischen Innenstadt und Gaarden („Hein-Schönberg-Bahn“).

Müllreduzierung und -trennung

- ▶ Auflage mehrsprachiger Informationsflyer zum Umgang mit (Sperr-)Müll (Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel),
- ▶ Schulung und Einsatz von zwei „Scouts“ zur Unterstützung des Ordnungsamtes bei der Identifizierung von Verursacherinnen und Verursachern von „(Sperr-)Müllproblemen“ und anderen ordnungsrechtlichen Belangen,
- ▶ Anhebung der Anzahl von Straßenreinigungsschichten des Abfallwirtschaftsbetriebs Kiel in Gaarden deutlich über den gesamtstädtischen Durchschnitt,
- ▶ Einrichtung eines Runden Tisches „Sauberkeit und Ordnung“, Abfuhr von Sperrmüll in Gaarden nicht mehr nur auf Anruf bzw. Postkarte, sondern nach Anfall im Straßenraum,
- ▶ Fokussierung von Informations- und „Heranführungs“-Maßnahmen zu einem „richtigen“ Umgang mit (Sperr-)Müll auf Kinder

Umwelt- und Gesundheitsbildung

- ▶ „Bewusstseinsbildung“ mit Blick auf Umwelt und Gesundheit u.a. durch Angebote im „Sport- und Begegnungspark“ und der Stadtteilschule,
- ▶ intensive Informations- und „Verhaltensarbeit“ in Kitas und insbesondere der neu errichteten Stadtteilschule mit Lehrküche und Zahnputzstation,
- ▶ Motivierung von Eltern, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken („es ist das Wichtigste, an die Kinder heranzukommen“); dafür u.a. Öffnung der Stadtteilschule in Richtung Elternarbeit,
- ▶ rund 50 Beratungs- und Bildungsangebote im Mehrgenerationenhaus, das von mehreren Trägern getragen und größtenteils durch die Landeshauptstadt Kiel finanziert wird (niedrigschwelliger Zugang u.a. durch einen günstigen Mittagstisch),
- ▶ Beratungsangebote im Umwelt- und Gesundheitsbereich in der „Sozialkirche“ als einer zentralen Anlaufstelle im Quartier (gefördert von der Landeshauptstadt Kiel).

Beratungsangebote in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Energieeinsparung, Konsumverhalten etc.

- ▶ ernährungsbezogene Angebote verschiedener Träger in Gaarden (u.a. im „Haus der Familie“ zu „kindgerechter Ernährung“),
- ▶ Angebot von Kochkursen verschiedener Träger (u.a. in der Lehrküche der Stadtteilschule); alle Grundschülerinnen und -schülern von der ersten bis zur vierten Klasse besuchen hier Kochkurse zum Thema „gesunde Ernährung“,
- ▶ Nutzung von Synergien zwischen „Flex Café“ (günstiger Mittagstisch), „Flex-Werk“ (Beratungsstelle in Gaarden) und „Szenegarten“ (Belieferung des Cafés mit Gemüse, umgekehrt Heranführung von drogenabhängigen Gartenbauerinnen und -bauern an Beratungsangebote); alle drei Einrichtungen werden vom gleichen Träger betrieben;
- ▶ Ausgabe gesunder Nahrungsmittel im Café „Feuerherz“ der „Sozialkirche“ (Funktion eines Stadtteilzentrums) in Zusammenarbeit mit der Kieler Tafel; in diesem Zusammenhang Zugang zu Beratungsangeboten; „Vorleben“ eines gesünderen Konsumverhaltens: im Café und bei Festen der Sozialkirche werden kaum zuckerhaltige und keine alkoholischen Getränke sowie gesunde Nahrungsmittel angeboten;
- ▶ Angebot von preisgünstigen Second-Hand-Artikeln in mehreren Sozialkaufhäusern sowie An- und Verkauf-Läden in Gaarden.

Selbsthilfe- bzw. befähigungsorientierte Angebote

- ▶ Einrichtung eines Repair-Cafés mit Unterstützung des Wirtschaftsbüros Gaarden,
- ▶ Fahrrad-Projekte mit Verleih und Werkstatt;
- ▶ Beratung und seelsorgerische Betreuung („Café Feuerherz“ in der „Sozialkirche Gaarden“);
- ▶ sozialpädagogischer Betreuung für Menschen mit Alkohol- und Drogenproblemen in speziellen Räumen („Hempels ‚Trinkraum‘“, Szene-Garten „Grünes Eck“);
- ▶ Projekt für mehr Sauberkeit im Stadtteil („Gaarden-Aktiv“).

Untersuchungsrelevante ergänzende Konzepte der Quartiersentwicklung

Neben dem Integrierten Entwicklungskonzept Kieler Ostufer 2014 – 2018 spielen noch andere Konzepte eine wesentliche Rolle bei der Quartiersentwicklung Gaardens. Dazu gehören:

- ▶ das INSEKK,
- ▶ die Sozialraumberichte, die seit 2010 vom Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport erstellt werden“ (LHK 2014: 16),
- ▶ das gesamtstädtische Einzelhandelskonzept Kiel (GEKK)(LHK 2014: 69),

- ▶ das Konzept für das Klimaschutzquartier Zentrales Gaarden im Rahmen des KfW-Programms Nr. 432 (vgl. complan 2013).

Verfügungsfonds

Ein Verfügungsfonds für die Entwicklung Kiel-Gaardens stand im Rahmen des Modellvorhabens „Stadtteilstiftungs Gaarden“ in den Jahren 2006 bis 2009 zur Verfügung, um damit das nachbarschaftliche Engagement vor Ort zu unterstützen. Aus diesem Fonds wurden Quartiersbewohnerinnen und -bewohner und/oder vor Ort tätige Akteure mit Förderzuschüssen zwischen 300-1500 Euro dabei unterstützt, Projekte in Eigenregie durchzuführen zu können. „So entstanden Aktionen, die Selbsthilfe, Eigenverantwortung und nachbarschaftliche Kontakte, Vernetzung oder das kulturelle Leben gefördert haben (z.B. Nachbarschaftsfeste, Ausstellungen, Theaterprojekte)“ (LHK 2014: 87). In den Interviews mit professionellen Akteuren der Meso-Ebene wurde darauf hingewiesen, dass seit 2016 wieder ein Verfügungsfonds mit 30.000 Euro jährlich zur Verfügung steht.

Monitoring und Evaluierung

Sozialstrukturelle Veränderungen (nicht nur) im Programmgebiet Kieler Ostufer werden seit dem Jahr 2009 durch ein Sozialraummonitoring erfasst. Ihm liegt ein Indikatorenset zu Grunde, das in einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe entwickelt wurde (LHK 2014: 20f.).

Eine Evaluation im Sinne einer Ex-post-Wirkungsanalyse der durchgeführten Maßnahmen und Projekte sowie eine Dokumentation von Fortschritten bei Verstetigungsansätzen der Sozialen Stadt erfolgen im Rahmen jährlicher Sachstandsberichten der lokalen Stadtteilbüros (LHK 2014: 21).

3.4 Organisation und Management der Programmumsetzung

Kommunalverwaltung

Die Federführung für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Gaarden liegt beim Amt für Wohnen und Grundsicherung. U.a. übernimmt es Koordinierungsaufgaben „sowohl zwischen den unterschiedlichen Fachämtern als auch mit externen Akteuren (...) [und] gewährleistet, dass im Sinne des integrierten Ansatzes alle relevanten Akteure beteiligt werden“ (LHK 2014: 16f.).

Eine ämterübergreifende *Koordinationsrunde Soziale Stadt* trifft alle zwei Monate zusammen. An ihr nehmen u.a. folgende Verwaltungsbereiche und Institutionen teil: Stadtplanung, Grünflächen, Tiefbau, Wirtschaft (Bereich für lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung), Kinder/Schule/Jugend, Familie und Soziales, Sportförderung, Immobilienwirtschaft, Sozialraumplanung im Sozialdezernat sowie die Kieler Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft (KSS) als von der Landeshauptstadt Kiel beauftragte Treuhänderin für das Programm „Soziale Stadt“ (Tochter der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH; seit 2016 Vonovia)(LHK 2014: 16ff.).

Darüber hinaus wurde im Jahr 2010 im Zuge des Aufbaus der Kieler Sozialraumplanung (Dezernat für Soziales, Jugend, Wohnen, Gesundheit, Schule und Sport) eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Sie erarbeitete die Indikatoren für das Sozialraummonitoring in Kiel (LHK 2014: 5).

Schließlich wurde zu Beginn des Jahres 2011 das Referat für lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung im Dezernat II – Stadtentwicklung und Umwelt eingerichtet, um der besonderen Bedeutung dieses Handlungsfelds für die Programmumsetzung Soziale Stadt am Kieler Ostufer gerecht werden zu können. Als operative Einheit arbeitet das Wirtschaftsbüro Gaarden an dem Ziel, „ein ‚prosperierendes Gaarden 2020‘ auf den Weg zu bringen“ (LHK 2014: 47; 67).

Im Rahmen der energetischen Stadtsanierung ist zudem eine Lenkungsrunde etabliert worden, an der folgende Institutionen beteiligt sind: Haus & Grund e.V. (Eigentümerschutz-Gemeinschaft Verein Kiel), Jobcenter Kiel, Kieler Mieterverein e.V., KIWI GmbH (Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft), Kreishandwerkerschaft Kiel, KWG (Kieler Wohnungsbaugesellschaft – Vitus Gruppe, seit 2016 Vonovia), Restaurierungszentrum Kiel, Stadtwerke Kiel AG, Technische Fakultät der Universität Kiel sowie Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. (complan 2013: 7).

Lokales Quartiersmanagement

Im Gaarden wurde bereits im Jahr 1998 ein Stadtteilbüro eingerichtet (Büro Soziale Stadt Gaarden. Trägerin war bis Ende des Jahres 2011 die steg Hamburg mbH, seit Beginn des Jahres 2012 ist es die Projektgesellschaft Kiel-Gaarden GmbH als hundertprozentige Tochter der Stadt im Auftrag des für die Programmumsetzung federführenden Amtes für Wohnen und Grundsicherung (LHK 2014: 14).

Das Büro Soziale Stadt Gaarden wird aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert. Zusammen mit dem Stadtteilbüro Ost (Ellerbek/Wellingdorf), dem Büro Soziale Stadt Neumühlen-Dietrichsdorf und dem Wirtschaftsbüro Gaarden unterhält es eine Bürogemeinschaft im Gaardener Zentrum. Zu den Aufgaben der Stadtteilbüros gehört es, Akteure und Initiativen zu koordinieren, sie zu vernetzen und zwischen ihnen zu moderieren sowie Projektarbeit zu initiieren und zu organisieren. Auch die Akquisition weiterer Fördermittel gehört ebenso zu den Aufgaben der Stadtteilmanagements wie die quartiersbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Ein weiterer bedeutender Schwerpunkt ihrer Arbeit ist es, Ansprechpartner nicht nur für die Verwaltung, sondern vor allem auch für die Bewohnerschaft sowie für andere Akteure vor Ort zu sein und Beteiligungsprozesse durchzuführen (ebd.: 16).

Außerdem wurde im Jahr 2011 vor Ort das bereits erwähnte Wirtschaftsbüro Gaarden eingerichtet, getragen von der stadt-eigenen Projektgesellschaft Kiel-Gaarden GmbH. Es kooperiert eng mit dem Bereich „Lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung“ im Dezernat II –Stadtentwicklung und Umwelt sowie mit der Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi). Zu den Aufgaben des Büros gehören (LHK 2014: 66):

- ▶ überörtliche Vermarktung und Vertretung des Wirtschaftsstandortes Gaarden,
- ▶ Unterstützung bei Existenzgründungen und Ansiedlungen,
- ▶ Stärkung/Unterstützung des Unternehmensbestands,
- ▶ Stärkung/Unterstützung der Kreativ- und Kulturwirtschaft,
- ▶ Einbindung von Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern in die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort,
- ▶ Wegweisung zu weiterführenden Beratungs- und Hilfeleistungen,
- ▶ insgesamt: Kommunikations- und Beratungsangebote.

Neben dem Quartiersmanagement gibt es auf der Vor-Ort-Ebene in Gaarden noch weitere institutionalisierte Organisations- und Managementeinheiten für die integrierte Stadtteilentwicklung. Dazu gehört ein lokales Projektbüro, das im Zuge der energetischen Stadtsanierung Gaardens vor Ort eingerichtet wurde (complan 2013: 11). Außerdem wird neben dem klassischen, auf zwei Jahre angesetzten und mittlerweile verlängerten Sanierungsmanagement ein Verwaltungsmitarbeiter als Energieberater vor Ort eingesetzt.

In der Interessensgemeinschaft Sportpark sind diejenigen lokalen Vereine und Schulen vertreten, die im Park ihre Angebote vorhalten und ihn somit „bespielen“ (rund 20 Institutionen und Organisationen: u.a. umliegende Sportvereine [TuS Gaarden, Inter Türk, Ellerbeker Turnvereinigung, FC Eiche, Minigolfplatz], AWO, Schulen, Kindergarten). Darüber hinaus ist eine aus dem kommunalen Haushalt finanzierte Koordinationsstelle „Sport- und Begegnungspark“ eingerichtet worden.

Kooperation zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene

Auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene ist im Rahmen der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ am Kieler Ostufer organisiert. So besteht ein „besonders intensiver Austausch“ des Quartiersmanagements mit dem Amt für Wohnen und Grundsicherung, der Projektgesellschaft Kiel-Gaarden mbH, dem Referat ‚Lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung‘ im Dezernat II sowie dem Wirtschaftsbüro Gaarden. „In dieser Konstellation finden zweimonatliche Austauschtreffen statt“ (LHK 2014: 17).

Empowerment, Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbewohnerschaft und anderer lokaler Akteure

Aktivierung und Beteiligung spielen bei der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ – und damit auch in Gaarden – eine bedeutende Rolle. So wurde bereits das Integrierte Entwicklungskonzept Kieler Ostufer „als prozess- und beteiligungsorientierte Planung angelegt“ (LHK 2014: 8), indem die Sozialraumberichte Gaarden und Kiel Ost, die ihrerseits im Zuge umfassender, mehrstufiger Beteiligungs- und Informationsverfahren zu allen relevanten Handlungsfeldern erarbeitet wurden, in das Konzept eingeflossen sind. Außerdem wurden im Rahmen zusätzlicher Beteiligungsveranstaltungen in den Jahren 2010 bis 2013 Bewohnerinnen und Bewohner sowie Vertreterinnen und Vertreter von Politik (Ortsbeiräte), Vor-Ort-Institutionen, -Vereinen und -Initiativen in die Konzepterstellung einbezogen (ebd.).

Zu den institutionalisierten Beteiligungsformaten „im Alltag“ gehören die Stadtteilkonferenz Gaarden, die „Gaardener Runde“ als sehr offenes Beteiligungsformat, die Interessengemeinschaft Sportpark Gaarden, der Arbeitskreis Lokale Ökonomie in Gaarden, die Vorbereitungsrounden für das jährliche Stadtteilstadtteilfest sowie die Kunst- und Kulturtag in Gaarden (LHK 2014: 87). Im Rahmen des Projektes „Wohnwert Gaarden – Kooperation im Quartier mit privaten Eigentümern zur Wertsicherung innerstädtischer Immobilien“ findet alle zwei Monate ein intensiver Austausch zwischen Immobilienbesitzenden und weiteren Akteuren der Quartiersentwicklung statt (LHK 2014: 75).

Ein relativ umfänglicher Partizipationsprozess begleitete auch die Planung des Sport- und Begegnungsparks: „Wir hatten ganz zu Anfang einen Event-Tag. Da wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, was sie sich denn hier vorstellen könnten. Das war wirklich schwer, weil hier alles ganz anders als heute aussah, und es war schwierig, sich das vorzustellen. Aber wir haben die Antwort bekommen: Man wünscht sich das hier sauber, ordentlich und sicher“. Anschließend sind Landschaftsarchitekten mit einer ersten Planung beauftragt worden, und es hat einen mehrstufigen Wettbewerb gegeben, wiederum mit umfangreicher Beteiligung. „Das war eine Riesenrunde, die nachher ausgewählt hat, mit Akteuren aus dem Stadtteil“, wurde im Interview ausgeführt.

In den Gesprächen mit professionellen Vertreterinnen und Vertretern der Meso-Ebene wurde weiter ergänzt, dass im Zuge der Erstellung eines stadtteilbezogenen Fußwege- und Kinderwegeachsensystems u.a. Begehungen mit Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern sowie Befragungen durchgeführt worden seien: „Welche Wege nutzen Kinder? Was sind die Freizeitwege, was sind die Hauptverkehrswege für Fußgänger und Fahrradfahrer?“. Auch sonstige Infrastrukturvorhaben in Gaarden seien mit Bürgerbeteiligung flankiert worden, beispielsweise zur Frage, wo sinnvoller Weise Abstellmöglichkeiten für Fahrräder installiert werden sollten: „Es gab verschiedene Stadtteilrundgänge mit Vertretern des Fahrradforums und vom Stadtplanungsamt, Ortsbeirat, Stadtteilmanagement, wo man geguckt hat: ‚Wo braucht man die „Kieler Fahrradbügel“? Über hundert Stück wurden hier in Gaarden aufgestellt.“

Öffentlichkeitsarbeit

Insbesondere mit dem Ziel der Imageverbesserung organisiert vor allem das Büro Soziale Stadt Gaarden mit Unterstützung anderer Stadtteilakteure und von Bewohnerinnen und Bewohnern öffentlichkeitswirksame Aktionen bzw. Veranstaltungen (LHK 2014: 92):

- ▶ Gaardener Brunnenfest,
- ▶ Gaardener Kulturfrühling an verschiedenen Orten im Stadtteil (Lesungen, Theateraufführungen, Musikdarbietungen, Ausstellungen),
- ▶ Gaardener Straßenmusikfestival,
- ▶ Open Air-Liveübertragung der Kieler Sommer Oper,
- ▶ zahlreiche Veranstaltungen im Sport- und Begegnungspark Gaarden (u.a. interkulturelles Sport- und Spielfest, Seifenkistenrennen, Natureislaufbahn im Winter),
- ▶ Familienfest im Volkspark während der Kieler Woche.

3.5 Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung

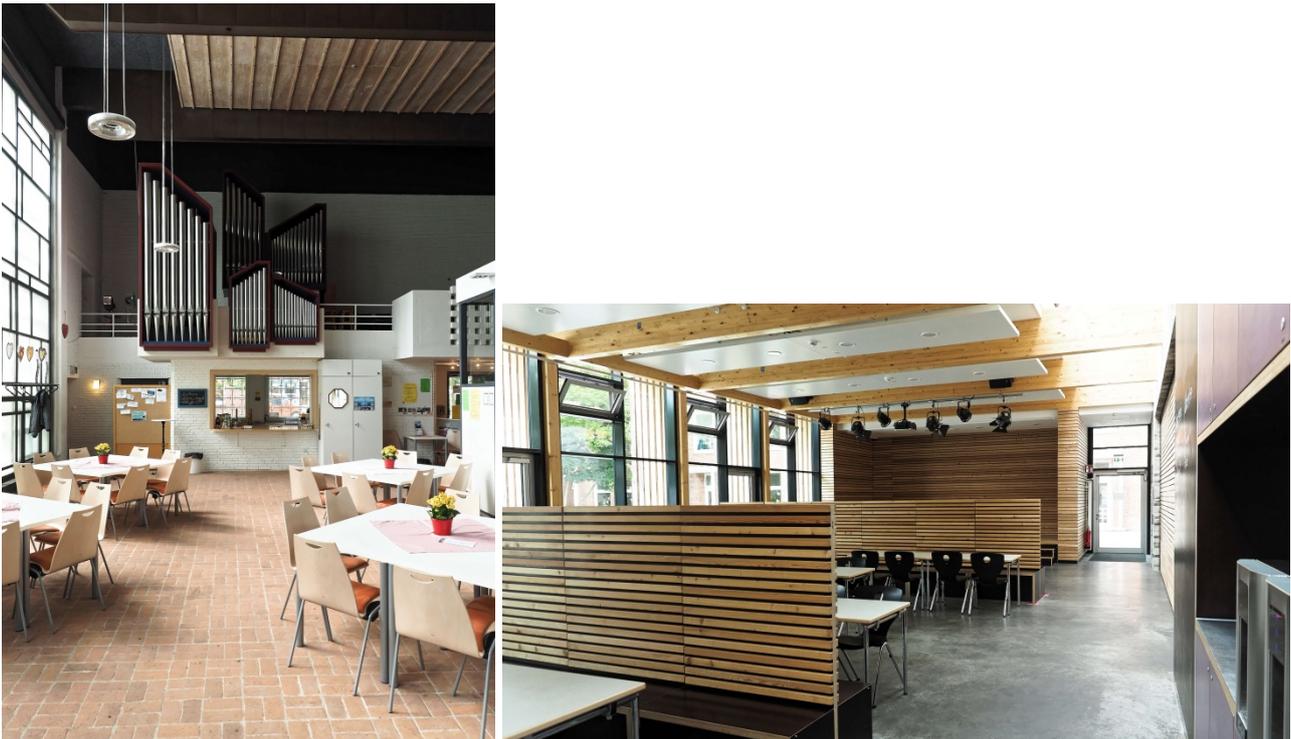
Maßnahmen der Programmumsetzung

Einzelne professionelle Akteure der Programmumsetzung äußerten sich im Gespräch zum Erfolg verschiedener Maßnahmen und Projekte im Zuge der Programmumsetzung Soziale Stadt. Dabei stach der neu entstandene „Sport- und Begegnungspark“ besonders positiv heraus: Er werde von verschiedenen Bevölkerungsgruppen, lokalen Vereinen, Kitas und Schulen (für den Sportunterricht) genutzt. „Die Kinder gehen wieder durch den Park zu den Schulen. Das ist ein Park für alle geworden“, kommentierte dies ein Gesprächspartner. „Wir haben hier das Nebeneinander von organisiertem und nicht-organisiertem Sport“, wobei auch professionelle Sportanlagen von jedem genutzt werden könnten, wenn sie gerade nicht bespielt werden. „Praktisch dringt der Gedanke des Sports in den Park ein und gibt ihm ein besonderes Flair“, wurde im Interview weiter ausgeführt. Insgesamt gebe der Park „eine Antwort auf Bewegungsmangel. Das ist niedrigschwellig, jeder kann hierhin und kann sich einen Ball, ein Fahrrad ausleihen, kann kennenlernen, wie Bewegung Freude bereitet. (...) Das ist ein Weg fort vom PC, von den Monitoren hin ins echte Leben mit richtiger Bewegung, mit richtiger Begegnung“. Beispielsweise könnten Kinder im Park – anders als in vielen anderen Teilen Gaardens – das Fahrradfahren erlernen.

Ebenfalls als großer Erfolg werden die Projekte der „Sozialkirche“ mit dem „Café Feuerherz“ bewertet; allein die Ausgabe gesunder Nahrungsmittel erfahre einen („unglaublichen Zulauf“).

Verhaltener fällt dagegen die Bilanz hinsichtlich anderer Projekte und Ideen aus: Dies betrifft z.B. die Beratungsstelle für Klimainteressierte: „Das Interesse ist relativ gering“, konstatierte ein Interviewpartner. Auch Bemühungen zur Begrünung von Innenhöfen seien ebenso auf eine eher geringe Resonanz gestoßen wie die geplante Einführung eines Müllsäuberungstages in Gaarden – diese Idee sei am „weitgehenden Desinteresse der Quartiersbevölkerung“ gescheitert. Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass in Gaarden zwar Second-Hand-Angebote angenommen würden, nicht aber die Tauschidee: Ein Tauschladen habe wieder schließen müssen.

Abbildung 14: „Sozialkirche“ (links) und Stadteilschule (rechts)



Fotos: Thomas Franke

Qualität von Akteursnetzungen/-kooperationen

Die Qualität der Vernetzungsstrukturen, die im Zuge der integrierten Quartiersentwicklung Gaardens aufgebaut wurden, schätzten die Interviewpartner der Meso-Ebene, die sich zu diesem Punkt äußerten, insgesamt als sehr gut ein.

Zur Zusammenarbeit im Kontext „Sport- und Begegnungspark“ bemerkte ein Vertreter der Stadtverwaltung u.a.: „Als Stadt sind wir natürlich vernetzt. Der Sportpark ist gestartet als Gemeinschaftsprojekt des Bau- und Sozialdezernates. Wir arbeiten nach der Projektstruktur, (...) und dadurch können wir uns prima austauschen. Zu Anfang haben wir uns nahezu monatlich getroffen“. Und ein anderer Interviewpartner ergänzte: „Dieses ‚Vitamin B‘, dass man ein Netzwerk hat und sich kennt, die persönliche Ebene ist ganz entscheidend – und die gibt es hier“.

Als weiterer „Vernetzungserfolg“ wird die Interessengemeinschaft „Sport- und Begegnungspark“ hervorgehoben: „Die Kooperation in der Interessengemeinschaft ist vorbildhaft. Zuerst gab es Bedenken: ‚mein Verein, sein Verein, Zaun her!‘ Jetzt gibt es keinen Zaun, man kann überall trainieren und Spaß haben“, und ein anderer Interviewpartner ergänzte: „Wir treffen uns monatlich und sprechen über die Geschicke des Parks. Die Vernetzung läuft – nicht nur der Vereine, sondern es gibt viele Akteure drum herum, die nicht in der Interessengemeinschaft sind, mit denen wir aber trotzdem zusammenarbeiten“. Auch mit dem Büro Soziale Stadt Gaarden gebe es einen intensiven Kontakt. „Ich glaube, das Gute an der Geschichte ist, dass wir als Sportpark nicht versuchen, in Konkurrenz zu anderen Angeboten zu treten, sondern zu ermöglichen, dass die Angebote hier stattfinden können und wir Hand in Hand arbeiten“.

Angebotsqualität/Erfolg von Empowerment, Aktivierung und Beteiligung

Vonseiten der Verwaltung wurde zum Thema Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung festgestellt, dass eine Voraussetzung dafür eine hohe Relevanz des jeweiligen Beteiligungsthemas für das Alltags-

leben der Bewohnerschaft aus ihrer jeweils eigenen Perspektive ist: „Je betroffener die Menschen sind, desto eher kommen sie“. Aber auch wenn eine solche „Betroffenheit“ gegeben ist, könne man bestimmte Bevölkerungsgruppen mit „klassischen“ Beteiligungsmodellen dennoch nicht erreichen: „Die türkische Community z.B. interessiert sich überhaupt nicht für perspektivische Stadtteilentwicklung. Wir haben uns intensiv darum bemüht, mit Veranstaltungen auf Türkisch, mit der Gründung eines Arbeitskreises bzw. monatlichen Treffen. Das haben wir wieder eingestellt, weil es einfach hoffnungslos war. Unsere Erfahrungen mit dieser Community sind, dass man auf die Straße gehen und mit denen reden muss. Und dann sagen die einem schon, was los ist – das ist kein klassisches Beteiligungsverfahren, aber führt auch zu einer Erkenntnis“, fasste ein Interviewpartner seine Erfahrungen zusammen, und ein anderer bestätigte: „Gerade wenn man migrantische Organisationen oder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erreichen will, reicht es nicht, Flyer zu verschicken und Plakate aufzuhängen. Wir haben einen türkischen Kollegen, der sagt, die lesen das einfach nicht – auch wenn man es mehrsprachig gestalten würde. Wenn man sie aber persönlich anspricht, kommen sie auch. Die persönliche Ansprache ist immer sehr, sehr wichtig.“

Hilfreich sei es manchmal auch, das eigentliche Aktivierungs- und Beteiligungsanliegen eher als „Nebeneffekt“ mitzutransportieren, wie ein Interviewpartner ausführte: „Wenn man sagt: ‚Wir machen Ernährungsberatung, kommt mal alle her!‘, kommt keiner, oder zumindest nicht die, die das nötig haben. (...). Aber wenn es sich um ein Angebot handelt, bei dem auch dicke Kinder sagen: ‚Da möchte ich gerne hin! ...‘.“

Wie wichtig persönliche Betroffenheit als Motivation für Engagement und Beteiligung ist, habe sich vor allem im Zusammenhang mit der drohenden Schließung eines in unmittelbarer Nachbarschaft zum Sport- und Bewegungspark gelegenen Freibades (Katzheide) gezeigt: Im Rahmen eines förmlichen Bürgerbegehrens seien ausreichend viele Unterschriften als Grundlage für einen Bürgerentscheid zum Erhalt des Schwimmbades gesammelt worden. Die Ratsversammlung, das von den Einwohnerinnen und Einwohnern gewählte „Stadtparlament“, habe sich dem Ziel des Bürgerbegehrens angeschlossen, wodurch die Durchführung eines Bürgerentscheides abgewendet worden sei. Mit diesem Beschluss habe das Engagement vor Ort allerdings wieder nachgelassen: Die Stadt habe Konzepte für den Weiterbetrieb des Bades im Rahmen von Bürgerbeteiligung erarbeiten wollen, „die aber sehr schwach frequentiert wurde. Auf der einen Seite hatten wir 11.000 Unterschriften für das Freibad, es war jedoch verschwindend gering, was da an Menschen [zur Beteiligungsveranstaltung] kam“.

Zusammenfassend müsse man überlegen, „ob man mit klassischen Beteiligungsformaten am Wochenende, am Abend die Leute überhaupt noch ‚hinter dem Ofen hervorlockt‘, bzw. wie man diejenigen erreichen kann, die nicht zu den „üblichen Beteiligungsverdächtigen“ gehörten („schweigende Masse“, „schwer zugängliche Zielgruppen“ wie die wachsende Roma-Community in Gaarden, die sich stark abschotte). Teilweise stoße man jedoch auch mit „alternativen“, „passgenauen“ Aktivierungs- und Beteiligungsbemühungen – beispielsweise Aktionen im Freien oder Mitmach- und Gestaltungsprojekte – auf generelles Desinteresse oder könne bestimmte Themen zumindest nicht direkt platzieren: „Ich bezweifle ein bisschen, ob man mit Umweltaspekten die Leute mobilisiert, weil die ganz andere Probleme haben“ in ihrer Alltagsbewältigung, lautete die Einschätzung eines Gesprächspartners. Bei den Themen Umwelt und Gesundheit komme es eher auf die Bildungsarbeit von Kitas und Schulen an.

Schließlich muss beim Thema Aktivierung und Beteiligung auch die Engagementbereitschaft der Quartiersbevölkerung betrachtet werden. Dazu wurde im Interview ausgeführt: „Es gibt nicht sehr viele, die sich wirklich aktiv ehrenamtlich beteiligen in diesem Stadtteil. Wir haben sehr, sehr viele ‚Profis‘, die sich um den Stadtteil kümmern – Jugendhilfeträger, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilschulen, Kieler Tafel –, also bezahlte Fachkräfte. Die sind alle engagiert und die brauchen wir auch dringend, aber aus der Bevölkerung kommt relativ wenig“.

Fördernde und hemmende Rahmenbedingungen

Die interviewten professionellen Akteure der Programmumsetzung hoben als positive Rahmenbedingung ihrer Arbeit vor allem die eingespielten und gut funktionierenden Netzwerk- und Kooperationsstrukturen innerhalb der Verwaltung, im Quartier sowie zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene hervor.

Daneben wurden jedoch auch eher hemmende Rahmenbedingungen thematisiert: So problematisierte ein Interviewpartner eine aus seiner Sicht zu große Verbindlichkeit des integrierten Entwicklungskonzeptes Soziale Stadt: „Man hat manchmal im Stadtteil nur kleine Zeitfenster, in denen man flexibel handeln muss, weil ein Problem gerade akut geworden ist (...). Und da bringen uns solche ‚Monster‘ wie integrierte Handlungskonzepte nicht weiter. Um die groben Linien abzustecken, sind integrierte Handlungskonzepte wichtig (...), dass sich die verschiedenen Fachämter daran beteiligen (...). Aber in der Praxis muss mehr Variabilität her.“ Ein anderer Gesprächspartner nannte ein konkretes Beispiel: „Wir brauchen *jetzt* eine neue Kita! Das steht aber nicht im integrierten Entwicklungskonzept. Wenn wir jetzt erst das Konzept fortschreiben und dann den Auftrag vergeben, sind die Kinder schon in der Grundschule, bevor die Kita gebaut wird ...“.

Als weitere Schwierigkeit thematisierten Interviewpartner der Meso-Ebene die Verbindlichkeit einmal festgelegter räumlicher Fördergebietskulissen der Sozialen Stadt: „Man hängt immer wieder an diesen Grenzen, die man einmal gezogen hat.“ Wollte man etwas „auf der anderen Straßenseite“ machen, „müssen Sie erst wieder ein neues Konzept aufstellen, um hier handeln zu können“. Mit Blick auf die Themen „Soziales und Umwelt“ führte ein anderer Gesprächspartner aus: „Wenn wir den Leuten Zugang zur Natur verschaffen wollen, dann muss außerhalb des Programmgebietes die Wegeverbindung gebaut werden hin zu der schönen Natur, zu den Landschaftsschutzgebieten, zu den Naturschutzgebieten (...). Wenn man über Umwelt und Freiräume spricht, muss man den [räumlichen] Blick weiten und weiter rausgucken“.

Generell wurde konstatiert, mit Programmen wie der „Sozialen Stadt“ an die Grenzen dessen zu gelangen, was sich mit integrierter Quartiersentwicklung überhaupt erreichen lässt: „Auch mit einem Management kann ich nicht die unterste Schicht ‚nach vorne bringen‘“, äußerte ein Interviewpartner. In diesem Zusammenhang wurde auch konstatiert: „Wenn wir mehr in Umweltgerechtigkeit oder Umweltschutz investieren sollen, müssen auch die Mittel dafür zur Verfügung stehen. (...) Klimagaarden kostet uns schon eine ganze Menge, und wenn wir da noch etwas ‚on top‘ machen wollen, dann brauchen wir dafür einfach mehr Geld!“.

Darüber hinaus zeige sich insbesondere bei den Fördermöglichkeiten für (energetische) Gebäudesanierung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) „eine große Komplexität, die nicht anlockt, sondern abschreckt. Man kann es nur schwer ‚an den Mann bringen‘ ...“, wurde im Interview kritisiert. Problematisch am Grundgedanken der KfW-Förderung sei u.a., nur dann eine Förderung zu erhalten, wenn man über das übliche Maßnahmenniveau hinausgehe. Mit Blick auf den benachteiligten Stadtteil Gaarden sei man „schon zufrieden, wenn das normale Niveau gefördert würde!“ Um private Hausbesitzer in die integrierte Quartiersentwicklung einbeziehen und vor allem auch fördern zu können, benötige man daher andere Möglichkeiten bzw. Anreizsysteme.

Strebe man mit integrierter Quartiersentwicklung nicht nur die Qualifizierung von (baulichen) Strukturen an, also der Verhältnisse vor Ort, sondern wolle man auch am umwelt-, konsum- und gesundheitsbezogenen Verhalten der Quartiersbewohnerschaft ansetzen, sei ergänzend zu Programmen der Städtebauförderung ein eher „pädagogisch geprägtes Programm“ sinnvoll, wie ein Interviewpartner betonte. Man benötige „Mitarbeiter, die auf die Menschen zugehen“. Gehe es um Bewusstseinsbildung, spreche man stets damit von Personalkosten. Ein solches „pädagogisches“ Bemühen setze bereits bei der „Bespielung“ der neuen bzw. qualifizierten Strukturen an: Damit die Menschen beispielsweise die neuen Grünanlagen tatsächlich nutzen, würden Anreize benötigt. „Und dafür braucht es Personal, (...)“

weil das nicht alleine passiert“. Es gebe insgesamt „immer noch eine zu große Kluft zwischen Angebot und Nutzung“. Am konkreten Beispiel „Sport- und Begegnungspark“ zeige sich beispielsweise, dass hier eine weitere Fachkraft sinnvoll sei, die inklusiven Sport anbietet, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen – „aber so etwas kann man einfach nicht bezahlen“.

Fachleute ließen sich auch nicht durch Freiwillige und Ehrenamt ersetzen: „Wir hören nicht gerne, dass Projekte auf ehrenamtlicher Basis verstetigt werden und dass wir Ehrenamt über Gebühr einbinden. (...) Man darf das Ehrenamt nicht mit sämtlichen sozialen Problemen überfordern“, lautete ein klares Statement dazu. Auch vom JobCenter geförderte Beschäftigung sei keine Lösung, da man hier „nie weiß, wann es endet“.

Damit ist das Thema Kontinuität in der sozial-integrativen Quartiersentwicklung angesprochen, zu dem sich mehrere Interviewpartner der Meso-Ebene äußerten. Kritik entsteht vor allem angesichts der Tatsache, dass hier in zeitlich limitierten Projektzusammenhängen gedacht werde bzw. werden müsse. Benachteiligung in Gaarden „ist natürlich ein Markt für soziale Träger, die alle hier einen Platz haben wollen. Teilweise ist es schwer zu durchschauen: ‚Wer fördert eigentlich welches Projekt?‘“. Es gebe also Ansätze von „Projektitis“ im sozialen Bereich, was schwer zu steuern sei, weil auf der Projektebene „Gelder aus ganz unterschiedlichen Töpfen“ eingesetzt würden. Viele Angebote seien zudem stark personenabhängig: „Dann geht der eine weg, und das Projekt ist wieder eingeschlafen.“ Benötigt würden dagegen dauerhafte Strukturen – „diese ‚Projektitis‘ hilft uns überhaupt nicht weiter“, kritisierte ein Interviewpartner. Ein anderer Vertreter der Meso-Ebene konkretisierte die Situation: „Kontinuität ist nicht bei drei Jahren gewährleistet. Kontinuität muss über Zeiträume von fünf bis zehn Jahren gesehen werden. (...) Wenn ich hier einen neuen Mitarbeiter habe, braucht der erstmal ein halbes Jahr, um den ganzen ‚Apparat‘ zu verstehen. Dann fängt er ganz mühsam an (...). Und wenn er dann schon wieder Angst hat und sagt: ‚Ach, in neun Monaten endet meine Stelle hier‘, dann nimmt einem das ein bisschen die Motivation (...), und dann sagt er: ‚Es hat ja sowieso keinen Zweck ...!‘“.

Im Sinne von „Forderungen“ oder „Handlungsempfehlungen“ wurde u.a. ein ähnliches Finanzierungsmodell wie bei der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN in den 1990er-Jahren gefordert – als „fantastischer Ansatz, in dem EFRE und ESF kombiniert waren und wir in jegliche Richtung gehen konnten“, ohne auf der Quartiersebene mit großem Aufwand unterschiedliche Mittel (verschiedener Ressorts) bündeln zu müssen. Auch sei es notwendig, die Bedarfe vor Ort systematisch und kontinuierlich aufzunehmen. Das dafür geeignete Quartiersmanagement (im Rahmen der Sozialen Stadt) sei jedoch eine stets zeitlich befristete Einrichtung unter der Annahme, dass die Herausforderungen in benachteiligten Stadtteilen irgendwann nachlassen. „Aber das ist ein Irrtum!“

Zusammenfassend brachte ein Gesprächspartner seine Erkenntnisse so auf den Punkt: „Die Soziale Stadt baut, um mit Menschen zurechtzukommen – aber eine Einstellung verdichtet sich überall: ‚Da braucht man Menschen vor Ort und nicht nur gebaute Materie‘“ – insbesondere auch mit Blick auf die Verstetigung des bislang Erreichten. Weil die Herausforderungen bzw. Probleme im Quartier absehbar über viele Jahre bestehen blieben, benötige man ein kontinuierliches institutionelles und personelles „Pendant“, um damit umgehen zu können.

3.6 Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner

In Kiel-Gaarden ist eine große Vielzahl unterschiedlicher Lebenswelten und Milieus zuhause. Relevant sind:

- ▶ „Traditionelles Arbeiter- und Kleinbürgermilieu“
- ▶ „Deutschstämmiges Prekariat“
- ▶ „Traditionelles Gastarbeitermilieu“
- ▶ „Statusorientiertes Migrantenmilieu“

- ▶ „Prekäre deutschstämmige Jugendliche“
- ▶ „Migrantische Jugendliche“
- ▶ „Neu-Migrantische“
- ▶ „Prekäre Intellektuelle“
- ▶ „Sozial-ökologisch Engagierte“
- ▶ „Kreativszene“
- ▶ „Studierende“
- ▶ „Hermetische Subkulturen“ (hier vor allem: Sinti und Roma sowie die Alkohol- und Drogenabhängigen-Szene)

(vgl. die Beschreibungen in Kap. 3.1 „Relevante Teilgruppen in sozial benachteiligten Stadtquartieren“). Entsprechend vielfältig sind die anzutreffenden Formen des Umweltbewusstseins und Umwelthandelns; dieses reicht von in einem traditionellen Konservatismus verwurzeltem Wunsch, Bestehendes zu bewahren, über die abstrakte Anerkennung von Umweltschutz als sozialer Norm oder die Abweisung individueller Verantwortung bis hin zu ausgeprägt sozial-ökologischem Engagement.

Kiel-Gaarden wird von den Befragten vielfach als „*großes Dorf*“, als sehr lebendiger Stadtteil beschrieben, in dem das Leben oft auf der Straße stattfindet: laut, offen, direkt, auch distanzlos, in einer großen ethnischen, sozialen und kulturellen Vielfalt, die weitgehend von Toleranz und Hilfsbereitschaft geprägt ist. Trotz eines, von den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Sorge wahrgenommenen, zunehmend unausgewogenen Verhältnisses der verschiedenen Milieus und ethnischen Gruppen zueinander (der Migrantenanteil beträgt inzwischen über 50 Prozent) funktioniert das Zusammenleben in ihren Augen weitgehend, es gibt kaum Konflikte ethnischer oder religiöser Art. Vor allem von Angehörigen des „Statusorientierten Migrantenmilieus“ wird eine negative Entwicklung in Richtung Ghettoisierung thematisiert.

Gaarden liegt zwar sehr City nah, aber sowohl mental als auch faktisch scheint es vom übrigen Stadtgebiet **isoliert**. Dies wird symbolisiert durch die nicht fertiggestellte Brücke ans Westufer: *„Es existiert von Gaarden eine Brücke, um nach Kiel zu kommen, die dreiviertel lang ist. Dann ist die Brücke zu Ende, und da ist ein Fahrstuhl, der eigentlich dauernd als Toilette benutzt wird, und eine ganz schlechte Treppe hinunter“*. Von den befragten Bewohnerinnen und Bewohnern häufig beklagt wird das, in ihrer Wahrnehmung zu Unrecht eindimensional negative Außenimage des Quartiers, das auch durch die Medien schlechtgeschrieben werde (z.B. SZ vom 07.10.2012). *„Also dieses Bild: Ich gehe da rüber und dann werde ich sofort beklaut oder abgezogen oder mein Auto wird kaputt gemacht oder mein Handy wird mir weggenommen oder ich krieg einen auf die Nase, die Mädchen werden alle vergewaltigt. Was sind denn das für Vorstellungen? Also das passiert hier definitiv nicht in Gaarden. In Gaarden gibt es zwar Kriminalität, aber das ist in der Regel Beschaffungskriminalität“*.

Dies führt dazu, dass auch gut integrierte Familien mit Migrationshintergrund wegziehen, damit ihre Kinder nicht **stigmatisiert** werden: *„Unsere Generation zieht weg, weil wir einheimischer geworden sind“*. Berichtet wird beispielsweise, dass die Kinder keinen Besuch von Schulkameraden bekommen, da sie sich nicht nach Gaarden trauen. Bewerberinnen oder Bewerber haben schlechtere Chancen, wenn sich herausstellt, dass sie aus Gaarden kommen. *„Die Kinder und die Jugendlichen möchten sich ja nicht für ihren Stadtteil schämen. Die identifizieren sich stark und haben oft eben diese Erfahrung von: Was? Du kommst aus Gaarden? Und das geht sogar so weit, dass Schüler oder Schülerinnen, die ein Praktikum suchen, nicht sagen woher sie kommen, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass sie dann nicht genommen werden. Und alles, was die möchten ist, dass sie genauso angesehen werden wie jeder andere. Und sie möchten genau wie jeder andere Mensch einfach stolz sein auf das, wo sie herkommen und wo sie leben“*.

Das **Binnenimage** stellt sich differenzierter dar: Die meisten der Bewohnerinnen und Bewohner identifizieren sich stark mit ihrem Stadtteil, obwohl sie sich der negativen Aspekte bewusst sind. Die bisher

langjährig eingeübte Koexistenz von „Ur-gaardenern“, „gut integrierten Gastarbeitern“ und „Alternativen“ kommt an ihre Grenze durch den weiter zunehmenden Anteil an Migrierten und Geflüchteten, sowie Sinti & Roma, die das Quartier an die Grenzen der Integrationsfähigkeit von innen bringt. Diese Sorge wird vor allem auch vom intellektuellen und alternativen Milieu formuliert, die Gaarden sehr gewogen sind. *„Ich glaube die Integrationsfähigkeit droht an die Grenze zu kommen. Wir haben jetzt unheimlich viele Flüchtlinge, die dazukommen... Und wir haben nach wie vor dieses Roma-Problem – Bulgaren, Rumänen – wo ja niemand dafür richtig zuständig ist, weil das EU-Ausländer sind. Wenn man das zusammennimmt – mit dem, was eh schon vorhanden ist an Arbeitslosen, Drogensüchtigen, Perspektivlosen – dann muss man höllisch aufpassen, dass das nicht kippt“* und *„Ich bin für eine Mischung, ich bin nicht für eine Ghettoisierung. Dass immer sozial schwache Leute oder abhängige Leute oder Menschen mit Migrationshintergrund halt so ab nach Gaarden (geschoben werden) – wo man nachher sagt: Oh, das ist aber hier so ein Brennpunkt oder Problemort“*.

Dies wird auch im Straßenbild an einer immer geringeren **Vielfalt** von Geschäften sichtbar. Während deutsche Traditionsgeschäfte schließen (Metzger, Bekleidungsfachgeschäft, Supermärkte), entsteht eine Vielzahl an orientalischen Bäckereien, Wettbüros, Friseursalons, Döner Imbissen, *„die in der Vielzahl niemand braucht“*. Die Ur-Gaardener ziehen weg und verkaufen ihre Häuser, die Dagebliebenen fühlen sich im eigenen Stadtteil fremd und beklagen den Wertverlust ihrer Immobilien. Angehörige intellektueller und kreativer Milieus hingegen sowie Migrierte aus den entsprechenden Herkunftsländern schätzen die Vielfalt an unterschiedlichen, auch exotischen Angeboten. Bezüglich ethnisch geprägter Einkaufsstätten wird mitunter hervorgehoben, dass diese inzwischen die einzige Möglichkeit bieten, Lebensmittel noch frisch und unverpackt zu erwerben.

Daneben etabliert sich zunehmend eine **Kreativ-, Kultur- und Alternativszene**. Es sind ein Bioladen, ein vegetarisches Restaurant sowie verschiedene Galerien und Ausstellungsmöglichkeiten in ehemaligen Läden (Schlecker) entstanden. Ein Restaurierungszentrum und das Kreativzentrum Werftstraße ziehen neue Bevölkerungsgruppen an. *„Ich finde das den coolsten Stadtteil von Kiel, der einfach am lebendigsten ist und auch ganz gute Szenen hat. [...] Das Gute an Gaarden ist in erster Linie dieser Dorfcharakter, man kennt sich untereinander, zumindest im bürgerlichen Milieu und im links-alternativ und künstlerischen Milieu. Man hat wie im Dorf unheimlich kurze Drähte. Kann dadurch ganz viel organisieren. Das ist von Hilfsbereitschaft, Solidarität und Freundlichkeit geprägt. Und natürlich auch von einer Vielfalt. Wir sitzen hier manchmal am Tisch und haben Leute aus vier bis fünf Nationen da“*.

Durch die von der Stadtverwaltung betriebene Verlagerung der „Szene“ (Alkis und Junkies) vom Hauptbahnhof nach Gaarden rund um den Vinetaplatz, hat sich dort eine Drogen- und Alkoholiker-Szene gebildet, die von vielen als bedrohlich und ekelregend beschrieben wird. Dadurch entsteht auch eine Beschaffungskriminalität, die dazu führt, dass sich vor allem Frauen mit Migrationshintergrund nachts nicht mehr auf die Straße trauen. Die Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich von der Stadt im Stich gelassen. Ein Türke der 2. Generation beschreibt die Situation so: *„Was uns natürlich hier stört, das ist das soziale Bild. Das soziale Bild steht am Karlstal/Elisabethstraße – das sind unsere Alkoholiker, unsere Drogenabhängigen. Da steht aber kein Ausländer, da steht kein Türke, da steht kein Araber. Die gestrandet sind, sind Deutsche. Natürlich regen sich viele darüber auf, das ist auch verständlich. Sie hinterlassen Schmutz, es liegen in den Treppenhäusern die Spritzen, Kinder sammeln die auf. Das sind natürlich Zustände. [...] Es sind schon einige Sachen, wo wir sagen, dass die Stadt uns da so ein bisschen hängen lässt“*.

Das Thema Umweltschutz reduziert sich in der Wahrnehmung der Befragten häufig auf das leidige Thema **Müll**, Sperrmüll, Hundekot. Es bilden sich regelmäßig und chaotisch Berge mit Müll, die das Straßenbild verunstalten und für die meisten ein großes Ärgernis darstellen – man schämt sich für den eigenen Stadtteil und ist ratlos. Ein besonderes Ärgernis ist der Sperrmüll. Dabei werden oft – nicht zuletzt auch mit sozialen und ökologischen Absichten verbunden – noch brauchbare Dinge absichtlich und unangemeldet auf die Straße gestellt: *„Irgendwer kann das immer noch brauchen und nimmt es mit*

– *so wird nichts endgültig weggeworfen*“. Dies ist auch vielfach der Fall, führt aber dazu, dass andere, gerade auch diejenigen, die verwertbare Dinge mitnehmen, ihrerseits kaum noch Brauchbares auf die Straße stellen. Diese naturwüchsige Verwertungskaskade gelangt dann irgendwann an ein Ende, das darin besteht, dass sich an bestimmten Stellen immer größerer Müllansammlungen auftürmen. Seitens der Stadtverwaltung, so die Ansicht vieler Befragter, werde dieses Problem weitgehend ignoriert; es trägt aber aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner zu einer Verwahrlosung bzw. – schlimmer noch – zum Eindruck von Verwahrlosung und somit zu einem weiteren Ansehensverlust des Stadtteils bei.

Ein vielfach konstatiertes großes Plus Gaardens ist dessen Einbettung in einen Grüngürtel und das große Angebot an schönen **Parks und Grünanlagen**. Diese gelten als gut gepflegt und beliebt. Nur die Ur-Gaardener tun sich schwer mit der intensiven Nutzung von Migrantenseite zum Grillen und Picknicken. Spielflächen und -plätze für Kinder stehen ausreichend und in gutem Zustand zur Verfügung. Der Sport- und Bewegungspark wurde aufwendig ausgebaut und gilt als gut angenommen, insbesondere durch Jugendliche. Vermisst wird ein direkter Zugang zum Wasser.

Vielfach bemängelt werden die fehlenden Radwege und die großen Barrieren zum Radfahren durch das vorherrschende Kopfsteinpflaster. Hierzu hat sich eine Fahrradinitiative gebildet.

Große Einigkeit besteht bei den gut integrierten und etablierten Gaardenerinnen und Gaardenern, dass eine gewisse Aufwertung dem Quartier sehr gut tun würde und dass die Abwärtsspirale gestoppt werden muss. *„Gut fände ich, mehr Mischung in der Bevölkerung, also tatsächlich mehr Mittelschicht, mehr Familien, ein Stück mehr Bürgerlichkeit täte schon ganz gut, auch mehr Studenten würde ich mir wünschen“*.

Von vielen als hoffnungsvolle Entwicklung anerkannt wird, dass es (unendlich) viele offizielle Institutionen und **ehrenamtliche Initiativen** gibt, die sich um die verschiedensten Aspekte einer Verbesserung des Quartiers kümmern und untereinander gut vernetzt sind: um soziale Integration, eine Verbesserung der Infrastruktur (z.B. Erhaltung des Schwimmbads), bessere Ernährung und Gesundheit (von Kindern), um Kultur statt Leerstand von Geschäften usw. Auch verschiedene Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekte sind initiiert, wenn sie auch mitunter nur kleine Zielgruppen erreichen: Fahrradinitiative, Carsharing, Repair-Café, Bioladen, interkultureller Garten, Beratung zur energetischen Sanierung von Gebäuden etc.

Abbildung 15: Urban Gardening in Gaarden



Fotos: Thomas Franke

Abbildung 16: Foto-Impressionen vom Sport- und Begegnungspark Gaarden



Fotos: Thomas Franke

Für (türkische) Migrantinnen und Migranten attraktiv ist das große Angebot an **Klein- und Schrebergärten**. Teilweise wird von ihnen sogar Gemüse angepflanzt, das auf dem Wochenmarkt verkauft wird.

Von einzelnen Kennerinnen und Kennern des Stadtteils wird allerdings angemerkt, dass es sehr viele, teilweise konkurrierende Institutionen, Organisationen und Initiativen vor Ort gäbe, die um Fördermittel und Räumlichkeiten **rivalisieren** und teilweise parallel oder aneinander vorbei arbeiten würden. Es wird eine „*Übersversorgung von außen*“, ein „*zu dichtes Beieinander von Institutionen*“ angemerkt, deren Effektivität zumindest in Frage gestellt werden. Eine Bewohnerin drückt das so aus: „*Ich sehe das ein bisschen zweischneidig, weil ich glaube, das ist so was wie Entwicklungshilfe. Das nützt keinem Entwicklungsland, wenn man da Millionen und Milliarden reinsteckt: Hier nimm mal! Es geht ja um Hilfe zur Selbsthilfe*“. Deswegen der Appell von einigen Aktiven des Quartiers, die Verantwortung stärker den Bewohnerinnen und Bewohner zu überlassen und die Eigenverantwortlichkeit zu stärken.

Abbildung 17: Energieberatung im „Auguste“-Kiosk



Foto: Thomas Franke

3.7 Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort

Insgesamt zeigt sich, dass Kiel-Gaarden ein typisches Programmgebiet der Sozialen Stadt ist. Vielfältige Herausforderungen im sozialen, sozialstrukturellen und gesundheitsbezogenen Bereich gehören neben einem besonderen Entwicklungsbedarf mit Blick auf die bauliche-städtebauliche, wohnungsmarktbezogene und lokalökonomische Situation ebenso zu den Herausforderungen der Quartiersentwicklung wie eine teils schwierige Umweltsituation (hohe bauliche Dichte, Lärm- und Schadstoffemissionen von Hauptverkehrsstraßen, Unterausstattung mit Grün- und Frei(zeit)flächen im Kern Gaardens, teilweise fehlende oder qualitativ mangelhafte Fuß- und Radwege etc.).

An der Schnittstelle von sozialer Lage und Umwelt(schutz) hoben die professionellen Akteure der Programmumsetzung Soziale Stadt vor allem fünf Punkte als besonders problematisch hervor:

- ▶ Barrierewirkungen von Hauptverkehrsstraßen zwischen Wohn- und Naherholungsgebieten,
- ▶ fehlende Akzeptanz von umweltschonenden und gesundheitsförderlichen Fortbewegungsmitteln (Fahrrad) bei einigen Bevölkerungsgruppen,
- ▶ Vermüllung des öffentlichen Raumes (Sperrmüll auf Straßen und in Hinterhöfen) und meist nicht funktionierende Mülltrennung,
- ▶ wenig gesundheitsförderliches Ernährungsverhalten insbesondere von Kindern (Übergewicht, Karies etc.), verbreiteter Alkohol- und Drogenmissbrauch,
- ▶ unzureichendes „Vorleben“ eines gesunden Lebensstiles (Ernährung, Sport, Bewegung) in einigen Familien.

Die Sicht „betroffener“, in die Untersuchung einbezogener Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die in Gaarden leben, entspricht in Teilen diesen Einschätzungen. Bei den Umweltthemen wird vor allem die (Sperr-)Müllproblematik angeführt; daneben vermissen Bewohnerinnen und Bewohner Gaardens fehlende Radwege und bemängeln Kopfsteinpflasterungen als Radfahrbarrieren. Die Themen Ernährung, Gesundheit und Bewegung scheinen dagegen eher aus der „Draufsicht“ der Programmexpertinnen und -experten eine größere Rolle zu spielen; sie werden aus den Reihen der Bewohnerschaft weniger problematisiert.

Maßnahmen der Sozialen Stadt fokussier(t)en u.a. auf eine sozial verträgliche energetische Sanierung im Gebäudebestand, Müllentsorgung „außer der Reihe“, die Aufwertung und Erweiterung von Grünflächen und Parkanlagen inklusive Sport- bzw. Bewegungs- und Begegnungsmöglichkeiten, (zielgruppenspezifische) Urban Gardening-Projekte, Wohnumfeldverbesserung inklusive (Fahrrad-)Wegebeziehungen, Umwelt- und Gesundheits- und Ernährungsberatung u.a. in Kita und Schule, sowie die Einrichtung eines Repair-Cafés.

In den Gesprächen mit Bewohnerinnen und Bewohnern Gaardens wurde u.a. deutlich, dass die Grünmaßnahmen von der Parkgestaltung bis zur Einrichtung von Nachbarschaftsgärten vor Ort überwiegend großen Anklang finden. Maßnahmen und Projekte mit einer gesundheits- und/oder bewegungsbezogenen Ausrichtung fanden dagegen kaum Erwähnung in Vor-Ort-Gesprächen. Einige der befragten Bewohnerinnen und Bewohner kritisierten die städtischen Initiativen gegen die Müllproblematik als (noch) unzureichend.

Mit Blick auf die Vernetzung professioneller und nicht-professioneller Akteure der Quartiersentwicklung – inklusive Quartiersbewohnerschaft – zeigt sich für Kiel-Gaarden eine starke Ausprägung solcher Strukturen: So haben sich innerhalb der Kieler Stadtverwaltung sowohl institutionalisierte als auch informelle Kooperationsstrukturen verschiedener Amtsbereiche etabliert. Vor Ort ist eine Vielzahl verschiedener Institutionen, Organisationen und Einzelakteure gut miteinander vernetzt; das lokale Quartiersmanagement leistet hier eine intensive Koordinierungsarbeit. Auch der Austausch zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene ist u.a. über das lokale Quartiersmanagement und andere lokale Koordinationsstellen gesichert. Die Quartiersbevölkerung wird durch verschiedene Formate zwischen eher formalen Beteiligungsangeboten über Mitmachmöglichkeiten im Rahmen verschiedener Projekte bis hin zu informeller Ansprache „auf Augenhöhe“ einbezogen. Seitens einiger professioneller Akteure der Programmumsetzung wurde jedoch kritisch bemerkt, die vielfältigen, aus unterschiedlichen Quellen finanzierten und meist für einen – förderungsbedingt – nur kurzen Zeitraum aufgelegten Projekte und Maßnahmen führten in Teilen zum Trend einer nur wenig aufeinander abgestimmten und kaum nachhaltigen „Projektitis“.

Auch Bewohnerinnen und Bewohner Gaardens, die im Rahmen der Untersuchung zu Wort kamen, bemerkten die große Anzahl lokaler sowie lokal wirksamer Akteure und deren Vernetzung. Sie kritisieren zum Teil ebenfalls ein „Zuviel“ dieser Akteurslandschaft bzw. teilweise Parallelstrukturen und -angebote anstelle einer sich gut ergänzenden Projektlandschaft. Außerdem würden viele Maßnahmen nicht unbedingt auf die Überwindung von Projektabhängigkeiten im Sinne von Selbsthilfe abzielen.

Professionelle Akteure der Programmumsetzung problematisierten mit Blick auf „Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit“, dass für die inhaltliche Begleitung der geschaffenen (Infra-)Strukturen (mehr) Fachpersonal mit verlässlichen Vertragskonstellationen benötigt werde, wofür jedoch der Kommune die notwendigen Ressourcen fehlten. An dieser Stelle kann geprüft werden, inwieweit Umweltakteure außerhalb von Verwaltung, Kita und Schule hier aktiv(er) werden können, um in den geschaffenen Strukturen wie „Sport- und Begegnungspark“ oder den Urban Gardening-Projekten Angebote an der inhaltlichen Schnittstelle „Umwelt und Soziales“ zu entwickeln – ganz im Sinne einer Ergänzung sowohl der Projektlandschaft als auch der langfristiger benötigten „Man-/Womanpower“ vor Ort. Dies dürfte selbstverständlich nicht „freifliegend“ geschehen, sondern müsste über die gerade in Kiel und für Gaarden sehr gut ausgebauten Vernetzungs- und Koordinierungsstrukturen als organisationale Schnittstelle bzw. „Andockpunkt“ aufgebaut werden.

4 Marburg: Stadtteil Waldtal

Grunddaten zu Kommune und Gebiet

Kommune, Bundesland	Marburg, Hessen
Programmgebiet	Waldtal
Aufnahme in das Programm Soziale Stadt	2014
Einsatz weiterer Programme (der Städtebauförderung)	geplant: JUSTIQ geplant: BIWAQ
Einwohnerzahl Gesamtstadt	77.564 (Stand 9/2015)
Einwohnerzahl Programmgebiet	2.432 (Stand 9/2015), davon 1.089 Studierende
Bau-, Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewerbe- und Mischnutzungen, Wohnbebauung im Kernbereich sowie großes Sondergebiet für studentisches Wohnen ▪ dabei Geschossbauten des sozialen Wohnungsbaus der 1950er-Jahre und Betonbauten der 1970er-Jahre (im Besitz von fünf Wohnungsgesellschaften), ein Einfamilienhausareal der Nachkriegszeit sowie eine Obdachlosenunterkunft ▪ keine Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote im Gebiet ▪ sehr gute Ausstattung mit sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen etc.) ▪ sehr gute Ausstattung mit Grünflächen
Sozialstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ überdurchschnittliche Anteile von <ul style="list-style-type: none"> – Menschen mit Migrationshintergrund – Menschen unter 18 Jahren – Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen – (Jugend- bzw. Langzeit-)Arbeitslosigkeit
(themenrelevante) Herausforderungen für die Quartiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „problematisches“ Umweltverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung („wilde“ Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum, unzureichende Mülltrennung) ▪ unzureichendes/riskantes Ernährungs- und Gesundheitsverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung (u.a. Drogen- bzw. Alkoholproblematik) ▪ teilweise unzureichende Gestaltung und Pflege der lokalen Grünflächen ▪ Erreichbarkeitsbarrieren zwischen Wohngebiet und umgebenden Grünanlagen (Hauptverkehrsstraßen) ▪ Lärm- und Schadstoffemissionen im Bereich von Hauptverkehrsstraßen ▪ unzureichende (Qualität von) Fuß- und Radwegeverbindungen ▪ unattraktive Eingangssituation in den Stadtteil

Kommune, Bundesland	Marburg, Hessen
(themenrelevante) Potenziale der Quartiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ günstige stadträumliche Lage ▪ Flächen mit Qualifizierungspotenzialen (Begrünung, Urban Gardening etc.) ▪ günstige Mieten ▪ (Infra-)Strukturen als potenzielle Andockpunkte für eine sozialarbeiterische „Bespielung“ ▪ umweltpädagogische Angebote in Kitas, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen ▪ Engagement und Mitwirkungsbereitschaft von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern
Kontakt	<p>Peter Schmitt diel Magistrat der Universitätsstadt Marburg Fachbereich Kinder, Jugend und Familie Leistungs- und Qualitätsentwicklung Freie Träger/Soziale Stadt Friedrichstraße 36 35037 Marburg Telefon: 06421/201-1126 E-Mail: peter.schmitt diel@marburg-stadt.de</p> <p>Jürgen Kaiser Magistrat der Universitätsstadt Marburg FD Stadtplanung und Denkmalschutz Barfüßerstraße 11 35037 Marburg Telefon: 06421/201-1629 E-Mail: juergen.kaiser@marburg-stadt.de</p>

4.1 Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Programmgebiets Waldtal

Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, Umweltsituation

Das Programmgebiet der Sozialen Stadt Marburg-Waldtal liegt im Nordosten der Kernstadt. „In Richtung Norden und Osten wird der Stadtteil von den Lahnbergen eingefasst und begrenzt. Die nordöstliche Wohnbebauung schiebt sich in ein Seitental der Lahnberge; die südöstliche Wohnbebauung zieht sich an den Lahnbergen in Terrassenlagen hinauf. Im Norden und Osten grenzt die Bebauung unmittelbar an Grünflächen bzw. forstwirtschaftliches Gebiet, im westlichen Bereich an die Bahntrasse der Main-Weser-Bahn“ (Stadt Marburg o.D.a: 5), an der sich ein Gewerbegebiet entlangzieht. Insbesondere die Bahntrasse bildet eine starke Barriere, die nur durch eine Unterführung überwunden werden kann (ebd.: 6). Eine weitere räumliche Barriere stellt die „Panoramastraße“ zwischen Wohngebiet und umgebenden Wald dar, die das Gebiet im Norden und Nordosten schleifenförmig umschließt. Zudem ist das Wohngebiet von zum Teil starken topographischen Höhenunterschieden geprägt, „die auf kurzen Strecken zu zum Teil erheblichen Steigungen führen“ (ebd.: 5).

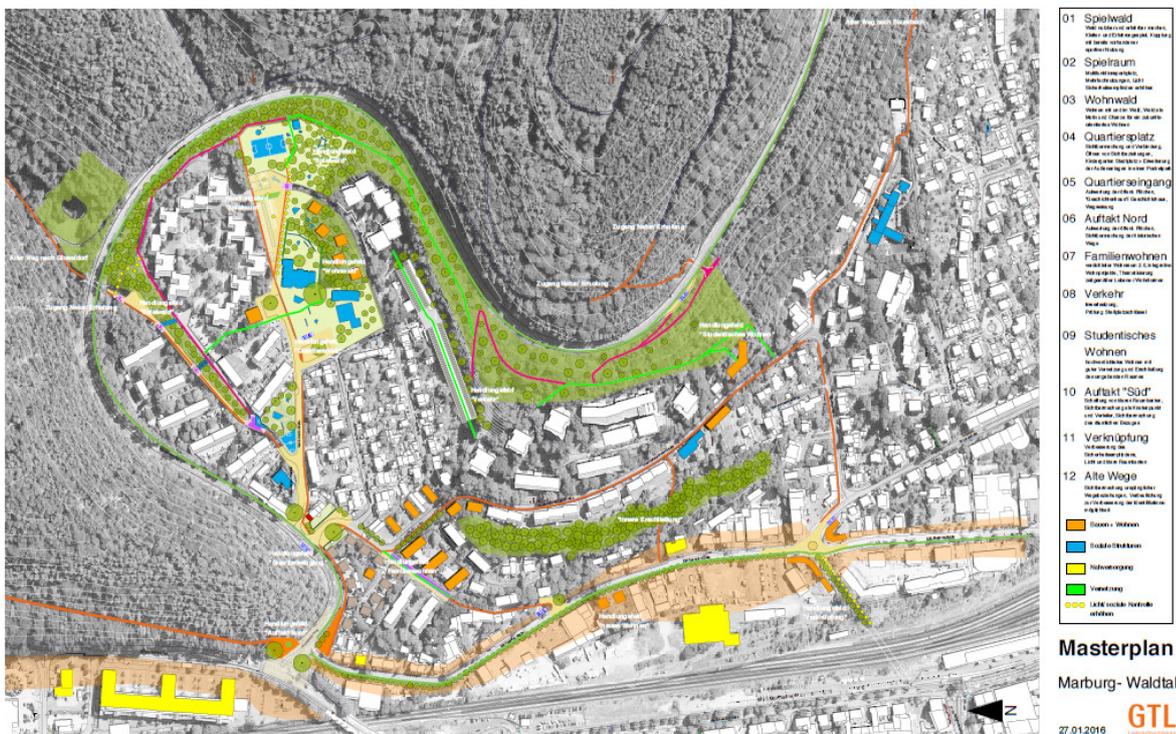
Das Programmgebiet lässt sich grob in drei Siedlungsbereiche unterteilen: Angrenzend zum westlich gelegenen Gewerbegebiet finden sich Gewerbe- und Mischnutzungen. Der Kernbereich des Gebiets wird von der eher im Nordosten liegenden Wohnbebauung gebildet. Hinzu kommt ein im östlichen

und nordöstlichen Randbereich des Waldtals liegendes Sondergebiet für studentisches Wohnen. „Innerhalb der Wohnbebauung sind Einzelquartiere deutlich zu unterscheiden“ (Stadt Marburg 2016a).

Die Wohnbebauung im Kernbereich besteht vor allem aus Geschossbauten des Sozialen Wohnungsbaus der 1950er-Jahre (dreigeschossige Schlichtbauzeilen) neben viergeschossigen Betonbauten der 1970er-Jahre. Die Miet- und Geschossbauten befinden sich im Besitz fünf großer Eigentümer: (kommunale) Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Marburg, GWH mbH (ehemals „Neue Heimat“), Wohnstadt mbH, Deutsche Ennington Südwest (ehemals Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft) und Marburger Spar- und Bauverein. Außerdem liegen in zentraler Lage des Wohngebietes ein Einfamilienhausareal der Nachkriegszeit sowie eine Obdachlosenunterkunft als eine weitere „Insel“ im Stadtteil. In dem Sondergebiet für studentisches Wohnen aus den 1960er-Jahren befinden sich acht Geschosswohnungsbauten, „von denen drei Gebäude als Reihenhäuser und fünf als Punkthäuser angelegt sind. Die Wohnheime des Studentendorfes umfassen bis zu 7 Vollgeschosse. Der Wohnkomplex ‚Karl-Egermann-Haus‘ im nordöstlichen Sondergebiet ist viergeschossig. Alle Wohnheime sind in Betonbauweise errichtet“ (Stadt Marburg o.D.a: 7), ergänzt durch Parkplatzanlagen mit mehr als 550 Stellplätzen.

Als Besonderheit der Programmgebietsausweisung kommt eine Erweiterung im Sinne einer Exklave hinzu: Das Programmgebiet wird nämlich um einen Sportplatz (Fußball) mit Vereinsheim sowie um eine angrenzende Kleingartenanlage ergänzt, die sich ca. einen Kilometer westlich des Programmgebietes im Hochwasserschutzgebiet der Lahnaue befinden. Die Exklave wurde in das Programmgebiet aufgenommen, „da sie für Freizeitnutzungen von Bewohnern des Waldtals, insbesondere auch jüngeren Menschen, eine große Bedeutung hat. (...) Über 50 Prozent der Parzellen des Kleingartengeländes (...) werden von Waldtälern genutzt“ (Stadt Marburg o.D.a: 3f.). Wohngebiet und Exklave werden von Eisenbahntrasse, Gewerbegebiet und einer Bundesstraße getrennt.

Abbildung 18: Programmgebiet Waldtal in Marburg



Quelle: Stadt Marburg 2016

Das Programmgebiet umfasst insgesamt 40,3 ha, von denen 35,4 ha auf das Wohngebiet sowie 4,9 ha auf die Exklave entfallen. Im Wohngebiet leben gut 2.400 Einwohnerinnen bzw. Einwohner – darunter 1.089 Studierende –, was rund 3 Prozent der Einwohnerschaft Marburgs entspricht. Gegenüber dem Jahr 2007 ist die Bevölkerungszahl im Waldtal insgesamt um rund 200 Einwohnerinnen bzw. Einwohner gesunken (Studierende: rund 50 Personen) (Stadt Marburg 2016a).

In dem unmittelbar im Westen des Wohngebiets angrenzenden Gewerbegebiet sind zwei produzierende Betriebe, 16 Unternehmen aus dem Bereich Handel und Gastronomie sowie 16 Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen angesiedelt (Stadt Marburg o.D.a: 5).

Demografische und Sozialstruktur

Rund 45 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner sind Studierende, die in den Waldtaler Studentenwohnheimen leben (Stadt Marburg 2016a). Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Wohnbevölkerung des Gebiets – insbesondere handelt es sich um Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten – beträgt rund 34 Prozent gegenüber einem gesamtstädtischen Mittel von gut 7 Prozent; dieser Wert wird durch die hohe Studierendenzahl kaum beeinflusst. Etwas mehr als 15 Prozent der Gebietsbewohnerschaft bezieht Transferleistungen nach SGB II (ALG II: 12,5 Prozent; Gesamtstadt: rund 6 Prozent). „Bei einer Ausklammerung der Bewohner der Studentenwohnheime kommt man für das Waldtal sogar auf einen Prozentwert von 20,6 Prozent“ (Stadt Marburg o.D.a: 18). Auch der Anteil von Empfangenden von Leistungen nach SGB XII liegt mit (2,7 Prozent) über dem gesamtstädtischen Mittel (Stadt Marburg 2016a). „Addiert man die Zahlen beider Leistungsbereiche, so ist festzustellen, dass über ein Viertel der Waldtäler in einem Kontext von Langzeitarbeitslosigkeit bzw. Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen leben“ (Stadt Marburg o.D.a: 18).

Die Altersstruktur der Gebietsbewohnerschaft wird wesentlich von dem hohen Anteil Studierender mitgeprägt. Ohne den Studierendenanteil ist Waldtal ein im städtischen Vergleich sehr junger Stadtteil: Knapp 19 Prozent der „regulären“ Wohnbevölkerung sind jünger als 18 Jahre (Marburg: gut 15 Prozent). Der Anteil älterer Menschen über 65 Jahre ist dagegen unterdurchschnittlich (rund 11 zu 15 Prozent; Stadt Marburg 2016a).

Eine weitere Besonderheit in der Bevölkerungsstruktur des Programmgebiets liegt darin begründet, dass „hier die Obdachlosen der Stadt in Wohnungen untergebracht sind. Insgesamt 48 Menschen leben in insgesamt 4 durch die Stadt Marburg angemieteten Wohnhäusern (Reihenhausbau in der Eingangssituation des Stadtteils) (...) sowie zwei weiteren Wohnungen (...) im nördlichen Quartiersbereich des Waldtals“ (Stadt Marburg o.D.a: 14).

Insgesamt zeigt das Programmgebiet also eine heterogene Sozialstruktur, „die insbesondere geprägt wird durch die große Sondergruppe der Studierenden, den hohen Anteil an einkommensschwachen Personen und Haushalten, den hohen Ausländeranteil sowie die Gruppe der ehemals Obdachlosen. Seit Frühjahr 2015 wird das Waldtal zunehmend auch Wohnort für Flüchtlinge“ (Stadt Marburg 2016a).

Soziale Infrastruktur

Das Spektrum sozialer Infrastrukturen im Programmgebiet ist vergleichsweise breit und umfasst folgende Einrichtungen (Stadt Marburg o.D.a: 19ff.; Stadt Marburg 2016a):

- ▶ Grundschule „Geschwister-Scholl-Schule“ mit stadtteil- und damit sozialstrukturübergreifendem Einzugsbereich;
- ▶ zwei Kindergärten; davon einer mit gebietsübergreifendem Einzugsbereich, der andere eher lokal ausgerichtet mit einem hohen Anteil von Kindern aus benachteiligten Haushalten;
- ▶ evangelisches Gemeindezentrum der Elisabethkirchengemeinde Waldtal („Missionshaus“);

- ▶ ökumenisches Sozialzentrum „St.-Martin-Haus“ mit Angeboten insbesondere für Jugendliche ab 12 Jahre: Beratungsangebote, Hausaufgaben- und berufsbegleitende Hilfen, (geschlechtsspezifische) Gruppenangebote (offene Jugendarbeit, Projektarbeit, Freizeitangebote etc.); darüber hinaus Raumangebote im Sinne eines Bürgerhauses u.a. für Versammlungen und Familienfeiern;
- ▶ Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. (AKSB), der in fünf angemieteten Wohnungen Angebote in den Bereichen Kinderarbeit (6 - 12 Jahre), Familienberatung, Sozialberatung (u.a. für Obdachlose), Frauengruppenarbeit (u.a. interkulturelle Angebote) sowie – allgemeiner – Stadtteilarbeit vorhält. Der AKSB ist Träger des Quartiersmanagements, organisiert Beteiligungsformate im Stadtteil und ist Träger des eher quartiersbezogenen Kindergartens „Kleine Strolche“;
- ▶ Bürgerverein Waldtalgemeinde e.V. mit rund 100 Mitgliedern: Treffen und Veranstaltungen für Mitglieder, Stadtteilstefen, jährliche Verschönerungsaktionen im Stadtteil, Herausgabe eines Waldtal-Veranstaltungskalenders;
- ▶ „Burschenschaft Waldtal“ (ursprünglich Organisation der Waldtaler Handwerksburschen): u.a. Mitveranstaltung von Stadtteilstefen, Mitarbeit im Stadtteilarbeitskreis;
- ▶ „Kesselhaus“ des Studentenwerkes der Philipps-Universität: Freizeitangebote für Studierende.

Insgesamt stellt die Stadt Marburg fest: „Die Träger der Sozialen Arbeit haben ihre Angebote im Hinblick auf Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen, Senioren; Flüchtlinge und Migranten) und Inhalte gut koordiniert. Dies trifft auch auf den Kooperationsbereich Jugendhilfe/Schule zu“ (Stadt Marburg 2016a).

4.2 Herausforderungen für die Quartiersentwicklung (aus „institutioneller“ Perspektive)

In einer ersten Annäherung an die Herausforderungen, die mit der Entwicklung Waldtals verbunden sind, stellt die Stadt Marburg fest: „Aufgrund seiner Baugeschichte, Baustruktur (u.a. öffentlich geförderter Wohnungsbau, ‚Schlichtbauweise‘) und Besiedlung war und ist das Waldtal zum großen Teil Wohnquartier für einkommensschwache und sozial benachteiligte Gruppen. Dieser ‚historische Aspekt‘ trägt (...) dazu bei, dass sich ein spezifisches negatives ‚Image‘ des Waldtals im öffentlichen Bewusstsein der Stadt festsetzen konnte“ (Stadt Marburg o.D.a: 14; Stadt Marburg 2016a). Im Detail zählen folgende Punkte zu den Herausforderungen der Quartiersentwicklung im Programmgebiet (Stadt Marburg o.D.a: 6 ff.; Stadt Marburg 2016a; Stadt Marburg 2016b; Experteninterviews mit institutionellen Akteuren auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene):

Städtebau und Wohnen

- ▶ stadträumliche Randlage, abgeschlossener Charakter Waldtals („Man lebt in einem Kessel“),
- ▶ Bedarf an Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen im Bereich des Gewerbe- und Mischgebiets; hier auch Sanierungs- und Modernisierungstau bei Gewerbegebäuden,
- ▶ Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei Gebäuden des Miet-/ Geschosswohnungsbaus sowie bei dem Vereinsheim des 1. FC Waldtal (Exklave),
- ▶ räumliche Barrieren Eisenbahntrasse und Panoramastraße, Lärm- und Schadstoffimmissionen durch Bundes- und Panoramastraße; gegebenenfalls zukünftige Problemverschärfung aufgrund Ausweitung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg und in diesem Zusammenhang zu erwartender höherer Verkehrsbelastungen,
- ▶ Verengung des Angebotes preisgünstiger Wohnungen vor Ort, da in einigen Fällen eher an Studierende (WGs) als an benachteiligte Familien vermietet wird,
- ▶ Existenz von „Angsträumen“ im Wohngebiet, davon drei in Übergangs- bzw. Portalsituationen zwischen Stadtteil und umgebenden Räumen,

- ▶ quantitativer und qualitativer Mangel an freizeitbezogener Infrastruktur (u.a. Sportmöglichkeiten) – sowohl absolut als auch im Vergleich mit anderen Marburger Stadtteilen; Erreichbarkeit außerhalb des Quartiers gelegener Sportflächen durch ÖPNV ist eingeschränkt bzw. für Kinder ungeeignet,
- ▶ Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten von Natur- und Naherholungsräumen (Erreichbarkeit, Fortbewegung) aufgrund der topographischen Gebietssituation (Höhenunterschiede/Steigungen; Erschwernisse für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende), Wald jenseits Panoramastraße ist kaum erreichbar und zudem Gefahrengelände (Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg) oder Naturschutzgebiet,
- ▶ lückenhaftes Wegenetz.

Umwelt und Wohnumfeld

- ▶ teilweise Altlastenproblematik im Gewerbegebiet (Bodenverunreinigungen),
- ▶ starke Versiegelung durch überdimensionierte Parkplatzangebote im Bereich des studentischen Wohnens,
- ▶ Verschattung: im Gegensatz zu anderen Marburger Stadtteilen ist das Gebiet bereits relativ früh am Tage verschattet (Kessellage, Baumbestand),
- ▶ eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten von Kleingartengelände und Sportplatz (Exklave) bei periodisch auftretenden Überflutungen durch die Lahn.

Lokalökonomie

- ▶ Geschäftsaufgaben und Fluktuation im Bereich des Gewerbe- und Mischgebiets,
- ▶ Mangel an wohnortnahen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie an Arbeitsplätzen,
- ▶ fehlende Möglichkeiten der Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs aufgrund fehlenden Einzelhandels im Gebiet (Benachteiligung insbesondere mobilitätseingeschränkter Personen),
- ▶ Mangel an gesundheitsbezogener Infrastruktur: u.a. Fehlen einer Arztpraxis für Allgemeinmedizin und einer Apotheke im Gebiet.

Soziales und Zusammenleben

- ▶ sozialstrukturelle Probleme: u.a. Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, geringe Bildungsqualifikation bei einer großen Gruppe der Gebietsbewohnerschaft,
- ▶ Abgrenzungs- und Schließungseffekte zwischen den sozialstrukturell und sozio-ökonomisch unterschiedlich charakterisierten Quartieren innerhalb des Programmgebietes, starke sozialräumliche Differenzierung, Binnensegregation im Programmgebiet (u.a. „Zeilenbauten versus Eigenheimbereich“), teilweise soziale Abgrenzungen innerhalb einzelner Häuserzeilen, Nutzung des Quartiers bleibt teilweise auf einzelne Mikroräume beschränkt,
- ▶ Studierende, die im vom sonstigen Stadtteil räumlich abgegrenzten „Studentendorf“ leben, sind vor allem Ausländerinnen und Ausländer (insbesondere Chinesinnen und Chinesen), die in der Regel möglichst schnell einen Umzug in die Innenstadt anstreben (dadurch erhöhte Fluktuation) und sich daher kaum an Fragen der Quartiersentwicklung beteiligen bzw. mit alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohnern zusammenführen lassen; teilweise Sprach- und Kommunikationsschwierigkeiten; teilweise Konflikte zwischen jugendlichen Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern und Studierenden (Einbrüche in Studentenwohnungen, körperliche Auseinandersetzungen, Sachbeschädigungen an Autos),
- ▶ teilweise fehlende soziale Kontrolle im Gebiet (Gewalt, „Faustrecht“),

- ▶ teilweise Nutzungs-/Interessenkonflikte im öffentlichen Raum (Bolzplatz: Lärm; Aufeinandertreffen von Bevölkerungsgruppen aus sozial-strukturell unterschiedlich geprägten Quartieren),
- ▶ fehlende Orte für Begegnung und Integration (Treffpunkt in Form eines Cafés, Bistros oder Ähnlichem),
- ▶ fehlende Angebote sozialer Gruppenarbeit für Männer und/oder Obdachlose,
- ▶ Herausforderung Integration von Geflüchteten (2016a: rund 40 Personen, davon zehn männliche unbegleitete Minderjährige),
- ▶ negatives Außenimage (u.a. negative Presseberichterstattung; negativstes Gebietsimage in Marburg, „schlechte Adresse“), teilweise auch negatives Binnenimage (aus der Perspektive von Personen, die erst seit kurzem im Gebiet leben und/oder sich in anderen Stadtteilen nicht mit Wohnraum versorgen konnten).

Im Interview hoben die befragten institutionellen Akteure der Programmumsetzung Soziale Stadt einige dieser Aspekte besonders hervor – insbesondere solche, die weniger etwas mit (städtebaulichen) Strukturen als vielmehr mit dem Alltagsleben der Gebietsbevölkerung zu tun haben. Dazu gehört das **Müllentsorgungsverhalten** von Teilen der Quartiersbevölkerung („Müll ist ein ganz großes Thema hier!“): unzureichende Mülltrennung, Vermüllung von Müllplätzen, wenn Abfallbehälter bereits voll sind, „wildes“ Müllablageren außerhalb von Depotbehältern. „Die Abfallproblematik wird dort nicht so wahrgenommen. Die Leute haben nicht das Bewusstsein dafür, dass sie selber einen sehr großen Anteil daran haben, wie es vor Ort aussieht“, lautete ein Erklärungsansatz. „Ich denke, das Bewusstsein ist da – aber es reicht ja schon, wenn von 20 Bewohnern einer seinen gelben Sack in die Papiertonne schmeißt ...“, wurde in einem anderen Gespräch relativiert. „Die einen schmeißen’s weg, die anderen heben’s auf – so ist das halt!“ und „Müllvermeidendes Verhalten muss man sich leisten können – und das können viele Bewohner hier nicht!“, lauteten weitere Statements. Beispielsweise seien günstigere Lebensmittel oftmals aufwändiger verpackt (vorkonfektioniert) als teurere von Frisch- und Obstthecken.

Ein Interviewpartner schilderte seine Beobachtung, wonach viele Jugendliche in Waldtal die Auffassung vertreten: „Da, wo wir sind, muss das so aussehen! Wir sind ja Jugendliche und da muss das so aussehen, sonst fühlen wir uns nicht wohl“ und: „Müll wird fallen gelassen, wo man sich gerade aufhält, selbst wenn man sich zwei Meter neben einem Mülleimer befindet. (...) Es ist [für Jugendliche] uncool, einen Mülleimer zu benutzen“. Als Mitarbeiter/in einer sozialen Einrichtung versuche man zwar, Jugendliche anzusprechen, „wenn sie draußen Sachen fallen lassen vor dem Haus. In ihrer Freizeit, wo keiner dabei ist, machen sie es trotzdem“. Selbst Pfandflaschen würden auf diese Weise entsorgt. Vor diesem Hintergrund gehe es also noch lange nicht um das Thema Mülltrennung, sondern zunächst um eine grundlegende Verhaltenssensibilisierung als Basis dafür.

Insgesamt müsse jedoch differenziert werden zwischen Studierenden sowie Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern in Waldtal, die ein „normales“ Konsum-/Müllverhalten zeigten, und den eher benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Waldtal. Zu Letzteren gehöre auch die Gruppe der Schrotthändler im Gebiet: „Wenn die ‚Schrottlere‘ hier Business machen und ihre Laster auf dem Parkplatz haben, dann landen halt auch Sachen neben dem Laster oder es ergibt sich auf einmal eine Ecke, wo Sachen, die man nicht verwerten kann, einfach vom Laster geladen, nebendran gelegt werden, und keiner fühlt sich verantwortlich. Und dann lebt das vor sich hin, das Zeug. Das ist die andere Seite der Müllverwertungsökonomie im Waldtal“, führte dazu ein Interviewpartner aus.

Schließlich wies ein Gesprächspartner auf die Hundekotproblematik im öffentlichen Raum Waldtals hin. So befinde sich beispielsweise vor dem St. Martin Haus eine Wiese, die im Rahmen der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ Teil eines neuen Quartiersplatzes werden soll. „Momentan ist es einfach eine Hundekotwiese. Die ist halt schön zentral gelegen, man kommt heraus und man muss nicht ins Waldstück laufen, sondern man lässt den Hund darüber laufen.“

Ebenfalls mit Blick auf verhaltensbezogene Herausforderungen in Waldtal wurde von den meisten Interviewpartnerinnen und -partnern das Thema **Gesundheit/Gesundheits- und Ernährungsverhalten** stärker ausgeführt („Das Thema beschäftigt uns seit Jahren!“). Hier stelle das Fehlen gesundheitsbezogener Dienstleistungen/Infrastrukturen vor Ort eine besondere Herausforderung dar, weil einige Quartiersbewohnerinnen und -bewohner Hemmungen hätten, außerhalb des Gebietes Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen. Problematisch sei auch die individuelle Lebensorganisation einiger Bewohnerinnen und Bewohner: „Wir haben Leute, die, wenn die ihre Stütze kriegen, 15 Tage gut leben und die anderen 15 Tage vor sich hin darben, weil sie kein Gefühl dafür haben, sich ihr Geld einzuteilen“. Vielen fehle das Verständnis dafür, beispielsweise durch Selberkochen nicht nur kostengünstig wirtschaften, sondern sich auch gesünder ernähren zu können. Fehlendes Wissen und – in der Folge – fehlendes Bewusstsein für ein gesundes Leben seien auch unter Kindern und Jugendlichen in Waldtal weit verbreitet: „Es gibt Kids, die sich total gegen Gemüse wehren – aber wenn sie es dann selber zubereitet haben und essen, sind sie überrascht, dass es ihnen doch schmeckt“, schilderte ein Interviewpartner seine Erfahrungen. Die Kinder würden es aus ihren Familien nicht anders kennen. „Da ist bei den Eltern schon kein Bewusstsein – wie soll es bei den Kindern anders sein, wenn nicht auch von außen ein bisschen Bewusstsein geschaffen wird?“. Im Bereich der Ernährung spiele für Jugendliche vor allem Fast Food eine große Rolle. Bei Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen zeige sich meist, dass sie Neuem, Unbekanntem gegenüber, auch und gerade mit Blick auf Ernährung, sehr abgeneigt seien, was besondere Zugänge erfordere – dies hebe die große Bedeutung von Kita und Schule hervor.

Gesundheitsgefährdendes Konsumverhalten sei insbesondere bei Jugendlichen zu beobachten: „Viele Jugendliche rauchen bereits seit ihrem 10., 11. Lebensjahr, toleriert von den Eltern („Wir rauchen ja selbst“)“. Zumindest früher sei auch der Zugang zu Drogen und Alkohol relativ weit verbreitet gewesen.

Auch das Thema **Mobilität/Mobilitätsverhalten** wurde von mehreren Interviewpartnerinnen und -partnern weiter ausgeführt. Dabei werden drei Zugänge unterschieden: ÖPNV-/Mobilitätsangebote, Verfügbarkeit eigener Autos, Mobilitätsverhalten. „Die räumliche Mobilität einzelner Bewohnerinnen und Bewohner ist unterschiedlich und hängt von der Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln ab. Viele Bewohnerinnen und Bewohner besitzen kein Auto“, lautete eine Beobachtung, und: „Viele Leute fahren (alte) Autos, beispielsweise um Einkaufsmöglichkeiten oder ihre Arbeitsplätze erreichen zu können. Im Zusammenhang mit dem in Waldtal verbreiteten Schrotthandel gibt es hier viele alte Lkw“. Das Thema Autonutzung – auch unter dem Gesichtspunkt Umweltverhalten – könne nicht pauschalisiert betrachtet werden: Besitz und Nutzung eines Autos seien vielfach notwendig, aber auch Statussymbol; es gebe im Waldtal eine „Gemengelage“, die differenziert betrachtet werden müsse, ergänzte ein anderer Gesprächspartner. Einige Bewohnerinnen und Bewohner seien jedoch in starkem Maße auf das eigene Auto fixiert und zeigten eine nur geringe Bereitschaft, öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu benutzen. „Manchmal sind auch Strecken von nur 100, 200 Metern mit dem Auto zurückgelegt worden, um die Nachbarn zu besuchen“.

Die infrastrukturellen Mobilitätsmöglichkeiten im weitesten Sinne wurden im Interview ambivalent eingeschätzt: Nach Wiedereinführung einer bereits aufgegebenen Busverbindung existiere heute eine „gute“ ÖPNV-Anbindung Waldtals in die Innenstadt, lautete eine Einschätzung – allerdings nur zu den Hauptverkehrszeiten. „In Randzeiten – früher Morgen, Abend, Wochenende – kann man sich aus Waldtal kaum fortbewegen“, relativierte ein anderer Gesprächspartner. Mit Blick auf Fußwegemöglichkeiten wurde u.a. problematisiert, dass ein viel genutzter Schulweg teilweise durch ein Landschaftsschutzgebiet führe, in denen „halb morsche Bäume eine Gefahrenquelle darstellen“. Schließlich wies ein Interviewpartner darauf hin, dass die topografische Situation Waldtals insbesondere älteren Bewohnerinnen und Bewohnern das Fahrradfahren erschweren könne. Hier helfe die Nutzung von E-Bikes, die sich jedoch einkommensärmere Menschen kaum leisten könnten.

Ebenfalls in den Bereich individuellen Verhaltens fällt der Aspekt „**sparsamer Umgang mit Energie**“. Hierzu merkten einige Interviewpartnerinnen und -partner an, die Herausforderung mit Blick auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen bestehe vor allem darin, dass diese ohne für sie spürbare Einspareffekte kaum energiebewusst handelten – für sie spielten Einsparmöglichkeiten zumindest von Heizkosten aus materieller Perspektive keine Rolle, da diese zu 100 Prozent vom Sozialamt getragen werden; es fehle heute also ein Anreizsystem für betroffene Haushalte. Aus ideeller Sicht fehle es an Vorbildern im Stadtteil: „Was sollen Beweggründe für eine Verhaltensänderung sein, wenn das, was ich wahrnehme, für mich als ‚normal‘ gilt? ‚Es geht niemand arbeiten, und das Geld kommt vom Staat ...‘,“

Potenziale und Stärken des Programmgebiets (aus „institutioneller“ Perspektive)

Neben diesen Herausforderungen im städtebaulichen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Bereich findet sich auch eine Reihe von (Entwicklungs-)Potenzialen, über die Waldtal verfügt; dazu gehören (Stadt Marburg o.D.a: 5ff. Stadt Marburg 2016a sowie Experteninterviews mit institutionellen Akteuren auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene):

- ▶ räumliche Nähe zu Bahnhofsviertel und Marburger Nordstadt,
- ▶ „ausreichende“ ÖPNV-Anbindung an die Innenstadt,
- ▶ gute Wegeerschließung innerhalb des Programmgebiets,
- ▶ Anschluss des Stadtteils an das überörtliche Radwegenetz „Ebsdorfergrund – Marburg – Cölbe“,
- ▶ gute naturräumliche Lage, gute Naherholungsmöglichkeiten, gute Grünflächenausstattung („ist nie das Problem gewesen“), Vielzahl von Gärten sowie von Kinderspielflächen; insbesondere das Waldgebiet jenseits der Panoramastraße eignet sich potenziell für Freizeitaktivitäten (Mountainbiken etc.),
- ▶ Entwicklungspotenziale bei Grün- und Freiflächen im Wohngebiet,
- ▶ un- bzw. untergenutzte Parkplätze am „Studentendorf“ können für andere Nutzungen umgestaltet/entsiegelt werden (z.B. Umwandlung zu Bewegungsflächen für Skater); dadurch entstehen auch Potenziale für ein generationenübergreifendes Zusammenkommen von Studierenden und Quartiersbevölkerung,
- ▶ gut angenommener Bolzplatz im Wohngebiet,
- ▶ Kleingartengelände und Sportplatz im Programmgebiet (Exklave),
- ▶ günstige Mieten im Miet-/Geschosswohnungsbau,
- ▶ ausgeprägte Selbsthilfepotenziale bei Teilen der Gebietsbewohnerschaft (z.B. Einrichtung von Mietergärten), starkes bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil („nach außen halten die Walddaler wegen der Stigmatisierung ihres Stadtteils zusammen“)
- ▶ großes Interesse vor allem männlicher Jugendlicher für Sport bzw. Bewegungsangebote,
- ▶ teilweise Bewusstseinswandel bei Ernährungsfragen insbesondere bei weiblichen Jugendlichen.

Abbildung 19: Foto-Impressionen aus dem Marburger Waldtal



Fotos: Thomas Franke

4.3 Programmumsetzung Soziale Stadt in Marburg-Waldtal

Meilensteine der Programmumsetzung

- ▶ 2007: Voruntersuchung
- ▶ 2016: Entwurf Integriertes Entwicklungskonzept

Integriertes Entwicklungskonzept

Das Integrierte Entwicklungskonzept Standort Marburg-Waldtal, das in einem unveröffentlichten Entwurf vorliegt, besteht im Wesentlichen aus einer Gebietsanalyse inklusive Bewertungen im Hinblick auf Herausforderungen und Potenziale sowie dem eigentlichen Handlungskonzept mit sieben Bausteinen (Stadt Marburg 2016a).

Für städtebauliche Belange liegt ein Freiraumplanerisch-Städtebaulicher Masterplan Marburg-Waldtal vor (Stadt Marburg 2016b).

Entwicklungsziele, Maßnahmen und Projekte im Kontext von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit

Entwicklungsziele

Im Folgenden ist dargestellt, welche Ziele, die im Entwurf des Integrierten Entwicklungskonzeptes und seinen Ergänzungen für die einzelnen Handlungsfelder festgelegt wurden, insbesondere zu einer größeren sozialen und ökologischen Gerechtigkeit in Waldtal Gebiet beitragen (können).

Reduzierung sozialer Benachteiligung

- ▶ Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie von Beschäftigungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene,
- ▶ Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Wohnerschaft,
- ▶ Schaffung passgenauer und differenzierter Angebote im Bereich Bildung und Bildungsbegleitung,
- ▶ Öffnung von Schule in den Stadtteil (quartiersbezogenes „Bildungszentrum“),
- ▶ Schaffung von Übergängen Schule-Schule/-Beruf,
- ▶ Stabilisierung, Entwicklung und Aufwertung des Gewerbe- und Mischgebietes,
- ▶ Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben: Freizeit, Kultur, Bildung,
- ▶ Schaffung von Begegnungsräumen im Stadtteil.

Dazu heißt es im Entwurf des Integrierten Entwicklungskonzeptes für Waldtal: „Angesichts des relativ hohen Anteils an Kindern und Jugendlichen und der festgestellten Benachteiligungsstrukturen haben Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung von Bildungsgerechtigkeit und sozialen Teilhabechancen eine hohe Bedeutung“ (Stadt Marburg 2016a):

- ▶ soziale Durchmischung der Gebietsbewohnerschaft,
- ▶ bedarfsgerechte Entwicklung des Wohnungsbestands,
- ▶ Schutz benachteiligter Bevölkerungsgruppen vor Verdrängung,
- ▶ Stärkung der Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten von Mieterinnen und Mieter,
- ▶ Wohnumfeldgestaltung.

Reduzierung von Umweltbelastungen, Klimaanpassung

- ▶ Lärmreduzierung in Waldtal,

- ▶ energetische Optimierung und Klimaschutz,
- ▶ Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes.

Aktivierung und Beteiligung

- ▶ Einrichtung von Beteiligungsformaten, die allen Gebietsbewohnerinnen und -bewohnern offenstehen,
- ▶ Entwicklung von „Praxisfeldern“, die eine aktive Mitgestaltung der Quartiersentwicklung durch die Bewohnerschaft ermöglichen,
- ▶ Einrichtung eines Verfügungsfonds.

Maßnahmen und Projekte

Für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Marburg-Waldtal ist eine Reihe von Projekten und Maßnahmen im sozialen und im Umweltbereich sowie mit Blick auf ein nachhaltiges Umwelt-, Konsum- und Gesundheitsverhalten geplant oder auch bereits umgesetzt worden. Die folgende Zusammenstellung basiert auf dem Entwurf des Integrierten Entwicklungskonzeptes für Waldtal sowie auf Aussagen der interviewten institutionellen Akteure auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene (vgl. Stadt Marburg 2016a; Stadt Marburg 2016b; Stadt Marburg o.D.b; Interviewergebnisse Meso-Ebene):

(Städte-)bauliche Maßnahmen, Wohnumfeldverbesserung, Qualifizierung des öffentlichen Raumes

- ▶ Sozialer Wohnungsneubau (bislang 24 WE in 2015 fertiggestellt),
- ▶ Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Bestand (in Kooperation mit Wohnungsunternehmen),
- ▶ Ersatzneubau für abzureißende Gebäude (mit Standard Barrierefreiheit etc.), städtebaulicher Lückenschluss,
- ▶ Bestandsentwicklung Studentenwohnheime: Neubau eines Apartmentwohnheims für Studierende mit Kindern,
- ▶ Anlage/Aufwertung eines Freizeit-/Sport-Ensembles im nördlichen Quartiersbereich („Trimm-Dich“-Geräte, Aufenthaltspavillon, (inoffizieller) Grillplatz, Bolzplatz),
- ▶ angestrebt: Verbesserung des Wegenetzes (Begehbarkeit – u.a. „Kinderwagentauglichkeit“ –, Beleuchtung und Auflösung von „Angsträumen“ etc.); u.a. Anlage eines Rundweges innerhalb des Quartiers entlang des Waldrandes,
- ▶ Neubau eines Nachbarschaftszentrums am Ort des heutigen St. Martin Hauses als erstes im Rahmen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt geplantes Projekt,
- ▶ Projekt „Soziale Achse“ als „übergreifendes Lebensraum-Konzept“ (ab 2017):
 - Verbindung von Quartierseingang bis zu Freifläche an Panoramastraße,
 - Qualifizierung von Wegen und Wegeverbindungen,
 - Qualifizierung von Grünflächen,
 - Mehrfachnutzung von Parkflächen,
 - Aufwertung von Quartiersplatz, Festwiese und Buswendeplatz;
- ▶ Verbesserung der Nahversorgungssituation,
- ▶ Verbesserung der Ausstattung mit gesundheitsbezogenen Dienstleistungsangeboten (Apotheke, Arzt),
- ▶ Wohnumfeldverbesserung im Zusammenspiel mit Maßnahmen der Wohnungsunternehmen, Beschäftigungsprojekt mit Wohnumfeldbezug.

Energetische Sanierung im Gebäudebestand

- ▶ städtische Wohnungsbaugesellschaft hat vier Häuser saniert und mit Blockheizkraftwerken ausgestattet,
- ▶ geplante Neubauten werden zeitgemäßen Standard aufweisen.

Entwicklung von Grün-, Frei- und Spielflächen (inkl. „Grabeland“-Flächen, interkulturellen Gärten etc.), Begrünung (z.B. in Innenhöfen), Vernetzung von Grünzügen, Renaturierung (z.B. im Zuge von Brachensanierungen)

- ▶ perspektivisch: weitere Anlage von Nutzgärten im Quartier; Suche nach geeigneten Flächen für den Anbau von Gemüse und Früchten zur Selbstnutzung,
- ▶ Blumenschmuckwettbewerb,
- ▶ Verkehrsberuhigung (Försterweg) und Nutzbarmachung von Straßenräumen für Kinder (z.B. Umgestaltung „herkömmlicher“ Straßen zu Spielstraßen),
- ▶ Qualifizierung von Grünbereichen im Böschungsbereich zu einem Spielwald,

Förderung umwelt- und klimafreundlicher Mobilität (u.a. durch die Entwicklung von Fahrradwegenetzen)

- ▶ Verbindung/Verkürzung von Fußwegeverbindungen, Aufwertung der Wegequalität,
- ▶ Ausbau des Radwegenetzes,
- ▶ Einrichtung eines stadtweiten Fahrradverleihsystems mit zwei Stationen in Waldtal (Kooperation von AStA und DB Rent).

Reduzierung der Verkehrslärm- und Luftbelastung

- ▶ stadtweit: Einführung einer Umweltzone in Marburg (inklusive Waldtal) mit der Möglichkeit von Ausnahmeregelungen (betrifft vor allem Schrotthändler),
- ▶ darüber hinaus keine dezidierten Maßnahmen und Projekte in/für Waldtal.

Müllreduzierung und -trennung

- ▶ Thematisierung von Mülltrennung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit als alltägliche Praxis, „Vorleben“ einer „ordentlichen“ Müllentsorgung im St.-Martin-Haus, dazu gezielte Ansprache von Jugendlichen,
- ▶ Heranführung an das Thema und „Verhaltenstraining“ bereits in der Kita („Förderung mit spielerischer Begeisterung“),
- ▶ Optimierung von Müllstellplätzen im Rahmen der Wohnumfeldgestaltung in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen,
- ▶ Frühjahrsputzaktionen unter Bewohnerbeteiligung,
- ▶ Informationsarbeit der Stadt: Haustürgespräche und Verteilung mehrsprachiger Flyer mit Piktogrammen; Fortbildungen/Schulungen von Kitapersonal zum Umweltsachverständigen (stadtweit), Angebot von Exkursionen beispielsweise zu Müllverwertungsanlagen (ebenfalls stadtweit),
- ▶ Abfallberatung: von Pädagoginnen und Pädagogen geschulte Bewohnerinnen und Bewohner (aus dem Kreis benachteiligter Bevölkerungsgruppen; u.a. Ein-Euro-Jobber) kontrollieren Abfallbehälter, nehmen nach Möglichkeit „falschen“ Müll heraus und beraten nach Bedarf vor Ort (im Schnitt einmal jährlich pro betroffener Haushalt),
- ▶ Verlegung von Glassammelsystemen unter die Erde (Verbesserung des optischen Erscheinungsbildes, Lärmreduzierung, Reduzierung von „Andockorten“ für wilde Müllablagerungen).

Umwelt- und Gesundheitsbildung

- ▶ im geplanten Nachbarschaftszentrum: niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten zu Sozialberatung, medizinischer Fachberatung, temporären unterschiedlichen fachärztlichen Leistungen (insbesondere für ältere, weniger mobile Bewohnerinnen und Bewohner von besonderer Bedeutung),
- ▶ Kooperation mit Ärzten und anderen Gesundheitsdienstleistern wie Gesundheits-/Fitnesszentren,
- ▶ Aufklärung zur Gesundheitsförderung in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen,
- ▶ Gesundheitsbezogene Informationsangebote für Familien,
- ▶ Durchführung von Gesundheitsprojekten,
- ▶ Fahrradtrainings und Bewegungsangebote für verschiedene Zielgruppen im Stadtteil.

Beratungsangebote in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Energieeinsparung, Konsumverhalten etc.

- ▶ Heranführung von Müttern an das Thema Kochen und gesunde Ernährung in und durch Kitas,
- ▶ angedacht: Ausbildung von Energielotsinnen und -lotsen durch die Stadtwerke,
- ▶ Verwendung von regionalen Bio-Lebensmitteln in allen städtischen Kindertageseinrichtungen.

Selbsthilfe- bzw. befähigungsorientierte Angebote (z.B. Repair-Cafés, Selbsthilfwerkstätten, Einkaufsgemeinschaften)

- ▶ Repair-Café (soll im Rahmen von BIWAQ auf den Weg gebracht werden),
- ▶ Stadtteilwerkstatt (ebenfalls durch BIWAQ): Herstellung von Produkten (z.B. Beschilderungen für den/im Stadtteil), Qualifizierung,
- ▶ „Vorleben“ von, „Heranführung“ an und „Begleitung“ bei gesunden/bewegungsorientiertem Verhalten im Rahmen der Gemeinwesenarbeit (Beispiel Abendspaziergänge),
- ▶ Gemeinwesenarbeit: viele kleinteilige Ansätze wie Heranführung an Zahnpflege in Kita, ressourcenschonendes Verhalten als Thema in allen Angeboten der GWA; Informationsvermittlung von Umweltzusammenhängen in Kita und vor allem Schule („Wie kommt die Milch in die Tüte?“), Schulwegbegleitung,
- ▶ Durchführung von Kulturprojekten und -veranstaltungen,
- ▶ Einrichtung von „Patenschaften“ für Seniorinnen und Senioren sowie Migrantinnen und Migranten,
- ▶ Einrichtung eines Verfügungsfonds,
- ▶ Einrichtung von Bewohnerschaftsversammlungen,
- ▶ Einrichtung eines „Runden Tisches Waldtal“ (Bewohnerschaftsstammtisch),
- ▶ gegebenenfalls Einrichtung einer Stadtteilkonferenz als Kombination aus Bewohnerschaftsversammlungen und Runden Tisch,
- ▶ „Mehrsprachigkeit“ bei der Ansprache von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern,
- ▶ Einrichtung von Informationsschaukästen,
- ▶ Feste und Veranstaltungen.

Untersuchungsrelevante ergänzende Konzepte der Quartiersentwicklung

Neben dem noch nicht verabschiedeten Entwurf eines Integrierten Entwicklungskonzeptes für Waldtal können potenziell folgende weiteren (gesamtstädtischen) Konzepte für die Quartiersentwicklung im Programmgebiet relevant werden:

- ▶ Freiraumplanerisch-Städtebaulicher Masterplan Marburg-Waldtal
- ▶ Strategiepapier für eine „Gesunde Universitätsstadt Marburg“
- ▶ Integriertes Klimaschutzkonzept für die Universitätsstadt Marburg

- ▶ Luftreinhalteplan für das Gebiet Mittel- und Nordhessen. Teilplan Marburg. 1. Fortschreibung
- ▶ Radverkehrsplanung Universitätsstadt Marburg, 3. Fortschreibung

4.4 Organisation und Management der Programmumsetzung

Kommunalverwaltung

Organisatorisch zentral für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Marburger Waldtal ist auf der Verwaltungsebene ein „Federführungstandem“, das zu gleichen Teilen im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sowie im Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz eingerichtet wurde. Damit können planerische und soziale Belange „aus einer Hand“ verwaltungsseitig angegangen werden.

Eine darüber hinausgehende fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit wurde auf der Verwaltungsebene bislang nicht institutionalisiert. Allerdings ist zur Implementierung des Konzeptes „Umweltgerechtigkeit“ in das Integrierte Entwicklungskonzept Waldtal eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe eingerichtet worden, der neben dem „Führungstandem“ auch ein Vertreter des Fachdienstes Umwelt- und Naturschutz, Fairer Handel und Abfallwirtschaft sowie die Klimaschutzbeauftragte der Stadt Marburg angehören.

Lokales Quartiersmanagement

Das lokale Quartiersmanagement in Marburg-Waldtal liegt in Händen des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte Marburg e.V. (AKSB). Er wurde als „gemeinnütziger Verein, der gemeinsam mit den Menschen aus dem Stadtteil und Partnern aus Politik, Verwaltung und anderen Institutionen und Organisationen an der Verbesserung der Lebenssituation und der Lebensbedingungen im Waldtal arbeitet“ (<http://www.aksb-marburg.de>), im Jahr 1973 ins Leben gerufen und betreibt seitdem Gemeinwesenarbeit inklusive Sozialberatung vor Ort. Zu den Zielen des AKSB gehören unter anderem die Unterstützung bei der Existenzsicherung von Bewohnerinnen und Bewohnern, die gemeinsame Entwicklung ihrer Lebensperspektiven, die Förderung ihrer Kompetenzen, Aktivierung und Beteiligung sowie – allgemein – Stadtteilentwicklung. Der AKSB arbeitet mit Ämtern, Institutionen und Vereinen zusammen und wird von der Stadt Marburg sowie vom Land Hessen finanziert (ebd.).

Empowerment, Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbewohnerschaft und anderer lokaler Akteure

Mit Blick auf Aktivierung und Beteiligungsmöglichkeiten im Waldtal sind – neben einigen Beteiligungsformaten im Zuge der Maßnahmenplanung Soziale Stadt – vor allem die gemeinwesenorientierten Kommunikationsangebote von AKSB, St.-Martin-Haus und anderen sozialen Trägern vor Ort zu nennen. Viele GWA-Aktivitäten zielen auf Empowerment; Gleiches gilt für Einrichtungen wie die Stadtteilwerkstatt oder gesundheits-, ernährungs- und bewegungsorientierte Angebote von Kitas und Schulen (für Kinder und Eltern).

Kooperation zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Quartier erfolgt anlassbezogen durch die involvierten Akteure – vor allem das Federführungs-Tandem für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ und der AKSB vor Ort tauschen sich intensiv miteinander aus.

4.5 Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung

Qualität von Akteursnetzungen/-kooperationen

Einige Interviewpartnerinnen und -partner äußerten sich insbesondere zur Qualität der Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungsbereiche bzw. -akteure. Hier wurde u.a. hervorgehoben, die Vernetzung der Fachbereiche Stadtplanung und Jugend sei durch ihre gemeinsame Federführung der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ bereits strukturell angelegt und insgesamt „wertvoll“. Dagegen habe sich vor allem im Zuge der Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes für das Programmgebiet Waldtal gezeigt, dass die Soziale Stadt für andere Fachbereiche offenbar weniger interessant sei: „Man hat eigene Projekte und erübrigt kaum Zeit für gemeinsame Treffen. Das ist ein schwieriges Thema. Daher gibt es auch immer wieder Verzögerungen. Es ist schwierig, gemeinsame Termine zu koordinieren“, was u.a. an der starken Auslastung des Verwaltungspersonals und an der räumlichen Verteilung der verschiedenen Amtsbereiche über das Stadtgebiet hinweg liege: „Es ist schwierig, kurz zusammenzukommen und sich eine Viertelstunde lang auszutauschen“, was engere Kooperationen behindere.

Trotz bereits erfolgter Vernetzung wurde in einem anderen Interview eine Verbesserung der Schnittstellenfunktion der Koordinationsstellen Soziale Stadt innerhalb der Verwaltung für notwendig erachtet. Gewünscht wurde eine (noch) regelmäßigeren Einladung aller tatsächlich und potenziell für Waldtal relevanten Verwaltungsbereiche nicht nur zu Stadtteilkonferenzen, sondern vor allem auch zu Ortsbegehungen: „Durch die direkte Betroffenheit wird klar, wo ein Handlungsfeld ist, wo man gemeinsam arbeiten kann.“ Intensiver beteiligt werden sollten auch die Wohnungsbaugesellschaften, weil viele Problemlösungen durch sie gesteuert werden könnten (z.B. Mülltrennung, Abfallberatung, Gestaltung von Müllstellplätzen). Ein solcher integrativer Kooperationsansatz könne nicht „sporadisch über einzelne Schreibtische oder Projekte“ funktionieren, sondern müsse im Sinne einer Koordinationsstelle systematisch aufgebaut und gepflegt werden. „Es braucht jemanden, der sagt: ‚Ich bin jetzt der Zuständige, ich mache es und ich lade die entsprechenden Leute dazu ein‘,“. Auch die Aufforderung zu Zuarbeiten beispielsweise über entsprechend aufbereitete Sitzungsprotokolle (anderer Gremien) sei sinnvoll.

Mit Blick auf Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung äußerten einige institutionelle Akteure der Programmumsetzung, eine engere Vernetzung von Verwaltung und Wohnungsbaugesellschaften, die in Waldtal über Bestände verfügen oder hier Neubauten planen, sei wünschenswert. Beispielsweise habe es in der Vergangenheit regelmäßige Treffen zwischen Verwaltung und Wohnungswirtschaft zum Thema Müllentsorgung gegeben, die jedoch wieder eingestellt worden seien. Nun gelte es, Wohnungsunternehmen wieder stärker in die integrative Quartiersentwicklung einzubeziehen und für gemeinsame Ziele, Maßnahmen und Projekte zu gewinnen.

Angebotsqualität/Erfolg von Empowerment, Aktivierung und Beteiligung

Mit Blick auf **Beteiligungsangebote/-formate** in und für Waldtal waren sich alle Interviewpartnerinnen und -partner, die sich zu diesem Punkt äußerten, einig, dass hier sowohl quantitativ als auch qualitativ viel getan wurde und wird. Es würden unterschiedliche Beteiligungsformate – groß- und kleinräumig, generell und zielgruppenspezifisch – u.a. zur Identifizierung von Bedarfen angeboten. Dabei habe man die angebotenen Beteiligungsformen bzw. -formate den Bedarfen der Quartiersbewohnerschaft angepasst: „Zentral sind persönliche Ansprache und der Aufbau von (Vertrauens-)Beziehungen“, lautete dazu ein Statement; „man hat festgestellt: Nur mit Aushängen und Flyern – das kann man sich sparen, das macht gar keinen Sinn. Man muss die Leute direkt ansprechen“, so ein anderer Kommentar. Insbesondere die Erfahrungen der lokalen Gemeinwesenarbeit zeigten, nur über direkte Ansprache durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bzw. im Rahmen kleinerer, damit al-

lerdings auch aufwändigerer Beteiligungsformate – beispielsweise auf Wohnblockebene – könne Beteiligung in Waldtal funktionieren.

Hier allerdings müsse Beteiligung differenzierter betrachtet werden: Die seit den 1960er-Jahren aktive Gemeinwesenarbeit im Stadtteil decke nur einen vergleichsweise kleinen Bereich des Stadtteils ab, während das Programmgebiet Soziale Stadt größer gefasst sei. An diese weiteren Bereiche jedoch „kommt man mit der eingeführten Beteiligungsform GWA nicht heran“, weshalb hier aus Sicht der Verwaltung neue Überlegungen zu geeigneten Beteiligungsangeboten notwendig würden. Schwierig sei derzeit beispielsweise die Einbeziehung von Menschen im sozial-räumlichen Übergangsbereich von Waldtal in benachbarte Gebiete.

Mit Blick auf geplante Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ wurde insbesondere von Verwaltungsseite betont: „Alle Maßnahmen sind abgestimmt und in Beteiligungsverfahren erarbeitet worden. Es wurde nichts von oben aufgestülpt“. Und zum integrierten Entwicklungskonzept heißt es: „Jeder einzelne Baustein ist vorgestellt worden im Stadtteil; die Kritik und Anmerkungen der Bewohner sind aufgenommen worden, und zum Teil ist das Konzept in Einzelbereichen daraufhin auch verändert worden“.

Wie korrespondieren diese Angebote mit der **Beteiligungsbereitschaft** von Bewohnerinnen und Bewohnern? Hierzu zeigen die Interviewergebnisse ein eher ambivalentes Bild: Ein Gesprächspartner der Vor-Ort-Ebene wies darauf hin, bei der Beteiligungsbereitschaft der Waldtaler Quartiersbevölkerung gebe es „Wellenbewegungen“. Das Engagement sei früher tendenziell größer gewesen weil es in der Vergangenheit mehr Bedarfe zu befriedigen gegolten habe. „Man hat manchmal das Gefühl: Wenn man mehr braucht, dann macht man auch mehr mit, und wenn man es hat, wird man vielleicht ein bisschen bequemer“. Auch andere Interviewpartner bestätigen, die Erreichbarkeit der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner sei themenbezogen und hänge vom jeweils individuellen Problemdruck ab. Außerdem hätten einige Quartiersbewohnerinnen und -bewohner „eine gewisse Hemmung mitzumachen. Sie brauchen jemanden, der sie an die Hand nimmt“. Zudem gebe es Bewohnerinnen und Bewohner, die nur schwer erreichbar seien: „Leute, die einfach so ‚durchflutschen‘, die Probleme haben mit ihren Süchten – ‚Multi-Problem-Leute‘, wengleich deren Zahl zurückgeht. Die kriegst Du nicht zu so etwas – die haben ganz andere Probleme!“

Zwar sei die Mitwirkungsbereitschaft in Waldtal insgesamt größer als in vielen anderen Marburger Stadtteilen – nicht zuletzt aufgrund der intensiven lokalen Gemeinwesenarbeit –, allerdings werde sich insgesamt „nicht über Gebühr beteiligt“. Dabei müsse differenziert werden zwischen stärker benachteiligten Bevölkerungsgruppen und beispielsweise den Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern im Programmgebiet, die sich mit der Waldtal-Gemeinde eine eigene Organisationsform geschaffen hätten. Hinzu komme, dass sich die Wahrnehmungen und Wünsche der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner in diesen „Verinselungen“ teilweise stark verfestigt hätten und die Bereitschaft für Neues generell eher begrenzt sei. „Das ist so, das war immer schon so, und das wird auch immer so bleiben“, laute eine verbreitete Einstellung. „Es gibt im Waldtal Familien, die dort seit Generationen leben und den Stadtteil quasi als ihr Eigentum betrachten“, kommentierte dies ein Interviewpartner. Viele Vorstellungen und Interessen der Bewohnerschaft blieben (daher) auf die jeweils eigene soziale Gruppe beschränkt und würden nur für die eigene unmittelbare Wohnumgebung, nicht aber für das Quartier als Ganzes formuliert.

Wie schon beim Thema Beteiligungsbereitschaft zeigte sich auch bei der Einschätzung von **Wirkungen bzw. Erfolgen von Beteiligung** durch die Interviewpartnerinnen und -partner kein einheitliches Bild. Auf der einen Seite wurden Positiveffekte konstatiert: So habe sich aufgrund bisheriger Beteiligungsprozesse das Verhältnis zwischen Vor-Ort- und Verwaltungsebene intensiviert. Insbesondere beteiligungsintensivere (Mikro-)Projekte und das Angebot an Gestaltungsmöglichkeiten im Stadtteil (Bepflanzungen, Gartengestaltung etc. u.a. im Rahmen der Sozialen Stadt und seiner Begleitprogramme) hätten etwas bewirkt: „Da ist doch eine deutliche Aktivierung zumindest bestimmter Gruppen

spürbar“. Auch die Stadtteilwerkstatt, „wo sich Leute treffen und bestimmte Projekte umsetzen können“, habe „eine gewisse Aufbruchsstimmung“ erzeugt, wie von Verwaltungsseite betont wurde.

Auf der anderen Seite wurden insbesondere von Vor-Ort-Akteuren auch kritische Töne angeschlagen. So habe die Verwaltung unmittelbar nach der Programmbewilligung Soziale Stadt zwar mehrere Beteiligungsrunden vor Ort veranstaltet, „aber an der Umsetzung hapert es. Und deshalb wird Beteiligung hier auch, wenn man sich umhört, als etwas Scheinheiliges angesehen, als etwas, das gemacht werden muss, aber in der Wirkung dann doch nicht so beteiligend ist“, lautete eine Beobachtung. „Dann sitzt man da und bringt Sachen ein – und drei Monate später redet man über dieselben Sachen und bekommt dieselben Antworten: dass das noch geklärt werden muss und dass sie [die Verwaltung] jetzt keine Zusage machen können und dass das nicht im Budget ist und dass das Budget erst später geklärt wird ...“. Vor diesem Hintergrund lasse die Beteiligungsbereitschaft stark nach, „weil alles so entzerrt wird und man keine Wirksamkeit wahrnimmt“. Die sehr offene Herangehensweise habe eventuell zu einer Überforderung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner geführt, weshalb eine stärkere Vorstrukturierung durch die Verwaltung gegebenenfalls zielführender gewesen wäre: „Man muss den Leuten ganz konkret sagen können: ‚Wir haben soundso viel Budget‘. Und das ist bei der Sozialen Stadt falsch gelaufen. Da wurden Erwartungen geweckt, die gar nicht zu erfüllen sind“. Ein Akteur der Quartiersebene fasste es so zusammen: „Man muss mehr Vorarbeit leisten und diese ganzen Sachen, die lange geklärt werden müssen, vorher klären, bevor man alles an die große Glocke hängt“.

Aus Sicht der Verwaltung kommen Informationen zu Beteiligungsprozessen manchmal nicht überall im Quartier an – „obwohl sich die Akteure vor Ort alle Mühe geben und Bewohnerinnen und Bewohner zum Teil persönlich ansprechen“. Benötigt würden (daher) spezifischere Zugangsformen, um mit der Bewohnerschaft ins Gespräch zu kommen. Andererseits zeigten institutionelle Vor-Ort-Akteure manches Mal eine nur geringe Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen: „Ich habe im Waldtal immer wieder die Rückmeldung bekommen: ‚Das wissen wir besser, was gut für das Waldtal ist‘“, kommentierte dies ein Interviewpartner.

Fördernde und hemmende Rahmenbedingungen

Von den befragten Akteuren auf der Meso-Ebene wurden im Wesentlichen zwei übergeordnete Rahmenbedingungen genannt, die (zurzeit) eine „ideale“ Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ und damit eine integrierte Quartiersentwicklung – auch unter dem Aspekt Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit – eher einschränken. Dies ist zum einen die kommunale Haushaltsperre in Marburg, die gegenwärtig eine Finanzierung zentraler Maßnahmen (nicht nur) in Waldtal erschwere. Betroffen sei vor allem die Realisierung des hier geplanten Nachbarschaftszentrums, das von der großen Mehrheit der befragten Akteure als Schlüsselprojekt für die Quartiersentwicklung bzw. die Programmumsetzung Soziale Stadt im Programmgebiet gesehen wird: „Ohne ein solches Zentrum geht es im Waldtal gar nicht!“, bemerkte ein Vor-Ort-Akteur, denn für Beteiligungsprozesse und Versammlungen oder auch die Konzipierung von Projekten fehlten vor Ort geeignete (zentrale) Räumlichkeiten – die verschiedenen lokalen Träger/Institutionen stießen bereits an ihre räumlichen Kapazitätsgrenzen.

Abbildung 20: Soziale Infrastrukturen: AKSB, ISA-Werkstatt, St. Martin-Haus, Hinweis auf Stadtteilwerkstatt (oben links bis unten rechts)



Fotos: Thomas Franke

Zum anderen wurden die Bedingungen der Städtebauförderung und speziell des Programms „Soziale Stadt“ als nicht immer förderlich für die konkrete Umsetzung thematisiert. So sei in der Regel die zeitlich befristete Laufzeit von Förderprogrammen problematisch: „Da wird etwas drei, vier Jahre gemacht – und dann auf einmal ist es zu Ende und es stirbt alles wieder“, schilderte ein Interviewpartner seine Erfahrungen. Der Umgang mit „Fördermitteln frisst so viel Zeit und Energie, und es schafft Unsicherheiten und Abhängigkeiten“, lautete ein anderer Kommentar. Außerdem bedingten die investive Ausrichtung von Programmen der Städtebauförderung wie der Sozialen Stadt thematisch (stark) eingeschränkte Förderungsmöglichkeiten vor Ort: „Soziale Projekte sind durch die Soziale Stadt ja gar nicht möglich; hier geht es um bauliche Maßnahmen!“, problematisierte ein Gesprächspartner. Potenziale im sozialen Bereich könnten jedoch nur dann entwickelt werden, wenn mehr Mittel im sozial-integrativen Bereich und vor allem auch personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden: „Verhaltensänderungen“ an der Schnittstelle soziale Lage/Umwelt könnten vor allem durch Begleitung, Vorleben, Möglichkeiten des „Mitlebens“ bewirkt werden, während investive Mittel eher in die Stärkung (baulicher) Strukturen – also eine Änderung der „Verhältnisse“ – fließen. Ein anderer Inter-

viewpartner betonte, es sei zwar notwendig, zunächst die erforderlichen baulichen Maßnahmen durchzuführen und Infrastrukturen zu schaffen – in Waldtal u.a. im Hinblick auf Mobilität, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. „Aber sobald das gewährleistet ist, heißt das noch lange nicht, dass die Leute ihre Konsummuster und ihre Verhaltensmuster ändern. Und deshalb muss so etwas einhergehen mit Bildungs- und Erziehungsarbeit, mit Sozialarbeit, mit Inhalten, die schon in der Kita platziert werden.“

Schließlich wurde im Interview die Rolle des Ehrenamtes bei der Bewältigung (öffentlicher?) Aufgaben thematisiert und auch problematisiert: Viele Verbesserungen im öffentlichen Raum würden auf ehrenamtlicher Basis realisiert (Müllaufsammeln, Grünpflege etc.). Dieses Aufgabenspektrum lasse sich problemlos erweitern, und es fänden sich vor Ort auch Menschen mit entsprechenden Kompetenzen, die diese Aufgaben übernehmen könnten – allerdings werde das rein ehrenamtliche Engagement auf Dauer überstrapaziert. Notwendig seien daher Entlohnungsmöglichkeiten (auf niedrigem Niveau), wofür jedoch die finanziellen Ressourcen fehlten.

Damit wurde die Frage von Motivationen und Anreizsystemen angesprochen. Auf der nicht-materiellen, normativen Ebene müsse gefragt werden, aus wessen Perspektive die Zielsetzungen, die auch dem hier dargestellten Forschungsvorhaben zu Grunde liegen, formuliert werden: „Für wen ist das eine Lebensqualitätssteigerung? Aus unserer Sicht natürlich! Für die [Benachteiligten] ist es vielleicht eine Lebensqualitätssteigerung, wenn sie jeden Tag zu McDonald's gehen können, wenn sie sich das leisten können“, lautete eine Interviewaussage dazu, und „nur weil man jetzt einen Edeka in der Nachbarschaft hat, gewöhnt sich ein 40-Jähriger nicht einen anderen Lebensstil an“, bemerkte ein anderer Interviewpartner. Vor diesem Hintergrund müssten für ein verändertes Umweltverhalten Anreize geschaffen werden, die in der Lebenswelt der Betroffenen wirksam werden – kurz gefragt: „Was haben die Leute davon?“ – wenn beispielsweise Heizkostenrückzahlungen an die JobCenter zurückgeführt werden.

4.6 Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner

Aus lebensweltlich-typologischer Sicht ist die Bevölkerungsstruktur von Marburg-Waldtal durch die Dominanz einiger spezifischer Milieus gekennzeichnet:

- ▶ „Deutschstämmiges Prekariat“
- ▶ „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“
- ▶ „Traditionelles Arbeiter- und Kleinbürgermilieu“
- ▶ „Prekäre deutschstämmige Jugendliche“
- ▶ „Hermetische Subkulturen“, hier ein Bevölkerungsteil (von den Bewohnerinnen und Bewohnern oft „Schrotter“ genannt), dessen Lebensgrundlage die Verwertung von Altmetall und anderen Altmaterialien ist und dessen Präsenz durch die große Zahl entsprechender Kraftfahrzeuge im Erscheinungsbild des Stadtteils unübersehbar ist.

(vgl. die Beschreibungen in Kap. I 3.2.3 „Relevante Teilgruppen in sozial benachteiligten Stadtquartieren“). Dabei ist festzuhalten, dass die Umweltorientierungen der Bewohnerschaft im Wesentlichen im abstrakten Anerkennen einer sozialen Norm bestehen, die sich aber kaum im Sinne eines bewussten Handelns auf das Alltagsverhalten auswirkt. Eine sozial-ökologische Perspektive wird in Marburg-Waldtal daher fast ausschließlich von den dort tätigen Gemeinwohlakteuren und dem Quartiersmanagement eingebracht.

Übereinstimmend beschrieben werden die **engen sozialen Kontakte** aufgrund des dörflichen Charakters von Waldtal: „Das ist eine eigene kleine Welt hier“; man kennt sich untereinander, zumindest vom Sehen, die alltägliche Nachbarschaftshilfe funktioniert weitgehend, der Umgang mit anderen Bevölke-

rungsgruppen oder mit Leuten, „die schräg drauf sind“, wird als freundlich und tolerant beschrieben. Vor allem die befragten Jugendlichen betonen den guten Zusammenhalt der Waldtaler nach außen. Auch die Gruppe der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler (vor allem aus Russland und der Ukraine) artikuliert ihre Zufriedenheit mit dem Stadtteil und ihrer dortigen Community.

Allerdings leidet Waldtal unter der Isolierung vom übrigen Stadtgebiet und dem schlechten **Außenimage**. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene identifizieren sich einerseits stark mit ihrem Stadtteil, andererseits leiden sie unter der Stigmatisierung als Waldtalerin oder Waldtaler: „Man ist mit Vorurteilen konfrontiert, wenn man in Waldtal lebt, auch in der Schule. Wenn man aus einer bestimmten Straße kommt, ist es immer schwierig, einen Job zu bekommen“.

Nach Aussage etlicher „Ureinwohnerinnen“ und „Ureinwohner“ von Waldtal hat sich die Situation in den letzten Jahren wesentlich verbessert: weniger Kriminalität, eine bessere soziale Infrastruktur, viele (Betreuungs-)Angebote für Kinder und Jugendliche und weitere soziale Gruppen. „Die Menschen sind hier sozialer geworden“. Das Waldtal ist aus ihrer Sicht bunter und schöner geworden: Bänke und Blumenkübel wurden aufgestellt, Bewohnerinnen und Bewohner erfolgreich animiert, ihre Balkone zu bepflanzen. Einzelne beklagen jedoch einen gewissen Eindruck der Verwahrlosung, die sie auch den Baugesellschaften anlasten, die zu wenig für die Pflege ihres Gebäudebestands samt Umfeld tun würden. Problematisch bleibt die weitgehende Nichtintegration der „hermetischen Subkultur“ der „Schrottlerr“.

Abbildung 21: Mieterinnen und Mieter haben ihr Wohnumfeld gestaltet



Fotos: Thomas Franke

Waldtal wird als „grüne Oase“ mit üppiger **Natur** und schönem Waldbestand beschrieben. Dies lädt Jung und Alt zur Nutzung ein und bietet einen wichtigen Erholungsfaktor. „Es ist hier wie eine Kur. Sehr viel Grün, gute Luft und ruhig“, Die Nähe zum Wald und zur Natur, das von Grün geprägte Bild des Stadtteils, gilt als großes Plus und trägt dazu bei, dass Waldtal von der Bewohnerschaft als lebenswert wahrgenommen wird – auch durch die als hervorragend beschriebene Luftqualität. Dadurch kann sich bei Kindern und Jugendlichen ein guter Bezug zur Natur entwickeln, ihnen bieten sich Chancen für Entdeckungen und kleine Abenteuer (Baumhaus bauen, Kaulquappen fangen).

Das üppige Grün der vielen „wild wuchernden“ Bäume und Sträucher droht allerdings Überhand zu nehmen. Ein Teil der Wohnungen gilt als verschattet. Vonseiten der Befragten wird deshalb häufig gefordert, dass die Baugesellschaften als Vermieter und/oder die Stadt aktiv werden sollten und das Grün auf ein vernünftiges Maß zurückschneiden, zumal auch einige Wege als unübersichtliche Angsträume gelten, die gemieden werden. „Bei den vor 30 Jahren gebauten Wohnhäusern sind Bäume und Büsche gepflanzt worden, die keine Sonne hereinlassen, und Angsträume schaffen. Wo es dunkel ist, geht keiner gern entlang. Da könnte man gezielt rückschneiden und auslichten“.

Von allen Seiten gelobt wird die Arbeit des **Quartiersmanagements** (AKSB), das in Waldtal eine wichtige integrative und aktivierende Rolle spielt: „*Ohne den AKSB wäre hier Chaos*“. Die intensive Sozial- und Jugendarbeit macht sich in den Augen der Befragten positiv bemerkbar. Es werden vielfältige Angebote geschaffen für Kinder und Jugendliche, aber auch für andere Waldtal-spezifische gesellschaftliche Gruppen, die gut angenommen werden. So gibt es Kochkurse oder eine Selberrmach-Werkstätte. Dies verhilft zu mehr Selbstbewusstsein („Würde“), Identifikation und Achtsamkeit und hebt die Potenziale für Eigeninitiative und Solidarität an. „*Ich wundere mich, wie gut das Miteinander in Waldtal funktioniert. In erster Linie hat die soziale Arbeit vor Ort dazu beigetragen. Ansatz ist, die Menschen zusammen zu bringen und zu vernetzen. Die Menschen haben gegenseitig eine große Toleranz bei aller Kleinkariertheit*“.

Abbildung 22: Sitz- und Liegebank



Foto: Michael Schipperges

Durch verschiedene Beteiligungsformate werden Wünsche, Ideen und Aufgabenbereiche erfasst und aufgenommen. Dabei zeigen sich allerdings auch konkurrierende Interessen verschiedener Gruppen. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene beklagen mitunter eine Pseudobeteiligung: Sie werden zwar gehört und können Wünsche und Bedürfnisse äußern, danach wird dann etwas Anderes umgesetzt. „*Von außen wird Waldtal irgendwie etwas Gutes getan und das ist dann gerade nicht das Wichtigste, oder die Waldtaler selber hätten etwas Anderes gemacht. Es wird halt irgendwas gemacht, aber nicht das, was eigentlich gewollt wird*“.

So gibt es bisher keinen anständigen Rasen-Bolzplatz, obwohl **Fußball**/Basketball besonders bei Migranten eine wichtige Rolle spielen. Eine Anregung ist auch, stärker darauf zu setzen, Jugendliche ihre Ideen selbst umsetzen und gestalten zu lassen (Renovierungen, Baumhaus) und dafür nur Materialien oder einen finanziellen Zuschuss bereitzustellen – und nicht fertige Gerätschaften zu platzieren. Dabei könnte eine sinnvolle Hilfestellung darin bestehen, dass verbindliche Abmachungen mit den Jugendlichen vereinbart werden und darauf gedrungen wird, dass sie eingehalten werden und das Engagement der Beteiligten über eine spontane Begeisterung hinaus erfolgt. „*Dass man die Leute aus dem Stadtteil miteinbezieht in die Arbeit und das auch irgendwie versucht verbindlich zu machen, wenn irgendwas renoviert werden soll oder Jugendarbeit gemacht wird*“.

Kinderspielplätze, Sport- und Erholungsplätze sind aus Sicht der Befragten ausreichend vorhanden, die installierten Sportgeräte im Freien sowie der Grillplatz werden gerne genutzt. Vielfältig angebotene Kochkurse und Kochrunden für unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen, Geflüchtete) sind eine wichtige Gelegenheit für nachbarschaftliche Kontakte und soziale Vernetzung. Auch die Reparatur/Holz-Werkstatt und der Leihservice für Geräte und Werkzeuge gelten als sinnvoll-

les Angebot. Das geplante Nachbarschaftszentrum wird von vielen sehnsüchtig erwartet: erhofft wird eine bessere informelle Kommunikation über ein Café und einen zentralen Platz. Auch ein kulturelles Angebot und zusätzliche (VHS-) Kursangebote stehen auf der Wunschliste.

Abbildung 23: Kinderspielplatz



Foto: Thomas Franke

Müll ist nur partiell ein Thema. Beschrieben wird eine fehlende oder falsche Mülltrennung – die vor allem von Neumigrantinnen und -migranten und bestimmten Subkulturen nicht beherrscht oder angewendet wird. Dazu kommen fehlende oder zu kleine Mülltonnen (mehrfach berichtet wird, dass vorhandene Mülltonnen durch kleinere ersetzt worden sind, die den Müll nicht fassen können). Daneben wird berichtet, dass sich an bestimmten Stellen immer wieder wilde Sperrmüllecken bilden, die nicht zeitnah beseitigt werden. Vielfach genannt wird das Problem uneinsichtiger Hundehalterinnen und Hundehalter, die die Grünflächen und vor allem die Spielplätze „als Hundekackplätze missbrauchen“.

Parkplätze sind ein Thema: Teilweise wird ein Parkplatzmangel beklagt, trotz faktischen Überangebots. Die Uralt-Lkw der „Schrottlern“ stehen auf der Straße und werden dort auch repariert. Dies erzeugt Müll und Ölverschmutzung und vermittelt einen ungepflegten Eindruck. Gefordert wird eine spezielle Fläche oder eine Werkstatt für die „Schrottlern“ zum Reparieren ihrer Lkw.

Mieterinnen und Mieter aus der Wohnblockbebauung der Baugesellschaften beklagen teilweise die hohen **Heizkosten** aufgrund der schlechten Isolierung und fehlenden Dämmung: „*Ich habe selbst das Problem, teilweise im Winter mit Decken dazusitzen, um die Heizung nicht anzumachen und trotzdem kommt die Nachzahlung. [...] Vermutlich schlecht isolierte Häuser und undichte Fenster, die Wohngesellschaften kümmern sich nicht*“.

Die Anbindung an die anderen Stadtteile über den ÖPNV ist zufriedenstellend. Eine Verdichtung der Bushaltstellen im oberen Teil würde die Wege kürzer machen und begrüßt werden. Der Bahnhof kann problemlos zu Fuß erreicht werden.

Abbildung 24: Parkplätze



Foto: Michael Schipperges

4.7 Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort

Insgesamt zeigt sich, dass Marburg-Waldtal ein typisches Programmgebiet der Sozialen Stadt ist. Vielfältige Herausforderungen im sozialen, sozialstrukturellen und gesundheitsbezogenen Bereich gehören neben einem besonderen Entwicklungsbedarf mit Blick auf die bauliche-städtebauliche, wohnungsmarktbezogene und lokalökonomische Situation ebenso zu den Herausforderungen der Quartiersentwicklung wie eine in Teilen schwierige Umweltsituation (Lärm- und Schadstoffemissionen von Hauptverkehrsstraßen, teilweise fehlende oder qualitativ mangelhafte Fuß- und Radwege etc.).

An der Schnittstelle von sozialer Lage und Umwelt(schutz) hoben die professionellen Akteure der Programmumsetzung Soziale Stadt vor allem fünf Punkte als besonders problematisch hervor:

- ▶ Barrierewirkungen von Hauptverkehrsstraßen zwischen Wohn- und Naherholungsgebieten,
- ▶ Vermüllung des öffentlichen Raumes (Sperrmüll auf Straßen) und meist nicht funktionierende Mülltrennung,
- ▶ wenig gesundheitsförderliches Ernährungsverhalten insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (teilweise aus Unkenntnis), zum Teil Risikoverhalten (Tabak, Alkohol),
- ▶ teilweise umweltbelastendes und/oder wenig gesundheitsförderndes Mobilitätsverhalten („Auto- statt Fahrradnutzung“ etc.),
- ▶ teilweise umweltbelastender Energieverbrauch (Heizverhalten).

Die Sicht „betroffener“, in die Untersuchung einbezogener Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die im Waldtal leben, entspricht in Teilen diesen Einschätzungen. Bei den Umweltthemen wird das Waldtal vor allem als „grüne Oase“ empfunden – viel Grün, Nähe zum Wald, gute Luft –, wenngleich hier stellenweise auch ein „Zuviel“ problematisiert wird: Bäume verschatten das Wohngebiet, „wuchernde“ Grünflächen wirken ungepflegt. Die Müll- und Hundekotproblematik wird aus der Perspektive der in die Untersuchung einbezogenen Personen bestätigt, erscheint aber in den Interviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern weniger „dramatisch“ als in den Gesprächen mit institutionalisierten Akteuren der Programmumsetzung.

Maßnahmen und Projekte im Programmgebiet – viele von ihnen befinden sich noch in der Konzeptphase – fokussier(t)en u.a. auf bauliche Maßnahmen im Wohnungsbestand und auf Wohnungsneubau,

auf die Qualifizierung des Wohnumfeldes bzw. des öffentlichen Raumes (inklusive Straßen-, Wege- und Platzgestaltungen), auf energetische Sanierung, die Qualifizierung von Grünanlagen inklusive Nachbarschaftsgärten, die Themen Müllreduzierung und -trennung sowie in einem starken Maße auch auf Umwelt- und Gesundheitsbildung sowie – allgemein – Empowerment.

In den Gesprächen mit Bewohnerinnen und Bewohnern Waldtals wurden vor allem die vielfältigen Gemeinwesenansätze vor Ort positiv hervorgehoben. Mit Blick auf die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Projekte wurde u.a. eine intensivere Pflege von Grünflächen gewünscht; auch die Qualifizierung von Sportanlagen im Gebiet ist offenbar seit längerem ein bislang weitgehend unerfüllter Wunsch „von unten“.

Mit Blick auf die Vernetzung professioneller und nicht-professioneller Akteure der Quartiersentwicklung – inklusive Quartiersbewohnerschaft – zeigen sich für Marburg-Waldtal gute Ansätze. Allerdings wird von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, den umfangreichen und offenen Beteiligungsangeboten der jüngsten Vergangenheit nun auch „Taten“ folgen lassen zu müssen. Generell erscheint es notwendig, die Quartiersebene intensiver darüber zu informieren, wann welche Maßnahmen und Projekte in welcher Form und Qualität realisiert werden bzw. – umgekehrt – welche Wünsche aus der Bewohnerschaft aus welchen Gründen nicht umsetzbar sind.

Für „Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit“ finden sich in Marburg-Waldtal viele Anknüpfungspunkte, die vor allem von Kita und Schule, Gemeinwesen- und Jugendarbeit bereits intensiv genutzt werden. Für ein „Mehr“ insbesondere der Zusammenarbeit von institutionellen Akteuren und Quartiersbewohnerschaft fehlen jedoch personelle und materielle Ressourcen. An dieser Stelle kann geprüft werden, inwieweit Umweltakteure außerhalb von Verwaltung, Kita und Schule hier aktiv werden können, um Angebote an der inhaltlichen Schnittstelle „Umwelt und Soziales“ zu entwickeln. Dies müsste allerdings im Sinne des sozialräumlichen, integrativen Ansatzes im Rahmen der bestehenden Vernetzungs- und Koordinierungsstrukturen als organisationale Schnittstelle bzw. „An-dockpunkt“ geschehen.

5 Merzig: Quartier Schalthaussiedlung

Grunddaten zu Kommune und Gebiet

Kommune, Bundesland	Merzig, Saarland
Programmgebiet	Stadtmitte und Schalthaussiedlung
Aufnahme in das Programm Soziale Stadt	1999 (abgeschlossen: 2015)
Einsatz weiterer Programme (der Städtebauförderung)	LOS-Programms des Bundesfamilienministeriums Programm „Initiative Zukunft, Bildung und Betreuung 2003-2007“ ESF Mittel der Kreisagentur für Arbeit IZBB-Investitionsprogramm des Bundes (Initiative Zukunft, Bildung und Betreuung)
Einwohnerzahl Gesamtstadt	29.715 (Stand: 2015)
Einwohnerzahl Programmgebiet	8.502 Einwohner (Stand: 2008)

Kommune, Bundesland	Merzig, Saarland
Sozialstruktur Programmgebiet	<ul style="list-style-type: none"> ▪ tendenzieller Bevölkerungsrückgang ▪ überdurchschnittliche Anteile von <ul style="list-style-type: none"> – Menschen mit Migrationshintergrund – Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen – (Jugend- bzw. Langzeit-)Arbeitslosigkeit
(themenrelevante) Herausforderungen für die Quartiersent- wicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „problematisches“ Umweltverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung („wilde“ Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum, unzureichende Mülltrennung) ▪ unzureichendes/riskantes Ernährungs- und Gesundheitsverhalten von Teilen der Quartiersbevölkerung (u.a. Drogen- bzw. Alkoholproblematik) ▪ unzureichendes Angebot an Freizeit- und Begegnungsräumen ▪ Lärm- und Schadstoffemissionen im Bereich von Hauptverkehrsstraßen ▪ unzureichende ÖPNV-Anbindung an die Innenstadt ▪ weite Wege zu Versorgungseinrichtungen u.a. des täglichen Bedarfs
(themenrelevante) Potenziale der Quar- tiersentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ günstige stadträumliche Lage ▪ Flächen mit Qualifizierungspotenzialen (Begrünung, Urban Gardening etc.) ▪ günstige Mieten ▪ (Infra-)Strukturen als potenzielle Andockpunkte für eine sozialarbeiterische „Bespielung“ ▪ umweltpädagogische Angebote in Kitas, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen ▪ Engagement und Mitwirkungsbereitschaft von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern
Kontakt	Thomas Cappel Kreisstadt Merzig Ressort 30 Stadtentwicklung, Bauwesen und Umwelt Fachbereich Stadtplanung und Umwelt Brauerstraße 5 66683 Merzig (Saarland) Telefon: 06861/85-470 Fax: 06861/85-11470 E-Mail: t.cappel@merzig.de

5.1 Ausgangssituation: Entwicklung und Struktur des Gebiets „Stadtmitte und Schalthaussiedlung“

Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, Umweltsituation

Im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreform wurde die Stadt Merzig im Jahr 1974 mit 16 Umlandgemeinden zur neuen Kreisstadt Merzig vereinigt.

Die Kreisstadt Merzig ist seit 1999 am Programm „Soziale Stadt“ beteiligt. Im Jahr 2004 wurde der Gebietszuschnitt als Ergebnis der Zwischenevaluierung von 2003 geändert. Die Bereiche um die „Rieffstraße“ und Teile der „Saarbrücker Allee“ mit dem Logistikzentrum der Firma Villeroy & Boch wurden

als überwiegend gewerblich genutzte Flächen aus dem Fördergebiet herausgenommen und stattdessen ein Teilbereich des Wohngebietes „Gipsberg“ (Straßenzüge „Zum Gipsberg“ und „An der Lehmkaul“) und das Wohngebiet „Schinkenloch“ mit den Bereichen um die Straßenzüge „Waldstraße“ und „Zum Reisberg“ in das Programmgebiet aufgenommen. In den neu hinzugekommenen Bereichen lebt ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Aussiedlerinnen und Aussiedlern. Die damit verbundenen Herausforderungen in Bezug auf Integration und Förderung insbesondere von Jugendlichen waren ausschlaggebende Faktoren für die Veränderung des Gebietszuschnitts (GIU 2007: 4).

Das Programmgebiet Soziale Stadt Merzig umfasste zuletzt nahezu die gesamte Merziger Kernstadt, in welchem auf einer Fläche von ca. 245 Hektar etwa 8.500 Einwohner leben. Es setzt sich aus verschiedenen „Aktionsbereichen“ zusammen (vgl. Karte 7):

- ▶ Merziger City (A),
- ▶ Schalthausiedlung (B) als eigentlicher Kern des Programms Soziale Stadt,
- ▶ Grünzug „Blätzelborn“ entlang der Saar (C),
- ▶ östliche Kernstadt entlang von Torstraße und Losheimer Straße sowie das V&B Betriebsgelände „Rotensteiner Weg“ (D),
- ▶ südliche Kernstadt und die Wohngebiete am „Gipsberg“ (E) sowie
- ▶ nördliche Kernstadt, die Gebiete um die SHG-Kliniken und die Wohn-quartiere „Schinkenloch“ (F) (GIU 2011: 3).

Die Kreisstadt Merzig im Nordwesten des Saarlands in Nachbarschaft zu Frankreich und Luxemburg. Merzig bildet als Kreisstadt den Verwaltungssitz des Landkreises Merzig-Wadern. Das Stadtgebiet mit einer Größe von etwa 108 km² wird durch die Saar zweigeteilt. Die Kreisstadt Merzig ist als Mittelzentrum eingestuft und deckt den gehoben Bedarf an Gütern und Dienstleistungen für ihren Verflechtungsbereich, der die Stadtteile von Merzig sowie die Gemeindebezirke von Losheim, Mettlach, Perl und Beckingen umfasst. Merzig ist damit das Versorgungszentrum für rund 80.000 Menschen (Kernplan GmbH 2014: 10).

In Merzig arbeiten etwa 12.000 Beschäftigte und 4.500 Einpendlerinnen und Einpendler aus den benachbarten Gemeinden und aus Frankreich. Zu den größten Arbeitgebern zählen Villeroy & Boch, Kohlpharma und das SHG-Klinikum. Etwa 75 Prozent aller Beschäftigten sind im Dienstleistungsbereich tätig, etwa 2.000 arbeiten in der Sparte Handel und Verkehr und etwa 2 Prozent in der Landwirtschaft. Der Dienstleistungssektor ist im Landkreis Merzig-Wadern nicht nur im Tourismusgewerbe ausgeprägt. Kennzeichnend ist eine besonders hohe Dichte des Einzelhandels, besonders in Perl und Mettlach (Arbeitskammer des Saarlandes 2014: 39).

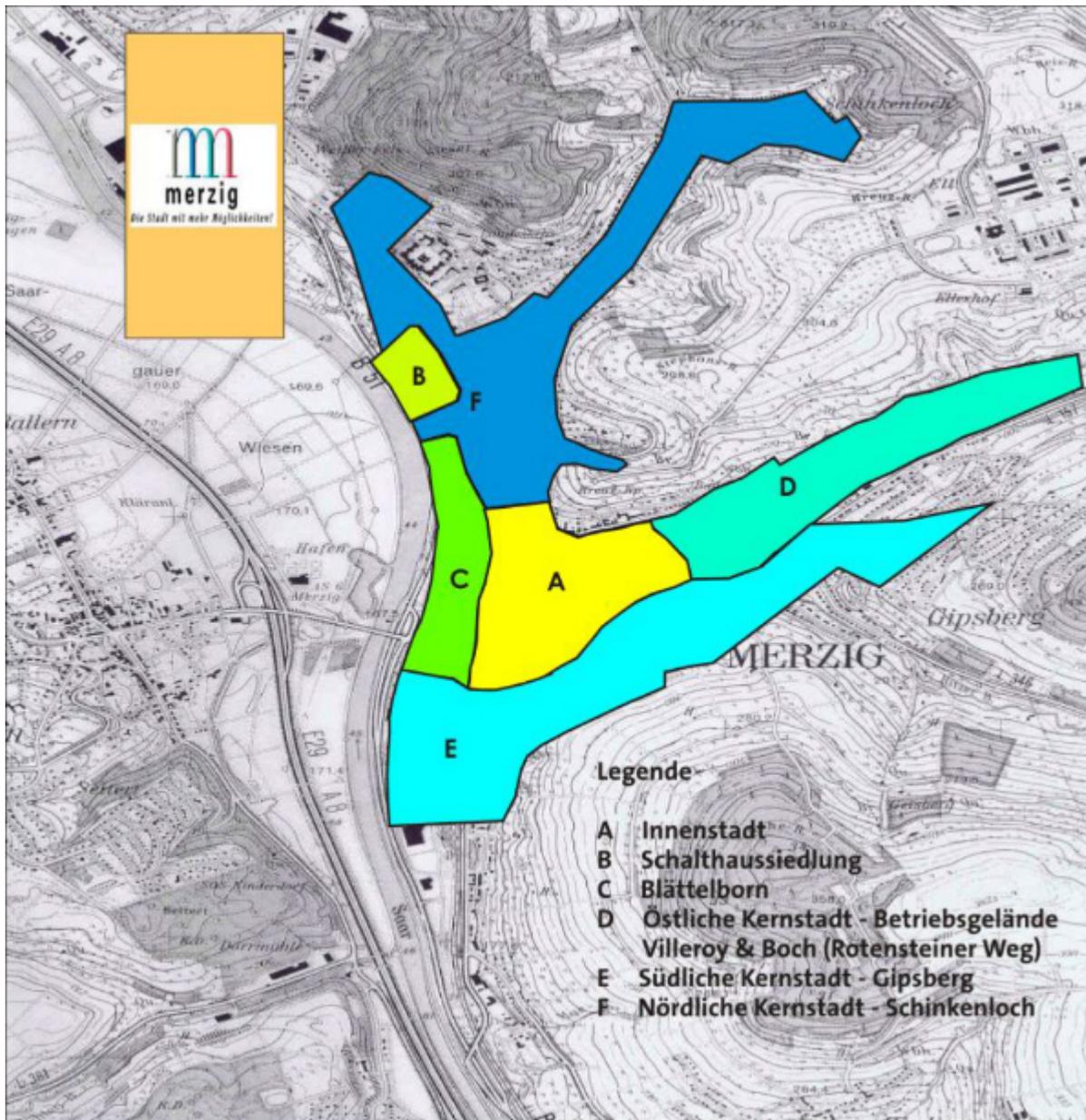
Während in der Innenstadt die Wohnungssituation vielerorts durch Altbestand, schlechte Bausubstanz und ein wenig ansprechendes Wohnumfeld geprägt gekennzeichnet ist, lebt ein großer Teil der Einwohnerschaft der Kernstadt in Ein- und Zweifamilienhausgebieten. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang insbesondere das neuerschlossene Eigenheimgebiet „Am Gipsberg“ (GIU 2011: 13). Die Bereiche entlang der Hauptverkehrsstraßen, insbesondere Trierer Straße sowie Tor-, Brauer- und Hochwaldstraße, sind stark durch Kfz-Verkehr beeinträchtigt. Hier sind erhebliche Einschränkungen der Wohn- und Lebensqualität zu verzeichnen (GIU 2011: 15).

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung erfolgte im Jahr 2007 eine Kartierung für alle Hauptverkehrsstraßen mit durchschnittlich mehr als 16.000 Fahrzeugen am Tag (BAB 8, L 173 (Kreisstadt Merzig 2008: 3ff.). Bei der 2. Stufe der Lärmkartierung (bis zum 30.06.2012) wurden folgende Straßen auf der Gemarkung Merzig betrachtet: BAB 8, B 51, L 157, L 170, L 173, L 174 (Kernplan GmbH 2014: 144ff.). Eine Fokussierung auf Maßnahmen im Programmgebiet ist nicht erkennbar.

Im Jahr 2011 hat der Rat der Kreisstadt Merzig ein Klimaschutzkonzept beschlossen, das räumlich nicht auf das Programmgebiet fokussiert ist. Neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien wie z.B.

Photovoltaikanlagen oder der Steigerung der Energieeffizienz auf bzw. in öffentlichen Gebäuden wie z.B. Schulen Maßnahmen der Mobilitätsberatung wurden hier die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, der Ausbau des ÖPNV und Carsharing vorgesehen (IZES gGmbH, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS), Axel Thös PLANUNG (ATP) (2012): 264ff.).

Abbildung 25: Lage des Programmgebiets Soziale Stadt Merzig



Quelle: GIU 2011: 3

Demografische und Sozialstruktur

Ende 2008 lebte mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der Kernstadt (11.000 Einwohner). Das Projektgebiet Soziale Stadt umfasst zu diesem Zeitpunkt 8.502 Einwohner bzw. drei Viertel der Einwohner der Kernstadt (Internationaler Bund 2009). Im Zeitraum von 2003 bis 2013 war in Merzig eine Bevölkerungsabnahme von 31.079 Einwohnern auf 29.777 Einwohner (minus 4 Prozent) zu verzeichnen, die sich bis Mitte 2015 nochmals fortgesetzt hat. Grund hierfür ist ein deutlicher Sterbeüberschuss.

Im Zeitraum 2009 bis 2030 soll die Bevölkerungszahl im Landkreis Merzig-Wadern um 4,1 Prozent sinken, während die Bevölkerungszahl im Saarland im selben Zeitraum um 11,5 Prozent zurückgehen soll (Bertelsmann Stiftung 2011: 100). Für die Kreisstadt Merzig wird von einer Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 von minus 4,7 Prozent ausgegangen (Bertelsmann Stiftung 2016).

Ein leichter Anstieg der Bevölkerungszahl in der Kernstadt Merzig (2006: 10.900 Einwohner, 2008: 11.012 Einwohner) scheint statistisch nicht gesichert (GIU 2011: 5). Die in der Kreisstadt Merzig zu beobachtenden altersstrukturellen Verschiebungen werden sich weiter fortsetzen. Waren im Jahr 2000 noch ca. 21,5 Prozent der Merziger Bürgerinnen und Bürger unter 20 Jahre und 17,8 Prozent über 65 Jahre alt, soll es im Jahr 2030 16,5 Prozent Einwohner unter 20 Jahre und 30,4 Prozent Einwohner über 65 Jahre geben (Kernplan 2014 : 29).

Der Alt-Jung-Quotient, der die Zahl der jüngeren Einwohner unter 18 Jahren der Anzahl der Seniorinnen und Senioren über 60 Jahre gegenüberstellt, beträgt im Programmgebiet Soziale Stadt 114, was im Vergleich zu Quotienten für die gesamte Kreisstadt (116) und das Saarland (135) auf eine relativ junge Bevölkerung hindeutet. Somit fallen die Verschiebungen im Altersaufbau des Programmgebiets weniger deutlich aus (GIU 2011: 6). Grund hierfür ist der Zuzug von jungen Familien in die neu ausgewiesenen Baugebiete sowie der überproportionale Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kernstadt.

Im Vergleich zu den Merziger Ortsteilen wies die Kernstadt Merzig im Jahr 2010 mit 8,4 Prozent einen vergleichsweise hohen Ausländeranteil auf, der wiederum dem Durchschnitt des Saarlands entsprach (Kernplan 2014: 31ff.). Der Migrantenanteil beträgt in Merzig 12,3 Prozent der Bevölkerung, in der Kernstadt knapp 20 Prozent (GIU 2011: 8). Rund 30 Prozent der Einwohner mit Migrationshintergrund sind deutschstämmige Ausländer bzw. „Spätaussiedler“. Zu der größten Migrantengruppe unter diesen gehören Menschen aus der Russischen Föderation. Die Integration der Gruppe der Spätaussiedler in das öffentliche Leben wird inzwischen als weitgehend unproblematisch bezeichnet (GIU 2011: 8). Wichtige Migrantengruppen sind weiterhin Einwohner aus Italien und der Türkei, die sogenannten Arbeitsmigranten der 1950er- und 1960er-Jahre sowie Menschen aus der Region Saar-Lor-Lux.

Mit 10.228 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Jahr 2010 besaß die Kreisstadt Merzig eine übergeordnete Gewerbe- und Arbeitsplatzbedeutung im Landkreis Merzig-Wadern. 38 Prozent (ca. 3.900) der Merziger Arbeitsplätze waren durch Personen besetzt, die auch in der Kommune leben. 62 Prozent (ca. 6.300) der Merziger Arbeitsplätze entfielen auf Einpendlerinnen und Einpendler aus anderen Kommunen. Umgekehrt pendelten 57 Prozent (ca. 5.100) der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bewohnerinnen und Bewohner Merzigs zur Arbeit in andere Städte und Gemeinden aus (Kernplan GmbH 2014: 68 ff.). Im Jahr 2010 war für Merzig ein Einpendlerüberschuss von 1.198 (6.335 Einpendler versus 5.137 Auspendler) Personen zu verzeichnen (Kernplan GmbH 2014: 12). Die Entgelte der Beschäftigten im Landkreis Merzig-Wadern waren im Jahr 2014 niedriger als im saarländischen Durchschnitt. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten lag Merzig-Wadern im Kreisvergleich auf dem letzten Platz. Darin unberücksichtigt sind Luxemburg-Pendlerinnen und -Pendler, deren Einkommen in der Regel wesentlich höher ausfällt als das im Saarland zu erzielende Einkommen. Gleichwohl ist die Akademiker-Arbeitsplatzdichte im Kreis vergleichsweise gering (Arbeitskammer des Saarlandes 2014: 39).

Im Mai 2008 erhielten rund 2.100 Merziger Einwohnerinnen und Einwohner Leistungen der Grundsicherung nach SGB II. Im Vergleich zu anderen Mittelstädten ist die Lage moderat. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den Leistungsempfängerinnen und -empfängern lag im Jahr 2008 mit knapp 13 Prozent weit unter dem saarländischen Durchschnitt von rund 18 Prozent. Im Verhältnis zum Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Merziger Bevölkerung (6 Prozent) sind die in Merzig lebenden Ausländerinnen und Ausländer erheblich stärker von der Grundsicherung abhängig als Deutsche. Am häufigsten vertreten unter den ausländischen Leistungsempfängerinnen und -empfängern sind türkische Staatsbürgerinnen und -bürger. Im Juni 2013 betrug die SGB II-Quote im

Landkreis Merzig-Wadern 5,5 Prozent, in der Kreisstadt Merzig 7,2 Prozent und im Landesdurchschnitt des Saarlands 9,5 Prozent (Arbeitskammer des Saarlandes 2014: 9).

Soziale Infrastruktur

Das Angebot an Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen in der Stadt Merzig ist im saarlandweiten Vergleich gut. In den fünf Kindergärten im Programmgebiet standen – rein quantitativ gesehen – im Kindergartenjahr 2008/2009 mehr Kindergartenplätze zur Verfügung, als es Kinder mit Anspruch auf einen Betreuungsplatz gab. Im Jahr 2012 gab es im Merziger Stadtgebiet insgesamt 145 Krippenplätze. Die Kreisstadt müsste insgesamt etwa 245 Krippenplätze bereitstellen, um für die in einer Verwaltungsvereinbarung geforderten 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Platz anbieten zu können (Kernplan GmbH 2014: 110).

Im Programmgebiet liegen die Grundschulen St. Josef und die Kreuzbergschule, die ein innovatives Bildungskonzept verfolgen. Aufgrund der großen Nachfrage wurde die Kreuzbergschule ausgebaut. Die Grundschule St. Josef wurde im Rahmen des Umweltbildungsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes für seine naturnahe Schulhofumgestaltung ausgezeichnet. Im Rahmen des Konjunkturpakets der Bundesregierung ist u.a. auch diese Grundschule energetisch saniert und erneuert worden.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen der Kernstadt ist relativ hoch. Der Sozialraumanalyse ist zu entnehmen, dass laut Aussage von Lehrenden in Merzig rund ein Viertel der Schülerinnen und Schüler keine ausreichenden Deutschkenntnisse besäßen. Daher bestehen zum Teil außerschulische Angebote für die Sprachförderung und stärkere Integration der Familien. Die Kernstadt verfügt hinsichtlich weiterführender Schulen mit zwei Gymnasien (eine Erweiterte Realschule, ein Berufsbildungszentrum) über eine gute Bildungsinfrastruktur. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund lag hier bei unter 10 Prozent (darin Gymnasium: 2,2 Prozent) und ist somit relativ niedrig. Grund hierfür ist der hohe Anteil zumeist deutscher „Einpendlerinnen und Einpendler“ unter den Schülerinnen und Schülern, insbesondere aus Losheim und Mettlach. Entsprechend der zu erwartenden demografischen Entwicklung sinken im Programmgebiet die Schülerzahlen (GIU 2011: 16ff.).

In der Gesamtstadt Merzig besteht eine gute Ausstattung mit Spiel- und Sportplätzen, Freizeiteinrichtungen, Bürgerhäusern etc. Hohe Kosten und Defizite bei der Unterhaltung aller öffentlichen Gebäude und Einrichtungen insbesondere Schulen und Hallen belasten den kommunalen Haushalt. Ein medizinisches Grundversorgungsangebot besteht zwar nicht in allen Stadtteilen, jedoch bieten eine Klinik und ein breites Facharztangebot insgesamt eine sehr gute medizinische Versorgung (Kernplan GmbH 2014: 130).

5.2 Herausforderungen für die Quartiersentwicklung und Potenziale/Stärken des Stadtteils (aus „institutioneller“ Perspektive)

Herausforderungen

Bezogen auf das Programmgebiet werden im integrierten Handlungskonzept Soziale Stadt der Kreisstadt Merzig folgende Herausforderungen benannt:

- ▶ perspektivisch negative Bevölkerungsentwicklung und Überalterung,
- ▶ Stärkung und Erhalt der Multifunktionalität der Innenstadt,
- ▶ Verbesserung der guten Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Zielgruppen und Verkehrsarten,

- ▶ starke Belastung durch Kfz-Verkehr entlang der Hauptverkehrsstraßen (insbes. Trierer Straße, Tor-, Brauer- und Hochwaldstraße) mit erheblichen Einschränkungen der Wohn- und Lebensqualität in der Innenstadt,
- ▶ vergleichsweise hohe Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kernstadt,
- ▶ keine ausreichenden Deutschkenntnisse bei rund einem Viertel der Schülerinnen und Schüler,
- ▶ hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen an den SGB-II-Leistungsempfängern,
- ▶ überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate in der Innenstadt,
- ▶ Alkoholmissbrauch, Vermüllung, Vandalismus in Bereichen entlang der Saar,
- ▶ schlechte Wohnbausubstanz, Wohnumfeldmängel in der Innenstadt,
- ▶ kaum Flächenpotentiale für neue städtebauliche Wohnprojekte in der Innenstadt,
- ▶ Konkurrenz im Einzelhandel mit benachbarten Gemeinden und durch neu entstehende Fachmärkte,
- ▶ wünschenswerte Ergänzung des Buslinienangebots durch Anruf-Linien-Taxis,
- ▶ bessere Verknüpfung der beiden Freizeitareale und Anbindung an die Innenstadt.

Darüber hinaus werden im Klimaschutzkonzept der Stadt aus dem Jahr 2011 notwendige Maßnahmen für die Erreichung der kommunalen Klimaschutzziele benannt. Diese beziehen sich zwar nicht explizit auf das Programmgebiet, sollen aber perspektivisch u.a. die notwendige energetische Sanierung des Gebäudebestands umfassen. Unabhängig davon erfolgt im Soziale-Stadt-Gebiet Schalthausiedlung die im integrierten Handlungskonzept beschriebene energetische Sanierung von Wohngebäuden, die 2016 noch andauerte.

Im Interview hoben die befragten institutionellen Akteure aus Verwaltung und von Trägern, die sowohl mit der Programmumsetzung Soziale Stadt als auch disziplinär mit den Themen Umwelt, Stadtentwicklung und Soziales befasst waren bzw. sind, einige der vorgenannten Aspekte besonders hervor. Hierbei fokussieren sie besonders auf die Schalthausiedlung, die aufgrund ihrer Bewohnerstruktur und Lage als besonders problematischer Teilraum gilt. Die Schalthausiedlung, die nach den Weltkriegern der Unterbringung von Kriegsheimkehrern diente, bietet bis in die Gegenwart einfachen und preiswerten Wohnraum für sozial benachteiligte Familien und Alleinstehende und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ist vorübergehende Unterkunft für Wohnungslose. Das Gebiet gilt dabei nicht nur aufgrund der Bewohnerstruktur als ein „isoliertes System in der Stadt“. Die sozialen Problemlagen werden durch eine Lage des Gebiets zwischen einem Zubringer zur BAB 8 und einer vielbefahrenen Bahnstrecke, einer mangelhaften ÖPNV-Erschließung und großen Entfernungen zu Infrastrukturen wie z.B. Lebensmittel-Einzelhandel verstärkt. Mithin gilt das Gebiet in verschiedener Hinsicht als schlecht in die Stadt integriert. Vor diesem Hintergrund wurde und wird eine Verbesserung der Lebenssituation und des Wohnumfeldes der Gebietsbevölkerung als zentrale Herausforderung beschrieben.

Mehrere Interviewte weisen darauf hin, dass von der Bewohnerschaft des sozialen Brennpunkts Schalthausiedlung ein besonderes Umweltbewusstsein nicht erwartet werden könne. Mit der energetischen Sanierung der Bausubstanz und der Verbesserung der Sanitärausstattung sei man in der Schalthausiedlung ein gutes Stück vorangekommen. Gleichwohl besteht hier weiterer Verbesserungsbedarf. Begrüßt wird auch, dass im Rahmen der Sozialen Stadt die Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien wie z.B. im Edi-Park verbessert wurden. Zugleich wird konstatiert, dass es seither in der Schalthausiedlung – im Gegensatz zum neugestalteten Bürgerpark im Teilraum Östliche Innenstadt – nur unzureichend gelungen ist, die aufgewerteten Flächen gemeinsam mit der Bewohnerschaft aus der Nachbarschaft adäquat zu unterhalten. In Bezug auf die Lärmproblematik und die mangelnde ÖPNV-Anbindung verweisen die Befragten auf bestehende Probleme, die aber bislang von der Bewohnerschaft nicht vehement artikuliert würden. Betrachte man dagegen das Umweltverhalten vor Ort, gebe es stellenweise Probleme mit Vermüllung und dem willkürlichen Abstellen von Autos.

Daher bedürfe es einer kontinuierlichen Gemeinwesenarbeit im Quartier. Hier leiste der Gemeinwesen-Treffpunkt in der Schalthaussiedlung mit seinen niedrigschwelligen Beratungsangeboten zu alltäglichen Fragen und zu Belangen des Nachbarschaftslebens eine herausragende Arbeit. Mit Auslaufen der Sozialen Stadt kann für Projekte oder Maßnahmen im Umweltbereich oder in Bezug auf nachhaltiges Konsum-, Alltags- oder Freizeitverhalten mangels personeller Ressourcen allerdings nur noch geringe Unterstützung und Begleitung geleistet werden.

Potenziale/Stärken des Stadtteils

Bezogen auf das Programmgebiet werden im integrierten Handlungskonzept Soziale Stadt der Kreisstadt Merzig sowie folgende Potenziale bzw. Stärken genannt:

- ▶ erfolgreiche städtebauliche Aufwertung innerstädtischer „Problemlagen“, z.B. Postareal, Schalthaussiedlung,
- ▶ Weiterentwicklung der Markthalle,
- ▶ Entwicklung innerstädtischer Brachflächen und Baulücken,
- ▶ kleinteilige Einzelhandelsstrukturen in der Fußgängerzone der Innenstadt,
- ▶ innenstadtnahe Gewerbe- und Industriestandorte mit hoher Lagegunst,
- ▶ städtebauliche Aufwertungen der vergangenen Jahre in der Innenstadt,
- ▶ touristische und architektonisch reizvolle Gebäude in der Innenstadt,
- ▶ attraktive Stadtfeste wie z.B. Merziger Viezfest in der Innenstadt mit zahlreichen Besucherinnen und Besuchern aus Deutschland, Luxemburg und Frankreich.

In den Interviews mit institutionellen Akteuren wurde auf die gute Zusammenarbeit und Vernetzung sowie gute Beteiligungsstruktur der Bewohnerschaft während der Programmlaufzeit Soziale Stadt verwiesen, die inzwischen nur noch ansatzweise durch den Gemeinwesen-Treffpunkt in der Schalthaussiedlung abgebildet werden kann. Daher wird in Bezug auf bestehende Potenziale stark auf die Umweltbildung in Kindereinrichtungen und Schulen fokussiert. Hier bestehe in verschiedenen Einrichtungen ein hoch qualifiziertes und gut bewährtes Angebot für Kinder und Jugendliche, das auf Themen wie Umweltbewusstsein, Naturerfahrung und Umweltverhalten abzielt. Ein großes Potenzial für Umweltpädagogik wird von einigen Befragten auch im neu eingerichteten Naturbad mit angrenzendem Bürgerpark gesehen. Bislang ist dieser Bereich ein beliebter Aufenthaltsort für Bürgerinnen und Bürger, Nachbarschaft und Vereine. Mit der positiven Aneignung des teilweise im Programm „Soziale Stadt“ umgestalteten Bereiches als Ort für Freizeit, Begegnung und Erholung sind alle Befragten sehr zufrieden. Einige Befragte sehen ein Potenzial für eine Verbesserung der Umweltsituation auch in den geplanten Folgemaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus West. Städtebauliche Investitionen in den SaarPark Merzig u.a. mit einer neuen Wegeverbindung für Fußgängerinnen und -gänger und Radfahrerinnen und -fahrer zwischen Innenstadt und Stadtpark sowie Sport- und Freizeitpark sowie eine autofreie Brücke über die Saar sollen umweltfreundliche Mobilitätsformen wie Laufen und Radfahren unterstützen – sowohl für die Merziger Bürgerinnen und Bürger als auch für den überregionalen Fahrradtourismus.

Wenngleich der Gemeinwesen-Treffpunkt im Vergleich zu den vormaligen Projekt- und Beteiligungsmöglichkeiten der Sozialen Stadt nur noch eine „Basisbetreuung“ im Quartier leisten kann, wird er übereinstimmend als unentbehrliche Struktur der Gemeinwesenarbeit gewürdigt, dessen kontinuierlicher Betrieb durch SOS Kinderdorf Saar auch künftig personell und finanziell unbedingt ermöglicht werden sollte.

Abbildung 26: Impressionen aus Merzig (Stadtmitte und Schalthaussiedlung)



Fotos: Thomas Preuß

5.3 Programmumsetzung Soziale Stadt in Merzig-Stadtmitte und Schalthaussiedlung

Meilensteine der Programmumsetzung

- ▶ 1999: Aufnahme des Bereichs Schalthaussiedlung in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“
- ▶ 2002: Erstfassung Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt der Kreisstadt Merzig
- ▶ 2004: Erweiterung des Programmgebiets um innenstadtnahen Bereiche der Talniederung entlang des östlichen Saarufer und die durch die Innenstadt verlaufende Talniederung des Sefersbachs; Herausnahme der überwiegend gewerblich genutzten Flächen der „Saarbrücker Allee“ mit dem Logistikzentrum der Firma Villeroy & Boch (V&B); Hinzunahme eines Teilbereichs des Wohngebietes „Gipsberg“ (Straßenzüge „Zum Gipsberg“ und „An der Lehmkaul“) und des Wohngebietes „Schinkenloch“ mit den Bereichen um die Straßenzüge „Waldstraße“ und „Zum Reisberg“.
- ▶ 2006: Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept „Soziale Stadt“ der Kreisstadt Merzig
- ▶ 2010/ 2011: Zweite Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept „Soziale Stadt“ der Kreisstadt Merzig
- ▶ 2014: Kreisstadt Merzig. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Merzig
- ▶ 2015: Auslaufen der Förderung im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Fördervolumen 1999 bis 2015: ca. 7 Mio Euro)
- ▶ 2015: Beginn der Förderung im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ (städtebauliche Gesamtmaßnahme „Merzig Innenstadt West“)

Formell existierte das Programmgebiet Soziale Stadt im Jahr 2016 noch, jedoch wurden seitens des Innenministeriums letztmalig im Programmjahr 2015 Verfügungsmittel bewilligt, da der Programmteil nach einer Dauer von rd. 15 Jahren abgeschlossen werden soll. Im Jahr 2016 wurden noch letzte Maßnahmen umgesetzt. Gleichwohl bleiben sowohl Stadtmitte als auch Schalthaussiedlung eng im Fokus der Stadtentwicklung. Derzeit werden im Rahmen des Programmteils „Stadtumbau West“ wichtige städtebauliche Maßnahmen geplant (SaarPark Merzig): So ist u.a. ist die Schaffung einer neuen Wegeverbindung für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende zwischen Innenstadt und Stadtpark und Sport- und Freizeitpark beabsichtigt. Hierfür soll in den kommenden Jahren eine Brücke über die Saar errichtet werden, die zugleich die Anbindung der Stadt an das überregionale Rad-

wegenetz verbessern soll. Planerisch vorbereitet wird das Vorhaben mit dem Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) „Stadtpark/Saarübergang/Sport- und Freizeitpark“, das mit Mitteln der Städtebauförderung sowie mit Mitteln aus anderen Förderprogrammen umgesetzt werden soll. Bezogen auf das ehemalige Soziale-Stadt-Gebiet werden die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem SaarPark Merzig in den Teilräumen Grünzug „Blättelborn“, östliche Kernstadt und südliche Kernstadt realisiert werden.

In der Schalthaussiedlung besteht in Form des vom SOS Kinderdorf Saar (Freier Träger) betreuten Gemeinwesen-Treffpunkts für die Bewohnerschaft im Sozialraum ein wichtiger Anlaufpunkt, der auch schon vor dem Start der Sozialen Stadt im Jahr 1999 bestand und der im Jahr 2016 auf ein 20-jähriges Bestehen zurückblickte.

Integriertes Entwicklungskonzept

Die in Merzig angestrebten Entwicklungsziele gehen aus den Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der Kernstadt Merzig hervor, die im Jahr 2002 im integrierten Handlungskonzept (integriertes Entwicklungskonzept) im Rahmen von Experten- und Bürgerworkshops formuliert und in der ersten Fortschreibung 2006 bestätigt wurden.

Entwicklungsziele, Maßnahmen und Projekte im Kontext von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit

Entwicklungsziele

Das Hauptziel des „Integriertes Handlungskonzepts „Soziale Stadt“ der Kreisstadt Merzig“ bestand in einer Stabilisierung und Stärkung der Kernstadt³⁷ als Zentrum der Stadt Merzig. Im Konzept wurden sogenannte Querschnittsaufgaben definiert. Diese umfassen Aufgaben, Aktivitäten und Projekte, die sich nicht räumlich zuordnen lassen. Bei den Querschnittsaufgaben handelt es sich in der Regel um Aufgaben mit sozialem Schwerpunkt sowie um die Maßnahmen des Stadtmarketings. Die Querschnittsaufgaben lauten:

- ▶ Bereich Beschäftigung, Qualifizierung, Ausbildung,
- ▶ Bereich Jugendarbeit,
- ▶ Kriminalitätsprävention,
- ▶ Bereich Unterstützung älterer Menschen und Behinderter,
- ▶ Bereich Migration und Integration,
- ▶ Bereich Gesundheitsförderung,
- ▶ Gemeinwesenarbeit allgemein,
- ▶ Stadtmarketing.

Darüber hinaus wurde eine Reihe von Aktivitäten und Maßnahmen mit einem Raumbezug in den Aktionsbereichen A bis F beschrieben.

Hierfür wurden verschiedene städtebauliche, soziale, umweltbezogene und beteiligungsorientierte Leitlinien definiert (GIU 2011: 56). Diese Leitlinien enthalten – wenn auch nicht explizit im Handlungskonzept formuliert – verschiedene Zielstellungen im Kontext von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Im Folgenden ist dargestellt, welche der im Entwurf des Integrierten Handlungskonzeptes für die einzelnen Handlungsfelder festgelegten Ziele der Programmumsetzung Soziale Stadt in Merzig Innenstadt

37 Gleichwohl beziehen sich die Inhalte des Integrierten Handlungskonzepts auch auf den Teilraum „Schalthaussiedlung“, auf den das Programmgebiet zuerst beschränkt war.

und Schalthausiedlung insbesondere zu einer größeren sozialen und ökologischen Gerechtigkeit im Gebiet beitragen sollten bzw. beigetragen haben.

Reduzierung sozialer Benachteiligung

Ziele im Rahmen des Leitbilds „Integration benachteiligter Gruppen, Gemeinwesenarbeit, Beschäftigung“

- ▶ Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie von Beschäftigungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene,
- ▶ Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Bewohnerinnen und Bewohnern,
- ▶ Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben: Freizeit, Kultur, Bildung,
- ▶ Schaffung differenzierter Angebote im Bereich umweltbezogener Bildung.

Reduzierung von Umweltbelastungen, Klimaanpassung

Ziele im Rahmen des Leitbilds „Stärkung der Wohnfunktion in der Kernstadt für alle Zielgruppen“

- ▶ Verbesserung der Ausstattung von Wohnungen im Gebäudebestand

Ziele im Rahmen des Leitbilds „Maßnahmen der Sanierung und Wohnumfeldverbesserung“

- ▶ energetische Optimierung und Klimaschutz,
- ▶ energetische Optimierung des Gebäudebestands,
- ▶ Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im öffentlichen Raum

Ziele im Rahmen des Leitbilds „Sicherung der Freiraum- und Freizeitqualitäten, Unterstützung des Kulturangebots“

- ▶ Aufwertung und Sanierung von innerstädtischen Gewässern,
- ▶ Schaffung und Aufwertung von Grün- und Freiflächen

Ziele im Rahmen des Leitbilds „Verbesserung der guten Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Zielgruppen und Verkehrsarten“

- ▶ Maßnahmen zur Unterstützung des ÖPNV

Aktivierung und Beteiligung

Ziele im Rahmen des Leitbilds „Integration benachteiligter Gruppen, Gemeinwesenarbeit, Beschäftigung“

- ▶ Einrichtung von Beteiligungsformaten, die allen Gebietsbewohnerinnen und -bewohnern offenstehen,
- ▶ Einrichtung eines Verfügungsfonds

Da im Integrierten Handlungskonzept keine explizite Zuordnung von Zielen zu Leitlinien erfolgte, ergeben sich im Rahmen der nachträglichen Bündelung der Struktur im Hinblick auf den Kontext von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zahlreiche Überschneidungen. Zudem wird sichtbar, dass verschiedene Leitlinien und zahlreiche Maßnahmen auf eine Verbesserung städtebaulicher Situationen wie z.B. von Stadtplätzen und anderen öffentlichen Räumen ohne deutlichen Bezug zu ökologisch-sozialen Belangen fokussierten. Themen wie Klimaschutz oder -anpassung fanden zum Zeitpunkt der Erstellung des Integrierten Handlungskonzepts noch keinen Eingang in Leitlinien.

Maßnahmen und Projekte

Für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Merzig Innenstadt und Schalthaussiedlung ist eine Reihe von Projekten und Maßnahmen im sozialen und im Umweltbereich sowie mit Blick auf ein nachhaltiges Umwelt-, Konsum- und Gesundheitsverhalten geplant und umgesetzt worden. Aktionsbereichen zugeordnete Projekte und Maßnahmen wurden explizit im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ umgesetzt. Nicht entsprechend gekennzeichnete Maßnahmen wurden im Rahmen anderer Programme umgesetzt oder sind geplant. Sie sind aufgelistet worden, da zum einen im Zeitraum zwischen Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts 2011 und Auslaufen des Programmgebiets 2015 weitere Maßnahmen entwickelt wurden und zum anderen auch während der Programmlaufzeit gebietsbezogene Maßnahmen im Zuge anderer Programme realisiert wurden (vgl. auch Kap. 5.5). Die folgende Zusammenstellung basiert daher auf dem Integrierten Handlungskonzept und auf Aussagen der interviewten institutionellen Akteure auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene (vgl. Kreisstadt Merzig 2016; Interviewergebnisse Meso-Ebene):

(Städte)bauliche Maßnahmen, Wohnumfeldverbesserung, Qualifizierung des öffentlichen Raumes

- ▶ Sanierung von Wohngebäuden zur Beseitigung von Leerständen (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“),
- ▶ Modernisierung zahlreicher Doppel- bzw. Dreifachhäuser im Eigentum der Merziger Wohnungsbaugesellschaft (Aktionsbereich F „Nördliche Kernstadt – Schinkenloch“),
- ▶ Einbau neuer LED-Leuchtmittel in der Fußgängerzone (Aktionsbereich A „Innenstadt“)

Energetische Sanierung im Gebäudebestand

- ▶ energetische Sanierung von zahlreichen Wohngebäuden (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“)

Entwicklung von Grün-, Frei- und Spielflächen (inkl. „Grabeland“-Flächen, interkulturellen Gärten etc.), Begrünung (z.B. in Innenhöfen), Vernetzung von Grünzügen, Renaturierung (z.B. im Zuge von Brachensanierungen)

- ▶ umfangreiche Sanierung und städtebauliche Aufwertung des Seffersbachs und seines Umfelds im Norden der City (Aktionsbereich A „Innenstadt“),
- ▶ gemeinsame Neugestaltung des „Edi-Platz“ (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“),
- ▶ Bepflanzungsaktion „Die Schalthaussiedlung blüht auf“ (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“),
- ▶ Ersatz des baufälligen Freibads Heilborn im neuen Bürgerpark Heilborn durch ein Naturbad sowie Aufwertung des Bürgerparks (Aktionsbereich D „Östliche Kernstadt“),
- ▶ Sportangebote für Kinder sowie Erweiterung des Spielplatzes um ein großes Spielgerät im Rahmen der „Aktion Herzenssache“ (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“)
- ▶ Aufwertung des Stadtparks mit Freizeit- und Gesundheitsangeboten (Spielplatz, Saline, Kneipenrichtungen) in Zusammenarbeit mit der Beschäftigungsinitiative Merzig (B.I.M.) (Aktionsbereich C „Blättelborn“)
- ▶ Erneuerung der im Jahr 2000 aufgestellten Geräte sowie Bedarf nach weiteren Anlagenteilen im Skaterpark neben der Sportanlage Blättelborn (Aktionsbereich C „Blättelborn“)
- ▶ teilweise Einrichtung informeller Mietergärten und Sitzgelegenheiten durch Bewohnerinnen und Bewohner der Schalthaussiedlung
- ▶ informelle Bepflanzung und Pflege von Baumscheiben durch Bewohnerinnen und Bewohner der Schalthaussiedlung

- ▶ Einrichtung eines Gemüsebeets im Straßenraum gegenüber Rathaus als möglicher Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten im Rahmen einer „Essbaren Stadt“ (Pflege durch städtischen Baubetriebshof)

Förderung umwelt- und klimafreundlicher Mobilität (u.a. durch die Entwicklung von Fahrradwegenetzen)

- ▶ verbesserte Erreichbarkeit der Innenstadt durch den ÖPNV durch Umbau des Bahnhofsteilpunkts Merzig-Stadtmitte (Aktionsbereich C „Blättelborn“),
- ▶ geplante Umnutzung einer als Museumsbahn genutzten Eisenbahnstrecke als gemischt genutzter Rad- und Schienenweg im Rahmen des in Erarbeitung befindlichen Stadtentwicklungsplans Verkehr,
- ▶ neue geplante Wegeverbindungen für Fuß- und Radverkehr im Projekt SaarPark Merzig (im Rahmen Stadtumbau West),
- ▶ geplante Einrichtung von Ladestationen für Elektroautos im Stadtgebiet,
- ▶ geplante Beschaffung von Kommunalfahrzeugen mit Elektroantrieb.

Reduzierung der Verkehrslärm- und Luftbelastung

- ▶ neue Verkehrsregelung in der Straße „Zum Wiesenhof“ zur Reduzierung des Verkehrs und der Verbesserung der Wohnsituation (Aktionsbereich B „Schalthausiedlung“),
- ▶ Bau der „Südkerntangente“ zur verkehrstechnischen Neuordnung und Entlastung der Innenstadt (Aktionsbereich E „Südliche Kernstadt – Gipsberg“),
- ▶ Laufende Schienenlärmisanierung der DB durch Bau einer Lärmschutzwand im Bereich der Innenstadt (Stand: 2017).

Müllreduzierung und -trennung

- ▶ Abfallberatungsangebot der Kreisstadt Merzig für interessierte Bürgerinnen und Bürger
- ▶ Erstellung einer Abfall-Informationsbroschüre in russischer/deutscher und türkischer/deutscher Sprache

Umwelt- und Gesundheitsbildung

- ▶ naturnahe Schulhofumgestaltung der Grundschule St. Josef (Auszeichnung im Rahmen des Umweltbildungsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ durch Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes)
- ▶ Projektwochen zu Themen wie „Müll“ oder „Natur“ in Kindergärten, Grundschule und weiterführenden Schulen
- ▶ Projekt Schulpfahl und Schulgemüse in Kreuzberg-Grundschule

Angebote für ein verändertes ressourcenschonendes Konsumverhalten (z.B. Tausch von Produkten und Dienstleistungen, Produkt-Sharing)

- ▶ Kinderkleider-Tauschbörse und Schulbuchbörse, 1mal bis 2mal jährlich, organisiert von Verbraucherzentrale,
- ▶ Kostenlose Abgabe- und Tauschmöglichkeit für gebrauchte Gegenstände im Wertstoffzentrum der Kreisstadt Merzig,
- ▶ Gebraucht-Möbelbörse, organisiert von christlicher Erwachsenenbildung
- ▶ Gelegentliche Gebrauchtwaren-Flohmärkte im Gemeinwesen-Treffpunkt

Beratungsangebote in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Energieeinsparung, Konsumverhalten etc.

- ▶ einmalige Aktion zum Stromsparmcheck und Verteilung von Energiesparlampen durch Arge Solar e.V. in der Schalthaussiedlung
- ▶ Energieberatungsangebot der Verbraucherzentrale,
- ▶ Ausleihmöglichkeit für Stromverbrauchsmessgeräte bei den Stadtwerken Merzig.

Selbsthilfe- bzw. befähigungsorientierte Angebote (z.B. Repair-Cafés, Selbsthilfwerkstätten, Einkaufsgemeinschaften)

- ▶ Angebote in einem Gemeinwesen-Treffpunkt (Sozialberatung, Schülerhilfe, Jugendgruppen etc.) sowie Angebote für Senioren (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“)
- ▶ aktivierende Befragung als Meilenstein in der Arbeit des Gemeinwesen-Treffpunkts (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“)
- ▶ Einrichtung eines Bewohnerschaftsbeirats (Aktionsbereich B „Schalthaussiedlung“)
- ▶ Einrichtung eines Verfügungsfonds (alle Aktionsbereiche)
- ▶ Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt (existiert nach Aufgabe des Betreibers nicht mehr)

Untersuchungsrelevante ergänzende Konzepte der Quartiersentwicklung

Mit dem Ziel der Verbesserung der Umweltsituation sollen in Merzig im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ verschiedene investive Folgemaßnahmen erfolgen. Hierfür wurde ein Integriertes städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) für den sogenannten SaarPark Merzig erarbeitet, das u.a. eine neuen Wegeverbindung für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende zwischen Innenstadt und Stadtpark sowie Sport- und Freizeitpark sowie eine autofreie Brücke über die Saar für Fußgänger und Radfahrer vorsieht. Räumlich sind hier Teile des ehemaligen Programmgebiets Soziale Stadt – Teilräume Grünzug „Blätzelborn“, östliche Kernstadt und südliche Kernstadt – eingeschlossen. Das mit umfassender Bürgerbeteiligung erstellte ISEK aus dem Jahr 2015 bildet ist eine grundlegende Voraussetzung für die Zuteilung von Fördermitteln. Inwieweit die Maßnahmen Impulse für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit in den Quartieren setzen werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

Untersuchungsrelevanter Einsatz weiterer Förderprogramme

Im Zusammenhang mit dem Einsatz weiterer Förderprogramme sind einige bereits in Kap. 5.4. aufgeführte Maßnahmen und Projekte zu nennen.

So wurde im Zuge des Förderprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Jahr 2005 gemeinsam mit der Bewohnerschaft die Bepflanzungsaktion „Die Schalthaussiedlung blüht auf“ durchgeführt. Es wurden Rosenbögen aufgestellt sowie Baumscheiben und Hauseingänge bepflanzt. In der Folge wurden von Bewohnerinnen und Bewohnern auch Patenschaften für Baumscheiben übernommen. Darüber hinaus wurde im Jahr 2005 unter Federführung der Stadt eine Abfall-Informationsbroschüre in russischer/deutscher und türkischer/deutscher Sprache erstellt. Bundesweit wurden Projekte in diesem Programm im Zeitraum 2003 bis 2013 gefördert.

Mit Mitteln der Beschäftigungsförderung (Bundesagentur für Arbeit) hat der gemeinnützige Verein „Beschäftigungsinitiative Merzig“ (B.I.M.) – gegründet auf Initiative der Kreisstadt Merzig – seit dem Jahr 1996 zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung durchgeführt. Hierzu zählen u.a. verschiedene Renaturierungsmaßnahmen, die Anlage einer Saline im Stadtpark sowie des „Premium-Wanderwegs“ und die Wiederherstellung historischer Treppenanlagen und eines Weinbergs. In den Maßnahmen wurden insbesondere 1-Euro-Stellen, Mittel der Agentur für Arbeit

und Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds gebündelt. Das letzte Beschäftigungsförderungsprojekt in Merzig endete im Jahr 2013. Aufgrund der zuvor vollzogenen Arbeitsmarktreform fiel ein Großteil der Zuschussgelder weg, wodurch der durch die Kreisstadt Merzig zu tragende Finanzierungsanteil drastisch stieg und aufgrund der Haushaltssituation nicht dauerhaft getragen werden konnte. Zudem wurde es auch immer schwieriger, neue Teilnehmer für die Maßnahmen zu finden.

Im Rahmen des saarländischen Landesprojekts „Klassenschule“ hat die Kreuzberg-Grundschule Merzig u.a. im Jahr 2003 einen Lehmbackofen gebaut, den die Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnviertels zum Brotbacken nutzen. Dazu wurde ein Lernzirkel „Lehm – ein fächerübergreifendes Unterrichtsprojekt für die Grundschule“ entwickelt.

Mit dem Programm „Stärken vor Ort“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Europäischen Sozialfonds wurden Mikroprojekte lokaler Akteurinnen und Akteure gefördert. Es zielte auf die erfolgreichen sozialen, schulischen und beruflichen Integration von benachteiligten jungen Menschen, die erfolgreichen sozialen und beruflichen Integration von Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben sowie auf die Förderung von Teilhabe, Chancengleichheit und Bildung der benachteiligten jungen Menschen und Frauen durch ihre Aktivierung sowie durch die Aktivierung, zivilgesellschaftlichen Beteiligung und Vernetzung der lokalen Akteure. Hierzu zählt ein Modellversuch zu Reformklassen in allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der Initiative „Du schaffst das“ oder der Einsatz eines Jugendkoordinators im Landkreis Merzig-Wadern. Im Jahr 2010 wurde auf einem „Markt der Köstlichkeiten“ in Merzig durch die Aktion Dritte Welt Saar ein Fair-Handels-Infopavillon bespielt. Im Landkreis Merzig-Wadern wurden im Rahmen des Programms 50 Projekte mit einer Gesamtsumme von 450.000 Euro gefördert. Das Programm „Stärken vor Ort“ lief von 2008 bis 2011.

Verfügungsfonds

Projekte der Sozialen Stadt Merzig, die die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerschaft und Akteuren im Stadtteil zum Inhalt haben, wurden seit 1999 aus einem Verfügungsfonds unterstützt. Ab dem Jahr 1999 flossen Gelder aus dem Verfügungsfonds, die zu zwei Dritteln aus Landesmitteln gespeist waren. Projekte konnten aus dem Fonds mit maximal 2.000 Euro gefördert werden, über die Verwendung entschied der „Vergabeausschuss Soziale Stadt“. So wurden in den Jahren 2009 und 2010 ein „Internationaler Tag der Familie“, ein Sommerfest der Schalthaussiedlung oder die Anschaffung von Fußbällen für den offenen Jugendtreff von „Miteinander Leben e. V.“ unterstützt. Es war vorgesehen, im Rahmen des Verfügungsfonds im Jahr 2010 Beträge in Höhe von 20.000 Euro und ab 2011 von 12.000 Euro pro Jahr (bis 2013) zu verausgaben (GIU 2011: 59).

Der im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ eingerichtete Verfügungsfonds besteht nach Auslaufen der Sozialen Stadt in Höhe des ehemaligen Drittelanteils der Stadt fort.

Monitoring und Evaluierung

Das Monitoringsystem zur Wirkungskontrolle des Programms „Soziale Stadt“ in Merzig umfasst die drei Ebenen „Gesamtstadt“, „Programmgebiet“ sowie „Projekte und Maßnahmen“. Auf der Ebene Gesamtstadt wurden Basisdaten auf gesamtstädtischer Ebene regelmäßig erhoben und mit den entsprechenden Daten des Saarlands (Referenzebene) verglichen.

Eine derartige Vorgehensweise konnte auf der Ebene des Programmgebiets mangels verfügbarer Daten zu Schlüsselindikatoren nicht realisiert werden, da die Programmgebietsabgrenzungen von den bislang gebräuchlichen statistischen Raumeinheiten abweichen. Stattdessen erfolgte eine freiwillige schriftliche Umfrage bei Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf Zufriedenheit bzw. Defizite und den Bedarf in bestimmten Maßnahmenswerpunkten.

Der Monitoringgegenstand der dritten Ebene, die Projekte und Maßnahmen, wurden vom Stadtteilmanagement in Projektblättern qualitativ bewertet (GIU 2007: 89ff.). Es erfolgte die jährliche Fortschreibung der Projektblätter ab 2006.

Als gebietsbezogene Indikatoren der sozialen Stadtentwicklung wurden z.B. der Anteil von Transferempfängern in einem Gebiet, die Qualität des Wohnumfeldes oder der Anteil leer stehender Gebäude herangezogen.

Die periodische Erhebung und Auswertung von Daten zur Ableitung eines notwendigen Steuerungsbedarf bzw. die Messung des Erfolgs von städtebaulichen Maßnahmen sollte für die Teilräume Schalthaussiedlung (Sozialstruktur), City (Entwicklungen im Einzelhandel), monostrukturierte Wohngebiete (z.B. Strukturveränderungen aufgrund von Überalterung der Eigentümer) und Hauptverkehrsstraßen (Verkehrsbelastung, Leerstand, Trading-Down-Prozesse) erfolgen (GIU 2011: 71ff.).

5.4 Organisation und Management der Programmumsetzung

Kommunalverwaltung

Innerhalb der Merziger Stadtverwaltung wurde ein Organisationsteam von im Kern vier Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern aus der Bauverwaltung, Abteilung für Umwelt, Stadtplanung und Hochbau, des Amtes für Bildung, Soziales und Sport, Abteilung Jugend und Soziales, der Kämmerei und des Stadtteilmanagements gebildet. Die Bauverwaltung übernahm die Projektleitung für die Umsetzung von baulichen Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt. Die Koordination und teilweise die Betreuung der Querschnittsaufgaben lag beim Amt für Bildung, Soziales und Sport. Die Kämmerei trug mit Fachinformationen über zur Verfügung stehende Haushaltsmittel, Fördermöglichkeiten und Antragsverfahren zur Realisierung von Maßnahmen bei.

In den Händen des Stadtteilmanagements lagen Aufgaben der Bewohnerbeteiligung, die Öffentlichkeitsarbeit (teilweise) und Koordinationsaufgaben bei der Projektentwicklung und -umsetzung.

Das Organisationsteam bildete während der gesamten Programmlaufzeit die ressortübergreifende Kooperationsstruktur innerhalb der Verwaltung (GIU 2007: 87).

Lokales Quartiersmanagement

Das Stadtteilmanagement übernahm zentrale Aufgaben in Beteiligungsprozessen und bildete so die zusammenfassende „Klammer“ für die Erörterung und Koordination von Projektideen in den unterschiedlichen Gremien. Hierzu zählen das Gemeinwesenprojekt in der Schalthaussiedlung oder das Gesundheitsnetzwerk Merzig, der Jugendrat, das Projekt „Dynamo Merzig“ oder die Initiative Obere Poststraße/Kirchplatz. Es ist damit ein zentraler Akteur in der stetigen Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes, insbesondere im Hinblick auf die Verstetigung von Projekten und Prozessen und die die Koordination der Bürgerbeteiligung im Rahmen der verschiedenen Projekte. Das Stadtteilmanagement wirkte darüber hinaus in der Arbeit von Beiräten und Arbeitskreisen als Vertreter der sozialen Stadtentwicklung mit, trug durch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren zur Verbesserung der Wohnsituation im Programmgebiet bei, engagierte sich bei der Integration benachteiligter Gruppen im Rahmen von Projekten der Gemeinwesenarbeit und Beschäftigungsförderung und bei der Verwaltung des Verfügungsfonds. In Bezug auf die Verstetigung

Ausgehend von Projekten der Sozialen Stadt suchte das Stadtteilmanagement Lösungen für selbsttragende Strukturen u.a. durch die Gewinnung mitwirkender Akteure sowie die Akquise und Koordination von Fördermitteln bzw. Drittmitteln (GIU 2011: 58). Die Stelle des Stadtteilmanagements war von einer qualifizierten Fachkraft besetzt (GIU 2007: 88).

Die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Aktivitäten und Projekte der Sozialen Stadt wurden größtenteils vom Stadtteilmanagement wahrgenommen. Sie bezogen sich sowohl auf Projekte in den Aktionsbereichen als auch in den Querschnittsaufgaben. Mit Blick auf den Abschluss der Sozialen Stadt in Merzig wurden verschiedene Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit als prioritär identifiziert. Hierzu zählen die Erstellung von Informationsunterlagen, die Aktualisierung oder Erweiterung einer bestehenden Ausstellung „10 Jahre Soziale Stadt Merzig“ mit öffentlichkeitswirksamer Präsentation u.a. im Rathaus oder Hintergrundgespräche mit den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ebenso wie Medienarbeit, Kommunikation in den Netzwerken der Stadt und Infostände auf Kulturveranstaltungen (GIU 2011: 75).

Kooperation zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene

Es bestehen in Merzig vielfältige Ansätze einer vertikalen Kooperation zwischen Verwaltung und Akteuren auf Quartiersebene. Anlass- oder projektbezogene Kooperation bestehen u.a. mit der Merziger Verwaltungsgesellschaft, dem Internationalen Bund, dem SOS Kinderdorf, dem Merziger Praxisnetz e.V., Sportvereinen und -verbänden, den Gewerbetreibenden in der City oder Akteuren der Altenhilfe.

Empowerment, Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbewohnerschaft und anderer lokaler Akteure

Die Aktivierung und Einbindung lokaler Akteure erfolgt in Merzig überwiegend projekt- bzw. themenbezogen. Es besteht ein weit verzweigtes Netzwerk, an dem die verschiedensten Vereine, Organisationen, Arbeitskreise, Nachbarschaften oder Einzelpersonen beteiligt sind (GIU 2011: 51). Die inzwischen nicht mehr aktive Bürgerinitiative „pro merzig“ kümmerte sich um das Stadtmarketing mit Themen wie gesamtstädtisches Erscheinungsbild, Kultur und Geschichte sowie Tourismus (GIU 2011: 51). Es existieren aber weiterhin zahlreiche ehrenamtliche Initiativen und Vereine mit einem konkreten Förderziel, z.B. der „Förderverein St. Peter“ zur Förderung der Pfarrei, der „Förderverein Merziger Wolfsgehege“, der Verein „Gustav-Regler-Zentrum“, die „Interessen- und Fördergemeinschaft Merziger Tierpark“. Weiterhin gibt es viele Projekte, die durch das Engagement der Bürger ermöglicht werden wie z.B. die Aktivitäten des Vereins „Miteinander Leben“ (GIU 2011: 52).

Mit Blick auf eine Verstetigung der im Programm „Soziale Stadt“ begonnenen Aktivitäten und geschaffenen Strukturen werden in der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts aus dem Jahr 2011 folgende Empfehlungen gegeben:

- ▶ Prüfen einer möglichen Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen, um die Stadterneuerung in die Nachhaltigkeit zu führen (kommunale Mittel, Fördergelder aus anderen Programmen, private Mittel, Unterstützung durch Stiftungen etc.),
- ▶ ggf. Suche nach möglichen Trägern für neue Projekte in Analogie zur Programmlaufzeit Soziale Stadt in Merzig, u.a. Stadt, Stadtteilvereine, soziale Einrichtungen, Kirchen, Unternehmervereine,
- ▶ Stärkung lokaler Partnerschaften mit privaten Akteuren,
- ▶ Unterstützung der Aktivitäten von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern und Initiativen,
- ▶ Stärkung des Netzwerks der Vereine sowie Ermöglichung von Kommunikationsplattformen,
- ▶ gezielte Förderung und Beratung von Vereinen in rechtlichen, steuerlichen und finanziellen Fragen,
- ▶ Fokussierung von interkultureller Freiwilligenarbeit und Seniorenbegleiterinnen und -begleitern,
- ▶ Fortbildungsangebot zum Management und zur PR von Non-Profit-Organisationen,
- ▶ stärkere Ansprache der Wirtschaftsförderung und den Unternehmen in der Stadt,
- ▶ Stärkung von Motivation und Empowerment lokaler Akteure durch Vermittlung von Kompetenz und Know-how in der Begleitung bzw. Leitung bürgerschaftlichen Engagements, Bereit-

- stellung von Räumlichkeiten und Sachkosten, politische Wertschätzung, gute Beispiele kommunizieren etc.,
- ▶ Weiterführung des Verfügungsfonds zur Unterstützung bzw. Motivation von ehrenamtlichem Engagement und zur Wertschätzung der Arbeit der Bürgerschaft,
 - ▶ Freiwilligenmanagement und Schaffung einer Anlaufstelle zur Koordination des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommunalverwaltung,
 - ▶ Beibehaltung des interdisziplinär besetzten „Teams Soziale Stadt“ – unter ggf. neuem Namen,
 - ▶ Prüfung möglicher Kooperation mit anderen Projekten oder Trägern wie Mehrgenerationenhaus, Haus der Jugend, Kommunale Integrationsarbeit, Einbindung in Aktivitäten zum Thema „Wohnen in der Innenstadt“,
 - ▶ Prüfen der Machbarkeit einer Bürgerstiftung,
 - ▶ stärkere Einbeziehung der Bürger in finanzielle Belange z.B. über einen Bürgerhaushalt (GIU 2011: 75ff.).

Somit sind in den vorhandenen Dokumenten bereits viele Maßnahmen für ein erfolgreiches Empowerment aufgeführt, die zu einem überwiegenden Teil jedoch noch nicht umgesetzt werden konnten.

5.5 Einschätzungen „professioneller“ Akteure der Quartiersentwicklung

Schnittstellen zwischen sozialer und umweltbezogener Quartiersentwicklung

Einige Interviewte sehen in Kitas und Schulen ganz wesentliche Schnittstellen zwischen sozialer und umweltbezogener Quartiersentwicklung. Hier werden die Themen Natur und Umwelt sowie gesunde Ernährung in verschiedenen Zusammenhängen thematisiert. Hierüber würden zumindest Kinder und Jugendliche erreicht, die dann wiederum Impulse in die Familien geben könnten.

Als eine weitere Schnittstelle gilt die Evangelische Kirchengemeinde, die mit Angeboten der Jugendarbeit oder der Merziger Tafel, aber auch als Ort der Begegnung von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern integrierend wirksam wird und somit Reichweite in alle Stadtquartiere entfaltet. Allerdings lägen naturgemäß eher karitative Aufgaben im Fokus der Kirchengemeinden.

Als eine weitere Schnittstelle wird die professionelle betriebene Gemeinwesenarbeit genannt, wie sie durch den Gemeinwesen-Treffpunkt (Träger: SOS Kinderdorf Saar) geleistet wird. Allerdings ist hier die Wirkung in Bezug auf Aspekte von Umwelt und Umweltverhalten begrenzt, da für eine „Bespiegelung“ dieser Themen die personellen Ressourcen fehlen. Das hat zur Folge, dass auch die Bewohnervertretung im Schalthausviertel als Struktur für eine Beteiligung und aktive Mitgestaltung von unten, die eng mit dem Gemeinwesen-Treffpunkt kooperiert, in diesen Belangen nur sehr begrenzt in die Bewohnerschaft hineinwirken bzw. deren Interessen vertreten kann.

Darüber hinaus gebe es vonseiten der Stadt und der Verbraucherzentrale Beratungsangebote für Energieeinsparung oder Müllvermeidung. Da diese aber ausschließlich in Komm-Strukturen existieren, bleibt deren Wirkung in den Quartieren begrenzt. Quartierbezogene Aktionen zu Umweltthemen fanden in den zurückliegenden 10 bis 15 Jahren eher sporadisch bzw. zeitlich eng begrenzt statt.

Insgesamt werden mit Bezug auf die Schnittstellen-Thematik die Erwartungen an eine Wirksamkeit in Bezug auf das Thema Umwelt und Umweltverhalten in sozialen Brennpunkten gedämpft. Als Grund hierfür werden existentielle Probleme der Bewohnerinnen und Bewohner genannt, die einen Zugang der Betroffenen selbst zu Aspekten der ökologischen Gerechtigkeit, aber auch den Zugang professioneller Akteure zu den sog. Betroffenen erschwere. Schnittstellen könnte erst dann Wirksamkeit entfalten, wenn die richtigen mit Ressourcen ausgestatteten Akteure mit passgenauen Angeboten bzw. Anreizen die Bewohnerschaft in den Quartieren „abholen“.

Qualität von Akteursnetzungen/-kooperationen

Die Interviewten betonen die hohe Qualität der Arbeit des Teams Soziale Stadt, das bis zum Jahr 2015 die Aktivitäten in den Aktionsräumen koordiniert und gesteuert hat. Nach Auslaufen der Programmförderung Soziale Stadt würden Belange der Quartiersentwicklung vom regelmäßig tagenden Team „Städtebauförderung“ der Merziger Verwaltung wahrgenommen. Durch kurze Wege in der vergleichsweise kleinen Verwaltung sei bei Bedarf die direkte Zusammenarbeit mit dem städtischen Umweltbeauftragten möglich.

SOS Kinderdorf Saar betreibt nach Auslaufen der Sozialen Stadt mit dem Gemeinwesen-Treffpunkt in der Schalthaussiedlung eine sozialraumbezogene Struktur der Gemeinwesenarbeit.

Weitere Organisationen widmen sich sozialen Themen und sind unabhängig von Quartieren oder Sozialräumen aktiv.

Als verwaltungsexterner Akteur mit großer Reichweite in der Stadt gilt die Evangelische Kirchengemeinde mit einem sehr aktiven Jugendsozialarbeiter. Die Kirchengemeinde betreut inzwischen auch die Merziger Tafel, die vormals von der AG Altenhilfe betrieben wurde.

Die AG Altenhilfe fungiert als Informations- und Beratungsstelle für ältere Menschen und bietet u.a. eine „Wissensbörse für Jung und Alt“ an.

SOS Kinderdorf Saar ist darüber hinaus Betreiber des Mehrgenerationenhauses. Der dort verankerte Einrichtungszeitung „Jung hilft Alt“ bringt die Generationen in der Verantwortung füreinander zusammen: junge, zuvor arbeitslose Menschen finden sinnvolle Beschäftigung im hauswirtschaftlich – pflegerischen Bereich, werden dort ausgebildet und qualifiziert. Unter Anleitung von Fachkräften bieten sie verschiedenste Dienstleistungen für jedes Lebensalter u.a. Senioren an.

Im Hinblick auf die integrierte soziale und umweltbezogene Quartiersentwicklung nannten die Interviewten keine regelmäßigen Kooperations- oder Vernetzungsaktivitäten.

Einige Interviewte äußerten generell sich zur Qualität von Kooperation und Vernetzung zwischen den Akteuren. Zum einen wurde konstatiert, dass das Zustandekommen sowie Intensität und Qualität von Kooperation stark personenabhängig sei. Hier bestünden noch Potenziale.

Allerdings wurde zum anderen darauf verwiesen, dass mangelnde Personalressourcen eine Vernetzungsarbeit mit Blick auf Sozialräume erschwere. Daher werden die eigentlich notwendige Verknüpfung sozialer und ökologischer Belange Umwelt eher als Kür angesehen.

Weiterhin wurde geäußert, dass in Merzig sehr viele Träger mit eigenen auf Zielgruppen oder Soziallagen bezogenen Aktivitäten und Projekten befasst seien. Die meisten Träger unterlägen eigenen Finanzierungslogiken und Förderbedarfen ihrer Organisation, die einer Bündelung von Aktivitäten ggf. entgegenstehen könnten.

Unabhängig davon sei kein bündelnder Akteur vorhanden, der möglich Synergien für die Quartiere – sofern dies von allen Beteiligten gewollt wäre – erschließen würde.

Angebotsqualität Erfolg von Empowerment, Aktivierung und Beteiligung

Als im Quartier unverzichtbare Struktur und Angebot für Aktivierung, Empowerment und Beteiligung gilt nach Einschätzung der Interviewten der seit über 20 Jahren bestehende Gemeinwesen-Treffpunkt in der Schalthaussiedlung. Dieser bietet der Bewohnerschaft ein kontinuierliches niedrigschwelliges Beratungsangebot. Hierzu zählen sowohl die Arbeit mit Erwachsenen als auch mit Kindern und Jugendlichen. Tätigkeitsfelder neben Sozialberatung, die Einzelfallhilfe, Krisenintervention, Arbeit mit Familien in Problemlagen und Second-Hand-Börse, u.a. auch die Lage von Obdachlosen sowie suchtgefährdeter Menschen. Eine Küche und für die Bewohnerschaft offene Räume bieten Gelegenheit für

Begegnung verschiedenster Art. Zuweilen finden im Gemeinwesen-Treffpunkt Treffs zum gemeinsamen Kochen statt bzw. werden Ausflüge für Kinder und Jugendliche organisiert. Der Gemeinwesen-Treffpunkt arbeitet in enger Kooperation u.a. mit der Merziger Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co KG (Wohnungseigentümerin), den beteiligten Fachämtern der Stadtverwaltung und des Kreises, den Schulen, dem Kindergarten „St. Marien“, der Lebenshilfe Merzig und der kinderpsychiatrischen Ambulanz „Haus Linicus“. Der Treffpunkt wird finanziert über den Landkreis und die Stadt Merzig und über Mittel des SOS Kinderdorfs Saar. Erfolge der Gemeinwesenarbeit waren hier neben einer Aufwertung der Gebäude und des Wohnumfeldes mehr und höherwertige Schulabschlüsse der im Gebiet lebenden Kinder und Jugendlichen. Gemeinsame Aktionen und regelmäßige Veranstaltungen konnten das Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgefühl in der Siedlung stärken. Die gemeinschaftliche Gestaltung des Ediplatzes (Dorfplatz) zeugt von der Engagementbereitschaft der Bewohnerschaft, jedoch ist die kontinuierliche Pflege der anspruchsvoll gestalteten Anlage ohne eine dauerhafte qualifizierte Begleitung nicht möglich gewesen. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ konnte die Gestaltung des Dorfplatzes aktiv begleitet werden. Die Gemeinwesenarbeit vor Ort wird wesentlich vom SOS-Gemeinwesen-Treffpunkt getragen. Eine Küche und für die Bewohnerschaft offene Räume bieten Gelegenheit für Begegnung verschiedenster Art. In der Vergangenheit war im Gemeinwesen-Treffpunkt auch eine Frauengruppe aktiv, die u.a. Angebote für gesunde Ernährung sowie Sport und Bewegung organisiert hat. Mangels fachlicher Begleitung besteht jedoch momentan dieses Angebot nicht mehr. Nennenswerte Aktivitäten von Empowerment und Aktivierung im Sinne ökologischer Gerechtigkeit konnten über das Programm „Soziale Stadt“ oder über das Programm LOS mit den Aktivitäten des Gemeinwesen-Treffpunkts kombiniert werden. Allerdings ist eine kontinuierliche Arbeit im Quartier in Bezug auf Umweltschutz und Umweltverhalten nicht mehr möglich. Nach Auslaufen der Sozialen Stadt finden diesbezüglich keine nennenswerten Aktivitäten statt. Es mangelt offensichtlich an geeigneten Förderprogrammen um z.B. regelmäßige Gesundheits- oder Sportangebote für Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers zu etablieren.

Die Bewohner-Vertretung der Schalthausiedlung, die sich etwa einmal im Monat trifft, versteht sich als ein Bindeglied zwischen Bewohnerschaft, Merziger Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co KG sowie Stadtpolitik- und -verwaltung. Ein Runder Tisch der beteiligten Akteure berät über Fragen der Wohnsituation, des Wohnumfeldes oder die Ausgestaltung des jährlich stattfindenden Sommerfestes.

Als Erfolg aktiver Beteiligung gilt der im Rahmen der Städtebauförderung neu gestaltete Bürgerpark neben dem zum Naturbad umgebauten ehemaligen Freibad. Hier engagieren sich Vereine und Anwohnergruppen, die aktiv an der Planung beteiligt waren und nun Parknutzer sind, für die Pflege der Flächen und Anlagen. Ein pensionierter Grundstücksnachbar übernimmt den Schließdienst für den Bürgerpark. Zudem hat sich das ehemalige Pumpenhaus im Bürgerpark – im Zuge der Sozialen Stadt zum Vereinshaus umgebaut – als Treffpunkt der Lebenshilfe etabliert.

Mit Blick auf die Beschäftigungsförderung hat der gemeinnützige Verein „Beschäftigungsinitiative Merzig“ (B.I.M.) von 1996 bis 2013 schwer am Arbeitsmarkt vermittelbare Jugendliche und Erwachsene in Umwelt und Freiraum bezogenen Projekten wie Renaturierungsmaßnahmen, Anlage einer Saline oder eines Wanderwegs oder Wiederherstellung historischer Anlagen beschäftigt und qualifiziert. Alle Beteiligte und auch Außenstehende bewerten diese Aktivitäten als großen Erfolg. Jedoch konnten keine neuen Projekte in Angriff genommen werden, da die Kreisstadt Merzig die Eigenanteile nicht mehr aufbringen konnte und neue Teilnehmer für die Maßnahmen schwer zu finden waren.

Ein Beteiligungsangebot für Kinder und Jugendliche, das ökumenisch betrieben „School out Café“, das eine integrative Nachmittagsbetreuung im sozialen Brennpunktgebiet angeboten hatte, konnte aus baulichen Gründen nicht aufrechterhalten werden. Zwar bestehen Nachmittagsangebote in mehreren Schulen sowie im Jugendzentrum Merzig, jedoch ist eine räumliche Nähe zum Gebiet Schalthausiedlung nicht mehr gegeben.

Eine Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt (Fahradkeller „Pädalo“), in der handwerklich begabte Senioren eine Fahrradwerkstatt aufgebaut sowie Räder für den Tourismusbereich hergerichtet und für Kinder Reparaturkurse angeboten hatten, wurde vor einigen Jahren geschlossen.

Neue Impulse für eine Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements setzen Bürgermeister und Verwaltung seit dem Jahr 2016 mit einer ersten Initiative hin zur „Essbaren Stadt“. Beginnend mit einem Beet im zentral gelegenen öffentlichen Raum wird versucht, das Konzept schrittweise auszubauen. Hierfür werden im Stadtpark und in anderen Bereichen geeignete Standorte für urbanes Gärtnern identifiziert. Allerdings kann noch nicht eingeschätzt werden, inwieweit die Idee der „Essbaren Stadt“ im Sinne von aktiver Beteiligung von Einzelpersonen oder Gruppen der Stadtgesellschaft aufgegriffen wird.

Es sind weitere Empowerment- und Beteiligungsansätze z.B. der Evangelischen Kirche, des Mehrgenerationenhauses (Träger: SOS Kinderdorf Saar) oder der AG Altenhilfe zu nennen. Diese betreffen in erster Linie Sozial- und Altenarbeit sowie die Berufs- und Ausbildungsförderung. Ein unmittelbarer Bezug zum Thema Umweltschutz oder Umweltverhalten ist hier jedoch nicht gegeben.

Fördernde und hemmende Rahmenbedingungen

Auf das Programm „Soziale Stadt“ bezogen betonten mehrere Interviewte, dass die verpflichtend vorgeschriebene Beteiligung der Bürgerschaft und die daraus resultierende Implementierung von Beteiligungsstrukturen und -formaten es vermocht hat, in der Stadt Bewohnerinnen und Bewohner in sozialen Schwerpunktgebieten zu aktivieren, die ansonsten kaum erreichbar sind. Die Verwaltung ist ohne derartige Programme nicht in der Lage, die für eine intensive Beteiligung und Aktivierung notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen aufzubringen. Ein Interviewpartner kam in Bezug auf das Thema Beteiligung und Aktivierung im Quartier zu der Einschätzung, „...dass ohne das Programm ‚Soziale Stadt‘ überhaupt nichts gelaufen wäre ...“. Gleichwohl wurde darauf verwiesen, dass, gemessen an der Gesamtheit der im Rahmen von Soziale Stadt realisierten Maßnahmen, investive städtebauliche Vorhaben im Vordergrund standen. Auch diese seien von der Kommune nicht aus eigener Kraft zu realisieren, daher müsse stets die Beteiligung an Förderprogrammen wie z.B. Städtebauförderung gesucht werden. Das hätte zur Folge, dass notwendige nicht-investive Maßnahmen, die z.B. der Integration relevanter Gruppen bzw. Betroffener dienen, in den Hintergrund treten. Die Folge sei häufig, dass wichtige und wertvolle bauliche Investitionen zur Verbesserung der Quartiere erfolgen, die Aneignung, Zugänge und Nutzung einschließlich Pflege von Infrastrukturen durch die fokussierten Zielgruppen jedoch nicht wie gewünscht erfolgen. Es gelte auch für Projekte und Maßnahmen für mehr Umweltschutz im Quartier oder für eine umweltbewusstes Handeln im Alltag, dass sich diese keineswegs aus der Bewohnerschaft von selbst entwickeln. Vielmehr bräuchte es Programme, die eine kontinuierliche qualifizierte Anleitung und Begleitung ermöglichen. Ansonsten entstehe auf allen Seiten Frustration und Vertrauensverlust. Dieses mache es schwierig, nach Abbrüchen von gemeinsamen Aktivitäten mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Falle neuer Beteiligungsmöglichkeiten wieder erfolgreich neu zu starten.

Als problematisch wurde konstatiert, dass begleitend in Anspruch genommenen Förderprogramme wie LOS oder „Stärken vor Ort“ nur begrenzte Laufzeit aufwiesen und einmal initiierte Aktivitäten nicht verstetigt werden konnten. Häufig bestehe von Seiten der Programm-Auslober die Erwartung, dass einmal angeschobene Projekte nach Abschluss einer Förderung verstetigt werden. Vor Ort wisse man (oder habe man gelernt), dass dieser gewünschte Selbstlaufeffekt nicht eintritt. Das provoziere die Frage, ob derartige Förderprogramme geeignet sein können, strukturelle Probleme in sozialen Brennpunktgebieten zu bewältigen und gleichzeitig ökologisch ambitionierte Projekte zu realisieren.

Mangels eigener finanzieller Spielräume müsse vonseiten der Stadt versucht werden, immer wieder „neue“ – zu bestehenden bzw. sich immer wieder ändernden Förderkulissen passende – Projekte zu

kreieren, um in längst verstetigten räumlichen und sozialen Problemlagen „nicht den Faden abreißen zu lassen“. „Im Grunde müssen alte Ideen immer wieder neu verpackt und verkauft werden“, so ein Interviewpartner. Eingedenk der Tatsache, dass bestimmte Gebiete dauerhaft „betreuungsbedürftig“ bleiben werden, sei es weit sinnvoller, dort Beteiligung, Aktivierung und Projekte dauerhaft sicher zu finanzieren, damit dort eine tragfähige Struktur mit qualifiziertem Personal wirksam werden kann. Unter dieser Voraussetzung wären die Chancen groß, Fragen der ökologischen Gerechtigkeit im Quartier, des ökologischen Mit-Gestaltens und schließlich auch des eigenen Umweltverhaltens „mit langem Atem“ erfolgreich umzusetzen.

Wichtig sei es, den benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohner auch über Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten im Quartier Perspektiven zu eröffnen, damit sie Selbstschätzung zurückzugewinnen. Leider mangle es an passenden Programmen für die Beschäftigungsförderung, die insbesondere für sozial Benachteiligte wie etwa in der Schalthaussiedlung eingesetzt werden können. Diesbezüglich stelle sich die Frage, ob mit Blick auf benachteiligte Gruppen Ansätze wie die der ABM in den 1990er-Jahren neu aufgegriffen werden sollten. Leider stand die Merziger Beschäftigungsinitiative im Jahr 2013 vor dem Problem, dass die vom Bund geforderte Eigenbeteiligung für Maßnahmen der Beschäftigungsförderung durch die Kommune nicht mehr aufgebracht werden konnte. Seitdem wurden keine neuen Beschäftigungsprojekte durchgeführt.

5.6 Umwelt und Quartiersentwicklung: Sicht- und Verhaltensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner

Die Feldforschung auf der Mikro-Ebene (narrative Interviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Teilnehmende Beobachtung, Soziale Netzwerkkarten – vgl. Kap. I 3.2.3) wurde im Stadtteil Schalthaus-siedlung als eigentlichem Kern des Programms „Soziale Stadt“ in Merzig durchgeführt. Die folgenden Aussagen beziehen sich daher immer auf dieses Quartier.

Die Schalthaus-siedlung als „isoliertes System in der Stadt“ erweist sich als sozial relativ homogenes, in dem nur wenige verschiedene Teilgruppen anzutreffen sind:

- ▶ „Deutschstämmiges Prekariat“
- ▶ „Prekäre deutschstämmige Jugendliche“
- ▶ „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“
- ▶ „Hermetische Subkulturen“, Letztere bestehen in der Schalthaus-siedlung vor allem aus Obdachlosen, die hier kurz- oder mittelfristig eine Unterkunft gefunden haben

Geplant ist auch die Unterbringung von Geflüchteten in der Schalthaus-siedlung, so dass künftig auch mit „Neu-Migrantischen“ zu rechnen ist.

Durch ihre Isolation vom übrigen Stadtgebiet erweist sich die Schalthaus-siedlung als ein geschützter Raum für sozial weniger Erfolgreiche (die dort „unter sich“ leben können). Dies führt einerseits zu einer hohen Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit „ihrem“ Stadtteil; andererseits sind sie sich aber auch bewusst, dass ein Wohnsitz in der Schalthaus-siedlung außerhalb mit einer gewissen Stigmatisierung behaftet ist, die sich mitunter nachteilig, z.B. bei der Such nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz auswirken kann. „Manche gucken dich da schon mal schräg an, wenn du sagst, du kommst aus dem Schalthaus“.

Aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner hat sich die **Situation** in der Schalthaus-siedlung in den letzten Jahren sehr zum Positiven verändert: „Es ist alles sauber und bepflanzt, die Straßen sind asphaltiert, die Wohnungen sind jetzt trocken und warm und es gibt keinen Schimmel mehr“. „Das Gesamtbild hat sich verbessert: jetzt ist alles frisch gestrichen“. „Die Häuser und Wohnanlagen wurden gemacht; jetzt kommen sogar fremde Leute in die Siedlung und sagen: an Euren Straßen kann man vorbeigehen“. Dabei wird erkennbar, dass diese Verbesserung von den Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur auf die

faktische Lage bezogen wird, sondern auch auf die Außenwahrnehmung, d.h. das Image des Stadtteils – und dass dies für sie auch mit immateriellen Aspekten wie Selbstachtung, sozialer Anerkennung und Würde verbunden ist. Doch auch damit sind wiederum ganz handfeste Vorteile verbunden: *„Heute ist es nicht mehr so schwer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, wenn Du sagst, Du wohnst in der Schalthaussiedlung“.*

Die Einrichtung eines Kinderspiel- und eines Fußballplatzes sowie die Gestaltung des „Dorfplatzes“ (Edi-Park), an dem die Bewohnerinnen und Bewohner beteiligt waren, werden ebenfalls oft als Verbesserungen erwähnt. Hierdurch sei auch das Gemeinschaftsgefühl in der Siedlung gestärkt worden. *„Die Unterhaltungen zwischen den Aussiedlern und den Deutschen sind besser geworden; früher hat man sich ja nur komisch angeguckt“.*

Abbildung 27: Der Edi-Platz in der Schalthaussiedlung



Foto: Michael Schipperges

Jedoch werden auch zahlreiche negative und weiterhin problematische Bereiche in den Interviews genannt:

- ▶ Die Isolation der Siedlung und ihre schlechte **Anbindung** an den öffentlichen Verkehr: *„Bis zur nächsten Haltestelle muss von uns aus schon ein Stück laufen; für mich kein Problem, ich bin Schnellgänger, für die Älteren hier aber schon“.*
- ▶ Dadurch bedingt: Große Entfernung zu **Einkaufsmöglichkeiten**: *„Wenn man kein Auto hat, ist das schon schwierig“.*
- ▶ Die **Lärmbelastung**, insbesondere durch die Eisenbahnlinie, die in sehr geringer Entfernung an den Häusern vorbeiführt: *„Ich werde jedes Mal wach, wenn nachts ein Zug kommt“.* *„Die Züge sind laut, das ist ganz schlimm“.* *„Nee, so’n Güterzug mit dreißig Waggons, der macht einen Höllenlärm“.* Daneben wird über Verkehrslärm von der Bundesstraße auf der gegenüberliegenden Seite das Viertel geklagt. Die Bahnlinie wirkt außerdem als Riegel zu den nächstgelegenen Einkaufsmöglichkeiten; so sind diese nur über relativ weit entfernte Brücken „legal“ und gefahrlos zu erreichen. Um die Einkaufswege abzukürzen, überqueren Siedlungsbewohnerinnen und -bewohner immer wieder die Bahnlinie zu Fuß: *„Da sind schon etliche totgefahren worden“.*
- ▶ Ein sehr schlechter Zustand der **Fußwege**: *„Die Bürgersteige sind katastrophal, überall Stolperfallen“;* vor allem für die – vielen – älteren Menschen im Viertel, z.B. diejenigen, die auf einen Rollator angewiesen sind, sei das ein großes Problem.
- ▶ Der Auto-**Durchgangsverkehr** in der Siedlung: Da diese an ein Industriegebiet angrenzt, wird von viel Lkw-Verkehr berichtet; Lkw und Pkw würden teilweise *„wie die Sau durchs Viertel rasen; ein Wunder, dass da noch keiner totgefahren wurde“.* Verschiedene Lösungen, die in der

Vergangenheit ausprobiert wurden (Ausweisung als Anlieger-, Einbahn- oder Spielstraße) hätten nicht zur Verkehrsberuhigung beigetragen: „Die fahren trotzdem über die Anlage, obwohl es verboten ist. [...] Die Firmen sind dagegen, dass der Verkehr stärker eingeschränkt wird“. Eine gewisse Verbesserung sei durch das Aufstellen von Blumenkästen erreicht worden, „die dafür sorgen, dass nicht mehr so gerast werden kann“.

- ▶ Nicht verfügbare oder langsame **Internet**-Verbindungen („weil die Telekom da nicht mitmacht“).
- ▶ Die schlechte Bespielbarkeit des **Fußballplatzes**: „Da sind überall riesige Maulwurfshügel; das ist ein Hindernislauf“. „Der Bolzplatz, das ist ein Acker, da knickt man um, wenn man drauf rennt“.

Abbildung 28: Lärmquelle Eisenbahntrasse



Foto: Thomas Preuß

Abbildung 29: Der Bolzplatz



Foto: Michael Schipperges

Mit dem Begriff „**Umwelt**“ können die befragten Quartiersbewohnerinnen und -bewohner meist keine ökologischen Probleme oder Fragen des Umweltschutzes in Verbindung bringen, vielmehr beziehen sie das Wort fast immer wörtlich unmittelbar auf ihre eigene Um-Welt. Wissen um Umweltprobleme ist sehr gering; selbst die heutzutage in eigentlich allen sozialen Milieus anzutreffende – zumindest abstrakte – Anerkennung sozialer Umweltschutz-Normen war bei den Befragten kaum feststellbar.

Konkret darauf angesprochen, dominiert eine Einstellung wie beispielsweise: *„Einfache Menschen wie wir können da nichts tun“*. Ökologische Aspekte spielen insofern im Alltagsbewusstsein und Alltags-handeln der Bewohnerschaft der Schalthausiedlung kaum eine Rolle. Dennoch führen einerseits eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, andererseits aber auch tief verwurzelte Sparsamkeitsprinzipien und eine gewisse Anspruchslosigkeit dazu, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mit natürlichen (und anderen) Ressourcen meist sorgsam und überlegt umgehen – und ihre faktische Inanspruchnahme ökosystemarer Dienstleistungen weit unter dem Durchschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung liegt.

Jugendliche kommen gelegentlich im Schulunterricht oder durch Fernsehdokumentationen mit Umweltthemen in Berührung. In Interviews thematisiert wurden in diesem Zusammenhang Kernkraftwerke – im benachbarten Frankreich und der Unfall in Fukushima – sowie die Schadstoffbelastung von Trinkwasser. *„Ich habe dazu nicht viele Fragen, aber interessieren tut es mich schon; ich möchte doch, dass auch meine Kinder später ein schönes Leben haben und deren Umwelt nicht verpestet ist“*. Daneben wird das Thema Plastikmüll, der in Gewässer und in die Nahrungskette gelangt, erwähnt. *„An die Bio-tonne sollte man eigentlich ein Schild machen: ‚Kein Plastik‘; sonst kommt das ja mit dem Kompost in den Boden“*.

Müll und Abfall sind immer wieder ein Anlass für Diskussionen. Beklagt wird, dass immer noch *„viel wild weggeschmissen“* wird. Zwar werden die Regeln der Mülltrennung meist beachtet; beklagt wird jedoch, dass *„viele“* überzähligen Müll, der nicht in den eigenen Tonnen entsorgt werden kann, an fremder bzw. falscher Stelle abladen: *„Wenn die Mülltonne hinterm Haus voll ist, bedient man sich einfach beim Nachbarn und schmeißt seinen Müll dort hinein“*. *„Die stellen ihren Müll dann heimlich zu den Glascontainern“*. Positiv erwähnt wird, dass seit einiger Zeit eine Art Quartiersmeister von der Stadt angestellt wurde, der Straßen und Grünanlagen von Abfälle freihält: *„Der Herr S. macht das jetzt alles für uns; seitdem ist es besser geworden“*.

Energie wird von den Bewohnerinnen und Bewohner meist sparsam genutzt. Dazu beigetragen haben offensichtlich Beratungskampagnen, die im Quartier durchgeführt wurden: *„Ich habe so Steckdosen zum Ausschalten, so dass alles, was gerade nicht läuft, komplett aus ist, auch die kleinen Lämpchen“*. *„Wir haben jetzt überall Stromsparlampen – da war mal so eine Aktion vom Umweltschutz, wo sie die Dinger verschenkt haben“*. Es gibt auch – eingeständenermaßen – viel sorglosen Umgang mit Energie, insbesondere Heizenergie: *„Ich hab’s schon gern recht warm – aber meine Räume sind ja auch nicht so groß“*. *„Über Stromsparlampen habe ich schon mal nachgedacht – bisher bin ich aber noch nicht dazu gekommen, welche zu kaufen“*. Energiekosten werden jedoch oft als Belastung erwähnt: *„Und dann bekam ich schon wieder eine happige Nachzahlung“*.

Grünanlagen, Rasenflächen und Gärten sind reichlich vorhanden. Aktiviert durch GWA und QM engagieren sich die Bewohnerinnen und Bewohner (inzwischen) stark für deren Pflege: *„Es wird jetzt überall viel gepflanzt, man sieht überall Blumen – die Menschen hier sind einfach fleißig gewesen“*. Gärten wurden oft spontan angelegt und auch naheliegende Grünflächen sich dafür – eigenmächtig und unge-regelt – angeeignet. Wichtig für die Bewohnerinnen und Bewohner sind dabei die „Hüttchen“ (Gartenhäuser), die im Mittelpunkt stehen – und als erweiterte Wohnfläche bzw. Balkon-Ersatz dienen. Einerseits führt dies teilweise zu Konflikten, z.B., wenn dabei früher als Parkplatz benutzte Flächen „be-setzt“ werden; andererseits fördert es aber den sozialen Zusammenhalt, weil sich dadurch neue Treff-gelegenheiten ergeben: *„Da kommen wir dann immer zum Fußballgucken zusammen“*. Nutzgärten werden aber meist nicht angelegt, weil befürchtet wird, dass die Früchte von Fremden geklaut werden. *„Das wäre schon interessant, selber Obst und Gemüse zu haben. Aber dazu müsste man alles einzäunen. Sonst haben wir hier gleich die Leute im Garten rumstehen, die alles abpflücken kommen“*.

Ernährungsfragen wurden in den Interviews kaum thematisiert. Wenn diese angesprochen werden, sind sie oft mit schlechten Gewissen verbunden: *„Ich weiß, dass ich mehr darauf achten sollte“* (mehrfach genannt). *„Ich koche nicht gern, ich muss es halt für meinen Mann und meine Tochter. Ich mache*

auch Salat und Gemüse, aber das Problem ist, die essen das nicht gerne“. Ein traditionelles Ernährungsverhalten mit mehr frischen Zutaten – z.B. in Suppen und Eintöpfen – wird von den russischstämmigen Bewohnerinnen und Bewohner berichtet.

Einkäufe werden meist als Großeinkäufe bei den nächst- (aber nicht nahe) gelegenen Discountern getätigt. Es wird auch relativ häufig von wegzuerwerbenden Lebensmitteln berichtet.

Parkplätze sind – aus der Außensicht – ausreichend vorhanden. Dennoch sind diese für (einen Teil der) Bewohnerinnen und Bewohner ein Dauer-Problemthema. Da, soweit ein Auto vorhanden ist, oft der Anspruch besteht, möglichst in unmittelbarer Nähe des eigenen Hauseingangs zu parken, werden Bürgersteige und Grünflächen zum Parken benutzt – was wiederum für Konfliktstoff mit anderen Bewohnerinnen und Bewohner führt, insbesondere mit denen, die kein Auto besitzen.

Es gibt (im Gemeinwesentreffpunkt) einen **Second-Hand-Laden**, der allerdings wenig oder nur als Entsorgungsmöglichkeit für nicht mehr gebrauchte Dinge, vor allem Kleidung, genutzt wird: *„Es wird viel mehr abgegeben als abgeholt“*. *„Von gebrauchten Kleidern halte ich nicht viel; da gucke ich lieber, ob ich irgendwo etwas Neues günstig bekomme“*. Geräteverleih findet häufig im Sinne von Nachbarschaftshilfe statt; organisierten Verleih-Formen stehen die Bewohnerinnen und Bewohner eher skeptisch gegenüber: *„Das wäre sicherlich sehr aufwändig zu organisieren“*.

Eine zentrale soziale Ressource für die Bewohnerinnen und Bewohner der Schalthaussiedlung ist der **Gemeinwesentreffpunkt** (GT), der vom SOS-Kinderdorf Saar getragen wird. Dieser wird als Anlauf- und Beratungsstelle für eine Vielzahl von Angelegenheiten genannt, sei es bei der Unterstützung im Kontakt mit Ämtern oder Behörden (*„wenn man Hilfe beim Schriftverkehr braucht“*), sei es bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen oder bei nachbarschaftlichen und familiären Problemen. *„Seit das SOS da ist, hat sich hier vieles gebessert. Wir haben jetzt einen richtigen Ansprechpartner. Früher haben wir versucht, das mehr privat zu regeln. Aber privat kannst Du ja nicht viel erreichen“*. Für die Verbesserung der Lage vor Ort sowie die Beteiligung der Bewohnerschaft an entsprechenden Maßnahmen, habe der GT viel beigetragen: *„Die haben dafür gesorgt, dass die Häuser gemacht wurden und alles viel schöner geworden ist“*. Im Zuge dessen ist der Wunsch und die Bereitschaft der Bewohnerinnen und Bewohner, selbst etwas für die Verschönerung der Siedlung zu tun, deutlich gestärkt worden. Dies zeigt sich anschaulich in vielen spielerisch-liebevoll gepflegten und dekorierten Baumscheiben, die dafür sorgen sollen, das Erscheinungsbild der Siedlung insgesamt „aufzuhübschen“.

Durch die Initiierung verschiedener gemeinschaftlicher Aktionen hat der Gemeinwesentreffpunkt nach Ansicht der Bewohnerinnen und Bewohner dazu geführt, dass sie heute mehr miteinander in Kontakt kommen und sich vernetzen. *„Mit denen zusammen haben wir den Edi-Platz eingerichtet; da sitzen wir jetzt oft draußen“*. Dadurch sei die Solidarität untereinander gestärkt und Konflikte entschärft worden: *„Man kann schon sagen, dass hier jetzt eine größere Gemeinschaft zu erkennen ist. Es gibt auch schon mal Streit, wie das immer in solchen Häusern der Fall ist. Aber die Menschen kennen sich und reden miteinander“*. Insofern haben sich auch das Sicherheitsgefühl für die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Wohnzufriedenheit deutlich verbessert. *„Ich fühle mich wohl hier: man kennt sich und man hält zusammen. Natürlich gibt es auch Reibereien, aber nicht so wie früher, wenn manchmal dreimal in einer Nacht der Krankenwagen kommen musste“*.

Abbildung 30: Zentrale Anlaufstelle in der Schalthaussiedlung: der Gemeinwesen-Treffpunkt



Foto: Thomas Preuß

5.7 Synopse: Quartiersentwicklung an der Schnittstelle von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Lage vor Ort

Das Gebiet Stadtmitte und Schalthaussiedlung ist wie viele (ehemalige) Programmgebiete der Sozialen Stadt durch verschiedene soziale, städtebauliche, infrastrukturelle sowie ökologische Herausforderungen geprägt. Einen besonderen räumlichen Handlungsschwerpunkt stellt dabei die Schalthaussiedlung dar, wo auch nach Auslaufen des Programms „Soziale Stadt“ besondere Herausforderungen in Bezug auf soziodemografische Problemlagen sowie Umweltbelastungen bestehen.

Aus Sicht der „professionellen Akteure“ bestehen die folgenden Probleme in Bezug auf Umweltsituation und Umweltverhältnisse:

- ▶ starke Belastung durch Kfz-Verkehr und Verkehrslärm entlang der Hauptverkehrsstraßen im Teilgebiet Innenstadt,
- ▶ starke Mehrfachbelastung durch Schienen und Straßenverkehrslärm durch Begrenzung des Gebiets einerseits durch Bahntrasse und andererseits durch Zubringer zur BAB 8,
- ▶ Barrierewirkung der Bahntrasse insbesondere zwischen Nördlicher Kernstadt und Schalthaussiedlung (Mangel an Querungsmöglichkeiten),
- ▶ Schlechte Erreichbarkeit der Schalthaussiedlung mit ÖPNV sowie mangelhafte Erreichbarkeit von Einzelhandels und ÖPNV-Angeboten für Bewohnerinnen und Bewohner der Schalthaussiedlung,
- ▶ bislang unzureichende Verknüpfung der beiden Freizeitareale und Anbindung an die Innenstadt,
- ▶ geringe Nutzung von umweltschonenden und gesundheitsförderlichen Fortbewegungsmitteln (Fahrrad),
- ▶ teilweise Vermüllung des öffentlichen Raumes bzw. von Mülltonnenstandplätzen,
- ▶ wenig gesundheitsförderliches Ernährungsverhalten,
- ▶ unzureichendes „Vorleben“ eines gesunden Lebensstiles (Ernährung, Sport, Bewegung) in einigen Familien.

Viele der befragten Einwohnerinnen und Einwohner teilen die Einschätzungen der „professionellen Akteure“. Vonseiten der „professionellen Akteure“ wurde darauf hingewiesen, dass insbesondere viele

in der Schalthaussiedlung lebende Bewohnerinnen und Bewohner aufgrund ihrer prekären ökonomischen Situation, die die Betroffenen persönlich vor besondere Herausforderungen stellt, nur einen begrenzten Zugang zu Fragen der Umweltsituation in ihrer Wohnumwelt und in Bezug auf ihr eigenes Umweltverhalten haben. Gleichzeitig seien sie besonders betroffen von durch sie nicht beeinflussbaren Umweltverhältnissen wie z.B. Lärmbelastung.

Die im Programm „Soziale Stadt“ im Umweltbereich und mit Blick auf ein nachhaltiges Konsumverhalten umgesetzten Projekte fokussierten u.a. auf eine Verbesserung der Wohnsubstanz sowie auf eine energetische Sanierung u.a. in der Schalthaussiedlung. Im Handlungsfeld Grün und Freiräume ist die ökologische Aufwertung von Stadträumen wie dem Seffersbach und angrenzender Bereiche, die Aufwertung des Bürgerparks in unmittelbarer Nachbarschaft des zum Naturbad umgebauten Freibads Heilborn, die Neugestaltung des „Edi-Platzes“ in der Schalthaussiedlung, sowie die Aufwertung des Stadtparks mit Freizeit- und Gesundheitsangeboten (Spielplatz, Saline, Kneippenrichtungen) zu nennen. Im Bereich Mobilität wurde eine neue Verkehrsregelung in der Straße „Zum Wiesenhof“ zur Reduzierung des Verkehrs und der Verbesserung der Wohnsituation in der Schalthaussiedlung realisiert. Schulen und Kitas engagieren sich in den Bereichen Umweltbildung und gesunde Ernährung. Ebenso sind in der Vergangenheit angebotene punktuelle Energiespar- und Abfallberatungsangebote im Programmgebiet erwähnenswert. Aspekte nachhaltiger oder ökologischer Lebensstile bzw. Konsumverhaltens waren dagegen im integrierten Handlungskonzept nicht intendiert bzw. sind auch unabhängig von der programmatischen Rahmensetzung sichtbar nicht eigeninitiativ wirksam geworden.

Die Bewohnerinnen und Bewohner des Programmgebiets schätzen die im Rahmen der Sozialen Stadt realisierten umweltbezogenen Maßnahmen als sehr wertvoll ein, da sie unmittelbar die Wohnsituation bzw. die Situation im Wohnumfeld spürbar verbessert haben. Von der Bewohnerschaft der Schalthaussiedlung in Eigenregie gestaltete Sitzgelegenheiten bzw. Vorgarten- oder Baumscheibenbegrünungen zeugen von der Bereitschaft zur kreativen Raumeignung im unmittelbaren Wohnumfeld.

Eine Vernetzung professioneller und nicht-professioneller Akteure der Quartiersentwicklung ist nach dem Auslaufen der Förderung im Programm Soziale Stadt und der damit verbundenen Einstellung des Quartiersmanagements – in Bezug auf Aktivitäten im Umweltbereich – nunmehr eher anlassbezogen gegeben.

Unabhängig vom Thema Umwelt von unschätzbarem Wert ist die professionell betriebene Gemeinwesenarbeit, die durch den Gemeinwesen-Treffpunkt (Träger: SOS Kinderdorf Saar) in der Schalthaussiedlung geleistet wird und auch schon vor dem Beginn der Soziale-Stadt-Förderung in Merzig geleistet wurde. Für eine „Bespielung“ der Aspekte von Umwelt und Umweltverhalten fehlen hier allerdings die personellen Ressourcen. Gleichwohl bietet der Gemeinwesen-Treffpunkt eine unverzichtbare Struktur für eine Beteiligung und aktive Mitgestaltung von unten sowie für die Vertretung von Interessen der Bewohnerschaft, so die Einschätzung der „professionellen Akteure“.

Die „professionellen Akteure“ konstatieren, dass eine Implementierung von Umweltaktivitäten und eine Veränderung des Umweltverhaltens kontinuierlicher fachliche fundierter Angebote bedürfen, die die Bewohnerschaft des (ehemaligen) Programmgebiets aktivieren und einbeziehen. Sowohl Kommunalverwaltung als auch verwaltungsexterne Akteure besitzen hierfür nicht die personellen und finanziellen Ressourcen. Inwieweit und unter welchen Rahmenbedingungen potenzielle verwaltungsexterne Akteure wie u.a. Merziger Wohnungsbaugesellschaft, Verbraucherzentrale, Stadtwerke, Naturschutzbund, Schulen, Kitas, Jugendzentrum, Kirchengemeinde zusätzlich zu ihren „Regelaufgaben“ ihre Aktivitäten z.B. gezielt im Sozialraum Schalthaussiedlung entfalten können, war bislang in Merzig nicht Gegenstand von Überlegungen.

IV Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Analysen übergeordneter Programmansätze und -ziele (einer integrierten Quartiersentwicklung) sowie entsprechender Strategien und Konzepte, die Auseinandersetzung mit guten Beispielen in der Alltagspraxis und schließlich die Untersuchungen vor Ort in den vier Fallstudienstädten zeigen: Es lassen sich bereits Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in der Städtebauförderung feststellen – noch mehr jedoch gibt es Potenziale dafür, die entwickelt werden können. Im Folgenden werden entsprechende Schlussfolgerungen und Empfehlungen – auch mit Blick auf weiteren Forschungsbedarf – vorgestellt.

Generell zeigte sich in der Untersuchung – auch jenseits der konkreten Frage nach (potenziellen) Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in benachteiligten Stadtquartieren (der Sozialen Stadt) –, dass die zu Grunde gelegten Untersuchungsebenen drei tendenziell unterschiedliche Betrachtungsperspektiven der jeweiligen Akteure mit sich bringen. Sehr stark generalisiert kann davon ausgegangen werden, dass die Gestalter/innen von Programmen (der Städtebauförderung) von übergeordneten Ideen / Zielvorstellungen getragen werden, kommunale Programmumsetzer/innen versuchen, mit Hilfe verschiedener Programme konkrete Entwicklungsziele umzusetzen und lokale Quartiersbevölkerungen ihren „unprogrammierten“ Alltag leben.

Die aus den Untersuchungsergebnissen abgeleiteten Schlussfolgerungen berücksichtigen diesen Perspektiv-„Dreiklang“. Sie haben teilweise einen übergeordneten Charakter – beispielsweise mit Blick auf die „Architektur“ der Städtebauförderung und speziell des Programms „Soziale Stadt“ –, zum anderen Teil weisen sie eher eine Umsetzungsorientierung auf. Aus den Schlussfolgerungen können in den meisten Fällen Empfehlungen für die Bundes-, Länder- und die kommunale Ebene abgeleitet werden.

1 Schlussfolgerungen und Empfehlungen mit Blick auf Synergiepotenziale zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

Bevor im Folgenden einzelne (thematische) Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen vorgestellt werden, sollen zunächst drei grundlegende Schlussfolgerungen hervorgehoben werden, die sich aus der Untersuchung ableiten lassen: Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit lassen sich vor allem durch (1) den Einsatz geeigneter Förderprogramme, (2) verstärkte ressort-/fachübergreifende Zusammenarbeit sowie (3) langfristige materiell und personell abgesicherte Gemeinwesenarbeit vor Ort erreichen:

- ▶ (1) Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit lassen sich erreichen, indem Förderprogramme im Sinne von Anreizsystemen und finanzieller Ermöglichung Themen adressieren, die unmittelbar oder mittelbar zu einer verbesserten Beziehung der Bewohnerschaften zu ihrer eigenen unmittelbaren Nahwelt führen. Dies kann erfolgen, indem die einschlägigen Handlungsfelder (zum Beispiel Umwelt und Gesundheit) in bereits bestehenden integrativen Programmen wie der Sozialen Stadt gestärkt werden, oder indem andere sektorale Programme (zum Beispiel aus Bereichen wie Sport oder Kultur) in stärkerem Maße sozialräumlich ausgerichtet werden, beispielsweise an der Gebietskulisse des Programms Soziale Stadt.
- ▶ (2) Diese (stärkere) Harmonisierung von Politiken und Programmen aus dem städtebaulichen und dem Umweltbereich sowie weiteren Fachgebieten basiert auf einer (stärkeren) themen-/handlungsfeld- und damit ressort- bzw. fachübergreifenden Zusammenarbeit nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Bundes- und Landesebene.
- ▶ (3) Für die unmittelbare Vor-Ort-Ebene zeigen die Untersuchungsergebnisse, dass Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit vor allem dann entstehen können, wenn die

Quartiersbewohnerinnen und -bewohner aktiv in die Verbesserung sozialer und ökologischer Verhältnisse im Quartier einbezogen werden. Eine zugehende, aktivierende, ermöglichende, begleitende und rückkoppelnde Quartiers- und Gemeinwesenarbeit i.w.S. ist hierfür ein Schlüsselfaktor („Katalysator“). Ein personell gut ausgestattetes Quartiersmanagement kann hierbei temporär eine wichtige Unterstützungsfunktion übernehmen. Mittel- bis langfristig sollte jedoch die reguläre Gemeinwesenarbeit in den Kommunen in weit stärkerem Maße als heute vielerorts gegeben personell und finanziell abgesichert werden, damit diese Voraussetzung erfüllt werden kann.

Die Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen im Einzelnen:

- ▶ ***Fördermaßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ fokussieren auf soziale, teils auch auf Umweltverhältnisse. Letztere können Potenziale für innovative Praktiken im gesellschaftlichen Miteinander aufweisen.***

Mit investiv ausgerichteten Städtebauförderungsprogrammen werden in erster Linie Maßnahmen und Projekte im baulich-städtebaulichen Bereich inklusive Entwicklung von Grünflächen realisiert, also die baulich-strukturellen Verhältnisse in den Programmgebieten verändert. Ein besonderes Potenzial des Programms Soziale Stadt besteht darin, dass ergänzend zur baulich-investiven Förderung auch das Quartiersmanagement und sozio-integrative Projekte aus dem Verfügungsfonds gefördert werden können. Hierdurch wird insbesondere ein Beitrag zur Aktivierung und Beteiligung von lokalen Initiativen und Vereinen sowie der Quartiersbevölkerung geleistet, die die Möglichkeit erhalten, sich Räumlichkeiten oder Grünflächen im Quartier neu anzueignen.

- ▶ ***Für Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind bauliche Strukturen wichtig, die Begleitung von Prozessen der Aneignung der gebauten Strukturen (durch Ermöglichung, Empowerment, Kompetenzförderung etc.) aber ebenso.***

Damit die mit der Städtebauförderung geschaffenen baulichen Strukturen Wirkungen im Hinblick auf das (Umwelt-)Bewusstsein und (innovatives) Handeln der Quartiersbevölkerung entfalten können, sind darüber hinaus ergänzend zu den Programmen der Städtebauförderung weitere sozio-integrative Maßnahmen von Bedeutung, die dazu dienen, die baulichen Strukturen mit entsprechenden Angeboten zu „bespielen“ oder Aktivitäten der Bevölkerung kontinuierlich zu begleiten. Diese Maßnahmen müssen aus anderen Quellen finanziert werden.

- ▶ ***Ergänzend zur Städtebauförderung ist also die ebenso intensive Förderung von Gemeinwesenarbeit/begleitender Sozialarbeit notwendig.***

Deutlich wird die große Bedeutung von Sozial- und/oder Gemeinwesenarbeit. Daher drängt sich der Schluss auf, dass dieser Bereich – ergänzend zu investiv ausgerichteten Programmen der Städtebauförderung wie der Sozialen Stadt – ebenso intensiv gefördert werden sollte wie städtebauliche Belange selbst.

Notwendig erscheinen also sozial-integrative, längerfristige Komplementärprogramme, mit denen Personalkosten für Sozial- und/oder Gemeinwesenarbeit sowie über die verbreitete Jährlichkeit hinausgehende Vertragsgestaltungen gefördert werden können.

- ▶ ***Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind in den meisten Handlungsfeldern der Sozialen Stadt herstellbar, indem eine Aneignung der unmittelbaren nahen Umwelt (durch Selbsttätigkeit, Selbstachtung und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit) durch die Bewohnerinnen und Bewohner ermöglicht wird.***

In verschiedenen Handlungsbereichen gibt es Potenziale für Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit – Umsonstläden, Repair-Cafés, Fahrradwerkstätten, verschiedenste Bildungsangebote (Ernährung und Gesundheit, Geschichts- und Fotoworkshops etc.) zeigen dies in den untersuchten Programmgebieten beispielhaft. Die Projektergebnisse weisen darauf hin, dass wohnumfeld- und „Grün“-bezogene Maßnahmen und Projekte – allen voran Nachbarschaftsgärten bzw. Urban Gardening-Projekte i.w.S. – offenbar am unkompliziertesten zu realisieren sind, nur geringe Zugangsbarrieren aufweisen, schnell eine große Akzeptanz erfahren bzw. aus den eigenen Reihen der Bewohnerschaft stammen und (daher) zumindest in den untersuchten Gebieten der Sozialen Stadt am stärksten verbreitet sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Aneignung der unmittelbaren Nah-Welt vor Ort sich nicht automatisch auf Umwelt-/Naturschutzziele richtet. Umweltthemen können jedoch als „Vehikel“ für Empowerment dienen.

- ▶ ***Gesunde und nachhaltige Lebensstile können aus Motivallianzen mit anderen sozialen Bedürfnissen (Gemeinschaft, Status etc.) entstehen.***

Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit können auch über „Umwege“ durch andere Themen wie Kultur, Sport, Nachbarschaft hergestellt werden. Bei den Aktivitäten der Bewohnerinnen und Bewohner in sozial benachteiligten Quartieren stehen oftmals andere Interessen oder Bedürfnisse als „programmhandlungsfeldbezogene“ im Vordergrund – zum Beispiel der Wunsch nach Austausch und Gemeinschaft, Deutsch lernen, Spaß am Kochen, Gärtnern oder Gestalten. Diese Annäherungen können einen zumindest mittelbaren Beitrag zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit leisten: Indem der Interessen- und Tätigkeitshorizont der Bewohnerinnen und Bewohner erweitert wird und lohnenswert erscheinende Ziele jenseits der Befriedigung von materiellen Konsum-Statusbedürfnissen aufgezeigt werden, wird eine stärkere Orientierung an postmateriellen Lebenszielen und einem neuen, erweiterten Verständnis von „Wohlstand“ und „Wohlfühlen“ gefördert. Darüber hinaus entstehen aktivere („resonantere“) Beziehungen zu und eine positive Identifikation mit der eigenen unmittelbaren Nah-Welt, durch die indirekt auch die Sicht auf ökologische Themen geschärft wird. Aus der Programmperspektive geht es darum, dafür Gelegenheiten zu schaffen, Räume anzubieten und Prozesse, die eine aktive und positive Beziehung zur eigenen, auch räumlichen / „gebauten“ Lebenswelt ermöglichen (durch Quartiers- und Gemeinwesenarbeit i.w.S.), zu begleiten bzw. zu unterstützen.

- ▶ ***Auch in der Vielfalt unterschiedlicher lokaler Milieus finden sich Potenziale für neue Formen von Konsum und Lebensstilen. Diese Milieus sollten – begleitet durch Quartiers- und Gemeinwesenarbeit – stärker miteinander vernetzt werden.***

In Begegnungen und Vernetzung von Angehörigen unterschiedlicher lokaler Milieus liegen Potenziale für gegenseitiges Lernen und gemeinsame Weiterentwicklung. Damit unterschiedliche Milieus zusammenkommen, bedarf es entsprechender Anlässe. Diese sollten durch Quartiersmanagement/Gemeinwesenarbeit identifiziert oder gezielt geschaffen, und gemeinsame Prozesse von ihnen begleitet werden. Vernetzungseffekte sind am ehesten zu erwarten, wenn unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von konkreten Anlässen oder Problemen gleichermaßen

betroffen sind. Auch können Themen wie Natur, Umwelt, (gemeinsam) essen als „Übersetzer“ zwischen verschiedenen Milieus im Quartier dienen.

Anlassunabhängig lassen sich Zugänge zu verschiedenen Milieus vor allem über Kitas und Schulen herstellen.

- ▶ ***Um an der Quartiersentwicklung mitwirken zu können, müssen sich Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere zunächst generell (wieder) als handelnde und gestaltende Akteure begreifen (können). Grundlage sind unter anderem Aneignungs- und Empowerment-Prozesse, die professionell begleitet werden müssen.***

Um Selbstwahrnehmung und Handlungsfähigkeit einzelner Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken, sind Empowerment, Kommunikation „auf Augenhöhe“ (Sprache, kulturelle Gepflogenheiten, Motive und Interessen etc.) bzw. niedrighschwellige Angebote, durch die sie sich (wieder) in die Gemeinschaft bzw. das Quartier einbringen können, unabdingbar.

Dafür bedarf es einer professionellen Sozial- bzw. Gemeinwesenarbeit i.w.S. Ergänzend können hierzu aber auch andere Akteure wie Sportvereine oder Umweltverbände ebenso einen wichtigen Beitrag leisten wie Träger von Repair-Cafés oder von Urban Gardening- und anderen Mitmachprojekten.

- ▶ ***Ergänzend zur Städtebauförderung ist die konsequente Umsetzung des Umweltschutzes (von Bund, Ländern und Kommunen) zur Ermöglichung von Lebensqualität und Verbesserung der Umweltgerechtigkeit notwendig.***

Ein wichtiger Schritt zur konsequenteren Umsetzung von Umweltschutzbelangen kann eine stärkere Berücksichtigung und Verzahnung von Umwelt- und Sozialbelangen im Design von Städtebauförderungsprogrammen sein – zum Beispiel auf Basis des Konzeptes „Umweltgerechtigkeit“³⁸.

- ▶ ***Unabhängig von Programmausgestaltungen sind Umweltakteure – insbesondere kommunale Umweltverwaltungen und Umweltverbände – gefordert, sich im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ stärker einzubringen. und mit den anderen Beteiligten auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, Quartier) zu kooperieren.***

Insbesondere Umweltverbände sollten ihre Wahrnehmung von „Stadt“ zwischen „Antithese“ zu Natur und einem lohnenden Arbeitsfeld stärker thematisieren bzw. hinterfragen. Beispielsweise sind Umweltverbände mit ihren Ortsverbänden potenzielle „Transmissionsriemen“ für die Herstellung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Für sie ist es wichtig „Andockmöglichkeiten“ im Quartier zu identifizieren und auch zu nutzen (Planung und Umsetzung von Integrierten Entwicklungskonzepten und Projekten beispielsweise im Grün- und „Gardening“-Bereich, Akteursstrukturen wie lokale Quartiersmanagements und Gemeinwesenarbeit vor Ort) sowie sich generell in Richtung integratives Vorgehen zu öffnen (Umweltakteure als „Teile des Ganzen“ im Sinne einer sozialraumorientierten, kooperativen und koproduzierenden Quartiersentwicklung).

Mit Blick auf Kommunalverwaltungen gilt: Kommunale Umweltfachplanungen und integrierte Quartiersentwicklung sollten stärker gebündelt und sozialraumorientiert angegangen werden

³⁸ zu Begriff und Ansatz „Umweltgerechtigkeit“ siehe UBA 2015a.

– indem beispielsweise lärmindernde Maßnahmen aus der Lärmaktionsplanung in Soziale-Stadt-Gebieten umgesetzt bzw. generell Fachbeiträge aus Umweltfachplanungen (stärker) in die Integrierten Handlungskonzepte Soziale Stadt Einzug halten. Die Kooperationspotenziale der kommunalen Umweltverwaltungen sollten (daher) im Kontext der integrierten Stadt(teil)entwicklung stärker herausgearbeitet werden.

Auf der unmittelbaren Quartiersebene können Umwelt- und andere Vor-Ort-Akteure – insbesondere lokale Quartiersmanagements – in der gemeinsamen Arbeit von den Erfahrungen des jeweils anderen profitieren und sich im Sinne von „lernenden Tandems“ weiterentwickeln. Insgesamt scheint also eine intensivere Vernetzung aller relevanten Akteure auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene für eine Stärkung des Umweltschutzes notwendig zu sein.

2 Schlussfolgerungen und Empfehlungen mit Blick auf verschiedene Akteursebenen und -gruppen

Aus den dargestellten Schlussfolgerungen und Empfehlungen lassen sich bezogen auf die einzelnen Ebenen und Akteursgruppen folgende Empfehlungen ableiten:

Bund und Länder

- ▶ Auf Bundes- und Länderebene sollte die ressort- bzw. fachübergreifende Zusammenarbeit verstärkt werden, um Förderstrategien und -instrumente besser aufeinander abzustimmen und hierdurch die Umsetzung von integrierten Ansätzen auf kommunaler Ebene zu erleichtern. Vor dem Hintergrund der Schaffung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit ist insbesondere eine Zusammenarbeit der Ressorts Stadtentwicklung, Umwelt, Soziales, Gesundheit und Verkehr von Bedeutung. Die „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt“ und das Konzept „Umweltgerechtigkeit“ bieten diesbezüglich gute Anknüpfungspunkte, die hierfür genutzt und weiterentwickelt werden sollten.
- ▶ In Bezug auf die Förderung zum quartiersbezogenen Umweltschutz sollte von Bund und Ländern geprüft werden, inwiefern die bereits bestehenden Förderinstrumente der Städtebau- und der Umweltförderung besser aufeinander abgestimmt, weiter entwickelt oder ggf. ergänzt werden sollten, um die Umsetzung von Maßnahmen zum Umweltschutz (einschließlich Bildung für nachhaltige Entwicklung) in sozial benachteiligten Stadtteilen zu erleichtern.
- ▶ Zudem sollte von Bund und Ländern auf Basis des Konzeptes „Umweltgerechtigkeit“ herausgearbeitet werden, welche Umweltschutzbelange (Lärm, Luftbelastung etc.) tatsächlich die Quartiersebene betreffen und durch kleinräumige Maßnahmen verbessert und/oder welche Probleme nur gesamtstädtisch angegangen werden können. Die Kommunen sollten von Bund und Ländern dabei unterstützt werden, kommunale Umweltfachplanungen und integrierte Quartiersentwicklung stärker miteinander zu bündeln. Hierzu ist eine stärkere vertikale und horizontale Vernetzung zwischen den Fachressorts Stadtentwicklung und Umwelt auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene erforderlich.
- ▶ Ergänzend zur Städtebauförderung bedarf es einer dauerhaft abgesicherten Gemeinwesenarbeit in sozial benachteiligten Gebieten. Diese sollte u.a. dazu dienen, dass die baulichen Strukturen entsprechend bespielt und zeit- und personalintensive partizipative Prozesse auf Augenhöhe initiiert und begleitet werden. Die Finanzierung solcher Personalkosten sollte von Bund und Ländern über entsprechende sozial-integrative Komplementärprogramme insbesondere in den Ressorts Soziales, Familie, Bildung, Jugend, Gesundheit und Sport langfristig sichergestellt werden.
- ▶ Darüber hinaus bedarf es weiterer flexibler Förderinstrumente, wie z.B. des Verfügungsfonds der Sozialen Stadt, um die Umsetzung von besonders innovativen oder partizipativen Projektideen zu ermöglichen, die aus der Bewohnerschaft kommen. Diesbezüglich sollte von Bund

und Ländern ressortübergreifend geprüft werden, inwiefern ergänzend zur Städtebauförderung weitere flexible Förderinstrumente zum Einsatz kommen können.

Kommunen und Quartiere

- ▶ Um „harte“ Umweltprobleme (Lärm, Luft), die sozial benachteiligte Quartiere betreffen, anzugehen, bedarf es im Sinne des Konzeptes „Umweltgerechtigkeit“ einer stärkeren Sozialraumorientierung kommunaler Amtsbereiche (wie z.B. der Umwelt- und Verkehrsämter). Dabei sollten kommunale Umweltfachplanungen und integrierte Quartiersentwicklung stärker miteinander gebündelt werden, indem beispielsweise Umweltfachplanungen stärker in die integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte der Sozialen Stadt Einzug halten oder Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltbelastungen gezielt in Soziale-Stadt-Gebieten umgesetzt werden. Die kommunalen Umweltämter und weitere relevante Fachämter – Gesundheits- und Grünflächenämter z.B. – sind daher gefordert, sich in die Prozesse der integrierten Quartiersentwicklung mit ihren jeweiligen Fachkenntnissen und Instrumenten einzubringen.
- ▶ In den Kommunen und benachteiligten Gebieten sollte generell sichergestellt werden, dass ein breites Spektrum an Akteursgruppen in die Entwicklung und Umsetzung der integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte einbezogen wird, um alle relevanten Handlungsfelder adressieren zu können und den Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern eine Aneignung der nahen Umwelt zu ermöglichen.
- ▶ In den Kommunen sollte dafür Sorge getragen werden, dass in sozial benachteiligten Gebieten Quartiersmanagements zum Einsatz kommen. Diesen kommt in ihrer Anwaltsrolle für die Quartiersbevölkerung und als Mittlerinstanz zwischen Verwaltung und Quartier eine wichtige Bedeutung zu. Die Quartiersmanagements sollten die Quartiersbevölkerung dabei unterstützen, ihre Perspektiven und Interessen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation und ihres Lebensumfeldes kenntlich zu machen und eigene Ideen umzusetzen.
- ▶ In den benachteiligten Quartieren sollten mit Hilfe der integrierten Handlungsansätze Gelegenheiten zur Begegnung und Beteiligung von unterschiedlichen lokalen Milieus geschaffen werden. Die nachbarschaftlichen Aktivitäten zur Aneignung und Nutzung öffentlicher und privater Räume sollten durch lokale Akteure, wie z. B. GWA oder lokale Institutionen, Initiativen oder Vereine, begleitet werden, damit Potenziale für neue Formen von Konsum und Lebensstilen entstehen können. Dabei können sich die Aktivitäten entweder unmittelbar auf die Natur und Umwelt beziehen und hierdurch einen Beitrag zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit leisten oder indirekt über kulturelle oder sportbezogene Angebote zu einer Erweiterung des Interessen- und Tätigkeitshorizonts der Bewohnerinnen und Bewohner führen.

Umweltverbände und -vereine

- ▶ Umweltverbände und -vereine sind gefordert, sich im Rahmen der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ stärker einzubringen und mit den anderen Beteiligten auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, Quartier) zu kooperieren. Auf Bundes- und Länderebene kommt es insbesondere darauf an, dass sich die Umweltverbände in ressortübergreifende Abstimmungsprozesse zur Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums einbringen und hierbei ihr Fachwissen einbringen. Auf kommunaler Ebene sollten sich Umweltvereine und -initiativen an den Prozessen der integrierten Quartiersentwicklung beteiligen und gemeinsam mit den Stadtteilakteuren mögliche Andockmöglichkeiten für ihre Arbeit identifizieren. Dabei können Umweltakteure und andere lokale Akteure, insbesondere Quartiersmanagements, in der gemeinsamen Arbeit von den Erfahrungen des jeweils anderen profitieren und sich im Sinne von „lernenden Tandems“ weiterentwickeln.
- ▶ Umweltverbände und -vereine sollten sich in den benachteiligten Quartieren in die quartiersbezogenen Entwicklungsprozesse einbringen und lokale Akteure, Initiativen und Bewohnerinnen und Bewohner dabei unterstützen, sich die unmittelbare Nah-Welt im Quartier anzueig-

nen, und hierbei soziale und kulturelle Ziele sowie Umweltschutz- und Naturschutzziele verbinden. Anknüpfungspunkte dafür finden sich nicht nur im – oft allzu nahe liegenden – Handlungsfeld Wohnumfeld/Grün (Nachbarschaftsgärten, Baumscheibenbepflanzung etc.), sondern auch im Bereich nachhaltigen Konsums (Umsonstläden, Repair-Cafés, Fahrradwerkstätten) oder in niedrigschwelligen Aktivitäten zur Bildung und Beratung zur nachhaltigen Entwicklung. Darüber hinaus sollten auch mittelbare (sozusagen über „Umwege“ erreichbare) Anknüpfungspunkte ernst genommen werden, die (in der grundsätzlichen Beschäftigung mit kulturellen oder intellektuellen Themen sowie in kreativen Tätigkeiten) darin liegen, dass postmaterielle Orientierungen, Möglichkeiten der Erfahrung von Selbstwirksamkeit und eine positive Identifikation mit dem eigenen Quartier gefördert werden.

Unabhängig von diesen konkreten Überlegungen zeigte sich im Projektverlauf insbesondere im Kontakt mit Akteuren der Programmumsetzung und Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern die Notwendigkeit, noch stärker auf grundsätzliche (normative) Fragen einzugehen, damit Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit entwickelt werden können:

- ▶ Wie sieht hier das Verhältnis von Top-down-Zielen und Bottom-up-Wünschen aus?
- ▶ Wo liegen konkrete Entscheidungs-/Einfluss-/Handlungsmöglichkeiten der Quartiersbewohnerschaft (Ressourcen, Sozialkapital)?
- ▶ In welchen Zusammenhängen werden seitens der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner die natürliche Umwelt, die „gebaute Umwelt“, die soziale Umwelt und die eigene unmittelbare Nah-Welt begriffen? Und welche eigenen Einflussmöglichkeiten werden jeweils bzw. im Zusammenhang der verschiedenen Sphären gesehen, welche gewünscht?
- ▶ Welche Effekte können „sozial-ökologische Umwege“ wie beispielsweise eine verbesserte, lebendigere und „resonantere“ Beziehung zur eigenen Nah-Welt oder eine verstärkte Orientierung an postmateriellen Lebenszielen, auf die soziale und ökologische Situation vor Ort haben? Welche Umweltentlastungswirkungen und ggf. welche Rebound-Effekte sind dabei zu erwarten? Welche spezifischen Umstände sind dabei für positive wie ggf. negative Effekte verantwortlich?

Damit ist die Frage angesprochen, welcher weitere Forschungsbedarf sich – neben einer Befassung mit den eben genannten Punkten – aus den Ergebnissen der hier vorgestellten Untersuchung ergibt. Aus Sicht der Verfasserinnen und Verfasser dieses Berichts stehen hier zwei Aspekte im Vordergrund:

Im Sinne einer inhaltlich-thematischen „Draufsicht“ sollte stärker herausgearbeitet werden, welche Faktoren für die Beteiligung von und eine Kooperation mit Umweltakteuren im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ oder weiteren Programmen der Städtebauförderung förderlich oder hinderlich sind und ob es diesbezüglich einer Weiterentwicklung oder Ergänzung der bestehenden Instrumente bedarf.

Aus der wissenschaftlichen „Binnenperspektive“ erscheint es sinnvoll, in stärkerem Maße innovative Forschungsmethoden wie Aktions- und partizipative Forschung einzusetzen, um nicht nur über Empowerment, Aktivierung und Beteiligung zu sprechen, sondern durch die Forschung selbst womöglich einen eigenen Beitrag dazu zu leisten. Damit sind sowohl potenzielle Auftraggebende (Ausschreibungsinhalte, bereitgestellte Ressourcen) als auch Forschende bzw. Auftragnehmende angesprochen (Forschungsziele, Forschungsdesign).

Literatur

Alisch, Monika (2002). Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2014): Umwelt- und Gesundheitsaspekte im Programm Soziale Stadt – Ein Plädoyer für eine stärkere Integration. Hannover (Positionspapier aus der ARL 97).

Bauministerkonferenz – Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder, ARGEBAU (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. Dritte Fassung vom 29.08.2005.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2017; im Erscheinen): Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“. Endbericht. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2016): Klimaschutz und Klimaanpassung im Stadtumbau Ost und West. BBSR-Online-Publikation Nr. 11/2016. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2015): Gemeinschaftsgärten im Quartier. BBSR-Online-Publikation 12/2015, Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2011): BBSR-Berichte KOMPAKT – Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. 5/2011, Gemeinschaftsgärten im Quartier. BBSR-Online-Publikation 12/2015. Bonn.

BBSR/BMUB – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Gemeinsame Evaluierung der Programme Stadtumbau Ost und Stadtumbau West. Bonn.

Beck, Sebastian (2008a): Lebenswelten von Migranten. Repräsentative Ergebnisse zur Studie Migranten-Milieus; in: Verband für Wohnen und Stadtentwicklung (Hrsg.): vhw-Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 6/2008. Berlin. S. 287ff.

Beck, Sebastian (2008b): Migranten-Milieus und lokales Engagement. Status quo und Potenziale; in: Verband für Wohnen und Stadtentwicklung [vhw] (Hrsg.): vhw-Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 6/2008. Berlin. S. 300f.

Begleitforschung Energetische Stadtsanierung (Urbanizers Büro für städtische Konzepte, plan zwei Stadtplanung und Architektur, KEEA Klima- und Energieeffizienz Agentur, IdE Institut für dezentrale Energietechnologien), im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hrsg.) (2015): Energetische Stadtsanierung in der Praxis I. Grundlagen zum KfW-Programm 432. Hannover.

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.) (2009): Eltern-Kind-Zentren in Hamburg. Bericht der Evaluation. Hamburg.

BMFSFJ/BMUB – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hrsg.) (2014): Förderrichtlinie Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“. ESF-Förderperiode 2014 bis 2020. Förderphase 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2018.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.)(2017a): Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – Programmstrategie zum Zentrenprogramm der Städtebauförderung. Berlin.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2017b): Förderaufruf für Nachbarschaftsprojekte im Klimaschutz im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und („Kurze Wege für den Klimaschutz“) vom 2. Mai 2017. (http://www.klimaschutz.de/sites/default/files/170411_fa_kurze_wege_afub_bf.pdf).

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.)(2016a): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt – Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016b): Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen (Kommunalrichtlinie) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative vom 22. Juni 2016

(https://www.ptj.de/lw_resource/datapool/_items/item_6892/kommunalrichtlinie_vom_22._juni_2016.pdf)

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2015): Kleinere Städte und Gemeinden - Erster Statusbericht zum Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“. Berlin/Bonn.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2015a). Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ. Abschlussdokumentation BIWAQ 2007-2013. Berlin.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015b): Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (Kommunalrichtlinie). Veröffentlicht im Bundesanzeiger am Dienstag, 6. Oktober 2015.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2015c): Aktive Stad- und Ortsteilzentren - Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms. Berlin/Bonn.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2014): Förderrichtlinie ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ (Förderrichtlinie BIWAQ). ESF-Förderperiode 2014 bis 2020. Förderphase 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2018. Veröffentlicht am 03. November 2014.

BMUB/BfN – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Bundesamt für Naturschutz (BfN) (Hrsg.) (2014): Naturbewusstsein 2013. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin/Bonn.

BMUB/UBA – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (Hrsg.) (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin/Dessau-Roßlau.

BMUB/UBA – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Dessau-Roßlau.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke. Programmstrategie zum Städtebauförderungsprogramm. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013b): Gewalt- und Kriminalprävention in der sozialen Stadt. BMVBS-Online-Publikation Nr. 17/2013. Berlin/Bonn.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012): Städtebauförderung 2012. Merkblatt zu den Programmen der Städtebauförderung. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012a): Städtebauförderung 2012. Merkblatt zu den Programmen der Städtebauförderung. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012b): Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost. Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag, erstmals erschienen als Bundestagsdrucksache 17/10942. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012c): Stadtumbau West – Evaluierung des Bund-Länder-Programms. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2009a): Werkstatt:Praxis Heft 62. Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung. Ergebnisse eines ExWoSt-Forschungsprogramms. Bonn.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2009b): Stadtumbau West – Befragung von Kommunen im Stadtumbau West. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2008): Gutachten: Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2007): 2. Statusbericht. 5 Jahre Stadtumbau Ost – eine Zwischenbilanz. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2006): Stadtumbau Ost - Stand und Perspektiven. Erster Statusbericht der Bundestransferstelle. Berlin.

BMVBS/BBR – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2009): Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – Das Zentrenprogramm der Städtebauförderung. Berlin.

- Böhme, Christa/Franke, Thomas (2012): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. In: Gabriele Bolte, Christiane Bunge, Claudia Hornberg, Heike Köckler, Andreas Mielck (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern.
- Borgstedt, Silke, Tamina Christ, Fritz Reusswig (2011): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 1: Vertiefende Milieu-Profile im Spannungsfeld von Umwelt und Gerechtigkeit. Dessau-Roßlau.
- Bundeskabinett 2016: Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier - Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt. http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Staedtebaufoerderung/soziale_stadt_strategie_bf.pdf.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2015): Begleitforschung der Städtebauförderung. Auswertung der Begleitinformationen zu den Maßnahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt 2014. Unveröffentlichtes Dokument. Bonn.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2014a). Statusbericht Soziale Stadt 2014. Berichtszeitraum 2009-2014. Berlin.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (2014b): Diskussionen zum Thema „soziale Innovation“. Kurzexpertise. Berlin (<http://www.staedtebaufoerderung.info>).
- CDU/CSU/SPD (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin.
- DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (2015): Integrationslotsenprojekte in Deutschland im Überblick. Konzepte, Einsatzfelder und Finanzierung. Berlin
- DESI/IfS – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration/IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2015): Ergebnisse der Evaluation des Landesprogramms „Berliner Familienzentren“. Berlin.
- Dietrich, Knut (2005): Moving Kids. Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten. Abschlussbericht im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG).
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen, im Auftrag des Umweltbundesamtes (Hrsg.). UMWELT & GESUNDHEIT 01/2015. Dessau-Roßlau.
- Empacher, Claudia, Konrad Götz, Irmgard Schultz, Barbara Birzle-Harder (2002): Die Zielgruppenanalyse des Instituts für sozial-ökologische Forschung. In: Umweltbundesamt (Hrsg.): Nachhaltige Konsummuster. Ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation. Mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung. Berichte, Nr. 6. Berlin, S. 87-181.
- Flaig, Bertold Bodo (2000): Stichworte „Soziale Milieus“ und „Milieuforschung“. In: Brauner, Detlef Jürgen, Jörg Leitolf, Robert Raible-Besten, Martin M. Weigert (Hrsg.): Lexikon der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Oldenburg: München.
- Floeting, Holger, Bettina Reimann und Ulla Schuleri-Hartje (2005): Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte. Berlin (Difu – Aktuelle Informationen April 2005).
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)/Universität Utrecht/Kulturwissenschaftliches Institut Essen/Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin/Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, im Auftrag des Umweltbundesamtes (Hrsg.) (2014): Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. TEXTE 45/2014. Dessau-Roßlau.
- Forschungszentrum für Umweltpolitik/FU Berlin (2012): Evaluierung des Projektes „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“. Ergebnisse zur erzielten Energieeinsparung/Klimawirkung in Phase 1 und 2 (2008-2010). Präsentation von Dr. Kerstin Tews auf der 2. Sitzung des Beirats Stromspar-Check am 24.10.2012 im BMU. Berlin.
- Franke, Thomas, und Olaf Schnur (2016): „Problemgebiete“ und Stadtpolitik in Deutschland am Beispiel des Programms „soziale Stadt“. In: Florain Weber und Olaf Kühne (Hrsg.)(2016): Fraktale Metropolen. Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung. Wiesbaden: 298f.

Franke, Thomas (2011): Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Doppelter Gebietsbezug zwischen „Behälterräumen“ und „Alltagsorten“. Wiesbaden.

Franke, Thomas, Anja B. Nelle, Christa Böhme, Wolf-Christian Strauss (2013): Soziale Stadt und Stadtumbau. In: Kummer, Klaus, Josef Frankenberger, Theo Kötter (Hrsg.): Das deutsche Vermessungs- und Geoinformationswesen 2014. Berlin u.a.

Girtler, Roland (2001): Methoden der Feldforschung. 4. Auflage. Stuttgart.

Goffman, Erving (1986): Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation. Frankfurt am Main.

Goffman, Erving (1977): Rahmenanalyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt am Main.

Hausmann, Johanna (2011): Abschlussbericht „Umweltgerechtigkeit – von Geburt an. Differenzierte, schichtenspezifische Lösungsansätze für werdende Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Sozialstatus zur Gestaltung des Wohnumfeldes für Neugeborene, abgeleitet aus den Ergebnissen des Kinder Umwelt Surveys“.

Häußermann, Hartmut (2001): Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt. In: Frank Gesemann (Hrsg.). Migration und Integration in Berlin –Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven. Opladen. S. 63-85.

Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte IV10-11/2000. Bonn. S. 13-21.

Häußermann, Hartmut, Martin Kronauer (2005): Inklusion – Exklusion. In: Fabian Kessel, Christian Reutlinger, Susanne Maurer, Oliver Frey (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden. S. 597-609.

Hallenberg, Bernd (2008): Wohnsituation und Wohnwünsche von Migranten. Weitere Ergebnisse der quantitativen Migrantenstudie; in: Verband für Wohnen und Stadtentwicklung [vhw] (Hrsg.): vhw-Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 6/2008. Berlin: 294ff.

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2015): Richtlinie zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen. Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 37-7. S. 931-932.

Hornberg, Claudia, Christiane Bunge, Andrea Pauli, im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamts (2011): Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit. Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis. Forschungsprojekt der Arbeitsgruppe 7 – Umwelt und Gesundheit. Fakultät für Gesundheitswissenschaften Universität Bielefeld. Bielefeld.

Hunecke, Marcel, Ahmet Toprak (Hrsg.) (2014): Empowerment von Migrant_innen zum Klimaschutz. Konzepte, empirische Befunde und Handlungsempfehlungen. München.

ifeu/ISOE – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH/Institut für sozial-ökologische Forschung (2009): Evaluation des Cariteam-Energiesparservice in Frankfurt a.M. Endbericht im Rahmen des Projekts Energieeffizienz und Energieeinsparung in Arbeitslosengeld II- und Sozialhilfehaushalten – Modul I – im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Heidelberg/Frankfurt am Main.

IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2010): Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht. Lebenslagen in Deutschland. Bonn/Berlin.

IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH im Auftrag des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa sowie der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2010): Untersuchung zur Fortführung des Handlungsprogramms „Wohnen in Nachbarschaften WiN – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“. Berlin.

IKJ Institut für Kinder- und Jugendhilfe gGmbH (2015): Evaluation der Familienzentren in Hessen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Mainz.

ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Institut für Umweltplanung (2012): Urbanes Grün in der integrierten Stadtentwicklung – Strategien, Projekte, Instrumente. Düsseldorf (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen).

INBAS – Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH/InterVal GmbH, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2012): Abschlussbericht Evaluation des Bundesprogramms „STÄRKEN vor Ort“. Berlin.

IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/holzhauserei/sociodimensions, im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes (Hrsg.) (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin/Dessau-Roßlau.

IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsordnung (2012): Nutzen statt Besitzen. Motive und Potenziale der internetgestützten gemeinsamen Nutzung am Beispiel des Peer-to-Peer Car-Sharing. Schriftenreihe des IÖW 202/12. Berlin.

IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsordnung, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2004): Verbraucherakzeptanz von Nutzungsstrategien. Diskussionspapier des IÖW 63/04, http://www.ioew.de/uploads/tx_ukioewdb/DP6304.pdf (Zugriff am 12.04.2016).

ISOE Institut für sozial-ökologische Forschung/Karl-Franzens-Universität Graz/Institut für ökologische Wirtschaftsordnung (IÖW)/Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (2013): Klimafreundlich leben in der Stadt. Potenziale für CO₂-arme Lebensstile. Forschungsprojekt gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Frankfurt am Main.

ISOE/IÖW – Institut für sozial-ökologische Forschung/Institut für ökologische Wirtschaftsordnung, im Auftrag des Umweltbundesamtes (2012): Analyse bestehender Maßnahmen und Entwurf innovativer Strategien zur verbesserten Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik. TEXTE 46/2012. Dessau-Roßlau.

ISOE/IÖW – Institut für sozial-ökologische Forschung/Institut für ökologische Wirtschaftsordnung (2012): Analyse bestehender Maßnahmen und Entwurf innovativer Strategien zur verbesserten Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik, im Auftrag des Umweltbundesamtes (TEXTE 46/2012).

Kizilocak, Gülay, Martina Sauer (2003): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der türkischen Migranten in Deutschland. Unesco Verbindungsstelle im Umweltbundesamt (Hrsg.). Berlin.

Kleinhückelkotten, Silke, Stephanie Moser, Hans-Peter Neitzke (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). UBA-Texte 39/2016. Dessau-Roßlau.

Klimeczek, Heinz-Josef (2014): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin. Zur methodischen Entwicklung des zweistufigen Berliner Umweltgerechtigkeitsmonitorings. UMID 2.2014.

Klimeczek, Heinz-Josef (2011): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin – Entwicklung und Umsetzung einer neuen ressortübergreifenden Strategie. In: Umwelt und Mensch – Informationsdienst, Ausgabe 2. S. 19-20.

Klostermeyer, Theresa, Helga Inden-Heinrich (2014): Ohne Umweltschutz keine soziale Gerechtigkeit. politische ökologie, Heft 136: 18-24.

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main.

Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden.

Kuckartz, Udo, Anke Rheingans-Heintze (2007): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. Hrsg.: Umweltbundesamt. Wiesbaden.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Weinheim-Basel.

Leitfaden zur Ausgestaltung des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau West“ (2005): Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen der Bauministerkonferenz.

Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. (Hrsg.) (2012). Aktionsbündnisse für gesunde Lebensstile und Lebenswelten. Köln.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt/Main.

Mayring, Philipp, Michaela Gläser-Zikuda (Hrsg.) (2005): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim/Basel.

Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 7. Auflage. Weinheim/Basel.

Maschewsky, Werner (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und Soziale Stadt. Frankfurt am Main.

MBWSV – Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2015). Starke Quartiere – starke Menschen. Gemeinsamer Aufruf der Programme des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Düsseldorf.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) (Hrsg.) (2012): Frühstart: Familienhebammen im Netzwerk Frühe Hilfen. Köln.

- Nies, Martina, Michael Kunkis, Marcel Hunecke, Esther Schietinger, Immanuel Stieß, Frank Waskow (2015): Empowerment von MigrantInnen und Geringverdienenden zum Umwelt- und Klimaschutz. Ein Leitfaden für die Gestaltung aktivierender Maßnahmen. Frankfurt am Main.
- Noack, Anika (2015): Soziale Innovationen in Berlin-Moabit. Zur kommunikativen Aushandlung von Neuem durch Raumpioniere im städtischen Kontext. Wiesbaden
- Nöth, Winfried (2000): Handbuch der Semiotik. 2. Aufl. Stuttgart/Weimar.
- Oevermann, Ulrich (2001): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern: Sozialer Sinn. Heft 1/2001, S. 3-81.
- pädquis gGmbH (2008): Der Weg zum Familienzentrum – Eine Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung. Berlin.
- Schipperges, Michael (2010a): Socio-Milieus 2010. http://www.sociodimensions.com/files/milieus_2.pdf (Zugriff am 15.05.2017).
- Schipperges, Michael (2010b): vhw-Milieus 2010. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 6: 285-293. <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-6> (Zugriff am 15.05.2017).
- Schipperges, Michael (2000): Stichworte „Lebenswelt“ und „Lebensweltforschung“. In: Lexikon der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. München.
- Schnegg, Michael, Hartmut Lang (2002): Netzwerkanalyse. Eine praxisorientierte Einführung. <http://www.methoden-der-ethnographie.de/heft1/Netzwerkanalyse.pdf>.
- Schnur, Olaf (2001): Lokales Sozialkapital – eine unterschätzte Ressource im Kiez. Empirische Befunde aus Berlin-Moabit. vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 2. Jg., H. 4. S. 187-190.
- Schütz, Alfred (1974): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie (1932). Frankfurt/Main.
- Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis, 13 (3). S. 283-293. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-53147>.
- Schwingel, Markus (1995): Pierre Bourdieu zur Einführung. Hamburg.
- Smidt, Miriam (2012): „Umweltbewusstsein“ von türkischen MigrantInnen und Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland – Bestandsaufnahme. In: Tamina Christ, Angelika Gellrich, Tobias Ide (Hrsg.): Zugänge zur Klimadebatte in Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie. Marburg. S. 289-307.
- SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (2011): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 1: Vertiefende Milieu-Profile im Spannungsfeld von Umwelt und Gerechtigkeit, im Auftrag des Umweltbundesamts.
- SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH, im Auftrag des Umweltbundesamtes (Hrsg.) (2011): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 1: Vertiefende Milieu-Profile im Spannungsfeld von Umwelt und Gerechtigkeit. Dessau-Roßlau.
- Springer Gabler Verlag (Hrsg) (o.J.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Umwelt. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/16701/umwelt-v12.html>.
- Staatskanzlei NRW – Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2010): Von Kult bis Kultur. Von Lebenswelt bis Lebensart. Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung „Lebenswelten und Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und NRW“. Düsseldorf.
- Sturm, Gabriele (2007): Ungleichzeitigkeiten in deutschen Großstädten. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 6/2007. Bonn. S. 381-390.
- Technische Universität Dortmund, United Nations University, Plan und Praxis GbR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2011): Klimagerechte Stadtentwicklung. Ursachen und Folgen des Klimawandels durch urbane Konzepte begegnen, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Berlin.
- UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015): Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. TEXTE 86/2015. Dessau-Roßlau.

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015a): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. UBA-Reihe Umwelt & Gesundheit 01/2015 (Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik: Christa Böhme, Thomas Preuß, Arno Bunzel, Bettina Reimann, Antje Seidel-Schulze, Detlef Landua). Dessau-Roßlau.

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2014a): Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. UBA-Reihe Texte 45/2014. Dessau-Roßlau.

UBA – Umweltbundesamt (2014b): Soziale Innovationen im Aufwind. Ein Leitfaden zur Förderung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum. Dessau-Roßlau.

UBA – Umweltbundesamt (2011): „Umwelt und Gesundheit“ in Deutschland. Überblick über Institutionen, Forschungsprogramme und -projekte. Dessau-Roßlau.

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2011): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. UBA-Reihe Texte 85/2011. Dessau-Roßlau

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2002): Nachhaltige Konsummuster. Ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation. Mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung. Berichte 6/02. Berlin.

Wehrspaun, Michael, Korinna Schack (2013): Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik. In: Jana Rückert-John (Hrsg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels, Wiesbaden. S. 19-28.

Wippermann, Carsten, Berthold Bodo Flaig (2009): Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 5/2009. Berlin.

Fallstudienbezogene Literatur/Quellen

Berlin-Mitte: Quartier Brunnenviertel-Brunnenstraße

Bertelsmann Stiftung (2016): Wegweiser Kommune. <http://www.wegweiser-kommune.de> (Zugriff am 27. April 2016).

Berlin-Mitte, Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk (2010): Ziele für einen „Gesunden Bezirk“ Berlin-Mitte, 2010. <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/qualitaetsentwicklung-planung-und-koordination-des-oeffentlichen-gesundheitsdienstes/gesundheitsfoerderung/artikel.245302.php> (Zugriff am 9. Januar 2017).

Bezirksamt Mitte von Berlin, Schulamt (2014): Schulentwicklungsplan für den Bezirk Mitte von Berlin für die Schuljahre 2014/15 bis 2019/20, Stand 4/2014.

Bezirksamt Mitte von Berlin, Sozialraumorientierte Planungskoordination (o.J.): Bezirksregion Brunnenstraße Nord. <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/stadtteile-bezirksregionen/artikel.105798.php> (Zugriff am 9. Januar 2017).

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2016): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin. http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltgerechtigkeit_soziale_stadt_broschuere_bf.pdf (Zugriff am 25. Januar 2017).

Burger, Julia (2017): Die Vineta-Platz-Kümmerer. Weddinger Anwohner zeigen Verantwortung für Grünflächen und leben aktive Nachbarschaft. In: Gartenfreund, H. 1. S. 22-23.

degewo (2016): degewo feiert Richtfest in Berlins Mitte. Bis zum Sommer entstehen 104 Wohnungen in der Graunstraße. Pressemitteilung vom 11. Januar 2016. Berlin.

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (o.J.): Bildung durch Sprache und Schrift. <http://www.biss-sprachbildung.de> (Zugriff am 30. April 2016).

empirica Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Berlin

Franke, Thomas, Detlef Landua, Wolf-Christian Strauss und Arno Bunzel, im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2013): Gutachten Verstetigungsmöglichkeiten Berliner Quartiersmanagementverfahren (unveröffentlichtes Dokument).

Leifert, Claudia, Eva Wiesemann und Daniel Fenner (2016): KiezKlima. Gemeinsam für ein besseres Klima im Brunnenviertel. Projekt im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) 10/14 - 9/17. Berlin. http://www.e-p-c.de/kiezklima/2015/images/kiezklima_images/Broschuere-2016.pdf (Zugriff am 25. Januar 2017).

L.I.S.T. – L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016a): KiezKlima. Gemeinsam für ein besseres Klima im Brunnenviertel. <http://www.kiezklima.de/> (Zugriff am 4. Januar 2017).

L.I.S.T. – L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016b): KiezKlima. Gemeinsam für ein besseres Klima im Brunnenviertel. Ergebnisse der Beteiligungsmethoden (Stand: 25.10.2016).

L.I.S.T. – L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2015): Integriertes Handlungskonzept 2015. Quartiersmanagement Brunnenviertel – Brunnenstraße. Entwurf mit Stand April 2015.

mauergarten e.V. (2016): mauergarten. Interkultureller Gemeinschaftsgarten i Mauerpark. Über uns. <http://www.mauergarten.net/ueber-uns-2/> (Zugriff am 28. April 2016).

Pfefferwerk gGmbH (2015): Olof-Palme-Zentrum. <http://www.pfefferwerk.de/pfefferwerk/index.php/olof-palme-zentrum> (Zugriff am 2. Dezember 2016).

Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016a): Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße. Quartiersmanagement. Aufgaben und Ziele. <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Aufgaben-Ziele.16.0.html> (Zugriff am 1. Mai 2016).

Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016b): Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße. Quartiersmanagement. Bürgergremien. Vergabebeirat. <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Aufgaben-Ziele.16.0.html> (Zugriff am 1. Mai 2016).

Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016c): Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße. Quartiersmanagement. Team. <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Team.192.0.html> (Zugriff am 2. Mai 2016).

Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016d): Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße. Aktuelles. Nachrichten. 17.10.2012. Fotografien aus dem Alltag der Kiezläufer. <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Nachricht.aktuell0+M57073a322c2.0.html> (Zugriff am 2. Mai 2016).

Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße/L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016e): Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße. Kiez Service. Service. Nachbarschaft. <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Nachbarschaft.279.0.html> (Zugriff am 11. Dezember 2016).

Schnell, Andrei (2016): Bewegungsfreiräume für das Brunnenviertel. <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Nachricht.aktuell0+M5514a02fb5c.0.html> (Zugriff am 31. Januar 2017).

Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin (Hrsg.) (2013): Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013. Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung. Berlin (Gesundheitsberichterstattung Berlin, Spezialbericht).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2016): Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Berlin – AFOK. Zusammenfassung. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/klimaschutz/klimawandel/download/afok_zusammenfassung.pdf (Zugriff am 9. Januar 2017).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2015. Kurzfassung. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/MonitoringSozialeStadtentwicklung2015_Kurzfassung.pdf (Zugriff am 28. April 2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2014a): Berlin Strategie/Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030. Berlin http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/strategie/BerlinStrategie_de_PDF.pdf (Zugriff am 4. Januar 2017).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2014b): Programm Soziale Stadt. Verfahrensgrundsätze 2014 – 2020. Stand: Mai 2014.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2016a): Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015-2030. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2015-2030/Bericht_Bevprog2015-2030.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2016b): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin. Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für die sozialräumliche Umweltpolitik. Basisbericht 2016 (Entwurf). Berlin (unveröffentlicht).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017a): Quartiersmanagement Berlin. <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiere/brunnenviertel-brunnenstrasse.html> (Zugriff am 9. Januar 2017).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017b): Quartiersmanagement Berlin. Quartiere. Brunnenviertel-Brunnenstraße <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiere/brunnenviertel-brunnenstrasse.html> (Zugriff am 9. Januar 2017).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017c): Quartiersmanagement Berlin. Unser Programm. Fördergrundlagen und Mitteleinsatz. <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/unser-programm/foerdergrundlagen.html> (Zugriff am 9. Januar 2017).

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (2015): Report Frauen in Berlin-Mitte – eine Sozialstudie. Im Auftrag der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirkes Mitte von Berlin und des Frauenbeirates Berlin-Mitte.

S.T.E.R.N. – S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH (2016): Quartiersmanagement Brunnenviertel-Ackerstraße. Kitaverbund. <http://www.brunnenviertel-ackerstrasse.de/kitaverbund> (Zugriff am 2. Dezember 2016).

Kiel: Stadtteil Gaarden

complan – complan Kommunalberatung GmbH im Auftrag der Landeshauptstadt Kiel, Bereich Lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung im Amt für Wirtschaft (2013): Energetische Stadtsanierung im Quartier Zentrales Gaarden. Endbericht. Potsdam/Kiel.

LHK – Landeshauptstadt Kiel. Dezernat für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport (Hrsg.)(2016): Sozialraumbericht 2016. Daten für Taten. Kiel.

LHK – Landeshauptstadt Kiel. Amt für Wohnen und Grundsicherung (Hrsg.)(2014): Integriertes Entwicklungskonzept Kieler Ostufer 2014 – 2018 im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“. Kiel.

LHK – Landeshauptstadt Kiel. Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Hrsg.)(2011): Sozialraumbericht 2011 Gaarden. Kiel.

LHK – Landeshauptstadt Kiel. Stadtplanungsamt (Hrsg.)(2010): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Kiel (INSEKK). Kiel.

Marburg: Stadtteil Waldtal

AKSB – Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. (o.D.): Leistungsbeschreibung 2015 – 2016. Marburg.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.)(2016): Luftreinhalteplan für das Gebiet Mittel- und Nordhessen. Teilplan Marburg. 1. Fortschreibung. Wiesbaden.

Stadt Marburg (2016a): Die Soziale Stadt – Investitionen im Quartier. Standort Marburg-Waldtal. Integriertes Entwicklungskonzept. Unveröffentlichter Entwurf. Marburg.

Stadt Marburg (2016b): Freiraumplanerisch-Städtebaulicher Masterplan Marburg-Waldtal. Marburg.

Stadt Marburg (2016c): Strategiepapier für eine „Gesunde Universitätsstadt Marburg“. Marburg.

Stadt Marburg (2016d): Radverkehrsplanung Universitätsstadt Marburg, 3. Fortschreibung. Marburg.

Stadt Marburg (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Universitätsstadt Marburg. Marburg.

Stadt Marburg (o.D.a): Bund-Länder-Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Marburg – Waldtal. Voruntersuchung. Marburg.

Stadt Marburg (o.D.b): Bausteine im Handlungsfeld „Stadtteileben und Stadtteilkultur“ – Soziale Integration, Bildung und Gesundheit. Marburg.

Merzig: Quartier Schalthausiedlung

Arbeitskammer des Saarlandes (2014): Arbeitnehmer Kreisreport 2014, Saarbrücken.

Bertelsmann Stiftung (2016): www.wegweiser-kommune.de

Bertelsmann Stiftung (2011): Deutschland im demographischen Wandel 2030. Datenreport, Gütersloh.

GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH (2011): Integriertes Handlungskonzept „Soziale Stadt“ der Kreisstadt Merzig. Zweite Fortschreibung 2010/ 2011, Saarbrücken.

GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH (2007): Integriertes Handlungskonzept „Soziale Stadt“ der Kreisstadt Merzig. Fortschreibung 2006, Saarbrücken.

Internationaler Bund (2009): Sozialraumanalyse der Kreisstadt Merzig zur Vorbereitung eines kommunalen Integrationskonzeptes.

IZES gGmbH, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS), Axel Thös PLANUNG (ATP) (2012): Konzeptstudie Integriertes Klimaschutzkonzept für die Kreisstadt Merzig. Endbericht, Saarbrücken.

Kernplan Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH (2014): Kreisstadt Merzig. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Merzig, Illingen.

Kreisstadt Merzig, Bau- und Umweltamt (2008): Lärmaktionsplanung der Kreisstadt Merzig, Merzig.

Kreisstadt Merzig im Internet unter <http://www.merzig.de>

SOS Kinderdorf Saar (Hrsg.) (2002): Aktivierende Bewohnerbefragung in der Merziger Schalthausiedlung, Merzig.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (1982): Umweltgutachten 1978. Bonn (Deutscher Bundestag).

Anhang

Steckbrief: Ladies on Tour Braunschweig

Das Projekt „Ladies on Tour“ wird seit 2003 im Soziale-Stadt-Gebiet „Westliches Ringgebiet“ durchgeführt. Es beinhaltet Fahrradkurse für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2004 wurde das Projekt mit dem Preis „Soziale Stadt“ ausgezeichnet.

Finanzierungsquelle	Seit 2002: Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, ergänzend dazu kommen Mittel aus den Europäischen Strukturfonds (EFRE und ESF) zum Einsatz. Darüber hinaus wird das Projekt durch Spenden von Organisationen und privaten Initiativen sowie Materialien der Verkehrswacht Braunschweig unterstützt.
Hintergründe Quartier	Das Westliche Ringgebiet ist ein typisches Gründerzeitquartier, das durch das Nebeneinander dichter, mit Gewerbebetrieben durchsetzter Wohnbebauung und großflächiger Industriebereiche geprägt wird. Wie in anderen derart strukturierten Stadtbereichen vollzieht sich hier seit den 1970er Jahren ein durchgreifender Veränderungsprozess, der durch Bevölkerungsabnahme, Zuzug von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Herkunft, Verschärfung der Verkehrsproblematik und vor allem Betriebsschließungen und der damit verbundenen Entstehung von Brachflächen gekennzeichnet ist. Ende 2012 umfasste das Soziale Stadt-Gebiet 14.652 Einwohnerinnen und Einwohner. Nachdem die Bevölkerungszahl im Gebiet der Sozialen Stadt von 2000 bis 2007 leicht abnahm, war seit 2008 bis 2011 wieder ein leichter Zuwachs zu konstatieren. Damit folgte das Sanierungsgebiet dem Aufwärtstrend der Gesamtstadt. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer und der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund fällt mit 35,8 Prozent überdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtstadt aus.
Entstehungshintergrund	Die Idee zu dem Projekt ist im Rahmen eines Stadtteilstreffes im Sommer 2003 entstanden. Frauen mit Migrationshintergrund äußerten den Wunsch, Fahrrad fahren zu lernen. Das Quartiersmanagement organisierte daraufhin in Zusammenarbeit mit dem Büro für Migrationsfragen im Sozialreferat der Stadt einen Fahrradkurs für Anfängerinnen. Seitdem findet der Kurs regelmäßig statt, inzwischen zweimal im Jahr.
Ziele	Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sollen die Möglichkeit erhalten, Fahrrad fahren zu lernen.
Akteure und Kooperationspartner	Seit dem Jahr 2003 betreibt das Quartiersmanagement im Westlichen Ringgebiet (plankontor) in Kooperation mit dem Büro für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig das Projekt "Ladies on Tour". Unterstützt wird es von der Verkehrswacht und der Verkehrspolizei, die eine Abschlussprüfung durchführt. Darüber hinaus wird das Projekt von Einrichtungen und Initiativen aus dem Quartier unterstützt, wie z.B. dem Seniorenverein „AntiRost“, der Fahrräder repariert.
übergeordnete Konzepte	Integriertes Handlungskonzept Westliches Ringgebiet 2013 Im Programmgebiet wurde ein stillgelegtes Ringgleis zu einem Fahrrad-/Fußweg umgestaltet. Im Rahmen des Kurses fahren die Frauen dann auch am Ringgleis entlang und lernen diese Strecke kennen.

Herausforderungen	Hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtteil, die Frauen kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern und sprechen zu Beginn oftmals wenig Deutsch.
Potenzial	Lebendige Struktur der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen
bisherige Ergebnisse	<p>Der Erfolg des Projekts beruht auf einer stetigen Nachfrage von Frauen, die das Fahrradfahren aus verschiedenen Gründen nicht erlernt haben und dies nun nachholen möchten. Die Kurse bestehen aus jeweils zehn Übungstreffen, die einen Fahrrad-Check, motorische Übungen, Gefahrenlehre und eine abschließende Radtour einschließen.</p> <p>Das Projekt übernimmt darüber hinaus die Funktion eines Sprungbretts, da viele Frauen nach dem Fahrradkurs Interesse an weiteren Kursen oder Aktivitäten, wie z.B. Computerkurs, Deutschkurs, Tanzkurs oder Veranstaltungen zeigen und gerne weiter im Stadtteil aktiv bleiben möchten.</p> <p>Inzwischen füllt sich der Kurs über Mundpropaganda im Stadtteil. Aktuell kommen auch über die Flüchtlingseinrichtungen weitere Nachfragen</p>
neue Kooperationsstrukturen	Im Rahmen des Projekts sind verschiedene Kooperationen entstanden, wie z.B. mit der Verkehrswacht, der Verkehrspolizei oder Einrichtungen und Initiativen, die das Projekt unterstützen, wie der Seniorenverein „AntiRost“.
Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen	Die Idee für das Projekt kam von der Zielgruppe selbst. In den Kursen kommen Frauen (überwiegend mit Migrationshintergrund) aus unterschiedlichen sozialen Milieus zusammen. Die Frauen werden durch die Teilnahme an dem Kurs selbstbewusster und trauen sich im Anschluss an den Kurs mehr zu. Teilweise nehmen Frauen mit Migrationshintergrund an dem Kurs teil, die vorher noch nie im Stadtteil alleine unterwegs waren.
Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren	Einige Frauen nehmen anschließend an weiteren Kursen oder Angeboten im Stadtteil teil. Durch die Teilnahme am Kurs lernen sie oftmals andere Angebote im Quartierszentrum oder Stadtteil kennen, wie z.B. Babygruppen, ein Eltern-Kind-Café oder einen Second-Hand-Shop.
Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster	Einige Frauen leihen sich hinterher Fahrräder aus. Ob die Frauen langfristig mehr Fahrrad fahren, ist schwer zu sagen. In einigen Fällen machen sie später auch ihren Autoführerschein.
Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit	Die Befähigung der Frauen zielt auf Empowerment und Mobilisierung ab und bringt ihnen gleichzeitig Anreize für ein umweltfreundliches Mobilitätsverhalten näher.
Verstetigung	Solange das Quartiersmanagement noch im Stadtteil tätig ist, wird es die Kurse weiter geben, danach wird das Angebot evtl. vom Büro für Migrationsfragen weitergeführt.
förderliche und hemmende Faktoren	<p>Förderlich: Der Kurs wird u. a. von einer Frau mit Migrationshintergrund durchgeführt und es hat sich bewährt, dass er als reiner Frauenkurs angeboten wird.</p> <p>Hemmend: Bei einer hohen Teilnehmerzahl bedarf es mehrerer Personen, die den Kurs begleiten.</p>

Ansprechpartner	Yesim Çil p l a n k o n t o r Quartiersmanagement, Stadtteilbüro Hugo-Luther-Straße 60 a 38118 Braunschweig Telefon: 0531/280 15 73 E-Mail: stadtteilbuero@plankontor-bs.de
durchgeführte Interviews	Telefoninterview mit Frau Çil, plankontor Stadt & Gesellschaft GmbH, Quartiersmanagement für das Westliche Ringgebiet der Stadt Braunschweig, am 19.12.2016
Quellen	http://www.plankontor-hamburg.de/de/suche.php?we_objectID=1174 http://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/stadterneuerung/2_051_04a_Integriertes_Handlungskonzept_2013.pdf http://www.umweltzentrum-braunschweig.de/fileadmin/_uwz-pdfs/2011-03/Wohnen_und_Leben_in_der_sozialen_Stadt.pdf http://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/stadterneuerung/Foerderprogramme.html

Steckbrief: BIWAQ IGEL III – Integration in Gröpelingen anhand Ernährung und Landschaftspflege

Gegenstand der Analyse ist das als "Knastgewächse" 2012 - 2015 gestartete und nunmehr bis 2018 als IGEL fortgesetzte Integrationsprojekt, das sich an ehemalige Straffällige und Langzeitarbeitslose richtet. Mit niederschweligen Beschäftigungsangeboten im Bereich Ernährung und Landschaftspflege sollen bis zu 15 Teilnehmern und Teilnehmerinnen Schlüsselkompetenzen vermittelt und eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt eröffnet werden.

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ), Jobcenter (JC) darüber seit 02/2016 6 sozialversicherungspflichtige Stellen „Soziale Teilhabe“ und ab 01/2017 1 Stelle über „Landesprogramm Langzeitarbeitslose (LA-ZLO) sowie seit 04/2016 acht Stellen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (AGH MAE), dazu Anleiterstellen (Betreuungsteam, 4 Stellen 95 h/W) und optional zwei Ehrenamtliche BIWAQ-Stellen, die eine Besonderheit des IGEL darstellen für Teilnehmer, die nicht in der Lage sind, 15 Wochenstunden zu leisten und für die das JC zumindest die Fahrtkosten übernimmt.</p> <p>In der Planung sind Stellen für Flüchtlinge (Arbeit und Integration (A&I) oder/und Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Das IGEL Projekt liegt im WIN-Gebiet (Wohnen in Nachbarschaften, Soziale Stadt) Gröpelingen. Gröpelingen ist ein traditioneller Arbeiterstadtteil, hier wohnten Hafen-, Werft- und Industriearbeiter mit ihren Familien. Infolge des Wirtschaftsstrukturwandels ist der Stadtteil durch hohe Arbeitslosigkeit (26,9 Prozent gegenüber 13,4 Prozent bremenweit), geringes Bildungsniveau (55,2 Prozent mit Sprachförderbedarf gegenüber 34,5 Prozent) und einen hohen Migrantenanteil (44,1 Prozent gegenüber 29,5 Prozent) gekennzeichnet.</p>
<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>2012 hatte eine Gruppe von Studierenden im Zusammenhang mit den Überlegungen zur sozialen Stadtentwicklung in Gröpelingen die Idee, ehemaligen Strafgefangenen, Freigängern und Langzeitarbeitslosen in der brachgefallenen JVA Oslebshausen Beschäftigungsmöglichkeiten zur Integration und Stabilisierung anzubieten. Die Strukturierung des Tages sowie die Auseinandersetzung mit Natur und Umweltschutz sollten soziale und vor allem gesundheitliche Aspekte zusammenbringen. Ehemalige Gewächshäuser werden von den Projektteilnehmerinnen unter Anleitung der Betriebsleitung (Projektleitung) und sozialpädagogischer Betreuung sukzessive instandgesetzt und zum ökologischen Pflanzen- und Gemüseanbau aber auch als temporärer Unterstand für Tiere genutzt. Umliegende Grünflächen werden zu Teilen urbar gemacht und bepflanzt oder zur ökologischen Haltung alter Nutztierassen oder Streuobstwiesen genutzt.</p>
<p>Ziele</p>	<p>Erlernen von grundlegenden Fähigkeiten aus dem Biogemüseanbau, der Hobbyimkerei sowie in den Bereichen Landwirtschaftshelferin und Tierwirtschaft/-pflege, Aufbau eines Lehrbienenstandes für das Quartier Ausbau von Kooperationsprojekten Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil Gröpelingen</p>

<p>Akteure und Kooperationspartner</p>	<p>Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Koop mit Senator für Justiz und Verfassung, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Jobcenter Bremen, Hoppenbank e. V., Imkerverein, Förderwerk</p>
<p>übergeordnete Konzepte</p>	<p>2010 stellte das Monitoring Soziale Stadt Bremen fest, dass Gröpelingen der flächenmäßig und einwohnerbezogen am stärksten Negativbelastungen im Bremer Stadtgebiet ausgesetzte Bezirk ist. 2011 stellte der Bericht zum Monitoring Soziale Stadtentwicklung zudem eine negative Entwicklungsdynamik fest, Gröpelingen belegte den letzten Platz. Entsprechend des 2009 veröffentlichten Leitbilds der Stadtentwicklung 2020 - Bremen! Lebenswert, urban, vernetzt" soll der Abstand zwischen den zehn reichsten und ärmsten Stadtteilen abgebaut werden. Die Leitbildsteuerungsrunde Bremer Westen 2020+ hat die Leitbildhandlungsfelder auf die teilräumliche Ebene bezogen beschrieben und bildet damit die Grundlage für das Projektorientierte Handlungskonzept (pop) sowie das Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen (IEK) Festlegung der Programmgebiete, Grundlage für den Einsatz von Städtebaufördermitteln, das gleichzeitig Grundlage für den Einsatz von Städtebauförder- und EFRE-Mitteln 2014-2020 ist. Die darin festgelegten Projekte sind unter Beteiligung regionaler Akteure und verschiedener Fachressorts erarbeitet worden.</p> <p>Von insgesamt 15 Projekten des IEK Gröpelingen ist der Naherholungs- und Kleingartenpark Bremer Westen eines, in dem der Blocklandgarten – wie die ehemalige JVA mittlerweile genannt wird – derzeit noch isoliert lokalisiert ist und durch das IGEL-Projekt sukzessive entwickelt wird. Die großen zusammenhängenden Freiräume bestehen aus Kleingärten, landwirtschaftlich genutzten Flächen und Gewässern in einer Größe von 480 ha. Das hohe Naherholungspotenzial wird derzeit kaum genutzt. Es sollen Zielpunkte, ein Fuß- und Radwegenetz sowie attraktive Anbindungen an die Ortsteile Gröpelingen und Walle im Rahmen des Projekts bis 2030 entstehen und stellt damit eine teilräumliche Umsetzung des Leitbilds der "Stadtentwicklung 2020 - Bremen! Lebenswert, urban vernetzt" im Bremer Westen dar.</p>
<p>Herausforderungen</p>	<p>Der Projektstandort Blocklandgarten des IGEL Projekts liegt im Westen Gröpelingens durch Eisenbahn und BAB 27 vom Stadtteil und dem Programmgebiet Gröpelingen getrennt. Die Erreichbarkeit ist ausgesprochen schlecht, die ehemalige JVA ist nicht an den öffentlichen Verkehr angeschlossen. Die Fuß- und Radwegeverbindungen sind unattraktiv. Diese Situation schränkt auch die Erfolge einer Einbindung von Kitas, Schulen und Alteneinrichtungen stark ein.</p> <p>Der Garten ist bisher nicht öffentlich zugänglich, sondern von Mauern umschlossen und mit einem Tor versperrt. Die Bekanntheit ist daher nicht sehr groß.</p>
<p>Potenzial</p>	<p>Das größte Potenzial ist die Lage in dem 480 ha großen Grünland, das sukzessive zu einer Natur- und Erholungslandschaft ausgebaut werden soll. Mit Öffnung – Abriss der Mauern – attraktiver Gestaltung der Zuwege sowie Schaffung eines kleinen Angebots – z.B. Café – könnte das Projekt die Attraktivität der Erholungslandschaft erhöhen.</p>

<p>bisherige Ergebnisse:</p>	<p>15 Stellen, Ein großer Gruppenzusammenhalt ist trotz der Kenntnis der Befristung der einzelnen Maßnahmen erreicht worden. Insgesamt sind seit 2015 23 Menschen in verschiedenen Maßnahmen am Projekt beteiligt gewesen, sieben sind nach unterschiedlicher Dauer überwiegend aufgrund von Krankheit oder Fehlzeiten ausgeschieden. Zwei Teilnehmer sind in andere Maßnahmen gewechselt. Die Teilnehmer sind überwiegend männlich, es waren in dieser Zeit nur vier Frauen beteiligt, zurzeit sind es noch zwei. Bisher hat ein Teilnehmer in den Beruf gewechselt, er ist im Förderwerk angestellt.</p> <p>Die Perspektiven des Teilprojekts über das Jobcenter werden als gut bewertet, erstmals ist das Förderwerk aufgefordert worden, eine Verlängerung zu beantragen.</p> <p>Der Lehrbientand hat sich als kleiner Magnet entwickelt, inzwischen kommen immer häufiger Schulklassen aus Gröpelingen und erhalten hier "natürlichen" Unterricht. Ein Teilnehmer hat seinen Imkerschein gemacht und beabsichtigt, sich als Hobby-Imker zu betätigen. Auch Kitagruppen nutzen zunehmend das Angebot, die Produktion gesunder Lebensmittel hautnah zu erkunden.</p>
<p>neue Kooperationsstrukturen</p>	<p>Jobcenter wird als sehr wichtig für die Gewinnung von Teilnehmern eingeschätzt.</p>
<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Die Teilnehmer sind ohne Zweifel durch die Maßnahme stabilisiert worden, haben soziales Verhalten gelernt (wo gehört der Abfall hin, achte die Tiere, Körperhygiene und saubere Kleidung, etc.), haben sukzessive Verantwortung für Tiere und Pflanzen übernommen und zeigen teilweise Selbstinitiative z.B. bei Ausbau und Instandsetzung von Gewächshäusern oder der Reparatur von landwirtschaftlichen Geräten.</p>
<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Eingeschränkt auf die Zielgruppen (siehe oben), die Öffnung in den Stadtteil ist bisher nur ansatzweise gelungen, wird aber mit großem Engagement verfolgt.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Durch Mitwirkung bei der ökologischen Landbewirtschaftung und Tierzucht werden Verhaltensveränderungen erzielt. Einige Teilnehmer haben inzwischen in der umgebenden Kleingartenkolonie einen Kleingarten, den sie in ihrer Freizeit eigenständig bewirtschaften. Große Bedeutung für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen hat die Wieder- und Weiterverwertung und Reparatur von Lebensmitteln und sachlichen Dingen. Auch Fragen nach gesunder Ernährung und richtiger Bewegung stehen auf der Agenda.</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Synergien entstehen durch die Qualifizierung sozial benachteiligter Menschen in ökologischem Landbau und ökologischer Tierhaltung. In diesem Zusammenhang werden auch Themen zu Gesundheit und Bewegung diskutiert.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Aus den zunächst ehrenamtlich tätigen Studenten sind inzwischen vier finanzierte Stellen mit 95h/w geworden.</p>
<p>förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Jobcenter als fördernd durch die Gewinnung von Teilnehmern, dabei hemmend durch enge Vorgaben die Tätigkeiten, die Orte und Zeiten betreffend.</p>

weitere Planung und weiterführende Ideen	Zurzeit wird an der Aufstockung der Stellen gearbeitet, um auch Geflüchtete einbeziehen zu können. Öffnung des Areals, Einbindung in den Naherholungspark Bremer Westen, dazu laufen Anträge auf Förderung aus dem neuen Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün" sowie als Modellvorhaben im Forschungsfeld Green Urban Labs.
Ansprechpartner	Karin Lippold Telefon: 0152/08954757 E-Mail: lippold@foerderwerk-bremen.de Thomas Knode Telefon: 0412/36196045
durchgeführte Gespräche	Telefoninterview mit Karin Lippold, Projektleiterin im Förderwerk für IGEL, am 19.12.2016 Telefoninterview mit Thomas Knode, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, zuständig für Planungsprojekte im öffentlichen Grün, am 19.12.2016
Quellen	Ariane Schulz, Karin Lippold: Präsentationsfolien "Förderwerk Blocklandgarten, Bremen 2016 Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr - 72: Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 11. 09.2014: Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft: Das projektorientierte Handlungsprogramm für den Bremer Westen, Arbeitsstand Mai 2014 Der Senator für Umwelt und Verkehr: Eine grüne Oase für Walle und Gröpelingen - Der Naherholungspark Bremer, Bremen September 2016 http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Aktuell/Aufrufe/aktuelle-meldungen/green-urban-labs-node.html

Steckbrief: Dortmund Hörde – Projekt zur urbanen Landwirtschaft

Das Projekt Urbane Landwirtschaft ist gemeinsam mit der Erarbeitung und Umsetzung eines Klimafolgenanpassungskonzeptes unter dem Namen „Querbeet Hörde“ zusammengefasst. Im Steckbrief wird vor allem auf das Projekt Urbane Landwirtschaft eingegangen.

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>Das Projekt wird im Rahmen der Städtebauförderung über „Soziale Stadt“ gefördert. Zudem gibt es eine Förderung über den Deutschen Energie- und Klimafonds (die Förderung für die Urbane Landwirtschaft beträgt: Querbeet I: 60.000, Querbeet II 150.000).</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Hörde liegt südlich der Innenstadt Dortmunds. Seit 1840 prägte die Stahlindustrie den Stadtteil und schloss direkt an die Wohnbebauung an. Im Westteil (Phoenix-West) standen Hochöfen, im Ostteil das Stahlwerk; beide wurden vor einigen Jahren geschlossen. Hörde ist ein traditioneller Arbeiterstadtteil. Mit dem Niedergang der Stahlindustrie litt auch der Stadtteil sehr. Das Zentrum ist von einer sehr hohen Arbeitslosigkeit und Leerstand geprägt. Seit 2006 entstand auf dem ehemaligen Ostteil ein großer See mit angrenzenden, überwiegend exklusiven Wohnungen, Häusern und Bürogebäuden. Dieser Teil ist seitdem von mittelständischen und besser verdienenden Bevölkerungsgruppen bewohnt. Im Westteil von Hörde entwickelt sich ein Technologiestandort mit großen Entwicklungsperspektiven. Damit dieser Fortschritt auch das Zentrum Hördes erreicht, wurde ein Stadterneuerungsprogramm der Stadt Dortmund aufgesetzt. Es soll eine Anpassung und Harmonisierung mit den beiden angrenzenden Entwicklungsflächen stattfinden. Gesellschaftliche Ungleichheiten werden an den Schnittstellen zwischen dem alten Zentrum und den neuen Entwicklungsflächen besonders deutlich. So wurde der öffentliche Raum aufgewertet, der größte Busbahnhof der Stadt neu geordnet und eine vierspurige Hauptverkehrsstraße wird in ihrer Barrierewirkung für den Stadtteil zurückgebaut.</p> <p>Der Anteil an Arbeitslosen und SGB II-Beziehern ist im Zentrum Hördes sehr hoch (bspw. gibt es im Ortsteil Clarenberg 26% Arbeitslose und 47% Transferleistungsempfänger). Die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt ist für viele Langzeitarbeitslose problematisch und die Aktivierung dieser Personen stellt eine Herausforderung dar.</p>

<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>Trotz stark sinkender CO₂ – Emissionen (begünstigt durch den Rückgang der Industrie) besteht der Ansatz darin, den Stadtteil an die Folgen des voraussichtlich nicht abzuwendenden Klimawandels anzupassen. Die Grundlage bildete ein Forschungsprojekt der Europäischen Union, an dem u.a. die Emschergenossenschaft, weitere Institutionen und europäische Städte beteiligt sind. Resultat war die Entwicklung des sogenannten „Future Cities Adaption Compass“, der bei der Analyse der Verwundbarkeit von Städten durch den Klimawandel helfen soll.</p> <p>Dortmund ist eine der ersten Städte, in der dieser Kompass exemplarisch erprobt wurde. Besonderes Augenmerk liegt auch auf dem demografischen Wandel (heute und in den nächsten Jahrzehnten). Das Ergebnis waren zwei Untersuchungsgegenstände: Die Auswirkungen von zunehmenden Starkregen (Wasserablauf) und der Umgang mit sommerlicher Hitze (wie kann die Stadt baulich kühler gestaltet werden, Begrünung, Farbe etc., Belüftung und Wasser im Stadtgebiet). Im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms wird dieses Konzept parallel zu dem Konzept der Urbanen Landwirtschaft umgesetzt.</p> <p>Ein Vorgängerprojekt zum Projekt Urbane Landwirtschaft entstand 2012 (Planungsbeginn) und etablierte das Unterprojekt Querbeet Hörde, welches exemplarisch für urbanes Gärtnern steht. Ein Produkt davon war der Gemeinschaftsgarten Schallacker in einem ehemaligen Freibad.</p> <p>Im aktuellen Projekt soll die urbane Landwirtschaft in Hörde mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit, also unter explizitem Einbezug von sozial Benachteiligten/Langzeitarbeitslosen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Dieses Projekt läuft nun seit knapp einem Jahr (Dezember 2015) und ist deutlich größer angelegt. Es soll von Balkon- und Fensterbrettanbau über Landwirtschaft an und auf Gebäuden bis zu Gemeinschaftsgärten reichen.</p>
<p>Ziele</p>	<p>Versorgung der sozial Benachteiligten; Versorgung weiterer Personen (Kreislauf ohne Geld) bspw. in Form der Tafel; Langfristig: Aufbau eines rentierlichen Systems (Nischenproduktion maximal möglich)</p> <p>Subsistenzwirtschaft; Aufbau einer breit getragenen Kultur der Eigenversorgung mit frischen Lebensmitteln;</p> <p>Die „Unterschicht“ soll wieder ins Sozialleben eingegliedert werden. Es soll Ausgleich und Zusammenhalt hergestellt werden.</p>
<p>Akteure und Kooperationspartner</p>	<p>Klimafolgenanpassungskonzept: Stadt Dortmund, TU Dortmund (Dr. rer. pol. Mark Fleischhauer, Prof. Dr.-Ing. Stefan Greiving), Emschergenossenschaft</p> <p>Für die urbane Landwirtschaft:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Nach einer Ausschreibung wurde eine Kooperation aus Planlokal GbR, Grünbau gGmbH, Orgberatung Schulten & Weyland, Urbanisten e. V. und Prof. Michael Roth (Hochschule Nürtingen) beauftragt, mit der Stadt gemeinsam das Projekt zur Urbanen Landwirtschaft durchzuführen. 2) Jobcenter – Zusammenarbeit und Vermittlung geeigneter Personen für das Projekt 3) Hinzu kommen Wohnungsbaugesellschaften, die Stadtwerke, Eigentümer, Unterstützer und eine Kooperation mit der Tafel, die Abnehmer für Teile der produzierten Lebensmittel werden soll.

<p>übergeordnete Konzepte</p>	<p>Integriertes Handlungskonzept Dortmund-Hörde 3. Fortschreibung (ab 2016) Klimafolgenanpassungskonzept für den Stadtbezirk Dortmund-Hörde Stadtumbau Hörde (Stadtumbau West Städtebauliches Entwicklungskonzept für das Stadtbezirkszentrum in Dortmund-Hörde)</p>
<p>Herausforderungen</p>	<p>Eine große Herausforderung vor dem Projektstart und für die Startphase des Projektes sind die Gewohnheiten der Zielgruppen: Es muss Motivation geschaffen werden, sich an einem Gartenprojekt aktiv zu beteiligen und Vorteile müssen aufgezeigt werden (finanzielle Entlastung, förderlich für Ernährung und Gesundheit) Vorbehalte gegen das Essen müssen abgebaut werden (es bricht mit Ernährungsgewohnheiten) Es besteht ein moralisches Gefälle zwischen den „Aufklärern“ über gesundes und gutes Essen und der Lebenswirklichkeit und Akzeptanz durch die Angesprochenen (Multiplikatoren müssen auch unter der Zielgruppe geschaffen werden) Qualifizierung ist nötig Die notwendige regelmäßige Pflege der Pflanzen kann für Teile der Zielgruppe ein Herausforderung darstellen Erklären und Verstehen braucht Zeit, es müssen sich erstmal Multiplikatoren finden und herausbilden</p>
<p>Potenzial</p>	<p>Das gesamte Projekt hat experimentellen Charakter</p>
<p>bisherige Ergebnisse:</p>	<p>Bisher sind im eigentlichen Projekt noch keine Ergebnisse zu erkennen, da die Planungsphase erst abgeschlossen wurde. Die Erfahrungen aus dem Vorgängerprojekt zum urbanen Gärtnern zeigten jedoch, dass das Empowerment der sozial Benachteiligten sehr schwierig war und viel Zeit benötigte. In dem Klimafolgenanpassungskonzept wurden zwei Schwerpunkte für die weitere Arbeit hervorgehoben: Maßnahmen gegen die sommerliche Hitzebelastung in Hörde und Maßnahmen gegen Starkregen und Überflutungen</p>
<p>neue Kooperationsstrukturen</p>	<p>Kooperation mit Jobcenter – Empfehlung „Konsortium“ nach Ausschreibung</p>
<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Es besteht Hoffnung auf breitere Aktivierung durch Multiplikatoren Die Zielgruppen sollen in Bezug auf die Ernährung, die Entlastung des eigenen Budgets und die Schaffung einer persönlichen Stütze (Schaffung einer Struktur durch Beschäftigung) qualifiziert werden sowie persönliche Erfolgserlebnisse erfahren. Ggf. soll am Ende auch ein Schein erworben werden können</p>
<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Bisher liegen hierzu noch keine konkreten Ergebnisse vor. Die Hoffnung besteht, durch eine „Beschäftigung“ in den verschiedenen Projekten den Langzeitarbeitslosen wieder einen geregelten Alltag zu geben und sie somit auch in die Berufswelt zu integrieren. Soziale Gerechtigkeit ist damit im Fokus der Umweltprojekte.</p>

<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Die Hoffnung ist, dass Projektbeteiligte als Multiplikatoren wirken. Außerdem soll durch den Selbstversorgerkreislauf nachhaltig und regional angebaut werden. Bisher ist noch offen, wie viele der Projektbeteiligten hierdurch ihren Lebensstil anpassen.</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Die Aktivierung der Langezeitarbeitslosen soll diese zurück in das Berufsleben führen. Dies soll mit verschiedenen umweltspezifischen Projekten geschehen und die Hoffnung ist, dass anschließend auch der Umweltschutz und ein bewussterer Lebensstil die Folge ist. Die Qualifizierung soll Hand in Hand mit einer nachhaltigeren und umweltbewussteren Stadtteilentwicklung passieren.</p> <p>Im allgemeinen Teil des Projekts (Gärtnern auf Fensterbrettern etc.) gelingt der Beitrag zum Umweltschutz nur, wenn die sozial benachteiligten Zielgruppen das Projekt annehmen. Die in Stadterneuerungsgebiete gering vertretene Gruppe der Bessergestellten bewirkt keine umweltrelevanten Mengeneffekte.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Die Verstetigung kann nur einsetzen, wenn die Arbeitslosen länger im Programm mitarbeiten, üblicherweise enden Maßnahmen jedoch nach sechs Monaten. Die Hoffnung ist, dass durch das Gärtnern die Arbeitslosen auch beginnen zu Hause zu gärtnern.</p>
<p>förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Der Top-Down Ansatz ist eine große Hürde, es besteht die große Gefahr, dass alle Projekte und Ideen eher wie eine erzieherische Maßnahme wirken.</p> <p>Die Hoffnung besteht jedoch, dass ein Engagement von unten entsteht, bisher ist dies noch nicht der Fall. Die Aktivierung ist sehr schwierig.</p> <p>Es handelt sich beim Stadterneuerungsgebiet Hörde nur um einen begrenzten Raum mit 10.000 Einwohnern.</p> <p>Förderlich ist vor allem die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.</p>
<p>weitere Planung und weiterführende Ideen</p>	<p>Teilweise sind diese Ideen auch schon in der Planung:</p> <ul style="list-style-type: none"> Aufbau von Gewächshäusern und Aquaponikanlagen mit Modellcharakter (Aufstellung in der Urban Space Station) Obstspaliere/-alleen (jedoch teilweise schwierig zu koordinieren mit der Feuerwehr) Hauswandzucht (teilweise schwierig wegen Bodenqualität) <p>Bei Neubaugebieten und sich dort ansiedelnde Unternehmen sollen in den Außenanlagen urbane Landwirtschaftsprojekte entstehen</p>
<p>Ansprechpartner</p>	<p>Jens Woelki Amt für Wohnen und Stadterneuerung Telefon: 0231/5027263</p> <p>Herr Michael Roth Hochschule Nürtingen – Infos zu Urban Gardening allg. und auch im Bezug auf Synergieeffekte Telefon: 07022/201181 E-Mail: michael.roth@hfwv.de</p>
<p>durchgeführte Gespräche</p>	<p>Telefoninterview mit Jens Woelki, Amt für Wohnen und Stadterneuerung Das Interview, am 19.12.2016</p>

Quellen	<p>https://www.urbaneoasen.de/project/querbeet-hoerde/</p> <p>Drucksache des Rats der Stadt Dortmund – TO: „Klimafolgenanpassungskonzept für den Stadtbezirk Dortmund-Hörde“:</p> <p>https://dosys01.digistadtdo.de/dosys/gremrech.nsf/(embAttOrg)/3F1BE0328BDF7720C1257DFE0052C9BF/\$FILE/VorlageVG%2300414-15.doc.pdf?OpenElement</p>

Steckbrief: Sparfüchsinnen Weingarten Freiburg

Betrachtet wird ein Projekt zur Qualifizierung von Anwohnerinnen und Anwohnern zu Energiesparberaterinnen und -beratern, die in Haushalten des als Passivwohnhaus sanierten Hochhauses Bugginger Straße 50 in Freiburg-Weingarten niedrigschwellige Beratungen durchführen.

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>Stärken vor Ort in zwei Finanzierungsrunden: 1) für die „Grundausbildung“ – inkl. Ansprechpartner für Supervision und weiterführende Fragen 2) Folgeprojekt: Weiterbildung Richtung Werbung, Umgang mit Kindern inkl. Schulprojekt, Klärung weiterführender Fragen, welche in der Praxis aufgekommen sind, weitere praktische Übungen (bspw. telefonische Kontaktaufnahme) Nach diesen Finanzierungsrunden gibt es so gut wie keine laufenden Kosten. Die Quartiersarbeit (QA) vermittelt Aufträge und führt von Zeit zu Zeit Treffen mit den Quartiersberaterinnen und -beratern durch, um den aktuellen Stand abzuklären. Die Vergütung der Beraterinnen erfolgt durch die Freiburger Stadtbau GmbH (25€ anfangs, jetzt 30€ pro Beratung)</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Das Quartier Weingarten-West wird geprägt durch vier Hochhäuser und hofartig angeordnete Zeilenbauten. Hier wohnen ca. 5.800 Menschen aus über 70 Nationen. Etwa 50 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner haben Migrationshintergrund. Es leben überdurchschnittlich viele alte Menschen im Quartier. Das Forum Weingarten begann 2004 mit der Quartiersarbeit Weingarten-West.</p>
<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>Das Hochhaus „Buggi 50“ in der Bugginger Straße 50 wurde als Passivwohnhaus saniert und bietet seitdem 139 Wohnungen. Um die Hausgemeinschaft von Anfang an gut aufzubauen, hat die Quartiersarbeit verschiedene Elemente entwickelt. So gibt es im Haus die so genannten „Wohnverwandtschaften“. Bei einer Stockwerksbörse konnten sich künftige Nachbarn kennenlernen und jedes Stockwerk hat einen Stockwerksprecher, der in engem Kontakt mit der Quartiersarbeit steht. Das „Buggi 50“ ist ein ökologisches Vorzeigeprojekt und nach Sanierung war eine Einweisung der Bewohnerinnen und Bewohner in ein ganz neues Lüftungs- und Heizverhalten von Nöten. Dafür wurden nicht externe Beraterinnen und Berater hinzugezogen, sondern Anwohnerinnen für diese Beraterinnentätigkeit qualifiziert. Der Sinn dahinter war, dass die wichtigen Informationen über das Wohnen im Passivhaus, Müllvermeidung und weitere Möglichkeiten im Privathaushalt Energie zu sparen, möglichst auf Augenhöhe weitergegeben werden. Ein anderer Aspekt war auch, direkte Rückfragemöglichkeiten anzubieten, sodass nicht alle Fragen diesbezüglich bei der Quartiersarbeit landen, wie es zuvor teilweise nach Informationsveranstaltungen externer Firmen der Fall war. Außerdem war die zuvor verwendete Fachsprache für viele Mieter unverständlich, sodass die Idee aufkam, Bewohnerinnen und Bewohner (mit Migrationshintergrund) zu qualifizieren, damit diese in einfacher Sprache und mehrsprachig Grundlegendes vermitteln können.</p>

<p>Ziele</p>	<p>Ziel des Projekts war eine bessere Vermittlung der zuvor von externen Firmen vorgestellten Inhalte im Bereich Energiesparen und Umweltschutz durch direkte Ansprechpartnerinnen und -partner in der Bewohnerschaft. Ein weiteres Ziel der Frauen war, „die Idee vom Umweltschutz zu verbreiten“. Umweltschutz sollte und könnte sich jeder leisten, so die Aussage.</p>
<p>Akteure und Kooperationspartner</p>	<p>Forum Weingarten e.V. (QA), Sparfüchsinnen, Bewohnerinnen und Bewohner, Freiburger Stadtbau (Hausverwaltung, Eigentümer)</p>
<p>neue Kooperationsstrukturen</p>	<p>Die Kooperation zwischen QA und Stadtbau hat sich während des ganzen Prozesses stark verbessert und verfestigt. Dies begann mit der Stockwerksbörse, welche zu Beginn noch äußerst kritisch gesehen wurde und in einer positiven Zusammenarbeit mündete.</p>
<p>übergeordnete Konzepte</p>	<p>Rahmenplan Weingarten-West: Soziale Stadt Weingarten-West, Stadtbau Bausteine Stadtplanung 5 Vorbereitende Untersuchungen Freiburg im Breisgau Weingarten-West – Soziale Stadt Für den gesamten Bereich Weingarten-West wird derzeit ein städtebauliches Zukunftskonzept erarbeitet und in einem Rahmenplan zusammengefasst. Der Verein hat ein Verfahren dazu entwickelt, wie Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner aufgegriffen werden können und mit welchen Beteiligungsformen diese zu bearbeiten sind. Die Anliegen ordnen sich in die Handlungsfelder der „Sozialen Stadt“ Wohnen, Arbeit, Nachbarschaften, Mobilität, Gesundheit, lokale Ökonomie ein. Hierdurch strukturieren die Bewohnerinnen und Bewohner als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt und des Quartiers, welche Handlungsfelder bearbeitet werden, und nicht die Quartiersarbeit gibt sie vor. Der QA geht es darum, von den Bewohnern eingebrachte Ideen umzusetzen und dafür passende Töpfe zu finden.</p>
<p>Herausforderungen</p>	<p>Anfangs gab es in der Buggi 50 große Vorbehalte gegen die Pläne, das Haus so zu sanieren, dass ein Passivhaus entsteht. Es war das erste Mal überhaupt, dass diese Technik im Quartier umgesetzt wurde. Weiter waren große Ängste hinsichtlich einer drohenden Mieterhöhung und der Gefahr wegziehen zu müssen, vorhanden. Es waren viele (Einzel-)Gespräche und Überzeugungsarbeit durch die Quartierarbeit nötig. Vor allem musste ein Punkt gefunden werden, der auch jeden mit ins Boot holt. Das war nicht Umweltschutz sondern eher der finanzielle Aspekt. Dieser war vor allem für Schwellenhaushalte (knapp über Sozialhilfe) sehr interessant. Die Zustimmung und das Annehmen der Beratung sinken seit dem ersten Haus. Das kostenlose Angebot wurde vielfach nicht genutzt und mancher Neumieter war der Meinung, „dass er schon alles wisse“.</p>

<p>Potenzial</p>	<p>Im Quartier werden die Sparfüchsinnen bei allen Sanierungen und Neubauten der Stadtbau mit der Energiesparberatung beauftragt. Eigentlich wäre nun eine zweite Ausbildungsrunde nötig, denn der Bedarf besteht. Von der Stadtverwaltung gibt es jedoch das Signal, dass ein anderer Träger solche Aufgaben übernehmen solle. Das aktuelle Projekt läuft nur für die sanierten Häuser des Quartiers, breitet sich aber nicht innerhalb von Freiburg weiter aus.</p> <p>Immer wieder gibt es Anfragen von Besuchergruppen (Bürgermeister, Planer, Architekten, Wohnbaugesellschaften, Parteien, Sozialarbeiter u.v.m.) vor allem aus dem Ausland. Dabei liegt der Interessensschwerpunkt weniger auf den technischen Details, vielmehr wollen die Fachleute von der Quartiersarbeit wissen, wie ein gutes Zusammenleben, gerade auch in Quartieren mit hohen sozialen Belastungen und neuen technischen Sanierungsmaßnahmen gelingen kann.</p>
<p>Ergebnisse</p>	<p>Nach einer Ausschreibung für Interessierte und persönlichem Kontakt wurden acht Frauen zu „Sparfüchsinnen“ qualifiziert. Diese führten im Anschluss an ihre Qualifizierung eine grundlegende und leicht verständliche Einführung für die Mieterinnen und Mieter durch.</p> <p>Es sollte nicht nur bei der Beratung für Lüftungs- und Heizverhalten bleiben. Die Frauen wurden auch in weiteren umweltspezifischen Aspekten wie Mülltrennung und allg. Energiesparen, sowie in anderen Bereichen wie Kommunikation und Gesprächsführung geschult. Sechs der acht Frauen führten dann eine Fortbildung in Projektmanagement durch und führten eigenständig ein Projekt zum Thema Energiesparen an der Adolf-Reichwein-Schule durch.</p> <p>Über die Buggi 50 hinaus wurden auch in anderen Häusern im Quartier Beratungen angeboten. Diese fanden jedoch nicht so einen großen Anklang wie im ersten Haus.</p> <p>Trotz der Reduzierung der Gruppe (mehrere Frauen haben neue Jobs gefunden, sich weitergebildet) zog die QA ein positives Zwischenfazit. Die Qualifizierung der Frauen stand mit im Mittelpunkt und somit ist die Abwanderung einiger Frauen in neue Berufe ein positives Zeichen dafür, dass die Ausbildung Ihnen neue Möglichkeiten gegeben hat bzw. ihnen erstmal den Weg in den Arbeitsmarkt geebnet hat. Die berufliche Orientierungsfunktion scheint also sehr positiv funktioniert zu haben.</p>
<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Schwerpunkt der Arbeit der QA ist der Einbezug des Inputs der Bewohnerinnen und Bewohner. Es wurden und werden spezielle Beteiligungsmethoden angewandt und die Bewohnerschaft stark in den Quartiersgestaltungsprozess mit eingebunden. Die einzelnen Stockwerke haben bspw. Stockwerkssprecher, welche auch im direkten Austausch mit der QA stehen. Die QA ist mehr für die Koordination zuständig, auch die konkrete Ausführung von Aktivitäten wird meist von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst übernommen.</p> <p>Schon von Anfang an wurde im Projekt Buggi 50 auf starke Bürgerbeteiligung gesetzt. Die ganzen Beteiligungsprozesse und die enge Anbindung an die Quartiersarbeit haben ein gutes Klima zur Etablierung der Sparfüchsinnen geschaffen.</p> <p>Zudem findet ein Empowerment durch die Qualifizierung der Frauen statt.</p>

<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Für die Frauen, die Teil des Projektes waren, haben sich viele positive Effekte ergeben. Einige haben sich wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert. Für andere ist alleine der Zuverdienst schon eine Verbesserung der Lebensverhältnisse.</p> <p>Auch für die Bewohnerinnen und Bewohner hat sich durch die großen Mitwirkungschancen und Einsparungsmöglichkeiten vor allem auch finanziell etwas verbessert. Vor allem in Buggi 50 scheint ein sehr harmonisches und positives Klima zu herrschen, indem durch die Arbeit der QA und auch der Sparfuchsinnen eine gute Hausgemeinschaft entstanden ist. Vor allem die Qualifikation interessierter Frauen mit verschiedenen kulturellen und sprachlichen Hintergründen fällt positiv auf. So ist der Umgang mit den Mietern aus verschiedenen Nationen vereinfacht worden und eine gewisse Vertrauensbasis baute sich direkt durch die Sprache auf. Der direkte Kontakt baut viele Blockaden ab und lässt weniger Fragen ungeklärt als vorher. Gleichzeitig wurde den Frauen eine beschäftigungsbezogene Qualifizierung ermöglicht und ein kleiner Hinzuverdienst (anfangs 25 € pro Beratung, jetzt 30 €) war gegeben. Dabei ist hervorzuheben, dass nicht nur Frauen angesprochen wurden, jedoch nur diese sich zurückmeldeten.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Ein positives Beispiel war die Mülltrennung, die nach Einschätzung der QA vor dem Projekt eine Katastrophe gewesen sei. Es habe keine Mülltrennung gegeben und Sperrmüll sei überall abgeladen wurden. Nun gibt es einen Sperrmüllraum, in dem jeder etwas abgeben und bei Bedarf Dinge daraus nutzen kann. Durch die Wiederverwertung fallen viel weniger bis gar keine Kosten mehr für Sperrmüllbeseitigung an. Auch die Mülltrennung funktioniert viel besser und durch die Videoüberwachung im Müllhaus werden Leute, die nicht darauf achten, auf freundliche Art und Weise in die Pflicht genommen. Mittlerweile ist das Haus regelrecht stolz auf das schöne und saubere Müllhäuschen. Die QA sieht das Müllhaus sinnbildlich für die positive Entwicklung vor allem in der Buggi 50. Andere Ideen wie bspw. der nachhaltige Weihnachtsbaum sind ebenfalls aufgekommen (ein normaler Baum welcher in der Weihnachtszeit geschmückt wird), auch hier beteiligten sich viele Bewohnerinnen und Bewohner an der Diskussion und somit auch an der Gestaltung des eigenen Lebensraums.</p> <p>Auch weitere Projekte und Programme, wie z.B. die öffentliche Bücherzelle (Bücher tauschen oder abgeben statt wegwerfen), Kleidertauschbörsen oder Malkurse, bilden einen Grundstein für die allgemeine positive Stimmung im Haus. Dies wirke auch insgesamt ins Wohnumfeld.</p>
<p>weitere Planung und weiterführende Ideen</p>	<p>Auffällige Problem, wie die sinkende Beteiligung, müssen ausgeglichen werden. So besteht die Idee, Energiesparberatung zum Standard zu machen, mit der Unterschrift unter den Mietvertrag wäre diese Beratung dann durchzuführen.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Projekte über ehemaliges Projektgebiet hinaus (Bspw. 200 Familien aktiv fürs Klima) werden zwar teilweise durchgeführt, aber es sieht in diesem Projekt eher nach einem langsamen Auslaufen aus.</p>

förderliche und hemmende Faktoren	<p>Förderlich: Umfassende Beteiligungsverfahren bei der Sanierung der Buggi 50</p> <p>Hemmend: Die vielen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, deren Nebenkosten bezahlt werden, haben kein gesteigertes Interesse Energie zu sparen, da ihnen dies keine finanziellen Vorteile bringt.</p>
entstandene Synergien	<p>Sehr viele positive Beispiele, aber viele Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Stadt lassen sich auf das Grundinteresse des Geldsparens zurückverfolgen. Andere Beispiele wie der nachhaltige Weihnachtsbaum zeigen ein Interesse am Umweltschutz (Warum sollten wir einen Baum fällen wenn einer vor unserer Haustür steht?)</p>
Ansprechpartner	<p>Frau Bräu Stadtbau Telefon: 0761/2105-270</p> <p>Herr Messner Stadt Freiburg Telefon: 0761/201-3050</p> <p>Frau Werb Forum Weingarten Telefon: 0761/47 60 697</p>
durchgeführte Gespräche	<p>Telefoninterview mit Frau Werb, Quartiersarbeit Weingarten West, am 16.12.2016</p>
Quellen	<p>Nachhaltige soziale Stadtentwicklung in Freiburg – Das Förderprogramm „STÄRKEN vor Ort“ Bilanz 2009 bis 2011, S. 34: http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E2115287870/410450/Publikation_Staerken_vor_Ort.pdf Seite des QM: http://forum-weingarten.de/index.php/quartiersarbeit/projekte In Zeitung des Migrantinnen- und Migrantenbeirats der Stadt Freiburg Ausgabe 6 Dezember 2011: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/documents_E220584653/freiburg/daten/news/amtsblatt/inzeitung/INzeitung6-2011.pdf Infoblatt für 200 Familien aktiv fürs Klima: http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-49979911/387294/200Familien_Infoblatt_web.pdf Video zu 200 Familien aktiv fürs Klima: https://youtu.be/XVLK1pk_2sM</p>

Steckbrief: „Ideen säen – Essen ernten“ der Initiative Migranten für Agenda 21 e.V. in Hannover Hainholz

Die Initiative Migranten für Agenda 21 e.V. wurde vor ca. 14 Jahren gegründet und setzt in mehreren sozial benachteiligten Stadtteilen in Hannover Projekte um, die darauf abzielen, das Bewusstsein für ein ökologisch bewusstes, gesundes und gesellschaftlich integriertes Leben in der Bevölkerung zu stärken.

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>„Ideen säen Essen ernten“ wird durch die Umweltstiftung Niedersachsen BINGO gefördert, zusätzliches Sponsoring durch Gilde AB InBev In den Fördergebieten wird das Projekt ergänzend durch das QM und kleinere Projekte/Fördermittel des Programms Soziale Stadt unterstützt In der Vergangenheit führte der Verein Projekte durch, die durch das Umweltbundesamt oder die Stadt/Region Hannover gefördert wurden</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Hainholz ist seit über zehn Jahren ein Soziale Stadt Gebiet mit ca. 6.700 Einwohnerinnen und Einwohnern. In dem Gebiet leben Menschen aus 90 verschiedenen Nationen zusammen, darunter viele afrikanische und türkische Familien und ein hoher Anteil von Muslimen. Viele Menschen im Quartier sind Transferleistungsempfänger. Früher war das Gebiet ein Durchgangsquartier. Inzwischen wurde einiges im Gebiet gemacht, so dass die Menschen nun auch stärker bleiben oder zurückkehren.</p>
<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>Die Initiative Migranten für Agenda 21 e.V. wurde vor ca. 14 Jahren gegründet. Sie entstand aus einem Projekt der Stadt Hannover heraus, in dem es darum ging, Migranten für den Umweltschutz zu aktivieren. Im Rahmen des Projektes wurden Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen zu Themen der Nachhaltigkeit qualifiziert. Einige schlugen anschließend den beruflichen Weg des Energieberaters ein, andere blieben auf dem Gebiet ehrenamtlich tätig und gründeten den Verein. Seit der Gründung hat der Verein verschiedene Projekte durchgeführt, die thematisch aufeinander aufbauen. Von 2011 bis 2013 führte der Verein gefördert durch das Umweltbundesamt das Projekt „GENUSS – Gemeinsam für Natur und Umweltschutz im Stadtteil“ durch. Auf Grundlage von BewohnerInnen-Befragungen in Hannover Sahlkamp und Hainholz wurden Ideen gesammelt und teilweise realisiert, wie durch gemeinsames Engagement für Umweltschutz die Lebensqualität im Stadtteil gesteigert werden könne (wie z.B. ein Koch-Treff, Fahrrad-Ausflüge in die Region, Reinigung eines ungepflegten Wohnblocks mit ökologischen Putzmitteln). Auf diesen Erfahrungen aufbauend ist das Projekt „Ideen säen, Essen ernten“ entstanden, das in verschiedenen sozial benachteiligten Stadtteilen Hannovers durchgeführt wird (Sahlkamp, Mühlenberg, Hainholz).</p>

Ziele	Ziel des Projekts ist es, machbare Möglichkeiten dafür aufzuzeigen, dass finanzschwache Haushalte nachhaltige Lebensstile – d.h. ein ökologisch bewusstes, gesundes und gesellschaftlich integriertes Leben – leisten können. Im Rahmen der Information und Beratung werden neben ökologischer und nachhaltiger Ernährung auch andere Themen wie z.B. Energiesparen, Schimmelvermeidung oder der der bewusste Umgang mit Ressourcen, wie z.B. Wasser, behandelt. Es geht auch darum, dass zum Beispiel eine andere Ernährung nicht als rückständig empfunden wird. (Motto: „Ich bin das, was ich esse.“)
Akteure und Kooperationspartner	Migranten für Agenda 21 e.V., Quartiersmanagement, Fachbereich Soziales der Stadt Hannover, Wohnungsbaugesellschaften und weitere Organisationen und Verbände
übergeordnete Konzepte	Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung – Stadterneuerung (2014): Integriertes Handlungskonzept 2014, Sanierung Soziale Stadt Hainholz. Die Initiative Migranten für Agenda 21 e.V. wird darin als Kooperationspartner aufgeführt.
Herausforderungen	Viele Frauen mit Migrationshintergrund leben sehr zurückgezogen. Oftmals wurden sie jung verheiratet und sprechen kein Deutsch. Zudem haben sie oft nur eine geringe Schulbildung. Die verschiedenen Kulturen bringen unterschiedliche Ernährungs- und Lebensgewohnheiten mit sich, was beispielsweise den Ressourcenverbrauch und den Umgang mit Müll betrifft.
Potenzial	Das Gebiet ist dabei, sich positiv zu entwickeln.
bisherige Ergebnisse	Im ersten Schritt wurden Frauen mit Migrationshintergrund aus dem Quartier angesprochen und qualifiziert. Inzwischen sind einige der qualifizierten Frauen so weit, dass sie alleine bei Veranstaltungen im Stadtteil auftreten, die Menschen vor Ort ansprechen und beraten oder ein Catering oder eine Kochaktion organisieren. In Hainholz gibt es aktuell ca. acht ehrenamtliche Akteure, die viel Arbeit leisten. Eine Nähgruppe stellt aus Recyclingmaterialien Taschen, Westen und Schürzen her, die zum Verkauf oder Tausch genutzt werden können. An der wöchentlichen Kochgruppe nehmen regelmäßig ca. 15 Frauen teil. Wenn die Räumlichkeiten größer wären, wären es wahrscheinlich noch mehr. Die Veranstaltungen werden genutzt, um kulturelle Ansprache mit Themen des nachhaltigen Konsums zu verbinden. Zudem findet eine sprachliche Förderung statt.
neue Kooperationsstrukturen	Die Initiative Migranten für Agenda 21 e. V. nutzt Räumlichkeiten des Quartiersmanagements und wird durch das Quartiersmanagement unterstützt. Die aktiven Frauen wurden vom QM zu den Netzwerken und Veranstaltungen im Stadtteil mitgenommen und nehmen inzwischen an vielen Netzwerken und Festen teil. Zudem sind Kooperationen mit einem Biobauernhof und einer Recyclingwerkstatt entstanden.

<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Die beteiligten Frauen aus dem Stadtteil sind inzwischen sehr aktiv. Sie beteiligen sich beispielsweise an der Organisation von Festen und Veranstaltungen, wie z.B. die Organisation des Teegartens oder des Weihnachtsfestes für den Stadtteil. Für den Fair Trade Tag haben die Frauen Recyclingwesten für die Veranstalter genäht. Männer sind teilweise bei anderen Aktivitäten, wie z.B. der Fahrradgruppe dabei, aber schwerpunktmäßig sind es Frauen, die erreicht werden.</p>
<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Für die Frauen setzt die Beteiligung an den Aktivitäten einiges in Gang. Vorher lebten viele sehr zurückgezogen, die eigene Kultur gab ihnen Sicherheit. Nun lernen sie andere Kulturen kennen, was auch Unsicherheiten mit sich bringt. Es dauert bis dann die Veränderungen tatsächlich einsetzen und es braucht eine intensive Begleitung und Zeit, um die langsamen Schritte zu begleiten.</p> <p>Inzwischen hat sich einiges getan. Das QM ist gemeinsam mit den Frauen beispielsweise am überlegen, eine Internetplattform für die genähten Recyclingprodukte aufzubauen. Außerdem haben die Frauen ein Kochbuch zusammengestellt, in dem sie mit Fotos erscheinen sollen. 3-4 Frauen haben angefangen zu arbeiten. Hierdurch ändert sich auch das Gefüge in den Familien. Und die Frauen nehmen langsam den öffentlichen Raum ein, indem sie z.B. den Teegarten alleine ohne ihre Familien betreiben. Die Aktivitäten haben dazu beigetragen, dass der im Stadtteil sehr selten genutzte Teegarten als Ort der nachbarschaftlichen Begegnung und des interkulturellen Austausches wieder entdeckt und belebt wurde. Neben der Gründung des Teegartenbeirats, der über das umfangreiche Programm von Juni bis Oktober entscheidet und es entsprechend gestaltet, wurde dort ein professioneller Steinbackofen installiert, der unter anderem zur "Hainholzer-Brot" Produktion und für weitere Projektaktivitäten nachhaltig genutzt wird.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Ökologische Themen werden immer wieder thematisiert, aber die Umsetzung ist sehr schwierig. Das eine ist, was sie hören, aber ob sie auch umsetzen, ist eine andere Sache. Manche Sachen sitzen ganz tief und es dauert lange, bis Veränderungen, die z.B. den Umgang mit Ressourcen, wie Wasser oder Energie, betreffen. Auch Mülltrennung ist schwierig. In einigen Bereichen fällt es den Frauen leichter, z.B. beim Nähen achten die Frauen sehr darauf, ökologisch mit den Recyclingstoffen umzugehen und dass keine Stoffreste weggeschmissen werden. Beim Essen wird inzwischen sehr viel vegetarisch gekocht (nur noch ca. 25 Prozent mit Fleisch), hierdurch konnte der Fleischkonsum deutlich reduziert werden.</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Die Initiative versucht aufzuzeigen, dass sich geringe finanzielle Mittel und nachhaltiges Leben und Handeln nicht ausschließen.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Die Verstetigung ist eine große Herausforderung, da der Verein keine Sockelfinanzierung hat. Es braucht Räumlichkeiten und eine Koordinatorin. Im nächsten Jahr zieht das QM um, dann wird das Projekt im Stadtteil seine Räumlichkeiten verlieren. Das QM arbeitet derzeit an einem Antrag für eine Folgefinanzierung über das Programm Soziale Stadt.</p>
<p>förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Hemmende Faktoren: Der Verein hat keine Sockelfinanzierung und muss immer wieder neue Fördergelder akquirieren. Die Beantragung von Fördermitteln ist für den Verein ein langer bürokratischer Weg. („Die großen</p>

	<p>Organisationen und Verbände haben es leichter, die können das entsprechend verwalten, aber wir sind vor Ort und wissen, was die Leute bewegt.“)</p> <p>Förderliche Faktoren: Die Koordinatorin in Hainholz kommt aus dem Stadtteil und hat einen afrikanischem Hintergrund. Sie verfügt über gute Kontakte zur afrikanischen und zur türkischen Community. Die Unterstützung durch das QM ist für das Projekt sehr hilfreich.</p>
weitere Planung und weiterführende Ideen	<p>Die Initiative benötigt Räumlichkeiten und eine Begleitung in den sozial benachteiligten Quartieren. In Hainholz unterstützt das Quartiersmanagement die Aktivitäten, indem es die Frauen bei ganz praktischen Sachen unterstützt (wie z.B. Einholung einer Genehmigung beim Gesundheitsamt, Organisation der Lebensmittel) und durch Fragen nach Zielsetzungen Struktur rein bringt.</p> <p>Der Verein ist daran interessiert, das Humankapital der qualifizierten Frauen in den Stadtteilen zu halten und hierfür neue Finanzierungen zu finden.</p>
Ansprechpartner	<p>Anton Raynesh Migranten für Agenda 21 e.V. Telefon: 0162/24196102 E-Mail: mfa21@t-online.de</p> <p>Christina Glahn Quartiersmanagement Hannover Hainholz Telefon: 0511/60096632 E-Mail: Christina.Glahn@Hannover-Stadt.de</p>
durchgeführte Gespräche	<p>Telefoninterview mit Anton Raynesh, Migranten für Agenda 21 e.V., am 01.12.2016</p> <p>Telefoninterview mit Christina Glahn, Quartiersmanagement Hannover Hainholz, am 07.12.2016</p>
Quellen	<p>http://www.genuss-hannover.de/ http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Planen,-Bauen,-Wohnen/Stadterneuerung-F%C3%B6rderung/Sanierung-im-Programm-Soziale-Stadt/Sanierung-Hainholz</p>

Steckbrief: Stadtteilgarten Halle Glaucha

Der Stadtteilgarten und Umsonstladen in Halle-Glaucha sind Teilprojekte der Aufwertungsprozesse im Stadtumbaugebiete "Südliche Innenstadt".

Finanzierungsquelle	<p>2002-2013: Bund-Länderprogramm Stadtumbau Ost, 2008-2010 EFRE als Kofinanzierung der IBA Sachsen-Anhalt, 2009-2011: ExWoSt -Forschungsfeld "Eigentümerstandort-gemeinschaften im Stadtumbau";</p> <p>2011-2012: ExWoSt -Forschungsfeld "Jugendliche im Stadtquartier mit dem Modellvorhaben "Jugend belebt Leerstand"</p> <p>2013-2016: ExWoSt -Forschungsfeld "Jugend. Stadt. Labor"</p>
Hintergründe Quartier	<p>Halle-Glaucha ist in weiten Teilen ein typisches Gründerzeitquartier mit geschlossener Blockrandbebauung. Im nördlichen und südlichen Teil ist diese Quartiersstruktur durch Plattenbauten unterbrochen. Es gehört zum Stadtviertel "Südliche Innenstadt" und seit 2002 zum gleichnamigen Stadtumbaugebiet ohne zunächst Schwerpunkt der Investitionstätigkeit zu sein. 1989 hatte Glaucha ca. 4.200 Einwohnern, seit den ersten Erfolgen des Sicherungs- und Sanierungsprogramm zeichnet sich seit 2010 eine Trendwende ab. Seitdem ziehe junge Leute (18 bis unter 30 Jahre) und auch Familien (Altersgruppen 0 bis unter sechs, sechs bis unter 18 Jahren) zu. Die Typischen Zuwanderer sind jung, mit hohem Bildungsabschluss, erwerbstätig und mit höherem Einkommen³⁹. Die Tendenz ist weiterhin steigend.⁴⁰</p> <p>Das gründerzeitliche Glaucha hatte historisch betrachtet, bereits seit seinem Entstehen mit einem schlechten Ruf als Arbeiterquartier zu kämpfen. Insbesondere die Plattenbauten wurden in den 1980er Jahren als Vorzeigequartier teilsaniert. Fast 70 Prozent der Gebäude befinden sich in Privatbesitz. Die Grundstücke waren nicht enteignet, sondern standen lediglich unter staatlicher Verwaltung. In der Folge wurden die Sanierungskosten in die Grundbücher eingetragen und mussten von den Alteigentümern übernommen werden. Zur Zeit der Wende war das Quartier baulich eher untypisch unauffällig. Allerdings fehlten Spielplätze, Grünflächen und Treffpunkte.</p> <p>In der Nachwendezeit entmischte sich das Quartier, die Mittelschicht zog in andere Wohnquartiere, zurück blieben vor allem sozial schwächere Schichten. 30 Prozent der Wohnungen standen leer, 50 Prozent der Gebäude waren unsaniert vor allem große gründerzeitliche Eckgebäude an verkehrsstarken Straßen und 20 Prozent vom Verfall bedroht. Der Verfall der Bausubstanz war augenfällig, die Vernachlässigung auch des öffentlichen Raums wurde durch Vandalismus noch verstärkt, was ab 2007 zu einer Investitionsoffensive führte. Umgesetzt wurde zwischen 2008 und 2012 eine kleinteilige Stadtumbaustrategie, die Ansprache und Beratung von Eigentümern durch einen eigens dafür eingesetzten externen Moderator mit Anreizen der baulichen Grundsicherung aus Mitteln der Städ-</p>

39 Stadt Halle, Der Oberbürgermeister (Hrsg): Der Glaucha-Effekt - Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluierung, ohne Jahr

40 Aussage Dr. Steffen Fliegner, Telefonat am 31.01.2017

	<p>tebauförderung und Projekten zur Imageverbesserung mittels Kunst und Kultur als Instrument der Stadtentwicklung verband. In Gang gesetzt wurde ein Aufwertungsprozess zunächst unter Schrumpfungsbedingungen, 2009 hatte empirica in einem Wohnungsmarktkonzept noch den teilweisen Abriss des Quartiers vorgeschlagen. Netzwerkarbeit und Kommunikation banden darüber hinaus auch Projekte und Ideen kreativer Studenten und Bürger ein.</p>
<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>2008 wurden erstmals die Entdeckertage "Offenes Glaucha" durchgeführt, die die Bürgerinnen und Bürger in leerstehende Häuser und Läden einluden. Sie stellten den Auftakt der Vernetzung von Bewohnern, Initiativen und Eigentümern dar. Als eine Folge davon siedelte sich der studentisch getragene Verein Postkult e. V.⁴¹ zunächst in einem Eckladen, später noch in einem weiteren Laden an, um Freiräume zu nutzen und damit zugleich künstlerisch-kreative Stadtteilarbeit zu leisten.</p> <p>Der Stadtgarten Glaucha entstand im Rahmen eines internationalen Workcamps 2009 unter dem Titel "Ein Garten für Glaucha" mit Teilnehmenden aus Griechenland, Mazedonien, Italien, Spanien und Deutschland sowie Anwohnern. Angebaut werden Gemüse, Obst und Blumen. Auf der großen Freifläche befindet sich eine bunte Wiese, die zur Erholung und für Veranstaltungen innerhalb des Viertels genutzt wird, wie z. B: von Flohmärkten oder Kletteraktionen, Kunst und (Flohmarkt-) Kramel bis Theater, Kreativbasare, Frühlings-, Herbst- und Weihnachtsmärkte. Ferner werden zeitlich befristete kulturelle Projekte durchgeführt, wie Fête de la Musique oder Kulturvagabunde.</p> <p>Die Freiflächen sollte im Sinne des urban gardenings zu einem Stadtgarten werden. Voraussetzung dazu war, die Ermittlung der Eigentümergemeinschaft und das Aushandeln eines Kooperationsvertrags 2009. Inzwischen hat ein Rechtsanwalt das Grundstück übernommen. Mit Postkult gibt es einen Pachtvertrag mit halbjährlicher Kündigungsfrist, was eine gewisse Unsicherheit darstellt.</p> <p>Für Gartenflächen zwischen 4 und 20 m² werden sogenannte Beetpartnerschaften ohne Entgelt vergeben. Dort werden Obst, Gemüse, Kräuter und Blumen angebaut. Auf der restlichen Fläche befinden sich eine Wiese und ein Gartenteich als Erholungsraum und Veranstaltungsort für das Quartier.</p> <p>Nachdem das Umweltamt über die Presse erfuhr, dass auf dem Gelände u. a. ein Spielplatz entstehen sollte, fanden Untersuchungen statt und es wurden tatsächlich Bodenkontaminationen gefunden. Der Stadthof spendete Mutterboden, womit ca. die Hälfte der Fläche durch Aufbringen sauberen Mutterbodens abgedeckt und unschädlich gemacht werden konnte. Die übrige Fläche musste versiegelt werden.</p> <p>Ein Umsonstladen, der aus der Initiative von vier älteren Frauen entstand, eröffnete 2009 im Kiosk Pinguin. Die Idee war so einfach wie überzeugend; wer Dinge hat, die nicht mehr gebraucht werden und zum Wegwerfen zu schade sind, gibt sie im Umsonstladen ab, wo Anderes</p>

41 Der Verein Postkult hatte sich bereits vorher gegründet, um ein leerstehendes ehemaliges Postamt mit kulturellem Leben zu revitalisieren. Der Verein kaufte das Gebäude trotz günstiger Konditionen nicht und musste es schließlich wieder räumen. Mit Unterstützung der Stadt war der Verein daher auf der Suche nach anderen Räumlichkeiten.

	<p>vielleicht Gefallen daran findet. So wechseln Gegenstände den Besitzer/ die Besitzerin, die sonst vielleicht weggeworfen bzw. neu gekauft werden müssten. Das spart Geld und Material. Der Umsonstladen musste in Folge von Sanierungsmaßnahmen mehrfach umziehen. Inzwischen hat er eine langfristige Bleibe am Böllberger Weg gefunden.</p> <p>Das Nachbargrundstück des Stadtgartens Torstraße 31 der Böllberger Weg 5 konnte 2011 durch Vermittlung des Eigentümermoderators und mit Hilfe privater Darlehnsgeber mit dem ältesten Haus der Straße für 15.000 Euro erworben. Unter dem Titel "Stadthof-Glauchau" werden das alte Gebäude und Gelände sukzessiv mit Jugendlichen und Interessierten im kreativen Prozess entwickelt. Im Sinne einer Stadtentwicklung von unten bietet sich hier die Chance, sich nachhaltig und tatkräftig in Stadtentwicklung einzumischen und das eigene Lebensumfeld selbst zu gestalten.</p>
Ziele	<p>Aktives Zusammenleben und Integration, Schaffung von Aufenthalts- und Treffmöglichkeiten, Vernetzung der Bewohner und Bewohnerinnen Ermöglichung von Betätigungen in der Natur Gesundheit und Ernährung,</p>
Akteure und Kooperationspartner	<p>Postkult E. V., Umsonstladen, Quartiersmanagement, Bauhof, Stadt Halle</p>
übergeordnete Konzepte	<p>Integriertes Stadtentwicklungskonzept Südliche Innenstadt</p>
Herausforderungen	<p>Ansprache der sozial Benachteiligten, Überwindung eigentumsrechtlicher, baurechtlicher Probleme</p>
Potenzial	<p>Leerstand und Brachen, Ideen der Studierenden in Postkult e. V. Erfahrungen und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere auch Spätaussiedlern</p>
bisherige Ergebnisse:	<p>Die Ansprache der benachteiligten Schichten ist gelungen, wobei insbesondere Kinder als Mittler gewirkt haben und Kunstaktionen auch ein breiteres Publikum angezogen haben. Z.B. hat ein Fotograf Menschen im Quartier fotografiert und auf große Leinwände gezogen und im Stadtraum ausgestellt, das war Grund zum Zusammentreffen unterschiedlicher Menschen.</p> <p>Der Stadtgarten hat sich als multifunktionale Infrastruktur in Glaucha etabliert. Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der IBA 2010 haben die Themen Gentrifizierung und Verdrängungsängste aufgenommen und zur Akzeptanz der Sanierungsarbeiten beigetragen.</p>
neue Kooperationsstrukturen	<p>Postkult e. V. ist in der kulturellen Szene gut vernetzt, weitere neue Kooperationsformen sind nicht bekannt.</p>
Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen	<p>Aktivierung und Empowerment werden über zwei Schienen geleistet: einerseits durch die Angebote zum Gärtnern, zum Selbstanbau gesunden Gemüses, zum Treffen und Austausch. Andererseits durch vielfältige Angebote wie Frühlings- und Sommerfeste oder Weihnachtsmärkte, an denen sich Interessierte mit Selbstgemacht, -gebasteltem oder auch Aktionen beteiligen können. Beteiligung an der Planung und Umsetzung des Stadthofs im Sinne einer Stadtentwicklung von unten adressiert ebenfalls an Jugendliche und andere Interessierte.</p>

<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Stadtgarten, Stadthof und Umsonstladen sind etablierte, langfristige Angebote im Quartier, die die Lücken in grüner und sozialer Infrastruktur schließen. Sie eröffnen benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern die Chance zur Teilhabe und fördern nachhaltige Verhaltensweisen.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Zentrale Fragen betrafen ökologische Aspekte und gesundes Leben, Vermittlung durch Gärtnern, das kann jeder und es gemeinsam zu tun, verbindet. Mit dem Umsonstladen, der sehr gut angenommen wird, werden Anstöße zur Müllreduzierung und Wiederverwendung von Utensilien gegeben</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Umsonstladen sowie die Aufwertung des Wohnumfeldes durch gärtnerische bzw. freiraumgestalterische Maßnahmen unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner bilden mit der Verbesserung der Lebenssituation von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen Synergien.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Bisher durch das Vorhandensein von Ermöglichern/Unterstützern in der Verwaltung, die Unterstützung durch den Eigentümermoderator, eine kleinere Initialförderung durch Stiftung & Ertomis. Risiko ist die fehlende Grundfinanzierung, die eine Fortführung und Professionalisierung erschweren.</p>
<p>förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Hemmende Faktoren: kontaminierter Boden, gelöst durch Spende sauberen Mutterbodens vom Bauhof; bauordnungsrechtliche Regelung: Sicherung vor einsturzgefährdeter Giebelwand durch Festlegung eines 2m-Streifens, der nicht begehbar ist. Fehlende Finanzierung: nach Auslaufen der Förderung ist die Fortführung des Projekts auf die weitere Nutzungsmöglichkeit des Grundstücks sowie auf Spenden und ggf. Einnahmen angewiesen.</p>
<p>Ansprechpartner</p>	<p>Dr. Steffen Fliegner Stadt Halle Telefon: 0345/82214741 E-Mail: steffen.fliegner@halle.de</p> <p>Gernot Lindemann Eigentümermoderator Telefon: 0171/5362639 E-Mail: gernot.lindemann@gmx.de</p> <p>Andreas Howiller ehemaliger Aktivist Postkult e. V. Telefon: 0176/61511222 oder 0341/9601530</p>
<p>durchgeführte Gespräche</p>	<p>Telefoninterview mit Dr. Steffen Fliegner, Stadtverwaltung Halle, am 06.12.2016 Telefoninterview mit Gernot Lindemann, dem Eigentümermoderator, am 20.12.2016 Telefoninterview mit Andreas Howiller, ehemaliger Postkult-Aktivist am 05.01.2017.</p>

Quellen	<p>http://www.postkult.de/projekte/ein-garten-fur-glauch/ http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/IBA-Stadtumbau-2010/Standort-3-Glauch/ http://www.halle.de/push.aspx?s=downloads/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/IBA-Stadtumbau-2010//Standort-3-Glauch/iba_bilanz_glauch.pdf http://www.halle.de/push.aspx?s=downloads/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/IBA-Stadtumbau-2010//Standort-3-Glauch/glauch_studie.pdf http://www.halle.de/de/Verwaltung/Online-Angebote/Veroeffentlichungen/?RecID=497 http://www.zsh-online.de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen/4-berichte-und-dokumentationen/261</p>
----------------	--

Steckbrief: Stadtteilgarten Jena-Winzerla

Das Projekt fokussiert auf den Stadtteilgarten Winzerla als ein Teilprojekt des Soziale Stadt-Gebiets Winzerla, das sich in dem sich wandelnden Stadtviertel an alle an Gärtnern und gemeinsamen Aktionen Interessierte im Quartier wendet.

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>2003 - 2019: Bund-Länderprogramm Soziale Stadt 2011 - 2013: BIWAQ 2014 - 2016: Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW), ESF-Programm Tizian vier mit Adressaten langzeitarbeitslose Alleinerziehende, seit Herbst 2016 zusätzlich ELLi, Projekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit vier Mikroprojekten, eines davon ist der Stadtteilgarten, Landschaftsbau Kaselitz (Rindenmulch und Pflanzen) Spende Waldkindergarten Winzerla, Spende der Wasserwerke und Naturspenden von Bürgerinnen und Bürgern.</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Winzerla ist nach Jena Lobeda die zweitgrößte Plattensiedlung Jenas, entstanden seit 1969, im Wesentlichen durch Gebäude der 1970er und 1980er Jahre in vier- bis fünfgeschossiger Bauweise geprägt, ergänzende Bebauung aus den 1990er Jahren. Gute Ausstattung mit sozialer Infrastruktur, fehlendes Zentrum und mangelnde Freiraumplanung. Starke Hanglage beeinträchtigt die Barrierefreiheit. 2008 lebten noch knapp 12.000 EW in Winzerla und damit rd. 20 Prozent weniger als noch 1996. Vom jungen Familienstandort wandelt sich das Quartier sukzessive zu einem älteren Stadtteil, eine Entmischung wird befürchtet, die soziale Situation stellt sich im Vergleich etwas schlechter als der gesamtstädtische Durchschnitt dar. 10 Prozent der Einwohner beziehen Transfereinkommen (8 Prozent stadtweit).</p>

<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>Stadtteilbüro seit 2001 zur Begleitung der Stadtentwicklung gefördert durch Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) bzw. Stärken vor Ort. Hintergrund des Projekts Stadtteilgarten ist eine zweitägige Veranstaltung der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung (AGETHUR) und der AOK Plus "Werkstatt Quartier - Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung" im Mai 2011 in Weimar. An dieser Veranstaltung hatten Mitarbeiter des Stadtteilbüros Winzerla und Studierende der Ernst Abbe Fachhochschule Jena (EAH) teilgenommen. In der Folge entstand die Idee eines Praxisprojekts der EAH zur Erprobung eines Stadtteilgartens. Im Fokus stand vor allem die Gemeinwesenarbeit und die Partizipation, Kernelemente betreffen Kultur, Bildung, Gesundheit, Erholung und Entspannung.</p> <p>Trotz großer Freiflächen war die Standortwahl nicht zuletzt aufgrund der Hanglage von Bedeutung, einer peripheren Fläche im direkten Übergang zur Landschaft wurde schließlich eine belebte Freifläche (Wiese), die Zwischen ÖPNV-Haltestelle und Wohngebiet eine Fußwegeverbindung darstellte, der Vorzug gegeben. Damit war die Bedingung an den Stadtteilgarten verbunden, eine öffentliche Durchwegung sicherzustellen. Dem Trägerverein des Stadtteilbüros (mittendrin e. V.) wurde die 1.600 m² große Fläche durch den Kommunalservice Jena (KSJ), der u. a. Grün- und Freiflächen unterhält, zur Nutzung auf Widerruf gegen Übernahme der Unterhaltspflege zur Verfügung gestellt (Konstrukt des Pflegevertrags). Vor Anlage des Stadtteilgartens befand sich auf dem Grundstück eine Wiese mit Baumbestand. Im Kündigungsfall wäre die Fläche innerhalb von einem Monat zu beräumen.</p> <p>Mit Mitteln der Sozialen Stadt wurden 2012 die Grundlagen für den Stadtgarten geschaffen, es wurden Zäune und Wege angelegt, ein Schuppen Lehmbackofen erstellt. Sukzessive Bepflanzung und Pflege ebenso wie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Festen wurden und werden durch Teilnehmer der verschiedenen Maßnahmen und Bewohnerinnen und Bewohnern getragen.</p>
<p>Ziele</p>	<p>Begegnungsort für Jung und Alt, Anbau von Obst und Gemüse zum eigenen Verzehr, kommunikatives zusammen Arbeiten und Leben, Nachbarschaften, Zusammenleben, Integration, aktive Mitgestaltung des Stadtteils, Einbindung von Schulen, Kitas, Jugendtreffs, Volkssolidarität etc.</p>
<p>Akteure und Kooperationspartner</p>	<p>Dezernat für Stadtentwicklung der Stadt Jena, Bildungsträger, Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW,) Stadtwerke, Kommunalservice Jena (KSJ) als Eigentümerin der Fläche, Kommunale Immobilien Jena (KIJ) als Träger einer benachbarten Baumaßnahme, Initiative Essbare Stadt, Volkssolidarität, Waldkindergarten, ELLi - Projekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Ernst-Abbe-Hochschule sowie die Aufwertung des Wohnumfeldes durch gärtnerische bzw. freiraumgestalterische Maßnahmen unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner</p>

<p>übergeordnete Konzepte</p>	<p>Eingebunden ist das Projekt Stadtteilgarten über das QM Winzerla (Stadtteilbüro) in die Umsetzung von Stadtumbau und Soziale Stadt sowie der Initiative urban gardening. Die grundlegende Planung stellt das Integrierte Entwicklungskonzept Jena-Winzerla aus dem Jahr 2009 von Weeber Partner dar. Es befindet sich zurzeit in Überarbeitung, Akteure sind das QM, die Alten- und Sozialhilfe. Ziel ist die Beschlussfassung Ende 2017.</p> <p>2007/2008 entstand zudem ein Konzept zur sozialraumorientierten Gesundheitsförderung durch Zusammenarbeit von AOK, Jugendamt und Stadtteilbüro.</p>
<p>Herausforderungen</p>	<p>Entwicklung des Projekts Stadtteilgarten von der Idee über Planung bis zur Umsetzung; nicht alle Bürgerinnen und Bürger unterstützten die Idee des Stadtgartens, es mussten Widerstände ausgeräumt werden; Suche und Übertragung einer geeigneten Grundstücksfläche, Übertragung der laufende Pflege durch die KSJ, Sicherung der Wasserversorgung über Stadtwerke; Verhandlung der Nachbarschaftsrechte bei einer benachbarten Baumaßnahme; die zum Abbruch des Lehmbackofens führte, Organisation der Ersatzbaumaßnahme und die langfristige Sicherung der Finanzierung.</p>
<p>Potenzial</p>	<p>Großer Bestand an ungestalteten Frei- und Abstandsflächen, anhaltendes Engagement der EAH durch einen engagierten Professor, größer werdende Gruppe älterer Singles mit Wunsch nach Begegnung Betätigung und sozialen Kontakten.</p>
<p>bisherige Ergebnisse:</p>	<p>Stadtteilgarten mit diversen Hochbeeten, einer gemeinsamen Kräuterspirale sowie einem Kartoffelbeet hat sich etabliert. Die Gärtnergruppe erledigt alle notwendigen Arbeiten, z.B. Abholen von Saat- und Pflanzenspenden, Pflanzen von Hecken, Setzen von Zäunen, Gießen in den Sommermonaten, Reparaturen von Werkzeugen etc. Der Stadtteilgarten führte von Beginn an Menschen aus Beschäftigungsmaßnahmen und Bürgerinnen und Bürgern zusammen. In der ersten Gartensaison waren es 12 bis 16 Menschen über BIWAQ, von denen ein Kern von ca. fünf Menschen noch aktiv ist, von dem einige auch im Wohngebiet wohnen. Tizian läuft sehr gut, darüber kommen rd. fünf Menschen pro Jahr, die für einen Tag pro Woche aktiv in der Unterhaltung und Pflege des Gartens eingebunden sind. Die Möglichkeit dieser Betätigung hat bei einigen dazu geführt, auch private Zeit für die Pflege zusätzlich aufzubringen. Zu ELLi ist zu berichten, dass nach einem Aktionstag zur Herstellung eines Hochbeets im Herbst 2017 mit insgesamt 12 Teilnehmern – vier davon mit Migrationshintergrund – und spezieller Ansprache dieser Gruppe und Geflüchteten generell sich fünf Geflüchtete für die Pflege der Hochbeete gefunden haben.</p>
<p>neue Kooperationsstrukturen</p>	<p>Vernetzt mit mehreren Gartenprojekten z.B. auch in Jena mit dem Volksgarten Lobeda, Initiative Essbare Stadt sowie mit Kinder- und Jugendeinrichtungen, z.B. Waldkindergarten, Grundschule.</p> <p>Verstetigung der Kooperation mit der EAH über einen Professor, der über Methoden der sozialen Arbeit lehrt und regelmäßig – auch aufgrund eigenen Engagements für nachhaltige Landwirtschaften – Studierende mit Arbeiten im Zusammenhang mit dem Stadtteilgarten betraut.</p>

<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Aktivierung sozial Benachteiligter ist eng begrenzt auf die Gruppe der langzeitarbeitslosen Alleinerziehenden (Mütter), pro Jahr etwa sechs bis acht. Darüber hinaus ist eine Gruppe von ca. 15 ständigen Gärtnerinnen und Gärtnern aktiv, unterstützt durch rd. zehn temporär einspringende Helferinnen und Helfer aus dem Freundes- und Familienkreis. Aktuell befindet sich das Projekt ELLi in der Vorbereitungsphase, für Geflüchtete wurden unter Mitwirkung von rd. fünf Geflüchteten zusätzliche drei Hochbeete angelegt, die ab Frühjahr bewirtschaftet werden können. Weitere Ansprache über mehrsprachige Flyer und Sozialarbeiterin (Flüchtlingsbeauftragte Winzerla). Das Gartenprojekt ist zudem in das Arbeitsprofil des QM mit einer Wochenarbeitszeit von 5 Std. aufgenommen worden.</p>
<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Gesundheit und Ernährung, regelmäßige Workshops und Kräuterwanderungen, Bewusstseinschärfung, Befähigung zur Selbsthilfe, Anreize zur Bewegung in freier Luft</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Anreize werden gegeben, punktuelle Veränderungen bemerkt, z.B. Weitergabe von Gartengeräten, Sämereien, Pflanzen etc., eine weitergehende Einschätzung ist durch die Interviewpartner nicht möglich.</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Stadtteilgärten bzw. urban gardening werden als Freiräume verstanden, die gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern gestaltet, erhalten und gepflegt werden. Damit ermöglichen sie Teilhabe und sind soziale Treffpunkte. Sie sind Alternativen zu versiegelten und ungestalteten Freiflächen, leisten einen Beitrag zur Biodiversität, besseres Klima und mehr Lebensqualität.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Durch Aufnahme in die Arbeitsplatzbeschreibung des QM, durch Entstehung einer festen Gärtnergruppe, die arbeitsteilig notwendige Arbeiten übernimmt, durch regelmäßige Unterstützung durch Studierende (ca. 2 bis 6 pro Jahr)</p>
<p>förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Fördernd: Anschubfinanzierung in Höhe von 10.000 Euro aus Soziale Stadt Mitteln für Zaun, Hecke, Geräteschuppen, Lehmbackofen und Anlage von Hochbeeten; Spenden. Hemmend: bürokratische Verfahren der Beantragung und Aushandlung der Grundstücksnutzung; fehlende Grundfinanzierung;</p>
<p>weitere Planung und weiterführende Ideen</p>	<p>Kontaktaufnahme zur Stiftungsgemeinschaft Anstiftung und Ertomis mit Sitz in München, um finanzielle Unterstützung für den Stadtteilgarten zu erhalten; Einbindung von Geflüchteten über ELLi (s. o.), Erweiterung des Gartens auf das benachbart entstandene Studierendenwohnheim durch zwei weitere Hochbeete, Einwerbung von Spenden über regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung in der Stadtteilzeitung, besonderes Problem sind die hohen Wasserkosten, zurzeit noch durch eine Spende der Stadtwerke abgesichert.</p>

Ansprechpartner	<p>Markus Meß Telefon: 03641/354570 E-Mail: info@winzerla.com</p> <p>Frau Hirschleber (LA 21/Nachhaltigkeit) Telefon: 03641/495206</p> <p>urban gardening Telefon: 0361/37799932</p>
durchgeführte Gespräche	<p>Telefoninterview mit Markus Meß, Quartiersmanager, am 02.01.2017</p>
Quellen	<p>Stadt Jena, Stadtentwicklung, Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung,; Weeber+Partner Institut für Stadtplanung und Sozialforschung: Integriertes Entwicklungskonzept Jean-Winzerla - Programmgebiet der Sozialen Stadt, 2009</p> <p>EAH Jena, Fachbereich Soziale Arbeit: Stadtteilgarten Winzerla, Ein Praxisprojekt im Bereich der stadtteilbezogenen Sozialarbeit, Studentinnenarbeit in Zusammenarbeit mit des Stadtteilbüro Winzerla, 2012</p> <p>http://anstiftung.de/</p> <p>http://www.winzerla.com/wordpress/stadtteilburo/blog-2/</p> <p>www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1674.pdf</p> <p>http://www.winzerla.com/wordpress/stadtteil/geschichte/</p>

Steckbrief: Hallo Nachbar in Köln-Mühlheim

Das Projekt „Hallo Nachbar, danke schön“ wurde zwischen 2009 und 2014 in Köln-Mühlheim mit dem Ziel durchgeführt, die Vermüllung im öffentlichen Raum zu reduzieren, indem die Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil und das Verantwortungsbewusstsein für ihr Lebensumfeld erhöht werden.

Finanzierungsquelle	2009-2014: Soziale Stadt in Köln Mühlheim, kommunale Eigenmittel, Mittel der Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH (AWB) Ab 2017: Nachfolgeprojekt im angrenzenden Gebiet (Starke Veedel – Starkes Köln, Sozialraumgebiet Mühlheim Nord – Keupstraße), EFRE-Fördergebiet in der Förderperiode 2014-2020
Hintergründe Quartier	Das Quartier wurde aufgrund seiner sozialen Problemlagen für das Projekt ausgewählt. Das Gebiet war außerdem durch eine hohe Vermüllung, hohe Umweltbelastungen und wenig Grünflächen gekennzeichnet.
Entstehungshintergrund	Die Idee zu dem Projekt entstand im Jahr 2006. Der damalige Bürgermeister hatte den Schwerpunkt auf den Bereich Sauberkeit in der Stadt gelegt. Das Umweltamt erhielt in dieser Zeit den Auftrag, sich gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH (AWB) mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Die zuständige Mitarbeiterin im Umweltamt wollte dabei dem Zusammenhang von auffälliger Sozialstruktur und hoher Vermüllung auf den Grund gehen. In Abstimmung mit den Kollegen aus dem Stadtentwicklungsamt wählte sie hierzu das Gebiet Mühlheim Nord für das Projekt aus.
Ziele	Ziel des Projektes war es, die Sauberkeit im Quartier zu verbessern und dabei den Ursachen auf den Grund zu gehen, indem die Menschen im Quartier für ihre Umgebung interessiert und aktiviert werden. Die Nachbarschaft sollte durch eine stärkere Teilhabe der Menschen gestärkt und die Gleichgültigkeit abgebaut werden. Ziel war es, im ersten Schritt das Bewusstsein und im zweiten Schritt das Verhalten zu verändern.
Akteure und Kooperationspartner	Umweltamt, Stadtentwicklungsamt, Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB), örtliche Sozialraumkoordinatorin, Nachbarschaftsverein Köln Mühlheim Nord e.V., Polizei, weitere Einrichtungen und Initiativen aus dem Stadtteil Weitere Kooperationspartner: Grünflächenamt, Ordnungsamt, Straßen- und Verkehrsamt
übergeordnete Konzepte	Integriertes Handlungskonzept Mühlheim 2020 Das Konzept wurde parallel zur Antragstellung geschrieben und das Projekt fand Eingang in das IHK. Das Nachfolgeprojekt wurde im Gesamtkonzept „Starke Veedel – starkes Köln“ für die Umsetzung in mehreren Sozialräumen aufgenommen. Für die einzelnen Sozialräume werden jeweils IHK erstellt.
Herausforderungen	In dem Gebiet gibt es fast kein Grün und große soziale Problemlagen. Die Identifikation der Menschen mit dem Stadtteil und das Verantwortungsbewusstsein für das Lebensumfeld sind nach Einschätzung des Umweltamts geringer als in anderen Stadtteilen. Im Vergleich zu anderen Gebieten ist das Gebiet durch ein hohes Maß an Vandalismus, Verwahrlosung und ein überdurchschnittliches Müllaufkommen geprägt.

<p>Potenzial</p>	<p>Die Mehrheit der Anwohnerschaft wünscht sich ein sauberes, gepflegtes und sicheres Wohnumfeld. Es gilt diese (sich subjektiv als Minderheit wahrnehmende) „schweigende Mehrheit“ zu mobilisieren. Die Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner an der Pflege ihres Lebensumfeldes und ihre Identifikation mit diesem stehen in einem positiven Wechselverhältnis zueinander.</p>
<p>bisherige Ergebnisse</p>	<p>Ergebnisse von Anwohnerbefragungen zeigen, dass die Sauberkeit zum Zeitpunkt des Projektendes (2014) besser bewertet wurde als zu Beginn (2009). Messergebnisse der AWB kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass sich die Sauberkeit im Gebiet im Projektzeitraum verbessert hat.</p>
<p>neue Kooperationsstrukturen</p>	<p>Im Rahmen des Projekts wurde ein interdisziplinäres Projektteam gebildet. Zu Beginn waren es ungefähr 15 Personen, später 35 bis 45 Personen, darunter Multiplikatoren, Hausbesitzer (die waren schwierig zu erreichen) sowie Bewohnerinnen und Bewohner. Zu Beginn traf sich das Team alle 2-3 Monate, später dann seltener.</p>
<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Der Ansatz des Projektes bestand darin, dass die Veränderung nur durch die Menschen im Quartier hervorgerufen werden kann. („Ohne bürgerschaftliches Engagement funktioniert Gemeinwesen nicht.“) Im Zuge der Umsetzung wurde daher so verfahren, dass nur etwas gemacht wurde, wenn Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Quartier mitmachen. Einige haben von sich aus angefangen, Baumscheiben zu pflegen und zu fegen.</p> <p>Mit Hilfe von eigens ausgesuchten Ansprechpartnerinnen und -partnern vor Ort wurden Leute aus dem Quartier angesprochen und dazu aktiviert mitzumachen. Nachdem erste Kontakte zu den Menschen im Quartier bestanden, wurde zudem einer Bürgerkontaktstelle eingerichtet.</p> <p>In dem Nachbarschaftsverein, in dem vor allem Menschen mit höherem Bildungsstand engagiert waren, haben die Menschen gelernt, dass man auf andere Menschen zugehen und ins Gespräch kommen muss, um etwas zu bewegen.</p>
<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Nach Projektende waren ein höherer Wohlfühlfaktor und eine höhere Bereitschaft, sich zu engagieren, feststellbar.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Das Müllaufkommen wurde regelmäßig gemessen und hat sich messbar reduziert. Auch 2015 ist es noch weiter gesunken, 2016 gab es eine leichte Verschlechterung, da die Strukturen nicht mehr da waren, es aber einer weiteren Unterstützung bedarf.</p> <p>In der zweiten Bürgerbefragung gaben viele Passanten an, ihr Abfallverhalten geändert zu haben (Abfalltrennung, Vermeidung von Plastik, Fegen vor Haustür, Nutzung von Hundekotbeuteln)</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Die Themen hängen eng miteinander zusammen. Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums ist ein Symptom für die sozial benachteiligte Lebenssituation und ein fehlendes Miteinander im Quartier.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Die Verstetigung soll mit Hilfe des Nachfolgeprojekts im angrenzenden Gebiet erfolgen. Es braucht es einen Ort und finanzielle Mittel, um die Akteure zusammenzubringen.</p>

<p>Förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Förderliche Faktoren: Es wurden zwei Ansprechpartnerinnen im Gebiet eingesetzt, die mit den Menschen bei Festen und auf der Straße ins Gespräch kamen und Hausbesuche durchführten. Eine der Ansprechpartnerinnen kam aus dem Gebiet, die andere hatte einen Migrationshintergrund. Es wurde bewusst versucht, die Sprache der Leute aufzugreifen. Kommunikation ist der Schlüssel und der wesentliche Faktor.</p> <p>Hemmende Faktoren: Die Kooperation zwischen dem Umweltamt und dem Stadtentwicklungsamt war aufgrund von starkem Ressortdenken teilweise schwierig. Außerdem führten die Förderbedingungen zu Einschränkungen in der Umsetzung.</p> <p>Zudem war es nach Einschätzung des Umweltamts schwierig, in Kooperation mit anderen Akteuren Sanktionen konsequent umzusetzen und die Regeln klar zu machen. Hier hätte sich das Umweltamt eine stärkere Unterstützung z.B. vom Ordnungsamt und der Bauaufsicht gewünscht.</p>
<p>weitere Planung und weiterführende Ideen</p>	<p>Das Nachfolgeprojekt wurde nun von Beginn an als gemeinsames Kooperationsprojekt vom Stadtentwicklungs- und Umweltamt definiert. Es bräuchte mehr Schlüsselpersonen, die im Interesse des Quartiers handeln.</p>
<p>Ansprechpartner</p>	<p>Sabine Müller Stadt Köln, Umwelt- und Verbraucherschutzamt Telefon: 0221/221-24697 E-Mail: sabine.mueller3@stadt-koeln.de</p> <p>Maria Fichte Sozialraumkoordination Mülheim-Nord / Keupstraße Telefon: 0221/6470946 E-Mail: maria.fichte@csh-koeln.de</p>
<p>durchgeführte Gespräche</p>	<p>Sabine Müller, Projektleitung "Hallo Nachbar, danke schön", Stadt Köln - Die Oberbürgermeisterin, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Telefoninterview am 29.11.2016</p> <p>Maria Fichte, Sozialraumkoordination Mülheim-Nord / Keupstraße der Stadt Köln, Telefoninterview am 14.12.2016</p>
<p>Quellen</p>	<p>Umwelt- und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln / INFA-ISFM e. V. / AWB (2014): Förderung des Bürgerengagements für mehr Sauberkeit, Lebensqualität und Wirtschaftskraft im Umfeld des Marktplatzes und Bürgerparks Berliner Straße „Hallo Nachbar, DANKE SCHÖN“, Bericht über ein Pilotprojekt in Köln-Mühlheim 2009-2014. http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/umwelt-tiere/initiative-hallo-nachbar</p>

Steckbrief: Nachbarschaftsgarten Strausberg

Betrachtet wird der Aufbau eines Nachbarschaftsgartens im Soziale-Stadt-Gebiet Hegermühle (Teil von Strausberg bei Berlin)

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>Ausschließlich Soziale Stadt – von September 2016 bis Dezember 2018 23.000€ für das „Kümmererteam“ und für Investitionen wie ein Zaun und eine Wasserleitung. Ebenso wurden die Mittel für ein vorgelagertes Beteiligungsverfahren eingesetzt. Die Gesamtförderung für das Quartier erfolgt bis 2025.</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Das Wohngebiet Hegermühle entstand vor ca. 30 Jahren und beinhaltet drei ringförmig ausgebaute Wohnstraßen mit sechsgeschossigen Blockbauten. Daran angrenzend liegt ein Wohngebiet mit kleinteiliger Bebauung aus Ein- und Zweifamilienhäusern. Das Wohngebiet ist durch einen hohen Anteil von Personen, die von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, geprägt. Das Wohngebiet liegt in einer idyllischen Lage mit vielen Grün- und Freiflächen, es fehlen aber Begegnungsräume im Quartier, was zu einer zunehmenden Isolation, besonders der älteren Bewohnerinnen und Bewohner führt. Auch durch den Zuzug von Familien mit Migrationshintergrund besteht die Notwendigkeit des gegenseitigen Kennenlernens und einer gemeinsamen Begegnungsstätte. Im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ wurde ein Quartiersmanagement implementiert, welches zur Förderung einer guten und lebendigen Nachbarschaft beitragen soll.</p>
<p>Entstehungs-hintergrund</p>	<p>Entstanden ist die Idee eines Gemeinschaftsgartens aus der Kooperation des Landesamts und der Stadt. Das Projekt wurde also von oben implementiert und dann in einem Beteiligungsprozess gemeinsam mit dem QM umgesetzt. Eine eigenständige Entwicklung von unten wäre so gut wie ausgeschlossen gewesen. Vor allem ältere Menschen, sozial benachteiligte Personen und Flüchtlinge im Quartier haben trotz vieler Naturflächen in näherer Umgebung keinen eigenen Garten. Es besteht großes Interesse an Privat- und Stadtgrün, weswegen die Idee eines Nachbarschaftsgartens sehr positiv aufgenommen wurde. Dieser wurde auf der Fläche des ehemaligen Schulgartens (2.000m²) eingerichtet und soll nun zu einem „grünen Ort der Nachbarschaft“ entwickelt werden. Eröffnet wurde der Garten am 21.05.2016.</p>
<p>Ziele</p>	<p>Schaffung von neuen Zugängen zu naturnahen Flächen zur Erholung und Begegnung, Aktivierung unterschiedlicher Bewohnergruppen und nachbarschaftlicher Austausch. Der Garten soll sich auch als Ausgangspunkt weiterer gemeinschaftlicher Aktivitäten entwickeln und zur Förderung der psychischen und physischen Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen. Hierdurch soll auch die Außenwirkung des Quartiers verbessert werden. Zudem zielen die Aktivitäten auf eine Verbesserung der Integration von Flüchtlingen ab und die Themen Natur und Ernährung sollen veranschaulicht werden.</p>

<p>Herausforderungen</p>	<p>Der Garten zeigt grundlegende Probleme im Quartier auf. Es besteht eine grundlegende Schwierigkeit bildungsferne Bevölkerungsgruppen mit den Angeboten zu erreichen und diese einzubinden. Auch treten Vorbehalte gegenüber Geflüchteten zum Vorschein. Die Beteiligung „so vieler“ Migrantinnen und Migranten wird kritisiert. „Der Garten ist nur für die Syrer“ und Beschwerden über Grillen im Sommer – Gleichzeitig ist jedoch der Austausch im Projekt zwischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten sehr gut und die Hoffnung besteht, dass ein weiterer Austausch mit den Anwohnern zu mehr Akzeptanz und Toleranz führen wird</p>
<p>Potenzial</p>	<p>Die Hoffnung besteht, dass sich das Projekt nach Auslaufen der Förderung selbst trägt. Zurzeit wird das Projekt von einem „Kümmererteam“ betreut und soll perspektivisch an einen bestehenden Verein angebunden werden.</p> <p>Der Garten hat ein integratives Potenzial (Integration der Menschen mit Migrationshintergrund). Zudem besteht ein Potenzial für einen weiteren Ausbau der Kooperationen mit anderen Projekten und Akteuren im Gebiet. Es gibt viele weitere Ideen zum Ausbau des Gartens.</p> <p>In Hegermühle soll ein Bürgerzentrum gebaut werden (Wettbewerb in Planung) und in diesem Zusammenhang wird auch die Rolle des Nachbarschaftsgartens für das Wohngebiet ggf. an Bedeutung gewinnen.</p>
<p>bisherige Ergebnisse</p>	<p>Die Entwicklung des Gartens funktioniert sehr gut, es gibt ein festes Gärtnerteam aus ca. 20 Familien (davon sind über 50 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund).</p> <p>Nach dem ersten Projektjahr zeigen sich bereits einige Ergebnisse. Das Projekt verselbstständigt sich in Form des „Kümmererteams“. Es zeigt sich ein sehr positiver Effekt hinsichtlich der Inklusion der von Flüchtlingsfamilien, vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. – somit kam das Ziel des kulturellen Austausches hinzu. Das Kümmererteam organisiert regelmäßig Veranstaltungen wie bspw. Erntedankfest und Frühlingfest und Aktivitäten zum Thema Ernährung (Plätzchen ohne Zucker, Backen mit Vollkorn, ...), die gut im Quartier angenommen werden. Außerdem nutzen andere Projekte und Akteure aus Hegermühle den Nachbarschaftsgarten: bspw. für eine Sitzung des Quartiersrates oder „Lesen an der Feuerschale“ von „Hegermühle liest!“.</p>
<p>Akteure und Kooperationspartner</p>	<p>Quartiersmanagement Hegermühle, NABU Strausberg (kommen gerne zu den Veranstaltungen, nehmen auch aktiv daran Teil und es gibt und persönliche Beziehungen, lose Kooperation mit Hilfestellung bei spezifischen Fragen), Fachamtspatin Frau Scheffer (Grünflächen)</p>

<p>übergeordnete Konzepte</p>	<p>Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) für das Wohngebiet Hegermühle in Strausberg</p> <p>Handlungsfeld 6 – Öffentlicher Raum, Wohnumfeld und Ökologie nennt zwar Hauptthemen wie Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und die Erschließung von vorhandenen naturnahen Freizeitpotenzial als Entwicklungsziel, jedoch nicht den Stadtteilgarten explizit als Einzelmaßnahme</p> <p>Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Stadt Strausberg – dort vor allem Handlungsfelder: „Bürgermitwirkung, Stadtteilleben und soziale Integration“ und „Öffentlicher Raum, Wohnumfeld und Ökologie“</p> <p>Der Nachbarschaftsgarten wird nicht direkt erwähnt, aber die Ziele stimmen mit INSEK überein</p> <p>INSEK- Handlungsbedarf</p> <p>Erlangung des Prädikats „Staatlich anerkannter Erholungsort“</p> <p>Schutz und Erhalt der „grünen Potenziale“ der Stadt bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der weichen Standortfaktoren</p> <p>Unterstützung des breiten bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt</p>
<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Das Projekt ist, obwohl es „von oben“ initiiert wurde, sehr geprägt von den Ideen und Entscheidungen der Beteiligten, vor allem was die Umsetzung angeht.</p> <p>Die Beteiligung an dem Projekt war höher als erwartet, sowohl bei den verschiedenen Veranstaltung (bspw. Erntedankfest, Ernährungsberatung) besteht ein sehr großes Interesse als auch beim Projekt selber. Die meisten Teilnehmenden sind Gärtnerinnen und Gärtner, es nehmen jedoch auch einige bisher noch nicht eingebundene Anwohnerinnen und Anwohner teil. Der Kern der Projektbeteiligten setzt sich aus sowieso schon engagierten Personen zusammen, eine Aktivierung und Beteiligung anderer Anwohner passiert also kaum (zumindest für eine direkte Mitarbeit). Es beteiligen sich jedoch einige der zugezogenen Flüchtlingsfamilien.</p> <p>Generell ist der Garten offen für alle, auch für Personen, die nicht Teil des Projektes sind. Durch Multiplikatoren wurden auch speziell Flüchtlinge angesprochen und gut integriert. Auch ältere Leute die vor allem vom Problem der Vereinsamung betroffen sind finden im Garten eine Gemeinschaft und Möglichkeiten der körperlichen Betätigung.</p> <p>Alle werden dazu ermuntert eigene Ideen einzubringen, so fand in den Wintermonaten ein Stammtisch statt um einen Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohner und den Gärtnerinnen und Gärtnern herzustellen.</p>

<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Nach Einschätzung des Quartiersmanagements entsteht ein Ort der Gemeinschaft und es wird ein Beitrag zur Verbesserung des sozialen Miteinanders geleistet. Zudem wird die Lebensqualität im Quartier durch regelmäßige Angebote (Feste, etc.) im Nachbarschaftsgarten etwas erhöht.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Bisher sind noch keine aussagekräftigen Ergebnisse vorhanden. Dies wird wahrscheinlich erst nach der ersten Pflanzungs-Ernte-Periode der Fall sein. Es werden jedoch schon Veranstaltungen wie die Ernährungsberatung und ein Gärtnerstammtisch durchgeführt. Das „Kümmererteam“ berät die Gärtnerinnen und Gärtner zum nachhaltigen und ökologischen Gärtnern.</p>
<p>weitere Planung</p>	<p>Vereinsgründung, selbsttragender Prozess (das QM hat als Ziel sich für diese Projekt „überflüssig“ zu machen)</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Fokus liegt noch nicht auf Verstetigung, erstmal auf weiteren Ausbau. Für die nächsten zwei Jahre ist die Finanzierung sicher und durch das „Kümmererteam“ ist auch eine weitere Möglichkeit der Verselbstständigung gegeben. Ziel ist es nun auch, Vorurteile abzubauen und sich weiter dem Quartier zu öffnen. Langfristiges Ziel ist die komplette Unabhängigkeit vom QM und der Stadt.</p>
<p>hemmende und förderliche Faktoren</p>	<p>Es können nicht alle Dinge umgesetzt werden, so mussten bestimmte Dinge, wie der Bau eines Gartenhauses, zugunsten der Finanzierung des „Kümmererteams“ weichen. Der Boden ist relativ schlecht. Die Präsenz des Gartens ist noch nicht so sehr in den Köpfen der Menschen angekommen. Der Garten muss sich weiter zum Quartier öffnen. Die Frage ist, wie offen dieser sein soll (zeitlich), wobei die Gradwanderung zwischen Öffnung für alle und ggf. mutwilliger Beschädigung zu beachten ist. Ansonsten ist die Entwicklung vor allem auf Grund der vielen Beteiligten sehr positiv.</p>
<p>entstandene Synergien</p>	<p>Obwohl der Garten darauf angelegt war, Synergien zwischen Sozialer Stadt und Umweltgerechtigkeit herzustellen ist die Akzeptanz und Nutzung des Gartens doch nur für eine kleine Gruppe bisher präsent. Da der Garten nun erst seit Mai 2016 offen ist lassen sich jedoch bisher noch keine endgültigen Aussagen über entstandene Synergien treffen.</p>
<p>Ansprechpartner</p>	<p>Quartiersmanagement Hegermühle: Frau Kluge: Telefon: 0334/13804520 E-Mail: kluge@stern-berlin.de</p>
<p>durchgeführte Gespräche</p>	<p>Telefoninterview mit Frau Kluge vom Quartiersmanagement Hegermühle, Planungsbüros S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, am 14.12.2016</p>

Quellen	<p>Integriertes Entwicklungskonzept Strausberg: http://www.stadt-strausberg.de/neu/cms/upload/pdf/stadtentwicklung/Stadtplanung/Stadterneuerung/Integriertes_Entwicklungskonzept_Hegermuehle_final.pdf http://www.strausberg-live.de/fotogalerie.php?id=62144 TV-Sendung über Eröffnung: http://www.odf-tv.de/mediathek/25366/Gartenfest_in_Hegermuehle.html TV-Sendung über Konzept: http://strausberg.tv/index.php/mediathek/unterhaltung/player/unterhaltung/nachbarschaftsgarten-hegermuehle http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1484610/</p> <p>Quartiersmanagement Hegermühle Projektwettbewerb zum Projekt „Nachbarschaftsgarten Hegermühle“ – http://www.stadt-strausberg.de/neu/cms/upload/pdf/stadtentwicklung/Projektwettbewerb_Nachbarschaftsgarten_QM_Hegermuehle.pdf Webseite des QM: http://www.meinehegermuehle.de/projekt_detail.htm?id=35 Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Stadt Strausberg Stand August 2008: http://www.stadt-strausberg.de/neu/cms/upload/pdf/stadtentwicklung/insek_strausberg_endbericht_neu.pdf</p>

Steckbrief: Utopiastadt Wuppertal

Die Initiative Utopiastadt hat sich in Wuppertal mit dem Ziel gegründet, einen Ort für kreative Stadtentwicklung aus der breite des bürgerschaftlichen Engagements heraus zu schaffen, in dem Utopien, visionäre Ideen und gesellschaftliche Grundüberlegungen konkretisiert und realisiert werden.

<p>Finanzierungsquelle</p>	<p>NRW-Programm „Initiative ergreifen“: hierdurch erhält die Kommune zusätzliche Städtebauförderungsmittel für das Sanierungsgebiet Elberfelder Nordstadt/ Arrenberg (Stadtumbau West und Soziale Stadt), die der Initiative für die Sanierung des Bahnhofes zu Gute kommen, dabei sind 20 % Eigenanteil gefordert, 10 % davon soll die die Stadt übernehmen.</p> <p>Unterstützt wird die Initiative durch die Stadtparkasse Wuppertal, eine ganze Reihe an kleinen Unternehmen und einzelne Stiftungen (NRW-Stiftung und Dr. Werner Jackstädt-Stiftung geben jeweils 200.000 Euro für die Sanierung des Bahnhofes)</p>
<p>Hintergründe Quartier</p>	<p>Bei dem angrenzenden Gebiet (dem Mirker Quartier) handelt es sich um ein sozial benachteiligtes Quartier, das durch Sanierungsstau, einen hohen Migrations- und Flüchtlingsanteil, hohe Arbeitslosigkeit und einen niedrigen Bildungsstand gekennzeichnet ist.</p>
<p>Entstehungshintergrund</p>	<p>Die Idee für Utopiastadt ist im Rahmen einer studentischen Initiative entstanden, die zunächst das Magazin Clownfish entwickelt hat, das Autoren einlädt, sich interdisziplinär zu äußern. Ziel war es, Querverweise und Interaktionen zwischen verschiedenen Milieus zu interdisziplinären Themen zu schaffen. Über 1,5 Jahre veranstaltete die Initiative zu dem Thema Schöpfung verschiedene Veranstaltungen mit viel Programm, wie z.B. Street Art, Design, Upcycling etc. in damals leer stehenden Lagerhallen in Wuppertal (auf ca. 3.000 qm). Dabei wurde der Initiative klar, was es bedeutet, verschiedene Akteure an einem Ort zusammenzubringen, um gemeinsame Projekte zu starten und persönlich auf Tuchfühlung zu gehen. In den 1,5 Jahren gab es immer wieder neuen Input und neue Mitredner, das wollte die Initiative institutionalisieren und ist auf die Suche nach Lagerhallen gegangen. Der leer stehende Mirker Bahnhof bot sich damals als Ort an, da er eine gute Anbindung an die Innenstadt ermöglichte, gleichzeitig über eine gute überregionale Anbindung an die A46 verfügte, und zudem der angrenzende Bau der Nordbahntrasse (Fahrrad- und Freizeitweg) bereits angekündigt war. Der Initiative war es wichtig, dass eine kritische Masse erreicht wird und sie wollten am Puls der Öffentlichkeit Veranstaltungen durchführen und diskutieren. Über ein „Moratorium“ konnte die Stadtparkasse Wuppertal, die den Bahnhof aus einer Zwangsversteigerung heraus erworben hatte, für ein Experiment gewonnen werden. 2011 startete das Experiment. Die Initiative hat sich bewusst gegen einen großen Untermieter entschieden, um bereits durch die Mieterstruktur möglichst unterschiedliche Milieus zusammenzubringen. Einige Räume werden für Coworking-Initiativen genutzt, andere wurden ehrenamtlich hergerichtet für Werkstätten, eine Gastronomie und kleinere Veranstaltungen.</p>

Ziele	<p>Ziel ist es, eine Werkstatt für Utopien und Möglichkeitsräume zu schaffen, in denen Leute sich entfalten können.</p> <p>Dabei soll mit möglichst offenen Nutzungskonzepten ein Austausch zwischen Milieus ermöglicht werden. Durch die gemeinsamen Aktivitäten sollen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit (z.B. Entwicklung eines Wohnkompost) und die Übernahme von Verantwortung (z.B. für ein Fleckchen Erde) sowie Nachhaltigkeitsthemen (wie funktioniert das mit dem Gemüseanbau?) vermittelt werden. Darüber hinaus geht es darum, zu diskutieren, was global gemacht werden muss, um eine Transformation zu vollziehen, die bewusst gestaltet werden kann. Auf der einen Seite ist die Arbeit sehr konkret am Boden (z.B. Kompostanbau), auf der anderen Seite ist es sehr abstrakt (nachhaltige Transformation der Gesellschaft).</p>
Akteure und Kooperationspartner	<p>Zu Beginn war es eine studentische Initiative, die dann zu einem offenen Kreis an Akteuren wurde. Aktuell sind es um die 150-200 ehrenamtlichen Akteure im Alter zwischen 16 und 80 Jahre, die sich auf dem Gelände bewegen und was Eigenes aufbauen.</p> <p>Kooperationspartner: Stadt Wuppertal, Stiftungen, Unternehmen, Einrichtungen aus dem Quartier</p>
übergeordnete Konzepte	<p>Seit 2014 gibt es ein integriertes Handlungsprogramm. Das Gebiet war bisher ein Stadtumbau West Gebiet und ist inzwischen Teil der Sozialen Stadt.</p> <p>Die Ergebnisse der Sitzungen des von Utopiastadt angestoßenen „Forums Mirke“ sind in die Ziele und Maßnahmen dieses Integrierten Handlungskonzeptes eingeflossen.</p> <p>Stadt Wuppertal (2014): Stadtumbau-West, Städtebauliches Entwicklungskonzept Wuppertal, Sanierungsgebiet Elberfelder Nordstadt/ Arrenberg - Fortschreibung des Integrierten Handlungsprogramms für die Bereiche ‚Mirker Quartier‘ und ‚Südstraße‘</p>
Herausforderungen	<p>Starker Verfall des Gebäudes des ehemaligen Bahnhofs</p>
Potenzial	<p>Durch den Bau der Nordbahntrasse (einen 23 km langer Radweg quer durch Wuppertal) kommt dem ehemaligen Bahnhof eine zentrale Lage zu.</p>
bisherige Ergebnisse:	<p>Ein Ergebnis der Initiative ist, dass der ehemalige Bahnhof Mirke saniert wird. Durch die Gelder aus der Sponsoringaktion „1m² Utopiastadt“ werden zudem Flächen entlang der Nordbahntrasse gekauft, die der weiteren Quartiers- und Stadtentwicklung dienen: Garten, Aufenthalt, Sport etc.</p> <p>Auf dem Gelände des ehemaligen Bahnhofs sind u. a. Initiativen für „urban gardening“ entstanden sowie eine Tanzschule, eine Interessengemeinschaft Fahrradstadt, ein kostenloser Fahrradverleih, eine Holz- und Metallwerkstatt, Fablab, eine fabrication laboratory als offene High-Tech-Werkstatt für die Menschen des Quartiers und ein Repair-Café.</p>
neue Kooperationsstrukturen	<p>Von der Initiative wurde das „Forum Mirke“ initiiert, in dem sich viele Initiativen, Gruppen und Einrichtungen aus dem Mirker Quartier zusammengetan haben, die ihre gemeinsamen Interessen im Quartier gegenüber der Stadt vertreten.</p>

<p>Aktivierung, Beteiligung und Empowerment sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen</p>	<p>Die Initiative bietet keine klassischen Angebote, sondern entwickelt gemeinsam mit den Menschen vor Ort Projekte zu Themen, die sie beschäftigen („Was ist für uns sinnvoll? Was brauchen wir? Wie können wir Soziales, Bildung, ökologische und ökonomische Aspekte zusammenbringen?“)</p> <p>Termine werden öffentlich kommuniziert, so dass jeder, der sich für ein bestimmtes Thema, wie z.B. urban gardening/urbane Landwirtschaft interessiert, dort hingehen kann. Mittlerweise sind eine ganze Reihe an Akteuren beteiligt: Gemüsegärtner, Sozialarbeiter, Erwerbslose, Kids, Rentner..., Betuchte genauso wie Menschen, die von Altersarmut bedroht sind, es findet eine Durchmischung sozialer Milieus statt.</p> <p>„Wir haben keine Daten zur Beteiligung erfasst, gefühlt sind aber viele aus dem Quartier dabei, z.B. Kids, die bei Angeboten mitmachen, vom kostenlosen Fahrradverleih profitieren oder das kostenlose WLAN nutzen, oder Alleinstehende aus dem Quartier“</p>
<p>Verbesserung der Lebenschancen und -verhältnisse in sozial benachteiligten Quartieren</p>	<p>Für das Quartier steht durch Utopiastadt ein niedrigschwelliger Zugang zu Veranstaltungen, Fahrradverleih und offenen Werkstätten bereit. Bürgerinnen und Bürger können sich einbringen und Selbstwirksamkeit erfahren.</p>
<p>Anstöße für Verhaltensveränderungen im Hinblick auf nachhaltige Lebensstile und Konsummuster</p>	<p>Themen der Nachhaltigkeit werden erfahrbar gemacht</p>
<p>Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Die Initiative verfolgt einen interdisziplinären Ansatz, bei dem Themen der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit zusammen gedacht und erfahrbar gemacht werden.</p>
<p>Verstetigung</p>	<p>Es wurde eine gGmbH (Utopiastadt) gegründet, die das Projekt Utopiastadt und den Bahnhof Mirke seit 2015 betreibt. Sie wird von einem Förderverein flankiert.</p>
<p>förderliche und hemmende Faktoren</p>	<p>Hemmende Faktoren: Die Finanzierung des Eigenanteils von 500.000 Euro stellte für die Initiative eine Herausforderung dar. („Die Finanzierung hat uns Schwierigkeiten bereitet, wir haben mit ganz vielen Leuten jahrelang ehrenamtlich gearbeitet, haben uns bereits verschuldet und müssen jetzt 500.000 Euro Eigenanteil aufbringen. Warum gibt es diese Hürde?“).</p> <p>Projekt- und Förderwelt passen nach Einschätzung der Initiatoren nicht zusammen. Die Kompatibilität zwischen Kommune, Förderung und Formalitäten sollte vereinfacht werden.</p> <p>Förderliche Faktoren: Das Potenzial liegt in den Bürgerinnen und Bürgern selbst.</p>
<p>weitere Planung und weiterführende Ideen</p>	<p>Gerade in Projekten mit so vielen Ehrenamtlern/-innen, die bewusst keine klare Hierarchie haben, ist es wichtig, Anerkennung und Zuspruch zu geben. Dafür wäre es sinnvoll, wenn ein sozialer Kümmerer als Personal gefördert würde.</p> <p>Ressortübergreifende Programme sind wichtig.</p>

Ansprechpartner	Christian Hampe Telefon: 0202/39348657 E-Mail: info@utopiastadt.eu
durchgeführte Gespräche	Telefoninterview mit Herrn Hampe, Geschäftsführer von Utopiastadt gGmbH, am 08.12.2016
Quellen:	https://www.clownfisch.eu/utopia-stadt/ http://neue-nachbarschaft.de/immovielien/utopiastadt-wuppertal-2/ Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Bericht zur Stadtentwicklung 2015/2016: Gemeinsame Initiative im Stadtquartier, - Pioniere, Partner, Projekte, Düsseldorf.